

Internationaler Währungsfonds



Jahresbericht

Die Vorteile
der Weltwirtschaft
für alle sichern

2003

Eine globale Institution

Der Internationale Währungsfonds ist eine Sonderorganisation des Systems der Vereinten Nationen. Er wurde 1945 durch einen Vertrag gegründet, um einen Beitrag zur Förderung der Gesundheit der Weltwirtschaft zu leisten. Der IWF, mit Hauptsitz in Washington, D.C., wird geleitet durch seine 184 Mitglieder, die fast die gesamte Welt abdecken.

Der IWF ist die zentrale Institution des internationalen Währungssystems – das System des internationalen Zahlungsverkehrs und der Wechselkurse zwischen den nationalen Währungen, das Geschäftsvorgänge zwischen den einzelnen Ländern ermöglicht.

Die im IWF-Übereinkommen festgelegten Ziele umfassen die Erleichterung eines ausgewogenen Wachstums des Welthandels, die Förderung der Stabilität der Wechselkurse, die Vermeidung von Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen und Unterstützung für die geordnete Lösung von Zahlungsbilanzproblemen der Länder.

Zur Erreichung dieser Ziele setzt der IWF folgende Mittel ein:

- Überwachung der Wirtschafts- und Finanzentwicklung und der Politikmaßnahmen sowohl in den Mitgliedsländern als auch auf globaler Ebene sowie Beratung der Mitglieder auf der Grundlage seiner über 50-jährigen Erfahrung.
- Vergabe von Krediten an Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanzproblemen, um zeitweilige Finanzhilfen zu gewähren zur Unterstützung von Anpassungs- und Reformmaßnahmen, die darauf abzielen, die zu Grunde liegenden Probleme zu lösen.
- Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung an Regierungen und Zentralbanken der Mitgliedsländer in seinem Expertisebereich.

Durch seinen Einsatz für eine Stärkung des internationalen Finanzsystems und für eine Beschleunigung der Fortschritte in der Armutsbekämpfung sowie durch die Förderung einer soliden Wirtschaftspolitik in all seinen Mitgliedsländern trägt der IWF dazu bei, die Vorteile der Weltwirtschaft für alle zu sichern.

Der IWF veröffentlicht regelmäßig Informationen über seine Aktivitäten, insbesondere auf seiner Webseite: www.imf.org.

Jahresbericht

2

0

0

3

1. DIE ÜBERWACHUNG DURCH DEN
IWF IN DER PRAXIS

2. STÄRKUNG DER ÜBERWACHUNG
UND DER KRISENPRÄVENTION

3. EIN BESSERES REGELWERK FÜR
DIE ÜBERWINDUNG VON KRISEN

4. VERBESSERUNG DER
KREDITPOLITIK UND -PRAKTIKEN

5. ARMUTSBEKÄMPFUNG IN EIN-
KOMMENSCHWACHEN LÄNDERN

6. TECHNISCHE HILFE UND
AUSBILDUNG

7. TRANSPARENZ, RECHENSCHAFTS-
PFLICHT UND ZUSAMMENARBEIT

8. FINANZIELLE AKTIVITÄTEN UND
POLITIKMASSNAHMEN IM
GESCHÄFTSJAHR 2003

9. ORGANISATION, HAUSHALT UND
HUMANRESSOURCEN

ANHANG

Stärkung des weltwirtschaftlichen Wachstums

Unsicherheiten im weltwirtschaftlichen Umfeld und die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen viele Mitgliedsländer konfrontiert waren, stellten den IWF im Geschäftsjahr 2002/03 vor zahlreiche Herausforderungen.

Trotz einiger Anzeichen Anfang 2002, dass sich das weltwirtschaftliche Wachstum von der Abschwächung des Jahres 2001 erholen würde, stockte der Aufschwung im weiteren Verlauf. Nachfrage und Produktion wurden sowohl durch die geopolitischen Unsicherheiten im Vorfeld des Irakkrieges, die sich auf die Ölpreise und auf das Vertrauen der Verbraucher und Unternehmen auswirkten, als auch durch die anhaltenden Auswirkungen des Zusammenbruchs der Aktienmärkte in den Jahren 2000 bis 2002 in Mitleidenschaft gezogen. Die von einer Reihe von Ländern ergriffenen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen unterstützten zwar die Nachfrage, das weltweite Produktionswachstum blieb jedoch im Kalenderjahr 2002 erneut deutlich unter dem Trend, selbst wenn es etwas höher war als im Jahr 2001. Das Wachstum des Welt-handels erholte sich 2002 leicht von seinem Tiefpunkt im Jahr 2001.

In diesem Umfeld setzte der IWF seine Arbeit mit seinen Mitgliedsländern fort, um ein stärkeres tragfähiges Wachstum zu fördern. Hierzu dienten seine wirtschaftspolitischen Beratungs- und Überwachungsaktivitäten, seine finanzielle Unterstützung für Maßnahmen der Mitgliedsländer zur Beseitigung von Zahlungsbilanzproblemen, seine finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Länder zur Förderung von Wachstum und Armutsbekämpfung, seine technische Hilfe sowie seine andauernden Arbeiten an der Reform des internationalen Währungssystems und seiner eigenen Geschäftstätigkeit.

Überwachung und Krisenprävention

Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem um sicherzustellen, dass es effizient funktioniert, und er überwacht die Wechselkurspolitik seiner Mitgliedsländer. Der IWF kommt dieser Verpflichtung nach, indem er Konsultationsgespräche mit seinen Mitgliedsländern über ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik führt und regelmäßig die Wirtschafts- und Finanzentwicklungen auf globaler, regionaler und Länderebene überprüft.

Im GJ 2003 führte der IWF bilaterale (länderbezogene) Gespräche mit 136 Mitgliedern. Er setzte die Entwicklung eines Systems zur Bewertung der Anfälligkeit von Ländern im Hinblick auf Zahlungsbilanzkrisen fort. Das Direktorium schlug außerdem Verbesserungen für die Beurteilung vor, die der IWF im Rahmen der Initiative zu Standards und Kodizes und des gemeinsamen IWF-Weltbank-Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) durchführt, es unterstützte Vorschläge für eine verbesserte Bereitstellung von Daten für die Überwachung, beschloss einen neuen Rahmen für die Bewertung der Schuldentragfähigkeit und billigte weitere Maßnahmen zur Stärkung der Überwachung in Programmländern. Der IWF intensivierte außerdem seinen Beitrag zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

Krisenbewältigung

Die *Krisenprävention* war schon immer der Schwerpunkt der Reformagenda des IWF. Da es aber unwahrscheinlich ist, dass Krisen in jedem Fall verhindert werden können, unternimmt der IWF auch Anstrengungen, einen robusteren Rahmen für die *Krisenbewältigung* zu entwickeln. Der IWF versucht insbesondere, eine klarere Politik für den Zugang zu seinen

Die Demokratische Republik Timor-Leste (das frühere Osttimor) wurde im Juli 2002 das 184. Mitglied des IWF. Seine Exzellenz Mari Alkatiri, Premierminister von Timor-Leste (links), wird bei der Unterzeichnungsfeier vom Geschäftsführenden Direktor des IWF Horst Köhler begrüßt.



Finanzmitteln und eine größere Selektivität bei seiner Kreditvergabe mit einer Stärkung der Verfahren für die Umstrukturierung von Staatsschulden zu verbinden.

Der IWF hat in den letzten Jahren große Finanzbeträge bereitgestellt, die oftmals weit über die normalen Ziehungsgrenzen hinausgingen. Im GJ 2003 erörterte das Direktorium diese Politik und legte klarer definierte Kriterien für einen solchen außergewöhnlichen Zugang bei Kapitalbilanzkrisen fest.

Das Direktorium überprüfte außerdem die jüngsten bei der Umstrukturierung von öffentlichen Anleihen und der Vergabe von IWF-Krediten an Länder mit Zahlungsrückständen gegenüber privaten Gläubigern gemachten Erfahrungen, es erörterte die Gestaltung und Wirksamkeit von Mehrheitsklauseln in Anleihebedingungen, die darauf abzielen, die Umstrukturierung von Schulden zu erleichtern, und es beriet über einen Vorschlag für ein Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden, mit dem nicht tragfähige Verschuldungssituationen von Staaten bewältigt werden sollen.

Grundsätze und Praxis der Kreditvergabe

Der IWF stellt seinen Mitgliedsländern im Rahmen einer Reihe unterschiedlicher Politikmaßnahmen und Kreditvergabeinstrumente finanzielle Unterstützung zur Verfügung. Die meisten Formen der Kreditvergabe des IWF sind an die Bedingung geknüpft, dass das Empfängerland wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreift, um die grundlegenden Probleme zu lösen, die den Unterstützungsbedarf hervorgerufen haben.

Im GJ 2003 schloss der IWF eine zweijährige Überprüfung der Auflagen ab, die an IWF-unterstützte Programme geknüpft werden, und verabschiedete neue Richtlinien für die Gestaltung und Umsetzung dieser Konditionalität mit dem Ziel, die Reformbereitschaft der Länder und die Wirksamkeit der Programme zu erhöhen.

Das Direktorium erörterte ferner einen Fortschrittsbericht über die Stärkung der Zusammenarbeit mit der Weltbank in diesem Bereich und schloss eine Diskussion zur Überlappung der Inanspruchnahme von IWF-Mitteln ab, die auf einem Bericht des Unabhängigen Evaluierungsbüros des IWF basierte (siehe unten).

Bekämpfung der Armut in einkommensschwachen Ländern

Das Hauptziel der Arbeit des IWF mit einkommensschwachen Ländern ist die Förderung einer tief gehenden und dauerhaften Verringerung der Armut. Er folgt bei dieser Arbeit der „Zweisäulen“-Strategie, die die internationale Gemeinschaft im Monterrey-Konsens gebilligt hat und die sich auf den Grundsatz stützt, dass einerseits die einkommensschwachen Länder selbst Verantwortung für die Umsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik, einschließlich einer integren Regierungsführung, übernehmen und dass andererseits die internationale Gemeinschaft diese Anstrengungen stärker unterstützt.

Der Fonds ergänzt seine wirtschaftspolitische Beratung durch finanzielle Hilfen für seine ärmsten Mitglieder in Form von niedrig verzinslichen Darlehen im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) und von Schuldenerleichterungen im Rahmen der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Das Direktorium überprüfte im GJ 2002 die Verfahren der PRGF-Kreditvergabe und der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSP). Im GJ 2003 zog der IWF die Konsequenzen aus dieser Überprüfung, indem er in den Länderprogrammen den Schwerpunkt verstärkt darauf legte, ein für Investitionen und Wachstum günstiges Umfeld zu schaffen, Analysen der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen bei der Formulierung der Armutsbekämpfungsstrategien und der PRGF-unterstützten Programme systematischer zu berücksichtigen und das Management der öffentlichen Ausgaben zu verbessern.

Der IWF sprach sich außerdem für einen größeren Marktzugang für die Exporte von Entwicklungsländern aus, einschließlich eines Abbaus von handelsverzerrenden Subventionen in Industrieländern. Im Rahmen dieser Arbeit unternahm er gemein-



Die ghanaischen Behörden bringen Schilder auf Baustellen an, um auf die sichtbaren Vorteile ihrer Teilnahme an der IWF-Weltbank-Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) hinzuweisen. Ghana hat im Februar 2003 ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (PRSP) veröffentlicht.

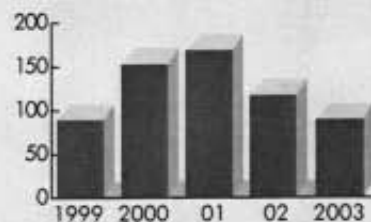
Reguläre und konzessionäre Kreditvergabe

(Milliarden SZR, pro Geschäftsjahr)



Liquiditätsquote des IWF*

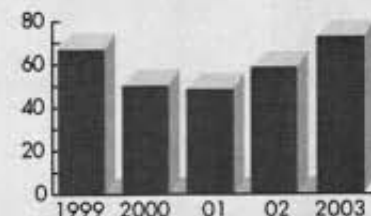
(Prozent, am Ende des Geschäftsjahres)



*Relation zwischen netto urgebundenen verwendbaren Mitteln und liquiden Verbindlichkeiten.

Insgesamt ausstehende IWF-Kredite

(Milliarden SZR, am Ende des Geschäftsjahres)





Ein IWF-Team trifft sich in Afghanistan mit einem leitenden Steuerbeamten und seinen Mitarbeitern. Der IWF hat im Geschäftsjahr 2003 technische Hilfe im Gegenwert von 356 Personenjahren geleistet.

sam mit der Welthandelsorganisation Anstrengungen, die Kohärenz der Arbeit der beiden Organisationen zu verbessern, und er erklärte sich bereit, einen Beitrag zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Handelsagenda für afrikanische Agrarerzeugnisse zu leisten. Der IWF unterstützte außerdem die Forderungen nach einer Aufstockung der internationalen Entwicklungshilfe und der Einführung eines Systems zur Überwachung der Maßnahmen, die einen Beitrag zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen leisten sollen.

Technische Hilfe und Ausbildung

Die technische Hilfe und Ausbildung des IWF sind darauf ausgerichtet, den Ländern beim Aufbau der institutionellen Kapazitäten zu helfen und sie bei der Gestaltung von speziellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu unterstützen.

Der IWF stellte im GJ 2003 den Gegenwert von 356 Personenjahren an technischer Hilfe bereit. Angesichts einer neuen Bedarfslage erhöhte sich die technische Hilfe im GJ 2003 für Länder nach Beendigung von Konflikten, regionale Initiativen, Krisenprävention sowie Krisenbewältigung und -management. Afrika südlich der Sahara erhielt weiterhin den größten Anteil. Der IWF errichtete zwei Regionale Zentren für technische Hilfe in Afrika (AFRITACs), in Tansania (Oktober 2002) und in Mali (Mai 2003).

Der IWF nahm im GJ 2003 eine Überprüfung seiner technischen Hilfe vor. Das Direktorium beschloss die Einführung einer institutionsweiten Überwachungs- und Evaluierungsmethode und eines umfassenden Rechnungswesens zur Erfassung der Gesamtkosten der technischen Hilfe.

Externe Finanzierungsbeiträge stellen eine wichtige Quelle für die Unterstützung der technischen Hilfe dar. Im GJ 2003 beliefen sich diese externen Finanzierungsbeiträge auf etwa 30 Prozent der gesamten technischen Hilfe des IWF, wobei Japan der größte Geber war.

Transparenz

Viele der vom IWF in den vergangenen Jahren eingeführten Reformen basieren auf der Erkenntnis, dass die Wirksamkeit des IWF erhöht wird durch *Transparenz* bei der Entwicklung und Bereitstellung wirtschaftspolitischer Beratung, *Rechenschaftspflicht* für den erteilten Rat, *Lernbereitschaft* im Hinblick auf Lehren aus früheren Erfahrungen, *Offenheit* für die Ansichten Außenstehender und *Kooperation* mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft.

Die Direktoren begrüßten im September 2002 die zunehmende Freigabe von Länderdokumenten und anderen Materialien, betonten aber gleichzeitig, dass die Transparenz des IWF die Offenheit seines Dialogs mit den Mitgliedern und der Stabsberichte nicht beeinträchtigen dürfe.

Im März 2003 erörterte das Direktorium die externe Kommunikationsstrategie des IWF. Dabei wurde anerkannt, dass das zentrale Ziel darin besteht, in der Öffentlichkeit die Kenntnisse über die Arbeit des IWF und die Unterstützung für seine Geschäftspolitik zu erhöhen und offener für externe Analysen und Kritik an seiner Arbeit zu sein. Die Direktoren stimmten darin überein, dass durch eine bessere Fokussierung der Kommunikationsarbeit mehr erreicht werden könnte, unter anderem durch engere Kontakte zu Gesetzgebern und Organisationen der Zivilgesellschaft in den Mitgliedsländern.

Das Unabhängige Evaluierungsbüro

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) wurde im Juli 2001 eingerichtet, um eine objektive und unabhängige Beurteilung von Bereichen vorzunehmen, die mit dem Mandat des IWF zusammenhängen. Im GJ 2003 führte das IEO



Der IWF hat im Geschäftsjahr 2003 zusammen mit anderen Gebern und teilnehmenden Ländern zwei Regionale Zentren für technische Hilfe in Afrika (AFRITACs) eingerichtet. Das erste, mit Sitz in Daressalam, wurde im Oktober 2002 eingeweiht.

drei Evaluierungsprojekte durch. Sie bezogen sich auf die überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln, die Rolle des IWF bei drei in den letzten Jahren aufgetretenen Kapitalbilanzkrisen (Brasilien, Indonesien, Korea) und die Anpassung der Haushaltspolitik im Rahmen von IWF-unterstützten Programmen.

Finanzoperationen und finanzpolitische Maßnahmen

Eine Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Brasilien in Höhe von 22,8 Mrd. SZR (31,5 Mrd. \$) – die größte Kreditvereinbarung in der Geschichte des IWF – dominierte im GJ 2003 die Neuzusagen des IWF von Krediten an seine Mitgliedsländer. Diese Vereinbarung, andere großvolumige Kreditvereinbarungen mit Kolumbien und Argentinien und die Aufstockung einer bestehenden Kreditvereinbarung mit Uruguay führten dazu, dass die Kreditzusagen im GJ 2003 auf einem relativ hohen Niveau blieben. Die Neuzusagen beliefen sich auf insgesamt 29,4 Mrd. SZR (40,7 Mrd. \$) und lagen damit um 10 Mrd. SZR unter den Zusagen im GJ 2002.

Der IWF leistete während des Geschäftsjahres Auszahlungen für Kredite von seinem Allgemeinen Konto in Höhe von 21,8 Mrd. SZR. Diese Summe überstieg die Kreditrückzahlungen in Höhe von 7,8 Mrd. SZR. Infolgedessen erreichten die ausstehenden Kreditforderungen des IWF Ende April eine Rekordhöhe von 66 Mrd. SZR (91,3 Mrd. \$) und lagen damit um 13,9 Mrd. SZR über dem Stand des Vorjahres.

Die Liquiditätslage des IWF blieb aber dennoch angemessen, um den Bedarf seiner Mitglieder zu decken. Die Kreditzusagekapazität für das folgende Jahr (FCC) betrug am Ende des GJ 2003 61 Mrd. SZR. Die FCC, eine neue Messgröße für die Liquidität, die im GJ 2003 eingeführt wurde, gibt den Betrag von quotengestützten Mitteln an, der in den nächsten 12 Monaten für Kreditvergaben zur Verfügung steht.

Der IWF stellt seine konzessionären Finanzhilfen im Rahmen der PRGF und der HIPC-Initiative zur Verfügung. Während des Geschäftsjahres wurden zehn neue PRGF-Vereinbarungen mit einem Zusagevolumen von 1,2 Mrd. SZR genehmigt und ein bestehender Kredit wurde aufgestockt. Die Auszahlungen unter PRGF-Vereinbarungen beliefen sich im GJ 2003 auf insgesamt 1,2 Mrd. SZR. Ende April wurden die Anpassungs- und Reformanstrengungen von 36 Ländern durch PRGF-Vereinbarungen mit einem Zusagevolumen von insgesamt 4,5 Mrd. SZR und einem noch nicht in Anspruch genommenen Betrag von insgesamt 2,5 Mrd. SZR unterstützt. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2003 hatten acht Länder im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative ihren Abschlusszeitpunkt erreicht, weitere 18 Länder hatten ihren Entscheidungszeitpunkt erreicht und erhielten eine vorgezogene Teilentlastung.

Der IWF stellt auch Nothilfen in Form von Darlehen an Länder bereit, die sich von einem Konflikt erholen. Bis zum Ende des GJ 2003 hatten sieben Geberländer Subventionen in Höhe von 11,5 Mio. SZR für solche Darlehen zugesagt und die Auszahlungen an sieben betroffene Länder beliefen sich auf insgesamt 1,4 Mio. SZR.

Mitgliedschaft

Die Demokratische Republik Timor-Leste (das frühere Osttimor) wurde am 23. Juli 2002 das 184. Mitglied des IWF. Die anfängliche Quote von Timor-Leste im IWF wurde auf 8,2 Mio. SZR (etwa 11 Mio. \$) festgelegt.

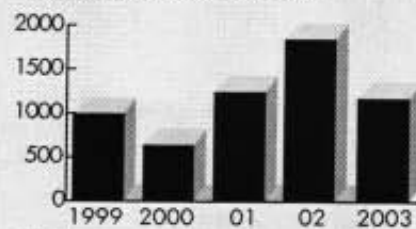
Organisation, Haushalt und Humanressourcen

Im GJ 2003 gab es eine Reihe von institutionellen Änderungen. Die Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik wurde ersetzt durch die Abteilung Währungs- und Finanzsysteme, was die erweiterten Zuständigkeiten dieser Abteilung widerspiegelt. Es wurde ferner mitgeteilt, dass der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Eduardo Aninat sein Amt im Juni 2003 niederlegen wird und dass der Volkswirtschaftliche Berater und Direktor der Abteilung Forschung Kenneth Rogoff im Herbst 2003 zu seinem Lehrstuhl an der Harvard-Universität zurückkehren wird. Ihre Nachfolger sind Agustín Carstens, Stellvertretender Finanzminister Mexikos, und Raghuram Rajan von der Graduate School of Business an der Universität von Chicago.



Mitarbeiter des Unabhängigen Evaluierungsbüros stellen der Presse im September 2002 ihren ersten Bericht vor, und zwar über die überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln.

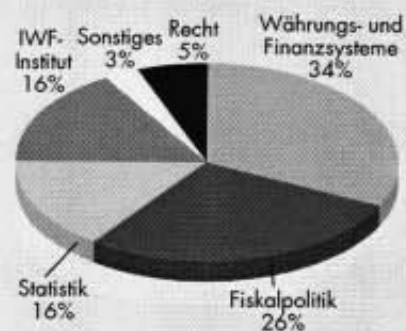
Neue Zusagen im Rahmen der PRGF*
(Millionen SZR, pro Geschäftsjahr)



*Erhöhungen abzüglich gebilligter Reduzierung.

Technische Hilfe

(Nach Funktion, Prozent der Gesamtressourcen, in effektiven Personenjahren, GJ 2003)



Schuldenstand der HIPC-Länder**

(Nettgegenwartswert der Schulden in Milliarden US-\$ – am Entscheidungszeitpunkt)



**Länder, die ihren Entscheidungszeitpunkt bis zum 30. April 2003 erreicht haben.



Geschäftsführender Direktor Horst Köhler

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich 2002 nach dem Konjunkturabschwung von 2001 leicht erholt. Auf das relativ starke Wachstum im ersten Quartal 2002 folgte jedoch eine graduelle Abschwächung, die bis zum Ende des IWF-Geschäftsjahres 2002/03 anhielt. In diesem von einer verhaltenen Belebung der Weltkonjunktur gekennzeichneten Umfeld ist es vor allem Aufgabe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, ihre Politik auf die Wiederherstellung von Vertrauen und nachhaltigem Wachstum auszurichten. Es ist ermutigend, dass sich die führenden Industrieländer auf dem G8-Gipfel in Evian im Juni 2003 zu diesem Ziel bekannt haben, nachdem in einigen Fällen bereits Maßnahmen ergriffen worden waren, um der Konjunktur Impulse zu verleihen.

Der IWF hat im Geschäftsjahr 2003 den Schwerpunkt weiterhin darauf gelegt, Politikmaßnahmen zu fördern, die eine Konjunkturbelebung unterstützen und die Wachstumsaussichten für alle verbessern. Die Stärkung des Regelwerks für Überwachung und Krisenprävention blieb eine zentrale Aufgabe des Fonds. Bei der Überwachung auf Länder-, globaler und regionaler Ebene haben wir den externen Auswirkungen der nationalen Politiken mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Wir haben die Anfälligkeitsanalyse geschärft, indem wir der Beurteilung der Schuldentragfähigkeit und der Krisenrisiken mehr Bedeutung beimessen und uns stärker konzentrieren auf die Überwachung des Finanzsektors (unter anderem durch das gemeinsam mit der Weltbank durchgeführte Programm zur Bewertung des Finanzsektors – FSAP) und auf den Aufbau von Institutionen (durch unsere Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes – ROSCs).

Wenn es trotz dieser intensivierten Präventionsanstrengungen zu Krisen kommt, brauchen wir effektive Mechanismen, um sie zu lösen und ihre Kosten zu begrenzen. Der Vorschlag der Geschäftsleitung des IWF, ein Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden einzuführen, hat eine Debatte über den Umgang mit untragbaren Schulden ausgelöst und wir konzentrieren uns jetzt auf die Frage, wie solche Situationen innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens geordnet gelöst werden können. Der in letzter Zeit zu verzeichnende verstärkte Einsatz von Mehrheitsklauseln bei der Emission von Staatsanleihen ist ermutigend und wir unterstützen die Anstrengungen von Schuldern und Gläubigern, einen freiwilligen Verhaltenskodex für die Umstrukturierung von Schulden zu entwickeln.

Wir haben die Kriterien für den Zugang zu IWF-Mitteln klarer definiert, damit die Kreditentscheidungen des IWF in Krisenfällen für Mitglieder und Märkte vorhersehbarer werden. Wir haben außerdem unsere Richtlinien für die mit IWF-Krediten verbundenen Politikauflagen überprüft, um

Stand vom 30. April 2003

die Reformbereitschaft der Länder und die Effektivität der durch den IWF unterstützten Wirtschaftsprogramme zu erhöhen.

Der IWF ist entschlossen, den ihm zukommenden Beitrag zur Bekämpfung der Armut in den einkommensschwachen Ländern zu leisten. Die Umsetzung guter Politikmaßnahmen einerseits und stärkere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft andererseits – der so genannte Zweisäulen-Ansatz – sichert diesen Ländern größere makroökonomische Stabilität. Die Reformbemühungen müssen jetzt den Schwerpunkt darauf legen, das Wachstumspotenzial zu erhöhen, so dass die Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden können. Der IWF unterstützt diese Ziele durch zinsgünstige Kredite im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) und durch die gemeinsam mit der Weltbank durchgeführte Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Wir richten außerdem die durch die PRGF-Kredite unterstützten IWF-Programme stärker auf die von den Ländern erstellten Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSPs) aus, die inzwischen allgemein als operationeller Rahmen für diese Anstrengungen anerkannt werden.

Technische Hilfe und Ausbildung stärken die lokalen Kapazitäten, Politikmaßnahmen zu gestalten und umzusetzen. Der IWF hat im vergangenen Jahr zwei Regionale Zentren für technische Hilfe in Afrika eröffnet, in Tansania und in Mali, und er hat technische Hilfe an Länder geleistet, die ihre Institutionen nach einem längeren Konflikt wieder aufbauen. Dazu gehören Afghanistan, der Irak und Timor-Leste.

Ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde ist entscheidend für die Stärkung von Vertrauen und Wachstum auf der ganzen Welt. Die Länder würden weltweit einen Beitrag zur Selbsthilfe leisten, wenn sie die Handelsbarrieren senken. Und die Industrieländer würden dadurch außerdem den Entwicklungsländern helfen, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Eine Reduzierung handelsverzerrender Subventionen, insbesondere im Agrarsektor der Industrieländer, würde die Wachstumsaussichten der Entwicklungsländer beträchtlich verbessern. Der IWF wird sich auch in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern und anderen multilateralen Gremien für ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels einsetzen.

Die Reformen im IWF selbst wurden im vergangenen Geschäftsjahr gefestigt. Eine besondere Rolle spielt dabei die Fähigkeit zuzuhören und zu lernen. Die ersten Berichte unseres neuen Unabhängigen Evaluierungsbüros haben einen wertvollen Beitrag geleistet, die Qualität der durch den IWF bereitgestellten Politikberatung und Unterstützung zu verbessern. Die Transparenz der Geschäftstätigkeit und der Finanzen des IWF wurde ebenfalls weiter erhöht.

J. Köhler



Erste Stellvertretende
Geschäftsführende Direktorin
Anne Krueger



Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor
Shigemitsu Sugisaki



Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor
Eduardo Aninat



Vereinigte Staaten

Nancy P. Jacklin
Meg Lundsager



Japan

Ken Yagi
Haruyuki Toyama



Deutschland

Karlheinz Bischofberger
Ruediger von Kleist



Armenien, Bosnien
und Herzegowina,
Bulgarien, Georgien,
Israel, Kroatien,
e.i.R. Mazedonien,
Republik Moldau,
Niederlande,
Rumänien, Ukraine,
Zypern

Jeroen Kremers
Yuriy G. Yakusha



Costa Rica, El Salva-
dor, Guatemala,
Honduras, Mexiko,
Nicaragua, Spani-
en, Venezuela

Hernán Oyarzábal
Mario Beauregard



Albanien, Griechenland,
Italien, Malta, Portugal,
San Marino, Timor-Leste

Pier Carlo Padoa-
Schioppa



Saudi-Arabien

Sulaiman M. Al-Turki
Abdallah S. Alazzaz



Brunei Darussalam,
Fidschi, Indonesien,
Kambodscha,
Demokr. Volksrepublik
Laos, Malaysia,
Myanmar, Nepal,
Singapur, Thailand,
Tonga, Vietnam

Sri Mulyani Indrawati
Ismail Alawi



Angola, Äthiopien,
Botsuana, Burundi,
Eritrea, Gambia,
Kenia, Lesotho,
Malawi, Mosambik,
Namibia, Nigeria,
Sambia, Sierra Leone,
Simbabwe, Sudan,
Südafrika, Swasiland,
Tansania, Uganda

Ismaila Usman
Peter J. Ngumbulu



Russische
Föderation

Aleksei V. Mozhin
Andrei Lushin



Brasilien, Dominika-
nische Republik,
Ecuador, Guyana,
Haiti, Kolumbien,
Panama, Suriname,
Trinidad und Tobago

Murilo Portugal
Roberto Steiner



Afghanistan,
Algerien, Ghana,
Islamische Republik
Iran, Marokko,
Pakistan, Tunesien

Abbas Mirakhor
Mohammed Dairi



Frankreich

Pierre Duquesne
Sébastien Boitreaud



Vereinigtes
Königreich

Tom Scholar
Martin A. Brooke



Belarus, Belgien, Kasachstan, Luxemburg, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn

Willy Kiekens
Johann Prader



Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

Ian E. Bennett
Nioclás A. O'Murchú



Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden

Vilhjálmur Egilsson
Benny Andersen



Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Philippinen, Samoa, Seychellen, Salomonen, Vanuatu

Michael J. Callaghan
Michael H. Reddell



Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Arabische Republik Syrien, Vereinigte Arabische Emirate,

A. Shakour Shaalan
Oussama T. Kanaan



China

WEI Benhua
WANG Xiaoyi



Aserbaidschan, Kirgisische Republik, Polen, Serbien und Montenegro, Schweiz, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan

Fritz Zurbrugg
Wieslaw Szczuka



Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka

Yaga V. Reddy
R.A. Jayatissa



Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay

Guillermo Le Fort
A. Guillermo Zoccali



Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Komoren, Demokr. Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

Damian Ondo Mañé
Laurean W. Rutayisire

Gerd Häusler

Berater

Kenneth S. Rogoff

Volkswirtschaftlicher Berater

Länderabteilungen

Abdoulaye Bio-Tchané

Direktor, Abteilung Afrika

David Burton

Direktor, Abteilung Asien und Pazifik

Michael C. Deppler

Direktor, Abteilung Europa I

John Odling-Smee

Direktor, Abteilung Europa II

George T. Abed

Direktor, Abteilung Naher Osten

Anoop Singh

Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

Fachabteilungen und besondere Dienste

Eduard Brau

Direktor, Abteilung Finanzen*

Teresa M. Ter-Minassian

Direktor, Abteilung Fiskalpolitik

Mohsin S. Khan

Direktor, IWF-Institut

Gerd Häusler

Direktor, Abteilung Internationale Kapitalmärkte

François P. Gianviti

Direktor, Abteilung Recht

Stefan Ingves

Direktor, Abteilung Währungs- und Finanzsysteme*

Timothy F. Geithner

Direktor, Abteilung Entwicklung und Überprüfung der Wirtschaftspolitik

Kenneth S. Rogoff

Direktor, Abteilung Forschung

Carol S. Carson

Direktor, Abteilung Statistik

Information und Liaison

Thomas C. Dawson II

Direktor, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Hiroyuki Hino

Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik

Flemming Larsen

Direktor, Europa-Büros

Reinhard Munzberg

Direktor und Sonderbeauftragter für Handelsangelegenheiten bei den Vereinten Nationen, UN-Büro

Unterstützende Dienstleistungen

Margaret R. Kelly

Direktor, Abteilung Humanressourcen

Shailendra J. Anjaria

Sekretär, Abteilung Sekretariat

Brian C. Stuart

Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Büros

Barry Potter

Direktor, Büro Haushalt und Planung

Alain Coune

Direktor, Büro Interne Revision und Inspektion

Claire Liuksila

Direktor, Büro für das Management der technischen Hilfe

Montek Singh Ahluwalia

Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

Jeanette Morrison

Leiter, Referat Redaktion und Verlag

*Mit Wirkung vom 1. Mai 2003 wurde das „Treasurer's Department“ in „Finance Department“ umbenannt (die deutsche Bezeichnung bleibt gleich) und die Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik wurde zur Abteilung Währungs- und Finanzsysteme.

Dieser *Jahresbericht des Exekutivdirektoriums des IWF* informiert über die Tätigkeiten des Direktoriums während des Geschäftsjahres vom 1. Mai 2002 bis zum 30. April 2003. Der größte Teil des Berichts besteht aus Zusammenfassungen von Direktoriumsaussprachen über die gesamten politischen und operativen Zuständigkeitsbereiche des IWF.

Das Direktorium, das für die Führung der täglichen Geschäfte des IWF verantwortlich ist, setzt sich zusammen aus 24 Direktoren, die von den einzelnen Mitgliedsländern ernannt oder von Gruppen von Mitgliedsländern gewählt werden, und dem Geschäftsführenden Direktor, der den Vorsitz innehat. Das Direktorium tritt in der Regel mehrmals wöchentlich zusammen. Im Geschäftsjahr 2002/2003 widmete das Direktorium den größten Teil seiner Zeit Länderfragen und einen großen Teil der verbleibenden Zeit der globalen Wirtschafts- und Finanzüberwachung sowie wirtschaftspolitischen Themen.

Das Direktorium führt seine Arbeiten im Wesentlichen auf der Basis von Unterlagen durch, die von der Leitung des IWF oder vom Mitarbeiterstab vorbereitet werden. Ein solches Stabspapier enthält normalerweise Hintergrundmaterial und -analysen der verschiedenen Aspekte des erörterten Themas und ersucht das Direktorium, zu den wichtigsten Fragen Stellung zu beziehen. Es kann auch Vorschläge der IWF-Geschäftsleitung präsentieren, wie das Direktorium und die Institution hinsichtlich einer Frage vorgehen sollten. Ein Stabspapier gibt die Haltung des Stabs und der Geschäftsleitung wieder, es entspricht aber nicht notwendigerweise der Position des IWF zu dem betreffenden Punkt. Das Direktorium kann der Analyse und den Vorschlägen zustimmen oder sie ablehnen. Die Position des IWF entspricht eher der des Direktoriums, wie sie sich in einem Beschluss zeigt oder in diesbezüglichen zusammenfassenden Erklärungen zum Ausdruck kommt (im IWF üblicherweise als „Zusammenfassung“ bezeichnet). Ein großer Teil dieser Zusammenfassungen wird als Öffentliche Informa-

tionsmitteilungen (PINs) auf der Webseite des IWF veröffentlicht: www.imf.org.

Das Exekutivdirektorium nimmt alle ihm übertragenen Befugnisse zur Führung der Geschäfte des IWF wahr, mit Ausnahme derjenigen, die im IWF-Übereinkommen dem *Gouverneursrat*, dem höchsten Organ des IWF, vorbehalten sind. Er setzt sich zusammen aus jeweils einem Gouverneur und einem Stellvertretenden Gouverneur für jedes Mitgliedsland. Der Gouverneur wird von dem Mitgliedsland ernannt und ist gewöhnlich der Finanzminister oder der Gouverneur der Zentralbank. Der Gouverneursrat tritt normalerweise einmal im Jahr zusammen.

Der *Internationale Währungs- und Finanzausschuss* des Gouverneursrates (früher der Interimsausschuss für das Internationale Währungssystem) ist ein beratendes Organ, das sich aus 24 Gouverneuren des IWF, Ministern oder anderen Amtsträgern vergleichbaren Ranges zusammensetzt, die die gleichen Stimmrechtgruppen repräsentieren, die auch im Exekutivdirektorium des IWF vertreten sind. Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss tritt in der Regel zweimal im Jahr zusammen, im April oder Mai und zur Zeit der Jahrestagung des Gouverneursrates im September oder Oktober. Zu seinen Zuständigkeiten gehört es, dem Exekutivdirektorium Anleitung von ministerieller Ebene zu geben und den Gouverneursrat zu unterrichten und zu beraten hinsichtlich des Managements und der Anpassung des internationalen Währungs- und Finanzsystems – einschließlich plötzlicher Störungen, die eine Bedrohung für das internationale Währungssystem darstellen könnten – sowie über Vorschläge zur Änderung des IWF-Übereinkommens.

Der *Entwicklungsausschuss* (der Gemeinsame Ministerausschuss der Gouverneursräte von Weltbank und IWF für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer) ist ein gemeinsames Organ von Weltbank und IWF und hat 24 Mitglieder – Finanzminister oder Amtsträger vergleichbaren Ranges. Er tagt in der Regel am Tag nach der Sitzung des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses.

27. August 2003

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII Abschnitt 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Abschnitt 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2003 abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Im Einklang mit Abschnitt 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium für das am 30. April 2004 ablaufende Geschäftsjahr genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF in Kapitel 9 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung sowie der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2003 abgelaufene Geschäftsjahr werden zusammen mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anhang IX präsentiert.



Horst Köhler

Vorsitzender des Exekutivdirektoriums

Höhepunkte	ii
Botschaft des Geschäftsführenden Direktors	vi
Exekutivdirektorium	viii
Leitendes Personal	x
Führung des IWF und Jahresbericht	xi
Begleitschreiben	xii
1. Die Überwachung durch den IWF in der Praxis	3
Länderüberwachung	3
Globale Überwachung	4
<i>Weltwirtschaftliche Aussichten • Bericht zur Stabilität des Finanzsystems</i>	
Regionale Überwachung	18
<i>CAEMC • Eurogebiet und die EU • ECCB • WAEMU</i>	
2. Stärkung der Überwachung und der Krisenprävention	25
Zweijährliche Überprüfung der Überwachung im Jahr 2002	25
Aufbau auf dem Erfolg der Initiative für Standards und Kodizes und des FSAP ...	27
Datenbereitstellung für Überwachungszwecke	29
Politikbeurteilungen mit Signalwirkung	30
Überprüfung der Vorbeugenden Kreditlinie	31
Verbesserung der Tragfähigkeitsanalysen	31
Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	32
3. Ein besseres Regelwerk für die Überwindung von Krisen	35
Zugangspolitik in Kapitalbilanzkrisen	35
Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen gegenüber privaten Gläubigern	36
Behandlung nicht tragfähiger Staatsverschuldung	37
<i>Umschuldungsklauseln • Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden</i>	
4. Verbesserung der Kreditpolitik und -praktiken	41
Neue Konditionalitäts-Richtlinien	41
Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank	42
Überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln	43
5. Armutsbekämpfung in einkommensschwachen Ländern	47
Abstimmung zwischen PRGF-gestützten Programmen und dem PRSP-Ansatz ...	49
Schuldentragfähigkeit in hochverschuldeten armen Ländern	50
Handel und Marktzugang	53
Überwachung der Fortschritte zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele	54
Ausblick	54

6. Technische Hilfe und Ausbildung	57
Externe Finanzierung der technischen Hilfe	58
Jüngste Entwicklungen	58
Technische Hilfe im Geschäftsjahr 2003	60
Das IWF-Institut	62
7. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Zusammenarbeit	65
Transparenz des IWF und seiner Mitglieder	65
Überprüfung der externen Kommunikationsstrategie des IWF	67
Das Unabhängige Evaluierungsbüro	69
Stärkung von Stimme und Vertretung der Entwicklungsländer	72
8. Finanzielle Aktivitäten und Politikmaßnahmen im Geschäftsjahr 2003	73
Reguläre Finanzierungsaktivitäten	76
<i>Kreditvergabe • Ressourcen und Liquidität</i>	
Quotenentwicklung	78
Kreditaufnahme-Vereinbarungen	80
<i>Allgemeine Kreditvereinbarungen • Neue Kreditvereinbarungen</i>	
Konzessionäre Finanzierung	81
<i>Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität • Erweiterte HIPC-Initiative •</i>	
<i>Nothilfe nach Konflikten</i>	
Ertragslage, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung	85
Entwicklung bei Sonderziehungsrechten (SZR)	86
Sicherungsbewertungen	88
9. Organisation, Haushalt und Humanressourcen	93
Organisation	93
<i>Exekutivdirektorium • Abteilungen • Unabhängiges Evaluierungsbüro</i>	
Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	97
<i>Haushaltsreformen • Haushalte und tatsächliche Ausgaben im GJ 2003 •</i>	
<i>Haushalte für GJ 2004 • Mittelfristiger Rahmen</i>	
Humanressourcen	99
<i>Veränderungen im Mitarbeiterstab • Einstellungen und Beschäftigungsdauer</i>	
<i>• Gehaltsstruktur • Diversity</i>	
Neues Gebäude	103

Anhang

Anhang I bis IX schließt sich dem Hauptteil im englischen Originaldruck an. Alle Verweise im Anhang auf Seiten im Hauptteil beziehen sich auf die englische Fassung.

Abkürzungsverzeichnis	211
------------------------------	------------

Kösten

1.1 Wichtige Wirtschafts- und Finanzentwicklungen	8
2.1 Forschungsarbeiten des IWF zur Globalisierung	26
2.2 Die Initiative für Standards und Kodizes und das Programm zur Bewertung des Finanzsektors	28
2.3 Geldwäsche und die FATF	32
3.1 Umschuldungsklauseln: Jüngste Entwicklungen	38
3.2 Konferenz über das Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden	40
4.1 Wie sich die IWF-Konditionalität verändert hat	42
4.2 Ein Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF	43
4.3 Evaluierung der überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln	44
5.1 Was ist ein PRSP?	47
5.2 Die GUS-7-Initiative	48
5.3 Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank bei Fragen hinsichtlich der öffentlichen Ausgaben	50
5.4 Funktionsweise der HIPC-Initiative	51
5.5 Soziale Aspekte der IWF-Finanzierung	53
5.6 Schuldenerleichterung für Ghana im Rahmen der HIPC-Initiative	54
5.7 Verbesserung des Marktzugangs für Exporte der Entwicklungsländer	55
6.1 Der Rahmen für die Projektauswahl	57
6.2 Neue Unterkonten für technische Hilfe	58
6.3 Technische Hilfe des IWF in Ländern nach Beendigung eines Konflikts: Afghanistan	59
7.1 Schlüsselbestandteile der IWF-Transparenzpolitik für Dokumente	66
7.2 Engagement bei Informationsveranstaltungen und Meinungs austausch	70
8.1 Der Finanzierungsmechanismus des IWF	73
8.2 Erwartungen im Vergleich zu Verpflichtungen	78
8.3 Finanztransaktionsplan	79
8.4 FCC—Ein neues Maß der Kreditvergabekapazität	80
8.5 Zwölfte und Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung	81
8.6 SZR-Bewertung und -Zinssatz	87
8.7 Politik der Sicherungsbewertungen: Eine Zusammenfassung	90
9.1 Örtliche Vertreter des IWF	95

Tabellen

1.1 Im Geschäftsjahr 2003 abgeschlossene Artikel-IV-Konsultationen	5
5.1 Stand der Zusagen im Rahmen der HIPC-Initiative	52
6.1 Programmbereiche der technischen Hilfe	60
6.2 Bereitstellung und Quellen der technischen Hilfe	61
6.3 Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts für Beamte	62
6.4 Regionale Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts	63
8.1 Finanzfazilitäten des IWF	74
8.2 Vom IWF im Geschäftsjahr 2003 gebilligte Finanzhilfe	77
8.3 AKV-Teilnehmer und Kreditbeträge	81
8.4 NKV-Teilnehmer und Kreditbeträge	82
8.5 Zusagen und Auszahlungen der Hilfe im Rahmen der HIPC-Initiative	83
8.6 Beiträge zur Subventionierung von Nothilfe nach Konflikten	85
8.7 Übertragung von SZR	89
8.8 Zahlungsrückstände von sechs Monaten oder länger gegenüber dem IWF seitens der Länder, nach Art und Dauer	92
9.1 Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2001–2004	99
9.2 Verteilung des Fachpersonals nach Nationalität	100

9.3 Gehaltsstruktur des IWF-Stabs	101
9.4 Verteilung des Personals nach Geschlecht	102
9.5 Verteilung des Personals nach Entwicklungs- und Industrieländern	103

Schaubilder

1.1 Reales Wachstum des Welt-BIP und Handelsvolumen (Güter und Dienstleistungen)	10
1.2 Entwicklung der Aktienkurse	11
1.3 Aufschlag auf Staatsanleihen	11
6.1 Technische Hilfe nach Region	61
6.2 Technische Hilfe nach Funktion	61
8.1 Kreditzusagekapazität des IWF für das folgende Jahr (FCC)	80
8.2 SZR-Zinssatz	87
9.1 Organigramm des IWF	94
9.2 Veranschlagter Anteil der Mittel nach Leistungskategorie, GJ 2004	100

Das Geschäftsjahr des IWF läuft vom 1. Mai 2002 bis zum 30. April 2003.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das SZR; die Umrechnungen von Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden wegen der einfachen Lesbarkeit angegeben. Am 30. April 2003 lag der SZR/US-Dollar-Wechselkurs bei 1 US-\$ = 0,722589 SZR und der US-Dollar/SZR-Wechselkurs bei 1 SZR = 1,383913 US-\$. Ein Jahr zuvor (am 30. April 2002) beliefen sich die Kurse auf 1 US-\$ = 0,788826 SZR und 1 SZR = 1,267706 US-\$.

In diesem Bericht werden folgende Symbole verwendet:

- ... bedeutet, dass keine Angaben vorliegen;
- bedeutet, dass die Zahl gleich null oder weniger als die Hälfte der letzten angegebenen Stelle ist oder dass es den Posten nicht gibt;
- zwischen Jahreszahlen oder Monaten (zum Beispiel 1999–2000 oder Januar–Juni) bezeichnet die in einem Zeitraum enthaltenen Jahre oder Monate, einschließlich des ersten und letzten Jahres bzw. Monate;
- / zwischen Jahreszahlen oder Monaten (zum Beispiel 1999/00) wird verwendet, um ein Fiskal- oder Geschäftsjahr anzugeben.

In der englischen Fassung bedeutet „billion“ eine Milliarde und „trillion“ eine Billion; kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Bericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber auf getrennter und unabhängiger Basis statistische Daten erhoben werden.

Internationaler Währungsfonds

Jahresbericht

2000

Die Überwachung durch den IWF in der Praxis

Das IWF-Übereinkommen erteilt dem Internationalen Währungsfonds den Auftrag, das internationale Währungssystem zu beaufsichtigen, um dessen effiziente Arbeitsweise zu gewährleisten und eine strenge Überwachung („surveillance“) der Wechselkurspolitik seiner Mitgliedsländer auszuüben. Die Überwachung beinhaltet Aufsicht einschließlich Beobachtung und Analyse. Gemäß einem Beschluss des Exekutivdirektoriums muss sich die Bewertung der Wechselkurspolitik eines Landes auf eine umfassende Analyse der wirtschaftlichen Situation und der Wirtschaftspolitik des Landes stützen, die sowohl die binnenwirtschaftliche als auch die außenwirtschaftliche Politik einbezieht.

Der IWF übt seine Verantwortung für die Überwachung – sowohl für das System als auch die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder – auf verschiedene Weise aus:

- **Länderüberwachung (oder bilaterale Überwachung).** Gemäß dem Auftrag in Artikel IV des IWF-Übereinkommens führt das Exekutivdirektorium mit jedem Mitgliedsland regelmäßig „Artikel-IV-Konsultationen“ über dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie über die internationalen Auswirkungen dieser Politik durch. Diese Artikel-IV-Konsultationen, die sich auf Stabsberichte stützen, sind als bilaterale oder Länderüberwachung bekannt. Durch diese Formen der Überwachung kann der IWF Schwächen der Wirtschaftspolitik identifizieren, am Horizont auftauchende Gefahren anzeigen und Länder im Hinblick auf Korrekturmaßnahmen beraten. Die Konsultationen werden durch eine ständige Beobachtung und Analyse der Wirtschafts- und Finanzentwicklungen durch den Mitarbeiterstab des IWF, durch informelle Kontakte zwischen dem Mitarbeiterstab und den nationalen Behörden sowie bei Bedarf durch informelle Aussprachen im Direktorium ergänzt.
- **Globale (oder multilaterale) Überwachung.** Das Exekutivdirektorium des IWF überprüft regelmäßig die wesentlichen internationalen Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklungen. Die Überprüfungen basieren zum Teil auf den Berichten über die weltwirtschaftlichen Aussichten (*World Economic Outlook*),

die gewöhnlich zweimal jährlich vom Mitarbeiterstab des IWF erstellt werden, und auf dem Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems (*Global Financial Stability Report*) über die Solidität des internationalen Finanzsystems, der ebenfalls zweimal jährlich vorgelegt wird. Darüber hinaus erörtert das Direktorium häufig informell die internationalen Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklungen. Alle Direktoren und Mitarbeiter erhalten zudem einen täglichen Bericht über wichtige Finanzentwicklungen an den fortgeschrittenen und aufstrebenden Märkten.

- **Regionale Überwachung.** Als Ergänzung zu den Länderkonsultationen untersucht der IWF auch die im Rahmen von regionalen Vereinbarungen verfolgte Wirtschaftspolitik. Es finden regelmäßig Diskussionen mit regionalen Wirtschaftsinstitutionen wie der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank, der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft und der Ostkaribischen Währungsunion statt.

Die Geschäftsleitung und der Mitarbeiterstab des IWF nehmen darüber hinaus an wirtschaftspolitischen Diskussionen der Finanzminister, Zentralbankgouverneure und anderer offizieller Vertreter von Ländergruppen, wie der Gruppe der sieben großen Industrieländer (G7), der G-24, dem Forum für asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas, dem Golf-Kooperationsrat und den mit der Europäischen Union assoziierten Maghreb-Staaten, teil.

Der Ansatz des IWF zur Durchführung der Überwachung hat sich weiterentwickelt, um mit neuen Herausforderungen Schritt zu halten. Eine umfassende Diskussion der unternommenen Schritte zur Stärkung der Überwachungstätigkeit des IWF findet sich in Kapitel 2.

Länderüberwachung

Zur Durchführung der Länderüberwachung im Einklang mit Artikel IV besucht ein Mitarbeiterteam des IWF das Mitgliedsland, trifft sich mit Vertretern der Regierung und der Zentralbank und sammelt Wirt-

schafts- und Finanzinformationen. Gegenstand dieser Konsultationen sind die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen und die in dem jeweiligen Land durchgeführte Geld- und Finanzpolitik sowie relevante Maßnahmen im Bereich der Strukturpolitik. Der für das Land zuständige Exekutivdirektor nimmt in der Regel als Beobachter teil. Das Team trifft sich im Allgemeinen auch mit anderen Gruppen, wie Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Akademikern, Gesetzgebern und Finanzmarktakteuren. Das Mitarbeiterteam des IWF erstellt gewöhnlich eine abschließende Erklärung oder ein Memorandum, in dem die Feststellungen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Mitarbeiterteams zusammengefasst werden. Diese Erklärung wird den nationalen Behörden übergeben, die die Möglichkeit haben, es zu veröffentlichen.

Nach der Rückkehr in die Zentrale verfassen die IWF-Mitarbeiter einen Bericht, in dem die wirtschaftliche Situation in dem Land und der Inhalt der wirtschaftspolitischen Diskussionen mit den Behörden des Landes beschrieben werden und eine Bewertung der Wirtschaftspolitik des Landes vorgenommen wird. Der Bericht wird dann vom Exekutivdirektorium erörtert. Die Ansichten der Behörden des betreffenden Landes werden vom jeweiligen Exekutivdirektor des Landes dargestellt. Die während der Sitzung von den Exekutivdirektoren geäußerten Auffassungen werden vom Vorsitzenden oder amtierenden Vorsitzenden des Direktoriums zusammengefasst, und es wird eine schriftliche Zusammenfassung erstellt. Wenn das betreffende Land zustimmt, wird der gesamte Bericht über die Artikel-IV-Konsultation zusammen mit einer Öffentlichen Informationsmitteilung (PIN), die eine schriftliche Zusammenfassung der Direktoriumsaussprache sowie Hintergrundmaterial enthält, veröffentlicht. Die Behörden des Landes können die Veröffentlichung einer PIN auch dann genehmigen, wenn sie die Veröffentlichung des gesamten Berichts nicht wünschen. Im Geschäftsjahr 2003 hat das Direktorium 136 Artikel-IV-Konsultationen in Mitgliedsländern durchgeführt (siehe Tabelle 1.1). Alle PINs und die Berichte über Artikel-IV-Konsultationen, deren Veröffentlichung die Behörden gebilligt haben, sind auf der Webseite des IWF veröffentlicht.

Darüber hinaus nimmt das Direktorium eine Bewertung der Wirtschaftslage und -politik in Mitgliedsländern vor, die Mittel vom IWF ausleihen. Dies erfolgt im Rahmen der Diskussionen über die Kreditvereinbarungen, mit denen die Wirtschaftsprogramme von Mitgliedsländern unterstützt werden.

Globale Überwachung

Die Durchführung der globalen Überwachung durch das Exekutivdirektorium stützt sich im Wesentlichen auf zwei Berichte des Mitarbeiterstabs – den *Bericht über die weltwirtschaftlichen Aussichten* und den *Bericht*

zur Stabilität des globalen Finanzsystems – sowie regelmäßige Aussprachen über die internationalen Wirtschafts- und Marktentwicklungen.

Weltwirtschaftliche Aussichten

Die *Berichte über die weltwirtschaftlichen Aussichten* (*World Economic Outlook*) beinhalten umfassende Analysen über die Perspektiven und wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Weltwirtschaft, für einzelne Länder und für Regionen. Sie untersuchen auch aktuelle Fragestellungen. Diese Berichte werden vom Mitarbeiterstab erstellt und vom Exekutivdirektorium in der Regel zweimal jährlich erörtert (und später veröffentlicht). Sie können aber auch häufiger angefertigt und erörtert werden, wenn rasche Veränderungen der weltwirtschaftlichen Lage dies notwendig erscheinen lassen.

Im Geschäftsjahr 2003 hat das Direktorium zwei *Berichte über die weltwirtschaftlichen Aussichten* diskutiert. Dies geschah im September 2002 und im März 2003. (Siehe Kasten 1.1, der eine Chronologie von wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2003 enthält.)

Weltwirtschaftliche Aussichten: Die Sitzung im September 2002

Bei seiner Sitzung im *September 2002* stellte das Exekutivdirektorium fest, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die Tendenzen an den Finanzmärkten seit dem Frühjahr gemischt seien. Die Direktoren sahen ungünstige Entwicklungen in verschiedenen Bereichen. Hierzu zählten der starke Kursrückgang an den internationalen Aktienmärkten seit Ende März 2002, die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die meisten Schuldner in den aufstrebenden Volkswirtschaften, insbesondere in Lateinamerika, sowie die Abschwächung bei einer Reihe von gleichlaufenden und vorausschauenden Indikatoren in den Vereinigten Staaten, Europa und mehreren anderen Regionen. Diese Tendenzen seien besonders enttäuschend vor dem Hintergrund der seit Ende 2001 zu verzeichnenden Verbesserung einer Reihe von internationalen Wirtschaftsindikatoren, einschließlich des Handels und der Industrieproduktion, und des Wachstums im ersten Quartal, das die Erwartungen in mehreren Regionen übertroffen habe.

Die Direktoren stellten fest, dass die Weltwirtschaft und die Finanzmarktaktivitäten angesichts mehrerer Schocks eine beträchtliche Widerstandsfähigkeit gezeigt hätten und dass mit Blick nach vorne verschiedene Faktoren eine stetige Verstärkung des internationalen Wachstums unterstützen dürften. Zu nennen sei hier der anhaltende Stimulus durch die Lockerung der makroökonomischen Politik in vielen Regionen, das Auslaufen der Lageranpassungen sowie jüngste Anzeichen, dass sich die internationalen Finanzmärkte stabilisierten. Ungeachtet dessen äußerten sich die Direktoren

Tabelle 1.1

Im Geschäftsjahr 2003 abgeschlossene Artikel-IV-Konsultationen

Land	Datum der Direktoriausssprache	PIN bekannt gegeben	Veröffentlichung des Stabsberichts
Ägypten	13. November 2002		
Albanien	26. Februar 2003	7. März 2003	7. März 2003
Algerien	24. Februar 2003	5. März 2003	12. März 2003
Argentinien	8. Januar 2003	25. Juli 2003	25. Juli 2003
Armenien	25. September 2002	9. Oktober 2002	17. Oktober 2002
Aruba	24. Februar 2003	3. März 2003	3. März 2003
Äthiopien	23. September 2002	3. Oktober 2002	7. Oktober 2002
Australien	16. September 2002	18. September 2002	18. September 2002
Bahrain	31. Mai 2002		
Barbados	7. Februar 2003	21. Februar 2003	5. März 2003
Belarus	16. April 2003	30. April 2003	30. April 2003
Belgien	21. Februar 2003	4. März 2003	4. März 2003
Belize	1. November 2002	14. November 2002	22. November 2002
Benin	15. Juli 2002	5. August 2002	5. August 2002
Bhutan	21. Februar 2003	31. März 2003	
Botswana	9. Oktober 2002	1. November 2002	5. November 2002
Brasilien	14. März 2003	24. März 2003	
Brunei Darussalam	30. April 2003		
Bulgarien	22. Juli 2002	5. August 2002	7. August 2002
Burundi	9. Oktober 2002	30. Oktober 2002	6. November 2002
Chile	19. Juli 2002	31. Juli 2002	31. Juli 2002
China, Volksrepublik	5. August 2002	3. September 2002	
Costa Rica	3. März 2003	7. März 2003	21. März 2003
Dänemark	8. Mai 2002	21. Mai 2002	21. Mai 2002
Deutschland	23. Oktober 2002	31. Oktober 2002	31. Oktober 2002
Dominica	28. August 2002	9. Oktober 2002	10. Oktober 2002
Dominikanische Republik	7. Juni 2002	26. Juni 2002	
Ecuador	21. März 2003	7. April 2003	7. April 2003
El Salvador	19. Juli 2002		
Estland	1. Juli 2002	3. Juli 2002	3. Juli 2002
Fidschi	9. August 2002	12. September 2002	8. Januar 2003
Finnland	13. August 2002	15. August 2002	15. August 2002
Frankreich	28. Oktober 2002	13. November 2002	13. November 2002
Gambia	10. Juli 2002	8. Oktober 2002	
Grenada	27. Januar 2003	4. Februar 2003	10. Februar 2003
Guatemala	2. Oktober 2002		
Guinea	24. Juli 2002		
Guinea-Bissau	26. Juni 2002	26. Juli 2002	26. Juli 2002
Guyana	13. September 2002		
Haiti	24. Januar 2003	3. März 2003	
Hongkong, SVZ	1. Mai 2002	15. Mai 2002	15. Mai 2002
Indien	28. Juni 2002	29. August 2002	
Iran, Islamische Republik	18. September 2002	26. September 2002	27. September 2002
Irland	31. Juli 2002	7. August 2002	7. August 2002
Island	21. Juni 2002	3. Juli 2002	3. Juli 2002
Israel	7. März 2003	13. März 2003	17. März 2003
Italien	21. Oktober 2002	25. Oktober 2002	25. Oktober 2002
Jamaika	7. August 2002	11. September 2002	11. September 2002
Japan	24. Juli 2002	8. August 2002	8. August 2002
Jemen	31. Juli 2002	12. August 2002	
Kambodscha	20. Februar 2003	28. Februar 2003	6. März 2003
Kamerun	18. September 2002	24. Dezember 2002	22. November 2002
Kanada	31. Januar 2003	25. Februar 2003	25. Februar 2003
Kap Verde	16. Dezember 2002	13. Juni 2003	13. Juni 2003
Katar	24. Juni 2002	10. September 2002	
Kirgisische Republik	20. Februar 2003	7. März 2003	7. März 2003
Kolumbien	15. Januar 2003	23. Januar 2003	24. Januar 2003
Komoren	30. Oktober 2002		
Kongo, Demokratische Republik	24. März 2003	16. April 2003	16. Juni 2003
Korea	3. März 2003	6. März 2003	19. März 2003
Kroatien	5. August 2002	8. August 2002	12. August 2002
Kuwait	13. Dezember 2002	2. Januar 2003	21. Januar 2003
Laos, Dem. Volksrepublik	26. August 2002	4. Oktober 2002	7. Oktober 2002
Lettland	23. April 2003	28. April 2003	28. April 2003
Libanon	28. Februar 2003	20. März 2003	
Liberia	5. März 2003		
Libyen	6. Mai 2002		
Luxemburg	5. Juni 2002	17. Juni 2002	17. Juni 2002
Madagaskar	23. Dezember 2002	9. Januar 2003	9. Januar 2003

Tabelle 1.1 (Fortsetzung)

Land	Datum der Direktoriumsaussprache	PIN bekannt gegeben	Veröffentlichung des Stabsberichts
Malawi	5. August 2002	16. August 2002	16. August 2002
Malaysia	16. Oktober 2002	10. Dezember 2002	
Malediven	8. Januar 2003	19. Februar 2003	
Marokko	28. April 2003	9. Mai 2003	28. Mai 2003
Mauretanien	7. Juni 2002	11. Oktober 2002	4. Dezember 2002
Mauritius	24. Mai 2002	15. Juli 2002	15. Juli 2002
Mazedonien, c. j. R.	30. April 2003	20. Mai 2003	20. Mai 2003
Mexiko	23. September 2002	26. September 2002	30. Oktober 2002
Mikronesien	24. Januar 2003	10. Februar 2003	10. Februar 2003
Moldau, Rep.	10. Juli 2002	26. August 2002	26. August 2002
Mongolei	25. Oktober 2002	14. November 2002	14. November 2002
Mosambik	17. Juni 2002	9. Juli 2002	9. Juli 2002
Myanmar	23. Oktober 2002		
Namibia	23. April 2003		
Nepal	4. September 2002	12. September 2002	24. September 2002
Neuseeland	30. April 2003	2. Mai 2003	2. Mai 2003
Nicaragua	4. Dezember 2002	12. Dezember 2002	10. Februar 2003
Niederlande	10. Juni 2002	19. Juni 2002	19. Juni 2002
Nigeria	18. Dezember 2002	2. Januar 2003	3. Januar 2003
Norwegen	7. März 2003	18. März 2003	18. März 2003
Oman	2. Oktober 2002	6. November 2002	
Österreich	8. August 2002	14. August 2002	14. August 2002
Pakistan	1. November 2002	6. November 2002	11. November 2002
Panama	10. Juli 2002	18. Juli 2002	
Papua-Neuguinea	5. Juni 2002		
Paraguay	10. März 2003	27. März 2003	8. April 2003
Peru	13. Dezember 2002	23. Dezember 2002	14. März 2003
Philippinen	25. September 2002	14. November 2002	
Polen	7. Juni 2002	26. Juni 2002	26. Juni 2002
Portugal	26. März 2003	9. April 2003	9. April 2003
Ruanda	24. Juli 2002	20. September 2002	25. September 2002
Rumänien	8. Januar 2003	17. Januar 2003	17. Januar 2003
Salomonen	24. Januar 2003		
Sambia	27. November 2002		
Saudi-Arabien	9. Oktober 2002	25. Oktober 2002	
Schweden	31. Juli 2002	7. August 2002	7. August 2002
Schweiz	29. Mai 2002	3. Juni 2002	3. Juni 2002
Senegal	28. April 2003	19. Juni 2003	19. Juni 2003
Serbien und Montenegro ¹	13. Mai 2002	23. Mai 2002	23. Mai 2002
Seychellen	31. Juli 2002		
Singapur	9. Dezember 2002	6. Januar 2003	
Slowakische Republik	9. August 2002	13. August 2002	
Slowenien	16. April 2003	25. April 2003	26. September 2002
Spanien	10. Februar 2003	26. Februar 2003	25. April 2003
Sri Lanka	3. September 2002	11. September 2002	28. Februar 2003
St. Kitts und Nevis	7. Juni 2002	14. Juni 2002	13. September 2002
St. Lucia	27. Januar 2003	9. Mai 2003	23. Mai 2003
St. Vincent und die Grenadinen	27. Januar 2003	14. Februar 2003	14. Februar 2003
Südafrika	1. Juli 2002	19. Juli 2002	23. Januar 2003
Suriname	16. Oktober 2002	1. November 2002	
Swasiland	19. Dezember 2002	23. Dezember 2002	
Syrien, Arabische Republik	24. Februar 2003		31. Januar 2003
Tadschikistan	11. Dezember 2002	3. Januar 2003	15. Januar 2003
Tansania	18. November 2002	6. Januar 2003	6. Januar 2003
Thailand	2. August 2002	29. August 2002	
Togo	17. Mai 2002		
Tonga	5. Februar 2003	24. Februar 2003	27. Februar 2003
Tschechische Republik	26. Juli 2002	7. August 2002	7. August 2002
Tunesien	5. Juni 2002	19. Juni 2002	19. Juni 2002
Uganda	12. Februar 2003	20. März 2003	26. März 2003
Ungarn	22. Mai 2002	5. Juni 2002	5. Juni 2002
Vanuatu	22. November 2002	11. Dezember 2002	11. Dezember 2002
Venezuela	11. September 2002		
Vereinigte Arabische Emirate	12. Februar 2003	11. März 2003	12. März 2003
Vereinigte Staaten	29. Juli 2002	5. August 2002	5. August 2002
Vereinigtes Königreich	26. Februar 2003	3. März 2003	3. März 2003
Zypern	31. Januar 2003	14. Februar 2003	14. Februar 2003

¹Mit Wirksamkeit vom 4. Februar 2003 wurde der Name Bundesrepublik Jugoslawien geändert zu Serbien und Montenegro.

besorgt hinsichtlich der Stärke und der Tragfähigkeit des Aufschwungs und stimmten darin überein, dass die Aussichten für den Rest des Jahres 2002 und für 2003 wahrscheinlich trüber sein würden, als in dem *Bericht über die weltwirtschaftlichen Aussichten* vom April vorhergesagt wurde.

Das Direktorium beurteilte die Risiken für die kurzfristigen Aussichten als vorwiegend abwärts gerichtet. Die Direktoren wiesen insbesondere darauf hin, dass die Aktienkursverluste deutlichere Auswirkungen als erwartet auf die inländische Nachfrage haben könnten, insbesondere in den Vereinigten Staaten, die den globalen Aufschwung angeführt hätten. Die Direktoren bemerkten ferner, dass die Veränderungen der Wechselkurse bei einer mittelfristigen Beurteilung angemessen seien, wenngleich auf kurze Sicht negative Folgen für den Aufschwung in Japan und im Eurogebiet, der von der ausländischen Nachfrage angeregt worden sei, nicht ausgeschlossen werden könnten. Viele Direktoren beurteilten das anhaltend hohe Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten und den noch immer hohen Wert des US-Dollars als mögliche Risiken für eine plötzliche und ungeordnete Anpassung. Darüber hinaus könnten die schwierigen Finanzierungsbedingungen für aufstrebende Volkswirtschaften die Wachstumsaussichten weiter schwächen und die Anfälligkeit einer Reihe von Ländern erhöhen. Die Direktoren verwiesen auch auf eine mögliche stärkere Volatilität der Ölpreise, wenn sich die Sicherheitslage im Nahen Osten verschlechtere.

Weltwirtschaftliche Aussichten: Die Sitzung im März 2003

Das Tempo der globalen Erholung hatte sich bis zum Zeitpunkt der zweiten Sitzung über die *Weltwirtschaftlichen Aussichten* im März 2003 verlangsamt. Hierzu trugen die zunehmenden geopolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Irak, die anhaltend ungünstigen Auswirkungen der Folgen des Platzens der Blase an den Aktienmärkten sowie die sich rasch verändernden wirtschaftlichen Verhältnisse bei.

Die Direktoren stellten fest, dass sich die Weltwirtschaft als widerstandsfähig erwiesen habe und dass die Fundamentalfaktoren in vielen Industrieländern solide geblieben seien. Die Direktoren stimmten darin überein, dass sich der globale Aufschwung langsam festigen werde und dass das globale Wachstum des BIP ausgehend vom Basisszenario der *Weltwirtschaftlichen Aussichten* im Jahr 2003 eine Rate von etwas über 3 % erreichen werde. Ein solches Ergebnis werde unterstützt durch eine Zunahme des Vertrauens, das Nachlassen der durch das Platzen der Aktienkursblase ausgelösten Bremswirkungen auf das Wachstum, die Wirkung der bevorstehenden wirtschaftspolitischen Impulse sowie durch den Lagerzyklus. Darüber hinaus könnten Investitionen vor dem Hintergrund des relativ hohen Be-

stands an liquiden Mitteln bei den Unternehmen in den Vereinigten Staaten und in Europa relativ rasch erfolgen. Ungeachtet dessen räumten die Direktoren ein, dass erhebliche Unsicherheiten und Risiken Anlass zur Sorge hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten böten, wenn man die Labilität des globalen Aufschwungs und die Möglichkeit in Betracht ziehe, dass die Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft gegenüber Schocks nachgelassen haben könnte. Besonders aufmerksam müssten die Entwicklungen an den Erdölmärkten beobachtet werden.

Die Direktoren stellten fest, dass eine Quantifizierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts im Irak sehr schwierig sei. Sie gingen davon aus, dass bei einer Abwägung aller übrigen Risiken die Risikobalance für die wirtschaftlichen Aussichten grundsätzlich abwärts gerichtet sei und dass die Wachstumsschwäche auch ohne einen Krieg anhalten könne. Drei Elemente stützten diese vorsichtige Einschätzung: Erstens sei der globale Aufschwung nach wie vor stark von den Vereinigten Staaten abhängig und es gebe keinen eindeutigen Kandidaten, der diese Rolle übernehmen könnte, wenn das Wachstum in den Vereinigten Staaten ins Stocken gerate. Eine ungeordnete Anpassung als Reaktion auf die globalen Ungleichgewichte mit einer starken Abwertung des US-Dollars stelle nach wie vor ein Risiko dar. Zweitens könne die Möglichkeit weiterer Kursrückgänge an den entwickelten Aktienmärkten nicht ausgeschlossen werden, da die Gewinnerwartungen relativ optimistisch seien und eine Anpassung der Immobilienpreise in verschiedenen Industrieländern ebenfalls möglich sei. Drittens bleibe eine Reihe von aufstrebenden Volkswirtschaften trotz Fortschritten anfällig für eine Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Trotz dieser Abwärtsrisiken sahen die Direktoren eine anhaltende globale Deflation als unwahrscheinlich an, obwohl sie Preisniveaurückgänge in einzelnen Ländern nicht ausschlossen.

Vor dem Hintergrund des insgesamt geringen Inflationsdrucks stimmten die Direktoren darin überein, dass es notwendig sei, dass die Geldpolitik in den großen Industrieländern weiterhin einen akkommodierenden Kurs verfolge. Im Hinblick auf die Haushaltspolitik sei dagegen die Situation in verschiedenen Ländern unterschiedlich. Auf kurze Sicht sei der Spielraum für eine Straffung der Haushaltspolitik durch die konjunkturelle Lage eingeschränkt, so die Direktoren. Die automatischen Stabilisatoren bei den öffentlichen Finanzen solle man im Allgemeinen wirken lassen, wenngleich die Haushaltskonsolidierung auf mittlere Sicht in vielen Industrieländern mit hoher öffentlicher Verschuldung und zunehmenden, auf die alternde Bevölkerung zurückzuführenden Belastungen weiterhin Priorität habe. Die Direktoren mahnten eine Beschleunigung der Strukturreformen an, damit das Vertrauen und das Wachstum der inländischen Nachfrage angeregt werde,

Kasten 1.1

Wichtige Wirtschafts- und Finanzentwicklungen im Zeitraum April 2002 bis Mai 2003

Das Wachstum der Weltwirtschaft lag im Jahr 2002 nur geringfügig über dem des Jahres 2001. Einem relativ starken Wachstum im ersten Quartal 2002 folgte eine graduelle Abschwächung, die bis zum Ende des Geschäftsjahres 2003 anhielt. Das Volumen des Welthandels nahm wieder zu, nachdem es im Jahr 2001 stagniert hatte, gleichwohl wurde das schwächste Wachstum seit der weltweiten Rezession zu Beginn der achtziger Jahre verzeichnet (siehe Schaubild 1.1). Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer ging im Jahr 2002 zurück. Allerdings war gleichzeitig eine Verlangsamung bei den Abflüssen von Portfolioinvestitionen und Bankfinanzierungen aus den Entwicklungsländern festzustellen, was zu einem Nettoanstieg der privaten Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer führte. Mehrere aufstrebende Volkswirtschaften nutzten die sich verbessernden Marktbedingungen und den Rückgang der Zinsaufschläge in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2003, um öffentliche Anleihen zu begeben.

Unter den Industrieländern zeigte sich anfangs eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den *Vereinigten Staaten*, im *Eurogebiet* und in *Japan*, die in den Vereinigten Staaten auf dem privaten Konsum, im Eurogebiet auf den Nettoexporten und in Japan auf der Kombination dieser beiden Faktoren basierte. Allerdings nahmen die Unternehmensinvestitionen nicht zu und konnten daher den Aufschwung nicht unterstützen. Die Folgeerscheinungen der Blase an den Aktienmärkten belasteten weiterhin die Realwirtschaft. Wegen des nahenden Krieges im Irak gegen Ende 2002 und

Anfang 2003 nahmen die geopolitischen Besorgnisse zu, und die Ölpreise verzeichneten einen starken Anstieg. Das Verbraucher- und Unternehmensvertrauen ging während des ersten Quartals 2003 bis zum Beginn des Krieges am 20. März 2003 stetig zurück. Das BIP-Wachstum war im ersten Quartal 2003 in allen drei Wirtschaftsgebieten schwach, wobei die Wirtschaftsaktivitäten im Eurogebiet und in Japan praktisch stagnierten. Auch die Lage an den Arbeitsmärkten verschlechterte sich; die Arbeitslosigkeit stieg in allen drei Gebieten an. Die Beendigung des militärischen Konflikts Mitte April 2003 führte zu einer Verringerung der geopolitischen Unsicherheiten, und die Ölpreise gingen deutlich zurück. Dennoch gab es zum Ende des Geschäftsjahres 2003 nur wenige Anzeichen für eine Verstärkung des Aufschwungs.

Die aufstrebenden Volkswirtschaften wuchsen in recht uneinheitlichem Tempo. Im Allgemeinen war das Wachstum im Vergleich zu den Industrieländern höher, die Abschwächung trat etwas später ein und war weniger stark ausgeprägt.

Das Wachstum in *Lateinamerika* war sehr unterschiedlich. Argentinien begann, die tiefste Rezession seit 20 Jahren zu überwinden, während politische Unruhen in Venezuela im Spätjahr 2002 zu einem Rückgang der Produktion führten. Am Ende des Geschäftsjahres 2003 war das Wachstum im Allgemeinen niedrig, die Finanzierungsbedingungen waren jedoch in der gesamten Region etwas stabiler.

Die *aufstrebenden Marktwirtschaften in Asien* stellten einen Lichtblick dar – sie verzeichneten über das ganze Jahr 2002 hin ein robustes Wachstum, das im Wesentlichen von der Exportent-

wicklung getragen wurde. Insbesondere China expandierte erneut kräftig und stellte in zunehmendem Maße ein wichtiges Abnehmerland für Exporte aus anderen Volkswirtschaften in der Region dar. Die Ausbreitung des *Schweren Akuten Atemwegssyndroms (SARS)*, die Anfang 2003 festgestellt wurde, hatte jedoch negative Folgen für die Region; dies gilt vor allem für die Volkswirtschaften, die von Tourismusdienstleistungen und den Ausgaben der Touristen abhängig sind. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2003 hatte sich die Zunahme von neuen SARS-Fällen verlangsamt, die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen blieben allerdings unsicher.

Mittel- und Osteuropa verzeichnete in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 trotz der Abschwächung im Eurogebiet ein starkes Wachstum. Die wirtschaftlichen Aktivitäten wurden in vielen Ländern der Region durch Nettozuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen stimuliert, die auf den bevorstehenden Beitritt zur Europäischen Union zurückzuführen waren. Die höheren Ölpreise im Spätjahr 2002 regten das Wachstum in den Erdöl exportierenden Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Aserbaidschan, Kasachstan und Russland) an. Der starke Nachfrageanstieg in diesen Ländern unterstützte die Expansion in den anderen Staaten der Region.

Vor der Zunahme der Spannungen im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak nahm die Produktionstätigkeit im *Nahen Osten* zu, wobei höhere Ölpreise besonders das Wachstum in den Erdöl exportierenden Ländern förderten. Trotz der relativ kurzen Dauer des Konflikts führten die Störungen des Handels und des Tourismus sowie der

insbesondere in Europa und in Japan, um die weltweite Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten abzubauen und eine geordnete Verringerung der globalen Ungleichgewichte zu fördern.

Die Direktoren hoben hervor, dass die Politiker wachsam gegenüber sich verändernden Bedingungen sowie flexibel und handlungsbereit für entsprechende Anpassungen bleiben sollten. Eine enge internationale Zusammenarbeit, Gespräche und gemeinsame Anstrengungen seien erforderlich, um den globalen Unsicher-

heiten zu begegnen und das Vertrauen zu fördern. Die Direktoren vertraten die Ansicht, dass entschlossene Schritte, um die multilateralen Handelsgespräche im Rahmen der Doha-Runde voranzubringen (siehe Kasten 5.7), ein zentraler Bestandteil dieser Bemühungen sein sollten.

Die großen Währungsgebiete

Die Direktoren erwarteten, dass die *Vereinigten Staaten* weiterhin den globalen Aufschwung anführen wer-

drastische Fall der Ölpreise Anfang 2003 zu einem geringeren Wachstum. Die anhaltenden geopolitischen Spannungen in der Region dämpften die Wirtschaftsaktivitäten während des gesamten Geschäftsjahres 2003.

In den meisten Ländern Afrikas war das Wachstum stabiler als in anderen Regionen. Es wurde unterstützt durch eine verbesserte Wirtschaftspolitik und die **Schuldenverringerung** im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Ernste Probleme belasteten jedoch Teile von Afrika, insbesondere eine Verschlimmerung der Hungersnot und der Dürre im südlichen und östlichen Afrika. Die wirtschaftliche Lage besserte sich im ersten Teil des Geschäftsjahres 2003. Dies war zurückzuführen auf die Entwicklung der Preise für Nicht-Öl-Rohstoffe, die nicht so weit zurückgingen wie in früheren Abschwungphasen der Weltkonjunktur, sowie auf Schuldenerleichterung, obwohl die HIV/AIDS-Pandemie eine ernste Gefahr bleibt, die die Lebenserwartung senkt und die Wachstumsaussichten beeinträchtigt.

Die **Inflation** blieb weltweit niedrig, und die Lohnerhöhungen waren im Allgemeinen moderat. Im Vorfeld des Krieges im Irak und der diesbezüglichen Unsicherheiten stiegen die Energiepreise gegen Ende 2002 und Anfang 2003 spürbar an, gingen aber nach dem Ende des Krieges wieder zurück. An den **Devisenmärkten** verlor der US-Dollar auf handelsgewichteter Basis an Wert, während der Euro aufwertete.

Die **Geldpolitik** blieb in den meisten Industrieländern akkommodierend, und die Notenbankzinsen gingen vielfach zurück. Der Kurs der Fiskalpolitik war unterschiedlich. In den Vereinigten

Staaten wurde sie durch Steuersenkungen gelockert, während sie im Eurogebiet neutral war.

Was die Entwicklung an den **Finanzmärkten** betrifft, so gaben die nominalen Renditen von Staatsanleihen an den entwickelten Märkten im Berichtszeitraum deutlich nach, wobei in den Vereinigten Staaten am 10. März 2003 mit einer Rendite von 3,56 % für zehnjährige US-Staatsanleihen der tiefste Stand seit 41 Jahren erreicht wurde. Zu dem Renditerückgang trugen die Verschlechterung der Wachstumsperspektiven und die niedrige Inflation, sinkende Aktienkurse, geopolitische Unsicherheiten sowie die Senkung der offiziellen Zinssätze der Zentralbank bei.

Die **entwickelten Aktienmärkte** standen während des Großteils des Geschäftsjahres 2003 unter Abwärtsdruck (siehe **Schaubild 1.2**). Unsichere Aussichten für Unternehmensgewinne, Nachwirkungen des Platzens der Blase bei Hochtechnologieaktien und der Krieg im Irak belasteten die entwickelten Aktienmärkte in starkem Maße. Eine Rekordzahl von Insolvenzen in den Vereinigten Staaten, Betrugsfälle bei Unternehmen sowie **Nachlässigkeiten** bei der Unternehmensführung verminderten das Vertrauen der Investoren. Der S&P 500 Index verlor 15 % und schloss am Ende des Geschäftsjahres 2003 – trotz einer Kursrallye nach dem Krieg und einer schließlich abnehmenden Risikoscheu – um 40 % unterhalb seines Höchststands im März 2000. An den europäischen Aktienmärkten war die Entwicklung noch schlechter. Der Eurotop 300 Index verlor 33 % und lag 50 % unter dem Rekordwert vom März 2000. Die japanischen Aktienmärkte beendeten das Geschäftsjahr 2003 auf

dem niedrigsten Niveau seit 19 Jahren. In lokaler Währung gerechnet verlor der Topix Index im Geschäftsjahr 2003 26 % und schloss 72 % unter seinem Höchststand vom Dezember 1989.

Die Märkte für **Schuldtitel der aufstrebenden Volkswirtschaften** erholten sich in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2003, wobei es aber erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen gab. Die **Zinssaufschläge** für Anleihen verringerten sich und erreichten in vielen Fällen historische Tiefstände. Besorgnisse über den wirtschaftspolitischen Kurs, insbesondere in Lateinamerika, lösten während der ersten Jahreshälfte eine Verkaufswelle an den Märkten für Schuldtitel der aufstrebenden Volkswirtschaften aus. Nach den Wahlen in Brasilien und der Türkei und nach den Erklärungen zur Wirtschaftspolitik sowie der Ankündigung von Reforminitiativen gewannen die Investoren wieder Vertrauen. Diese Entwicklungen bahnten zusammen mit dem Streben von Investoren nach höher rentierlichen Investitionen an den internationalen Märkten den Weg für eine der – im historischen Vergleich – am längsten dauernden Kursrallyes an den Märkten für **Schuldtitel aufstrebender Volkswirtschaften**. Der EMBI+-Spread verringerte sich von 1040 Basispunkten in der Spitze im September 2002 auf 576 Basispunkte am Ende des Geschäftsjahres 2003 (siehe **Schaubild 1.3**). Parallel hierzu öffneten sich im Oktober 2002 nach einer langen inaktiven Zeit die Primärmärkte für Schuldtitel wieder, und viele Regierungen aufstrebender Volkswirtschaften konnten ihren Finanzierungsbedarf an den Märkten bereits frühzeitig im Jahr decken.

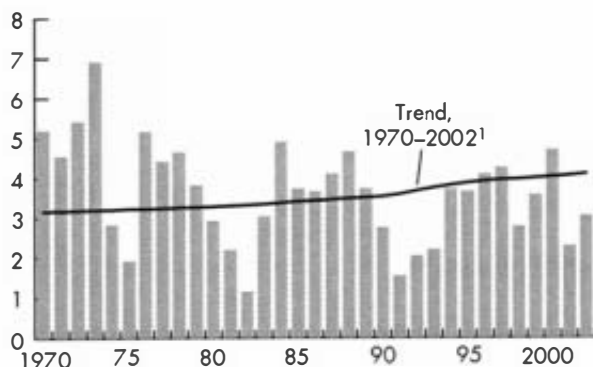
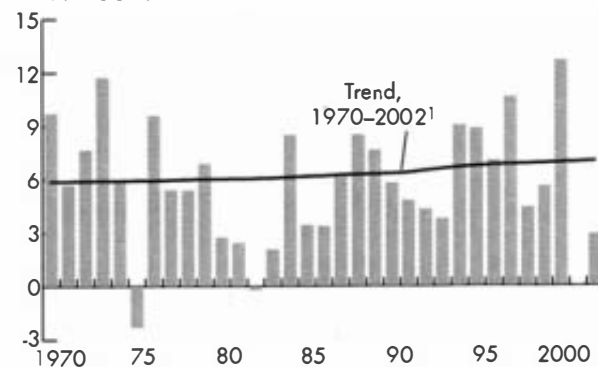
den. Sie stellten fest, dass einige wirtschaftliche Fundamentalfaktoren in den USA, insbesondere die Produktivitätsentwicklung, nach wie vor stark seien, während andere Wirtschaftsdaten der Vereinigten Staaten enttäuschend seien und das schwächere Vertrauen und Ausgabeverhalten der Verbraucher reflektierten. Verschiedene Faktoren bildeten Abwärtsrisiken für die Aussichten der Vereinigten Staaten. Hierzu zählten Unsicherheiten über den Konflikt im Irak und über die Frage, ob die Übertreibungen in der Periode der Bla-

senbildung bereits völlig abgeklungen seien, sowie das Auftreten von Haushaltsdefiziten zusätzlich zu dem großen Leistungsbilanzdefizit. Der gegenwärtige Kurs der Geldpolitik wurde von den Direktoren als im Großen und Ganzen angemessen beurteilt; sie waren aber der Meinung, dass eine weitere Lockerung notwendig werden könnte, wenn Abwärtsrisiken für das Wachstum eintreten sollten, wobei mehrere Direktoren darauf hinwiesen, dass der Spielraum für weitere Zinssenkungen zunehmend enger werde. Hinsichtlich der Haus-

Schaubild 1.1

Reales Wachstum des Welt-BIP und Handelsvolumen (Güter und Dienstleistungen)

(Jährliche prozentuale Veränderung)

Reales BIP-Wachstum**Handelsvolumen**Quellen: Haver Analytics und IWF, *World Economic Outlook* (April 2003).

¹Durchschnittliche Wachstumsrate der einzelnen Länder, aggregiert unter Verwendung der gewichteten Kaufkraftparität; die Aggregate ändern sich im Laufe der Zeit zu Gunsten schneller wachsender Länder, wodurch die Kurve nach oben ansteigt.

haltspolitik billigten die Direktoren den steuerpolitischen Vorschlägen der US-Regierung aus struktureller Perspektive gewisse Vorteile zu; sie glaubten jedoch, dass eine Umsetzung dieser Vorschläge die Haushaltslage auf mittlere Sicht deutlich verschlechtern und prozyklische Wirkungen haben würde, wenn sich die Wirtschaft, wie im Basisszenario erwartet, erhole. Sie betonten die Bedeutung einer Wiederherstellung des Vertrauens der Investoren, um den Aufschwung zu unterstützen, und sprachen sich für eine strikte Durchsetzung der verschärften Regeln für die Unternehmensführung aus.

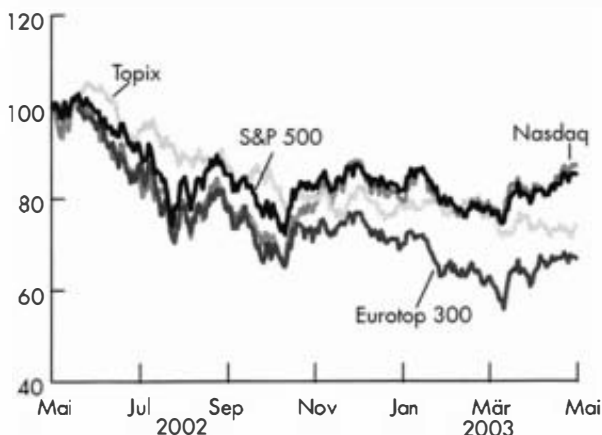
Obwohl ernste Ungleichgewichte nicht vorhanden seien und im Allgemeinen solide Fundamentaldaten vorlägen, betrachteten die Direktoren die Entwicklungen im *Eurogebiet* mit Sorge. Das Wachstum sei weiterhin enttäuschend, und die Vorausschätzungen für 2003 seien deutlich nach unten korrigiert worden. Die Aufwertung des Euro, Verspannungen in den Unternehmensbilanzen sowie eine voraussichtliche Straffung der Haushaltspolitik in einer Reihe von Ländern würden die Wirtschaft in der Region wahrscheinlich belasten. Im Rahmen dieses Gesamtbildes betrachteten die Direktoren die Lage in Deutschland, wo die Wirtschaft stagniere und der Finanzsektor zunehmend unter Druck gerate, mit besonderer Besorgnis.

Die jüngste Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), die Zinssätze zu senken, wurde begrüßt, und viele Direktoren sahen Spielraum für eine weitere geldpolitische Lockerung, um das Wachstum anzuregen. Vor dem Hintergrund einer in einigen Ländern in Westeuropa im vergangenen Jahr zunehmend schwieriger gewordenen Haushaltslage stellten die Direktoren zur Haushaltspolitik fest, dass die Herausforderung in naher Zukunft darin bestehe, zu vermeiden,

dass die wirtschaftlichen Bremsfaktoren durch Haushaltskürzungen übermäßig verstärkt würden, und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) zu erhöhen. Dazu sahen es die Direktoren als erforderlich an, die strukturellen Defizite abzubauen, um mittelfristig eine nahezu ausgeglichene Haushaltsposition oder einen leichten Überschuss zu erreichen. Die meisten Direktoren unterstützten die Ansicht, die automatischen Stabilisatoren auf dem Konsolidierungspfad in vollem Umfang wirken zu lassen, selbst wenn dies dazu führe, dass die Defizite im Jahr 2003 die Grenze von 3 % des BIP überschreiten würden. Aus Sicht einiger Direktoren ist ein Überschreiten der Defizitgrenze in den gegenwärtigen Umständen jedoch nicht erwünscht, da dies das Vertrauen in die Fiskalpolitik unterminieren würde und auf kurze Sicht keine signifikanten Vorteile für das Wirtschaftswachstum hätte.

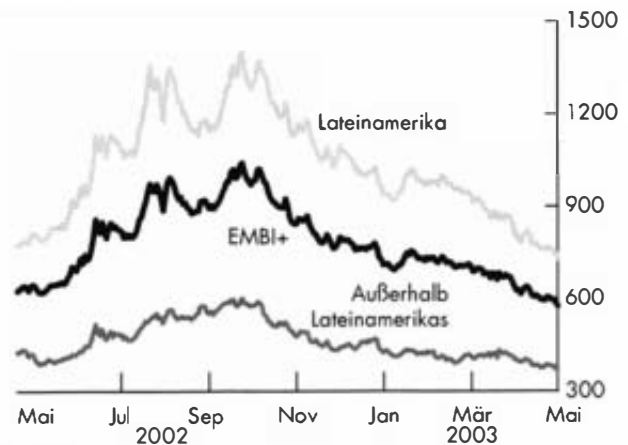
Die Direktoren sprachen sich dafür aus, dass die Länder Europas die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Beseitigung von strukturellen Rigiditäten auf den Güter- und Arbeitsmärkten stärker wahrnehmen sollten. Es seien zwar bereits eine Reihe von wichtigen Schritten unternommen worden, die Arbeitslosenzahlen seien jedoch in Europa im Allgemeinen hoch geblieben und die Erwerbsquote sei viel geringer als in anderen fortgeschrittenen Ländern. Die meisten Direktoren stimmten darin überein, dass die Rigiditäten am Arbeitsmarkt ein wichtiger Erklärungsfaktor für die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Industrieländern seien. Dies werde durch die gegensätzlichen Erfahrungen von Ländern verdeutlicht, die umfassende Reformen unternommen und einen stetigen Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit erreicht hätten, im Vergleich zu solchen Ländern, die nur geringe Fort-

Schaubild 1.2

Entwicklung der Aktienkurse
(Mai 2002 = 100)

Quelle: Bloomberg L.P.

Schaubild 1.3

Aufschlag auf Staatsanleihen
(Basispunkte)

Quelle: J.P. Morgan Chase.

schritte zu verzeichnen hätten und deren Arbeitslosenquoten weiter gestiegen seien. Sie riefen zu umfassenden Arbeitsmarktreformen im Eurogebiet auf, die deutliche Verbesserungen in Form niedrigerer Arbeitslosigkeit und höherer Produktion bringen würden, insbesondere wenn sie mit Reformen der Gütermärkte einhergingen. Die vor kurzem von den deutschen Behörden vorgelegten Vorschläge zur Verbesserung der Anreize für eine Arbeitsaufnahme und zum Beginn des Abbaus von überzogenen Arbeitsschutzregelungen wurden begrüßt. Sofern diese Maßnahmen durchgreifend seien und vollständig umgesetzt würden, hätten sie, so die Direktoren, einen günstigen Effekt auf das Vertrauen der Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Direktoren stellten fest, dass die wirtschaftliche Lage in Japan nach wie vor schwierig sei. Die Volkswirtschaft habe im Verlauf des Jahres 2002 einen moderaten konjunkturellen Aufschwung verzeichnet; es werde aber erwartet, dass das Wachstum im Jahr 2003 erneut gering sein werde. Darüber hinaus habe sich die Deflation fortgesetzt, und Umfrageergebnisse deuteten daraufhin, dass sich deflationäre Erwartungen ausbreiteten und verhärteten. Die meisten Direktoren forderten die Bank von Japan dazu auf, bei geldpolitischen Maßnahmen und in ihrer Kommunikationsstrategie aggressiver vorzugehen, um die Deflation zu beenden. Darüber hinaus würde die Wirksamkeit der Geldpolitik verbessert, wenn Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsektors ergriffen würden. Vor dem Hintergrund des großen Haushaltsdefizits und der hohen öffentlichen Verschuldung betonten die Direktoren die Notwendigkeit, dass die Behörden eine glaubwürdige Strategie zur mittelfristigen Haushaltskonsolidierung definierten und zentrale Haushaltsreformen durchführten. Die meisten

Direktoren vertraten die Ansicht, dass Japan graduell auf einen Kurs der Haushaltskonsolidierung einschwenken solle, es sei denn die Behörden setzten sich für eine sehr viel aggressivere Reformagenda ein. Die Reformen zur Stärkung von Banken und Unternehmen wurden begrüßt, doch die Direktoren hoben hervor, dass diese Reformen nicht weit genug gingen, um die lang anhaltenden Probleme in diesen Sektoren zu lösen.

Die Direktoren stellten im Hinblick auf die Blasenbildung bei den Preisen für Vermögenswerte fest, dass sich das Platzen der Blase an den Aktienmärkten in den vergangenen Jahren recht ähnlich vollzogen habe wie in früheren Phasen, und zwar hinsichtlich des Umfangs, der Zeitdauer und der synchron verlaufenden Preisrückgänge zwischen den Ländern. Der Boom an den Aktienmärkten in Europa und den Vereinigten Staaten gegen Ende der neunziger Jahre habe die Unternehmen dazu veranlasst, lange vor Einsetzen der Nachfrage Mittel aufzunehmen und zu investieren; dadurch sei die Anfälligkeit der Unternehmen für einen Rückgang der Aktienkurse und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erhöht worden. Die Direktoren äußerten auch ihre Besorgnis über den hohen Grad der Unternehmensverschuldung im Vergleich zum Eigenkapital, insbesondere in Europa, was die Investitionstätigkeit im Aufschwung dämpfen könne.

Aufstrebende Märkte

Die Wachstumsaussichten in den aufstrebenden Marktwirtschaften seien im Allgemeinen recht günstig geblieben, so die Direktoren, wenngleich sich die Entwicklungen und die Perspektiven innerhalb dieser Ländergruppe stark unterschieden. Viele Länder verfolgten eine disziplinierte Haushalts- und Geldpolitik, erzielten Fortschritte bei Strukturreformen und seien

besser in der Lage, externen Schocks zu widerstehen. Trotzdem seien angesichts der schlechteren Aussichten für die Industrieländer und der Unsicherheiten in Bezug auf die Lage im Irak nach wie vor Abwärtsrisiken vorhanden.

Die Direktoren begrüßten die wirtschaftliche Belebung in den meisten Ländern in *Lateinamerika* und die Verbesserung der Stimmung an den Märkten. Sie wiesen aber gleichzeitig darauf hin, dass die Lage in einer Reihe von Ländern noch schwierig sei. In Argentinien habe die Wirtschaft wohl das Schlimmste überwunden, wirtschaftspolitische Kontinuität sei jedoch von fundamentaler Bedeutung, und die Signale, die von den Präsidentschaftskandidaten an die Märkte gegeben würden, hätten einen entscheidenden Einfluss auf die Erwartungen. In Brasilien hätten die entschlossenen Maßnahmen der neuen Regierung zur Sicherung der makroökonomischen Stabilität und der haushaltspolitischen Disziplin dazu beigetragen, die Unsicherheiten an den Finanzmärkten zu verringern. Chile und Mexiko seien auf Grund ihres soliden wirtschaftspolitischen Kurses und ihrer relativ starken Integration in die Weltwirtschaft besser vor der Verschlechterung der externen Finanzierungsbedingungen geschützt. Für die Region insgesamt betonten die Direktoren die Bedeutung von weiteren Anstrengungen zur Verringerung der Verschuldung des öffentlichen Sektors und zur Verbesserung der Fälligkeitsstruktur der Schulden. Die Direktoren verwiesen auch auf andere zentrale Prioritäten für die Wirtschaftspolitik in der Region. Hierzu zählten die Ausrichtung der Geldpolitik auf niedrige Inflationsraten bei einem flexiblen Wechselkurs, die Vertiefung der inländischen Finanzintermediation sowie die Einleitung von Reformen zur Liberalisierung des Handels, zur Verbesserung der sozialen Sicherungsnetze und zur Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität.

Die Direktoren äußerten ihre Anerkennung für die eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung in den *aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften*, die sowohl von den Exporten als auch von der inländischen Nachfrage getragen worden sei. Dabei hätten diejenigen Länder, die Strukturreformen am zügigsten eingeleitet hätten, das robusteste Wachstum erzielt. Allerdings sei das Wachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens weiterhin vom weltwirtschaftlichen Umfeld abhängig. Nach Ansicht des Direktoriums war die Beibehaltung einer akkommodierenden Geldpolitik im Allgemeinen angemessen, und die automatischen fiskalischen Stabilisatoren sollte man in den meisten Ländern ungehindert wirken lassen. Weitere Fortschritte bei den Strukturreformen, insbesondere im Finanzsektor, wurden von den Direktoren als notwendig angesehen, um die inländische Nachfrage zu stärken und einen Beitrag zum Abbau der globalen Ungleichgewichte zu leisten. Die im Allgemeinen komfortable

außenwirtschaftliche Lage in der Region sei dabei die Grundlage für weitere Schritte zur Umsetzung der noch nicht abgearbeiteten Agenda für Strukturreformen. In naher Zukunft stünden die Erdöl exportierenden Länder vor der schwierigen Aufgabe, sehr hohe Zuflüsse in der Zahlungsbilanz zu verwalten. Die Direktoren ermutigten die Behörden, Wechselkursflexibilität zuzulassen und die Geldpolitik auf eine weitere Reduzierung der Inflationsraten auszurichten. Auf mittlere Sicht bestehe die Herausforderung darin, so die Direktoren, den Ölreichtum in geeigneter Weise zu verwalten.

In *Mittel- und Osteuropa* werde das Wachstum in einigen Ländern angesichts des näher rückenden Beitritts zur Europäischen Union weiterhin durch hohe ausländische Direktinvestitionen gefördert. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass die Regierungen vor erheblichen Herausforderungen stehen werden, sobald sie über den Beitritt hinausblicken und sich den Anforderungen stellen, die durch die Einführung des Euro entstehen. Sie stellten fest, dass die Notwendigkeit einer zurückhaltenden Haushaltspolitik in den meisten Ländern in Mittel- und Osteuropa ungeachtet der unterschiedlichen Lage in den einzelnen Ländern wahrscheinlich ein zentraler Punkt der Wirtschaftspolitik bleiben werde, um das Vertrauen der Märkte zu fördern und das Wachstum zu stärken. In der Türkei habe sich die Wirtschafts- und Finanzlage – nach einer besser als erwarteten Entwicklung im Vorjahr – Anfang 2003 verschlechtert. Die Direktoren betonten die Notwendigkeit, dass die Regierung haushaltspolitische Zurückhaltung übe und Strukturreformen umsetze, um das Vertrauen aufrechtzuhalten.

In den Erdöl exportierenden Ländern der *Gemeinschaft unabhängiger Staaten* (GUS) sei das Wachstum durch die steigenden Energiepreise stimuliert worden. Die Direktoren warnten davor, dass eine Verlangsamung bei den Strukturreformen die Investitionstätigkeit, insbesondere in Russland, dämpfen und die mittelfristigen Aussichten schwächen könne. Die Direktoren riefen die Behörden in den GUS-Ländern auf, den Reformprozess mit neuem Leben zu erfüllen, wobei auch das Bankensystem zu stärken sei. Sie regten an, dass die sieben einkommensschwachen GUS-Länder (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kirgisische Republik, Republik Moldau, Tadschikistan und Usbekistan) der Beschleunigung von Strukturreformen Priorität einräumen sollten, um das Investitionsklima zu verbessern und dadurch die Nachhaltigkeit des höheren Wachstums, das in vielen dieser Länder zu beobachten sei, zu sichern. Des Weiteren sollten sie dazu beitragen, die hohe öffentliche Verschuldung, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in mehreren dieser Länder gefährde, zu reduzieren.

Im *Nahen Osten* hat sich das Wachstum im Jahr 2002 verlangsamt, auch wenn die Länder, die die zü-

gigsten Fortschritte bei Reformen erzielt hätten, ein höheres Expansionstempo erreicht hätten. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass viele Länder in der Region zwar vom Anstieg der Erölpreise profitiert hätten, dass jedoch die regionale Sicherheitslage ausländische Investitionen und den Tourismus belaste. Die zentrale mittelfristige wirtschaftspolitische Herausforderung bestehe darin, so die Direktoren, ein anhaltend hohes BIP-Wachstum zu erreichen, um die Arbeitslosigkeit zu verringern und die stark wachsende Zahl von Arbeitskräften zu beschäftigen. Im Zentrum der Reformagenda sollten Maßnahmen zur Förderung des privaten Sektors sowie die Liberalisierung des Handels und die Entwicklung des Humankapitals stehen.

Die makroökonomische Politik und die Umsetzung der Strukturreformen hätten sich in vielen afrikanischen Ländern verbessert. Dennoch sei das Wachstum in *Afrika* im Jahr 2002 wegen ungünstiger Wetterbedingungen und anhaltender politischer Spannungen, die mehrere Länder betroffen hätten, zurückgegangen. Nach Ansicht der Direktoren bestehe die zentrale Herausforderung in Afrika darin, die Bedingungen zu schaffen, um die Millennium-Entwicklungsziele (s. Kapitel 5) zu erreichen. Wie in der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (New Partnership for Africa's Development, NEPAD) hervorgehoben werde, sei hierfür eine substanzielle Verbesserung des Klimas für private Investitionen erforderlich. Diese hänge ab von Maßnahmen zur Wiederherstellung von Frieden und politischer Stabilität, von Verbesserungen bei der Regierungsführung, der Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungswesens, von einer Liberalisierung der Märkte und des Handels sowie von Maßnahmen zur Bekämpfung der HIV/AIDS-Pandemie. Die Direktoren betonten, dass die finanzielle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und ein verbesserter Marktzugang für die Exporte afrikanischer Staaten notwendig seien, um diese Ziele zu erreichen.

Der Einfluss von Institutionen auf die wirtschaftliche Entwicklung

Die Direktoren verwiesen auf Forschungsergebnisse, denen zufolge die Verbesserung der Qualität von Institutionen sowohl das Niveau als auch die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens (BIP pro Kopf) erhöhe und die Volatilität des Wachstums verringere. Die Direktoren stimmten darin überein, dass die Entwicklungsländer ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf der Basis dieser Erkenntnisse beträchtlich erhöhen könnten, wenn sie die Qualität ihrer Institutionen verbessern würden und gleichzeitig an einer soliden makroökonomischen Wirtschaftspolitik festhielten. Nach Ansicht des Direktoriums gibt es einige allgemeine Prinzipien für die Stärkung von Institutionen. Beispielsweise seien erfolgreiche Marktwirtschaften auf Institutionen angewiesen, die Eigentumsrechte schützen,

die Einhaltung von Gesetzen gewährleisten, eine geeignete Regulierung der Märkte vornehmen, makroökonomische Stabilität sichern sowie sozialen Zusammenhalt und Stabilität fördern.

Die Gestaltung und die Reform von Institutionen hat nach Ansicht der Direktoren notwendigerweise bedeutende länderspezifische Elemente, die Anpassungen und Innovationen erforderlich machen, um den lokalen Gegebenheiten gerecht zu werden. Zu den zentralen Elementen von institutionellen Reformen zählen ein stärkerer Wettbewerb, einschließlich einer Öffnung des Handels, was dazu beitragen kann, die Macht von Interessengruppen zu begrenzen, sowie ein breiterer Informationsfluss und eine höhere Transparenz, wodurch Entscheidungen über wirtschaftspolitische Maßnahmen verbessert und der Spielraum für Korruption verringert werden kann. Darüber hinaus haben sich externe „Anker“ wie diejenigen, die im Prozess des Beitritts zur EU entstehen, als wirksame Hilfen für die Stärkung von Institutionen erwiesen. Im Endergebnis sind, so die Direktoren, ein hohes Maß an Reformbereitschaft und Entschlossenheit in den einzelnen Ländern die wichtigsten Bestandteile institutioneller Reformen.

Bericht zur Stabilität des Finanzsystems

Der Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems (*Global Financial Stability Report – GFSR*) wurde im März 2002 eingeführt, um sowohl die entwickelten als auch die aufstrebenden Finanzmärkte zeitgerecht und umfassend zu beobachten und um potenzielle Verwerfungslinien im globalen Finanzsystem festzustellen. Das Exekutivdirektorium erörterte während des Geschäftsjahres 2003 vier Fragestellungen des Berichts, wobei die letzte Aussprache im März 2003 stattfand. Diese Aussprachen waren sowohl aktuellen Entwicklungen als auch speziellen Themen gewidmet.

Bedeutende Entwicklungen

Bei ihrer Aussprache im *Mai 2002* stellten die Direktoren fest, dass vor dem Hintergrund der verbesserten weltwirtschaftlichen Aussichten keine unmittelbare Bedrohung für die Stabilität des globalen Finanzsystems erkennbar sei. Die Aktienkurse blieben im ersten Quartal 2002 in den Vereinigten Staaten und in Europa weitgehend unverändert, und zwar auch dann, als Besorgnisse über den Aufschwung und die Qualität der gemeldeten Unternehmenserträge die Aktienkurse von hochverschuldeten Unternehmen und von Firmen, die in den Bereichen Fusion und Übernahme aktiv waren, stark belasteten. Zur gleichen Zeit sei eine Kursrallye an den Anleihe- und Aktienmärkten der aufstrebenden Volkswirtschaften zu verzeichnen gewesen, ein Anzeichen neuer Kapitalzuflüsse von Investoren, die auf diese Märkte fokussiert sind, sowie ein zunehmendes Interesse von kurzfristig orientierten Investoren. Die Kapitalzuflüsse in die Anleihemärkte der aufstrebenden

Volkswirtschaften hätten im ersten Quartal 2002 zugenommen und es vielen Regierungen ermöglicht, bemerkten die Direktoren, trotz insgesamt zurückgehender Kapitalströme einen substanziellen Anteil ihres Finanzierungsbedarfs für das Jahr 2002 zu decken.

Bis zur zweiten Aussprache des Direktoriums über den GFSR im *August 2002* habe sich die Lage an den globalen Finanzmärkten auf Grund von Vertrauensverlusten und einer stärkeren Risikoabneigung der Investoren deutlich verschlechtert. Die Kombination aus enttäuschenden Unternehmensgewinnen, einem stärkeren Pessimismus der Investoren und gestiegenen Unsicherheiten über die Gewinnaussichten sowie weitere Bilanzskandale bei Unternehmen hätten eine Neubewertung der Kurse ausgelöst und zu einer höheren Volatilität in einer Reihe von Märkten geführt. Mit einem höheren Risiko behaftete Kreditnehmer, einschließlich derjenigen in aufstrebenden Märkten, seien auf ungünstigere Marktzutrittskonditionen gestoßen, da das Interesse der Investoren an der Übernahme von Risiken abgenommen habe. Darüber hinaus habe es den Anschein, dass eine Neugewichtung des Portfolios durch internationale Investoren zu dem Abwärtsdruck auf den US-Dollar und die US-Vermögenswerte beigetragen habe.

Auf ihrer Sitzung im *November 2002* stellten die Direktoren fest, dass die Stimmung der globalen Investoren im dritten Quartal weiterhin durch Besorgnisse über die Stärke und Dauerhaftigkeit des Aufschwungs der Weltwirtschaft, die Aussichten für die Unternehmensgewinne sowie die geopolitische Lage belastet gewesen sei. Dies habe zu einer Differenzierung nach der Kreditqualität und zu anhaltend schwierigen Finanzierungsbedingungen für mit einem höheren Risiko behaftete Unternehmen und staatliche Kreditnehmer beigetragen. Die aufstrebenden Marktwirtschaften seien, so die Direktoren, weiterhin mit einem schwierigen Umfeld konfrontiert gewesen, das durch eine ungewöhnlich hohe Volatilität der Finanzmärkte und eine erhöhte Risikoabneigung gekennzeichnet gewesen sei. Dieses Umfeld habe zusammen mit früheren Besorgnissen über die Stetigkeit der Wirtschaftspolitik in einigen wichtigen aufstrebenden Volkswirtschaften zu weiterhin stark verringerten Kapitalströmen und angespannten externen Finanzierungsmöglichkeiten für die aufstrebenden Märkte als Gruppe geführt, was insbesondere Kreditnehmer mit einem Rating niedrigerer Bonität (noninvestment-grade) betroffen habe. Obwohl der unbesicherte Zugang zu den Primärmärkten für Kreditnehmer mit einem Rating niedrigerer Bonität in Lateinamerika nahezu verschlossen gewesen sei, sei eine breit angelegte Ansteckung begrenzt geblieben, wobei Kreditnehmer in Asien und Osteuropa mit einem Rating höherer Bonität (investment-grade) von einem relativ offenen Marktzugang profitiert hätten.

Die Exekutivdirektoren wiesen bei ihrer Sitzung im *März 2003* darauf hin, dass das globale Finanzsystem trotz erheblicher geopolitischer Unsicherheiten sowie eines zögerlichen und ungleichmäßigen globalen Wirtschaftsaufschwungs widerstandsfähig geblieben sei. Die Märkte verarbeiteten weiterhin die Übertreibungen der Blase an den Aktienmärkten, und das Platzen der Blase habe tiefer liegende Strukturschwächen offen gelegt, die umsichtige wirtschaftspolitische Reaktionen erforderten.

Die Direktoren stellten fest, dass Verbraucher, Unternehmen und Investoren in dem ungeordneten internationalen Umfeld zurückhaltend geblieben seien. Sie gingen davon aus, dass diese Unsicherheit noch für einige Zeit anhalten könne. In diesem schwierigen Umfeld seien wirtschaftspolitische Maßnahmen, die das Vertrauen der Märkte dauerhaft verbesserten, von entscheidender Bedeutung. Die Direktoren unterstrichen, dass sie eine weiterhin unterstützende makroökonomische Politik und umfassende Maßnahmen im strukturellen Bereich befürworteten, um die im Kern vorhandene Anfälligkeit der Märkte zu beseitigen.

Große Finanzzentren

Auf ihrer Sitzung im März stellten die Direktoren auch fest, dass sich eine graduelle Verbesserung der Finanzierungsbedingungen an den entwickelten Märkten zu festigen begonnen habe und dass sich insbesondere die Bilanzen des Haushalts- und Unternehmenssektors in den Vereinigten Staaten etwas verbessert hätten. Sie wiesen aber darauf hin, dass dieser Prozess noch störanfällig sei und dass die im Kern vorhandenen Anfälligkeiten weiterhin eine besondere Wachsamkeit und Aufmerksamkeit seitens der Wirtschaftspolitik erforderten. Der Unternehmenssektor sei in einer Reihe von Ländern mit wachsenden Finanzierungslücken bei den Pensionsplänen mit festen Leistungszusagen konfrontiert. Dies sei eine Folge niedriger Aktienkurse und hoher Barwerte der Pensionszusagen auf Grund geringerer Zinssätze. Die Direktoren merkten ferner an, dass die Verbesserung der Bilanz des Haushaltssektors in den Vereinigten Staaten in entscheidendem Maße von einer anhaltenden Stärke des Immobilienmarktes abhängig sei.

Der Finanzsektor in den entwickelten Volkswirtschaften biete ein gemischtes Bild, so die Direktoren. Während Banken mit einem starken Privatkundengeschäft sich recht günstig entwickelt hätten, seien im Firmenkundengeschäft tätige Banken und Investmentbanken stark getroffen worden. Ungeachtet der erneuten Initiative der Behörden, die Probleme in den Griff zu bekommen, gebe die hartnäckige Schwäche der japanischen Banken weiterhin Anlass zu Besorgnis. Eine Reihe von Direktoren wies auch auf die schwierige Lage hin, in der sich Banken in Deutschland im Zusammenhang mit niedrigen Erträgen, hohen Kosten, einer

Verschlechterung der Kreditqualität und einer Erosion der stillen Reserven infolge des Kursrückgangs am deutschen Aktienmarkt befänden. Eine genaue Beobachtung der sich verschlechternden Finanzlage im Versicherungssektor in verschiedenen Ländern Europas wurde auch als erforderlich angesehen. Die Direktoren merkten an, dass die anhaltende Schwäche der Aktienmärkte zu geringeren Anlagerenditen und zu Verkäufen von Aktienbeständen geführt habe; dies sei in einigen Fällen auch geschehen, um die Eigenkapitalvorschriften einhalten zu können.

Die Anlagezurückhaltung von Investoren habe bei Vermögensverwaltern und institutionellen Investoren zu einer beträchtlichen Ansammlung von kurzfristigen Barguthaben mit hoher Qualität geführt. Die Direktoren betrachteten die Möglichkeit, dass diese Bestände zugunsten von produktiveren Anlageformen aufgelöst werden, sobald sich die Stimmung der Anleger verbessert, als einen positiven Faktor in den weiteren Aussichten. Eine Reihe von Direktoren warnte jedoch gleichzeitig davor, dass eine plötzliche Verschiebung der Anlagepräferenzen und der Kurse die ungesicherten Positionen von Geschäftsbanken und Börsenhändlern einem beträchtlichen Zinsrisiko aussetzen würde. Andere Direktoren äußerten sich besorgt über die Finanzkraft der von der Regierung unterstützten Hypothekenagenturen in den Vereinigten Staaten. Eine Reihe von Direktoren wies ferner auf die gestiegene Sensibilität der Märkte für Zinsdifferenzen hin, die aus der umfangreichen Umschichtung der Nettokapitalzuflüsse in die Vereinigten Staaten von Aktien und Direktinvestitionen in festverzinsliche Wertpapiere resultiere.

Finanzlage der aufstrebenden Märkte

Ein wenig freundliches externes Umfeld sowie die Besorgnis von Anlegern über die Risiken unstetiger Wirtschaftspolitik wichtiger Schuldner aus dem Kreis der aufstrebenden Marktwirtschaften hätten die Verfügbarkeit von Kapital eingeschränkt und die Kosten für die meisten Kreditnehmer dieser Ländergruppe während des Großteils des Jahres 2002 in die Höhe getrieben. Die Direktoren zeigten sich ermutigt darüber, dass die Lockerung der Finanzierungsbedingungen an den globalen Finanzmärkten im vierten Quartal die Kapitalmärkte für viele Emittenten wieder geöffnet habe und dass die Besorgnisse von Anlegern über den Kurs der zukünftigen Wirtschaftspolitik in einigen großen aufstrebenden Volkswirtschaften nachgelassen habe. Diese jüngsten Entwicklungen müssten jedoch vor dem Hintergrund des langfristig rückläufigen Trends bei den Kapitalzuflüssen an Kreditnehmer aus aufstrebenden Marktwirtschaften gesehen werden, der weiterer Aufmerksamkeit bedürfe. Der anhaltend starke Wechsel zwischen „Festmahl und Hungersnot“ an

den Primärmärkten für Anleihen der aufstrebenden Marktwirtschaften verdeutliche die Bedeutung einer eigenständigen Absicherung zur Milderung der extern erzeugten Volatilität durch solide wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Institutionen.

Die jüngsten Marktentwicklungen zeigten, dass diejenigen Anleger, die stärker zwischen den verschiedenen Märkten unterschieden, positiv auf eine dauerhaft solide Wirtschaftspolitik reagierten, so die Direktoren. Es bleibe aber dennoch wichtig, diese ermutigende Entwicklung durch eine weitere Reduzierung der Ansteckungsrisiken zu festigen. Die Direktoren betonten insbesondere die Bedeutung von weiteren Anstrengungen, auch von Seiten des IWF, den Anlegern bei der Klassifizierung von Kreditnehmern zu helfen, sowie von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Stabilität des Finanzsystems zu fördern. Sie begrüßten die Verbesserungen bei der Regulierung und Kapitalisierung der Bankensektoren in vielen aufstrebenden Marktwirtschaften. Die Direktoren wiesen jedoch darauf hin, dass die Fortschritte in den verschiedenen Regionen unterschiedlich gewesen seien und dass weitere Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Bankensysteme notwendig seien. Die Direktoren begrüßten die jüngst von Mexiko begebene Anleihe, die in den Anleihebedingungen Umschuldungsklauseln (CACs; siehe Kapitel 3) enthalte, und ermutigten andere Emittenten, bei zukünftigen Anleiheemissionen CACs aufzunehmen. Sie regten die IWF-Stabsmitarbeiter dazu an, den Mitgliedsländern die für die Erreichung dieses Ziels notwendige Beratung anzubieten.

Förderung der Stabilität

Der Hauptzweck des GFSR liegt darin, auf Schwächen und Anfälligkeiten im globalen Finanzsystem aufmerksam zu machen, damit seitens der Politik Schritte zur Vermeidung von Krisen unternommen werden können. Im Geschäftsjahr 2003 wurden im GFSR verschiedene Vorschläge für wirtschaftspolitische Maßnahmen unterbreitet. Die Direktoren hoben mehrere Maßnahmen hervor, die zusammen genommen helfen sollten, eine übermäßige Reduzierung der Risikobereitschaft zu verhindern, das Vertrauen der Anleger wieder aufzurichten und die Selbstkorrekturmechanismen der Märkte zu stärken. Bei der Direktoriumssitzung im August 2002 betonten die Direktoren die Bedeutung einer dauerhaften Finanzüberwachung durch den IWF. Dies gelte auch für Instrumente wie das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP) und die Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Reports on the Observance of Standards and Codes – ROSCs). Sie riefen die für die Finanzsektoren zuständigen Regierungsbehörden dazu auf, wachsam zu sein in Bezug auf weitere Anzeichen von Schwächen bei bedeutenden Institutionen und Märkten. In den entwickelten Ländern

sollte die Wirtschaftspolitik weiterhin Wirtschaftswachstum und eine mittelfristig angelegte geordnete Verringerung der Ungleichgewichte unterstützen. Die Direktoren betonten außerdem, dass eine entschlossene Umsetzung und Durchsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmensführung, des Rechnungswesens, der Offenlegung und der Transparenz zusammen mit einer aufmerksamen Beobachtung durch die nationalen Behörden und den IWF helfen würden, die Selbstkorrekturmechanismen der Märkte zu stärken. In den aufstrebenden Marktwirtschaften würde eine solide Wirtschaftspolitik zur Stärkung der makroökonomischen und der finanziellen Stabilität den Anlegern helfen, klarer zwischen den verschiedenen Ländern als Investitionsziel zu unterscheiden. Die nationalen Behörden sollten außerdem die Entwicklung von soliden und diversifizierten inländischen Finanzsystemen fördern.

Die Direktoren betonten im *November 2002*, dass die makroökonomische Politik in den entwickelten Volkswirtschaften bei etwaigen Anzeichen, der wirtschaftliche Aufschwung könne ins Stocken geraten, angepasst werden sollte. Ein zügiger Abschluss der Verhandlungen im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde sowie die Umsetzung von anderen Maßnahmen zur Handelsliberalisierung würden das Vertrauen in die wirtschaftlichen Aussichten stärken und den aufstrebenden Marktwirtschaften die Möglichkeit bieten, ihre Exporterlöse zu erhöhen und damit letztendlich ihre Schuldendienstfähigkeit zu verbessern. Die Aufsichtsbehörden für Finanzinstitute, die keine Banken sind, insbesondere Versicherungsgesellschaften, sowie in einigen Fällen Pensionsfonds, sollten auf Anzeichen einer deutlichen Erosion des Eigenkapitals auf Grund fallender Vermögenspreise achten. Darüber hinaus erfordere die Praxis der Finanzinstitute, zur Steuerung ihrer Risiken zunehmend Instrumente zur Übertragung von Kreditrisiken einzusetzen, eine erweiterte Offenlegung und eine verstärkte Aufsicht.

Die anhaltende Fähigkeit einiger aufstrebender Marktwirtschaften, in dem damaligen Umfeld Mittel an den internationalen Kapitalmärkten aufzunehmen, verdeutlichte nach Ansicht der Direktoren den Stellenwert eines entschlossenen und dauerhaften Engagements für eine Wirtschaftspolitik, die auf makroökonomische und finanzielle Stabilität sowie eine Stärkung des institutionellen Rahmens abziele. Grundsätzlich betonten die Direktoren, dass ein entschlossener Einsatz für die Gewährleistung von Eigentumsrechten, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und die Stabilität des rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmens für die Stärkung des Vertrauens der Anleger und den Aufbau einer stabilen Investorenbasis von zentraler Bedeutung seien.

Im *März 2003* sahen die Direktoren einen anhaltenden Bedarf an überzeugenden vertrauensbildenden Maßnahmen. In Bezug auf den strukturpolitischen

Bereich betonten sie, dass der rechtliche und ordnungspolitische Rahmen die Umstrukturierung im Unternehmens- und Finanzsektor unterstützen müsse. Im Falle Japans mache die geringe Rentabilität der heimischen Finanzinstitute und das Problem der uneinbringlichen Kredite dringende Korrekturmaßnahmen notwendig. Deutsche Banken, so die Direktoren weiter, müssten etwas gegen ihre Ertragsschwäche unternehmen. Hierzu seien Maßnahmen zur Kostensenkung, einschließlich einer Konsolidierung, erforderlich.

Die Direktoren stellten fest, dass die durch „Festmahl und Hungersnot“ gekennzeichnete Dynamik der Finanzierungsbedingungen der aufstrebenden Marktwirtschaften und die anhaltende Staffelung der Kreditwürdigkeit die Notwendigkeit einer konsistenten Umsetzung einer soliden makroökonomischen Politik unterstreiche. Sie regten darüber hinaus an, weitere Maßnahmen zur Vertiefung der lokalen Wertpapiermärkte zu ergreifen, was dazu beitragen könne, einen Puffer gegen wechselnde Finanzierungsbedingungen an den globalen Finanzmärkten zu schaffen.

Finanzmarktaktivitäten von Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften

Als weiteres bedeutsames Thema wurde im GFSR die Rolle von Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften an den globalen Finanzmärkten beleuchtet. Auf der Direktoriumssitzung im *Mai 2002* stellten die Direktoren fest, dass diese Unternehmen eine zunehmend bedeutender werdende Gruppe von institutionellen Anlegern und Finanzintermediären bildeten, die auf Grund der zusätzlichen Marktliquidität und der Diversifizierung der Marktteilnehmer für die internationalen Finanzmärkte wichtige Vorteile biete. In diesem Zusammenhang müssten zusätzliche Informationen über die Finanzmarktaktivitäten der Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften bereitgestellt werden, und zwar nach der Art der Versicherung (Lebens- oder Sachversicherung) und insbesondere in neueren Marktsegmenten wie Kreditderivate. Die Direktoren wiesen außerdem darauf hin, dass die regulatorischen und aufsichtlichen Rahmenwerke möglicherweise angepasst werden müssten, um die sich ausweitenden Aktivitäten dieser Gesellschaften an den Märkten für Vermögenstitel und mögliche Auswirkungen auf die Stabilität des Finanzsystems zu berücksichtigen.

Die Direktoren stimmten im Wesentlichen darin überein, dass das internationale Systemrisiko im Zusammenhang mit den Finanzmarktaktivitäten der Versicherer relativ gering erscheine im Vergleich mit dem der großen international tätigen Investment- und Geschäftsbanken. Dennoch bestünden Unsicherheiten darüber, ob die Kapitalisierung und die Risikomanagementsysteme der Versicherungsgesellschaften die Risiken im Zusammenhang mit ihren expandierenden Finanzmarktaktivitäten vollständig berücksichtigten. Es

gebe auch Fragen, ob diese Aktivitäten dazu beitragen, Finanzrisiken vom Banken- auf den Versicherungssektor zu verlagern. Diese Aspekte erschwerten eine Beurteilung der potenziellen Systemrisiken im Zusammenhang mit den expandierenden Finanzmarktaktivitäten von Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften und verdeutlichten die Bedeutung einer verbesserten Offenlegung und Transparenz.

Förderung der lokalen Wertpapiermärkte

Auf ihrer Sitzung im *Mai 2002* stellten die Direktoren auch fest, dass die Erfahrungen mit der Bankenkrise und der Verlust des Zugangs zu den internationalen Kapitalmärkten während der Asienkrise der späten neunziger Jahre die Notwendigkeit verdeutlicht habe, lokale Wertpapiermärkte zu entwickeln, um eine stabilere Grundlage für die Kreditaufnahme von Staaten und Unternehmen zu schaffen. Die Direktoren merkten an, dass die relativ niedrige auf US-Dollar-Basis gerechnete Rendite von *Aktien der aufstrebenden Marktwirtschaften* im vergangenen Jahrzehnt die Notwendigkeit stabilerer makroökonomischer Bedingungen und einer angemessenen inländischen und internationalen Anlegerbasis für diese Wertpapierklasse unterstreiche. Die Abwanderung von sehr soliden Unternehmen aus den aufstrebenden Marktwirtschaften in die Finanzzentren großer entwickelter Marktwirtschaften habe, so die Direktoren, zu einem Verlust an Liquidität an den aufstrebenden Aktienmärkten geführt. Sie wiesen darauf hin, dass eine Verbesserung der Infrastruktur des Wertpapierhandels in den aufstrebenden Märkten für eine Ausweitung der Aktien aus aufstrebenden Märkten als Wertpapierklasse von entscheidender Bedeutung sei.

Anlässlich der Aussprache im Direktorium im *August 2002* unterstützten die Direktoren die Entwicklung von *lokalen Anleihemärkten* als alternativer Finanzierungsquelle und zeigten sich ermutigt durch die seit der Asienkrise in diesem Bereich erzielten Fortschritte. Lokale Anleihemärkte seien zwar kein Allheilmittel, sie könnten aber die ungünstigen Auswirkungen eines verlorenen Zugangs zu den internationalen Kapitalmärkten oder zu Bankkrediten mindern und gleichzeitig das Spektrum von Instrumenten zur Handhabung von Währungs- und Laufzeitdiskrepanzen erweitern, mit denen Schuldner in aufstrebenden Marktwirtschaften konfrontiert seien. Die Direktoren hoben hervor, dass gut entwickelte Primär- und Sekundärmärkte sowie die Rolle von ausländischen Anlegern an diesen Märkten bedeutsam seien.

Trotz ihres raschen Wachstums stellten die lokalen Anleihemärkte in den aufstrebenden Marktwirtschaften nur einen kleinen Teil des zunehmend globalen Anleihemarktes dar. Die Direktoren betonten, dass die Vertiefung der lokalen Märkte für Staatsanleihen nicht auf Kosten der Tiefe der Märkte für Unternehmensanleihen gehen solle, deren Entwicklung oftmals langsamer

verlaufen sei, wozu zum Teil auch die Verdrängung durch den öffentlichen Sektor beigetragen habe.

Bei ihrer Sitzung im *November 2002* begrüßten die Direktoren die Diskussion über *Finanzderivate in aufstrebenden Marktwirtschaften* und stellten fest, dass die rasche Verbreitung dieser Instrumente im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts ein zentraler Faktor gewesen sei, der die Zunahme der weltweiten grenzüberschreitenden Kapitalströme erleichtert habe. Die aufstrebenden Derivatemärkte böten Chancen, aber auch Risiken, so die Direktoren. Derivate könnten durch ihren Beitrag zu einer effizienteren Risikoallokation an den Finanzmärkten eine positive Rolle spielen, diese Instrumente könnten aber auch dazu verwendet werden, aufsichtliche Sicherungsmaßnahmen zu umgehen und eine übermäßige Verschuldung aufzubauen. In einigen der jüngsten Krisenepisoden an aufstrebenden Märkten habe die rasche Auflösung von Derivatepositionen die Kapitalabflüsse beschleunigt und die Krisendynamik verschärft, so die Direktoren, obwohl die Derivate nicht die eigentliche Ursache der Krise gewesen seien. Tiefe und liquide lokale Derivatemärkte könnten außerdem die Marktteilnehmer effizienter bei Bewertung und Management des Risikos im Zusammenhang mit Anlagen in aufstrebenden Märkten unterstützen.

Maßnahmen zur *Sicherung einer reibungslosen Funktionsweise von lokalen Wertpapiermärkten* waren Gegenstand der Sitzung im *März 2003*. Zu diesen Maßnahmen wurden unter anderem die Verbesserung der Marktinfrastruktur und -transparenz, die Stärkung der Unternehmensführung, die Entwicklung von liquiden Benchmark-Titeln und die Förderung einer inländischen institutionellen Anlegerbasis gezählt. Die Direktoren betonten, dass die Schritte zur Entwicklung von lokalen Wertpapiermärkten zeitlich sorgfältig abgestuft sein müssten, wobei die Entwicklung von Geldmärkten üblicherweise den entscheidenden ersten Schritt für die Entwicklung von Anleihe- und Derivatemärkten darstelle.

Die Direktoren rieten zur Vorsicht gegenüber einer umfangreichen Verwendung von Anleihen, die an ausländische Währungen gekoppelt seien, da dies die Anfälligkeit für externe Schocks erhöhen und zu einer instabilen Schuldenstruktur beitragen könne. Allerdings könnten inflationsindexierte Anleihen ein nützliches Instrument darstellen, um die lokalen Anleihemärkte zu vertiefen. Lokale Derivatemärkte könnten das Management von Finanzrisiken zwar erleichtern, so die Direktoren, doch müsse die Entwicklung solcher Märkte auf ein starkes aufsichtliches und regulatorisches Fundament gestellt werden.

Die Direktoren wiesen darauf hin, dass die lokalen Wertpapier- und Derivatemärkte in den vergangenen Jahren zwar stark gewachsen seien, dass sie sich aber noch nicht weit genug entwickelt hätten, um eine vollständige Absicherung gegen den Verlust des Zugangs

zu Banken oder internationalen Märkten zu bieten. In vielen Fällen bleibe dies ein Ziel in ferner Zukunft. Die Direktoren unterstützten die anhaltenden Anstrengungen zur Entwicklung dieser Märkte, da sie zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der aufstrebenden Marktwirtschaften beitragen könnten.

Das Exekutivdirektorium stimmte abschließend dem Vorschlag der IWF-Geschäftsleitung zu, ab März 2003 beim GFSR von einem vierteljährlichen zu einem halbjährlichen Veröffentlichungsrhythmus überzugehen.

Regionale Überwachung

Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft

Das Exekutivdirektorium hatte im Juni 2002 eine Aussprache über die Entwicklungen in der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CAEMC), deren Mitglieder Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, die Republik Kongo, der Tschad und die Zentralafrikanische Republik sind. Die Direktoren sprachen den Behörden der CAEMC ihre Anerkennung für ihre fortgesetzten Bemühungen aus, die regionale wirtschaftliche Integration und Überwachung zu verstärken und die makroökonomische Politik der Mitgliedsländer zu harmonisieren. Die Direktoren begrüßten insbesondere die Verabschiedung neuer Konvergenzkriterien und eines Rahmenwerks für die Überwachung der makroökonomischen Politikmaßnahmen. Sie verwiesen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit, diese Fortschritte durch eine Verbesserung einiger Aspekte der Umsetzung weiter auszubauen. Nach Ansicht der Direktoren ergänzt der Dialog des IWF mit der CAEMC in nützlicher Weise die bilaterale Überwachung der Mitgliedsländer der Region.

Die Entwicklungen an den Weltmärkten für Erdöl hätten es den CAEMC-Ländern erlaubt, ihr zufriedenes stehendes, wenn auch ungleichmäßiges, Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten und ihre Währungsreserven substanziell zu erhöhen. Die Direktoren vertraten aber die Ansicht, dass eine zu starke Expansion der inländischen Nachfrage zugelassen worden sei, was sich in der raschen Ausweitung der Kreditvergabe durch die regionale Zentralbank und in der prozyklischen Haushaltspolitik widerspiegele. Dies habe zu einem Ansteigen der Inflation und einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Position geführt. Die Direktoren stuften die internationale Reserveposition und die externe Wettbewerbsfähigkeit der Region als im Wesentlichen angemessen ein. Sie betonten aber, dass die makroökonomische Lage eine Straffung der Finanzpolitik notwendig mache.

Die Direktoren hoben hervor, dass Disziplin bei den öffentlichen Finanzen das Fundament für Preis- und Wechselkursstabilität darstellen müsse. Sie erkannten zwar an, dass die aktuelle Haushaltsposition solide sei,

sahen aber Verbesserungsmöglichkeiten bei der Verwaltung der öffentlichen Finanzen. Sie regten insbesondere an, dass die diesbezüglichen Konvergenzkriterien angepasst werden sollten, um die Bedeutung der Erdöleinnahmen für die meisten Volkswirtschaften der Region zu berücksichtigen: Gegenwärtig führe ein signifikanter Anstieg der Weltmarktpreise für Erdöl zu einem prozyklischen Anstieg der öffentlichen Ausgaben. Sie machten beispielsweise den Vorschlag, die haushaltspolitischen Zielvorgaben auf einen längerfristigen Trend der Ölpreise anstatt auf den aktuellen Ölpreis zu stützen.

Die Direktoren beurteilten die geplante Errichtung eines Stabilisierungsfonds für Erdöleinnahmen als potenziell vorteilhaft, da er als Puffer für Schwankungen der Erdölpreise dienen könne. Um eine wirksame Funktionsweise eines solchen Fonds zu gewährleisten, müsse die regionale Überwachung der Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden, prozyklisches Ausgabeverhalten zu vermeiden und die Entwicklungen des Defizits, das sich ohne Einbeziehung der Erdöleinnahmen ergebe, zu berücksichtigen. Das Direktorium unterstützte die Schaffung eines langfristigen Sparfonds, um Mittel für zukünftige Generationen bereitzustellen. Voraussetzung dafür seien allerdings angemessene Sicherungen und Renditen.

Eingehend auf die Geldpolitik begrüßten die Direktoren den Plan für einen schrittweisen Abbau der gesetzlich verankerten Finanzierung von Haushaltsdefiziten durch die Zentralbank, wenngleich die Frage aufgeworfen wurde, ob 10 Jahre nicht ein zu langer Zeitrahmen für dieses Vorhaben sei. Die Direktoren stellten fest, dass die regionalen Finanzmärkte nicht weit entwickelt seien und dass dies die Anwendung von Offenermarktgeschäften und anderer indirekter geldpolitischer Instrumente behindere. Der Verkauf von Regierungsanleihen als Ersatz für die Notenbankfinanzierung würde helfen, die inländischen Geld- und Kapitalmärkte zu entwickeln und damit die monetäre Steuerung weiter zu verstärken. Diese Reform erfordere aber eine Reihe von rechtlichen und institutionellen Veränderungen und müsse sorgfältig vorbereitet werden. Die Direktoren unterstützten eine Erhöhung der Mindestreserveverpflichtungen für Geschäftsbanken, sofern diese angemessen vergütet würden, als einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Wirksamkeit der Geldpolitik durch Verringerung der Überschussliquidität. Veränderungen dieser Art würden es der regionalen Zentralbank ermöglichen, ihre Ziele wirksamer zu verfolgen und dem jüngsten übermäßigen Kreditwachstum zu begegnen.

Die Direktoren wiesen darauf hin, dass eine regionale Integration der Finanzsektoren ein gut funktionierendes Bankensystem voraussetze. In den vergangenen Jahren seien zwar Fortschritte bei der Stärkung der Solidität von Banken erzielt worden, es gebe jedoch noch Spielraum für weitere Verbesserungen. Sie sprachen den Behörden Anerkennung für ihre Bemühungen aus,

ein effizientes regionales Zahlungsverkehrssystem einzurichten. Es bestehe aber dennoch die Notwendigkeit, so die Direktoren, weitere Schritte zu unternehmen, um die gemeinsame Bankenlizenz in Kraft zu setzen und einen gut funktionierenden Interbankenmarkt zu entwickeln. Auf diese Weise würde eine vollständige regionale Währungszone geschaffen. Die Direktoren begrüßten die Entschlossenheit der Behörden, gegen das Problem der willkürlichen Beschlagnahme von Bankinlagen vorzugehen; es seien aber noch weitere Schritte erforderlich, um den Finanzrahmen und die entsprechende Infrastruktur zu stärken. Sie rieten dazu, der regionalen Aufsichtsbehörde (die Zentralafrikanische Bankenkommission, COBAC) zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Arbeit wirksam durchführen könne.

Die Direktoren merkten an, dass noch viel zu tun sei, um das Ziel eines einheitlichen Marktes in der Region vollständig umzusetzen. Sie begrüßten daher die Entscheidung der Mitgliedsländer, den Handel durch eine Vereinfachung der Struktur des gemeinsamen Außenzolls und eine Verringerung der durchschnittlichen Zollsätze weiter zu liberalisieren. Die Direktoren betonten die Bedeutung der Verringerung von Handelshemmnissen für die Schaffung einer nach außen gerichteten Zollunion und begrüßten das Projekt, mit Hilfe von Geberländern eine Bestandsaufnahme der verbliebenen regionalen Hemmnisse vorzunehmen. Die Mitgliedsländer müssten die von ihnen getroffenen Vereinbarungen vollständig umsetzen und damit ihre Bereitschaft unter Beweis stellen, regionale Integrationsziele über sektorale Interessen zu stellen. Einige Direktoren wiesen darauf hin, dass die Baumwollexporte der Region durch Subventionen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften beeinträchtigt werden.

Technische Hilfe an CAEMC-Länder, insbesondere in den Bereichen Handelsreform und Geldpolitik, sei wichtig zur Stärkung des regionalen Integrationsprozesses, betonten die Direktoren. Sie begrüßten die Änderung des CAEMC-Vertrags, um eine Arbeitsgruppe einzurichten, die Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus bekämpft, und drängten auf eine schnelle Verabschiedung und Umsetzung des vorgeschlagenen regionalen Gesetzes zur Bekämpfung dieser Aktivitäten.

Geld- und Wechselkurspolitik des Eurogebiets und Handelspolitik der Europäischen Union

Das Direktorium führte im Oktober 2002 eine Aussprache über die Geld- und Wechselkurspolitik des Eurogebiets und die Handelspolitik der Europäischen Union.

Im Hinblick auf die *Geld- und Wechselkurspolitik des Eurogebiets* gratulierten die Direktoren den Behörden für die reibungslose und erfolgreiche Einführung der Eurobanknoten und -münzen am Anfang des Jahres, die einen weiteren Meilenstein in der europäischen In-

tegration markiere. Die wirtschaftliche Entwicklung im Eurogebiet sei aber insgesamt insofern enttäuschend verlaufen, als das Wachstum schwächer und die Inflation höher als erwartet gewesen sei. Unvorhergesehene Schocks wie der Ölpreisanstieg, Tierkrankheiten, die externe Abschwächung und Finanzmarkturbulenzen seien zwar teilweise für diesen Rückschlag verantwortlich, das Eurogebiet habe jedoch eine größere Anfälligkeit für Schocks gezeigt als erwartet. Insbesondere strukturelle Verkrustungen stellten die zugrunde liegenden Faktoren dar, die für die anhaltende Abhängigkeit von der ausländischen Nachfrage und den hartnäckigen Inflationsdruck bei schwacher Inlandsnachfrage verantwortlich seien.

Die Direktoren schätzten, dass die Erholung eher graduell ausfallen werde, wobei die Indikatoren für die nahe Zukunft ein weiterhin schwaches Wachstum andeuteten. Das Direktorium ging davon aus, dass sich der Aufschwung im Jahr 2003 nach Abklingen früherer Preisschocks, angetrieben durch den Konsum und im Einklang mit der globalen Entwicklung, verstärken werde. Die insgesamt soliden wirtschaftlichen Fundamentaldaten und die bei Strukturreformen erzielten Fortschritte, die sich in der relativen Robustheit der Arbeitsmärkte widerspiegeln, würden dabei eine Hilfe sein. Die Direktoren stellten aber dennoch erhebliche Abwärtsrisiken fest, darunter die Risiken im Zusammenhang mit dem fragilen externen Umfeld und die Auswirkungen der jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten. Die Direktoren stimmten darin überein, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen auf eine Erhöhung sowohl des Tempos als auch der Robustheit des Wachstums im Eurogebiet abzielen sollten; dies werde helfen, das weltwirtschaftliche Wachstum zu stärken und eine geordnete Anpassung der internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte zu erleichtern. Die makroökonomische Politik müsse in nächster Zeit die Möglichkeit einer erhöhten Unsicherheit berücksichtigen. Außerdem seien entschlossene Schritte bei den Strukturreformen für eine Erhöhung des Wachstumspotenzials des Eurogebiets und für die Verringerung seiner Anfälligkeit gegenüber Schocks von zentraler Bedeutung.

Die Direktoren merkten an, dass die Geldpolitik nach wie vor das richtige Gleichgewicht zwischen Inflationsrisiken auf Grund einmaliger negativer Angebotschocks und der andauernden Wachstumsschwäche halte. In der Erwartung, dass der Aufschwung graduell sein werde und dass die Inflation unter die von der Europäischen Zentralbank festgelegte Obergrenze der Preisstabilität von 2 % zurückgehen werde, sollte die Geldpolitik, so die gemeinsame Ansicht der Direktoren, einen akkommodierenden Kurs beibehalten. Angesichts der Dominanz und jüngsten Zunahme von Abwärtsrisiken für den Aufschwung hielten sie eine klare Ausrichtung auf eine weitere geldpolitische Lockerung für angemessen.

Die Direktoren begrüßten die Schritte der EZB, den Marktteilnehmern den Zusammenhang zwischen dem geldpolitischen Rahmen und den daraus abgeleiteten Maßnahmen deutlicher zu erläutern. Sie betrachteten die de facto Einengung des Bandes für die erwünschte Inflationsentwicklung auf die obere Hälfte der offiziellen Definition der Preisstabilität von 0-2 % als nützlichen Schritt, um die Vorteile eines ehrgeizigen Inflationsziels mit den Vorteilen einer leichteren Anpassung an Schocks und des Schutzes vor Deflationsrisiken in Einklang zu bringen. Die Direktoren begrüßten außerdem die Schritte der EZB, Finanzmarktentwicklungen und realwirtschaftliche Tendenzen auf breiterer Basis in die Analyse der monetären Entwicklung zu integrieren. Eine Reihe von Direktoren wiesen aber darauf hin, dass die Entwicklung der monetären Aggregate lediglich für eine langfristige Vorhersage der Inflation nützlich sei. Diese Direktoren regten daher an, dass der Entwicklung der monetären Aggregate weniger Bedeutung beigemessen werden solle und dass sie in erster Linie als langfristige Informationsvariablen zur Unterstützung geldpolitischer Entscheidungen verwendet werden sollten. Mehrere Direktoren wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Entwicklung der Geldmenge und das Kreditwachstum wertvolle Signale im Hinblick auf das Entstehen von Ungleichgewichten an den Finanzmärkten liefern können, die zu Preisblasen bei Vermögenswerten führen könnten.

Das Direktorium erörterte auch die Angemessenheit des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) als finanzpolitischer Rahmen für das Eurogebiet und insbesondere die Frage, in welcher Weise der SWP als Wegweiser für Anpassungen in den Mitgliedstaaten dienen solle, die die Konsolidierungsziele des Pakts noch nicht erreicht hätten. Die Direktoren waren der Meinung, dass der SWP grundsätzlich im Einklang stehe mit den Notwendigkeiten der Mitglieder des Euroraums und mit der finanzpolitisch dezentralisierten Währungsunion. Er stelle außerdem einen vorausschauenden Rahmen dar, der gut auf die langfristigen Belastungen und die die Schuldentragfähigkeit beeinflussenden Faktoren abgestimmt sei, die aus den Kosten der alternden Bevölkerung resultierten. Mehrere Direktoren wiesen jedoch darauf hin, dass das Ansehen des SWP geschädigt worden sei, da in der Öffentlichkeit der Eindruck bestehe, dass Länder ungeachtet der jeweiligen konjunkturellen Situation für die Erreichung von nominal ausgeglichenen Haushalten verantwortlich seien, was zu einer prozyklischen Fiskalpolitik führe. Diese Direktoren begrüßten daher die jüngsten Erklärungen, die die Ausrichtung auf strukturelle Salden betonten, wenngleich einzelne Direktoren einwandten, dass es schwieriger sei, der Öffentlichkeit dieses Konzept zu erläutern.

Das Direktorium begrüßte die jüngste gemeinsame Bekräftigung seitens der Behörden des Eurogebiets, dass sie sich verpflichtet fühlten, übermäßige Haus-

haltsdefizite zu vermeiden und an dem Ziel des SWP festzuhalten, im Verlauf des Konjunkturzyklus eine ausgeglichene Haushaltsposition oder einen leichten Überschuss zu erzielen und aufrecht zu erhalten. Ein koordinierter Ansatz zur Konsolidierung wurde als hilfreich für die weitere Stärkung der Glaubwürdigkeit des Pakts angesehen. Die Direktoren verwiesen außerdem auf die positive Rolle, die der Pakt dabei gespielt habe, die meisten Mitglieder des Eurogebiets zu unterstützen, eine strukturelle Haushaltsposition zu erreichen, die nahezu ausgeglichen sei oder einen leichten Überschuss aufweise. Sie begrüßten diese Konsolidierungsanstrengungen und forderten, dass die Haushaltspolitik in diesen Ländern die automatischen Stabilisatoren in vollem Umfang wirken lassen solle, wie dies im Pakt vorgesehen sei.

In verschiedenen Ländern, vor allem in den drei größten Staaten, sei es zu Verzögerungen bei der Haushaltsanpassung gekommen, insbesondere in den Phasen starken Wachstums. Diese Länder, so die Direktoren, stünden vor der besonderen Herausforderung, das ehrgeizige mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen und sich dabei der kurzfristigen Anfälligkeit der Konjunkturaussichten und der Auswirkungen der Anpassung auf die Nachfrage bewusst zu sein. Um diese Herausforderung zu meistern, sei es erforderlich, einen Anpassungspfad an die mittelfristigen Haushaltsziele zu wählen, der eine glaubwürdige Einhaltung der Regeln des SWP zum Ausdruck bringe und gleichzeitig ein angemessenes Konsolidierungstempo beibehalte. Vor diesem Hintergrund unterstützten die Direktoren die Einschätzung, dass der beste Weg nach vorne in einer konzertierten und glaubwürdigen Zusage der drei größten Länder liege, ihren strukturellen Haushaltssaldo in den nächsten Jahren um mindestens $\frac{1}{2}$ Prozent des BIP pro Jahr anzupassen, bis sie einen nahezu ausgeglichenen strukturellen Haushalt erreicht hätten. Ein solcher Ansatz würde sowohl auf nationaler Ebene als auch im Eurogebiet die erforderliche haushaltspolitische Glaubwürdigkeit sichern, und dies könnte die negativen Nachfrageeffekte der Anpassung, die insbesondere dann aufträten, wenn die Haushaltskonsolidierung von Ausgabenreformen ausgehe, beträchtlich vermindern. Sie sahen auch die Notwendigkeit einer umfassenden Verständigung darüber, dass den automatischen Stabilisatoren ein uneingeschränkter Spielraum entlang solcher Anpassungspfade zugestanden werden solle, sofern die Grenze von 3 % des BIP nicht überschritten werde.

Der Spielraum für eine Erhöhung des Wachstumspotenzials des Eurogebiets durch Strukturreformen bleibe groß, so die Direktoren, und es sei zunehmend dringlich geworden, die verbliebene Reformagenda mit Nachdruck umzusetzen, insbesondere um die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen zu unterstützen. Die

Direktoren begrüßten das „neue europäische Paradigma“ eines beschäftigungsintensiven Wachstums, wiesen aber daraufhin, dass vor dem Hintergrund des Auslaufens arbeitsplatzschaffender Wirkungen früherer Reformen weitere Arbeitsmarktreformen – zusammen mit fortgesetzter Zurückhaltung bei den Löhnen – mehr und mehr eine dringliche Priorität erhielten, um das Paradigma aufrechtzuerhalten und die Widerstandsfähigkeit des Eurogebiets zu stärken. Die Direktoren betonten ferner, dass der weiteren Integration der Gütermärkte Vorrang eingeräumt werden müsse. Dies sei eine seit langem bestehende Begründung für die Existenz der EU, die durch die langsamen Fortschritte bei der Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen geschwächt werde. Der neue Impuls für eine Integration der Finanzsektoren und das Bewusstsein für die daraus resultierenden Vorteile wurden begrüßt. Die Direktoren verwiesen in diesem Zusammenhang vor allem auf die Vereinbarung über den Lamfalussy-Prozess für eine beschleunigte Umsetzung des Aktionsrahmens für Finanzdienstleistungen (Financial Services Action Plan) an den Wertpapiermärkten sowie auf die jüngste Einigung über die Ausdehnung dieses Prozesses auf den Banken- und Versicherungssektor.

Die Direktoren erkannten an, dass die Statistiken für das Eurogebiet für Zwecke der Überwachung angemessen seien, sie riefen aber dazu auf, die zeitnahe Verfügbarkeit der vierteljährlichen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie die Qualität der Arbeitsmarkt- und der kurzfristigen Konjunkturstatistiken zu verbessern.

Im Hinblick auf die *Handelspolitik der Europäischen Union* (EU) betonten die Direktoren, dass die EU vor dem Hintergrund ihrer wichtigen Rolle im Welthandel eine besondere Verantwortung dafür trage, eine liberale Handels- und Agrarpolitik zu verfolgen, den Zugang für Exporte aus Entwicklungsländern zu verbessern und die Agenda für eine multilaterale Handelsliberalisierung voranzutreiben. Sie begrüßten die Führungsrolle, die die EU beim erfolgreichen Start der Verhandlungen im Rahmen der Doha-Handelsrunde gespielt habe, sowie die Priorität, die die Handelspolitik der EU der weiteren Liberalisierung und verbesserten Handelsregeln in einem multilateralen Kontext einräume. Sie äußerten sich positiv dazu, dass eine weitere Eskalation transatlantischer Handelsstreitigkeiten, die den Fortschritt bei der Doha-Handelsrunde hätten unterminieren können, bislang vermieden worden sei. Die Direktoren merkten an, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angesichts der mit ihr verbundenen Kosten für die Verbraucher in der EU und die Handelspartner sowie an den Agrarmärkten eine zentrale Priorität für die Politik der EU haben solle. Die Vorschläge im Rahmen der Halbzeitbewertung der GAP, zu denen eine Abkopplung der finanziellen Unterstützung von der Produktion zähle, wurden als erster ent-

scheidender Schritt in diese Richtung angesehen. Die Direktoren sprachen sich für eine entschlossene politische Führungsrolle aus, um eine umfassende Reform durchzuführen, die auch den Abbau von Subventionen für Agrarexporte erfasse.

Das Engagement der EU für die Verbesserung des Zugangs von Entwicklungsländern zu den Märkten der EU wurde von den Direktoren begrüßt. Sie drängten die EU, noch weiter zu gehen und die Bereitschaft zu zeigen, die höchsten Zollsätze und die Zollabstufung abzuschaffen oder zu reduzieren, insbesondere für Exporte aus Entwicklungsländern. Im Handel mit Textilien und Kleidung sollte der Abbau der Quoten beschleunigt werden, um die Anpassung der betreffenden Sektoren in der EU und der Anbieter in Entwicklungsländern, die gegenwärtig vom Quotensystem geschützt würden, abzufedern.

Ostkaribische Währungsunion

Im Januar 2003 erörterte das Exekutivdirektorium die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Ostkaribischen Währungsunion, die sich aus Anguilla, Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und die Grenadinen zusammensetzt.

Die Direktoren stellten fest, dass die Region einer Reihe von negativen Schocks ausgesetzt war, zu denen Naturkatastrophen, die Auswirkungen der Ereignisse am 11. September 2001 und die globale wirtschaftliche Abschwächung zählten. Vor allem die Nachfrageschwäche im Tourismussektor habe in den beiden Jahren 2001 und 2002 zu einem zuvor nicht registrierten Rückgang des BIP beigetragen. Diese Entwicklungen hätten die ohnehin bereits großen wirtschaftlichen Probleme der Region noch verschärft. Die Direktoren betonten jedoch die Dringlichkeit, sich diesen Herausforderungen mit Nachdruck zu stellen. Dabei müsse der Korrektur der sich verschärfenden Ungleichgewichte in den öffentlichen Haushalten und der Sicherung der Stabilität der Currency-Board-Regelung und des Finanzsystems Priorität eingeräumt werden. Gleichzeitig sollten Strukturreformen auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und des Wachstumspotenzials ausgerichtet werden.

Die Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung und um Stabilisierung der öffentlichen Verschuldungsquoten erforderten, so die Direktoren, eine breite Palette von Maßnahmen. Die Maßnahmen auf der Ausgabenseite sollten die folgenden Elemente erfassen: Lohnzurückhaltung, ein verbessertes Management der öffentlichen Ausgaben (unter Berücksichtigung der Überprüfung der öffentlichen Ausgaben durch die Weltbank) sowie eine stärkere Ausrichtung auf Investitionsprojekte des öffentlichen Sektors, die auf Wachstum und die Verringerung der Armut abzielen und

zum Großteil durch Zuschüsse und konzessionäre Darlehen finanziert werden. Zur Stärkung der Maßnahmen auf der Einnahmenseite empfahlen die Direktoren einen raschen Abbau von Steuerbefreiungen und gezielten Vergünstigungen sowie eine Verbreiterung der Steuerbasis, vorzugsweise auf regionaler Ebene und durch die Einführung einer Mehrwertsteuer sowie einen geringeren Rückgriff auf Zölle. Eine effektivere Verwaltung der öffentlichen Schulden spiele ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Haushaltsentwicklung und der Verringerung der Anfälligkeit.

Die Direktoren begrüßten die von der Ostkaribischen Zentralbank (ECCB) koordinierten laufenden Arbeiten in den Bereichen Besteuerung, Ausgaben und Schuldenverwaltung. Sie sprachen der ECCB ihre Anerkennung aus für ihre Bemühungen zur Unterstützung von Haushaltsreformen in der Region, insbesondere im Zusammenhang mit Stabilisierungsprogrammen, und beurteilten die aufgestellten quantitativen Zielvorgaben im Haushaltsbereich als ein nützliches Instrument zur Verpflichtung auf eine Verbesserung der Haushaltsentwicklung. Die Direktoren betonten, dass die nationalen Finanzbehörden sich uneingeschränkt zu diesen regional koordinierten Initiativen bekennen müssen und dass ihre vollständige und entschlossene Umsetzung von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Fiskalpolitik ist. Die Beurteilung durch eine Peer-Group und eine regelmäßige Überwachung der Entwicklung in den Mitgliedsländern anhand der quantitativen Zielvorgaben trage dazu bei, dass alle Mitglieder zumindest mittelfristig die Zielvorgaben erreichten. Die Direktoren betonten ferner die Notwendigkeit, die Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte und die Regierungsführung in der Region zu verbessern und merkten an, dass sich ROSCs für die öffentlichen Finanzen bei den Mitgliedern der ECCB in dieser Hinsicht als hilfreich erweisen würden.

Die Direktoren wiesen auf die gemischten Bewertungen der Gesundheit der Finanzsysteme der Mitgliedsländer hin und sprachen sich mit Blick auf die Zukunft für Maßnahmen zur Gewährleistung der Solidität der Banken aus. Sie begrüßten Pläne zur Stärkung der inländischen Bankenaufsicht und -regulierung nach Maßgabe der Kernprinzipien von Basel sowie die Änderungen des Bankengesetzes und des Gesetzes über das ECCB-Abkommen und gingen von deren baldiger Verabschiedung aus. Die Direktoren betonten, dass es dringend erforderlich sei, in den einzelnen nationalen Zuständigkeitsbereichen einheitliche Behörden zu schaffen, um intermediäre Finanzinstitute und den Offshore-Finanzsektor zu regulieren. In Schwierigkeiten befindliche Banken müssten ihre uneinbringlichen Kredite abbauen und in einzelnen Fällen rekaptalisiert werden.

Die Direktoren begrüßten die jüngsten Fortschritte zur Stärkung der Regulierung und der Aufsicht im Off-

shore-Finanzsektor, die mittelfristigen Aussichten für die Erhaltung eines dynamischen Offshore-Sektors seien in der Region aber eher gering. Die Bemühungen um eine Angleichung der Finanzaufsicht an internationale Standards müssten fortgesetzt werden, doch sei es auch wichtig, Verfahrensweisen auszuarbeiten, die verhinderten, dass die Kosten der Aufsicht den gesamtwirtschaftlichen Nutzen des Sektors überstiegen. Die Direktoren ermutigten die Behörden, bei ihren Anstrengungen zur Verbesserung der Verfahren zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus nicht nachzulassen. Sie unterstützten die Bereitstellung von entsprechender technischer Hilfe durch den IWF und verwiesen erwartungsvoll auf die bevorstehende Durchführung des FSAP, das für den späteren Teil des Jahres 2003 vorgesehen sei.

Die Direktoren stellten fest, dass das von der ECCB betriebene Geld- und Wechselkurssystem für die Region in der Vergangenheit im Allgemeinen vorteilhaft gewesen sei und verwiesen auf den hohen Grad der Währungsdeckung und das komfortable Niveau der internationalen Reserven. Sie mahnten jedoch an, dass zur Beibehaltung fester Wechselkurse eine erhebliche Haushaltskonsolidierung und eine Senkung der Staatsverschuldung sowie ein solider und gut regulierter Finanzsektor und intensivere Anstrengungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region erforderlich seien. Verschiedene Direktoren rieten den Behörden dazu, die feste Währungsbindung zu überprüfen. Den Behörden wurde ferner empfohlen, die Untergrenze für die Verzinsung von Spareinlagen abzuschaffen, um die Reaktionsfähigkeit der Zinssätze auf die Liquiditätslage zu erhöhen.

Die Direktoren betonten, dass nachdrückliche Anstrengungen wichtig seien, um die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und ein dauerhaftes Wachstum zu erreichen. Hierzu seien eine ausgeprägte Lohnzurückhaltung sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsmarkts und zur Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten der Arbeitskräfte erforderlich. Die Direktoren verwiesen außerdem auf die Vorteile, die sich für die Mitglieder der Währungsunion mit einer stärkeren regionalen und globalen Integration aus grundlegenden Strukturreformen zur Steigerung der Effizienz ergeben würden. Sie unterstützten das Ziel, bis zum Jahr 2007 eine Wirtschaftsunion zu errichten, und ermutigten die Behörden, ihre Integrationsplanungen zu beschleunigen, um die Region in die Lage zu versetzen, die Vorteile der geplanten Gesamt-amerikanischen Freihandelszone auszuschöpfen und die Anpassungen an den absehbaren Verlust der von der EU bei einigen wichtigen Agrarerzeugnissen gewährten Handelspräferenzen zu erleichtern. Ebenso erforderlich seien, so die Direktoren, stärkere Anstrengungen bei der Privatisierung, der Liberalisierung des Handels, bei Reformen des öffentlichen Dienstes und des staatlichen

Sektors, einschließlich einer Rentenreform, sowie Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Unternehmen. Die Region benötige angemessene technische Hilfe zur Unterstützung der Integrationsmaßnahmen.

Die Direktoren wiesen auch auf die Bedeutung von verbesserten Wirtschaftsstatistiken und Maßnahmen zur Beseitigung der noch bestehenden Schwächen hin, die die Qualität von volkswirtschaftlichen Analysen beeinträchtigten. Am dringlichsten ist eine Verbesserung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Arbeitsmarktstatistik. Des Weiteren sind zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität, der Transparenz und der zeitlichen Verfügbarkeit von Wirtschaftsdaten notwendig.

Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion

Das Exekutivdirektorium erörterte im März 2003 die jüngste wirtschaftliche Entwicklung und regionale wirtschaftspolitische Fragestellungen in der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (WAEMU), die sich zusammensetzt aus Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo.

Das starke Wachstum in der WAEMU-Region nach der Abwertung des CFA-Franc im Jahr 1994 habe sich verlangsamt, beobachteten die Direktoren. Die anhaltenden Unsicherheiten, die von der unruhigen politischen und wirtschaftlichen Lage in Côte d'Ivoire (die größte Volkswirtschaft in der WAEMU) ausgingen, der sich verzögernde weltwirtschaftliche Aufschwung und die Möglichkeit von hohen Erdölpreisen infolge eines Kriegs im Nahen Osten sowie die in allen WAEMU-Mitgliedsländern festzustellenden anhaltenden strukturellen und institutionellen Starrheiten belasteten die Wachstumsperspektiven der Region. Eine baldige wirtschaftliche Erholung und die Wiedererlangung der politischen Stabilität in Côte d'Ivoire wurden von den Direktoren als grundlegend angesehen, damit das regionale BIP-Wachstum wieder auf eine Rate erhöht werden könne, die für eine Verringerung der Armut in der Region ausreichend sei. Nach ihrer Einschätzung befinde sich die WAEMU an einer Weggabelung: Die Regierungen der Mitgliedsländer müssten ihr politisches Bekenntnis zur WAEMU vor dem Hintergrund der großen Unsicherheiten über die wirtschaftlichen Aussichten durch entschlossene Maßnahmen zur Vertiefung des regionalen Integrationsprozesses ergänzen.

Die Direktoren sprachen den Behörden der WAEMU ihre Anerkennung für die im Rahmen der regionalen Integration seit 1994 erzielten Fortschritte aus, zu denen die Errichtung einer Zoll- und Wirtschaftsunion zähle. Allerdings müssten noch einige wichtige regionale Reformen durchgeführt werden. Die Direktoren stimmten daher der Entscheidung zu, den Zeitrahmen für die wirtschaftliche Konvergenz der Mitgliedstaaten

bis 2005 auszudehnen. Sie betonten, dass in den nächsten Jahren eine entschlossene weitere Haushaltskonsolidierung aller WAEMU-Mitglieder erforderlich sei, um den ehrgeizigen Zeitrahmen einzuhalten. Eine Stärkung der regionalen Institutionen und ein größeres politisches Engagement der Mitgliedsländer würde außerdem den Abbau der im intraregionalen Handel noch verbliebenen Hindernisse und die Schaffung einer vollständigen Zollunion und eines einheitlichen Marktes erleichtern.

Die Direktoren stellten fest, dass die umsichtige Geldpolitik der Zentralbank der Westafrikanischen Staaten (BCEAO) die Inflation niedrig und die Deckung der Geldbasis durch Devisenreserven auf einem angemessenen Niveau gehalten habe, und dies trotz einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung der WAEMU-Mitgliedsländer. Sie hielten weitere Schritte zur Straffung des geldpolitischen Instrumentariums und zur Verbesserung der Funktionsweise des regionalen Interbankenmarkts für erforderlich. Sie legten den Behörden dringend nahe, eine flexiblere Zinspolitik zu verfolgen und die Grundlagen dafür zu schaffen, zu einem geeigneten Zeitpunkt die gegenwärtig unterschiedlichen Mindestreserveanforderungen durch einen einheitlichen Mindestreservesatz für alle Mitglieder zu ersetzen. Die Direktoren begrüßten die Umstellung der Finanzierung der staatlichen Haushalte von direkten Zahlungen der Zentralbank auf die Begebung von Wertpapieren am regionalen Kapitalmarkt, wiesen aber darauf hin, dass für die optimale Funktionsweise des Marktes eine enge Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik in allen WAEMU-Mitgliedsländern sowie die strikte Einhaltung der haushaltspolitischen Konvergenzkriterien erforderlich seien. Die Entwicklung eines tiefen und effizienten regionalen Kapitalmarktes würde, so die Direktoren, die Wirksamkeit der Geldpolitik sehr verbessern.

Die Direktoren nahmen die moderate Verbesserung der finanziellen Lage des Bankensystems der WAEMU zur Kenntnis und hoben die Bedeutung weiterer Verbesserungen hervor. Maßnahmen zur Sicherstellung, dass Banken die aufsichtlichen Kennzahlen einhalten, sowie zur Stärkung der Krediteinzugsverfahren und des Gerichtswesens würden dazu beitragen, die Qualität der Bankenportfolios zu erhöhen. Die Stärkung der Autorität der regionalen Bankenaufsichtsbehörde sei wichtig, um die Wirksamkeit der Bankenaufsicht und die Einhaltung der Aufsichtsnormen seitens der Finanzinstitute zu gewährleisten.

Die Direktoren begrüßten die Verabschiedung einer Geldwäsche-Richtlinie und des Entwurfs einer Gemeinschaftsverordnung über das Einfrieren von Guthaben, die mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung stehen. Sie legten den Mitgliedstaaten außerdem dringend nahe, die relevanten Gesetze und Verordnungen auch strikt durchzusetzen.

Die Direktoren begrüßten die in den vergangenen Jahren unternommenen Initiativen zur Harmonisierung der Besteuerung, der Haushaltsgesetze und des staatlichen Rechnungswesens und wiesen darauf hin, dass diese Initiativen sowie die entschlossene Umsetzung der verbliebenen Elemente der Reformagenda entscheidend seien, um die Vorteile der wirtschaftlichen Integration vollständig auszuschöpfen. Die Behörden wurden außerdem dazu ermutigt, Steuerbefreiungen zu harmonisieren und einen gemeinsamen Investitionskodex zu verabschieden; dies würde dazu beitragen, die Bedingungen anzugleichen und die restlichen Verzerrungen zu beseitigen. Die Direktoren begrüßten die Einrichtung von Strukturfonds, die helfen sollen, die regionalen Unterschiede zu verringern. Sie sprachen sich außerdem für die Schaffung einer regionalen Solidaritätsbank aus, die die Kreditvergabe von Mikrobanken im Rahmen der Armutsbekämpfung ergänzt, ohne dabei als ihr Konkurrent aufzutreten.

Die Direktoren stimmten darin überein, dass die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der WAEMU bisher zwar angemessen sei, dass diese aber nach wie vor für Schwankungen der Terms of Trade anfällig seien. Um die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihren Marktanteil auf den Exportmärkten zu sichern, empfahlen die Direktoren Maßnahmen, die auf eine Verbreiterung der produktiven Grundlage und eine Diversifizierung der Volkswirtschaften abzielten, die Faktorproduktivität verbesserten und die hohen nicht arbeitsbezogenen inländischen Kosten verringerten. Des Weiteren sollte in der makroökonomischen Politik an einem soliden Kurs festgehalten werden. Die Behörden wurden außerdem aufgefordert, regionale sektorspezifische Maßnahmen zu ergreifen, um die tiefer liegenden

strukturellen Rigiditäten der Volkswirtschaften der WAEMU abzubauen.

Das Direktorium begrüßte die von den WAEMU-Mitgliedern unternommenen Schritte zur Durchführung einer gemeinsamen Handelspolitik und zur Förderung des intraregionalen Handels. Von allen Mitgliedern werde ein einheitlicher Außenzolltarif eingeführt. Die Direktoren begrüßten ferner den Anstieg des intraregionalen Handelsvolumens, der auf die bislang vorgenommene Liberalisierung des internen Handels zurückzuführen sei. Gleichzeitig sei aber noch ein erheblicher Spielraum für weitere Liberalisierungsschritte vorhanden, und die Direktoren ermutigten die Behörden nichttarifäre Handelsbeschränkungen und Ausnahmen vom gemeinsamen Außenzolltarif abzubauen.

Die Direktoren erinnerten an den Beschluss der Staatschefs der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), einen großen einheitlichen regionalen Markt und letztlich auch einen gemeinsamen geldpolitischen Rahmen zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei ein großes Maß an makroökonomischer Konvergenz unter den Mitgliedstaaten erforderlich, das gegenwärtig nicht gegeben sei. Die Direktoren nahmen die starke politische Unterstützung zur Kenntnis, die den Integrationsprozess innerhalb der ECOWAS fördere, und wiesen darauf hin, dass das Ziel, eine gemeinsame Währungsunion in Westafrika zu erreichen, als nützlicher Anker für die Wirtschaftspolitik dienen könne, selbst wenn die Konvergenz ein ehrgeiziges Ziel bleibe und viel Zeit benötige. Die Mitgliedstaaten der WAEMU und der ECOWAS wurden ermutigt, ihre Zusammenarbeit im Bereich der makroökonomischen Maßnahmen, in der Sektorpolitik sowie im Handel zu verstärken, um eine solide Grundlage für die zum gegebenen Zeitpunkt zu errichtende Währungs- und Wirtschaftsunion zu schaffen.

Stärkung der Überwachung und der Krisenprävention

Die Überwachung ist der Kern der IWF-Bemühungen zur Vermeidung von Wirtschafts- und Finanzkrisen. In den vergangenen Jahren hat der Fonds eine Vielzahl von Maßnahmen zur Stärkung seiner Überwachung ergriffen. Darin spiegeln sich sowohl das veränderte globale Umfeld, einschließlich der stärkeren Bedeutung internationaler Kapitalströme, als auch die aus den internationalen Finanzkrisen gewonnenen Erfahrungen. Diese Initiativen sind darauf ausgerichtet, Mitglieder zur Annahme von Politikansätzen und institutionellen Reformen zu ermutigen, die ihre Volkswirtschaften widerstandsfähiger gegenüber potenziell schädlichen Entwicklungen und finanziellen Belastungen machen, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum unterstützen und zu einem stabileren internationalen Finanzsystem beitragen.

Fragen hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung waren im Geschäftsjahr 2003 das Thema von zwei IWF-Konferenzen und einem informellen Direktoriumsseminar (siehe Kasten 2.1).

Während des Geschäftsjahres 2003 überprüfte der IWF einige dieser zentralen Maßnahmen und unternahm weitere Schritte, um seine Überwachung und seinen Beitrag zur Krisenprävention zu stärken:

- Das Direktorium überprüfte die *Strategie des IWF zur Verbesserung der Effizienz seiner Überwachung* und beschloss Maßnahmen, um die Agenda weiter voranzubringen.
- Geschäftsleitung und Stab arbeiteten weiter an der Entwicklung eines *Systems zur Bewertung der Krisenanfälligkeit* in Ländern, die potenziell Kapitalbilanzschocks ausgesetzt sind. Dieses System ermöglicht es dem Stab, für interne Zwecke Informationen über globale Wirtschafts- und Marktentwicklungen, Analysen über Anfälligkeiten und Finanzierungsszenarien, Frühwarnindikatoren, Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors, Informationen über die Anfälligkeiten bestimmter Sektoren sowie Marktbeobachtungen zusammenzustellen, um die Wahrscheinlichkeit aufkommender Krisen zu bewerten und Politikmaßnahmen zu deren Vermeidung zu erörtern.
- Das Direktorium schlug mehrere Verbesserungen für die Prüfungen vor, die im Rahmen der *Initiative*

für Standards und Kodizes und des gemeinsam von IWF und Weltbank durchgeführten *Programms zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP)* vorgenommen werden.

- Die Exekutivdirektoren unterstützten auf breiter Basis Vorschläge zur Verbesserung der *Datenbereitstellung für Überwachungszwecke*.
- Im Juni 2002 wurde ein neues analytisches Rahmenwerk für die *Bewertung der Schuldentragfähigkeit* angenommen und Ende April 2003 wurde dieser Rahmen in Überwachungsberichten für Mitglieder mit beträchtlichem Marktzugang sowie in Berichten über Anträge der Mitglieder zur Nutzung der allgemeinen Mittel des IWF angewendet.
- Im April billigte das Direktorium weitere Maßnahmen zur Stärkung der *Überwachung in Programmländern*. Dies geschah teilweise in Reaktion auf den Bericht des Unabhängigen Evaluierungsbüros zur überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln. (Zu weiteren Einzelheiten über den Evaluierungsbericht siehe Kapitel 4.)
- Der IWF unternahm Schritte zur *Klarstellung der Signale, die er öffentlichen und privaten Gläubigern* über die Qualität der Politikmaßnahmen eines Landes übermitteln.
- Der IWF machte deutliche Fortschritte in seinem Beitrag zur *Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung*. Dies schließt auch den Beginn eines 12-monatigen Pilotprogramms im Oktober 2002 ein.

Zweijährliche Überprüfung der Überwachung im Jahr 2002: Folgemaßnahmen und künftige Schritte

Im Geschäftsjahr gab es zwei Folgediskussionen des Exekutivdirektoriums im Rahmen der zweijährlichen Überprüfung der Überwachung. Die erste, im Juli 2002, führte zu mehreren Schlussfolgerungen: Billigung einer neuen Leitlinie für den Stab über die Durchführung der Überwachung, Zustimmung zu einem ersten Schritt zu einer verbesserten Beurteilung der Auswirkungen der Politikberatung des IWF sowie Maßnahmen zur Stärkung der Überwachung in Pro-

Kasten 2.1

Forschungsarbeiten des IWF zur Globalisierung

Die Debatte über die Vorteile und Kosten der Globalisierung und über Politikmaßnahmen, die am besten sicherstellen können, dass der Nettonutzen maximiert und von allen geteilt wird, dauert an. Während des Geschäftsjahres wurden im IWF bei drei Veranstaltungen Forschungsergebnisse zu Fragen diskutiert, die im direkten Zusammenhang mit der Globalisierung stehen.

Der IWF hielt im November 2002 seine *dritte jährliche Forschungskonferenz* ab. Das Thema lautete *Kapitalströme und Weltordnungspolitik*. Die Konferenz bot Wirtschaftswissenschaftlern von innerhalb und außerhalb des Fonds ein Forum, um Ansichten über neuere Forschungsarbeiten in Bezug auf die Globalisierung und die Arbeit des Fonds auszutauschen. Alle Forschungspapiere, die auf der Konferenz präsentiert wurden, können unter www.imf.org/external/pubs/ft/staffp/2002/00-00/arc.htm abgerufen werden.

Im Januar 2003 fand in Washington, D.C., eine *Konferenz über globale Verbindungen* statt, bei der erforscht wurde, wie sich die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Ländern in den vergangenen Jahren verändert haben und welche Folgen diese Veränderungen für die politischen Entscheidungsträger in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Entwicklungsländern haben. Die Präsentationen und Diskussionen sind verfügbar unter <http://web.mit.edu/kjforbes/www/GL-Website/index.htm>.

Im März 2003 diskutierte das Exekutivdirektorium in einem informellen Seminar ein Stabspapier zum Thema *Auswirkungen der finanziellen Globalisierung auf die Entwicklungsländer: Empirische Befunde*. Das Dokument wurde anschließend auf der Internetseite des IWF veröffentlicht und ist verfügbar unter www.imf.org/external/np/res/docs/2003/031703.htm.

grammländern. Die zweite Aussprache, im März 2003, war eine umfassendere Folgediskussion: Das Exekutivdirektorium erörterte die Schlussfolgerungen früherer Überprüfungen, nahm eine Bestandsaufnahme der verschiedenen bereits zur Stärkung der Überwachung unternommenen Initiativen vor und diskutierte mehrere Bereiche, in denen weitere Arbeiten hilfreich wären.

Die Direktoren wiesen darauf hin, dass frühere Überprüfungen fünf wesentliche Bestandteile einer effektiven Überwachung herausgestellt haben:

- rechtzeitige, umfassende und genaue Informationen;
- fokussierte und qualitativ hochwertige Analysen;
- Offenheit gegenüber verschiedenen Ansichten, um das Risiko eines „Tunnelblicks“ zu minimieren;
- effektive Kommunikation der Bewertungen an die Behörden und die Öffentlichkeit; sowie
- erwünschte Auswirkungen auf die Politikentscheidungen der Mitglieder.

Die Direktoren stellten fest, dass in den vergangenen Jahren gestützt auf die Erfahrungen, die in den 90er-Jahren bei den Krisen in Mexiko und Asien gemacht wurden, eine Reihe von Schritten unternommen wurden, die die IWF Überwachung so zu gestalten, dass diese Kriterien besser erfüllt werden. Trotzdem gibt es Raum für weitere Fortschritte bei diesen fortdauernden Anstrengungen. Diese schließen Folgendes ein:

- Verbesserungen in der Datenbereitstellung an den IWF und der Datenveröffentlichung gegenüber der Öffentlichkeit;
- eine systematischere Überwachung des Finanzsektors – insbesondere durch das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP); sowie
- Verbesserung der Beurteilungen über den wirtschaftspolitischen Rahmen und die Institutionen unter Heranziehung international anerkannter Standards und Kodizes.

Außerdem wurden die Anfälligkeitsbewertungen durch bessere Analysen der Schuldentragfähigkeit und der Entwicklungen der Kapitalbilanz sowie eine weitergehende Einbeziehung der Ansichten der Marktteilnehmer beträchtlich verbessert. Die Überwachung in Programmländern wird dadurch verbessert, dass eine Überprüfung der wirtschaftlichen Bedingungen und Politikmaßnahmen aus einer „frischen“ Perspektive sichergestellt wird. Darüber hinaus wird die regionale Überwachung durch die multilateralen Überwachungsmissionen in wichtige Finanzzentren der aufstrebenden Märkte gestärkt. Die Abteilung Internationale Kapitalmärkte führt diese Delegationsreisen durch, um die Meinung der Marktteilnehmer über Verwundbarkeiten der aufstrebenden Marktwirtschaften zu erfahren.

Agenda für weitere Verbesserungen

Die Direktoren vertraten generell die Ansicht, dass die verbesserte Architektur der Überwachung, die in den vergangenen Jahren aufgebaut wurde, weiterhin ein solides Rahmenwerk für die Überwachungsaktivitäten des Fonds bleibt. Die Priorität liege jetzt darin, das Potenzial des gegenwärtigen Rahmenwerks voll zu nutzen und sicherzustellen, dass die Implementierungsfortschritte dauerhaft sind und dass die verschiedenen Überwachungsergebnisse angemessen miteinander verknüpft werden. Außerdem identifizierten die Direktoren sechs Bereiche, in denen weitere Arbeiten und Überlegungen hilfreich wären.

Erstens, obgleich es einen breiten Konsens über die Politikmaßnahmen gibt, die dazu beitragen, einen Puffer gegenüber externen Schocks aufzubauen, bleiben Fragen über eine angemessene *Kalibrierung der Politikberatung des IWF in diesen Bereichen* offen. Beispielsweise zeigen jüngste Erfahrungen in einigen aufstrebenden Marktwirtschaften, dass die Höhe eines

vertretbaren Schuldenstandes niedriger liegt als bislang angenommen wurde. Dadurch wurde die Aufmerksamkeit auf das große Risiko in stark dollarisierten Ländern gelenkt. Der IWF wird daran arbeiten, die analytische Basis der Politikberatung in diesen Bereichen zu verbessern und Kriterien für die Beurteilung der Solidität der Politik zu erstellen. Viele Direktoren sahen aber erhebliche Schwierigkeiten darin, solche Kriterien zu entwickeln, ohne in einen undifferenzierten Ansatz zu verfallen. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass die Artikel-IV-Konsultationen durch solche Kriterien in ein Rating-Verfahren verwandelt werden. Zudem merkten sie an, dass dieser Ansatz bei allen Mitgliedern angewandt werden sollte.

Zweitens, um die Politikberatung zu verbessern wird der IWF versuchen, die *Erkenntnisse aus länderübergreifenden Erfahrungen systematischer* in seine Überwachung zu integrieren.

Drittens weisen Erfahrungen aus mehreren jüngeren Krisen darauf hin, dass es von der Robustheit der politischen Institutionen und der Fähigkeit zur Mobilisierung eines politischen Konsenses für die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen abhängt, ob ein Land die Politikmaßnahmen zur Reduzierung seiner Anfälligkeit umsetzen kann. Angesichts der Bedeutung dieser politischen Faktoren – die in der Beurteilung des unabhängigen Evaluierungsbüro zur überlangen Inanspruchnahme von Fondsmitteln bestätigt werden – ermutigte das Direktorium den Stab, seine *Analysen und Berichte über Fragen der politischen Ökonomie* zu erweitern. Diese Bemühungen sollen schrittweise voranschreiten, auf einem engen Dialog mit den Mitgliedsländern basieren und auf den Erfahrungen aufbauen, die beim Umgang mit solchen Fragen in Ländern nach einem Konflikt und Ländern mit ernststen Problemen in der Regierungsführung gemacht worden sind. Viele Direktoren wiesen jedoch darauf hin, dass der Stab nur begrenzte Expertise in der politischen Analyse besitzt und dass Überlegungen zur politischen Ökonomie die technische Qualität seiner Politikberatung nicht untergraben dürfen.

Viertens zielten die Politikinitiativen hinsichtlich Transparenz, globaler und regionaler Überwachung und der Überwachung systemischer Auswirkungen der Handelspolitik der Mitgliedsländer teilweise darauf ab, die *Auswirkungen der Beratung des IWF an systemisch und regional wichtige Länder zu verbessern*. Dies gilt insbesondere für die größeren Industrieländer, deren Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik stärkere Auswirkungen auf andere Mitglieder und das System als Ganzes hat. Angesichts der weit verbreiteten Bedenken, dass die Ansichten des IWF über die Politik solcher Mitglieder immer noch nicht ausreichend beachtet werden, sahen die Direktoren jedoch Raum für weitergehende Anstrengungen, um die Aufmerksamkeit auf die positiven und negativen Auswirkungen der Politik

von systemisch und regional wichtigen Ländern zu lenken, einschließlich der globalen Auswirkungen ihrer Handelspolitik.

Fünftens muss sich der IWF bei seiner Politikbeurteilung und seinen Empfehlungen weiterhin mit dem *Zielkonflikt zwischen Transparenz und Offenheit* auseinandersetzen. Die Direktoren stimmten überein, dass eine zentrale Herausforderung darin besteht, bei Diagnosen und Empfehlungen des Stabs gegenüber dem Direktorium offen zu bleiben. Die Bemühungen zur Steigerung der Veröffentlichungsquoten von Stabsberichten sollten vorbehaltlich dieses übergeordneten Ziels fortgesetzt werden.

Sechstens unterstützten die Direktoren die andauernden *Anstrengungen zur Stärkung der Rolle der Überwachung in Programmländern*. Dazu gehört eine spezielle Leitlinie für den Stab, in der die verschiedenen Schritte zusammenfasst werden, die sicherstellen sollen, dass eine unabhängige Beurteilung der ökonomischen Bedingungen und der Politikmaßnahmen vorgenommen wird und dass diese neue Perspektive zu dem Zeitpunkt vorgelegt wird, an dem sie am nützlichsten ist.

Mehrere Schritte sind bereits geplant, um die Agenda für diese Politik voranzubringen. Dies schließt Folgendes ein: eine Überprüfung des Rahmens für Schuldentragsfähigkeitsanalysen; Arbeiten zur Durchführbarkeit und Wünschbarkeit einer Anpassung der Anspruchsbedingungen der Vorbeugenden Kreditlinie für eine mögliche Verwendung bei der Überwachung; eine Überprüfung der Fortschritte bei den Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors sowie eine Seminar Diskussion über den Bilanzansatz in Finanzkrisen; eine Überprüfung der Transparenzpolitik des Fonds und die Implementierung der Schlussfolgerungen der Überprüfung zur überlangen Inanspruchnahme von Fondsmitteln.

Aufbau auf dem Erfolg der Initiative für Standards und Kodizes und des FSAP

Das Exekutivdirektorium überprüfte im März 2003 die *Initiative für Standards und Kodizes* und das *Programm zur Bewertung des Finanzsektors* (siehe Kasten 2.2). Die Direktoren vertraten die Auffassung, dass diese Initiativen eine beträchtliche Bereicherung für die IWF-Überwachung darstellen und die Mitgliedsländer wiesen darauf hin, dass die Teilnahme an diesen Initiativen für sie von großem Nutzen war.

Hinsichtlich der Initiative für Standards und Kodizes stimmten die Direktoren überein, in Zukunft selektiver vorzugehen und den Schwerpunkt auf die Länder und Standards zu legen, bei denen der größte Nutzen für die Verbesserung der inländischen und internationalen Finanzstabilität und für die Stärkung der institutionellen Kapazität zu erwarten ist. Außerdem sollen die Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs) den Schwerpunkt stärker auf Schluss-

Kasten 2.2

Die Initiative für Standards und Kodizes und das Programm zur Bewertung des Finanzsektors

In den Jahren 1999-2000 führte der IWF zusammen mit der Weltbank im Rahmen der Strategie der internationalen Gemeinschaft zur Stärkung der Stabilität des internationalen Finanzsystems zwei Initiativen ein. Im Rahmen der Initiative für Standards und Kodizes beurteilen der IWF und die Weltbank, inwieweit die Mitgliedsländer international anerkannte Standards und Kodizes guter Wirtschafts- und Finanzpraktiken einhalten, die zur Solidität der nationalen und internationalen Wirtschaftslage beitragen. *Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Reports on the Observance of Standards and Codes – ROSCs)* sind ein zentrales Ergebnis der Initiative. Die Arbeit unter der zweiten Initiative, dem Programm zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP), überprüft eingehend die Institutionen, Politikmaßnahmen und Anfälligkeiten des Finanzsektors eines Landes, einschließlich möglicher systemischer Risiken. Diese Information wird in einem Bericht zur *Beurteilung der Finanzsektorstabilität* detailliert dargestellt.

In beiden Programmen, die inhaltlich zusammenhängen, unternehmen gemeinsame Teams von IWF und Weltbank mit der Unterstützung von Experten verschiedener nationaler Behörden und internationaler Standardisierungsgremien normalerweise mindestens eine Delegationsreise in das Land, wo sie mit den Regierungsbehörden und Vertretern des Privatsektors zusammenarbeiten. Die Teilnahme eines Landes an diesen Programmen ist freiwillig.

Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs)

In einem ROSC wird beurteilt, inwieweit ein Land Standards in einem von 12 Bereichen einhält, die für die operative Arbeit des Fonds und der Weltbank hilfreich sind. Die Berichte, von denen rund 70 % anschließend veröffentlicht werden, untersuchen drei umfassende Bereiche: Transparenz, Regulierung und Aufsicht im Finanzbereich sowie Marktintegrität (einschließlich Unternehmensführung, Rechnungswesen, Rechnungsprüfung und Insolvenz).

Transparenz in der Arbeitsweise und Politikumsetzung von Regierungen: Länderberichte über Datenveröffentlichung, Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte sowie Transparenz der Geld- und Finanzpolitik. Hierbei liegt die Annahme zugrunde, dass eine besser informierte Öffentlichkeit ihre Regierung wahrscheinlich stärker für ihre Politik verantwortlich macht und dass Investoren, die mit besseren Daten und einem Standard für deren Beurteilung ausgerüstet sind, wahrscheinlich bessere Investitionsentscheidungen treffen. Zentrale Instrumente sind die Statistikinitiativen des IWF (SDDS und GDDS) sowie Transparenzkodizes für die Geld-, Finanz- und Fiskalpolitik.

Der spezielle Datenveröffentlichungs-Standard (Special Data Dissemination Standard – SDDS). Der 1996 geschaffene SDDS ist ein freiwilliger Standard, dessen Teilnehmer – Länder, die Zu-

gang zu internationalen Kapitalmärkten haben oder anstreben – sich verpflichten, im Bereich der Erfassung, Periodizität und Aktualität von Daten international anerkannte Anforderungen zu erfüllen. Die Teilnehmer verpflichten sich außerdem, einen Zeitplan der Datenveröffentlichung herauszugeben und gute Praktiken bezüglich Datenqualität und -integrität anzuwenden. Informationen über die Datenveröffentlichungs-Verfahren der Teilnehmer werden auf der Internetseite des IWF auf der Informationstafel zu Datenveröffentlichungs-Standards bereitgestellt, die mit den Internetseiten der Teilnehmer verknüpft ist.

Das Allgemeine Datenveröffentlichungs-System (General Data Dissemination System – GDDS). Für Länder, die keinen Marktzugang haben, aber bemüht sind, die Qualität ihres nationalen Statistiksystems zu verbessern, bietet der GDDS ein Anleitungshandbuch. Die freiwillige Teilnahme ermöglicht es den Ländern, ihr eigenes Tempo festzulegen, schafft aber gleichzeitig einen detaillierten Rahmen, der die Anwendung weithin akzeptierter methodologischer Prinzipien, die Annahme strenger Kompilationsverfahren und die Erhöhung der Professionalität der nationalen Systeme fördert. Die teilnehmenden Länder stellen ihre detaillierten Verbesserungspläne in die Informationstafel zu Datenveröffentlichungs-Standards ein und ermöglichen es dadurch sowohl inländischen als auch internationalen

folgerungen und Empfehlungen legen und den Folgeaktionen mehr Bedeutung beimessen.

In Bezug auf das FSAP stellten die Direktoren fest, dass es noch Raum für eine Straffung der Beurteilungen gibt. Darüber hinaus sollte Industrieländern und aufstrebenden Marktwirtschaften mit systemischer Bedeutung weiterhin Priorität eingeräumt werden und dabei gleichzeitig eine ausgewogene Länderauswahl beibehalten werden. Die Direktoren stimmten überein, dass das Programm der Grundpfeiler für die verstärkte Finanzsektorüberwachung bleibe, dass es jedoch durch andere Instrumente wie FSAP-Aktualisierungen, eine verstärkte Teilnahme von Finanzsektorspezialisten in

Artikel-IV-Missionen und externe Überwachung unter Einbeziehung von Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors ergänzt werden sollte, um eine kontinuierlichere Überwachung zu erreichen, insbesondere bei systemisch wichtigen Ländern. Um Ressourcen für diese Aktivitäten verfügbar zu machen, plädierten die Direktoren für eine moderate Senkung in der Zahl der jährlichen FSAP-Beurteilungen und -Revisionen – wobei aber nach wie vor von der Erwartung auszugehen sei, dass im Laufe der Zeit alle Mitglieder an diesem Programm teilnehmen – und für eine größere Flexibilität im Umfang der FSAP-Beurteilung je nach Umständen des betreffenden Landes. Die Direktoren begrüß-

Beobachtern, ihre Fortschritte zu begutachten.

Standards für den Finanzsektor: *Länderberichte über Bankenaufsicht, Wertpapierregulierung, Versicherungsaufsicht, Zahlungssysteme und die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.* Der IWF und die Weltbank unternehmen jedes Jahr auf Anfrage der Mitglieder im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP, siehe unten) eine bestimmte Anzahl von „Gesundheitsuntersuchungen“ der Finanzsysteme. Im Rahmen dieser Untersuchungen beurteilt der Stab eingehend die Einhaltung bestimmter Finanzsektor-Standards und -Kodizes, wie etwa die Baseler Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht. Zusammenfassungen dieser Beurteilungen können sowohl als individuelle ROSCs herausgegeben werden als auch in einen umfassenden Bericht zur Bewertung der Finanzsektorstabilität eingebunden werden.

Standards für die Marktintegrität des Unternehmenssektors: *Länderberichte und Beurteilungen über Unternehmensführung, Rechnungslegung und -prüfung sowie Insolvenz und Gläubigerrechte.* Da der Privatsektor in den meisten Ländern als Wachstumsmotor dient, ist die Gesundheit des Unternehmenssektors von entscheidender Bedeutung. Die Weltbank übernimmt normalerweise die Führung bei der Beurteilung der Qualität der Unternehmensführung, der Angemessenheit von Rechnungslegungs- und Rechnungs-

prüfungs-Standards sowie der Insolvenzverfahren und Gläubigerrechte.

Die Standard-Initiative verzeichnet eine wachsende Zahl von Teilnehmern und findet die Aufmerksamkeit von Finanzmarktteilnehmern und Rating-Agenturen. Bis Ende April 2003 wurden mehr als 388 ROSCs für 91 Länder durchgeführt. Die meisten systemisch wichtigen Länder nehmen an ROSCs teil, obgleich die Erfassung der Länder in den Beurteilungen über die Regionen hinweg ungleich bleibt.

Programm zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP)

Ein FSAP ist eine umfassende Überprüfung der Solidität des Finanzsystems eines Landes. Finanzsysteme umfassen die volle Bandbreite von Finanzinstitutionen wie Banken, Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften sowie die Finanzmärkte selbst, d. h. Wertpapier-, Devisen- und Geldmärkte. Außerdem sind das Zahlungssystem und der ordnungspolitische, aufsichtliche und gesetzliche Rahmen eingeschlossen, der den Finanzinstitutionen und -märkten zu Grunde liegt.

Die Überprüfung. FSAP-Teams (Stabsmitglieder von IWF und Weltbank und Experten von Zentralbanken, nationalen Aufsichtsbehörden und internationalen Standardisierungsgremien) sind bestrebt, Mitgliedsländer auf wahrscheinliche Anfälligkeiten in ihren Finanzsystemen aufmerksam zu machen und dem IWF und der Welt-

bank – sowie der internationalen Gemeinschaft – bei der Formulierung angemessener Unterstützungsmaßnahmen zu helfen. Die Teams verwenden eine Vielzahl analytischer Instrumente (einschließlich Stresstests und Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors) um die Finanzsektoren zu überprüfen, das Risikomanagement zu evaluieren, den Bedarf an technischer Unterstützung zu bestimmen und den Ländern bei der Festlegung der Prioritäten für die Politikreaktionen zu helfen.

Die FSAP-Beurteilung ist ein wichtiger Beitrag zur IWF-Überwachung. Bis Ende April 2003 waren im Rahmen des Programms Berichte über 48 Länder oder Regionen abgeschlossen worden, weitere 22 wurden gerade durchgeführt und weitere 31 Länder hatten sich zu einer zukünftigen Teilnahme verpflichtet.

Offshore-Finanzzentren

Der IWF verwendet viele der Diagnose-Instrumente, die für das FSAP entwickelt wurden, bei seiner Arbeit im Bereich Offshore-Finanzzentren. Diese Arbeit hilft den Mitgliedern, Lücken zu identifizieren und potentielle Anfälligkeiten in ihren Finanzsystemen zu reduzieren und sie verbessert die statistische Erfassung der Aktivitäten der Offshore-Finanzzentren. Bewertungen von Offshore-Finanzzentren evaluieren die Finanzregulierung und -aufsicht in Jurisdiktionen mit erheblichen Offshore-Finanzaktivitäten, um die Stabilität und Integrität ihrer Finanzsysteme sicherzustellen.

ten den Vorschlag, in einkommensschwachen Ländern mit kleinen Finanzsystemen den Schwerpunkt verstärkt auf mittelfristige und strukturelle Probleme zu legen. Des Weiteren wurde festgestellt, dass für die am wenigsten entwickelten Länder mit kaum diversifizierten Finanzsystemen technische Hilfe zur Entwicklung des Finanzsektors notwendiger sein könnte als ein Ressourcen-intensives, detailliertes FSAP.

Datenbereitstellung für Überwachungszwecke

Die Mitgliedsländer des IWF stellen die Daten bereit, die der Fonds benötigt, um ihre Wirtschaftspolitik zu überwachen. Nach dem IWF-Übereinkommen sind die

Mitglieder verpflichtet, dem IWF diese Daten zu liefern. Die seit Mitte der 90er Jahre in den aufstrebenden Marktwirtschaften ausgebrochenen Krisen unterstreichen die Bedeutung von umfassenden, aktuellen und genauen Wirtschafts- und Finanzdaten – unter anderem über Währungsreserven, externe Verschuldung und Kapitalströme – für die Beurteilung der externen Anfälligkeiten und als ein wesentliches Element der Überwachung.

Um den Mitgliedern Leitlinien für die Veröffentlichung ihrer Wirtschafts- und Finanzdaten zu geben, hat der IWF Datenstandards eingeführt, den Speziellen Datenveröffentlichungs-Standard (SDDS) und den all-

gemeinen Datenveröffentlichungs-Standard (GDDS); siehe Kasten 2.2. Diese Standards tragen zur Umsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik und zum reibungslosen Funktionieren der Finanzmärkte bei.

Im Mai 2002 erörterte das Direktorium die *Bereitstellung von Daten an den IWF für Überwachungszwecke*. Die Direktoren begrüßten die jüngsten in diesem Zusammenhang festzustellenden Verbesserungen und bestätigten die Grundsätze des IWF im Bereich der Datenbereitstellung, nach denen alle Mitglieder verpflichtet sind, ein Mindestmaß an Kerndaten bereitzustellen, das mit ihren Kapazitäten in Einklang steht. Darüber hinaus wird von den Mitgliedsländern erwartet, die Daten entsprechend ihrer individuellen Merkmale und Umstände zu liefern.

Die Direktoren unterstützten auf breiter Basis die Stabsvorschläge zur Verbesserung der Bereitstellung von Daten, die der Fonds für seine Überwachungszwecke benötigt. Die Höhepunkte dieser Diskussion umfassten:

Fragen hinsichtlich des Übergangs zur wöchentlichen Veröffentlichung der Daten über internationale Währungsreserven im Rahmen des SDDS. Die Direktoren ließen verlauten, dass sich für viele Länder eine häufige und zeitnahe Veröffentlichung von Daten über Reserven als die beste Praktik herausstellt. Die meisten Direktoren hielten jedoch eine Verschärfung der Anforderungen des SDDS in Bezug auf die Häufigkeit und die Aktualität der Daten zum jetzigen Zeitpunkt nicht für erforderlich und verwiesen darauf, dass ein Übergang zu wöchentlichen Daten für die meisten Teilnehmer technische Probleme und Ressourcen-Engpässe mit sich bringe und neue Teilnehmer abschrecken könne. Die Direktoren werden später im Laufe des Jahres 2003 die Gelegenheit haben, auf diese Frage zurückzukommen.

Verbesserte Bereitstellung von Fiskaldaten. Die Direktoren betonten, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass dem Fonds ausreichende Fiskaldaten bereitgestellt werden und sie forderten den Stab auf, die Arbeiten zur besseren Bereitstellung dieser Daten fortzusetzen. Sie begrüßten das kürzlich fertig gestellte *Statistische Handbuch für öffentliche Finanzen*, das einen großen Fortschritt in der Entwicklung eines analytischen Rahmens für Fiskaldaten darstellt, und sie sprachen sich dafür aus, dass der IWF Ländern technische Unterstützung bietet, um ihnen zu helfen, die im neuen Handbuch aufgeführten Praktiken umzusetzen.

Identifizierung von Lücken in den Daten für die Beurteilung der Anfälligkeiten und für die politischen Entscheidungen auf nationaler Ebene. Das Direktorium begrüßte die jüngsten Verbesserungen bei der Erfassung von Anfälligkeiten in Artikel-IV-Berichten, insbesondere bei Ländern mit Zugang zu internationalen Kapitalmärkten. Dennoch behinderten unzureichende Daten in vielen Ländern weiterhin die Analyse der Anfälligkei-

ten und die meisten Direktoren stimmten überein, dass während der Artikel-IV-Konsultationen Datenlücken und Prioritäten für technische Hilfen in den Stabsberichten klarer identifiziert werden sollten und dass gegebenenfalls darüber gesprochen werden sollte, wie Fortschritte bei der Zusammenstellung von Daten, die für die Beurteilung der Anfälligkeiten erforderlich sind, erreicht werden können.

Das Direktorium stellte fest, dass die Mitgliedsländer und der IWF auf Grund der kostenmäßigen Auswirkungen dieser Verbesserungen bei der Prioritätensetzung und zeitlichen Abfolge umsichtig vorgehen müssen. Die Direktoren betonten, dass Bemühungen zu einer Erhöhung der Frequenz der Datenbereitstellung nicht auf Kosten der Qualität gehen sollten.

Politikbeurteilungen mit Signalwirkung

Die Interaktionen zwischen dem IWF und seinen Mitgliedsländern können wichtige Signalfunktionen haben. Die meisten Interaktionen erfolgen im Kontext der IWF-Überwachung und der finanziellen Unterstützung des Fonds für Politikprogramme. In einigen Fällen hat der IWF jedoch Anträgen von Mitgliedsländern stattgegeben, eine spezielle Überprüfung durchzuführen, die über die normale Überwachung hinausgeht, aber keine finanzielle Vereinbarung mit dem Fonds nach sich zieht. Einige dieser Überprüfungsmechanismen zielten ausdrücklich darauf ab, öffentlichen und privaten Gläubigern Signale zu geben. In den vergangenen Jahren wurde diese Überprüfung hauptsächlich in Form von stabsüberwachten Programmen (staff-monitored programs – SMPs) durchgeführt. Dabei werden keine Mittel ausgeliehen, aber der IWF-Stab verfolgt das Wirtschaftsprogramm eines Landes und trifft sich regelmäßig mit den Behörden, um die wirtschaftlichen Entwicklungen und Politikmaßnahmen zu diskutieren.

Während der Diskussion bei der Zweijährlichen Überprüfung der IWF-Überwachung im Jahr 2002 äußerten die Direktoren Bedenken über bestimmte Aspekte dieser Programme. Im Januar 2003 fand eine Folgediskussion statt, die auf einem Dokument mit dem Titel *Politikbeurteilungen mit Signalwirkung* basierte. Des Weiteren wurden Erfahrungen mit einem anderen Signalisierungsmechanismus erörtert – den Bewertungen der Politikmaßnahmen von Mitgliedern, die der IWF im Anschluss an Ad-hoc-Anfragen verschiedener öffentlicher Gläubiger und Geber bereitstellt.

Die Direktoren stimmten überein, dass die Bedenken über stabsüberwachte Programme sich hauptsächlich auf solche SMPs beziehen, die dazu genutzt werden, öffentlichen oder privaten Gläubigern Signale über Politikmaßnahmen der Mitglieder zu geben. Angesichts der formalen Ähnlichkeit zu IWF-gestützten Programmen besteht bei diesen SMPs „mit Signalwirkung“ das Risiko, dahingehend fehlinterpretiert zu werden, als würden sie das Siegel einer IWF-Billigung

tragen. Darüber hinaus haben vergleichsweise lockere Standards für die Berichterstattung über die Programmentwicklung es den Mitgliedern ermöglicht, das positive Signal der Einleitung eines SMP zu nutzen, ohne nachfolgend eine angemessene Implementierung sicherzustellen.

Angesichts dieser Bedenken vertraten die Direktoren die Auffassung, dass der bestehende Rahmen der SMPs nicht für Situationen geeignet ist, in denen Mitglieder die Notwendigkeit einer Überwachung durch den IWF-Stab sehen, um Beurteilungen ihrer Wirtschaftspolitik an öffentliche und private Gläubiger weiterzuleiten. Folglich unterstützten sie den Vorschlag, derartige SMPs „mit Signalwirkung“ einzustellen. Die Direktoren beschlossen jedoch außerdem, dass der SMP-Rahmen für Situationen angemessen bleibt, in denen Mitglieder einen Leistungsnachweis über ihre auf der Grundlage einer überzeugenden Reformbereitschaft durchgeführten Politikmaßnahmen benötigen, bevor sie zu einer IWF-Vereinbarung übergehen oder nachdem in einer Vereinbarung Zielverfehlungen festzustellen sind.

Die Ansichten zu der Frage, ob für diesen Zweck ein neuer Mechanismus eingerichtet werden sollte, waren jedoch unterschiedlich. Angesichts der in dieser Angelegenheit festzustellenden Meinungsunterschiede ließen die Direktoren verlauten, dass der IWF für Signalzwecke einstweilen die bestehenden Verfahren, einschließlich Artikel-IV-Konsultationen und vorbeugender Vereinbarungen nutzen wird. Wenn es später offensichtlich werden sollte, dass Bedarf für einen spezifischeren Signalisierungsmechanismus besteht, wird der Stab dem Exekutivdirektorium einen neuen Vorschlag unterbreiten.

Hinsichtlich der zukünftigen Rolle der SMPs vertraten die Direktoren die Ansicht, dass das Risiko einer Fehlinterpretation in den Fällen, in denen SMPs zur Erbringung eines Leistungsnachweises für die Verabschiedung einer IWF-Vereinbarung verwendet werden, vergleichsweise gering ist. In diesen Fällen, so beschlossen die Direktoren, bleibt der SMP-Rahmen weiterhin geeignet.

Der IWF-Stab erstellt außerdem auf Antrag anderer internationaler Finanzinstitutionen, Gläubiger und Geber Beurteilungen über die makroökonomischen Bedingungen und Politikmaßnahmen der Mitglieder. Die Direktoren erkannten zwar die Notwendigkeit einer flexiblen Vorgehensweise bei der Erfüllung dieser Anträge an, sie verwiesen aber dennoch auf die Vorzüge von allgemeinen Richtlinien für die Erstellung dieser Beurteilungen. Sie betonten, dass diese Bewertungen ausreichend nuanciert ausfallen sollten, um unterschiedliche Begebenheiten der Länder zu berücksichtigen, dass sie aber so klar geschrieben werden sollten, dass die Direktorien anderer internationaler Finanzinstitutionen und andere Geber in der Lage sind, zwi-

schen Ländern mit einer starken Wirtschaftspolitik und Ländern ohne solide Politik zu unterscheiden. Die Bewertungen sollten auch einen kurzen historischen Überblick über die Beziehungen des IWF mit dem betreffenden Mitgliedsland einschließen.

Überprüfung der Vorbeugenden Kreditlinie

Der IWF hat seine Vorbeugende Kreditlinie (Contingent Credit Line – CCL) 1999 eingeführt, um die Anreize für solide Politikmaßnahmen zu erhöhen und ein besseres Sicherheitsnetz für Länder mit erfolgreicher Wirtschaftspolitik zu schaffen. Die CCL bietet vorbeugende kurzfristige Finanzhilfen im Rahmen einer Bereitschaftskredit-Vereinbarung, die vor allem darauf abzielen, einem Mitglied zu helfen, einen Finanzierungsbedarf in der Zahlungsbilanz zu decken, der durch einen plötzlichen Verlust des Marktvertrauens auf Grund von Anstreckungseffekten verursacht wurde und weitgehend auf Umstände zurückzuführen ist, die außerhalb der Kontrolle des Mitgliedslandes liegen. Ende des Geschäftsjahres 2003 führten die Direktoren eine Überprüfung der CCL durch und sprachen dabei die Gründe an, weshalb sie bisher noch nicht genutzt worden ist, insbesondere:

- Bedenken der Mitglieder, dass ein CCL-Antrag eher als ein Zeichen schwacher statt starker Politik angesehen werden könnte;
- die Möglichkeit, dass der Ausstieg eines Landes aus der CCL (oder die Feststellung dass es die Anforderungen nicht länger erfüllt) negative Marktreaktionen auslösen könnte; sowie
- der Eindruck, dass die CCL keine größere Sicherheit für eine rechtzeitige Finanzierung bietet als andere IWF-Fazilitäten und -Maßnahmen.

Neben seinen Konsultationen mit Mitgliedern und Direktoren unterhält der Stab intensive Außenkontakte mit Marktteilnehmern zur Erörterung dieser und anderer Fragen bezüglich der CCL. Das Direktorium geht davon aus, die Diskussion vor dem geplanten Auslaufen der CCL im November 2003 fortzusetzen. In der Zwischenzeit hat es den Stab beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, die Ziele der CCL durch eine stärkere IWF-Überwachung und vorbeugende Vereinbarungen zu erreichen und damit den Mitgliedsländern mit solider Wirtschaftspolitik zu helfen, die Herausforderungen global integrierter Kapitalmärkte zu bewältigen.

Verbesserung der Tragfähigkeitsanalysen

Die Beurteilung der Tragfähigkeit der externen und öffentlichen Verschuldung eines Landes ist ein wesentliches Element der Arbeit des IWF hinsichtlich vieler Mitgliedsländer. Die Einschätzung der Schuldentragfähigkeit, also der Frage, ob die Schulden ohne unrealistisch große Anpassungen in der Einnahmen- und Ausgabenbilanz bedient werden können, dient als Basis für die Entscheidungen, die der IWF im Rahmen von Programmen zu treffen hat, insbesondere bei der Beant-

Kasten 2.3

Geldwäsche und die FATF

Geldwäsche ist das Verbergen oder der verborgene Transfer von Vermögenswerten, die aus kriminellen Aktivitäten entstanden sind, um die Verbindung zwischen dem Verbrechen und den Vermögenswerten zu verschleiern. Dieses gewaschene Geld wird dann manchmal zur Terrorismusfinanzierung verwendet.

Zu den potentiellen schädlichen Auswirkungen der Geldwäsche auf Länder gehören eine Reihe schwerer makroökonomischer Folgen, wie etwa unvorhersehbare Veränderungen der Geldnachfrage, Risiken für die Solidität von Finanzinstituten und Ansteckungseffekte auf legale Finanztransaktionen. Geldwäsche kann außerdem ein Hindernis für ausländische Direktinvestitionen sein, wenn der Eindruck entsteht, dass der Wirtschafts- und Finanzsektor eines Landes unter dem Einfluss des organisierten Verbrechens steht. In einem breiteren Zusammenhang betrachtet bedroht die Terrorismusfinanzierung die Stabilität einzelner Länder und des internationalen Finanzsystems. Da Finanzmarktintegrität eng mit finanzieller Stabilität verbunden ist, ist die Aufstellung von Richtlinien für die Aufsicht des Finanzsektors eine wichtige Aufgabe für den IWF, der Expertise bei der Beurteilung und Bereitstellung technischer Hilfe im Bereich der Finanzsektoren hat und für die Überwachung der Wechselkurssysteme der Mitglieder zuständig ist.

Die Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche
Die Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche (FATF) ist ein regierungübergreifendes Gremium, das 1989 auf dem G7-Gipfel in Paris eingerichtet wurde, um auf nationaler und internationaler Ebene Politikmaßnahmen gegen die Geldwäsche zu entwickeln und zu fördern. Die Arbeitsgruppe überwacht die Fortschritte ihrer Mitglieder bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche, überprüft die Geldwäschetechniken und Gegenmaßnahmen und fördert die globale Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche. Sie arbeitet dabei mit anderen internationalen Gremien zusammen. Im April 1990 gab die Arbeitsgruppe einen Satz von „40 Empfehlungen“ heraus, die einen umfassenden Überblick der Aktionen darstellen, die zur Bekämpfung der Geldwäsche erforderlich sind. Nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 wurde der Zuständigkeitsbereich der FATF auf die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung erweitert. Auf einer Plenarsitzung über Terrorismusfinanzierung gab die Arbeitsgruppe acht Sonderempfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung heraus, die die ursprünglichen 40 Empfehlungen ergänzen. Man spricht heute in diesem Zusammenhang von den 40 plus 8 Empfehlungen der FATF.

Das Exekutivdirektorium des IWF beschloss im April 2001, die 40 FATF-Empfehlungen als angemessenen Standard für die Bekämpfung der Geldwäsche anzuerkennen und Anstrengungen zu unternehmen um festzulegen, wie die Empfehlungen für die Arbeit des Fonds operationell gestaltet werden können. Im Juli 2002 billigten die Exekutivdirektoren eine bedingte Aufnahme der 40 plus 8 Empfehlungen der FATF in die IWF-Liste der Standards und Kodizes (siehe Text); im November 2002 wurden sie förmlich hinzugefügt.

wortung der Frage, wann eine Finanzierung angemessen ist und welcher Betrag bereitgestellt werden sollte. Diese Urteile werden entscheidend bei aufstrebenden Marktwirtschaften, die stark in die globalen Kapitalmärkte integriert sind und einen erheblichen Finanzierungsbedarf haben können, und werden deshalb in vielen Fällen besonders fein abgewogen.

Im Juni 2002 diskutierte und verabschiedete das Direktorium einen neuen Rahmen für die Beurteilung der Schuldentragfähigkeit. Dieses neue Regelwerk sieht eine Realitätsüberprüfung für die Basisprojektionen vor, die die Grundlage für die Beurteilung der Tragfähigkeit darstellen. Dabei werden die zugrunde liegenden Annahmen hinsichtlich der zentralen Variablen wie Wachstum, Realzinsen, Wechselkurse sowie Primärhaushalt und externe Ungleichgewichte näher erläutert und ihre Auswirkungen werden hervorgehoben. Das neue Rahmenwerk führt eine Reihe von standardisierten Parametern für die Stresstests ein, denen die Grundannahmen des Programms unterzogen werden um zu prüfen, in welchem Ausmaß die Tragfähigkeit von der Annahme makroökonomischer Ergebnisse abhängt, die günstiger sind als in der Vergangenheit und um die Robustheit des Programms gegenüber möglichen Schocks sicherzustellen.

In ihrer Diskussion stellten die Direktoren fest, dass die Bewertungen der Tragfähigkeit zwangsläufig auf Einschätzungen basieren, da sie von einer komplexen Beurteilung der Wechselbeziehungen zwischen mehreren Faktoren abhängen. Dazu gehören die makroökonomischen Entwicklungen, politische und soziale Zwänge bei der Anpassung sowie die Verfügbarkeit und Kosten privater und öffentlicher Finanzierung. Das neue Rahmenwerk verbessert die analytische Basis dieser Einschätzungen. Es schafft keinen mechanischen Ansatz, der angesichts der großen Unterschiede in der Fähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften, die Schulden zu tragen und Anpassungsmaßnahmen durchzuführen, unangemessen wäre. Es handelt sich eher um einen Rahmen, der eine fundiertere Einschätzung ermöglicht und diese auf transparente Weise zum Ausdruck bringt. Mit zunehmender Erfahrung werden die Bemühungen zu einer weiteren Verfeinerung des Rahmenwerkes fortgesetzt.

Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung

Im Juli 2002 diskutierte das Direktorium Vorschläge zur Weiterentwicklung des IWF-Beitrages zu den internationalen Anstrengungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (anti-money laundering/combating the financing of terrorism – AML/CFT). Die Direktoren merkten an, dass der IWF bei seiner Arbeit in diesem Bereich durch zwei zentrale Schritte ein neues Kapitel aufgeschlagen habe:

- bedingte Aufnahme der 40 Empfehlungen und der 8 Sonderempfehlungen (40 plus 8 Empfehlungen)

der FATF) der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche (Financial Action Task Force – FATF) in die Liste der Bereiche und relevanten Standards und Kodizes, die für die operative Arbeit des Fonds nützlich sind (siehe Kasten 2.3); sowie

- Billigung eines 12-monatigen *Pilotprogramms* von AML/CFT-Bewertungen und begleitenden ROSCs unter Beteiligung des IWF, der Weltbank, der FATF und FATF-ähnlicher, regionaler Gremien (FATF-Style Regional Bodies – FSRBs).

Leitende Grundsätze

In die Zukunft blickend sprachen sich die Direktoren nachdrücklich dafür aus, dass sich die Rolle des IWF bei AML/CFT-Bewertungen und begleitenden Berichten auf vier zentrale Grundsätze stützen sollte:

- Die Einbeziehung des IWF-Stabs in die Bewertung aufsichtlich nicht regulierter Finanzsektor-Aktivitäten sollte auf die Aktivitäten beschränkt werden, die makroökonomisch relevant sind und ein signifikantes Risiko von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung darstellen.
- Alle Bewertungsverfahren sollten transparent sein, mit dem Mandat und der Kernexpertise der verschiedenen einbezogenen Institutionen übereinstimmen und mit der einheitlichen, freiwilligen und kooperativen Natur der ROSC-Verfahren vereinbar sein.
- Auf die Bewertungen sollte technische Hilfe folgen, sofern dies von einem Mitglied gewünscht ist, um seine institutionellen Kapazitäten aufzubauen und seine Finanzsektoren zu entwickeln.
- Die Bewertungen sollen entsprechend der umfassenden und integrierten Methodologie durchgeführt werden, die gemeinsam von den Stäben des IWF, der Weltbank und der FATF entwickelt werden.

Pilotprogramm

Im Oktober 2002 wurde unter Beteiligung des IWF, der Weltbank, der FATF und vieler FSRBs ein 12-monatiges Pilotprogramm für AML/CFT-Bewertungen eingeleitet. Der IWF und die Weltbank führen im

Rahmen des von IWF und Weltbank durchgeführten Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) und der durch den IWF durchgeführten Beurteilung von Offshore-Finanzzentren die Bewertungen der 40 plus 8 Empfehlungen der FATF und der begleitenden ROSCs durch. Sie folgen der AML/CFT-Bewertungsmethodologie, die im Oktober 2002 von der FATF verabschiedet wurde und zu Beginn des Pilotprojekts durch das Exekutivdirektorium des IWF gebilligt wurde. (Diese Methodologie wurde im Juli 2002 im Direktorium überprüft.) Im Rahmen des Pilotprojekts können etwa 50 Bewertungen unter Anwendung dieser Methodologie durchgeführt werden, darunter bis zu acht durch die FATF, 12 durch die FSRBs und mindestens 36 durch den IWF und die Weltbank.

Die FAFT-ähnlichen, regionalen Gremien (FSRBs) beteiligen sich im Allgemeinen am Pilotprogramm, obwohl es noch einige Unsicherheit darüber gibt, wie viele Bewertungen sie durchführen werden. Drei regionale Gremien haben die Methodologie gebilligt und von zwei weiteren wird dies in Kürze erwartet. Die karibische FATF unterstützt diese Methodologie zwar nicht uneingeschränkt, sie hat aber dennoch anerkannt, dass sie bei der Bewertung von Mitgliedsländern durch den IWF und die Weltbank während des Pilotprojekts angewendet wird.

Die Bewertungen identifizieren Schwächen in den AML/CFT-Systemen und dies hat bereits zu einer beträchtlichen Aufstockung der technische Hilfe geführt. Zu den Schwachstellen gehören rechtliche Vorschriften und Überprüfungen, besonders bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, sowie die Effektivität der Aufsichtsregelungen. Der IWF und die Weltbank haben 52 AML/CFT-bezogene technische Unterstützungsprogramme abgeschlossen, eingeleitet oder verabschiedet. Dies umfasst direkte technische Hilfe an 40 Hoheitsgebiete und 12 regionale technische Unterstützungsprojekte. Im März 2003 haben sie einen gemeinsamen Fortschrittsbericht veröffentlicht. Die teilnehmenden Institutionen werden Anfang 2004 eine umfassende Überprüfung des Pilotprogramms durchführen.

Ein besseres Regelwerk für die Überwindung von Krisen

Obwohl die Krisenprävention der Hauptpunkt auf der Reformagenda des IWF ist, arbeitet der Fonds ebenso daran, das Management und die Lösung bereits ausgebrochener Krisen zu verbessern, denn auch dabei spielt der Fonds eine zentrale Rolle. Stärkere und klarere Rahmenbedingungen für die Lösung von Krisen dürften einen wichtigen Beitrag zur Krisenprävention leisten, der über eine Verminderung der Anzahl und der Schwere von Krisen hinausgeht. Die im Gang befindliche Reform des Regelwerks für die Krisenbewältigung wird so gestaltet, dass die Anreize für Länder und deren Gläubiger gestärkt werden, freiwillige, marktorientierte Lösungen ihrer Finanzierungsprobleme zu finden. In diesem Sinne ist der IWF bemüht, eine klarere Politik des Zugangs zu Fondsmitteln und eine stärkere Selektivität bei seiner Kreditvergabe mit einer Prüfung möglicher Ansätze zur Stärkung der Umstrukturierungsmechanismen für Staatsschulden zu kombinieren. Dieses Kapitel beschreibt die während des vergangenen Geschäftsjahres in diesen Bereichen erzielten Fortschritte.

Zugangspolitik in Kapitalbilanzkrisen

Die in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnende zunehmende internationale Integration der Finanzmärkte hat die Finanzierung von Investitionen und wirtschaftlichen Aktivitäten in Schwellenländern erleichtert, diese Länder aber auch dem Risiko von Krisen ausgesetzt, die durch eine schnelle Umkehr von Kapitalströmen ausgelöst werden können. In einigen Fällen hat der IWF die Anstrengungen von Mitgliedern zur Überwindung solcher Krisen durch die Bereitstellung beträchtlicher Finanzmittel unterstützt. Beginnend mit Mexiko 1995, während der Asienkrise 1997–98 und auch später hat der IWF in einzelnen Fällen Finanzmittel in einer Höhe bereitgestellt, die deutlich über den normalen Ziehungsgrenzen für Bereitschaftskredite und Vereinbarungen unter der Erweiterten Fondsfazilität lagen.

Das Exekutivdirektorium diskutierte im September 2002 und im Januar/Februar 2003 über die Zugangspolitik in Kapitalbilanzkrisen. Die Direktoren merkten an, dass die meisten Programme mit außergewöhnlich hohem Zugang zu Fondsmitteln recht erfolgreich dabei waren, den Mitgliedern zu helfen, eine tragfähige

außenwirtschaftliche Situation zu erreichen, wirtschaftliches Wachstum mit verringerter Krisenanfälligkeit zu sichern und den Zugang zu privaten Märkten zurückzugewinnen. In mehreren Fällen erfolgte dies allerdings langsamer als zunächst erwartet. In einigen Fällen war die Kombination aus Anpassung und außergewöhnlich hohem Zugang angesichts des bestehenden politischen und außenwirtschaftlichen Umfeldes jedoch unzureichend, um eine Restrukturierung der Verbindlichkeiten zu vermeiden. Aber in allen Fällen erfüllten die kreditnehmenden Mitglieder ihre Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Fonds. Auf den größeren Zusammenhang verweisend stellten die Direktoren fest, dass die Gefahr eines ungehörlichen Risikoverhaltens zwangsläufig mit der IWF-Kreditvergabe verbunden sei, dass es jedoch wenig empirische Nachweise dafür gebe, dass die Nutzung des außergewöhnlich hohen Zugangs generell große Moral-Hazard-Probleme mit sich bringe, indem sie zur Übernahme höherer Investoren- oder Länderrisiken führe.

Bei der Direktoriums Aussprache im September 2002 stimmten die Direktoren zu, dass klarer definierte Kriterien für außergewöhnlichen Zugang in Kapitalbilanzkrisen notwendig sind, um auf die Erwartungen von Mitgliedern und Märkten Einfluss zu nehmen. Weiter seien Vorgaben für schwierige Entscheidungen über Programmgestaltung und Zugang aufzustellen, die IWF-Mittel zu schützen sowie eine einheitliche Behandlung der Mitglieder sicherzustellen. Die Direktoren vertraten die Auffassung, dass (mindestens) die folgenden Kriterien erfüllt sein müssen, um außergewöhnlich hohen Zugang für Mitglieder, die einer Kapitalbilanzkrise gegenüberstehen, zu rechtfertigen:

- Das Mitglied steht außergewöhnlichem Zahlungsbilanzdruck von Seiten der Kapitalbilanz gegenüber, der zu einem Bedarf an IWF-Mitteln führt, der nicht innerhalb normaler Zugangsgrenzen gedeckt werden kann.
- Eine gründliche und systematische Analyse zeigt eine hohe Wahrscheinlichkeit an, dass die Verschuldung tragfähig bleibt.
- Das Mitglied hat gute Aussichten, innerhalb der Zeit ausstehender IWF-Kredite den Zugang zu den privaten Kapitalmärkten zurückzugewinnen,

sodass die Finanzierung des Fonds eine Überbrückung darstellt.

- Das Politikprogramm des Mitgliedslandes hat ausreichend gute Erfolgsaussichten, diese Anpassung durchzuführen, nicht nur hinsichtlich des Anpassungsplans, sondern auch bezüglich der institutionellen und politischen Kapazitäten.

Während der Direktoriaussprachen im Januar/Februar 2003 beschlossen die Direktoren strengere Verfahren bei allen Entscheidungen über Vorschläge zu außergewöhnlich hohem Zugang. Diese Verfahren umfassen eine höhere Beweislast in der Programmdokumentation, frühzeitige Konsultationen mit dem Exekutivdirektorium über Programmverhandlungen auf der Basis eines präzisen Stabsvermerks, der die Überlegungen darlegt, sowie eine nachträgliche Überprüfung von Programmen mit außergewöhnlich hohem Zugang innerhalb eines Jahres nach dem Ende der betreffenden Vereinbarung. Es wird jedoch entscheidend sein, wie diese Kriterien und Verfahren in der Praxis bei der Entscheidungsfindung über den Zugang angewendet werden. Deshalb ist für Anfang 2004 eine Überprüfung der Umsetzung geplant.

Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen gegenüber privaten Gläubigern

Wenn ein Mitglied Schwierigkeiten bei der Bedienung seiner Schuldenverpflichtungen gegenüber seinen externen privaten Gläubigern hat, können sich Diskussionen über die Restrukturierung seiner Schulden als schwierig und langwierig erweisen und es ist möglich, dass vor dem Auflaufen von Zahlungsrückständen keine Vereinbarung erreicht wird. Der IWF steht bereit, Mitgliedern, die Zahlungsrückstände gegenüber privaten Gläubigern haben, Mittel zu gewähren, wenn eine unverzügliche Unterstützung für den Erfolg der Anpassungsmaßnahmen wichtig ist und das Mitglied in gutem Glauben Anstrengungen unternimmt, eine einvernehmliche Vereinbarung mit seinen Gläubigern zu erreichen.

Im September 2002 überprüfte das Exekutivdirektorium die jüngsten Erfahrungen, die bei der Restrukturierung von Staatsanleihen und der Anwendung des Kriteriums des guten Glaubens im Rahmen der Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen gemacht wurden. Die Direktoren vertraten die Auffassung, dass eine größere Klarheit über den während des Restrukturierungsprozesses zwischen einem Schuldner und seinen Gläubigern in gutem Glauben geführten Dialog zu besserer Orientierung für die Anwendung der Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen führen würde. Außerdem könne dadurch allgemein der Rahmen für die Einbeziehung von Schuldnern und Gläubigern bei der Restrukturierung von Staatsschulden verbessert werden.

Größere Klarheit über das Regelwerk für mögliche Schuldenrestrukturierungen würde auch die Fähigkeit

der Investoren stärken, den unter alternativen Szenarien zu erzielenden Rückgewinnungsbetrag zu beurteilen und dadurch die Risikobewertung und eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Kapitalmärkte erleichtern. Die Direktoren betonten gleichzeitig, dass folgende Elemente wichtig seien: eine fortgesetzte Flexibilität bei der Anwendung des Kriteriums des guten Glaubens, um die Besonderheiten jedes spezifischen Falles berücksichtigen zu können; Vermeidung einer Benachteiligung der Schuldner bei den Verhandlungen mit Gläubigern; sowie Vermeidung von Verzögerungen bei den Verhandlungen, die die Fähigkeit des Fonds zur Bereitstellung rechtzeitiger Unterstützung beeinträchtigen könnten. Die Klarstellung des Kriteriums des guten Glaubens sollte vorrangig dazu dienen, die schwierigen Beurteilungen, die weiterhin in jedem einzelnen Fall vorgenommen werden müssen, zu unterstützen und sollte so operationalisiert werden, dass die Marktdisziplin nicht beeinträchtigt wird.

Nach Ansicht der Direktoren stellen die nachfolgenden Prinzipien eine angemessene Balance zwischen Klarheit und Flexibilität beim Dialog zwischen Schuldnern und deren privaten externen Gläubigern dar:

- Wenn ein Mitglied zu der Beurteilung gekommen ist, dass eine Restrukturierung seiner Schulden notwendig ist, sollte es in einem frühen Stadium einen Dialog mit seinen Gläubigern aufnehmen, der solange fortgesetzt werden sollte, bis die Restrukturierung abgeschlossen ist.
- Das Mitglied sollte allen Gläubigern rechtzeitig relevante nicht vertrauliche Informationen zur Verfügung stellen.
- Das Mitglied sollte den Gläubigern frühzeitig eine Möglichkeit geben, Beiträge zur Gestaltung der Restrukturierungsstrategie und der Gestaltung der individuellen Instrumente zu leisten.

Obwohl die Art des Dialogs im Regelfall dem Schuldner und seinen Gläubigern überlassen bleibt, erwarteten die Direktoren, dass ein Mitglied mit Zahlungsrückständen vor Zustimmung zu einem IWF-Programm in Übereinstimmung mit den vorgenannten Prinzipien einen Dialog mit seinen Gläubigern einleitet. In Fällen, in denen ein organisierter Verhandlungsrahmen gerechtfertigt sei, weil der Sachverhalt sehr komplex sei und die Gläubiger rechtzeitig einen Vertreterausschuss gebildet hätten, werde erwartet, dass das Mitglied mit diesem Ausschuss in gutem Glauben Verhandlungen aufnehme, wobei allerdings die Besonderheiten jedes Einzelfalles zu beachten seien. Im gleichen Sinne werde in weniger komplexen Fällen, in denen die Gläubiger innerhalb eines vertretbaren Zeitraumes keinen repräsentativen Ausschuss organisiert haben, oder wenn aus anderen Gründen ein formaler Verhandlungsrahmen nicht effektiv wäre, vom Mitglied erwartet, in einen weniger strukturierten Dialog mit seinen Gläubigern einzutreten.

Bei der Bewertung der Frage, ob das Mitglied in gutem Glauben Anstrengungen zu Verhandlungen unternimmt, seien in mehreren wichtigen Bereichen Abschätzungen erforderlich. Dies umfasse eine Betrachtung der Komplexität des Restrukturierungsfalles, der Frage inwieweit ein Gläubigerausschuss ausreichend repräsentativ ist sowie der Frage, ob ein angemessener Zeitraum für die Bildung eines repräsentativen Gläubigerausschusses zur Verfügung stand. Die Direktoren merkten auch an, dass in den Fällen, in denen Verhandlungen sich wegen Forderungen der Gläubiger verzögern, die nicht im Einklang mit den Anpassungs- und Finanzierungsparametern des IWF-Programms stehen, der Fonds bei Verhandlungen mit den Gläubigern die Flexibilität behalten sollte, trotz fehlender Fortschritte seine Mitglieder weiter zu unterstützen.

Alle Kredite, die ein Mitglied während ausstehender Zahlungsrückstände an private Gläubiger erhalten hat, werden weiterhin Gegenstand von Überprüfungen sein, die dem IWF Gelegenheit bieten, die Beziehungen zwischen einem Schuldner und seinen Gläubigern zu überwachen und das Exekutivdirektorium über Entwicklungen in diesem Bereich frühzeitig zu informieren.

Behandlung nicht tragfähiger Staatsverschuldung

Der IWF beteiligt sich ebenfalls an einer aktiven Debatte über die Frage, wie am besten mit den vergleichsweise seltenen Fällen umzugehen ist, in denen die Staatsverschuldung untragbar hoch wird. Es gibt zahlreiche Herausforderungen für eine erfolgreiche Restrukturierung. Solide makroökonomische und strukturelle Politikmaßnahmen sind zweifellos entscheidend. Transparenz und Vorhersehbarkeit des Restrukturierungsprozesses sind ebenfalls wichtig, um unter Einhaltung der Sorgfaltspflicht eine besser informierte Entscheidungsfindung zu ermöglichen und eine angemessene Gleichbehandlung der Gläubiger zu erleichtern. Ein effektives gemeinsames Handeln der Gläubiger stellt eine weitere Herausforderung dar, wobei insbesondere die Gefahr besteht, dass einzelne Gläubiger bei einer freiwilligen Umstrukturierung eine Teilnahme in der Hoffnung ablehnen, Zahlungen gemäß den ursprünglichen Vertragsbedingungen zu erlangen, obwohl die Gläubiger als Gruppe durch Zustimmung zu einer Restrukturierung am besten bedient wären.

Der IWF arbeitet mit seinen Mitgliedern und anderen Vertretern der internationalen Finanzgemeinschaft an möglichen Ansätzen zur Verbesserung des Regelwerks zur Umstrukturierung von Staatsschulden, wobei folgende Aspekte hervorzuheben sind:

- Aufnahme von *Umschuldungsklauseln* (*collective action clauses* – CACs) in Staatsanleihen; sowie
- Einrichtung eines gesetzlich verankerten Regelwerks durch ein *Verfahren zur Umstrukturierung von*

Staatsschulden (*sovereign debt restructuring mechanism* – SDRM).

Diese Ansätze könnten durch die Entwicklung eines *freiwilligen Verhaltenskodexes* – eine Reihe von Transparenzstandards und guten Praktiken – ergänzt werden. Dieser Kodex könnte als Leitlinie für das Verhalten von Schuldnern und Gläubigern dienen und dabei ein breites Spektrum von Umständen abdecken – von relativer Ruhe bis zu akuter Belastung. Der IWF begrüßt die in diesem Bereich im privaten und öffentlichen Sektor ergriffenen Initiativen und unterstützt deren Weiterentwicklung. In diesem Kontext ist klar, dass ein Kodex nur in dem Ausmaß effektiv sein kann, in dem er breite Unterstützung bei Schuldnern und deren Gläubigern erfährt.

Umschuldungsklauseln

Umschuldungsklauseln in internationalen staatlichen Anleiheinstrumenten zielen darauf, eine geordnetere und schnellere Schuldenrestrukturierung in den seltenen Fällen zu ermöglichen, in denen ein Staat seine Schulden restrukturieren muss. Umschuldungsklauseln sind Bestimmungen in Anleiheverträgen, die es dem betreffenden Staat und einer qualifizierten Mehrheit seiner Anleiheinhaber ermöglichen, Entscheidungen zu treffen, die für alle Anleiheinhaber innerhalb der gleichen Emission bindend werden.

Der IWF hat bereits vor langer Zeit die Rolle von Mehrheitsklauseln bei der Lösung des Problems des gemeinsamen Handelns erkannt. In diesem Geschäftsjahr führte das Exekutivdirektorium zwei Diskussionen über Umschuldungsklauseln. Im Juni 2002 diskutierten die Direktoren zwei Stabspapiere über Gestaltung und Effektivität von Umschuldungsklauseln und Wege zu deren stärkerer Verwendung. Die Diskussion wurde im April 2003 fortgesetzt, als die Direktoren ein Stabspapier erörterten, das Probleme und Entwicklungen einer aktiveren Förderung von Umschuldungsklauseln untersuchte.

Die Direktoren betonten, dass die effektivste Strategie des Fonds darin besteht, die breitere Verwendung solcher Klauseln zu fördern, die bereits in vielen internationalen staatlichen Anleihebestimmungen enthalten sind. Die vielleicht wichtigste Regelung ist die *Umstrukturierungs-Bestimmung*, die eine qualifizierte Mehrheit von Anleiheinhabern innerhalb der gleichen Emission ermächtigt, alle Anleiheinhaber an die Bedingungen einer Restrukturierungs-Vereinbarung zu binden und zwar sowohl vor als auch nach einem Ausfall. Darüber hinaus berechtigen *Vollstreckungs-Bestimmungen* eine qualifizierte Mehrheit von Anleiheinhabern, einzelne Gläubiger an der Durchsetzung störender juristischer Schritte zu hindern, bevor eine Restrukturierungs-Vereinbarung erreicht worden ist. Obgleich Restrukturierungsklauseln derzeit bei Staatsanleihen existieren, die nach englischem Recht begeben wer-

Kasten 3.1

Umschuldungsklauseln: Jüngste Entwicklungen

Umschuldungsklauseln (CACs) in Schuldeninstrumenten erlauben einer qualifizierten Gläubigermehrheit, zentrale finanzielle Vertragsbedingungen zu ändern und eine Minderheit an diese neuen Regelungen zu binden. Die Einbeziehung von CACs in Anleihen, wie es nach englischem Recht die Norm ist, trägt zu einer geordneteren und schnelleren Einigung über Umstrukturierungsbedingungen bei, stellt sicher, dass die Mehrheitsrechte respektiert werden und verhindert, dass eine Minderheit anders denkender Gläubiger störende Gerichtsverfahren einleitet.

Im vergangenen Geschäftsjahr hat es einige wichtige Entwicklungen bei der Gestaltung und Verwendung von CACs gegeben.

Vorschläge für die Gestaltung von Musterklauseln

Im Juni 2002 konsultierte der öffentliche Sektor durch eine G10-Arbeitsgruppe Marktteilnehmer, Emittenten und Rechtsexperten, um Verbesserungen beim Schuldenumstrukturierungs-Prozess zu empfehlen. In ihrem Bericht vom September 2002 schlug die Arbeitsgruppe eine Reihe von Klauseln vor, die auf bestehenden Verfahren basieren, die bei Anleihen angewendet werden, die englischem Recht unterliegen. Zu diesen Prinzipien gehören ein frühzeitiger Dialog, die Sicherstellung einer effektiven Vertragsüberarbeitung sowie die Minimierung von durch Minderheits-

gläubiger angestregten Gerichtsverfahren. Anfang 2003 veröffentlichte die Gruppe ihre Arbeit zu einer Reihe von Musterklauseln, die zeigen sollen, dass diese Empfehlungen implementiert werden können. Eine Gruppe von internationalen Kapitalintermediären des Privatsektors publizierte ebenfalls Vorschläge für die Entwicklung von Musterklauseln.

CACs und die jüngsten Emissionen internationaler Staatsanleihen

Mehrere entwickelte Marktwirtschaften haben Schritte unternommen, um CACs in ihre internationalen Staatsanleihen aufzunehmen. Im September 2002 gaben die EU-Finanzminister bekannt, dass ihre Mitgliedsländer beabsichtigen, in Neuemissionen von Staatsanleihen, die nach ausländischem Recht begeben werden, CACs einzubeziehen. Obwohl solche Anleihen nur einen kleinen Anteil aller von EU-Ländern ausgegebenen Anleihen repräsentieren, stellt die EU einen beträchtlichen Anteil des globalen Anleihemarktes dar und könnte daher die Marktpraxis in den Jurisdiktionen von New York und Deutschland beeinflussen, die traditionell keine Umstrukturierungsklauseln einschließen.

Ende 2002 machten die internationalen Staatsanleihen mit CACs, die von aufstrebenden Märkten emittiert wurden, etwa 30 % aller Staatsanleihen dieser Märkte aus. Im März und April 2003 begab Mexiko vor dem Hinter-

grund vieler im öffentlichen Sektor und in den Kapitalmärkten geführten Diskussionen über die Verwendung von CACs zwei Anleihen nach New Yorker Recht, die sowohl Umstrukturierungs-Bestimmungen als auch Vollstreckungs-Bestimmungen enthielten. (Libanon (2000), Katar (2000) und Ägypten (2001) waren der Anleiheemission von Mexiko mit Umstrukturierungsklauseln nach New Yorker Recht vorausgegangen, zu jener Zeit war die Einbeziehung dieser Klauseln jedoch von den Märkten nicht zur Kenntnis genommen worden.) Mexikos Emissionen verliefen erfolgreich, da sie überzeichnet waren und eine Analyse der Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen keinen Hinweis darauf gab, dass der Preis bei der Ausgabe oder im Sekundärmarkt eine Renditeprämie für die Aufnahme von CACs widerspiegelte.

Eine im April 2003 von Brasilien nach New Yorker Recht mit Aufnahme von CACs emittierte Globalanleihe war ebenfalls stark überzeichnet und zeigte wiederum keine Anzeichen, dass mit der Verwendung von CACs Kosten verbunden waren. Kurz nach Ablauf des Geschäftsjahres folgten Südafrika, Korea, Belize und wiederum Brasilien mit der Emission von neuen internationalen Anleihen, die nach New Yorker Recht begeben wurden und CACs einschlossen. Außerdem enthielten die neuen Anleihen Uruguays, die im Anschluss an den Schuldentausch begeben wurden, CACs.

den, schließen Anleihen nach New Yorker Recht (die den größten Teil von Staatsanleihen in den aufstrebenden Märkten repräsentieren) solche Bestimmungen traditionell nicht ein.

Die Direktoren merkten an, dass die Entwicklungen des vergangenen Jahres sowohl in Bezug auf die Gestaltung von Umstrukturierungs- und Vollstreckungsklauseln als auch hinsichtlich der Einbeziehung solcher Klauseln in Anleihen nach New Yorker Recht ermutigend waren, was einen wichtigen Durchbruch in diesem Bereich darstellt (siehe Kasten 3.1). Die Direktoren räumten jedoch ein, dass es angesichts des ausstehenden Bestandes von Anleihen ohne Umschuldungsklauseln noch einige Zeit dauern wird, bis Umschuldungsklauseln in die meisten internationalen Anleihen einbezogen sind. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass jede Entscheidung über Einbeziehung

und Gestaltung von Umschuldungsklauseln aufgrund der vertraglichen Natur von Umschuldungsklauseln letztlich vom Schuldner und seinen Gläubigern getroffen wird.

Die Direktoren betonten, dass der IWF die Verwendung von Umschuldungsklauseln bei seiner bilateralen und multilateralen Überwachung stärker aktiv fördern sollte und dass alle Mitgliedsländer, sowohl fortgeschrittene als auch Entwicklungsländer, dazu ermutigt werden sollten, Umschuldungsklauseln in ihre internationalen Anleiheinstrumente aufzunehmen. Die Direktoren begrüßten die Vorschläge, weiterhin verschiedene Formen von Außenkontakten zu pflegen, um die Verwendung von Umschuldungsklauseln zu fördern. Sie ermutigten den Stab nachdrücklich, einen aktiveren Dialog mit Emittenten aus aufstrebenden Märkten zu führen, um die Verwendung von Umschuldungsklauseln

seln sowohl im New Yorker Markt als auch in anderen Märkten, wie etwa in Deutschland, wo Umschuldungsklauseln noch nicht üblich sind, zu fördern. Fortschritte der entwickelten Marktwirtschaften bei der Verwendung von Umschuldungsklauseln in internationalen Anleiheemissionen, wie z. B. die jüngste Emission von Italien und dem Vereinigten Königreich, würden diese Anstrengungen weiter untermauern. Darüber hinaus ermutigten die Direktoren den Stab, im Rahmen stärker konzentrierter Anstrengungen zur Förderung der Verwendung von Umschuldungsklauseln in der zweiten Hälfte des Jahres 2003 mit wichtigen Emittenten und Juristen aus der Praxis Arbeitstagen zu diesem Thema abzuhalten.

Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden

Der zweite vom IWF verfolgte Ansatz zur Überwindung nicht tragfähiger staatlicher Verschuldung – ein Vorschlag für einen Umstrukturierungsmechanismus für Staatsschulden (SDRM) – unterscheidet sich vom Ansatz der Umschuldungsklauseln in zwei wichtigen Punkten. Erstens würde ein SDRM einen juristischen Rahmen schaffen, der ein gemeinsames Vorgehen für alle Instrumente erlaubt, einschließlich solcher, die Einstimmigkeit bei der Umstrukturierung der Finanzierungsbedingungen erfordern. Die Einführung eines solchen Rechtsrahmens würde eine Änderung des IWF-Übereinkommens erfordern. Zweitens würden die Stimmen von ähnlich gestellten Gläubigern mit teilnehmenden Verschuldungsinstrumenten aggregiert, wodurch es möglich würde, *verschiedene Schuldeninstrumente* mit einer einzigen Stimme zu restrukturieren.

Die Zeit nach der Jahrestagung 2002 war gekennzeichnet durch eine lebhafte Debatte über die Notwendigkeit und Gestaltung eines SDRM. Im Januar 2003 diskutierte das Exekutivdirektorium eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Fragen, die durch die Entscheidung eines Mitgliedes, seine nicht mehr tragfähigen staatlichen Schuldenverpflichtungen zu restrukturieren, aufgeworfen werden könnten. Bei einer Direktoriatsausprache im März 2003 wurden weitere Fortschritte in dieser Frage erzielt, insbesondere durch die Erörterung eines ersten Entwurfs möglicher Bestandteile eines SDRM, den der Internationale Währungs- und Finanzausschuss im September 2002 zur Vorlage für seine Sitzung im April 2003 in Auftrag gegeben hatte. Die Formulierung dieses Vorschlags basierte auf einem umfassenden Dialog mit privaten Marktteilnehmern, Experten in den Bereichen Schuldenumstrukturierung und Schuldenabkommen, mit Universitätskreisen sowie Mitgliedern des öffentlichen Sektors und berücksichtigte die Beiträge, die bei einer Arbeitstagung und einer im IWF-Hauptsitz im Januar 2003 organisierten Konferenz eingebracht wurden (siehe Kasten 3.2).

Über die Beiträge zur Gestaltung eines SDRM hinaus verlieh diese Debatte den Anstrengungen zur Förderung von Umschuldungsklauseln in Staatsanleihen und der Entwicklung von Vorschlägen für einen freiwilligen Verhaltenskodex neue Impulse.

Obleich die meisten Direktoren die Einrichtung eines SDRM unterstützten, waren nicht alle von der Notwendigkeit und der Wünschbarkeit eines solchen Mechanismus überzeugt. Darüber hinaus unterschieden sich die Ansichten der Direktoren, die das SDRM unterstützen, bei zahlreichen Gestaltungsaspekten.

Die Direktoren, die ihre Unterstützung für ein SDRM ausdrückten, stimmten darin überein, dass es das Ziel sein sollte, einen Rahmen zu schaffen, der die Anreize für Staaten und ihre Gläubiger stärkt, schnell und gemeinsam eine Umstrukturierungsvereinbarung über eine nicht tragfähige Verschuldung zu erreichen, die Vermögenswerte bewahrt und eine Rückkehr zu einer mittelfristigen Tragfähigkeit erleichtert und dadurch die Kosten des Restrukturierungsprozesses reduziert. Um dieses Ziel zu erreichen, muss das SDRM nicht nur das Problem des kollektiven Handelns der Gläubiger lösen, sondern auch einen frühzeitigen und effektiven Dialog und Informationsaustausch zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern fördern. Es sei außerdem zu erwarten, dass das SDRM durch eine Vergrößerung der Vorhersehbarkeit im Umschuldungsprozess die Funktionsweise der internationalen Kapitalmärkte verbessere. Obleich viele Aspekte offen blieben, betrachteten die Direktoren, die sich für das SDRM aussprachen, die vorgeschlagenen Merkmale als eine ausgewogene Antwort auf zentrale Fragen. Die wichtigsten Elemente des Vorschlages umfassen:

- Eine qualifizierte Mehrheit von Gläubigern mit aggregierten Ansprüchen könnte durch Abstimmung beschließen, im Rahmen einer Umstrukturierungsvereinbarung neue Bedingungen zu akzeptieren, die für alle betroffenen Gläubiger bindend wären.
- Das Verfahren würde Bestimmungen enthalten, die Gläubiger daran hindern würden, den Verhandlungsprozess durch Vollstreckungen zu stören oder eine für eine breite Mehrheit annehmbare Umschuldungsvereinbarung zu verzögern.
- Eine unabhängige Streitschlichtungsstelle würde eingerichtet, um Ansprüche zu verifizieren, die Integrität des Abstimmungsprozesses sicherzustellen und Streitigkeiten beizulegen, die nach der Aktivierung des SDRM auftreten könnten.

Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss erörterte bei seiner Tagung im April 2003 einen Bericht des Geschäftsführenden Direktors über ein gesetzlich verankertes Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden (SDRM). Der IMFC betonte in seinem Kommuniqué, dass die bei der Entwicklung des SDRM-Vorschlags unternommenen umfassenden Analysen und Konsultationen zu einem besseren

Kasten 3.2

Konferenz über das Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden

Der IWF veranstaltete im Januar 2003 eine Konferenz über seinen Vorschlag für ein Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden. Sie diente dem Meinungsaustausch mit Ländervertretern, Vertretern des Privatsektors, Nichtregierungs-Organisationen, Rechtsexperten und Akademikern. In seiner Eröffnungsrede legte der Geschäftsführende Direktor Horst Köhler die Ziele der Konferenz dar: (1) das Problem im Auge zu behalten, das der Umstrukturierungsmechanismus zu lösen versucht, (2) den Stand der Diskussion und den Inhalt der bisher unterbreiteten Vorschläge zu klären sowie (3) diese Arbeit in einem einzigen, klaren und verständlichen Entwurf zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen.

Die Hauptpunkte der Diskussion waren: der Vorschlag des IWF für die Umstrukturierung von Staatsschulden; der Kontext und der Inhalt des SDRM; die Rolle der Gläubiger und des IWF im Rahmen des SDRM und seine Auswirkungen auf die Kapitalmärkte sowie die Sicherstellung der Integrität des Verfahrens.

Die meisten Sprecher stimmten darin überein, dass die Vielfalt der Gläubiger

und der Schuldeninstrumente den Verhandlungsprozess zwischen dem betroffenen Staat und seinen Gläubigern komplexer gemacht und zu Verzögerungen bei der Restrukturierung geführt habe. Sie waren jedoch unterschiedlicher Auffassung in Bezug auf das Problem des kollektiven Handelns der Gläubiger und die Ausgestaltung der Lösung. Anne Krueger, Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin, unterstrich die Notwendigkeit, ein System einzurichten, das eine transparente, geordnete und rasche Schuldenumstrukturierung fördert. Einige Sprecher waren der Ansicht, dass hinhaltende Gläubiger kein großes Problem darstellten und forderten mehr freiwillige Lösungsansätze.

Der IWF-Stab argumentierte, dass der Bereich der von dem SDRM zu erfassenden Schulden generell breit genug sein sollte, um die künftige Tragfähigkeit der Verschuldung und eine Gleichbehandlung der Gläubiger sicherzustellen. Eine weitere Ausgestaltung sei jedoch erforderlich, um inländische Insolvenzverfahren nicht zu untergraben und gesicherte Finanzierungen zu schützen. Andere Teilnehmer argumentierten für eine breitere

Erfassung von Schulden durch das SDRM, um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Staates nach der Schuldenrestrukturierung und eine fairere Behandlung aller Gläubiger sicherzustellen.

Der Stab argumentierte außerdem, dass die Aufnahme von Bestimmungen über die Aussetzung der von Gläubigern angestrebten Prozesse nicht im Verhältnis zu den vergleichsweise geringen Risiken solcher Rechtsstreitigkeiten stehe. Außerdem sei eine automatische Einstellung von Zwangsmaßnahmen ohne eine generelle Zahlungseinstellung nicht angemessen. Der Stab machte geltend, dass andere Aspekte des SDRM – einschließlich der Ausgleichsbestimmung zur Neutralisierung etwaiger durch Gläubigerklagen nach der Aktivierung erzielter Begünstigungen – störende Klagen verhindern würden. Einige Teilnehmer teilten diese Sichtweise, andere merkten jedoch an, dass Veränderungen auf den Kapitalmärkten Ängste hinsichtlich frühzeitiger Klagen schüren könnten und einige Teilnehmer befürchteten, dass Schuldner dazu gezwungen sein könnten, knappe Ressourcen für die Abwehr von Klagen zu verwenden.

Verständnis über die bei geordneten Krisenlösungen zu bewältigenden Probleme geführt habe. Der Ausschuss räumte zwar ein, dass es zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich gewesen sei, das SDRM einzuführen, er beschloss jedoch, die Arbeiten an während der Entwicklung des SDRM aufgeworfenen Fragen fortzusetzen, die von allgemeiner Relevanz für die

geordnete Lösung von Finanzkrisen seien. In diesen Bereich fallen Überlegungen zur Gleichbehandlung der Gläubiger, die Verbesserung von Transparenz und Offenlegung sowie Aggregationsprobleme. Der Geschäftsführende Direktor wird bei der nächsten Tagung des Ausschusses im September 2003 einen Fortschrittsbericht vorlegen.

Verbesserung der Kreditpolitik und -praktiken

Der IWF bietet den Mitgliedsländern seine finanzielle Unterstützung durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Kreditinstrumenten (siehe Tabelle 8.1). Die meisten Formen der IWF-Finanzierung sind davon abhängig, dass das Empfängerland Reformen umsetzt zur Korrektur der zugrunde liegenden Probleme, die zu dem Finanzierungsbedarf geführt haben.

Im Geschäftsjahr 2003 schloss das Exekutivdirektorium eine umfassende, zweijährige Überprüfung der Konditionalität (d. h. der mit IWF-Programmen verbundenen Auflagen) ab und billigte neue Richtlinien für die Gestaltung und Implementierung der Konditionalität in IWF-gestützten Programmen. Die neuen Richtlinien zielen auf eine Straffung und klarere Ausrichtung der IWF-Konditionalität, um den Erfolg der Reformprogramme der Mitgliedsländer zu fördern.

Im Zusammenhang mit dieser umfassenden Konditionalitätsüberprüfung betonte das Exekutivdirektorium die Notwendigkeit einer eindeutigen Arbeitsteilung mit anderen internationalen Institutionen, insbesondere mit der Weltbank. Die Direktoren diskutierten im September 2002 die unter dem neuen Kooperationsrahmen der beiden Institutionen erzielten Fortschritte zu einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank bei Länderprogrammen und Konditionalität.

Das Unabhängige Evaluierungsbüro des IWF (Independent Evaluation Office – IEO) gab, ebenfalls im September 2002, eine Beurteilung der überlangen Inanspruchnahme von Fondsmitteln durch einige Mitgliedsländer heraus. Im Anschluss daran erörterte das Direktorium die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, die eingerichtet wurde, um Empfehlungen zu geben, wie die in der Beurteilung aufgezeigten Probleme am besten gelöst werden könnten.

Neue Konditionalitäts-Richtlinien

Der IWF überprüft regelmäßig Entwicklungen der Konditionalität, um ihre Wirksamkeit dauerhaft sicherzustellen (siehe Kasten 4.1). Im September 2002 billigte das Direktorium neue Richtlinien, um die andauernden Bemühungen zur Straffung und klareren Ausrichtung der Konditionalität zusammenzufassen. Die Richtlinien können auf der Webseite des IWF ein-

gesehen werden. Ein wichtiges Ziel der neuen Richtlinien besteht darin, die Reformbereitschaft der Länder zu stärken und die Aussichten auf eine dauerhafte Implementierung der IWF-unterstützten Programme zu verbessern, insbesondere durch eine Konzentration der IWF-Bedingungen auf die Bereiche, die für den Programmserfolg entscheidend sind. Auch im Evaluierungsbericht des IEO zur überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln wird die uneingeschränkte Umsetzung dieser Richtlinien als ein Schlüsselement zur Vermeidung von Fehlschlägen bei fondsgestützten Programmen hervorgehoben.

Die Richtlinien betonen die Notwendigkeit, die Konditionalität klarer auf die Politikmaßnahmen auszurichten, die für das Erreichen der makroökonomischen Ziele der fondsgestützten Programme entscheidend sind. Sie zielen außerdem darauf ab, eine klarere Arbeitsteilung mit anderen internationalen Institutionen, insbesondere der Weltbank, zu sichern. Die Richtlinien basieren auf dem wachsenden Bewusstsein für die Bedeutung mehrerer miteinander zusammenhängender Prinzipien:

- nationale Bereitschaft zu Politikreformen;
- Zurückhaltung bei der Anwendung programmbezogener Auflagen;
- Anpassung der Programme an die Umstände eines Landes; sowie
- Klarheit bei der Festlegung programmbezogener Bedingungen.

Die neuen Richtlinien führen spezifische Kriterien ein, um im Einzelfall festlegen zu können, ob die Bedingungen angemessen sind. Strukturelle Konditionalität wird als ein wichtiges Element von Fondsprogrammen angesehen, solange sie für das Erreichen der Programmziele entscheidend ist. Die Richtlinien legen außerdem die Rolle von verschiedenen Arten programmbezogener Bedingungen fest, einschließlich Leistungskriterien, struktureller Richtgrößen und Vorabmaßnahmen. Ein Vermerk des IWF-Stabs, der parallel zu den Richtlinien veröffentlicht wurde, bietet zusätzliche Erklärungen und Hintergrundinformationen für die Konditionalitätsrichtlinien.

Ein wesentlicher Aspekt der IWF-Perspektive zur Konditionalität ist, dass das Mitgliedsland die primäre Verantwortung für seine Politik übernimmt und dass

Kasten 4.1

Wie sich die IWF-Konditionalität verändert hat

Wenn der IWF einem Mitgliedsland seine finanzielle Unterstützung zusagt, wird von dem Land erwartet, Politikanpassungen und Reformen durchzuführen, um die zugrunde liegenden Probleme zu lösen, welche zu den Zahlungsbilanzschwierigkeiten und zum Unterstützungsbedarf geführt haben. Zu diesem Zweck knüpft der IWF Bedingungen an seine Kreditvergabe, die zunächst auf die Geld-, Fiskal- und Wechselkurspolitik ausgerichtet waren. Es überrascht kaum, dass diese Bedingungen im Laufe der IWF-Geschichte entsprechend den Veränderungen in den Gegebenheiten und Herausforderungen, denen die Mitglieder gegenüberstanden, weiterentwickelt wurden.

Strukturelle Konditionalität

Von den späten 80er Jahren an betonte der IWF zunehmend die Notwendigkeit, Anpassungen durch strukturelle Verbesserungen der Wirtschaft zu erreichen. Als Folge der Fokussierung auf strukturelle Maßnahmen stieg die durchschnittliche Anzahl der strukturellen Bedingungen in einem Programm von nur 2 oder 3 Mitte der 80er Jahre auf 12 oder mehr zu Anfang der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Der Anstieg fand schwerpunktmäßig in den Transformationsländern statt, in denen die Programme fast schon definitionsgemäß einen hohen strukturellen Gehalt aufwiesen.

Die erhöhte Anzahl an Bedingungen rief Bedenken hervor, dass der IWF sein Mandat und seine Expertise womöglich überschreite. Übermäßig detaillierte Politikvorgaben können das Gefühl eines Landes untergraben, dass es für seine eigen-

nen Reformen selbst verantwortlich ist. Ohne eine solche Reformbereitschaft ist es weniger wahrscheinlich, dass die Reformen umgesetzt werden. Zudem kann schlecht fokussierte Konditionalität Länder überlasten, wenn sie versuchen weniger wichtige Reformen auf Kosten der zum Erreichen der Programmziele wirklich notwendigen Reformen durchzuführen.

Neue Richtlinien

Im September 2000 gab der Geschäftsführende Direktor des IWF Interimsrichtlinien zur Straffung der strukturellen Auflagen heraus, in denen generelle Prinzipien dargelegt wurden. Ab März 2001 wurden die vom Mitarbeiterstab erstellten Papiere in die Webseite des Fonds eingestellt, um öffentliche Kommentare über konditionalitätsbezogene Prinzipien und Fragen einzuholen. Offizielle Ländervertreter, akademische Sachverständige und Repräsentanten anderer Organisationen trugen ebenfalls ihre Ansichten bei. Sie wiesen unter anderem auf die Notwendigkeit hin, der Abfolge und Geschwindigkeit der Politikumsetzung Aufmerksamkeit zu schenken und sie betonten die Bedeutung der Koordinierung der durch die internationale Gemeinschaft gewährten Unterstützung.

Im April 2002 verständigte sich das IWF-Exekutivdirektorium auf die allgemeinen Prinzipien der neuen Konditionalitätsrichtlinien und im September 2002 billigte das Direktorium die neuen Konditionalitätsrichtlinien. Dies war die erste Überarbeitung seit 1979.

die Dokumente, welche die Reformagenda des Landes darlegen, von den Behörden in Kooperation und mit Unterstützung des IWF-Stabs entworfen werden. Das Direktorium kam bei der Überprüfung überein, dass angemessen gestaltete Konditionalität die nationale Reformbereitschaft ergänzen und verstärken kann.

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank

Im September 2002 erörterte das Direktorium den vom Stab des IWF und der Weltbank gemeinsam erstellten Fortschrittsbericht über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank bei Länderprogrammen und Konditionalität.

Der Fortschrittsbericht untersuchte die im Bereich der Zusammenarbeit in Bezug auf eine Richtlinie vom April 2002 (siehe Kasten 4.2) gemachten Erfahrungen. Der Bericht verwies auf eine Umfrage unter den Stäben beider Institutionen – Länderdirektoren der Weltbank und Missionsleiter des IWF –, in der ihre Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit untersucht worden waren. Die Umfrage ergab, dass die Zusammenarbeit zwar als zufrieden stellend angesehen wurde, da es in den meisten Fällen keine größeren Probleme gab, dass es jedoch mehrere institutionelle Faktoren gab, die eine

vollkommen effektive Zusammenarbeit behinderten. Dazu gehörten unter anderem Unterschiede in den Arbeitsstrukturen, in den für das Erreichen von Zielen vorgesehenen Zeitrahmen sowie in den Kreditvereinbarungen und -instrumenten. Diese Ergebnisse bestätigten die Notwendigkeit weiterer Bemühungen zur Stärkung der Zusammenarbeit.

Bei ihrer Diskussion bestätigten die Direktoren, dass eine enge Zusammenarbeit für eine wirksame Unterstützung der Mitgliedsländer unverzichtbar ist und einen integralen Bestandteil der Anstrengungen zur Straffung und klareren Ausrichtung der Konditionalität darstellt mit dem Ziel, die nationale Reformbereitschaft zu erhöhen. Die Schritte zur Stärkung der Zusammenarbeit bei den Länderprogrammen erfolgen vor dem Hintergrund der in einigen anderen Bereichen erzielten Fortschritte. Dazu gehören der PRGF/HIPC-Rahmen und gemeinsam durchgeführte systematische Analysen, wie etwa das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) und Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs).

Die zentralen Grundsätze für die Zusammenarbeit bei der Gestaltung von Länderprogrammen und Konditionalität legen nach Auffassung der Direktoren eindeutig fest, welche der beiden Institutionen in be-

stimmten Politikbereichen die Führungsrolle einnimmt und sie sehen einen systematischen Informationsaustausch zwischen den beiden Institutionen vor. Die Direktoren hielten es gleichzeitig für entscheidend, dass jede Institution letztlich die Verantwortung für ihre eigenen Kreditentscheidungen behält.

Die Direktoren stellten fest, dass die Richtlinie über die *Operationalisierung der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF in den Bereichen Länderprogramme und Konditionalität* begonnen habe, eine positive Rolle bei der Verbesserung der Kooperation zu spielen, wobei sie allerdings darauf hinwiesen, dass im gegenwärtigen Stadium nur eine begrenzte Basis für die Beurteilung der Fortschritte vorliege.

Die Direktoren betonten, dass eine wirksame Zusammenarbeit mit der Weltbank entscheidend für den Erfolg der Anstrengungen zur Straffung und angemessenen Fokussierung der IWF-Konditionalität ist: Es sei notwendig sicherzustellen, dass wichtige Maßnahmen angemessen erfasst werden, wenn der IWF die Konditionalität außerhalb seiner Kernbereiche sparsamer anwendet. Gleichzeitig vertraten die Direktoren die Ansicht, dass strukturelle Maßnahmen, die nicht in die Kernbereiche des IWF fallen, aber entscheidend für die makroökonomische Stabilität sind, Teil der IWF-Konditionalität bleiben sollten.

Für einkommensschwache Länder, so die Direktoren, biete der PRSP-Prozess einen natürlichen Rahmen, um die Zusammenarbeit zwischen den Stäben der beiden Institutionen bei der Unterstützung der von den Ländern selbst durchgeführten Strategien zur Armutsbewältigung und zur Förderung nachhaltigen Wachstums sicherzustellen. In Bezug auf Länder mit mittlerem Einkommen ist die Zusammenarbeit unterschiedlicher und stützt sich auf einen weniger formalen Ansatz, der teilweise von den Gegebenheiten des Landes abhängt. Deshalb sind auch in diesen Fällen stärkere Bemühungen erforderlich, um ein wirksames Vorgehen sicherzustellen.

Mit Blick auf die Zukunft ermutigten die Direktoren die Stäbe beider Institutionen, vorbehaltlich einer weiteren Überprüfung spätestens Ende 2003, auf der Basis der Richtlinie und des im Fortschrittsbericht dargestellten Ansatzes fortzufahren. Sie betonten, dass die Ansichten der Länderbehörden bei einer Bewertung der Effektivität der Zusammenarbeit berücksichtigt werden müssen und schlugen vor, Kommentare von Gebern und einem weiteren Kreis von Stabsmitgliedern von IWF und Weltbank einzubeziehen.

Überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln

Im März 2003 schloss das Direktorium seine auf der Basis des Berichts des Unabhängigen Evaluierungsbüros (IEO) und der Schlussfolgerungen einer Stabs-Arbeitsgruppe (siehe Kasten 4.3) geführten Erörterungen zur überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln ab.

Kasten 4.2

Ein Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF

Im Juli 2001 diskutierten die Direktoren eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank in den Bereichen Länderprogramme und Konditionalität (siehe *Jahresbericht 2002*, S. 49) und billigten einen gestärkten Rahmen für die Kooperation zwischen den beiden Institutionen. Der Rahmen, dem auch das Exekutivdirektorium der Weltbank beipflichtete, basiert auf drei wesentlichen Prinzipien:

- Klarheit über die Zuständigkeiten,
- frühzeitige und wirksame Konsultation und
- Verantwortlichkeit jeder der beiden Institutionen für ihre eigene Finanzierung.

Zur Implementierung des neuen Rahmens gaben die Geschäftsleitungen beider Institutionen im Frühjahr 2002 eine Richtlinie über die *Operationalisierung der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF in den Bereichen Länderprogramme und Konditionalität* an ihre Stäbe heraus. Im weiteren Jahresverlauf erstellten die Stäbe beider Institutionen einen Fortschrittsbericht, der die im Rahmen der Richtlinie bei der Zusammenarbeit gemachten Erfahrungen untersucht.

Die Direktoren würdigten die Arbeit der Arbeitsgruppe als einen wichtigen Schritt in der Nachbereitung der offenen und umfassenden Analyse des IEO. Eine gründliche Umsetzung und Überprüfung der von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Maßnahmen und eine frühzeitige Beachtung künftiger IEO-Berichte seien entscheidend um sicherzustellen, dass die Arbeit des IEO einen bestmöglichen Beitrag dazu leistet, die Kultur des Zuhörens und Lernens innerhalb des IWF auszubauen.

In ihrer Diskussion im März bekräftigten die Direktoren weitgehend die Auffassungen, die sie während der im September 2002 erfolgten Direktoriums Aussprache über den IEO-Bericht hinsichtlich des Ausmaßes und der Art der Probleme, die durch die überlange Inanspruchnahme von Fondsmitteln verursacht werden, vertreten hatten. Die meisten Direktoren stimmten darin überein, dass ein längerfristiges finanzielles Engagement des Fonds unter bestimmten Umständen eine angemessene Reaktion sein kann, um Mitgliedsländern zu helfen, tief sitzende Probleme anzugehen, die naturgemäß viele Jahre zur Lösung benötigen. Diese Probleme sind besonders ausgeprägt in einkommensschwachen Ländern und Transformationsländern. Die Direktoren wiesen aber auch darauf hin, dass eine überlange Inanspruchnahme manchmal mit unzureichenden Fortschritten bei der Bewältigung zentraler Wirtschaftsprobleme eines Landes zusammenhängen kann und dass eine überlange Inanspruchnahme von Fondsmitteln und die damit zusammenhängenden Politikaufla-

Kasten 4.3

Evaluierung der überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) wurde im Juli 2001 vom Exekutivdirektorium des IWF eingerichtet, um objektive und unabhängige Prüfungen über Fragen mit Bezug auf den IWF durchzuführen. Es arbeitet unabhängig von der IWF-Geschäftsleitung und ist rechtlich unabhängig vom Exekutivdirektorium. Im September 2002 gab das IEO seinen ersten Evaluierungsbericht heraus, und zwar zur überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln.¹ Kurz darauf gab der Geschäftsführende Direktor eine Erklärung an das Exekutivdirektorium ab, in der er den IEO-Bericht begrüßte, vielen seiner Ergebnisse zustimmte und darauf hinwies, dass die Geschäftsleitung des IWF eine Stabs-Arbeitsgruppe einrichten werde, die Vorschläge unterbreiten werde, wie die im IEO-Bericht angesprochenen Probleme auf der Grundlage der Empfehlungen des IEO am besten gelöst werden können. Die Direktoren begrüßten sowohl den Bericht des IEO als auch den Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors. Das Direktorium diskutierte die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe nach Empfang des Dokuments ausführlich und schloss seine Aussprache im März 2003 ab.

¹ Der IEO-Bericht zur Evaluierung der überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln kann auf der Webseite des IWF eingesehen werden unter: <http://www.imf.org/external/np/ieo/2002/pu/index.htm>.

Die IWF-Finanzierung ist zur Unterstützung von Mitgliedern bei der Bewältigung zeitweiliger Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten vorgesehen. Insbesondere unter Bereitschafts- und erweiterten Kreditvereinbarungen zielen IWF-Programme darauf ab, eine tragfähige außenwirtschaftliche Position zu erreichen. Sobald dieses Ziel erreicht ist, sollte die finanzielle Unterstützung durch den IWF nicht länger notwendig sein. In einigen Fällen ist eine überlange Inanspruchnahme von Fondsmitteln ein Anzeichen dafür, dass dieses zentrale Ziel verfehlt wird. Dies kann Kosten für das Mitgliedsland verursachen, die Glaubwürdigkeit des Fonds schädigen und es für das Mitglied schwerer machen, seine externen Verpflichtungen (einschließlich der Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem IWF) zu erfüllen. Bei früheren Aussprachen über die überlange Inanspruchnahme von Fondsmitteln betonte das Exekutivdirektorium, wie wichtig es ist, zwischen den Ländern zu unterscheiden, die angemessene Fortschritte zum Erreichen ihrer Programmziele machen, und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist.

Der IEO-Bericht gelangte zu dem Schluss, dass die überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln ein erhebliches Ausmaß hat und mit mehreren Problemen in Verbindung gebracht werden kann. Dazu gehören:

- Risiken hinsichtlich des Umlaufcharakters der IWF-Mittel;
- die Möglichkeit, dass die überlange Inanspruchnahme das Ergebnis einer

unzureichenden Programmgestaltung und -umsetzung ist;

- eine ungerechtfertigte Einflussnahme auf die Entwicklung inländischer Politikmaßnahmen und Institutionen; sowie
- eine mögliche Verwischung der Rolle und des Mandats des IWF mit denjenigen anderer Entwicklungsinstitutionen, insbesondere der Arbeit der Weltbank.

Folgearbeiten

Die Folgearbeiten zum IEO-Bericht konzentrierten sich allgemein auf die Verbesserung der Aussichten auf eine erfolgreiche Umsetzung aller IWF-gestützten Programme durch Politikmaßnahmen und Verfahren, die eine bessere Programmgestaltung, eine starke Reformbereitschaft der Länder sowie die Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Ergebnisse fördern. Dies schloss auch Maßnahmen ein, die speziell auf Fälle überlanger Inanspruchnahme von Fondsmitteln ausgerichtet sind. Die Folgearbeiten zielten auch darauf ab sicherzustellen, dass Direktoriumsbeschlüsse über IWF-Finanzhilfe für das Anpassungsprogramm eines Mitglieds auf transparente Weise und mit einem klaren Verständnis der jeweiligen Risiken und Sachzwänge getroffen werden.

Die Arbeitsgruppe stützte sich in ihrer Arbeit nicht nur auf den IEO-Bericht, sondern auch auf Kommentare, die das IEO durch externe Kontakte, darunter Seminare in Berlin, Cambridge, London, Manila und Tokio, erhalten hatte.

gen in einigen Fällen die Entwicklung inländischer Institutionen behindern können.

Die finanziellen Auswirkungen überlanger Inanspruchnahme auf die allgemeinen IWF-Mittel und die PRGF-Ressourcen gaben ebenfalls Anlass zu Sorge. Die Direktoren billigten weitgehend eine Anzahl von Maßnahmen, die speziell auf Fälle von überlanger Inanspruchnahme abzielen und betonten dabei, dass die Aufmerksamkeit auch auf die Verbesserung der Aussichten auf eine erfolgreiche Umsetzung aller IWF-gestützten Programme gerichtet werden sollte. Dies werde erreicht durch Politikmaßnahmen und Verfahren, die eine bessere Programmgestaltung, eine starke Reformbereitschaft vor Ort und die Rechenschaftspflicht

hinsichtlich der Ergebnisse fördern. Die Direktoren unterstützten in diesem Zusammenhang außerdem die Empfehlung, dass Direktoriumsbeschlüsse über die Bereitstellung von IWF-Finanzhilfe in transparenter Weise auf der Basis offener Stabsbeurteilungen der jeweiligen Risiken und Sachzwänge getroffen werden sollten.

Die von der Arbeitsgruppe dargelegte Strategie erhielt die volle Unterstützung des Direktoriums. Es handelt sich dabei um Folgendes:

- die durchgreifende Umsetzung der IEO-Empfehlungen zur Verbesserung von Überwachung, Konditionalität und Programmgestaltung (einschließlich der Notwendigkeit eines größeren Realismus bei den Programmzielen und -annahmen);

- zusätzliche Maßnahmen zur Verschärfung der Überprüfungen in Fällen überlanger Inanspruchnahme (darunter systematischere Ex-post-Bewertungen) und zur Verbesserung der Information für die Entscheidungsfindung; sowie
- weitere intensive Auseinandersetzung mit den durch das IEO aufgeworfenen Fragen im Rahmen künftiger Aussprachen über die Überwachung, die Programmgestaltung und die Rolle des IWF in einkommensschwachen Ländern.

Hinsichtlich der Priorität, die das IEO und die Arbeitsgruppe einer effektiveren Überwachung beimaßen, vertraten die Direktoren die Auffassung, dass die sorgfältige Umsetzung der Ergebnisse der jüngsten Überprüfung der Überwachungstätigkeit (siehe Kapitel 2) entscheidend dafür ist, wirtschaftliche Schwächen aufzudecken und in den betroffenen Ländern die Unterstützung für eine solide Politik zu sichern. Nach Auffassung der Direktoren ist es entscheidend, dass der Stab Klarheit und Offenheit mit der Anerkennung der

sozialen und politischen Realitäten verbindet, die die Wirtschaftspolitik prägen, dass eine solide Beratung hinsichtlich der ökonomischen Ziele durch Diskussionen über alternative Wege zur Erreichung dieser Ziele ergänzt wird und dass weitere Kreise, einschließlich gesetzgebender Organe, stärker einbezogen werden.

Die Direktoren wiesen außerdem darauf hin, dass die Bindung einiger Formen von Geberhilfe an die Existenz eines IWF-gestützten Programms und die katalytische Rolle des IWF in Bezug auf private Finanzierungsquellen Druck auf Kreditentscheidungen des IWF ausüben können, die zur überlangen Inanspruchnahme beitragen. In diesem Zusammenhang bestätigten die Direktoren die Schlussfolgerungen ihrer jüngsten Diskussion über die Signalwirkung der IWF-Beurteilung der Politikmaßnahmen der Mitglieder (siehe Kapitel 2).

Die Direktoren betonten, dass es wichtig ist, die rechtzeitige Umsetzung der verschiedenen Elemente dieser Strategie im Rahmen der IWF-Überprüfung der Konditionalität systematisch zu überwachen.

Armutsbekämpfung in einkommensschwachen Ländern

Das zentrale Ziel der IWF-Tätigkeiten in einkommensschwachen Ländern ist die tief greifende und dauerhafte Reduzierung der Armut. Dies erfordert nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine auf die Bedürfnisse der Armen ausgerichtete Politik. Eine solche Politik ist am ehesten umsetzbar, wenn sie zum einen solide und auf die Bedürfnisse und die Verhältnisse der einzelnen Länder zugeschnitten ist und im Land Reformbereitschaft vorhanden ist und die Politik von starken Institutionen unterstützt wird und, zweitens, wenn die nationalen Anstrengungen durch ein günstiges weltwirtschaftliches Umfeld und internationale Hilfe unterstützt werden. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann internationale Hilfe sehr wirksam sein.

Diese „Zwei-Säulen“-Strategie wurde durch die internationale Gemeinschaft im Monterrey-Konsens beschlossen unterstützt und auf dem Gipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg¹ bestätigt. Die Strategie basiert auf der Notwendigkeit, dass die einkommensschwachen Länder Eigenverantwortung tragen und dazu entschlossen sind, eine solide Politik zu verfolgen und eine integre Regierungsführung zu sichern und sie betont, dass dies durch eine bessere und stärkere internationale Unterstützung ergänzt werden muss, d. h. durch höhere und wirksamere Hilfe, technische Unterstützung und ein günstiges internationales Umfeld, einschließlich eines besseren Marktzugangs für die Exporte von Entwicklungsländern und der schrittweisen Beseitigung handelsverzerrender Subventionen.

Der IWF ist entschlossen, die weltweite Armut zu bekämpfen. Das Engagement des IWF bei dieser entscheidenden Aufgabe liegt innerhalb seines Mandats, ist pragmatisch und wird geleitet von Kriterien der Wirksamkeit und Durchführbarkeit. Erstens müssen die Instrumente, Politiken und Verfahren, die der IWF zu dieser Anstrengung beiträgt, nicht nur mit seinem institutionellen Mandat vereinbar sein, sondern auch auf die speziellen Bedürfnisse der einkommensschwachen

Kasten 5.1 Was ist ein PRSP?

Die Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSPs) werden von einkommensschwachen Ländern im Rahmen eines partizipatorischen Prozesses unter Beteiligung inländischer Interessenvertreter sowie externer Entwicklungspartner erstellt und von IWF und Weltbank gebilligt. Sie werden periodisch (bis zu fünf Jahren) durch jährliche Fortschrittsberichte aktualisiert und beschreiben über einen dreijährigen oder längeren Horizont die makroökonomischen, strukturellen und sozialen Politikmaßnahmen und Programme, die das betreffende Land ergreift, um breit angelegtes Wachstum zu fördern und die Armut zu reduzieren, sowie den damit verbundenen externen Finanzierungsbedarf und die wichtigsten Finanzierungsquellen.

In der Erkenntnis, dass die Vorbereitung eines PRSP ein langwieriger Prozess ist, haben sich Weltbank und IWF darauf verständigt, konzessionäre Hilfen auf der Basis von Interims-PRSPs zu vergeben. Interims-PRSPs (I-PRSPs) fassen den jeweiligen Kenntnisstand und die Analyseergebnisse über die Armutssituation des Landes zusammen, beschreiben die bestehende Armutsbekämpfungsstrategie und zeigen das Verfahren zur Formulierung eines endgültigen, partizipatorisch erstellten PRSP auf.

Die Länderdokumente werden zusammen mit den begleitenden gemeinsamen Stabsbeurteilungen (Joint Staff Assessments – JSAs) im Einvernehmen mit dem Mitgliedsland auf den Webseiten des IWF und der Weltbank zur Verfügung gestellt. PRSPs und I-PRSPs sowie die im Zusammenhang des PRSP-Ansatzes relevanten Grundsatzdokumente können auf der Webseite des IWF eingesehen werden.

Länder ausgerichtet sein. Zweitens muss sich der IWF, um wirksam zu sein, auf die Kernbereiche seiner Verantwortung und Kompetenz konzentrieren, in denen er einen eindeutigen komparativen Vorteil hat. Dabei handelt es sich um die makroökonomische Politik und die sie unterstützenden Institutionen, die entscheidend sind für die Schaffung und Sicherung der für nachhaltiges Wachstum erforderlichen Bedingungen; die Förderung gesunder Finanzsektoren; die Entwicklung von Finanzmärkten und des Privatsektors sowie die Stabilität des internationalen Finanzsystems. Hinsichtlich seines Engagements im Bereich der Armutsbekämpfung muss der IWF außerdem seine voraussichtlichen Beiträ-

¹Die Konferenz über Entwicklungsfinanzierung wurde im März 2002 in Monterrey, Mexiko, abgehalten. Der Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung fand Ende August 2002 in Johannesburg, Südafrika, statt.

Kasten 5.2

Die GUS-7-Initiative

Die Initiative zugunsten von 7 GUS-Ländern wurde auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank im April 2002 im Anschluss an ein Seminar, das im Februar 2002 in London stattfand, ins Leben gerufen. Die Initiative, die von IWF, Weltbank, Asiatischer Entwicklungsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützt wird, versucht die Aufmerksamkeit auf die Notlage der sieben einkommensschwachen Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu lenken. Es handelt sich um Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Kirgisische Republik, Moldau, Tadschikistan und Usbekistan. Im Geschäftsjahr 2003 wurden zwei internationale Konferenzen veranstaltet und im April 2003 führten die Förderer der Initiative eine gemeinsame Fortschrittsbeurteilung durch.

Drittes Forum über Armutsbekämpfungsstrategien für die GUS-7-Länder

Das Dritte Forum über Armutsbekämpfungsstrategien für die GUS-7-Länder wurde im Dezember 2002 in Almaty, Kasachstan, abgehalten. Das Forum wurde von der Weltbank, dem IWF und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen veranstaltet und erhielt finanzielle Unterstützung von der schweizerischen Regierung. Zu den Vertretern der Gebergemeinschaft gehörten außerdem die Asiatische Ent-

wicklungsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development – EBRD), die Europäische Union (EU), die Internationale Arbeitsorganisation, die Islamische Entwicklungsbank, Deutschland, Frankreich, Japan, Schweden, die Schweiz, die Türkei, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.

Die Forumsteilnehmer tauschten Erfahrungen über die Gestaltung und Umsetzung von Armutsbekämpfungsstrategien aus. Da die meisten dieser Länder ihre Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSPs) fast abgeschlossen oder bereits fertig gestellt hatten, konnten sich die Teilnehmer – insbesondere die PRSP-Teams – auf die Herausforderungen konzentrieren, denen sie bei Beginn der Umsetzung dieser Strategien gegenüberstehen. In dem Forum wurde vor allem Folgendes erörtert:

- *Strategien für gerechtes Wachstum* – das Investitionsklima, Handel als Motor für Wachstum und Armutsbekämpfung, Strategien für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie Politikmaßnahmen zur Förderung der sozialen Integration.
- *Verbesserungen bei der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung von PRSPs* – Einsatz von Analysen der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen zur Überprüfung der Armutsentwicklung, Verbindung zwi-

schen PRSPs und Haushalt sowie Koordinierung der Geber zur Unterstützung der PRSP-Umsetzung.

- *Institutionalisierung des PRSP zur Verbesserung der Regierungsführung und der Rechenschaftspflicht* – die Rollen und Verantwortungsbereiche verschiedener Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft: Gemeinschaftsgruppen, Parlament, Kommunalregierungen und Medien.

Eine zentrale Forderung des Forums war sicherzustellen, dass das PRSP voll in die normale Regierungsarbeit, einschließlich der Budgetvorbereitung, integriert wird. Dafür sei ein dauerhafter Kapazitätsaufbau erforderlich, um die Analyse der sozialen Auswirkungen der Politikmaßnahmen sowie die Gestaltung und Überwachung der Politikmaßnahmen zu verbessern. Ein besonderes Anliegen einiger Länder war es sicherzustellen, dass benachteiligte Gruppen – Kinder, Behinderte, Frauen, Vertriebene und Wanderarbeiter – am Wirtschaftswachstum teilhaben.

Konferenz in Luzern über die GUS-7-Initiative

Auf dem Treffen im Januar 2003 in Luzern, Schweiz, betonten Vertreter von Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft aus den betroffenen sieben GUS-Ländern, von multilateralen Organisationen, aus Geberländern, aus der Wissenschaft und von internationa-

ge klar definieren und seine Rolle von der anderer Entwicklungspartner abgrenzen, insbesondere gegenüber der Weltbank, die bei der Armutsbekämpfung die Führungsrolle einnimmt. Das Exekutivdirektorium erörterte während des Geschäftsjahres einige Aspekte der IWF-Unterstützung für einkommensschwache Länder – der Gegenstand dieses Kapitels – und wird dieses Arbeitsprogramm im Geschäftsjahr 2004 vertiefen.

Als Teil der zweiten Säule der Armutsbekämpfungsstrategie unterstützt der IWF seine ärmsten Mitglieder in mehreren wichtigen Bereichen:

- Er hilft ihnen, wirtschaftliche Anpassungs- und Reformprogramme zu entwickeln und zu implementieren mit dem Ziel, ein nachhaltiges Wachstum zu beschleunigen. Der Beitrag des IWF zu diesen Programmen liegt in den Kernbereichen seiner Expertise, erfolgt im Rahmen der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSP) (siehe Kasten 5.1) und

wird in vielen Fällen durch konzessionäre Kredite der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) unterstützt. In den vergangenen Jahren hat der IWF auch durch seine Aktivitäten im Rahmen der technischen Hilfe einen Beitrag geleistet. Dazu gehören die Aktivitäten der regionalen Zentren für technische Hilfe, die im pazifischen und karibischen Raum sowie in Afrika Ausbildung in den Bereichen Fiskal-, Finanz- und Geldpolitik, Statistik und Aufbau von Institutionen bieten (siehe Kapitel 6). Darüber hinaus fördert der IWF die gezielten Anstrengungen zur Unterstützung der sieben ärmsten Länder der ehemaligen Sowjetunion – die GUS-7-Initiative (Kasten 5.2);

- er hilft den hochverschuldeten armen Ländern (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC), die Last nicht tragfähiger Schulden durch die erweiterte HIPC-Initiative zu bewältigen;

len Nichtregierungs-Organisationen als wichtige Faktoren die Koordination zwischen den Gebern, eine integrale Regierungsführung und Reformbereitschaft der betroffenen Länder, Kapazitätsaufbau und regionale Kooperation. Die Konferenz erweiterte und vertiefte die Debatte und erfasste eine Reihe von wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Fragen, die angegangen werden müssen, wenn die sieben Länder den Übergangsprozess abschließen und eine nachhaltige Armutsverringerung sicherstellen wollen.

Obgleich die Konferenzteilnehmer auf den langen Weg verwiesen, der noch vor den GUS-7-Ländern liegt, bis sie eine voll entwickelte Marktwirtschaft erreicht und den Lebensstandard ihrer Bevölkerung verbessert haben, zeigten sich die Länderdelegationen weitgehend optimistisch hinsichtlich der Zukunftsaussichten. Der Wachstumsanstieg während der letzten Jahre hat in der Tat trotz Schwächen in der Weltwirtschaft zu einer Armutsreduzierung geführt. Dies lässt darauf schließen, dass diese Länder auf dem richtigen Weg sind.

Auf der Konferenz in Luzern herrschte Konsens, dass weitere konzertierte Aktionen erforderlich sind, um die Koordination zwischen den Gebern und die finanzielle Unterstützung – gegebenenfalls unter Einschluss von Schuldenerleichterung – für Länder mit angemessener Politik zu verbessern.

Fortschrittsbeurteilung

Die im Rahmen der GUS-7-Initiative erzielten Fortschritte wurden in einem im April 2003 erstellten Bericht überprüft, der gemeinsam von der Abteilung Europa II des IWF, der Abteilung Europa und Zentralasien der Weltbank, der Bankenabteilung und dem Büro des Chefvolkswirts der EBRD und der Regionalabteilung Ost- und Zentralasien der Asiatischen Entwicklungsbank erstellt wurde.

Die Förderer der Initiative vertraten die Auffassung, dass die Ergebnisse des ersten Jahres viel versprechend seien. Die meisten der Länder machten bedeutende Fortschritte bei der Gestaltung und Durchführung der Programme im Rahmen des PRGF/PRSP-Prozesses, und dieser Prozess schaffe einen nützlichen Rahmen für die Koordination der Geberhilfe. Die Schuldenindikatoren haben sich in den meisten dieser Länder durch eine Kombination aus guter makroökonomischer Entwicklung und Schuldenerleichterung verbessert. Bei der Bewältigung der Schuldenprobleme würden ebenfalls Fortschritte erzielt, wenn auch langsamer als von einigen Teilnehmern erhofft worden sei. Die Umschuldungen des Pariser Clubs für Georgien und die Kirgisische Republik sicherten diesen Ländern beträchtliche Cash-flow-Hilfen. Bilaterale Umschuldungen – vor allem die Vereinbarungen zwischen Russland und Armenien sowie

die von Kasachstan, Russland und Usbekistan mit Tadschikistan unterzeichneten Abkommen – verschafften ebenfalls wesentliche Erleichterungen. Die Lage der öffentlichen Finanzen habe sich in der Region generell verbessert, die Schuldenlast bleibe jedoch in einigen Ländern hoch.

Der Bericht wies darauf hin, dass das Verständnis für Handelsfragen in den GUS-7-Ländern größer werde, dass es jedoch kaum konkrete Ergebnisse in diesem Bereich gebe. Die Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit, zur Förderung anstatt zur Behinderung des Transithandels ist der Schlüssel zur Erschließung des Wachstumspotentials der Länder. Der Zugang zu den Märkten der EU und anderer Industrieländer bleibt ein dringendes Problem.

Abschließend wird festgestellt, dass die GUS-7-Länder in den nächsten Jahren zwar weiterhin viele gemeinsame Probleme teilen werden, dass die Unterschiede in den Politikmaßnahmen und der Leistungskraft jedoch größer werden. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass überprüft werden sollte, ob es weiterhin sinnvoll ist, alle sieben Länder in der gleichen Initiative zu erfassen. Das nächste Treffen der GUS-7, der Geberregierungen und der die Initiative fördernden internationalen Finanzinstitutionen ist für das Frühjahr 2004 angesetzt.

- er setzt sich ein für einen besseren Marktzugang für die Exporte der Entwicklungsländer und den Abbau handelsverzerrender Subventionen und
- er unterstützt die Forderungen nach verstärkten und gezielteren Hilfen der internationalen Gemeinschaft und der Einführung eines Systems zur Überwachung der für die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) ergriffenen Maßnahmen.

Zu den weiteren Initiativen gehört die Zusammenarbeit mit der Weltbank bei Finanzsektorfragen in den Bereichen Mikro-Finanzierung, Kredite für kleine und mittlere Unternehmen, langfristige Finanzierungen, Aktienmärkte und Zugang zu internationalen Kapitalmärkten, insbesondere ausländischen Direktinvestitionen. Um die Entwicklung des Privatsektors zu fördern, richten die Weltbank und der IWF im Rahmen eines Pilotprojekts Investitionsräte ein. Bisher wurden solche Räte in Ghana, Tansania und dem Senegal eingeführt.

Abstimmung zwischen PRGF-gestützten Programmen und dem PRSP-Ansatz

Der PRSP-Ansatz wird von den einkommensschwachen Ländern und der Gebergemeinschaft weitgehend als ein wirksames Mittel akzeptiert, um breit angelegte Beiträge und Reformbereitschaft für die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien zu mobilisieren. Das PRSP ist jedoch noch ein vergleichsweise neues Instrument, dessen Inhalte und Verfahren auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen sowie der Bedürfnisse und Kapazitäten der einzelnen Länder weiter entwickelt werden. Im Anschluss an die Empfehlungen, die das Direktorium in seiner Überprüfung der PRSPs und der im Rahmen der PRGF im Geschäftsjahr 2002 vergebenen Kredite ausgesprochen hat (siehe *Jahresbericht 2002*, Kapitel 5), wird in den Länderprogrammen die Aufmerksamkeit verstärkt darauf gelenkt, ein Umfeld

Kasten 5.3

Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank bei Fragen hinsichtlich der öffentlichen Ausgaben

Im Anschluss an die Monterrey-Konferenz im Jahre 2002 kündigte der Entwicklungsausschuss von Weltbank und IWF erweiterte und intensivere Anstrengungen an, Ländern bei der Mobilisierung inländischer Ressourcen und der Verbesserung der Qualität der öffentlichen Ausgaben zu helfen. Im März 2003 erörterte das Exekutivdirektorium des IWF ein gemeinsames Stabspapier von IWF und Weltbank über die Zusammenarbeit der beiden Institutionen bei Fragen hinsichtlich der öffentlichen Ausgaben.

Die Direktoren hoben hervor, dass jedes Land zwar die Hauptverantwortung für die eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung trage, dass der IWF und die Weltbank jedoch auf der Grundlage ihres jeweiligen Mandats eine wichtige Rolle dabei spielten, die Länder in ihren Strategien zur Reform der öffentlichen Ausgaben zu unterstützen. Obwohl die Arbeit der beiden Institutionen im Bereich der öffentlichen Ausgaben einen unterschiedlichen Ansatz aufweist, der die unterschiedlichen Mandate und Zeithorizonte widerspiegelt, zeigt die Erfahrung, dass diese Ansätze sich besser ergänzen,

wenn die Regierungen klare Reformvorstellungen haben. Gleichzeitig betonten die Direktoren, dass diese Vision durch eine enge Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank unterstützt werden müsse, um sicherzustellen, dass die gewährte Hilfe und die wirtschaftspolitische Beratung in sich schlüssig sind und sich gegenseitig ergänzen. Die Direktoren unterstrichen, wie wichtig es ist Verfahren zu entwickeln, die eine Regierung und ihre Entwicklungspartner dazu befähigen, ein vereinbartes Reformprogramm und gemeinsame Vorstellungen über die zeitliche Abfolge der Reformen zu formulieren.

Obwohl eine Umfrage unter den betroffenen Gruppen ergeben hatte, dass die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF als angemessen und wirksam eingestuft wird, sahen die Direktoren weiteren Raum für Verbesserungen. Sie unterstrichen insbesondere die Notwendigkeit, die Stabsmissionen besser zu planen, um die Belastung der Länderbehörden zu verringern, die unterschiedlichen Zeithorizonte der Arbeit von IWF und Weltbank im Bereich der öffentlichen Ausgaben besser zu koordinieren und die Zusammenarbeit

mit den Gebern bei Reformstrategien der Länder zu stärken.

Die Direktoren billigten einen neuen Rahmen für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungspartnern. Der Rahmen stützt sich auf eine große Reformbereitschaft der Länder und legt den Schwerpunkt auf:

- die Ausarbeitung von Strategien zur Reform der öffentlichen Ausgaben durch die Regierungen in PRSPs oder anderen in der Verantwortung der Länder stehenden Dokumenten;
- ein integriertes und gut abgestuftes Programm technischer und finanzieller Hilfe der Entwicklungspartner (einschließlich Diagnosearbeiten), um die Strategien der Länder zur Reform der öffentlichen Ausgaben zu unterstützen; sowie
- periodische Berichte der Länder über ihre Leistung in den Bereichen öffentliche Ausgabenpolitik, Finanzverwaltung und Beschaffungswesen.

Die Direktoren wiesen jedoch darauf hin, dass auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank keinen wesentlichen Fortschritt bei der Ausgabenreform sicherstelle, wenn das Engagement der Regierungen unzureichend sei.

zu schaffen, das für Investitionen und Wachstum günstig ist. Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, die Analyse der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen systematischer in die Formulierung der Armutsbekämpfungsstrategien und die PRGF-Kreditvergabe einzubringen und die Verwaltung öffentlicher Ausgaben, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Weltbank, zu verbessern (siehe Kasten 5.3).

Die Überprüfungen von PRSP und PRGF konzentrierten sich auch auf die Spannungen zwischen den ehrgeizigen in den PRSP festgelegten Zielen und der Notwendigkeit eines realistischen Rahmens für die nationalen Haushalte und die PRGF-unterstützten Programme. Das Direktorium erörterte im April 2003 wichtige neue Schritte, die dazu beitragen sollen, den PRSP-Ansatz und die PRGF-unterstützten Programme besser aufeinander abzustimmen. Diese umfassen:

- Anstrengungen zur Einbeziehung realistischerer Projektionen und Annahmen;
- Straffung der Dokumentation der PRGF-Kreditprogramme, um klar aufzuzeigen, wie die PRGF die Ziele des PRSP-Plans unterstützt, darzulegen, wie die Entscheidungen über die Politikmaßnahmen ge-

troffen wurden, und den Umfang der Berichterstattung zu reduzieren; sowie

- größere Kohärenz zwischen den PRSP-Plänen und dem Haushaltsverfahren in den einkommensschwachen Ländern sowie engere zeitliche Abstimmung der Zyklen der PRGF-unterstützten Programme mit denen der PRSPs und der nationalen Haushalte.

Die Harmonisierung der Geberverfahren mit den Haushalts- und PRSP-Verfahren spielt eine entscheidende Rolle für den Erfolg dieser Anstrengungen. Was die Zukunft anbelangt, so wird der Stab seine Analysearbeit in mit diesen Fragen zusammenhängenden Bereichen vertiefen, einschließlich der Verbindungen zwischen makroökonomischen Maßnahmen und Strukturpolitik einerseits und Wachstum in einkommensschwachen Ländern andererseits. Eine gemeinsame IWF-Weltbank-Forschungskonferenz über diesen Problemzusammenhang ist in der ersten Hälfte des Jahres 2004 geplant.

Schuldentragfähigkeit in hochverschuldeten armen Ländern

Durch die HIPC-Initiative unterstützen der IWF und die Weltbank hochverschuldete einkommensschwache

Kasten 5.4

Funktionsweise der HIPC-Initiative

Um sich für die HIPC-Initiative zu qualifizieren, muss ein Land eine solide Wirtschaftspolitik verfolgen, die durch IWF und Weltbank unterstützt wird. Es muss gute Anpassungserfolge nachweisen (normalerweise über einen Dreijahreszeitraum) und ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung oder ein Interims-PRSP erstellen. Diese Bemühungen werden durch konzessionäre Hilfen aller relevanten Geber und Institutionen sowie durch traditionelle Schuldenerleichterungen bilateraler Gläubiger, einschließlich des Pariser Clubs, ergänzt.

In dieser Phase wird die externe Verschuldungssituation des Landes eingehend analysiert. Es qualifiziert sich für HIPC-Entschuldung, wenn seine Auslandsschuldenquote nach voller Anwendung traditioneller Schuldenerleichterung mehr als 150 % der

Relation zwischen dem Nettogegenwartswert (NGW) der Schulden und den Exporten beträgt (oder bei kleinen offenen Volkswirtschaften mehr als 250 % der öffentlichen Einnahmen). Am *Entscheidungszeitpunkt* treffen der IWF und die Weltbank die formelle Entscheidung über die Zugangsberechtigung des Landes und die internationale Gemeinschaft sagt eine Reduzierung der Schulden des Landes auf eine tragfähige Höhe zu. Ein Land erreicht den *Abschlusszeitpunkt*, wenn es die am Entscheidungszeitpunkt gesetzten Ziele erfüllt hat. Es erhält dann den Restbetrag der zugesagten Schuldenerleichterung. Dies bedeutet für die Gläubiger, dass von ihnen erwartet wird, den Nettogegenwartswert ihrer Ansprüche gegenüber dem Land auf die vereinbarte tragfähige Höhe zu reduzieren.

Wenn sich ein Land für die HIPC-Initiative qualifiziert hat, muss es mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft weiterhin gute Anpassungserfolge erzielen, die entscheidenden Strukturreformen zufriedenstellend umsetzen, makroökonomische Stabilität sichern und eine Armutsbekämpfungsstrategie annehmen und durchführen. Die bilateralen Gläubiger des Pariser Clubs schulden fällig werdende Verpflichtungen mit einer 90-prozentigen Reduzierung des Nettogegenwartswertes um und von den anderen bilateralen und kommerziellen Gläubigern wird das Gleiche erwartet. Der IWF und die Weltbank sowie einige andere multilaterale Gläubiger können Interims-Entschuldung zwischen dem Entscheidungs- und dem Abschlusszeitpunkt gewähren.

Länder bei dem Vorhaben, sich innerhalb eines wirtschaftspolitischen Rahmens, der zu einer langfristigen Schuldentragfähigkeit beitragen kann, für Schuldenerleichterung zu qualifizieren (Kasten 5.4). Darüber hinaus helfen der IWF und die Weltbank diesen Ländern bei Problemen, die sich aus einer unvollständigen Beteiligung der Gläubiger, Schuldenerleichterungen zwischen HIPC-Ländern (d. h. Entschuldung bei Forderungen eines hochverschuldeten armen Landes gegenüber einem anderen) und Klagen von Gläubigern ergeben.

Die HIPC-Initiative hat bisher zusammen mit traditionellen und anderen Entschuldungsinitiativen für 26 Länder zu einer Senkung des Nettogegenwartswerts der Schulden von etwa 40 Mrd. \$ geführt, was etwa zwei Drittel der ausstehenden Auslandsschulden dieser Länder ausmacht. Die IWF-Zusagen für HIPC-Unterstützung belaufen sich auf 1,6 Mrd. SZR. Dies entspricht etwa 2,1 Mrd. \$ zum SZR/Dollar-Wechselkurs Ende April 2003 (siehe Tabelle 5.1). Die bis heute gewährte Entschuldung hat diesen Ländern geholfen, die jährlichen Sozialausgaben (siehe Kasten 5.5 und 5.6) von durchschnittlich etwa 6 % des BIP im Jahr 1999 auf etwa 8,5 % im Jahr 2002 zu erhöhen, mehr als das Dreifache des Schuldendienstes.

- Ende April 2003 hatten acht Länder ihren Abschlusszeitpunkt unter der erweiterten HIPC-Initiative erreicht und eine Verringerung des Schuldenstandes erhalten. (Die gesamte in Aussicht gestellte Schuldenerleichterung wurde diesen Ländern noch nicht gewährt.)

- Weitere 18 Länder haben ihren Entscheidungszeitpunkt überschritten und erhalten eine vorgezogene Teilentlastung auf Cash-flow-Basis. Bei einigen dieser Länder kam es wegen der für die Vorbereitung qualitativ hochwertiger PRSP-Pläne benötigten Zeit, Programmunterbrechungen und langsamer als erwarteter Implementierung anderer Voraussetzungen zu Verzögerungen beim Erreichen des Abschlusszeitpunktes.
- Wie erwartet ist es schwierig, die verbleibenden 12 Länder der HIPC-Initiative an ihren Entscheidungszeitpunkt zu führen, insbesondere da die meisten von ihnen unter den Auswirkungen bewaffneter Konflikte zu leiden haben.

Die Schuldenindikatoren einiger Länder haben sich wegen des schwächeren weltwirtschaftlichen Umfeldes verschlechtert. Die HIPC-Initiative ist ausreichend flexibel, um am Abschlusszeitpunkt zusätzliche Schuldenerleichterung zu gewähren, wenn ein Land wegen außergewöhnlicher externer Schocks eine grundlegende Veränderung seiner wirtschaftlichen Lage erlitten hat. (Auf Anfrage der Exekutivdirektoren von Weltbank und IWF hat der IWF-Stab Kosten-Nutzen-Analysen der verschiedenen Berechnungen zu einer am Abschlusszeitpunkt gewährten „Aufstockung“ der HIPC-Entschuldung vorgenommen.) Die Volkswirtschaften vieler HIPCs werden jedoch weiterhin anfällig gegenüber inländischen und externen Schocks bleiben. Zusätzlich zur HIPC-Schuldenerleichterung sind eine vernünftige Wirtschaftspolitik, gute Regierungsführung und ein besonnenes

Tabelle 5.1
Stand der Zusagen im Rahmen der HIPC-Initiative (30. April 2003)
(Millionen SZR; für Definitionen siehe unten)

Mitglied	Entscheidungspunkt	Abschlusspunkt	Zugesagter Betrag	Ausgezahlter Betrag ¹
Äthiopien	Nov. 2001	Gleitend	26,9	8,2
Benin	Jul. 2000	Mär. 2003	18,4	20,1
Bolivien	Sep. 1997 ²	Sep. 1998	21,2	21,2
Bolivien	Feb. 2000	Jun. 2001	41,1	44,2
Burkina Faso	Sep. 1997 ²	Jul. 2000	16,3	16,3
Burkina Faso	Jul. 2000	Apr. 2002	27,7 ³	18,1
Côte d'Ivoire	Mär. 1998 ²	–	16,7 ⁴	–
Gambia	Dez. 2000	Gleitend	1,8	0,1
Ghana	Feb. 2002	Gleitend	90,1	9,9
Guinea	Dez. 2000	Gleitend	24,2	5,2
Guinea-Bissau	Dez. 2000	Gleitend	9,2	0,5
Guyana	Dez. 1997 ²	Mai 1999	25,6	25,6
Guyana	Nov. 2000	Gleitend	30,7	10,3
Honduras	Jun. 2000	Gleitend	22,7	4,5
Kamerun	Okt. 2000	Gleitend	28,5	2,5
Madagaskar	Dez. 2000	Gleitend	16,6	5,0
Malawi	Dez. 2000	Gleitend	23,1	2,3
Mali	Sep. 1998 ²	Sep. 2000	10,8	10,8
Mali	Sep. 2000	Feb. 2003	34,7	38,5
Mauretanien	Feb. 2000	Jun. 2002	34,8	38,4
Mosambik	Apr. 1998 ²	Jun. 1999	93,2	93,2
Mosambik	Apr. 2000	Sep. 2001	13,7	14,8
Nicaragua	Dez. 2000	Gleitend	63,0	1,9
Niger	Dez. 2000	Gleitend	21,6	3,3
Ruanda	Dez. 2000	Gleitend	33,8	10,0
Sambia	Dez. 2000	Gleitend	468,8	351,6
São Tomé und Príncipe	Dez. 2000	Gleitend	–	–
Senegal	Jun. 2000	Gleitend	33,8	8,2
Sierra Leone	Mär. 2002	Gleitend	98,5	47,3
Tansania	Mär. 2000	Nov. 2001	89,0	96,4
Tschad	Mai 2001	Gleitend	14,3	4,3
Uganda	Apr. 1997 ²	Apr. 1998	51,5	51,5
Uganda	Feb. 2000	Mai 2000	68,1	70,2
27 Mitglieder, von denen 26 Mitglieder Zusagen im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative erhalten haben			1 570,3	1 034,3

Definitionen: **Entscheidungspunkt:** Zeitpunkt, an dem der IWF entscheidet, ob sich ein Mitglied für Hilfe im Rahmen der HIPC-Initiative qualifiziert (normalerweise nach Ablauf einer dreijährigen Bewährungsperiode), und an dem er den Betrag der zugesagten Hilfe festlegt. **Abschlusspunkt:** Zeitpunkt, an dem das Land den Hauptbetrag der ihm unter der HIPC-Initiative zustehenden Hilfe ohne weitere Auflagen erhält. Im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative hängt der Zeitpunkt des Abschlusspunktes von der Umsetzung vorher festgelegter Strukturreformen ab (gleitender Abschlusszeitpunkt).

Zugesagter Betrag: Betrag der durch den IWF zu leistenden HIPC-Hilfe, der am Entscheidungspunkt in Konsultation mit der Weltbank festgelegt wird.

Ausgezahlter Betrag: Mittel, die dem Mitglied ausgezahlt werden, um ihm zu helfen, den Schuldendienst an den IWF zu leisten. Die Auszahlungen hängen normalerweise von ausreichenden Finanzierungszusagen anderer Gläubiger ab.

¹Einschließlich Zinsen auf die zugesagten Beträge.

²Entscheidungspunkt der ursprünglichen HIPC-Initiative.

³Einschließlich Zusage zusätzlicher Hilfe im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative in Höhe von 10,93 Millionen SZR vorbehaltlich ausreichender Finanzierungszusagen anderer Gläubiger.

⁴Entspricht dem zum Wechselkurs des Entscheidungszeitpunktes (17. März 1998) zugesagten Betrag von 22,5 Mio. \$.

Schuldenmanagement sowie ausreichend konzessionäre Bedingungen für alle Neufinanzierungen erforderlich, um einen tragfähigen Schuldenstand zu erreichen und zu sichern. Der IWF gewährt technische Hilfe in diesem Bereich (fast 17 Personenjahre an HIPC-bezogener Arbeit vor Ort im Geschäftsjahr 2003); siehe Kapitel 6. Für weitere Informationen über den eigenen Finanzbeitrag des IWF und die bilateralen Beiträge von 94

Ländern siehe den Abschnitt „Finanzierung der HIPC-Initiative und der PRGF-Subventionen“ in Kapitel 8.

Zusätzlich zur HIPC-Initiative entwickelt der IWF-Stab einen analytischen Rahmen für die Bewertung der Schulden Tragfähigkeit in einkommensschwachen Ländern, um die neuen Verfahren, die während des Geschäftsjahres für andere IWF-Mitglieder eingeführt wurden, zu ergänzen (siehe Kapitel 2). In diesem Zu-

Kasten 5.5

Soziale Aspekte der IWF-Finanzierung

Bei der Durchführung seines Mandats zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik, eines ausgewogenen Wachstums des Welthandels und eines stabilen Wechselkurssystems trägt der IWF zu einer dauerhaften wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung bei. Der IWF ist sich der Tatsache bewusst, dass ein erfolgreiches makroökonomisches Programm Politikmaßnahmen einschließen muss, die Armut und soziale Belange direkt angehen. Es gibt zwei Gründe für die Beachtung sozialpolitischer Fragen: die Erkenntnis, dass die Reformbereitschaft der Länder für den Erfolg der Programme erforderlich ist und die Einsicht, dass Gesundheit und Bildung zu Wachstum und Armutsbekämpfung beitragen und davon profitieren.

Der IWF ist entschlossen, eine Analyse der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen in die Programme aufzunehmen, die durch PRGF-Kredite unterstützt werden. Der Zweck dieser Analysen liegt darin, die Auswirkungen zentraler Politikmaßnahmen auf das Wohlergehen verschiedener sozialer Gruppen, insbesondere der Schwachen und Armen, zu beurteilen.

Wenn eine Analyse anzeigt, dass eine bestimmte Maßnahme (beispielsweise eine Währungsabwertung) den Armen schaden könnte, wird die Auswirkung durch die Wahl oder die zeitliche Abfolge der Politikmaßnahmen, die Entwicklung von Gegenmaßnahmen oder soziale Sicherheitsnetze gemildert. Die in IWF-gestützte Programme integrierten Sicherheitsnetze umfassen Folgendes:

- Subventionen oder Barentschädigungen für besonders anfällige Gruppen;

- verbesserte Verteilung von Gütern des Grundbedarfs wie etwa Arzneimittel;
- vorübergehende Preiskontrollen für einige Güter des Grundbedarfs;
- Abfindungszahlungen und Umschulungen für Angestellte des öffentlichen Dienstes, die ihre Stelle verloren haben; sowie
- öffentliche Beschäftigungsprogramme.

Bei der Umsetzung dieser Aspekte arbeitet der IWF intensiv mit anderen Institutionen zusammen, darunter regionale Entwicklungsbanken, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Internationale Arbeitsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation und insbesondere, wie bereits erwähnt, die Weltbank. Unter Einbeziehung der Expertise dieser Institutionen berät der IWF die Länder, wie soziale und sektorale Programme zur Armutsbekämpfung mit einem wachstumsorientierten makroökonomischen Rahmen in Einklang gebracht werden können und wie die internen und externen Finanzmittel aufgebracht werden können. Er tut dies, indem er unproduktive Ausgaben identifiziert, die reduziert werden sollten, um mehr Geld für die gesundheitliche Grundversorgung und die Grundausbildung bereitzustellen. Gleichzeitig stellt er wesentliche Bereiche der öffentlichen Ausgaben heraus, die beibehalten oder erhöht werden sollten. Durch Politikdiskussionen und technische Unterstützung leistet der IWF außerdem einen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz in der Entscheidungsfindung der Regierungen sowie ihrer Fähigkeit, armutsreduzierende Ausgaben und soziale Entwicklungen zu überwachen.

sammenhang wird der Stab mit der Weltbank und interessierten Partner-Behörden zusammenarbeiten, um einen Konsens zu finden, wie Bedenken hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit in der Gestaltung der Finanzierungsstrategien und der IWF-unterstützten Programme dieser Länder berücksichtigt werden sollten. Dies schließt Entscheidungen über Kreditgrenzen und die Angemessenheit von Kreditfinanzierung im Vergleich zu Schenkungen ein.

Handel und Marktzugang

Ein wesentliches Element im Kampf gegen die weltweite Armut sind größere Anstrengungen um den Entwicklungsländern einen besseren Marktzugang für ihre Exporte zu sichern und handelsverzerrende Subventionen abzubauen. Obwohl Maßnahmen der Industrieländer in dieser Hinsicht besonders wichtig sind, profitieren die Entwicklungsländer auch von einem Abbau ihrer eigenen Handelschranken. Die Arbeit des IWF im Bereich der Handelsfragen erfasste während des Geschäftsjahres Folgendes: eine Direktoriumsaussprache über einen Fortschrittsbericht zur Doha-Agenda (siehe Kasten 5.7), eine Überprüfung der Beratung zur Handelspolitik, die der IWF im Verlauf des Restjahres 2003

durchführen wird, eine stärkere Fokussierung auf Marktzugangsprobleme von Entwicklungsländern bei der IWF-Überwachung und eine vollständigere Einbeziehung von Fragen der Handelspolitik in PRSPs. Im Rahmen der zuletzt genannten Maßnahme plant der IWF gemeinsam mit der Weltbank und dem Integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe an die am wenigsten entwickelten Länder die Durchführung von PRSP-Ausbildungsveranstaltungen.

Der IWF arbeitet auch mit der Welthandelsorganisation (WTO) zusammen, um die Kohärenz der Arbeit zu verbessern, und hat sich dazu bereit erklärt, an der Entwicklung von Vorschlägen für eine landwirtschaftliche Handelsagenda für Afrika² mitzuarbeiten. Darüber

²Der französische Präsident Jaques Chirac (auch Präsident der G-8) unterbreitete auf der 22. Konferenz der Staatsoberhäupter Frankreichs und Afrikas am 21. Februar 2003 Vorschläge für eine solche Agenda. Sie umfassten die Harmonisierung der Handelspräferenzen der G-8 für das südlich der Sahara gelegene Afrika, die Feststellung, dass die Subventionen der OECD für Agrarexporte die lokale Produktion nicht beeinträchtigen dürfen und die Reduzierung der Anfälligkeit der ärmsten Erzeuger für Preisschwankungen bei Rohstoffen. Der IWF wurde ersucht, an einer G8-Arbeitsgruppe zum letzteren Punkt teilzunehmen.

Kasten 5.6

Schuldenerleichterung für Ghana im Rahmen der HIPC-Initiative

Die Bürger von Ghana können selbst beurteilen, wie ihr Land von der Teilnahme an der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) profitiert, weil die Behörden einige der Ergebnisse von Ghanas Beteiligung an der HIPC-Initiative öffentlich ausschildern (siehe Foto im Kapitel Höhepunkte, Seite iii). Bei Beginn der Bauprojekte, die durch die HIPC-Entschuldung finanziert werden, haben die Behörden auf den Baustellen Schilder aufgestellt, die die Projekte als HIPC-Leistungen kennzeichnen. Die Ghanaer sehen deshalb bereits in einem frühen Stadium einen physischen Beweis, dass die HIPC-Unterstützung in Höhe von 2,2 Mrd. \$, die von allen Gläubigern des Landes zugesagt worden ist, greifbare Ergebnisse bringt und nicht nur ein Eintrag im Hauptbuch der Regierungskonten ist. Dadurch steigt in der Bevölkerung die Einsicht in die Notwendigkeit der Armutsbekämpfungsstrategie des Landes.

Ghana hat seinen HIPC-Entscheidungszeitpunkt im Februar 2002 erreicht. Dies bedeutet, dass das Land im Rahmen der von IWF und Weltbank unterstützten Programme gute Anpassungs- und Reformerfolge nachweisen

konnte und formell zu einer Entschuldung unter der HIPC-Initiative berechtigt ist. Durch das Erreichen des Entscheidungszeitpunkts ist Ghana dem Endstadium der Qualifizierung für volle HIPC-Schuldenerleichterung – dem Abschlusszeitpunkt – einen großen Schritt näher gekommen. Am Entscheidungszeitpunkt erklärte sich Ghana dazu bereit, eine in einem breit angelegten partizipatorischen Verfahren entwickelte Armutsbekämpfungsstrategie anzunehmen und umzusetzen. Die Regierung erstellte ordnungsgemäß eine Armutsbekämpfungsstrategie für Ghana, die im Februar 2003 veröffentlicht wurde.

Am Entscheidungszeitpunkt wurde Ghana auch anspruchsberechtigt für eine vorgezogene Teilentlastung, die dazu dient, ein hoch verschuldetes Reformland zu unterstützen, bis es sich an seinem HIPC-Abschlusszeitpunkt für die volle Entschuldung qualifiziert. Bei der Hilfe, die auf den beschilderten Baustellen und Projekten im ganzen Land wirkungsvoll eingesetzt wird, handelt es sich um diese vorgezogene Teilentlastung. Im Jahre 2002 erhielt Ghana insgesamt 276 Mio. \$ an Inte-

rims-HIPC-Unterstützung, davon 10 Mio. \$ vom IWF, 33 Mio. \$ von der Weltbank, 214 Mio. \$ von öffentlichen Gläubigern des Pariser Clubs und 19 Mio. \$ von anderen Gläubigern. Von dem Gesamtbetrag der vorgezogenen Teilentlastung haben die Behörden 174 Mio. \$ als Unterstützung behandelt, die Ghana unter den traditionellen Entschuldungsmechanismen erhalten hätte, und sie haben diese Mittel deshalb für allgemeine Zwecke verwendet. Ein Fünftel der verbleibenden 102 Mio. \$ ist für die Reduzierung der inländischen Schulden vorgesehen, so dass etwas mehr als 80 Mio. \$ speziell für eine Erhöhung des Umfangs und des Anteils der Ausgaben für Armutsbekämpfung zweckgebunden wurden.

Die Behörden Ghanas haben angegeben, dass die armutsbezogenen Ausgaben im Zeitraum 2001-03 hauptsächlich der Grundbildung gewidmet werden, wobei jedoch auch Mittel für die gesundheitliche Grundversorgung, Landwirtschaft, die Wasserversorgung und Kanalisation im ländlichen Raum, Zubringerstraßen und Elektrizitätsversorgung in ländlichen Gebieten zugewiesen werden.

hinaus hat der Stab des IWF der WTO analytische Untersuchungen in den Expertisebereichen des IWF zu bestimmten Vorschlägen hinsichtlich besonderer und unterschiedlicher Behandlung vorgelegt.

Überwachung der Fortschritte zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele

Auf der Frühjahrstagung 2003 erörterte der Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank einen von den Stäben der beiden Institutionen gemeinsam erarbeiteten Vorschlag, innerhalb des Mandats von IWF und Weltbank die wichtigsten Politikmaßnahmen und Aktionen, die die Entwicklungs- und Industrieländer durchführen, um die Millennium-Entwicklungsziele und damit zusammenhängende Entwicklungsergebnisse zu erzielen, regelmäßig zu überwachen.

Gemäß dem vorgeschlagenen Ansatz sollen die folgenden Aspekte beurteilt werden: die Angemessenheit der Politikmaßnahmen, Institutionen und Regierungsführung in den Entwicklungsländern; die makroökonomischen Maßnahmen sowie die Entwicklungs- und Handelspolitik der entwickelten Länder, die entscheidend sind für die Stärkung der globalen Entwicklungs-

partnerschaft, die als achties Ziel der Millennium-Entwicklungsziele vorgesehen ist; die Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungshilfe und die Wirksamkeit der internationalen Finanzinstitutionen in ihrem Bemühen, ein günstiges globales wirtschaftliches Umfeld zu fördern und die Anstrengungen zu unterstützen, die die Länder ergreifen, um ihre Entwicklungsziele zu erreichen. Der Ansatz soll die Arbeit der Vereinten Nationen und anderer Organisationen bei der Überwachung der Fortschritte zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele ergänzen und unterstützen.

Ausblick

Im Rahmen der fortlaufenden Überwachung seiner Hilfen wird das Direktorium des IWF Anfang des Geschäftsjahres 2004 die Arbeit des IWF in den einkommensschwachen Ländern überprüfen. Ein Aspekt dabei ist die mittelfristige Rolle des IWF in den einkommensschwachen Ländern und seine Hilfe an Mitglieder (insbesondere einkommensschwache Länder), die Schocks zu bewältigen haben. Ein weiterer Aspekt ist die Frage, wie die Hilfe des IWF an einkommensschwache Länder so gestaltet werden kann, dass ein Gleichgewicht be-

Kasten 5.7

Verbesserung des Marktzugangs für Exporte der Entwicklungsländer

Die von der Welthandelsorganisation (WTO) Ende 2001 eingeleiteten multilateralen Handelsgespräche wurden *Doha-Entwicklungsagenda* genannt, um die Rolle herauszustellen, die Entwicklungsländer und Entwicklungsziele im multilateralen Handelssystem spielen. Diese Rolle hängt jedoch davon ab, dass die Industrieländer Handelschranken und handelsverzerrende Subventionen abbauen und dadurch den Marktzugang für Exporte der Entwicklungsländer verbessern. Das Welthandelssystem ist zwar viel liberaler als vor 40 Jahren, es diskriminiert die Armen aber immer noch, teilweise weil sie in Sektoren wie der Landwirtschaft arbeiten, die von den Zöllen und Subventionen der Industrieländer am stärksten beeinträchtigt werden.

Die Exekutivdirektoren erörtern im September 2002 ein gemeinsames IWF-Weltbank-Stabspapier zum Thema „Marktzugang für die Exporte der Entwicklungsländer – Ausgewählte Fragen“. Sie stimmten darin überein, dass der Protektionismus in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowohl den OECD-Ländern als auch den Entwicklungsländern erhebliche Kosten verursacht. Das Direktorium stellte fest, dass die geschätzten weltweiten Wohlfahrtsgewinne, die durch die Beseitigung von Zollschrän-

ken und Quotenbeschränkungen im Warenhandel sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern entstehen würden, jährlich 250 bis 680 Mrd. \$ betragen würden, wobei die Gewinne für die Entwicklungsländer die jährliche Entwicklungshilfe eindeutig übersteigen würden.

Auf der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Berichts im September fasste Nicholas Stern, Chefvolkswirt der Weltbank, die Berichtsergebnisse sehr anschaulich zusammen. Stern sagte, dass eine europäische Durchschnittskuh pro Tag etwa 2,5 \$ an Subventionen erhält und dass für eine japanische Durchschnittskuh pro Tag etwa 7,5 \$ an Subventionen gezahlt werden. Im Gegensatz dazu müssen 75 Prozent der Bevölkerung im südlich der Sahara gelegenen Afrika mit weniger als 2 \$ pro Tag auskommen. Kenneth Rogoff, Volkswirtschaftlicher Berater des IWF und Direktor der IWF-Forschungsabteilung, war ebenso kritisch und bezeichnete den Unterstützungsumfang für Landwirte in reichen Ländern als „unglaublich“.

Unterstützung für den Abbau von Handelsbeschränkungen kam auch vom Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC), der in seinem September-Kommuniqué verlauten ließ, dass eine umfassende Handelsliberalisierung in der Doha-Runde von großer Bedeutung für das globale Wachstum

sei. Der Ausschuss verwies darauf, dass dringende Fortschritte bei der Erweiterung des Marktzugangs für Entwicklungsländer und der Abbau handelsverzerrender Subventionen in entwickelten Ländern entscheidend seien. Die Entwicklungsländer selbst sollten ihre Handelssysteme weiter liberalisieren, um die Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu maximieren.

Während der Jahrestagung im September 2002 veranstalteten der IWF und die Weltbank ein Seminar, auf dem erörtert wurde, wie Entwicklungsländer den Handel zur Förderung ihrer Entwicklung einsetzen können und wie Industrieländer ihnen helfen können, die durch das internationale Handelssystem geschaffenen Möglichkeiten zu nutzen. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion – Vertreter der Wissenschaft, der Weltbank, von Nichtregierungs-Organisationen und von Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer – gelangten zu dem Schluss, dass die Lockerung der Handelsbeschränkungen multilateral erfolgen und sich auf Nord-Süd-Verhandlungen stützen muss, die gemäß dem Grundsatz der Gegenseitigkeit im Rahmen der Doha-Runde geführt werden. Sie wiesen ferner darauf hin, dass die globale Handelsliberalisierung trotz konzentrierter internationaler Anstrengungen ein langwieriger Prozess sein wird.

steht zwischen der Unterstützung des PRSP-Prozesses und der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele und der Notwendigkeit Fokussierung und Wirksamkeit des IWF zu bewahren. Des Weiteren müssen die Bedenken berücksichtigt werden, die das Unabhängige Evaluierungsbüro hinsichtlich der Auswirkungen überlanger Inanspruchnahme von Fondsmitteln auf den IWF und seine Mitglieder hervorgehoben hat.

Zu den wichtigen Anliegen gehören der angemessene zeitliche Rahmen des IWF-Engagements, die Folgen der Verknüpfung vieler Formen von Geberhilfe mit dem Bestehen einer IWF-Vereinbarung sowie die Frage, wie der IWF den Gebern seine Ansichten über die Wirtschaftspolitik von Ländern vermitteln kann, in den Fällen, in denen vielleicht nur ein geringer Bedarf an IWF-Mitteln besteht.

Technische Hilfe und Ausbildung

Die Gestaltung und Umsetzung solider wirtschaftspolitischer Maßnahmen erfordert Fachwissen und wirksame Regierungsinstitutionen. In vielen Entwicklungsländern besteht ein besonders großer Bedarf an Hilfe zur Erlangung von Fachkenntnissen in der Wirtschaftssteuerung und an Beratung hinsichtlich der Frage, welche Politikmaßnahmen, Reformen und institutionellen Regelungen angemessen sind und in anderen Ländern gut funktionieren. Der IWF stellt Unterstützung dieser Art durch technische Hilfe bereit. Diese Leistung ergibt sich aus der IWF-Mitgliedschaft und es wird nur bei den Ländern eine Gebühr erhoben, die sich eine Vergütung des IWF leisten können. (Der Rahmen für die Zuteilung von Mitteln für die technische Hilfe wird in Kasten 6.1 beschrieben.)

Die technische Hilfe des IWF zielt zum einen darauf, die Länder bei der Stärkung ihrer institutionellen Kapazitäten zu unterstützen – dies gilt sowohl für die Fähigkeiten des Personals als auch für institutionelle Organisation und Verfahren – und sie zielt zum anderen darauf, Hilfe bei der Gestaltung bestimmter Politikmaßnahmen, einschließlich Reformen, zu leisten. Die makroökonomischen Politikreformen erfassen die Reform der öffentlichen Ausgaben, eine Neuausrichtung der Haushalts- und Steuersysteme, Verbesserungen im Geld- und Kreditwesen, Änderungen des Wechselkursregimes sowie Unterstützung auf dem Gebiet internationaler Standards und Kodizes für Transparenz in den Politikentscheidungen. Es werden Ausbildungsmaßnahmen angeboten, um die Fähigkeiten der Bediensteten zu verbessern, die in den für die Politikgestaltung zuständigen Institutionen wie Finanzministerien und Zentralbanken tätig sind.

Die Mitgliedsländer messen der Rolle der technischen Hilfe große Bedeutung bei für die Stärkung der Wirksamkeit der Arbeit des Fonds. Dies gilt sowohl für die Überwachung und Krisenprävention als auch für die Krisenbewältigung und das Krisenmanagement und schließt die Kreditvergabe des Fonds ein. Viele Regierungen von einkommensschwachen Ländern entwickeln zum Beispiel Armutsbekämpfungsstrategien, benötigen aber technische Hilfe zur Aufstellung

und Umsetzung eines Arbeitsplans. Diese Strategien können den Bedarf an Kapazitätsaufbau zielgerichtet bestimmen und einen Beitrag zur Mobilisierung angemessener technischer Hilfe leisten. Für eine dauerhafte Armutsreduzierung ist außerdem die Entwicklung lokalen Fachwissens entscheidend, insbesondere in der Verwaltung der öffentlichen Mittel.

Der IWF leistet ferner beträchtliche technische Hilfe in Ländern und Gebieten, die nach schweren inneren Unruhen oder Bürgerkriegen ihre Regierungsinstitutionen wieder aufbauen müssen. Zu den Ländern und Gebieten, die in jüngster Zeit solche Hilfen erhalten haben, gehören Afghanistan, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Timor-Leste (Osttimor).

Kasten 6.1

Der Rahmen für die Projektauswahl

Das Exekutivdirektorium des IWF beschloss im Geschäftsjahr 2001 die Einführung eines formellen Rahmens für eine wirksamere und besser auf die politischen Prioritäten ausgerichtete Zuteilung von Mitteln für technische Hilfe. In diesem Rahmen wird die technische Hilfe des IWF in fünf „Hauptprogrammgebiete“ eingeteilt: Krisenverhütung, Armutsbekämpfung, Krisenlösung und -management, Länder nach Beendigung von Konflikten bzw. Isolation sowie regionale und multilaterale Vereinbarungen. Diese Programmgebiete werden durch folgende drei Filterkategorien ergänzt:

- **Zielfilter:** Die technische Hilfe muss innerhalb der Kerngebiete der Spezialisierung des IWF liegen und eine begrenzte Anzahl von Schlüsselprogrammbereichen unterstützen oder politische Prioritäten fördern.
- **Wirksamkeitsfilter:** Es muss als wahrscheinlich gelten, dass die technische Hilfe einen wesentlichen Einfluss hat und durch das Empfängerland tatkräftig unterstützt und umgesetzt wird. Zudem sollte sie hinsichtlich ihrer Finanzierung tragfähig und in ihrer Wirkung dauerhaft sein.
- **Partnerschaftsfilter:** Anträge auf technische Hilfe genießen Vorrang, wenn die Hilfe auf regionaler Basis bereitgestellt wird, mehreren Empfängern zugute kommt, auf verschiedene Finanzquellen zurückgreift oder die Hilfeleistungen Dritter ergänzt.

Kasten 6.2

Neue Unterkonten für technische Hilfe

Das *Unterkonto des Pazifischen Zentrums für technische Hilfe im Finanzbereich (PFTAC)* wurde im Mai 2002 eingerichtet, um die Geberbeiträge zur Finanzierung der Aktivitäten des PFTAC zu verwalten, die darauf abzielen, die Kapazitäten der pazifischen Inselstaaten und Territorien zur Formulierung und Umsetzung von Politikmaßnahmen in den Kernbereichen des IWF zu stärken. Bisher sind Beiträge von Australien (1 Mio. \$), Neuseeland (0,4 Mio. \$) und der Asiatischen Entwicklungsbank (0,4 Mio. \$) eingegangen.

Das *Unterkonto der Regionalen Zentren für technische Hilfe in Afrika (AFRITACs)* wurde im August 2002 eingerichtet, um die Geberbeiträge zur Finanzierung der Aktivitäten der AFRITACs zu verwalten, die darauf abzielen, den PRSP-Prozess in den Ländern des südlich der Sahara gelegenen Afrikas zu unterstützen. Dies erfolgt durch die Förderung ihrer Kapazitäten für eine solide makroökonomi-

sche Steuerung, starker Finanzbehörden und Finanzsysteme sowie einer zeitnahen und genauen Erhebung und Verbreitung wirtschaftlicher Daten, einschließlich Ausbildung und Maßnahmen zur Stärkung des rechtlichen und administrativen Rahmens in diesen Kerngebieten. Bisher haben elf Geber etwas mehr als 12 Mio. \$ zugesagt – die Afrikanische Entwicklungsbank, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Russland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Das *Unterkonto für technische Hilfe Schwedens* wurde im November 2002 eingerichtet, um die Fähigkeit der Mitgliedsländer in den Kernbereichen des IWF zu verbessern. Der von der schwedischen Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellte anfängliche Betrag von 10 Mio. Kronen (1,2 Mio. \$) dient der Finanzierung der technischen Hilfeleistungen des IWF in Afghanistan im Bereich der Geld-, Wechselkurs- und Finanzpolitik.

Externe Finanzierung der technischen Hilfe

Der IWF finanziert seine technische Hilfe hauptsächlich aus Eigenmitteln; die externe Finanzierung stellt jedoch ebenfalls eine wichtige Unterstützungsquelle dar. Diese externe Finanzierung wird vor allem als Zuschuss unter dem Rahmenkonto des IWF für technische Hilfe gewährt. Die Hilfe erfolgt jedoch auch durch Kostenteilungsvereinbarungen im Rahmen von Projekten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und, in einer geringeren Anzahl von Fällen, durch direkte Vergütungsvereinbarungen. Im Geschäftsjahr 2003 gab es zwölf aktive Unterkonten innerhalb des Rahmenkontos, darunter zwei neue Unterkonten mehrerer Geber zur Unterstützung des *Pazifischen Zentrums für technische Hilfe im Finanzbereich* (Pacific Financial Technical Assistance Center – PFTAC) und die beiden *Regionalen Zentren für technische Hilfe in Afrika* (Regional Technical Assistance Centers in Africa – AFRITACs)¹. Kasten 6.2 beschreibt

¹Die bilateralen Unterkonten umfassen: das Unterkonto des Stipendium-Programms Japans, das Unterkonto des gemeinsamen Stipendium-Programms von Australien und dem IWF für Asien, das Unterkonto für technische Hilfe der Schweiz, das französische Unterkonto für technische Hilfe, das dänische Unterkonto für technische Hilfe, das Unterkonto für technische Hilfe Australiens, das Unterkonto für technische Hilfe der Niederlande, das Unterkonto für technische Hilfe des Entwicklungshilfeministeriums des Vereinigten Königreichs, das italienische Unterkonto für technische Hilfe und das Unterkonto für technische Hilfe Schwedens.

die neuen Unterkonten, die im abgelaufenen Geschäftsjahr eingerichtet wurden.

Im Geschäftsjahr 2003 machte die externe Finanzierung circa 30 Prozent der gesamten durch den IWF bereitgestellten Hilfe aus. Japan blieb mit rund 70 Prozent dieser externen Finanzmittel der größte Einzelgeldgeber. Zu den anderen bilateralen Gebern zählten Australien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Russland, Schweden, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Multilaterale Geber waren die Asiatische Entwicklungsbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank, das UNDP und die Weltbank.

Die technische Hilfe des IWF wird vom Büro für das Management der technischen Hilfe im Büro des Geschäftsführenden Direktors koordiniert und überwacht. Eine ausführlichere Beschreibung der Ziele, des Umfangs und der Arbeitsmethoden

der technischen Hilfe des IWF findet sich in einer Reihe von Dokumenten, unter anderem in der *Grundsatz-erklärung über die technische Hilfe des IWF (Policy Statement on IMF Technical Assistance)*, die auf der IWF-Webseite verfügbar ist.

Jüngste Entwicklungen

Das Exekutivdirektorium überprüfte im Juni 2002 die IWF-Politik im Bereich der technischen Hilfe und die damit gemachten Erfahrungen und es billigte Maßnahmen zur Einführung einer institutionsweiten Methodologie zur Überwachung und Bewertung von technischen Hilfeleistungen und zur Umsetzung eines formellen dreijährigen Bewertungsprogramms sowie zum Aufbau eines umfassenden Finanzbuchhaltungssystems zur Erfassung der Gesamtkosten der Bereitstellung technischer Hilfe sowohl vor Ort als auch im Hauptsitz.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2003 wurden in diesen Bereichen folgende Fortschritte erzielt:

- *Institutionsweite Methodologie zur Überwachung und Bewertung.* Die Entwicklung eines umfassenden Ansatzes, der international bewährte Praktiken beachtet und gegebenenfalls auf bestehenden Systemen aufbaut, näherte sich dem Abschluss.
- *Bewertungsprogramm für die Geschäftsjahre 2004-2005.* Für das Programm wurden zehn Projekte identifiziert, die sich auf die drei wichtigsten Politikbereiche konzentrieren – die Verbindung zwischen

der technischen Hilfe einerseits und der Überwachungstätigkeit und Politikarbeit des IWF andererseits, der Beitrag der regionalen Zentren für technische Hilfe und der regionale Ansatz zur Bereitstellung technischer Hilfe sowie auf Maßnahmen als Reaktion auf neue Initiativen und Aufrufe zu internationaler Unterstützung.

- **Mittelverwaltung.** Anfang des Geschäftsjahres 2004 wird ein dreijähriges Mittelverwaltungsprojekt umgesetzt. Durch dieses neue Finanzbuchhaltungssystem werden Rechenschaftslegung und Transparenz der technischen Hilfe verbessert.

Auf Bitte afrikanischer Staatsschefs um erweiterte IWF-Unterstützung beim Kapazitätsaufbau arbeitete der IWF im Geschäftsjahr 2003 mit Geberpartnern und teilnehmenden afrikanischen Ländern an der Einrichtung von zwei *Regionalen Zentren für technische Hilfe in Afrika* (AFRITACs). Die Zentren stützen sich auf die positiven Erfahrungen, die mit den Zentren im pazifischen und karibischen Raum gemacht wurden, und verfolgen einen regionalen Ansatz beim Kapazitätsaufbau, indem sie die Bereitstellung technischer Hilfe durch die Erfassung von Nachbarländern mit ähnlichen Bedürfnissen maximieren. Das erste Zentrum, das sechs

Kasten 6.3

Technische Hilfe des IWF in Ländern nach Beendigung eines Konflikts: Afghanistan

Im Jahr 1995 erweiterte der IWF seine Politik im Bereich der technischen Hilfe bei Notfällen auf Länder nach Beendigung von Kriegen und inneren Unruhen. In den letzten Jahren wurden etwa 20 Prozent der Gesamtausgaben des IWF an technischer Hilfe vor Ort für Länder nach Beendigung von Konflikten bereitgestellt, einschließlich Burundi, Timor-Leste, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Sierra Leone, die Republik Kongo, Tadschikistan, Ruanda und, vor kurzem, der Irak.

Im Islamischen Staat Afghanistan litten 2002 schätzungsweise sieben Millionen Menschen unter einer Hungersnot und mehrere Millionen weitere Menschen befanden sich auf der Flucht. Nach einem über 20 Jahre dauernden Konflikt waren die wichtigsten Wirtschaftsinstitutionen des Staates – Finanzministerium, Steuerbehörde und Zoll, Statistikwesen, Beamtenapparat und das Rechtssystem – in Auflösung begriffen oder völlig zerstört. Die Zentralbank (Da Afghanistan Bank) war eine provisorische Einrichtung, die versuchte, ein völlig zusammengebrochenes Währungssystem, das ausschließlich auf Bargeldbasis funktionierte, wiederaufzubauen. Die Taliban führten nur wenige Akten und entwendeten Berichten zufolge bei ihrer Flucht im November 2001 Millionen von Dollar. Da drei nationale Währungen, Auslandswährungen und Tauschsysteme gleichzeitig im Einsatz waren, hatte die neu gegründete Übergangsregierung keine konkreten Vorstellungen von der tatsächlich im Umlauf befindlichen Geldmenge.

Die IWF-Teams für technische Hilfe und die afghanischen Behörden nahmen im Januar 2002 gemeinsam ihre

Arbeit auf. Der IWF stellte bis Ende des Geschäftsjahres 2003 etwa sechs Personenjahre (im Gegenwert von 1,4 Mio. \$) an direkter Hilfe bereit. Die Unterstützung konzentrierte sich auf die Kernbereiche der IWF-Kompetenz, wobei der Schwerpunkt auf den Aufbau von Kapazitäten im Finanzministerium bzw. Schatzamt, in der neuen afghanischen Zentralbank und im zentralen Statistikamt gelegt wurde.

- **Finanzsektor.** Die Stärkung des afghanischen Bankensystems begann im wahrsten Sinne des Wortes mit der Reparatur des Tresors und der Erneuerung der Sicherheitstüren. Das rudimentäre Bankensystem funktionierte im Wesentlichen ohne Lizenzen, Regulierung und Aufsicht. Entscheidungen mussten getroffen werden über die Wahl der Währungen, der Wechselkurse und über die Sicherung der Liquidität und die Bildung von Vertrauen in die neue nationale Währung, den Afghani. Die Grundlagen der monetären Steuerung, der Bankengesetze und -regulierung sowie der Bankenaufsicht und -lizenzen mussten gestärkt oder neu gelegt werden. Ein Zahlungssystem war erforderlich, um gewerbliche Transaktionen und die wichtigsten Regierungsfunktionen zu erleichtern.
- **Stärkung der öffentlichen Finanzen.** Im Gegensatz zur Zentralbank hatte das Finanzministerium grundlegende Systeme, Gesetze und Verfahren, die kurzfristig eingesetzt werden konnten, aber operationalisiert werden mussten. Die Rolle des IWF bestand darin, einen Rahmen für das Management der öffentlichen Finanzen zu schaffen, der das Manage-

ment der öffentlichen Ausgaben und ausführliche Empfehlungen für die öffentlichen Einnahmen und die Verwaltung erfasste. Im Anschluss daran arbeiteten die Behörden mit anderen Gebern zusammen, um diese Empfehlungen umzusetzen. Dies führte zur Einführung eines Informatiksystems für die Ausgabenkontrolle und das Berichtswesen des Finanzministeriums. Auf der Einnahmenseite arbeitet der IWF außerdem mit den Behörden und Gebern an der Entwicklung und Umsetzung der Zollgesetze und am Aufbau der Steuerverwaltung.

- **Statistik.** Das Statistikwesen war in Afghanistan unterentwickelt und es bestand ein dringender Bedarf an Daten. Die technische Hilfe des IWF unterstützte die Erfassung und Verbreitung von makroökonomischen und finanziellen Daten, die für die fiskalische und monetäre Steuerung erforderlich sind. Die technische Hilfe umfasste die Einführung von Systemen für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Berechnung des BIP, Verbraucherpreis-Indizes und Daten, die für die Zahlungsbilanz relevant sind. Es wird mehrere Jahre dauern, bis die Grundlagen für dauerhaftes Wachstum gelegt sind. Ende des Geschäftsjahres 2003 waren der Stab des IWF und die afghanischen Behörden jedoch bereits weit fortgeschritten bei der Entwicklung und Umsetzung eines Koordinierungsplans für die vielen Initiativen der technischen Hilfe im Bereich der makroökonomischen Steuerung und der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungspartnern.

ostafrikanische Länder (Äthiopien, Eritrea, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda) umfasst und seinen Sitz in Daressalam hat, wurde im Oktober 2002 eröffnet. Das zweite Zentrum, das zehn westafrikanische Länder (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal und Togo) umfasst, wurde im Mai 2003 eröffnet. Es sollte seinen Sitz ursprünglich in Abidjan haben, wurde aber wegen der inneren Unruhen in Côte d'Ivoire vorübergehend nach Bamako umgesiedelt.

Eine Gruppe von ortsansässigen Fachleuten deckt in jedem Zentrum die Kerngebiete der IWF-Kompetenz ab. Sie unterstützen die Mitgliedsländer bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Kapazitätsaufbau-Programme, wobei das Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (PRSP) des jeweiligen Landes als Orientierungshilfe dient. Außerdem helfen sie bei der Umsetzung und Überwachung laufender technischer Hilfeprogramme, erleichtern die Koordination der Geldgeber für laufende kapazitätsbildende Maßnahmen und bieten technische Beratung an.

Jedes Zentrum arbeitet unter der politischen Führung eines Lenkungsausschusses, der aus Vertretern der Mitgliedsländer und der Geber besteht. Dies soll einerseits eine umfassende Reformbereitschaft in den Ländern sowie andererseits Rechenschaft gegenüber den

Geberpartnern und eine enge Koordination mit ihnen gewährleisten. Sobald die ersten beiden Zentren unabhängig bewertet sind, wird der IWF prüfen, ob drei weitere Zentren eingerichtet werden, um den Rest Afrikas südlich der Sahara abzudecken.

Technische Hilfe im Geschäftsjahr 2003

Eine Möglichkeit zur Messung der technischen Hilfe des IWF besteht darin, die für die Hilfe der Länder aufgebrauchte Zeit zu berechnen. Im Geschäftsjahr 2003 stellte der IWF technische Hilfe in Höhe von 356 Personenzahlen bereit. Das waren etwa 2½ Prozent mehr als im Geschäftsjahr 2002 und über 100 Personenzahlen mehr als ein Jahrzehnt zuvor (262,6 Personenzahlen im Geschäftsjahr 1994).

Als Reaktion auf neue Bedürfnisse in den Programmbereichen wurde die technische Hilfe für Länder nach der Beendigung von Konflikten bzw. Isolation (siehe Kasten 6.3), bei regionalen Initiativen und im Bereich der Krisenverhütung erhöht. Der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus kam im Geschäftsjahr 2003 eine sehr hohe Priorität zu. Die technische Hilfe des IWF zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) und seine andauernde Arbeit zu Offshore-Finanzzentren hat sich mehr als verdoppelt. Die technische Hilfe für Standards und

Kodizes und für die Umsetzung von Empfehlungen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) ist ebenfalls gestiegen (siehe Tabelle 6.1).

Geographisch betrachtet erhielt das südlich der Sahara gelegene Afrika weiterhin den größten und einen zunehmenden Anteil an der technischen Hilfe des IWF. Dies zeigt, dass Armutsbekämpfung und Kapazitätsaufbau in der Region nach wie vor Priorität beigemessen wird, und wird auch verdeutlicht durch die beiden neuen Regionalen Zentren für technische Hilfe in Afrika. Durch die Hilfeleistungen an Post-Konfliktländer wie Kambodscha und Timor-Leste und durch die Unterstützung von Reformen in China, Indonesien und der Mongolei ist die technische Hilfe für den asiatisch-pazifischen Raum ebenfalls gewachsen und hoch geblieben. Wie in den vergangenen fünf Jahren sank die technische Hilfe für europäische Länder weiter, da die meisten europäischen Transformationsländer den großen Betrag an technischer Hilfe, der ihnen vor einem Jahrzehnt bereitgestellt wurde, nicht mehr benötigen. Die technische Hilfe für andere geographische Regionen und für interregionale Projekte blieb in den letzten fünf Jahren weitgehend unverändert (siehe Tabelle 6.2 und Schaubild 6.1).

Tabelle 6.1

Programmbereiche der technischen Hilfe
(Vor Ort durchgeführte Hilfe in Personenzahlen)¹

	GJ 2002	GJ 2003
Wichtigste Programmbereiche		
Armutsbekämpfung	69,3	60,7
Regional	34,9	41,4
Krisenprävention	32,6	35,2
Krisenlösung und -management	28,9	30,5
Hilfe nach Konflikten/Isolation	23,2	26,5
Insgesamt	188,8	194,3
Wichtigste Politikinitiativen und -anliegen		
Reform der Politikmaßnahmen/ Aufbau der Kapazitäten	144,7	142,5
Hilfe bei Standards und Kodizes, außer FSAP	13,6	18,1
HIPC-bezogen	21,4	16,8
Offshore-Finanzplätze und AML/CFT	5,1	10,4
FSAP-bezogen	3,4	6,0
Sicherung der IWF-Mittel	0,6	0,5
Insgesamt	188,8	194,3

Quelle: IWF-Büro für das Management der technischen Hilfe.

Hinweis: FSAP = Programm zur Bewertung des Finanzsektors; HIPC = Hochverschuldete arme Länder, AML/CFT = Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

¹Abzüglich der in der Zentrale für technische Hilfe durchgeführten Aktivitäten.

Tabelle 6.2

Bereitstellung und Quellen der technischen Hilfe, GJ 1999–GJ 2003

(In effektiven Personenjahren)¹

	GJ 1999	GJ 2000	GJ 2001	GJ 2002	GJ 2003
IWF-Haushalt für technische Hilfe	266,2	251,7	265,5	268,8	262,2
Stabsmitarbeiter	164,0	158,5	171,8	172,2	174,1
In der Zentrale tätige Berater	20,3	16,4	22,7	23,2	20,1
Sachverständige vor Ort	81,8	76,9	71,0	73,4	68,0
Externe Ressourcen der technischen Hilfe	99,2	85,5	77,7	77,8	93,5
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen	14,3	8,7	8,4	9,6	9,6
Japan	70,3	68,0	59,5	56,2	61,9
Sonstige Kofinanzierer	14,7	8,8	9,8	12,0	22,0
Gesamtmittel der technischen Hilfe	365,4	337,2	343,3	346,6	355,7
Regionale Bereitstellung technischer Hilfe	308,5	282,2	275,8	280,0	286,5
Afrika	72,9	69,8	68,2	71,9	72,1
Asien und Pazifik	57,9	44,4	57,0	63,1	67,5
Europa I	22,7	24,1	30,2	30,3	27,7
Europa II	44,9	40,4	40,8	32,6	25,1
Naher Osten	31,9	27,5	27,8	22,4	26,5
Westliche Hemisphäre	32,5	28,2	23,7	28,0	32,6
Regional und interregional	45,8	47,9	28,0	31,7	35,1
Nicht-regionale technische Hilfe²	56,9	55,1	67,5	66,6	69,2
Gesamtbereitstellung technischer Hilfe	365,4	337,2	343,3	346,6	355,7
Bereitstellung technischer Hilfe nach Abteilung					
Abteilung Währungs- und Finanzsysteme	127,2	112,2	101,2	115,5	120,0
Abteilung Fiskalpolitik	107,4	101,4	111,9	97,5	94,3
Abteilung Statistik	48,9	49,1	48,2	49,2	55,7
IWF-Institut	54,5	54,6	54,4	56,0	55,4
Abteilung Recht	12,7	8,6	15,4	15,5	19,6
Sonstige Abteilungen ³	14,7	11,3	12,2	12,9	10,7
Gesamtbereitstellung technischer Hilfe	365,4	337,2	343,3	346,6	355,7

Quelle: IWF-Büro für das Management der technischen Hilfe.

¹Ein effektives Personenjahr technischer Hilfe beträgt 260 Tage. Seit 2001 werden neue Definitionen verwendet; die Daten werden rückwirkend angepasst.²Indirekte technische Hilfe, darunter Grundsatzfragen, Management, Evaluierung sowie sonstige mit technischer Hilfe zusammenhängende Aktivitäten.³Enthält die Abteilung Entwicklung und Überprüfung der Wirtschaftspolitik, die Abteilung Technologie und allgemeine Dienste sowie das Büro für das Management der technischen Hilfe.

Schaubild 6.1

Technische Hilfe nach Region, GJ 2003

(Prozent der Gesamtressourcen in effektiven Personenjahren)

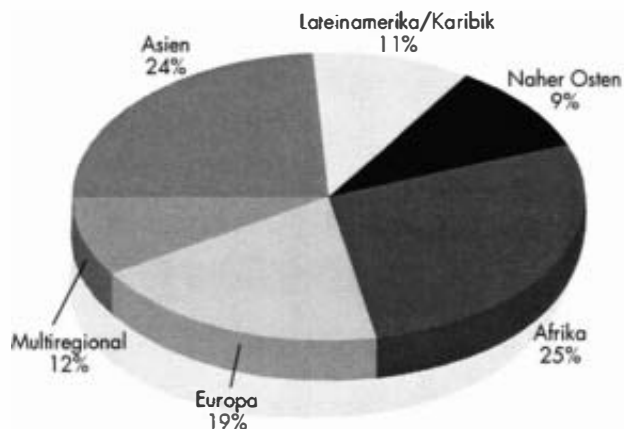


Schaubild 6.2

Technische Hilfe nach Funktion, GJ 2003

(Prozent der Gesamtressourcen in effektiven Personenjahren)

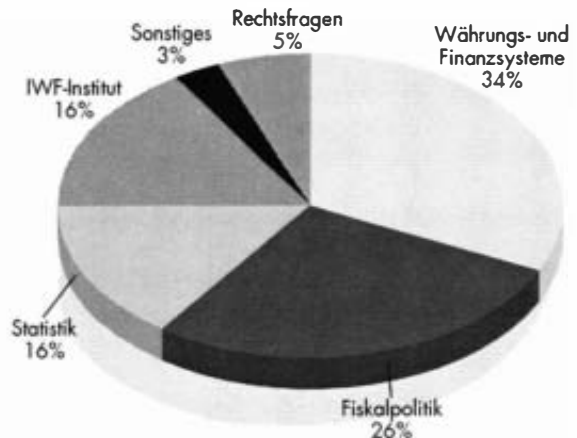


Tabelle 6.3

Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts für Beamte, GJ 1999–GJ 2003

Programm	GJ 1999	GJ 2000	GJ 2001	GJ 2002	GJ 2003
Ausbildung in der Zentrale					
Kurse und Seminare	20	22	22	21	23
Teilnehmer	676	776	798	759	808
Teilnehmerwochen	3 837	3 623	3 671	2 900	3 224
Regionale Ausbildungseinrichtungen und -programme ¹					
Kurse und Seminare	38	57	67	81	79
Teilnehmer	1 095	1 632	2 102	2 632	2 549
Teilnehmerwochen	2 325	3 185	3 760	4 612	4 220
Sonstige Ausbildung in Übersee					
Kurse und Seminare	20	24	19	16	17
Teilnehmer	605	775	564	438	496
Teilnehmerwochen	1 120	1 364	1 048	834	899
Fernunterricht					
Kurse ²	—	1	1	3	3
Teilnehmer ³	—	50	50	134	114
Teilnehmerwochen ⁴	—	100	100	313	276
Kurse und Seminare insgesamt	78	103	108	118	119
Teilnehmer insgesamt	2 376	3 183	3 464	3 829	3 853
Teilnehmerwochen insgesamt	7 282	8 272	8 579	8 659	8 619

Quelle: IWF-Institut.

¹Einschließlich Gemeinsames Institut in Wien (gegründet 1992), Regionales IWF-Ausbildungszentrum in Singapur (1998), Regionales IWF-AWF-Ausbildungsprogramm in den Vereinigten Arabischen Emiraten (1999), Gemeinsames Afrika-Institut in Côte d'Ivoire (1999), Gemeinsames Ausbildungsprogramm von China und IWF (2000) sowie Gemeinsames regionales Ausbildungszentrum für Lateinamerika in Brasilien (2001). Die Daten für das Gemeinsame Afrika-Institut erfassen Kurse, die von der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank bereitgestellt wurden. Die Daten für das Regionale IWF-Ausbildungszentrum in Singapur erfassen die Kurse, die die Weltbank in den Geschäftsjahren 2002 und 2003 für dieses Zentrum durchgeführt hat.

²Diese Kurse werden in der Gesamtzahl der Kurse nicht erfasst, da der Teil dieser Kurse, der in der Zentrale durchgeführt wird, bereits in dieser Kategorie erfasst wird.

³Die Teilnehmer, die zum in der Zentrale stattfindenden Teil der Kurse eingeladen wurden, werden sowohl hier als auch unter der Ausbildung in der Zentrale erfasst.

⁴Es werden nur die Teilnehmerwochen der Kurse erfasst, die als Fernunterricht erteilt wurden. Die Teilnehmerwochen, die in der Zentrale stattfanden, werden in dieser Kategorie aufgeführt.

Die Abteilung Währungs- und Finanzsysteme² blieb der größte Anbieter technischer Hilfe des IWF. Sie erhöhte ihre Bereitstellung auf etwa 120 Personenjahre, was den Anstieg der mit der Herausbildung der neuen internationalen Finanzarchitektur verbundenen Maßnahmen widerspiegelt. Die Abteilung Fiskalpolitik, der zweitgrößte Anbieter technischer Hilfe des IWF, steigerte ihre Bereitstellung auf 94 Personenjahre. Die Abteilungen Statistik und Recht erhöhten ihre technische Hilfe jeweils um circa fünf Personenjahre. Der Anstieg in der Abteilung Recht war hauptsächlich auf die Beteiligung an der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zurückzuführen (siehe Tabelle 6.2 und Schaubild 6.2).

²Früher die Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik (umbenannt am 1. Mai 2003).

Das IWF-Institut

Das IWF-Institut bietet Regierungsmitarbeitern aus den Mitgliedsländern ein umfassendes Angebot an Kursen und Seminaren in wichtigen Bereichen wie makroökonomische Steuerung sowie Finanz-, Fiskal- und Außenwirtschaftspolitik. Die Kurse werden durch Mitarbeiter des Instituts bzw. Mitarbeiter aus anderen Abteilungen des IWF und gelegentlich durch auswärtige Akademiker und Fachleute angeboten. Die Ausbildung findet im IWF-Hauptsitz in Washington D.C. und an zahlreichen Orten in Übersee statt. Regierungsmitarbeitern aus Entwicklungs- und Transformationsländern wird bei der Annahme ein gewisser Vorrang eingeräumt.

Mit Unterstützung anderer Abteilungen hat das IWF-Institut 119 Kurse angeboten, die im Geschäftsjahr 2003 von mehr als 3800 Teilnehmern besucht wurden (siehe Tabelle 6.3). Rund zwei Drittel der

Tabelle 6.4
Regionale Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts

Regionales Programm	Datum der Einrichtung	Standort	Gemeinsame Träger	Geplante Teilnehmerländer
Gemeinsames Institut in Wien	1992	Österreich	Österreichische Behörden, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Weltbank sowie Welt handelsorganisation ¹	Transformationsländer in Europa und Asien
Regionales IWF-Ausbildungszentrum in Singapur	1998	Singapur	Regierung von Singapur	Entwicklungs- und Transformationsländer in Asien und im pazifischen Raum
Regionales IWF-AWF-Ausbildungsprogramm	1999	Vereinigte Arab. Emirate	Arabischer Währungsfonds	Mitgliedsländer des Arab. Währungsfonds
Gemeins. Afrika-Institut	1999	Côte d'Ivoire	Afrikanische Entwicklungsbank, Weltbank	Afrikanische Länder
Gemeins. Ausbildungsprogramm von China und IWF	2000	China	Zentralbank von China	China
Gemeinsames regionales Ausbildungszentrum für Lateinamerika	2001	Brasilien	Regierung von Brasilien	Lateinamerikanische Länder

¹Eine Reihe anderer europäischer Länder und die Europäische Union sind zwar keine offiziellen Träger des Gemeinsamen Instituts in Wien, leisten jedoch finanzielle Unterstützung.

Kurse und etwa die Hälfte der Teilnehmerwochen wurden durch die sechs regionalen Institute und Programme des IWF bereitgestellt, die sich in Brasilien, China, Côte d'Ivoire,³ Österreich, Singapur und den Vereinigten Arabischen Emiraten befinden (siehe Tabelle 6.4). Die Ausbildung in Washington, die grundsätzlich längere Kurse anbietet und circa 40 Prozent der Teilnehmerwochen umfasst, blieb wichtig. Die Ausbildung außerhalb Washingtons und außerhalb des regionalen IWF-Netzwerks wurde in der Regel durch eine laufende Zusammenarbeit zwischen dem IWF-Institut und nationalen oder regionalen Ausbildungsprogrammen angeboten.

Nach einigen Jahren des Anstiegs stabilisierte sich das Niveau des Ausbildungsangebots im Geschäftsjahr 2003 im Vergleich zu 2002. Dies war zum Teil auf die im Geschäftsjahr 2002 geplante Fertigstellung des IWF-Netzwerks regionaler Ausbildungsinstitute zurückzuführen (siehe *Jahresbericht 2002*, Seite 90) und zum Teil auf die Tatsache, dass eine Reihe von Ausbildungsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2003 aufgrund der Sicherheitslage in Côte d'Ivoire, wegen des Irakkriegs

und wegen des Ausbruchs des Schweren Akuten Atemwegssyndroms (SARS) in Asien abgesagt wurden.

Das IWF-Institut verbessert sein Lehrprogramm ständig. Im Geschäftsjahr 2003 wurden neue Kurse gehalten zu Themen wie Bekämpfung der Geldwäsche, Bewertung der Stabilität des Finanzsystems, nachhaltige öffentliche Finanzen und Transparenz, makroökonomische Prognosen und Sicherungsbewertungen für Zentralbanken. Das Institut bietet hochrangigen Regierungsmitarbeitern in Washington und in seinen regionalen Instituten und Programmen kurze, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Seminare an. Im Geschäftsjahr 2003 wurden Themen erfasst wie die aktuellen Entwicklungen im Geld- und Finanzrecht, Wechselkursregime und -politik, Globalisierung der Finanzmärkte, Globalisierung in historischer Sicht und die Neue wirtschaftliche Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (New Economic Partnership for Africa's Development – NEPAD).

Im Geschäftsjahr 2003 wurde ein unabhängiges Marktforschungsunternehmen beauftragt, die Ausbildungskurse in Bezug auf Wirksamkeit und Nachfrage zu bewerten. Eine Umfrage bei nationalen Entscheidungsträgern ergab sowohl eine hohe Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Ausbildungsprogramm als auch eine hohe unerfüllte Nachfrage nach mehr Kursen in Washington und an den regionalen Standorten.

³Anfang 2003 zog das Gemeinsame Afrika-Institut (Joint Africa Institute) aufgrund der Sicherheitslage in Côte d'Ivoire vorübergehend nach Tunesien um.

Transparenz, Rechenschaftspflicht und Zusammenarbeit

Viele der in den letzten Jahren beim IWF eingebrachten Reformen spiegeln die Erkenntnis wider, dass der Erfolg der Institution zum Großteil von ihrer Fähigkeit abhängt, den folgenden Ansprüchen gerecht zu werden: Transparenz in der Entwicklung und Bereitstellung von Politikberatung für ihre Mitglieder; Rechenschaftspflicht für ihre erteilten Ratschläge und getroffenen Kreditentscheidungen; Empfänglichkeit für Lehren aus vergangenen Erfahrungen, insbesondere bei der Programmgestaltung; Offenheit für Kontakte und Gespräche über offizielle Kreise hinaus sowie Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft bei der Verfolgung des gemeinsamen Ziels der Förderung eines weithin geteilten, nachhaltigen Wachstums. Dies sind und bleiben Schlüsselziele für den IWF.

Transparenz des IWF und seiner Mitglieder

Das Exekutivdirektorium des IWF hat eine Reihe von Maßnahmen gebilligt, die auf eine Verbesserung der Transparenz der Politikmaßnahmen und statistischen Angaben der Mitglieder sowie der eigenen Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit abzielen (siehe Kasten 7.1). Bei diesen Schritten zur Erhöhung der Transparenz des IWF hatte das Direktorium die Ausgewogenheit zwischen der Verantwortlichkeit des Fonds bei der Überwachung des internationalen Währungssystems und seiner Rolle als vertraulicher Berater seiner Mitglieder zu beachten.

Im Rahmen seiner regelmäßigen Neubewertung dieser Ausgewogenheit hat das Direktorium im September 2002 eine Überprüfung der Erfahrungen mit der Transparenzpolitik des IWF abgeschlossen und weitere Schritte erörtert. Die Direktoren lobten die bessere Verfügbarkeit von Informationen über die Institution und ihre Bewertungen von Politikmaßnahmen der Mitglieder, betonten jedoch, dass Transparenz kein Selbstzweck sei. Die Veröffentlichungspolitik des IWF, so die Direktoren, bilde einen integralen Bestandteil der Bemühungen der Mitglieder zur Verbesserung der Transparenz ihrer Wirtschaftspolitik mit der Absicht, sowohl die Rechenschaftspflicht als auch die öffentliche Verfügbarkeit von verlässlichen Informationen zu verbessern, einschließlich der Maßnahmen des IWF zur Förderung und Unterstützung seiner Mitgliedsländer. Der

Einfluss der Transparenz auf die Wirtschaftspolitik der Länder und auf die Marktteilnehmer wurde von den Direktoren als wichtiger Bestandteil der Bewertung der Wirksamkeit der IWF-Veröffentlichungspolitik anerkannt. Sie sehen daher künftigen Überprüfungen mit Interesse entgegen.

Die erweiterte *Veröffentlichung von Länderdokumenten* im Rahmen der Transparenzpolitik des IWF wurde vom Direktorium begrüßt. Nahezu alle Dokumente über Politikabsichten von Ländern, die finanzielle IWF-Unterstützung beantragt haben, werden veröffentlicht, und in mehr als 50 % der Fälle stimmen die nationalen Behörden der freiwilligen Veröffentlichung der Stabsberichte zu Artikel-IV-Konsultationen oder zum Einsatz von Fondsmitteln zu.

Für das weitere Vorgehen hoben die Direktoren hervor, dass die Transparenzpolitik des IWF weder die Offenheit des Dialogs der Institution mit ihren Mitgliedern noch die Berichterstattung des Stabs an das Direktorium einschränken dürfe. Während die Erfahrungen in diesem Bereich bisher weitgehend zufrieden stellend schienen, gaben viele Direktoren zu bedenken, dass die Stabsmitarbeiter gelegentlich Druck ausgesetzt seien, die Darstellungen in Berichten zu nuancieren, auch wenn der Inhalt der Bewertungen erhalten bleibe. Der Stab solle weiterhin daran arbeiten, eine angemessene Balance zwischen Offenheit und Vertraulichkeit zu gewährleisten, betonten die Direktoren.

Die systematische und zeitnahe Veröffentlichung von Länderberichten des Stabs könne helfen, öffentliche Unterstützung für Politikmaßnahmen zu gewinnen und die Rechenschaftspflicht des IWF zu stärken, stellten die Direktoren fest. Insbesondere die Herausgabe von Artikel-IV-Berichten des Stabs könne die Wirksamkeit der Überwachung durch die Institution erhöhen. Die Veröffentlichung von Stabsberichten über den Einsatz von Fondsmitteln könne durch die Darstellung des breiteren Zusammenhangs der vom IWF unterstützten Programme die Glaubwürdigkeit der Programme wie auch das öffentliche Vertrauen in dieselben stärken. Außerdem könne so die nationale Eigenverantwortung für das Programm gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßten die Direktoren die im Rahmen der Politik der freiwilligen Veröffentli-

Kasten 7.1

Schlüsselbestandteile der IWF-Transparenzpolitik für Dokumente

- Freiwillige Veröffentlichung von Stabsberichten über Artikel IV (Länder) und den Einsatz von Fondsmitteln.
- Erwartung, dass Absichtserklärungen (Letters of Intent) bzw. Memoranda über die Wirtschafts- und Finanzpolitik (Memoranda of Economic and Financial Policies) und andere Dokumente, die die Politikabsichten einer Regierung wiedergeben, veröffentlicht werden; allerdings kann ein Mitglied dem Direktorium seine Entscheidung mitteilen, nicht in die Veröffentlichung eines Dokuments durch den IWF einzuwilligen.
- Die Veröffentlichung von Strategiedokumenten zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Papers), Interims-PRSPs und PRSP-Fortschrittsberichten ist erforderlich, damit die Geschäftsführung dem Exekutivdirektorium die Billigung empfehlen kann.
- Freiwillige Veröffentlichung von Öffentlichen Informationsmitteilungen (Public Information Notices – PINs) im Anschluss an Artikel-IV-Konsultationen und Direktoriumsentscheidungen über regionale Überwachungspapiere, Schlussfolgerungen der IWF-Missionen, Hintergrunddokumentation für Diskussionen im Rahmen von Artikel-IV-Konsultationen sowie Material für stabsüberwachte Programme.
- Erwartung, dass Stabsberichte zu Politikthemen zusammen mit PINs veröffentlicht werden (mit Ausnahme von Themen, die Verwaltungsangelegenheiten des IWF betreffen, deren Veröffentlichung fallweise vorgeschlagen werden kann).
- Streichungen in veröffentlichten Dokumenten sollten auf äußerst marktsensible Informationen begrenzt werden, hauptsächlich Wechselkurs- und Zinsangelegenheiten. Korrekturen sollten auf sachliche Änderungen und Beschreibungen der Ansichten der Behörden beschränkt bleiben.
- Das betreffende Mitglied hat das Recht zu erwidern und kann zusammen mit dem Stabsbericht eine Erklärung herausgeben, die die Bewertung durch den Stab bzw. das Exekutivdirektorium oder beide kommentiert.
- Vorbehaltlich bestimmter Einschränkungen wird öffentlicher Zugang gewährt zu den Archiven des IWF mit Dokumenten des Exekutivdirektoriums, die älter als fünf Jahre sind, Protokollen der Sitzungen des Exekutivdirektoriums, die älter als zehn Jahre sind, sowie anderem Dokumentationsmaterial, das älter als 20 Jahre ist.

chung erzielten Fortschritte und vereinbarten, dass die Herausgabe von Stabsberichten weiterhin gefördert werden solle. In diesem Zusammenhang erörterten sie die Möglichkeit eines Übergangs von einer Politik der freiwilligen zu einer der erwarteten Veröffentlichung für Konsultationsberichte unter Artikel IV sowie Stabsberichte über den Einsatz von Fondsmitteln. Sie bemerkten, dass die beobachtete hohe und steigende Publikationsrate für Länderberichte des Stabs bereits

den zugrunde liegenden positiven Impuls bestätige, der zunehmend mehr Mitglieder überzeugt habe, einer Veröffentlichung der Stabsberichte freiwillig zuzustimmen. Sie sahen eine fortwährende Unterstützung durch die Direktoren als unerlässlich zur weiteren Stärkung dieses Impulses an. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wurde beschlossen, bei der nächsten Überprüfung der Transparenzpolitik durch das Direktorium im Juni 2003 die Frage eines möglichen Wechsels zu einer Politik der Veröffentlichungserwartung wieder aufzugreifen. Die Direktoren stimmten überein, dass es nützlich und konstruktiv für die leitenden Organe des IWF sei, regelmäßig über die bei der Veröffentlichung von Stabsberichten im Rahmen der gegenwärtigen freiwilligen Richtlinien erzielten Fortschritte in Kenntnis gesetzt zu werden.

Verschiedene Ansichten wurden vertreten über die Möglichkeit, eine freiwillige Herausgabe von *Absichtserklärungen (LOIs)* und *Memoranda über die Wirtschafts- und Finanzpolitik (MEFPs)* nach ihrer Verteilung an das Direktorium, aber vor der Direktoriumsentscheidung zu genehmigen. Einige Direktoren vertraten die Auffassung, dass die vorherige Veröffentlichung von LOIs/MEFPs auf freiwilliger Basis und nach Antrag des Mitglieds die öffentliche Diskussion über die Politikabsichten des Mitglieds beleben könne. Die meisten Direktoren bevorzugten jedoch die Beibehaltung der gegenwärtigen Politik, um der Billigung von Vereinbarungen zwischen einem Mitglied und der IWF-Geschäftsführung durch das Direktorium nicht vorzugreifen.

Die Direktoren erörterten die Politik nach der *Öffentlichen Informationsmitteilungen (PINs) für Artikel-IV-Konsultationen*, die durch Fristablauf abgeschlossen werden, keinen Hinweis auf diese Vorgehensweise beinhalten sollten, um in der Öffentlichkeit eventuelle Missverständnisse bezüglich der Verantwortlichkeit des Direktoriums für die Bewertung zu vermeiden. Für Konsultationen, die durch Fristablauf bzw. in Kurzform abgeschlossen werden, befürworteten viele Direktoren, diese Tatsache im Einklang mit den Zielen der Transparenz in der PIN mit einer angemessenen Erklärung zu bestätigen. Die gegenwärtige Politik würde dann entsprechend angepasst werden. In Fällen von Fristablauf waren sich die Direktoren einig, dass der PIN-Abschnitt „Bewertung durch das Exekutivdirektorium“ auf der Grundlage des PIN-Entwurfs, der drei Tage vor Ablauf der Frist getrennt an das Direktorium verteilt wird, vom Direktorium gebilligt werden solle.

Außerdem stimmten die Direktoren dafür, (1) Verweise auf überfällige Verbindlichkeiten in Artikel-IV-PINs und in Erklärungen des Vorsitzenden zu erlauben, nachdem eine Presseerklärung über diese Angelegenheiten herausgegeben worden ist; (2) die Veröffentlichung von Informationen über geänderte

Rückzahlungserwartungen für die Vorbeugende Kreditlinie (Contingent Credit Line) und die Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (Supplemental Reserve Facility) in einer Erklärung des Vorsitzenden, einer PIN, einer Presseerklärung oder im Stabsbericht zu erlauben, sofern das Mitglied zustimmt, sowie (3) Bewertungen der Stabilität des Finanzsystems (Financial System Stability Assessments) und eigenständige Schuldentragfähigkeitsanalysen der HIPC-Initiative in die Liste der Dokumente aufzunehmen, für die eine Veröffentlichung erlaubt ist.

Bezüglich der *Veröffentlichung von Direktoriums-
sprachen zu Politikthemen* begrüßten die Direktoren, dass die aktuelle Politik den öffentlichen Zugang zu Informationen über Politikmaßnahmen des IWF beträchtlich ausgeweitet habe. Die meisten Direktoren unterstützten einen Übergang zu einer Erwartung der Veröffentlichung von Dokumenten und Öffentlichen Informationsmitteilungen über Politikmaßnahmen, die auch die Zusammenfassung der Direktoriumsaussprache umfassten. Viele Direktoren sahen jedoch auch Vorzüge in der Veröffentlichung von Verwaltungsdokumenten.

Zu den Erfahrungen mit der Umsetzung der Richtlinie für *Streichungen und Korrekturen in Stabsberichten* stellten die Direktoren fest, dass die Anzahl von Streichungen im Einklang mit diesen Grundsätzen begrenzt und weitgehend auf äußerst marktsensibles Material beschränkt worden sei. Während die Beibehaltung der gegenwärtigen Streichungsprinzipien eine breite Zustimmung fand, schlugen viele Direktoren vor, das Verfahren flexibel anzuwenden. In diesem Zusammenhang regte eine Reihe von Direktoren an, bei der Überprüfung im Juni 2003 die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, politisch hochsensible Informationen zu streichen. Die meisten Direktoren billigten den Stabsvorschlag, die Streichung von hoch marktsensiblen Erfüllungskriterien und strukturellen Referenzwerten zu erlauben. Diese könnten in einem Begleitbrief bekannt gegeben werden. Das wäre auch ein sinnvoller Schritt in Richtung einer harmonisierten Anwendung der Prinzipien für alle Dokumente.

Der *große Umfang an Korrekturen* in Berichten zu Artikel IV und zum Einsatz von Fondsmitteln wurde hauptsächlich als Widerspiegelung der Bemühungen sowohl der Mitglieder als auch des Stabs gesehen, der Öffentlichkeit genaue Informationen zukommen zu lassen. Einige Direktoren sahen dennoch Spielraum für eine größere Zurückhaltung und restriktivere Handhabung in dieser Angelegenheit. Sie wiesen außerdem darauf hin, dass die Korrekturen zu Verzögerungen bei der Veröffentlichung führten.

Der *zeitnahe Zugang zu Protokollen des Exekutivdirektoriums* ist laut den Direktoren ein wichtiger Bestandteil der Bemühungen zur Verbesserung der Transparenz bei der Entscheidungsfindung des IWF. Sie

unterstützten den Vorschlag, die aktuelle 20jährige Wartezeit zu verkürzen. Allerdings waren sie unterschiedlicher Ansicht über die angemessene Herabsetzung. Während eine Kürzung auf fünf Jahre für den Zugang zu Protokollen über Politikdiskussionen weiterhin unterstützt wurde, vertraten viele Direktoren die Auffassung, dass die Aussicht auf öffentlichen Zugang nach fünf Jahren bei Länderthemen die Offenheit der Direktoriumsaussprache unangemessen beeinträchtigen könne. Daher wurde eine Kürzung der Zeitspanne für den Zugang zu Protokollen der Sitzungen des Exekutivdirektoriums auf zehn Jahre beschlossen.

Überprüfung der externen Kommunikationsstrategie des IWF

Im März 2003 überprüfte das Direktorium die externe Kommunikationsstrategie des IWF. Dies war die dritte Diskussion dieser Art innerhalb von fünf Jahren.¹ Die Überprüfung zog Bilanz über die jüngsten Fortschritte in Richtung einer größeren Offenheit des IWF und einer höheren Empfänglichkeit für Ansichten von außerhalb, einschließlich Bedenken und Kritik. Ungeachtet der erzielten wesentlichen Verbesserungen erkannten die Direktoren die verbleibenden Herausforderungen. Ihrer Ansicht nach seien fortlaufende Bemühungen notwendig, um das Wissen der Öffentlichkeit über die Arbeit des IWF weiter zu verbessern. Auf dieser Basis könne er dann seine Mitgliedsländern besser unterstützen.

Die relativ hohe Medienpräsenz des IWF bietet eine wertvolle Gelegenheit, die externe Kommunikation wirksamer umzusetzen. Obwohl die Arbeit des IWF – basierend auf seinem Mandat, die makroökonomische und monetäre Grundlage wirtschaftlichen Wachstums zu sichern – grundlegend für weltweiten wirtschaftlichen Wohlstand und steigenden Lebensstandard sei, bemerkten die Direktoren, dass ein Großteil seiner Arbeit umstritten sei. Dies liege nicht zuletzt daran, dass ein wichtiger Teil der IWF-Arbeit darin bestehe, Länder zu beraten, wie sie unter schwierigen Umständen der wirtschaftlichen Realität am besten gegenüberstehen sollten. Das schließe Situationen ein, in denen sie die finanzielle Unterstützung des IWF benötigten. In diesem Zusammenhang vertraten die Direktoren die Auffassung, dass die Verbesserung der Kenntnisse über die Arbeit des IWF und die Anerkennung seiner Kompetenz sowie die Erhöhung der Glaubwürdigkeit seiner Politikmaßnahmen in der Kommunikationspolitik wichtiger seien als die Steigerung seiner Beliebtheit.

¹Zur „externen Kommunikation“ des IWF gehört nicht seine Kommunikation mit den Behörden und Vertretern der Mitgliedsstaaten. Ebenso bleibt die Kommunikation mit anderen internationalen Organisationen ausgeklammert. Die erste Direktoriumsaussprache zur externen Kommunikationsstrategie fand im Juli 1998 statt, die zweite im Februar 2000.

Ein ständiges, konzentriertes Bemühen um die Verbesserung des Wissens über die Institution könne im Laufe der Zeit in den Mitgliedstaaten zu einer stärkeren Unterstützung für die Arbeit des IWF beitragen, selbst wenn die Fortschritte nur schrittweise erfolgten und bescheiden schienen. Die Direktoren stellten grundsätzlich fest, dass im gegebenen Budgetrahmen durch eine bessere Fokussierung und Prioritätensetzung bei den externen Kommunikationsaktivitäten mehr erreicht werden könne.

Fokus und Koordination

Die Direktoren waren sich einig, dass die Kommunikation des IWF auf klar abgegrenzte Schwerpunkte ausgerichtet werden sollte. Dabei sollten sich die Hauptthemen aus den Vorgaben des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses sowie aus den Entscheidungen und Arbeitsplänen des Exekutivdirektoriums ableiten. Die Direktoren erkannten, dass die externe Kommunikation in der gemeinsamen Verantwortlichkeit des Exekutivdirektoriums, der Geschäftsführung und des Stabs liege und dass die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit (External Relations Department – EXR) notwendigerweise eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung einer ordentlichen Entwicklung, Koordination und Bereitstellung der externen IWF-Kommunikation spiele. Der Verantwortlichkeitsbereich der Abteilung umfasst die Informierung des Stabs über die Schlüsselthemen der externen Kommunikation, den Entwurf und die Überarbeitung von Material für öffentliche Erklärungen sowie die Koordination und Beratung bei öffentlichen Reden und beim Umgang mit den Medien. Da zwangsläufig immer mehr IWF-Beteiligte in solche Maßnahmen eingebunden werden, sahen die Direktoren zunehmende Bedeutung darin, die Verbreitung konsistenter Verlautbarungen sicherzustellen.

Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Informationen

Wie die Direktoren feststellten, hat die Transparenzpolitik des IWF dazu geführt, dass der Publikationsumfang von Politik- und Länderdokumenten sowie von Zusammenfassungen der Direktoriumsaussprachen stark angestiegen ist, wobei die Internetseite des IWF das vorrangige Verbreitungsmedium darstellt. Der IWF veröffentlicht außerdem eine große Menge von Forschungsarbeiten und statistischen Daten sowie umfassende Informationen über seine Finanzen. Die Direktoren erkannten an, dass es auf Grund des Umfangs der vom IWF herausgegebenen Informationen sowie des technischen und spezialisierten Inhalts dringend erforderlich sei, klare und kurze Zusammenfassungen sowie erklärendes Material für Laien bereitzustellen. Die Direktoren unterstützen die laufenden Bemühungen zur Verbesserung der Entwurfsvorbereitung, redaktions-

nellen Bearbeitung und Zusammenfassung von IWF-Material, das für eine öffentliche Verbreitung vorgesehen ist. Sie merkten jedoch an, dass mehr getan werden müsse, um derartiges Material verständlich zu machen – die Präsentation in einfachem Englisch und ein verminderter Gebrauch von Fachausdrücken inbegriffen. In ähnlicher Weise forderten die Direktoren ständige Bemühungen zum Ausbau der Kommunikationsfähigkeiten des gesamten IWF-Stabs. Dies diene nicht nur einer verbesserten Interaktion mit der Öffentlichkeit, sondern auch einer Weiterentwicklung der Lernkultur der Institution insgesamt. Viele Direktoren betonten, dass Führungskräfte innerhalb des IWF einen positiven Beitrag zur externen Kommunikation leisten könnten und Überlegungen notwendig seien, wie in dieser Hinsicht am besten zu verfahren sei.

Proaktive Informationsveranstaltungen und Gespräche

Die Direktoren teilten die Ansicht der Geschäftsführung und des Stabs, dass der Zweck von Informationsveranstaltungen und Gesprächen sowohl das Zuhören und Lernen als auch das Informieren und Bereitstellen von Erklärungen für Gesprächspartner umfasse. Sie bestätigten, dass der IWF heute mehr als in der Vergangenheit danach strebe, die Ansichten seiner Kritiker und Befürworter bei der Entwicklung und Überarbeitung von Politikmaßnahmen, Verfahren und Ratschlägen des IWF zu berücksichtigen. Die in den letzten Jahren bemerkenswerte Ausweitung der Kommunikation der Institution mit Vertretern außerhalb staatlicher Behörden, vor allem mit Gesetzgebern und zivilgesellschaftlichen Organisationen, wurde begrüßt (siehe Kasten 7.2). Für das weitere Vorgehen kamen die Direktoren überein, dass der IWF angesichts seiner begrenzten Mittel genau wie andere internationale Organisationen selektiv vorgehen und Prioritäten für die Informationsveranstaltungen und Gespräche setzen müsse.

Die meisten Direktoren unterstützten eine Prioritätensetzung für Gespräche mit Gesetzgebern, Gewerkschaften und dem Privatsektor in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden. Sie sprachen sich zudem für eine aktivere Rolle der örtlichen Vertreter und Missionsleiter des IWF bei den Informationsveranstaltungen aus und wiesen auf den wichtigen Einfluss von Reden der Geschäftsführung und von Besuchen der Geschäftsführung in Mitgliedsländern hin. Die Direktoren begrüßten den Stabsvorschlag, eine Leitlinie für Informationsveranstaltungen des Stabs mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vorzubereiten. Die Direktoren regten den Stab dazu an, die Erfolge des IWF hervorzuheben, sie wiesen aber auch darauf hin, dass das öffentliche Meinungsbild und die Rechenschaftslegung des IWF nur profitieren können, wenn die Institution bereit ist, aus ihren Erfahrungen zu lernen und Fehler offen zu-

zugeben, wenn sie auftreten. Obwohl die Direktoren grundsätzlich eine unverzügliche, energische Erwidern auf voreingenommene oder ungenaue Medienberichte über den IWF und seine Tätigkeiten befürworteten, erkannten sie an, dass die Verbreitung konsistenter langfristiger Botschaften an Meinungsführer in der ganzen Welt ein Schlüsselziel sein sollte.

Vergrößerung der Reichweite der Kommunikation des IWF

Die Direktoren begrüßten den bedeutenden Beitrag, den die Verfügbarkeit umfassender Informationen auf der externen Website des IWF zur Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit leistet. Sie befürworteten eine fortgesetzte Entwicklung und Erweiterung der Internetseite, die sich auf die Qualität der bereitgestellten Informationen konzentrieren und die Einfachheit und Schnelligkeit des Zugangs für Nutzer weltweit erhalten solle. Die Direktoren unterstützten die Anstrengungen, die Verbreitung der gedruckten Veröffentlichungen des IWF auszuweiten, insbesondere in den Entwicklungsländern. Sie begrüßten auch die im Gang befindlichen Bemühungen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und der Regionalabteilungen, die externen Kommunikationsprogramme des IWF für bestimmte Regionen und Länder besser zu planen und zu koordinieren. Dabei sei es wichtig, die von Land zu Land unterschiedlichen Umstände und Sichtweisen zu berücksichtigen und keine Region zu übergehen. Innerhalb eines bestimmten Landes werde, so stellten die Direktoren fest, die Wirkung der Kommunikation des IWF unter den Gruppen und Institutionen variieren und die Kommunikationsbemühungen müssten auf den speziellen Hintergrund und die Anliegen unterschiedlicher Ansprechpartner ausgerichtet werden.

Veröffentlichungen in anderen Sprachen als Englisch

Die Direktoren erörterten die Schlussfolgerungen des Berichts einer abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe über IWF-Veröffentlichungen in anderen Sprachen als Englisch (der Arbeitssprache des IWF). Sie stimmten darin überein, dass eine verstärkte Veröffentlichung von IWF-Dokumenten und zusätzliche Informationen in anderen Sprachen als Englisch, einschließlich lokaler Sprachen sowie der am weitesten verbreiteten internationalen Sprachen, sehr hilfreich sein könne, um das Wissen über und die Unterstützung für die Politiken und den Rat des IWF zu erhöhen. Außerdem könne so die Reformbereitschaft der Länder gestärkt werden. Bei Dokumenten über die wirtschaftspolitischen Absichten der Länder solle die Praxis gefördert werden, diese mit den Websites der Behörden zu verknüpfen, wenn sie im Original in lokalen Sprachen verfügbar sind, oder sie in die IWF-Website einzustellen, wenn sie in einer der wichtigsten Sprachen abgefasst sind, für die Ver-

knüpfungen auf der Homepage existieren. In anderen Fällen könnten die Übersetzungskosten erheblich sein. Die meisten Direktoren vertraten die Auffassung, dass dies innerhalb bestehender Budgetgrenzen auf bedarfsorientierter und einzelfallbezogener Basis finanziert werden solle. Sie forderten den Stab auf, kostengünstige Optionen und Fälle zu identifizieren, wo davon auszugehen sei, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Veröffentlichung übersetzter Dokumente günstig ist.

Die Rolle des Exekutivdirektoriums

Die Direktoren äußerten ein Spektrum von Ansichten zur Rolle der Exekutivdirektoren in der externen Kommunikation. Mehrere Direktoren verwiesen auf die vielschichtigen Probleme, die eine herausgehobene Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit mit sich bringe. So sei ein Abwägen zwischen ihren Funktionen als Vertreter ihrer Länder und als leitende Beamte des IWF erforderlich. Es wurde der Vorschlag gemacht, dass sich die Direktoren von einem Verhaltenskodex leiten lassen könnten, den das Direktorium selbst nachfolgend entwickeln könne.

Das Unabhängige Evaluierungsbüro

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office – IEO) wurde im Juli 2001 errichtet, um objektive und unabhängige Prüfungen von Fragen durchzuführen, die für das Mandat des IWF von Bedeutung sind, und zwar in einer Weise, die die internen Überwachungs- und Evaluierungsfunktionen der Institution ergänzt. Es wird erwartet, dass das IEO durch diese Arbeit die Lernkultur innerhalb des IWF verbessert, die externe Glaubwürdigkeit der Institution stärkt, in den Mitgliedsländern die Kenntnisse über die Arbeit des IWF erweitert und die institutionellen Lenkungs- und Aufsichtsaufgaben des Exekutivdirektoriums unterstützt.

Das Arbeitsprogramm des IEO für das Geschäftsjahr 2002/2003 bestand aus drei Evaluierungsprojekten: (1) die übermäßig lange Inanspruchnahme von Finanzmitteln des IWF und ihre Auswirkungen; (2) die Rolle des IWF in drei jüngeren Fällen von Kapitalbilanzkrisen (Brasilien, Indonesien und Korea); sowie (3) fiskalische Anpassung in IWF-gestützten Programmen in einer Gruppe von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Der Bewertungsbericht für das erste Projekt – zur übermäßig langen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln – wurde vom Direktorium im September 2002 im Wesentlichen unterstützt und nachfolgend veröffentlicht. Der Bericht unterbreitete eine Reihe von Empfehlungen, die darauf ausgerichtet sind, die übermäßig lange Inanspruchnahme und ihre schädlichen Folgen zu minimieren. Diese Empfehlungen befassten sich auch mit der Begründung für IWF-gestützte Programme (einschließlich der Notwendigkeit, alternative Verfahren zu finden, um anderen Gebern und Gläubi-

gern das „Gütesiegel“ des IWF zu signalisieren), mit der Programmgestaltung, der Verbesserung politischer Information und Analyse sowie dem Management der Humanressourcen. Die Geschäftsleitung des IWF richtete eine Arbeitsgruppe ein, um Vorschläge zu erarbeiten, wie die von der Evaluierung aufgeworfenen Fragen am besten angegangen werden könnten. Das IEO legte der Arbeitsgruppe auch Kommentare vor, die es durch seine Politik zur Einbeziehung der Öffentlichkeit erhalten hatte. Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde im März 2003 im Exekutivdirektorium erörtert, und es

wurde ein spezieller Katalog mit Folgemaßnahmen vereinbart. (Zu Einzelheiten siehe Kapitel 4.)

Der Evaluierungsbericht zu den drei Fällen von Kapitalbilanzkrisen wurde der Geschäftsleitung und dem Evaluierungsausschuss des Exekutivdirektoriums im April 2003 zur gleichen Zeit für Anmerkungen übergeben. Die Verteilung des Evaluierungsberichts zur fiskalischen Anpassung in IWF-gestützten Programmen war für Mai 2003 geplant.

Was die Zukunft anbelangt, so wurde das Arbeitsprogramm für das Geschäftsjahr 2004 vom Direktor

Kasten 7.2

Engagement bei Informationsveranstaltungen und Meinungsaustausch

Der Zweck des IWF-Engagements bei Informationsveranstaltungen und Gesprächen über offizielle Kreise hinaus umfasst sowohl das *Zuhören* und *Lernen* als auch das *Informieren* und *Überzeugen* der Gesprächspartner hinsichtlich fondsbezogener Angelegenheiten. Die Anregung von Kommentaren aus der Öffentlichkeit zu Politikvorschlägen des IWF über die Internetseite und in speziell einberufenen Sitzungen und Konferenzen ist zur Routine geworden – einige jüngste Beispiele sind die Überprüfungen von Strategiedokumenten zur Armutsbekämpfung und der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazität, die Entwicklung der HIPC-Initiative (Schuldenabbau), die Überprüfung der Konditionalität des Fonds, die Einrichtung und das Arbeitsprogramm des Unabhängigen Evaluierungsbüros sowie der Vorschlag für einen Umstrukturierungsmechanismus für Staatsschulden. Auf diese Weise ergänzt der IWF seine formellen Verfahren der Rechenschaftslegung gegenüber Mitgliedstaaten – vertreten im Gouverneursrat und im Exekutivdirektorium – durch die Kontakte zu Organisationen, die die Ansichten verschiedener Gruppen widerspiegeln.

Gesetzgeber

Der IWF hat begonnen, seine Informationsveranstaltungen für Parlamentarier auszuweiten, um das Wissen über den Fonds und seine Politikmaßnahmen zu erweitern. Unter anderem hat er angefangen, Seminare für Gesetzgeber in einzelnen Ländern abzuhalten. Im März 2003 hielt der IWF in Kamerun ein Seminar mit Gesetzgebern, Gouverneuren der Provinzen sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der

Medien ab, um die Rolle des Fonds im Allgemeinen und die vom IWF unterstützten Programme im Besonderen zu erläutern. Im April 2003 wurde eine ähnliche Veranstaltung mit ghanaischen Gesetzgebern organisiert. Der IWF arbeitet ferner mit dem Parlamentarischen Netzwerk der Weltbank zusammen (einer informellen Gruppe von Parlamentariern sowohl aus Industrials als auch aus Entwicklungsländern, die an Entwicklungsthemen interessiert sind). Dies schließt die Teilnahme an Besuchen von Parlamentariern in PRSP-Ländern ein. Der Geschäftsführende Direktor nahm an der vierten Jahreskonferenz des Parlamentarischen Netzwerks teil, die eine einstündige Frage- und Antwortsitzung mit Gesetzgebern beinhaltete. Zudem treffen sich Geschäftsführung und Stab häufig im IWF-Hauptquartier mit Besuchergruppen von Gesetzgebern. Der Geschäftsführende Direktor sprach außerdem in Hauptstädten mit Mitgliedern nationaler Parlamente. Der IWF bot den Gesetzgebern des Weiteren Ausbildungsmaßnahmen an.

Privatsektor

Die Interaktion des IWF mit dem privaten Unternehmens- und Finanzsektor auf Länderebene schließt oftmals Treffen seiner Missionsteams und örtlichen Vertreter mit Arbeitgeberverbänden, privaten Firmen, Banken oder anderen Finanzinstitutionen ein. Die jüngste Untersuchung über Informationsveranstaltungen in den Ländern zeigt, dass die örtlichen Vertreter durchschnittlich einmal alle zwei Monate mit Unternehmens- und Handelsverbänden zusammenkommen. Weltweit unterhält die Abteilung

Internationale Kapitalmärkte (International Capital Markets Department) ein umfangreiches informelles Kommunikationsnetzwerk mit privaten Finanzmarktteilnehmern. Und auf Geschäftsführungsebene bieten die halbjährlichen Sitzungen der Beratungsgruppe für Kapitalmarktfragen (Capital Markets Consultative Group) Gelegenheiten für informelle Gespräche über Schlüsselthemen von gegenseitigem Interesse.

Zivilgesellschaftliche Organisationen

In den letzten Jahren hat der IWF die Informationsveranstaltungen und Gespräche mit der Zivilgesellschaft wesentlich ausgebaut. Einbezogen wurden Arbeitnehmerorganisationen, einige Unternehmensverbände, Nichtregierungs-Organisationen (NGOs), glaubensbasierte Organisationen sowie akademische und politische Forschungseinrichtungen („Denkfabriken“). Der Stab und die Geschäftsführung des IWF haben nun des Öfteren Zusammenkünfte mit derartigen Organisationen sowohl im Hauptquartier als auch in den Mitgliedstaaten. In einkommensschwachen Ländern wurde durch den PRSP-Prozess die Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen (civil society organizations – CSOs) an der Formulierung und Umsetzung besserer Politikmaßnahmen zur Armutsbekämpfung gefestigt. Bei vielen Artikel-IV-Konsultationsmissionen bemüht man sich darum, bei den Gesprächen über die wirtschaftliche Lage weite Teile der Zivilgesellschaft zu Rate zu ziehen. Der Aufgabenbereich der IWF-Büros im Ausland und der örtlichen Vertreter beinhaltet häufig Kontakte

des IEO nach einer umfassenden Runde von Konsultationen mit einem breiten Spektrum interner und externer Beteiligter verabschiedet. Anschließend wurde es vom Direktorium überprüft und befürwortet. Das Arbeitsprogramm umfasst: (1) eine Evaluierung der Erfahrung des IWF mit Strategiedokumenten zur Armutsbekämpfung und der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRSP/PRGF); (2) eine Evaluierung der Rolle des IWF in Argentinien im Zuge einer Bewertung der Programme 2000 und 2001, aber auch durch eine längerfristige Begutachtung des IWF-Enga-

gements von 1991 an; sowie (3) eine Evaluierung der technischen Hilfe des IWF.

Die PRSP/PRGF-Evaluierung ist bereits im Gang. Sie wird zusammen mit einer parallelen Evaluierung der Erfahrungen der Weltbank durch deren Abteilung zur Bewertung der Geschäftsabläufe (Operations Evaluation Department) vorgenommen. Die endgültige Fassung des Mandats wurde nach einer Konsultationsrunde mit internen und externen Beteiligten auf der Basis eines früheren Diskussionspapiers in die Website des IEO eingestellt. Entsprechende Papiere für die an-

und Dialog mit CSOs. Dieser Dialog deckt ein breites Themenspektrum ab. Dazu zählen makroökonomische Politik und andere damit verbundene Politikmaßnahmen, Auswirkung struktureller Anpassung auf die Armen, Entschuldung und Armutsbekämpfung, Handels- und Kapitalverkehrsliberalisierung, Globalisierung und die Lenkung der Weltwirtschaft (Diskussionen über neue Regeln für das globale Finanzsystem inbegriffen), Förderung guter Regierungsführung sowie Kampf gegen Korruption.

Kontakte des Stabs mit nationalen Gewerkschaften im Zusammenhang mit Artikel-IV- oder Programmdiskussionen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Etwa 70 % der IWF-Missionen traten mindestens einmal in den vergangenen zwei Jahren mit Gewerkschaften oder anderen Arbeitnehmervertretern in Kontakt, um die Ansichten der Gewerkschaften zu erfahren und die Politikratschläge des IWF zu erklären und zu erörtern. Außerdem unterhält der IWF einen konstruktiven Dialog mit der internationalen Arbeiterbewegung, die hauptsächlich durch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (International Confederation of Free Trade Unions – ICFTU) und den Weltweiten Arbeiterbund (World Confederation of Labor) vertreten wird. Dieser Dialog erfolgt durch Arbeitstagungen, regionale Seminare sowie gemeinsam mit der Weltbank in Washington, D.C., abgehaltene Führungstreffen. Das letzte Führungstreffen fand im Oktober 2002 statt und umfasste 90 Gewerkschaftsvertreter aus 40 Ländern.

Obwohl der IWF keine NGO-Beratungsgruppe besitzt, verstärkt er seine

Bemühungen zum Dialog mit NGOs, die sich in der Forschung und bei Politikmaßnahmen zu Entwicklungs-, Verschuldungs-, Umwelt- und anderen verwandten Wirtschaftsthemen engagieren. Üblicherweise steht der IWF, soweit es die Mittel zulassen, allen Anfragen von NGOs, die an einem konstruktiven Dialog interessiert sind, positiv gegenüber. Er konzentriert sich dabei jedoch auf diejenigen NGOs mit einer Führungsrolle.

Auf internationaler Ebene steht eine Reihe bedeutender interessenorientierter NGOs in regelmäßiger Verbindung mit dem IWF-Stab, um Politikmaßnahmen und Programme zu erörtern. Zahlreiche Sitzungen zu einer Vielzahl von Themen, die von Schuldenerleichterung und PRSPs bis zu Transparenz, Führung und Umwelt reichen, finden regelmäßig in Washington und Europa statt (im Jahr 2002 wurden etwa 310 Treffen mit NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im IWF-Hauptquartier abgehalten). NGOs werden ebenfalls zur aktiven Teilnahme an Überprüfungen der Politikmaßnahmen des IWF aufgefordert – jüngste Beispiele umfassen ihre Beteiligung an den Überprüfungen von Konditionalität, Transparenz, Handel und PRSP –, und sie werden häufig zu Konferenzen über diese Überprüfungen eingeladen.

In dem Umfang, in dem es die Mittel und andere Prioritäten erlauben, organisiert der IWF Arbeitstagungen und Seminare für NGOs (insbesondere auf der Südhalbkugel), häufig in Zusammenarbeit mit örtlichen Vertretern und Regionalbüros, um die Rolle des IWF bei der Formulierung von Politikmaßnahmen in Programmländern zu erklä-

ren. Der IWF verschickt außerdem per Post und E-Mail ein vierteljährliches Mitteilungsblatt in Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch an NGOs und andere CSOs mit weltweit etwa 700-800 Empfängern und stellt es in die Internetseite des Fonds ein.

Der IWF hatte in der Vergangenheit in begrenztem Umfang sporadische Gespräche und Treffen mit glaubensbasierten Organisationen, die im Allgemeinen freundlich und konstruktiv waren. Der Weltkirchenrat hat erneutes Interesse am Dialog mit dem Fonds gezeigt, und das vorgeschlagene Arbeitsprogramm des Weltweiten Entwicklungspolitischen Dialogs mit Glaubensgemeinschaften (World Faiths Development Dialogue) beinhaltet die Förderung der Millennium-Entwicklungsziele und die Einbeziehung von Glaubensgruppen in Beratungen über die Armutsbekämpfungsstrategie.

Der IWF spricht mit Forschern auf Universitätsstufe und in „Denkfabriken“, um die Kenntnisse einflussreicher Politikanalysten über die Fondspolitik zu erweitern und zu vertiefen sowie um Ansichten und Sachverstand von außerhalb in den Fonds einzubringen. Die Serie der Wirtschaftsforen dient ebenfalls dazu, den Politikdialog auszuweiten. Der IWF organisiert im Hauptquartier jährlich zehn bis zwölf Wirtschaftsforen zur Förderung informierter Diskussionen zu Themen, denen sich der Fonds und die internationale Gemeinschaft gegenüber sehen. Die jüngsten Themen befassten sich mit dem Euro, der IWF-Führung, ausländischen Direktinvestitionen in China, sozialen Sicherungsnetzen, Kapazitätsaufbau, Frühwarnsystemen für Krisen und Transparenz.

deren zwei Evaluierungsprojekte werden Anfang des Geschäftsjahres 2004 über das Internet zur Kommentierung veröffentlicht.

Das IEO hat umfassende Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit unternommen. Dazu gehören Kontakte zu akademischen Kreisen, zu Gruppen, die Hilfsleistungen bewerten, wie auch zu Vertretern der Zivilgesellschaft. Eine Reihe von Seminaren wurde organisiert, um die Ergebnisse des ersten Evaluierungsprojekts zur übermäßig langen Nutzung von IWF-Mitteln bekannt zu machen. Sie wurden von den externen Beteiligten im Wesentlichen als eine offene und konstruktive Bewertung aufgenommen. Die Website des IEO wird mittlerweile von einem breiten Abonnementkreis genutzt und es werden erhebliche Anstrengungen unternommen um sicherzustellen, dass zentrale Ergebnisse des Büros in anderen Sprachen als Englisch verfügbar sind.

Stärkung von Stimme und Vertretung der Entwicklungsländer

Im September 2002 äußerte der Entwicklungsausschuss den Wunsch, dass die Weltbank und der IWF ein Hintergrundpapier erarbeiten, um auf der Frühjahrstagung 2003 die Beratungen darüber zu erleichtern, welche Möglichkeiten bestehen, die Stimme und Beteiligung von Entwicklungs- und Transformationsländern in den beiden Institutionen auszuweiten und zu stärken. Das Ausmaß und die Wirksamkeit der Beteiligung am Entscheidungsprozess in den Institutionen haben mehrere Aspekte. Der auffallendste Faktor ist das Stimmengewicht. Ein weiterer bedeutender Punkt ist die Frage, ob die vorhandenen Ressourcen es den Ländern gestatten, die gegebenen Möglichkeiten zu nutzen, ihre Ansichten in den Institutionen darzustellen. Dieser letztere Aspekt der „Stimme“ ist sehr wichtig für große, mehrere Länder umfassende Stimm-

gruppen – insbesondere jene, in denen eine erhebliche Anzahl von Ländern mit IWF-gestützten Programmen oder viele HIPC's vertreten sind. Denn damit sind umfangreiche und vielschichtige Fragen verbunden, die ihre Mitarbeit erfordern.

In ihrer ersten Diskussion über das gemeinsame Hintergrundpapier zu diesem Thema unterstrichen die Direktoren, dass es wichtig sei, die Stimme und Beteiligung der Entwicklungs- und Transformationsländer auszubauen. Sie hoben die Initiativen hervor, die bereits unternommen worden sind, um die Stimme der Entwicklungsländer und die Kultur des Zuhörens im IWF zu stärken – einschließlich der im Gang befindlichen Entwicklung des PRSP-Prozesses, der intensivierten Unterstützung des Kapazitätenaufbaus und der Betonung der Reformbereitschaft der Länder. Die Direktoren erwarteten, dass auf den derzeitigen Bemühungen weiter aufgebaut werde. Da bei einer Reihe von möglichen administrativen Maßnahmen zur Stärkung der Stimme ein rascher Fortschritt erzielt werden kann, hat das Direktorium bereits begonnen, Schritte zu erörtern, die kurzfristig unternommen werden könnten, um personelle und technologische Erfordernisse der beiden Wahlrechtgruppen der afrikanischen Länder südlich der Sahara anzugehen, deren Bedarf besonders dringend ist. Der Fortschritt in diesen Fragen wird es dem Entwicklungsausschuss ermöglichen, sich beim Thema Stimme und Beteiligung auf den Stimmengewichts-Aspekt zu konzentrieren, was in nächster Zeit weitere sorgfältige Beratungen und konsensbildende Bemühungen in der Mitgliedschaft erfordert. Der IMFC wird auf der Jahrestagung 2003 die Gelegenheit haben, diese Fragen erneut aufzugreifen. Er kann sich dabei auf einen Lagebericht des Exekutivdirektoriums über dessen Beratungen in Zusammenhang mit der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung stützen.

Finanzielle Aktivitäten und Politikmaßnahmen im Geschäftsjahr 2003

Der IWF ist eine kooperative Institution, die Finanzierungen für Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanzproblemen bereitstellt. Er gewährt Finanzierungen auf drei Wegen:

Reguläre Operationen. Der IWF vergibt Finanzierungen aus einem revolving Fonds, der aus den Kapitalzeichnungen der Mitglieder (Quoten) besteht, unter der Bedingung, dass der Kreditnehmer wirtschaftliche Anpassungs- und Reformmaßnahmen ergreift, um seine Zahlungsbilanzprobleme zu lösen (siehe Kasten 8.1). Diese Finanzierungen werden im Rahmen verschiedener Politiken und Fazilitäten gewährt, die jeweils auf die Bewältigung spezifischer Zah-

lungsbilanzprobleme ausgerichtet sind (siehe Tabelle 8.1). Die Kredite werden zu marktorientierten Sätzen verzinst. Die Rückzahlungsfristen variieren je nach Kreditfazilität.

Konzessionäre Ausleihungen. Der IWF vergibt Kredite zu einem sehr niedrigen Zinssatz an arme Länder, um ihnen zu helfen, durch eine Restrukturierung ihrer Volkswirtschaften das Wachstum zu fördern und die Armut zu verringern. Der IWF gewährt des Weiteren anspruchsberechtigten armen Ländern Zuschüsse, um sie zu unterstützen, tragfähige externe Verschuldungspositionen zu erreichen. Das Kapital für konzessionäre Darlehen wird durch bilaterale Kredite an den IWF zu

Kasten 8.1

Der Finanzierungsmechanismus des IWF

Die reguläre Kreditvergabe des IWF wird durch die eingezahlten Kapitalzeichnungen der Mitgliedsländer finanziert. Jedem Land ist eine Quote zugeordnet, die seine maximale finanzielle Verpflichtung gegenüber dem IWF festlegt. Ein Teil der Quote wird dem IWF in Form von Reserveaktiva (vom IWF akzeptierte Devisen oder SZR) zur Verfügung gestellt, der Rest in der Landeswährung des Mitglieds. Der IWF gewährt Finanzierungen, indem er dem Kreditnehmer Reserveaktiva aus den Reserveaktiva-Einzahlungen der Mitglieder bereitstellt, oder indem er Länder, die als finanziell stark eingeschätzt werden, ersucht, ihre Einzahlungen in eigener Währung gegen Reserveaktiva einzutauschen (siehe Kasten 8.3).

Der Kredit wird ausbezahlt bzw. in Anspruch genommen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung Reserveaktiva vom IWF „ankauft“. Die Rückzahlung des Kredits wird dadurch erreicht, dass der Kreditnehmer seine

Währung mit Reserveaktiva vom IWF „zurückkauft“. Basierend auf dem SZR-Zinssatz (siehe Kasten 8.6) belegt der IWF Kredite mit einem Basiszinssatz (Gebühren) und erhebt Aufschläge je nach Umfang und Laufzeit des Kredits sowie nach dem Gesamtvolumen ausstehender Kredite.

Ein Land, das dem IWF – entweder als Teil seiner Quoteneinzahlung oder durch Verwendung seiner eigenen Währung – Reserveaktiva zur Verfügung stellt, erwirbt damit einen liquiden Anspruch gegenüber dem IWF (Reserveposition), der auf Verlangen gegen Reserveaktiva zur eigenen Zahlungsbilanz-Finanzierung eingelöst werden kann. Basierend auf dem SZR-Zinssatz werden diese Ansprüche verzinst (Vergütung) und von den Mitgliedern als Teil ihrer internationalen Reserven betrachtet. Bei der Rückzahlung (Rückkauf) von IWF-Krediten durch den Schuldner mit Reserveaktiva werden diese Mittel den Gläubigerländern gutgeschrieben und der Gläubi-

geranspruch gegenüber dem IWF erlischt.

Der der IWF-Kreditvergabe zugrundeliegende „Ankauf/Rückkauf“-Ansatz beeinflusst die Zusammensetzung der IWF-Ressourcen, nicht jedoch deren Gesamtvolumen. Ein Anstieg des ausstehenden Kreditvolumens verringert den Umfang der vom IWF gehaltenen Reserveaktiva und der Währungen finanziell starker Mitgliedsländer. Gleichzeitig erhöht sich das Volumen der vom IWF gehaltenen Währungen der Kreditnehmer. Die Ausleihkapazität des IWF (Liquidität) wird durch das Volumen der vom IWF gehaltenen Reserveaktiva und der Währungen finanziell starker Mitgliedsländer bestimmt (siehe Kasten 8.4).

Detaillierte Informationen über verschiedene Aspekte der Finanzstruktur des IWF und regelmäßige Aktualisierungen seiner finanziellen Aktivitäten sind auf der Webseite des IWF unter <http://www.imf.org/external/fin.htm> verfügbar.

Tabelle 8.1
Finanzfazilitäten des IWF

Kreditfazilität	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung ¹
Kredittranchen und erweiterte Fondsfazilitäten⁴			
Bereitschaftskredit-Vereinbarungen (1952)	Mittelfristige Hilfe an Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	Die Annahme von Politiken, durch die die Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten voraussichtlich innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Erweiterte Fondsfazilität (1974) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Langfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder zur Lösung von langfristigen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	Verabschiedung eines 3-Jahresprogramms über strukturelle Maßnahmen mit jährlicher ausführlicher Erklärung über die Maßnahmen der kommenden 12 Monate	Vierteljährliche oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Sonderfazilitäten			
Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (1997)	Kurzfristige Hilfe bei Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten, die auf Krisen im Vertrauen auf den Märkten zurückzuführen sind	Erhältlich nur im Rahmen von Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarungen mit entsprechenden Programmen und gestärkten Maßnahmen zur Wiedergewinnung des Marktvertrauens	Die Fazilität steht für ein Jahr zur Verfügung; größerer Zugang zu Anfang der Periode mit wenigstens zwei Käufen (Auszahlungen)
Vorbeugende Kreditlinie (1999)	Vorbeugende Linie, die bei Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten bereitgestellt wird, die auf Ansteckungseffekte zurückzuführen sind	Zulassungskriterien: (1) es besteht kein Zahlungsbilanzbedarf; (2) positive Beurteilung der Politiken durch den IWF, (3) konstruktive Beziehung mit privaten Gläubigern und zufrieden stellender Fortschritt beim Abbau der externen Anfälligkeit, (4) zufrieden stellendes Wirtschaftsprogramm	Die Mittel werden für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr bewilligt. Ein kleiner Betrag (5-25 % der Quote) steht bei Bewilligung zur Verfügung, seine Ziehung wird jedoch nicht erwartet. Erwartung, dass ein Drittel der Mittel bei der Aktivierung freigegeben wird, wobei die Abrufstaffelung des Restbetrags in einer Post-Aktivierungs-Überprüfung festgelegt wird
Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (1963)	Mittelfristige Hilfe für vorübergehende Exporterlösausfälle oder übermäßige Ausgaben für Getreideimporte	Steht nur zur Verfügung, wenn die Erlösausfälle/übermäßigen Ausgaben zum großen Teil außerhalb der Kontrolle der Behörden liegen und wenn ein Mitglied eine Vereinbarung mit den Auflagen einer oberen Kredittranche hat oder wenn seine Zahlungsbilanzposition ansonsten zufrieden stellend ist	Wird gewöhnlich für einen Mindestzeitraum von sechs Monaten mit der in der Vereinbarung vorgesehenen Abrufstaffelung ausgezahlt
Notfallhilfe	Schnelle, mittelfristige Hilfe für Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten in Bezug auf:		Keine, obwohl die Hilfe nach Konflikten in zwei oder mehrere Käufe aufgeteilt werden kann
(1) Naturkatastrophen (1962)	(1) Naturkatastrophen	(1) Angemessene Anstrengung zur Überwindung der Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	
(2) Länder nach Konflikten (1995)	(2) im Anschluss an innere Unruhen, politische Umwälzungen oder internationale bewaffnete Konflikte	(2) Aufbau der institutionellen und administrativen Kapazitäten als Vorbereitung für eine Vereinbarung in der oberen Kredittranche oder eine PRGF	
Fazilität für einkommensschwache Mitglieder			
Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (1999)	Langfristige Hilfe für tief sitzende Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten struktureller Art; zielt auf nachhaltiges Wachstum mit Abbau der Armut	Annahme eines 3-jährigen PRGF-Programms. PRGF-unterstützte Programme stützen sich auf Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSP), die von dem Land in einem partizipatorischen Prozess erstellt werden und makroökonomische, strukturelle sowie armutsbekämpfende Maßnahmen erfassen	Halbjährliche (oder gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen
Hinweis: Ersetzte die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität			

¹Die Kreditvergabe des IWF wird finanziert durch die Kapitaleinzahlungen der Mitgliedsländer; jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine Finanzverpflichtung darstellt. Die Länder teilen einen Teil ihrer Quote in für den IWF annehmbaren Fremdwährungen – oder in SZR – bereit, den Rest in der Inlandswährung. Ein IWF-Kredit wird aufgezahlt oder gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung Devisen-Aktiva vom IWF kauft. Die Rückzahlung erfolgt, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung mit Devisen zurückkauft. Siehe Kasten 8.1 über die Finanzierungs-Mechanismen des IWF.

²Der Basissatz der Gebühren auf Mittel, die aus dem Allgemeinen Konto ausgezahlt werden, wird als Anteil des wöchentlichen SZR-Zinssatzes festgelegt und gilt für den Tagessaldo aller ausstehenden Ziehungen aus dem Allgemeinen Konto während der einzelnen Geschäftsquartale des IWF. Zusätzlich zum Basissatz und zum Aufschlag wird eine Vorab-Bereitstellungsgebühr (25 Basispunkte auf zugesagte Beträge bis zu 100 % der Quote, 10 Basispunkte danach) auf den Betrag erhoben, der im Rahmen eines Bereitschaftskredits oder einer Erweiterten Kreditvereinbarung während der einzelnen (jährlichen) Perioden gezogen werden kann. Die Gebühr wird allerdings bei anschließenden Ziehungen im Rahmen der Vereinbarung anteilmäßig zurückerstattet. Zum Zeitpunkt der Transaktion wird auf jede Ziehung der IWF-Mittel im Allgemeinen Konto mit Ausnahme der Ziehungen aus der Reservetranche eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 % erhoben.

Zugangsgrenze ¹	Gebühren ²	Rückkauf- (Rückzahlungs-) Bedingungen ³		
		Verpflichtungs- zeitplan (Jahre)	Erwartungs- zeitplan (Jahre)	Raten- zahlungen
Jährlich: 100 % der Quote; kumulativ: 300 % der Quote	Basissatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200 % der Quote; 200 Basis- punkte bei Beträgen über 300 %)⁵	3¼–5	2¼–4	Vierteljährlich
Jährlich: 100 % der Quote; kumulativ: 300 % der Quote	Basissatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200% der Quote; 200 Basis- punkte bei Beträgen über 300 %)⁵	4½–10	4½–7	Halbjährlich
Keine Zugangsgrenze; dieser Zugang gilt nur, wenn der Zugang im Rahmen einer regulären Vereinbarung sonst die jährliche oder kumulative Grenze überschreiten würde	Basissatz plus Aufschlag (300 Basispunkte, die ein Jahr nach der ersten Auszahlung und danach alle sechs Monate um 50 Basispunkte bis zu einem Höchstbetrag von 500 Basispunkten steigen)	2½–3	2–2½	Halbjährlich
Keine Zugangsgrenze; es wird jedoch erwartet, dass die Zusagen zwischen 300 % und 500 % der Quote liegen	Basissatz plus Aufschlag (150 Basispunkte, die ein Jahr nach der ersten Auszahlung und danach alle sechs Monate um 50 Basispunkte bis zu einem Höchstbetrag von 350 Basispunkten steigen)	2–2½	1–1½	Halbjährlich
Jeweils 45 % der Quote für die beiden Elemente Export und Getreideeinfuhr. Gemeinsame Obergrenze von 55 % der Quote für beide Elemente	Basissatz	3¼–5	2¼–4	Vierteljährlich
Normalerweise auf 25 % der Quote be- grenzt, obwohl in Ausnahmefällen größe- re Beträge bereitgestellt werden können	Basissatz	3¼–5	Nicht zutreffend	Vierteljährlich
140 % der Quote; 185 % der Quote in Ausnahmefällen	0,5 %	5½–10	Nicht zutreffend	Halbjährlich

³Bei Käufen, die nach dem 28. November 2000 erfolgen, wird von den Mitgliedern erwartet, die Rückkäufe (Rückzahlungen) im Einklang mit dem Erwartungs-Zeitplan zu tätigen; der IWF kann jedoch auf Antrag eines Mitglieds den Zeitplan der Rückzahlungserwartungen ändern, wenn das Exekutivdirektorium entscheidet, dass sich die externe Position des Mitglieds noch nicht ausreichend verbessert hat, um Rückkäufe zu tätigen.

⁴Kredittranchen beziehen sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zu den Quoten der Mitglieder im IWF; so sind Auszahlungen bis zu 25 % der Quote eines Mitglieds Auszahlungen im Rahmen der ersten Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen über 25 % der Quote werden Ziehungen in den oberen Kredittranchen genannt; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung. Der Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Kreditvereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

⁵Auf den Gesamtbetrag ausstehender Kredite, der auf Käufen basiert, die nach November 2000 in den Kredittranchen und unter der EFF getätigt wurden, wird ein Aufschlag erhoben.

marktorientierten Zinsen aufgebracht, wobei der IWF als Treuhänder fungiert. Die Mittel zur Subventionierung des Zinssatzes, der den Kreditnehmern berechnet wird, und die Zuschüsse für die Schuldenerleichterung werden durch Beiträge von Mitgliedsländern und Einkommen aus Eigenmitteln des IWF finanziert.

Sonderziehungsrechte. Außerdem kann der IWF internationale Reserveaktiva durch Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) an seine Mitglieder schaffen, die genutzt werden können, um Devisen von anderen Mitgliedern zu erwerben oder Zahlungen an den IWF zu leisten. Das SZR dient zudem als Rechnungseinheit des IWF. Sein Wert basiert auf einem Korb der vier wichtigsten internationalen Währungen. Der SZR-Zinssatz wird aus den Marktzinssätzen der Währungen im Währungskorb abgeleitet und bildet die Basis für andere IWF-Zinssätze.

Zu den wichtigsten finanziellen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2003 gehören die Folgenden:

- Der IWF schloss eine Überprüfung der Kapitalzeichnungen der Mitglieder (Quoten) ab und kam zu dem Schluss, dass vorläufig keine generelle Erhöhung seiner Kapitalbasis notwendig sei.
- Die ausstehenden IWF-Kredite an Mitglieder nahmen zu, da sich die Kapitalflüsse in aufstrebende Volkswirtschaften weiter verringerten und sich mehrere Mitglieder mit sehr hohen externen Finanzierungsbedürfnissen einem eingeschränkten Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten gegenüber sahen.
- Der IWF setzte seine Bemühungen fort, seinen ärmsten Mitgliedern zu helfen, ihre Schuldenlasten abzubauen, und die konzessionären Kreditaktivitäten des Fonds eindeutiger auf die Armutsbekämpfung zu konzentrieren.

Reguläre Finanzierungsaktivitäten

Der IWF wickelt seine regulären Kreditvergabeaktivitäten über das Allgemeine Konto (General Resources Account – GRA) ab, das die Quoteneinzahlungen der Mitglieder enthält. Der Großteil der Finanzierungen wird im Rahmen von Bereitschaftskredit-Vereinbarungen gewährt, die auf die Überwindung kurzfristiger zyklischer Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten von Mitgliedern abzielen, sowie unter der Erweiterten Fonds-Fazilität (EFF), die sich auf externe Zahlungsschwierigkeiten konzentriert, welche durch längerfristige Strukturprobleme verursacht werden. Kredite im Rahmen von Bereitschafts- und Erweiterten Kreditvereinbarungen können durch kurzfristige Mittel aus der Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (Supplemental Reserve Facility – SRF) ergänzt werden, um Mitglieder zu unterstützen, die sich einem plötzlichen und störenden Verlust des Zugangs zum Kapitalmarkt gegenüber sehen. Alle Kredite sind verzinslich und können je nach Art und Laufzeit des Kredits sowie

nach dem Volumen der insgesamt ausstehenden IWF-Kredite mit Zinsaufschlägen versehen werden. Auch die Rückzahlungsfristen unterscheiden sich je nach Fazilität (siehe <http://www.imf.org/external/np/ire/lend/terms.htm>).

Kreditvergabe

Die Neukreditzusagen des IWF wurden im Geschäftsjahr 2003 von einer hohen Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Brasilien dominiert. Zusätzlich dazu hielten die neuen umfangreichen Vereinbarungen mit Kolumbien und Argentinien sowie die Aufstockungen der bestehenden Vereinbarung mit Uruguay die gesamten Kreditzusagen im Geschäftsjahr 2003 auf relativ hohem Niveau, wobei die Neukreditzusagen 29,4 Mrd. SZR erreichten, verglichen mit 39,4 Mrd. SZR im Geschäftsjahr 2002.¹

Der IWF billigte zehn neue Bereitschaftskredit-Vereinbarungen mit Zusagen von insgesamt 27,1 Mrd. SZR. Außerdem wurde die Zusage an Uruguay unter der bereits laufenden Bereitschaftskredit-Vereinbarung um 1,5 Mrd. SZR erhöht. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr 2003 zwei EFF-Vereinbarungen gebilligt: 0,7 Mrd. SZR für Serbien und Montenegro und 0,1 Mrd. SZR für Sri Lanka (siehe Tabelle 8.2). Burundi, Grenada und Malawi nahmen geringe Ziehungen unter der IWF-Politik für Notfallhilfe vor. Keine Zusage gab es während des Jahres unter der Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (Compensatory Financing Facility – CFF) oder den Vorbeugenden Kreditlinien (Contingent Credit Lines – CCL).

Die Vereinbarung mit Brasilien, die umfangreichste in der Geschichte des IWF, wurde im September 2002 gebilligt. Diese Vereinbarung unterstützt das Wirtschaftsprogramm der Regierung bis Ende Dezember 2003. Die Zusage von insgesamt 22,8 Mrd. SZR schließt 7,6 Mrd. SZR unter der SRF mit ein. Im Januar 2003 billigte der IWF eine siebenmonatige Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Argentinien in Höhe von 2,2 Mrd. SZR, die die frühere, im März 2000 getroffene Vereinbarung ersetzte. Eine weitere umfangreiche Vereinbarung wurde ebenfalls im Januar 2003 gebilligt: eine zweijährige, 1,5 Mrd. SZR umfassende Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Kolumbien.

Von den gegenwärtig 15 Bereitschaftskredit-Vereinbarungen werden drei als vorbeugend betrachtet, d. h. die Kreditnehmer haben zu verstehen gegeben, dass sie nicht beabsichtigen, die ihnen vom IWF zugesagten Mittel in Anspruch zu nehmen. Die Nutzung vorbeugender Bereitschaftskredit-Vereinbarungen sowie andere Faktoren wie nicht abgeschlossene Programmüberprüfungen und unterbrochene Kreditprogramme führten dazu, dass Ziehungen nur unter 18 der 29 Bereitschafts- und Erweiterten Kreditvereinbarungen, die

¹Zum 30. April 2003 betrug 1 SZR = 1,383913 US-\$.

Tabelle 8.2
Vom IWF im Geschäftsjahr 2003 gebilligte Finanzhilfe

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum der Bewilligung	Bewilligter Betrag ¹ (Millionen SZR)
Albanien	3-jährige PRGF	21. Juni 2002	28,0
Argentinien	7-monatiger Bereitschaftskredit	24. Januar 2003	2 174,5
Bolivien	Einjähriger Bereitschaftskredit	2. April 2003	85,8
Bosnien und Herzegowina	15-monatiger Bereitschaftskredit	2. August 2002	67,6
Brasilien	16-monatiger Bereitschaftskredit	6. September 2002	22 821,1
Burundi	Notfallhilfe (nach Konflikten)	9. Oktober 2002	9,6
Dominica	Einjähriger Bereitschaftskredit	28. August 2002	3,3
Ecuador	13-monatiger Bereitschaftskredit	21. März 2003	151,0
Gambia	3-jährige PRGF	18. Juli 2002	20,2
Grenada	Notfallhilfe (Naturkatastrophen)	27. Januar 2003	2,9
Guyana	3-jährige PRGF	20. September 2002	54,6
Jordanien	2-jähriger Bereitschaftskredit	3. Juli 2002	85,3
Kolumbien	2-jähriger Bereitschaftskredit	15. Januar 2003	1 548,0
Kongo, Demokratische Republik	3-jährige PRGF	12. Juni 2002	580,0
Kroatien, Republik	14-monatiger Bereitschaftskredit	3. Februar 2003	105,9
Malawi	Notfallhilfe (Naturkatastrophen)	3. September 2002	17,4
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	14-monatiger Bereitschaftskredit	30. April 2003	20,0
Nicaragua	3-jährige PRGF	13. Dezember 2002	97,5
Ruanda	3-jährige PRGF	12. August 2002	4,0
Sambia	Erhöhung der PRGF	29. Mai 2002	24,5
Senegal	3-jährige PRGF	28. April 2003	24,3
Serbien und Montenegro	3-jährige EFF	14. Mai 2002	650,0
Sri Lanka	3-jährige EFF	18. April 2003	144,4
Sri Lanka	3-jährige PRGF	18. April 2003	269,0
Tadschikistan	3-jährige PRGF	11. Dezember 2002	65,0
Uganda	3-jährige PRGF	13. September 2002	13,5
Uruguay ²	Erhöhung des Bereitschaftskredits	25. Juni und 8. August 2002	1 534,2

¹Bei Erhöhungen wird nur der Betrag des Zuwachses angegeben.

²Die Erhöhung ist abzüglich der Streichung des unter der SRF zur Verfügung stehenden Betrages (257,4 Mio. SZR).

während des Jahres in Kraft waren, vorgenommen wurden (siehe Anhang II, Tabelle II.3). Ende April 2003 beliefen sich die nicht in Anspruch genommenen Mittel im Rahmen der 18 noch laufenden Bereitschaftskredit- und EFF-Vereinbarungen auf 23,6 Mrd. SZR, etwa die Hälfte des gesamten unter diesen Vereinbarungen zugesagten Betrags (47,2 Mrd. SZR).

Während des Geschäftsjahres hat der IWF Kredite in Höhe von 21,8 Mrd. SZR aus seinem Allgemeinen Konto ausgezahlt. Das Volumen der Neukredite überstieg die Rückzahlung von Krediten, die in früheren Jahren gewährt worden waren. Die Rückzahlungen betrugen insgesamt 7,8 Mrd. SZR, einschließlich vorzeitiger Rückzahlungen von Kroatien (0,1 Mrd. SZR, die den ausstehenden IWF-Kredit des Landes tilgten), Thailand (0,1 Mrd. SZR) und Estland und Litauen.²

²Die vorzeitigen Rückzahlungen von Estland und Litauen waren geringer als 50 Mio. SZR.

Entsprechend erreichte das ausstehende Kreditvolumen zum Ende des Geschäftsjahres einen Höchstwert von 66,0 Mrd. SZR – 13,9 Mrd. SZR mehr als im Vorjahr.

Im Februar 2003 begannen die Rückkaufserwartungen, die während einer im Geschäftsjahr 2001 abgeschlossenen Überprüfung der IWF-Fazilitäten eingeführt worden waren (siehe Kasten 8.2), Wirkung zu zeigen. Im Geschäftsjahr 2003 entstanden für vier Mitglieder Rückkaufserwartungen: Argentinien, Bosnien und Herzegowina, Pakistan und die Türkei. Von Februar bis März 2003 kauften Bosnien und Herzegowina, Pakistan und die Türkei 0,1 Mrd. SZR gemäß dem für Rückkaufserwartungen geltenden Zeitplan zurück. Für Argentinien sind die Rückkaufserwartungen, die im Geschäftsjahr 2003 (0,3 Mrd. SZR) und im Geschäftsjahr 2004 (0,4 Mrd. SZR) entstehen, im Rahmen des im Januar 2003 gebilligten Programms um ein Jahr verlängert worden. Im Geschäftsjahr 2004 entstehende Rückkaufserwartungen sind auch für Ecuador, Sri Lanka und Uruguay prolongiert worden. Per 30. April

Kasten 8.2

Erwartungen im Vergleich zu Verpflichtungen

Das IWF-Übereinkommen (Artikel V, Abschnitt 7 (b)) legt fest, dass von den Mitgliedern erwartet wird, im Anschluss an früher getätigte „Käufe“ (Kreditaufnahmen) „Rückkäufe“ (Rückzahlungen von Krediten) vorzunehmen, sobald sich ihre Zahlungsbilanz- und Reserveposition verbessert. Um eine frühe Tilgung zu fördern, hat die im Geschäftsjahr 2001 durchgeführte Überprüfung der Fonds-Fazilitäten *zeitabhängige Rückkaufserwartungen* auf Ziehungen eingeführt, die nach dem 28. November 2000 in den Kredittranchen, unter der Erweiterten Fonds-Fazilität und unter der Fazilität zur kompensierenden Finanzierung vorgenommen wurden. Ziehungen unter der Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven unterliegen Rückkaufserwartungen, seit diese Fazilität eingerichtet wurde. Im März 2003 wurden die Fälligkeiten der SRF-Erwartungen und -Verpflichtungen um ein Jahr bzw. sechs Monate verlängert. Der Zeitplan der Erwartungen sieht frühere Rück-

zahlungen vor als der ursprüngliche Zeitplan der Verpflichtungen, wie die Tabelle zeigt.

Auf Antrag des Mitglieds kann das Exekutivdirektorium des IWF eine Rückzahlung zum Zeitpunkt des Fälligwerdens der Verpflichtung zulassen, falls die externe Position des Landes nicht stark genug ist, die Rückkaufserwartungen ohne übermäßige Härte oder Risiken zu erfüllen.

Wird dem Antrag des Mitglieds stattgegeben, werden alle verlängerten Rückkaufserwartungen in den Kredittranchen und unter der CFF zum Zeitpunkt der entsprechenden Rückkaufverpflichtungen fällig. Das bedeutet, die Fristen für jede einzelne Rückzahlung werden um ein Jahr verlängert. Unter der SRF können die Rückzahlungsfristen um sechs Monate verlängert werden. Ein neuer Zeitplan für Rückzahlungen unter der EFF wird auf Einzelfall-Basis und unter Berücksichtigung des gesamten Rückzahlungsprofils vereinbart.

Kreditfazilität	Verpflichtungszeitplan (Jahre)	Erwartungszeitplan (Jahre)
Bereitschaftskredit	3¼–5	2¼–4
Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (CFF)	3¼–5	2¼–4
Erweiterte Fondsfazilität (EFF)	4½–10	4½–7
Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (SRF)	2½–3	2–2½

2003 unterlagen IWF-Finanzierungen im Betrag von 32,9 Mrd. SZR den vorzeitigen Rückkaufserwartungen, die im Rahmen der im November 2000 beschlossenen Politik eingeführt wurden. Außerdem waren 28,7 Mrd. SZR dem neuen, für hohe Beträge ausstehender IWF-Kredite zu zahlenden Zinsaufschlag unterworfen, der zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls eingeführt wurde.

Ressourcen und Liquidität

Die Kreditausleihungen des IWF werden in erster Linie durch das vollständig eingezahlte Kapital (Quoten) finanziert, das die Mitgliedsländer in Form von Reserveaktiva und der jeweiligen Landeswährung gezeichnet haben.³ Allgemeine Überprüfungen der IWF-

³Darüber hinaus bestimmen die Quoten auch das Stimmengewicht eines Landes im IWF, seinen Zugang zu IWF-Finanzierungen sowie seinen Anteil an SZR-Zuteilungen.

Quoten werden in einem fünfjährigen Turnus durchgeführt. In deren Rahmen können Anpassungen sowohl der Quotensumme als auch der Quotenverteilung vorgeschlagen werden, die die Veränderungen in der Weltwirtschaft widerspiegeln. Die Quote eines Mitglieds kann auch außerhalb einer Allgemeinen Überprüfung angepasst werden, um wichtigen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Der IWF kann seine Quotenmittel zudem durch Kreditaufnahme ergänzen.

Allerdings steht – aufgrund früherer Zusagen und wegen IWF-Bestimmungen, die die Verwendung von Währungen auf die Währungen finanziell starker Mitgliedsländer beschränken (siehe Kasten 8.3) – nur ein Teil des eingezahlten Kapitals unmittelbar zur Finanzierung neuer Kredite zur Verfügung. Das Volumen der verwendbaren Mittel erhöhte sich während des Geschäftsjahres, da vier zusätzliche Mitglieder (Indien, Malaysia, Mauritius und Mexiko) als ausreichend stark eingestuft wurden, um ihre Währungen in den Finanztransaktionsplan des IWF einzubeziehen.

Die Liquiditätsposition des IWF blieb während des Jahres ausreichend, um den Bedarf seiner Mitglieder zu decken. Die Kreditzusagekapazität für das nächste Jahr (Forward Commitment Capacity – FCC) – ein

neues, im Geschäftsjahr 2003 eingeführtes Maß der Liquidität – belief sich per 30. April 2003 auf 61 Mrd. SZR, verglichen mit 59 Mrd. SZR ein Jahr zuvor (siehe Kasten 8.4 und Schaubild 8.1). Während der ersten Hälfte des Geschäftsjahres schwächte sich die FCC – nach Billigung der umfangreichen Vereinbarung mit Brasilien – deutlich ab. Sie erholte sich später aber wieder nach dem Auslaufen bzw. der Aufhebung zweier Vereinbarungen mit hohen nicht gezogenen Beträgen (Kolumbien und Argentinien) und einer für den zwölfmonatigen Vorhersagezeitraum projektierten Zunahme der Rückzahlungen.

Quotenentwicklung

Während des Geschäftsjahres gab es eine Reihe quotenbezogener Entwicklungen:

Die Direktoren setzten ihren Meinungsaustausch darüber fort, welche Auswirkungen die Globalisierung, die Integration der Finanzmärkte und die Bemühun-

gen des IWF zur Stärkung seiner Fähigkeit, Finanzkrisen zu verhindern und zu bewältigen (siehe Kasten 8.5) auf die Mittelausstattung des IWF haben. Sie kamen im Wesentlichen zu der Erkenntnis, dass die größere Abhängigkeit vieler Länder von Finanzierungen der privaten Märkte zu einer erhöhten Anfälligkeit gegen Erschütterungen im Kapitalverkehr beigetragen habe und dass solche Erschütterungen vom absoluten Umfang her wie auch relativ zur Größe einer Volkswirtschaft sehr schwerwiegend sein können. Die Direktoren räumten außerdem ein, dass die weltweite wirtschaftliche und finanzielle Integration das Risiko der finanziellen Ansteckung nach sich ziehen kann. Die Direktoren stimmten im Allgemeinen darin überein, dass die Bemühungen des IWF zur Verhütung von Krisen durch eine verbesserte Überwachung, die eine solide Wirtschaftspolitik fördert und die Funktionsweise der inländischen und internationalen Kapitalmärkte stärkt, zu einer Reduzierung der Häufigkeit und des Ausmaßes von Finanzkrisen beitragen werden. Gleichzeitig erkannten die Direktoren an, dass auch

künftig mit Krisen gerechnet werden muss. Daher wird der IWF weiterhin eine zentrale Rolle bei der Krisenbewältigung spielen müssen und er sollte deshalb ausreichende Mittel zur Verfügung haben. Allerdings gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, in welchem Ausmaß die Reaktion des IWF auf diese Entwicklungen große Finanzierungspakete, die zusätzliche IWF-Mittel erfordern könnten, nach sich ziehen würde oder sollte.

Das Direktorium führte außerdem weitere Aussprachen über verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Überprüfung und Aktualisierung der Quotenformeln, um Änderungen in der Weltwirtschaft zu erfassen und die relative Position der Länder genauer zu messen. Es wurden Fortschritte bei der Erörterung der Entwicklung alternativer Formeln erreicht, die auf der Grundlage einer Aktualisierung der traditionellen Variablen einfacher und transparenter als die gegenwärtigen Formeln sein sollen. Die Beratungen verdeutlichten, dass die Wahl der Gewichte für die Variablen und die Verteilung der Quoten untrennbar miteinander verknüpft sind und dass bei Entscheidungen über mögliche Änderungen der Quotenanteile andere quotenbezogene Fragen zu berücksichtigen sind, darunter

Kasten 8.3

Finanztransaktionsplan

Der IWF vergibt Kredite, indem er Reserveaktiva aus seinem eigenen Bestand bereitstellt und finanziell starke Länder ersucht, Bestände ihrer Währungen beim IWF gegen Reserveaktiva einzutauschen. Die Mitglieder, die an der Finanzierung von IWF-Devisentransaktionen teilnehmen, werden vom Exekutivdirektorium aufgrund einer Beurteilung ihrer jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit ausgewählt. Diese Beurteilungen sind letzten Endes eine Ermessenssache und berücksichtigen jüngste wie auch voraussichtliche Entwicklungen der Zahlungsbilanz, der Reserven und der Wechselkursrends sowie Umfang und Dauer externer Schuldenverpflichtungen.

Die von diesen Mitgliedern übertragenen und erhaltenen Beträge werden so verwaltet, dass ihre Gläubigerposition im IWF im Verhältnis zu ihrer Quote – dem zentralen Maßstab für die Rechte und Verpflichtungen eines jeden Mitglieds im IWF – im Wesentlichen gleich bleibt. Dies erfolgt im Rahmen eines indikativen vierteljährlichen Plans für Finanztransaktionen. Der IWF veröffentlicht das Ergebnis des Finanztransaktionsplans für das drei Monate vor der Veröffentlichung abgeschlossene Quartal auf seiner Webseite. Zum 30. April 2003 nahmen die 44 unten aufgeführten Mitglieder an der Finanzierung von IWF-Transaktionen teil.

Australien	Indien	Mauritius	Schweiz
Belgien	Irland	Mexiko	Singapur
Botsuana	Israel	Neuseeland	Slowenien
Brunei Darussalam	Italien	Niederlande	Spanien
Chile	Japan	Norwegen	Trinidad und Tobago
China	Kanada	Oman	Tschechische Republik
Dänemark	Katar	Österreich	Ungarn
Deutschland	Korea	Polen	Vereinigte Arab. Emirate
Finnland	Kuwait	Portugal	Vereinigte Staaten
Frankreich	Luxemburg	Saudi-Arabien	Vereinigtes Königreich
Griechenland	Malaysia	Schweden	Zypern

die finanzielle Größe des IWF und der Zugang der Kreditnehmer zu den Fondsmitteln. Dieser Ansatz würde helfen, den Besorgnissen Rechnung zu tragen, nach denen die Quotenformeln mit zu vielen Zielen überfrachtet werden. Dazu gehören die Festsetzung der Beiträge der Mitglieder zum IWF, der Zugang zu den Fondsmitteln und das relative Stimmengewicht.

Zum 30. April 2003 hatten 177 Mitgliedsländer, die insgesamt mehr als 99 % der 1998 im Rahmen der Elften Allgemeinen Quotenüberprüfung vorgeschlagenen Quotensumme auf sich vereinigen, ihrer Quotenerhöhung zugestimmt und entsprechende Zahlungen geleistet. Zwei Mitgliedsländer, die berechtigt sind, ihrer Quotenerhöhung zuzustimmen, hatten dies bis zum Ende des Geschäftsjahres noch nicht getan. Vier Länder waren nicht berechtigt, die für sie vorgeschlagenen Erhöhungen anzunehmen, weil sie gegenüber dem IWF Zahlungsrückstände aufwiesen. Am 23. Januar 2003 bewilligte das Direktorium eine Verlängerung der Zustimmungs- und Einzahlungsfrist für die Quotenerhöhungen im Rahmen der Elften Überprüfung bis zum 31. Juli 2003. Zum Ende des Geschäftsjahres belief sich die Quotensumme auf rund 212,7 Mrd. SZR.

Kasten 8.4

FCC—Ein neues Maß der Kreditvergabe Kapazität

Im Dezember 2002 führte der IWF ein neues Maß seiner Liquidität ein. Es handelt sich dabei um die künftige Kreditzusagekapazität (FCC), die ein klarerer Indikator der IWF-Kapazität zur Vergabe neuer Kredite sein soll. Die einjährige FCC, die den Umfang der auf Quotenzahlungen beruhenden Ressourcen aufzeigt, der für Neukredite in den nächsten 12 Monate verfügbar ist, hat die traditionelle Liquiditätsquote als primäres Maß der IWF-Liquidität ersetzt.

Die einjährige FCC wird definiert als der Bestand des IWF an verwendbaren

Mitteln *abzüglich* unter bestehenden Kreditvereinbarungen nicht gezogener Beträge, *plus* in den kommenden 12 Monaten erwarteter Rückzahlungen, *minus* eines Sicherheitsbestands, der die Liquidität der Forderungen der Gläubiger gewährleisten und gegen einen möglichen *Schwund* in der Mittelbasis des IWF schützen soll. Die verwendbaren Mittel des IWF bestehen aus seinen Beständen an Währungen der finanziell starken Mitglieder, die in den Finanztransaktionsplan aufgenommen wurden (siehe Kasten 8.3),

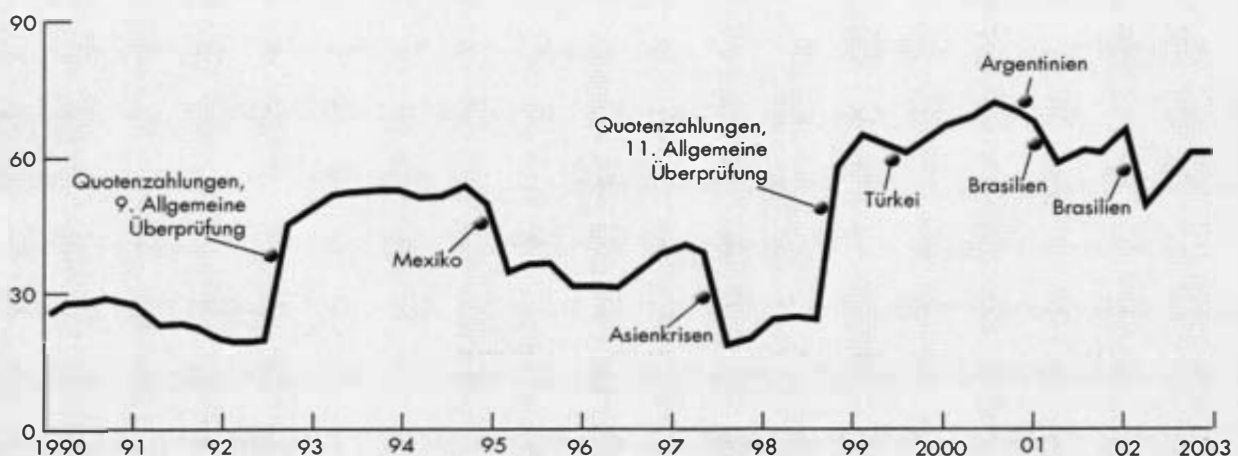
und seinen SZR-Guthaben. Der Sicherheitsbestand beläuft sich auf 20 Prozent der Quoten der Mitglieder, die am Finanztransaktionsplan teilnehmen, und der Mittel, die unter Kreditvereinbarungen aufgenommen wurden.

Informationen über die einjährige FCC werden wöchentlich (*Financial Activities: Week-at-a-Glance*) und monatlich (*Financial Resources and Liquidity*) auf der Webseite des IWF unter <http://www.imf.org/external/fin.htm> veröffentlicht.

Schaubild 8.1

Kreditzusagekapazität des IWF für das folgende Jahr (FCC), 1990–April 2003

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: Der IWF veröffentlicht seit Dezember 2002 Daten über die FCC. Für frühere Perioden zeigt das Schaubild Schätzungen der FCC. Die FCC erhöht sich, wenn Quotenzahlungen getätigt werden. Sie erhöht sich ebenfalls, wenn Käufe getätigt werden, und sie sinkt, wenn der IWF neue Finanzzusagen macht. Die Verweise auf Mitgliedsländer und die Asienkrisen zeigen ausgewählte großvolumige Finanzzusagen des IWF an Mitglieder und Mitgliedergruppen.

Kreditaufnahme-Vereinbarungen

Der IWF kann Kredite aufnehmen, um seine quotenbezogenen Ressourcen zu ergänzen. Er unterhält zwei ständige Kreditvereinbarungen mit offiziellen Kreditgebern, und er kann von privaten Stellen Mittel aufnehmen, wenngleich er dies bislang nicht getan hat. Kreditaufnahmen haben zu kritischen Zeitpunkten in der Vergangenheit eine wichtige Rolle bei der temporären Beschaffung zusätzlicher Ressourcen für den IWF gespielt. Per 30. April 2003 gab es keine ausstehenden Kredite. Der letzte ausstehende Kredit wurde im März 1999 zurückgezahlt, nachdem der IWF den größten

Teil der Quoteneinzahlungen aus der Elften Allgemeinen Quotenüberprüfung erhalten hatte.

Allgemeine Kreditvereinbarungen (AKV)

Die AKV, die seit 1962 in Kraft sind, bestehen aus einer Reihe von Kreditvereinbarungen, im Rahmen derer sich 11 Teilnehmer (Industrieländer oder ihre Zentralbanken) bereit erklärt haben, dem IWF Mittel bereitzustellen, um eine Beeinträchtigung des internationalen Währungssystems zu verhüten oder zu beheben. Das potenzielle, dem IWF durch die AKV verfügbare Kreditvolumen beträgt insgesamt 17 Mrd. SZR; zusätzliche 1,5 Mrd. SZR stehen unter einer assoziierten Ver-

einbarung mit Saudi-Arabien zur Verfügung (siehe Tabelle 8.3). Die AKV sind zehnmal aktiviert worden, zuletzt im Juli 1998 in Höhe von 6,3 Mrd. SZR (von denen 1,4 Mrd. SZR gezogen wurden) im Zusammenhang mit der Finanzierung einer Erweiterten Kreditvereinbarung für Russland. Im März 1999 wurde die Aktivierung aufgehoben und der Kredit zurückgezahlt. Die AKV-Entscheidung ist neunmal erneuert worden, zuletzt im November 2002, als das Exekutivdirektorium des IWF ihre Verlängerung um einen weiteren Fünfjahreszeitraum, beginnend im Dezember 2003, beschloss.

Neue Kreditvereinbarungen (NKV)

Die NKV, die im November 1998 in Kraft traten, bestehen aus einer Reihe von Kreditvereinbarungen, unter denen sich 26 Teilnehmer (Mitgliedsländer und offizielle Institutionen) bereit erklärt haben, dem IWF Mittel bereitzustellen, um eine Beeinträchtigung des internationalen Währungssystems zu verhüten oder zu beheben oder um eine außerordentliche Situation zu bewältigen, welche die Stabilität des Systems gefährdet. Das potenzielle Kreditvolumen, das dem IWF unter den NKV zur Verfügung steht, beträgt insgesamt 34 Mrd. SZR (siehe Tabelle 8.4). Dies ist auch der gesamte Kreditbetrag, der potenziell unter den AKV und NKV zusammengekommen verfügbar ist. Die NKV sind die erste und wichtigste Quelle, falls es notwendig wird, zusätzliche Mittel für den IWF zu beschaffen, abgesehen von den folgenden Ausnahmen: (1) im Fall des Antrags auf eine IWF-Ziehung durch ein teilnehmendes Mitglied oder durch ein Mitglied, dessen Institution sowohl an den AKV als auch an den NKV teilnimmt (alle AKV-Teilnehmer sind auch NKV-Teilnehmer), kann ein Vorschlag zum Abruf von Krediten unter jeder der beiden Fazilitäten gemacht werden; und (2) falls ein Vorschlag für Kreditabrufe unter den NKV nicht akzeptiert wird, kann ein Kreditantrag unter den AKV gestellt werden. Die NKV sind einmal aktiviert worden – zur Finanzierung einer Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Brasilien im Dezember 1998, als der IWF Mittel im Volumen von 9,1 Mrd. SZR beantragte (von denen 2,9 Mrd. SZR gezogen wurden). Im März 1999 wurde die Aktivierung aufgehoben und die Kreditaufnahme zurückgezahlt. Im November 2002 wurde die NKV-Entscheidung um einen weiteren Fünfjahreszeitraum verlängert, beginnend im November 2003. Die Banco Central de Chile, die offizielle

Tabelle 8.3
AKV-Teilnehmer und Kreditbeträge
(Millionen SZR)

Teilnehmer	Betrag
Belgien	595,0
Deutsche Bundesbank	2 380,0
Frankreich	1 700,0
Italien	1 105,0
Japan	2 125,0
Kanada	892,5
Niederlande	850,0
Schweizerische Nationalbank	1 020,0
Sveriges Riksbank	382,5
Vereinigte Staaten	4 250,0
Vereinigtes Königreich	1 700,0
Insgesamt	17 000,0
Kreditvereinbarung mit Saudi-Arabien in Assoziierung mit den AKV	1 500,0

Institution Chiles, wurde im Februar 2003 der sechs- und zwanzigste NKV-Teilnehmer.

Konzessionäre Finanzierung

Zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und Verringerung der Armut gewährt der IWF seinen ärmsten Mitgliedern konzessionäre Finanzhilfen im Rahmen seiner Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF) und der Initiative für hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC). Im Geschäftsjahr

Kasten 8.5 Zwölfte und Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung

Der IWF führt normalerweise alle fünf Jahre eine allgemeine Überprüfung der Quoten seiner Mitgliedsländer durch, um die Angemessenheit seiner Ressourcenbasis zu beurteilen und um Quotenanpassungen einzelner Mitglieder vorzunehmen mit dem Ziel, ihrer veränderten relativen Position in der Weltwirtschaft Rechnung zu tragen. Die Zwölfte Allgemeine Quotenüberprüfung wurde am 30. Januar 2003 ohne Vorschlag für eine Erhöhung der IWF-Quoten abgeschlossen. Damit bleibt das maximale Volumen der Quoten unverändert bei 213,7 Mrd. SZR.

Während der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung, die mit dem Abschluss der Zwölften Überprüfung begonnen hat, wird das Exekutivdirek-

torium des IWF die Angemessenheit der IWF-Ressourcen sorgfältig überwachen und bewerten, Maßnahmen erwägen, um eine Verteilung der Quoten zu erreichen, die die Entwicklungen in der Weltwirtschaft widerspiegelt, und Schritte zur Stärkung der Kontroll- und Steuerungsmechanismen des IWF prüfen. Das Direktorium beabsichtigt, dem Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee – IMFC) bis zu dessen Jahrestagung 2003 einen Fortschrittsbericht über seine Diskussionen zu diesen Fragen vorzulegen und je nach Verlauf der Diskussion einen Plenarausschuss (Committee of the Whole) einzusetzen, um spezielle Empfehlungen zu erarbeiten.

Tabelle 8.4
NKV-Teilnehmer und Kreditbeträge
(Millionen SZR)

Teilnehmer	Betrag
Australien	801
Banco Central de Chile	340
Belgien	957
Dänemark	367
Deutsche Bundesbank	3 519
Finnland	340
Frankreich	2 549
Hongkonger Währungsbehörde	340
Italien	1 753
Japan	3 519
Kanada	1 381
Korea	340
Kuwait	341
Luxemburg	340
Malaysia	340
Niederlande	1 302
Norwegen	379
Österreich	408
Saudi-Arabien	1 761
Singapur	340
Spanien	665
Schweizerische Nationalbank	1 540
Sveriges Riksbank	850
Thailand	340
Vereinigte Staaten	6 640
Vereinigtes Königreich	2 549
Insgesamt¹	34 000

¹Wegen Rundungen ist es möglich, dass die Summe der Einzelbeträge nicht genau dem Gesamtbetrag entspricht.

2003 erhielten insgesamt 36 Mitgliedsländer PRGF-Finanzierungen und 27 Ländern wurden bis zum Ende des Berichtsjahres finanzielle Zusagen im Rahmen der HIPC-Initiative erteilt.

Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität

1999 wurde die Zielsetzung der konzessionären Ausleihetätigkeit des IWF verändert, so dass diese nun eine klare Ausrichtung auf die Armutsbekämpfung im Rahmen einer wachstumsorientierten Wirtschaftsstrategie einschließt. Zusammen mit der Weltbank unterstützt der IWF Strategien, die vom Kreditnehmerland unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft sowie weiterer Entwicklungspartner im Rahmen eines Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP) erarbeitet werden. Um die neuen Zielsetzungen und Verfahren zu verwirklichen, hat der IWF die PRGF eingerichtet, die die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (Enhanced Structural Adjustment Facility – ESAF) ersetzt. Die PRGF gewährt Fi-

nanzierungen im Rahmen von Vereinbarungen, die auf der Basis der PRSPs abgeschlossen werden.

Im Geschäftsjahr 2003 genehmigte das Exekutivdirektorium zehn neue PRGF-Vereinbarungen (für Albanien, Gambia, Guyana, die Demokratische Republik Kongo, Nicaragua, Ruanda, Senegal, Sri Lanka, Tadschikistan und Uganda) mit einem Zusagevolumen von insgesamt 1,2 Mrd. SZR. Zusätzlich wurde die bestehende Zusage für Sambia um 24 Mio. SZR aufgestockt (siehe Anhang II, Tabelle II.4). Die PRGF-Auszahlungen beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 1,2 Mrd. SZR. Ende April 2003 wurden die Reformprogramme von 36 Mitgliedsländern durch PRGF-Vereinbarungen unterstützt. Die Zusagen beliefen sich dabei auf insgesamt 4,5 Mrd. SZR, wovon 2,5 Mrd. SZR noch nicht in Anspruch genommen worden waren.

Die Finanzierung der PRGF erfolgt getrennt von den quotenbezogenen Ressourcen des IWF durch Treuhandfonds – den PRGF-Treuhandfonds und den PRGF-HIPC-Treuhandfonds –, die vom IWF verwaltet werden. Beide Treuhandfonds werden durch Beiträge eines breiten Kreises der IWF-Mitglieder und des IWF selbst finanziert.⁴ Der PRGF-Treuhandfonds nimmt Kredite zu Marktzinssätzen oder zu Zinssätzen unter dem Marktsatz von den Darlehensgebern – Zentralbanken, Regierungen und Regierungsinstitutionen – auf und verleiht sie an PRGF-berechtigte Mitgliedsländer zu einem Jahreszinssatz von 0,5 %. Der PRGF-Treuhandfonds erhält Beiträge zur Subventionierung des Zinssatzes für PRGF-Darlehen und unterhält ein Reservekonto als Sicherheit für die ihm gewährten Kredite. Der PRGF-HIPC-Treuhandfonds wurde eingerichtet, um PRGF-Aktivitäten im Zeitraum 2002-2005 zu subventionieren. Er stellt außerdem Mittel für die Hilfe im Rahmen der HIPC-Initiative zur Verfügung.

Zum 30. April 2003 beliefen sich die für PRGF-Aktivitäten zur Verfügung gestellten Kreditmittel auf insgesamt 15,8 Mrd. SZR; davon wurden 12,6 Mrd. SZR zugesagt und 10,1 Mrd. SZR ausgezahlt. Es wird geschätzt, dass die restlichen nicht zugesagten PRGF-Kreditmittel in Höhe von 3,2 Mrd. SZR bis Ende 2005 jährliche Zusagen in Höhe von rund 1,1 Mrd. SZR im Rahmen neuer PRGF-Vereinbarungen abdecken. Dies stünde in Einklang mit den jahresdurchschnittlichen Zusagen in der Vergangenheit. Die Fortsetzung der konzessionären Ausleihungen in der Zeit nach 2005 muss neu beurteilt werden, wenn dieser Zeitpunkt näher rückt. Jedoch ist zu erwarten, dass solche Ausleihungen dann zu einem erheblichen Teil aus IWF-eigenen Mitteln finanziert werden, die sich auf dem Reservekonto des PRGF-Treuhandfonds ansam-

⁴Eine umfassendere Aufstellung der Mittelherkunft für die konzessionäre Kreditvergabe des IWF findet sich in *Financial Organization and Operations of the IMF*, Pamphlet Nr. 45, 6. Aufl. (Washington: Internationaler Währungsfonds, 2001), verfügbar im Internet unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/pam/pam45/contents.htm>.

meinen. Diese Mittel werden zur Verfügung stehen, sobald die Darlehensgeber des PRGF-Treuhandfonds ihre Kredite zurückerhalten und die Notwendigkeit der Sicherheit, die durch das Reservekonto gewährt wird, abnimmt.

Erweiterte HIPC-Initiative

Die HIPC-Initiative, die ursprünglich im Jahre 1996 von IWF und Weltbank ins Leben gerufen wurde, erfuhr 1999 eine beträchtliche Stärkung, um eine tiefere, schnellere und umfassendere Schuldentlastung für die hochverschuldeten armen Länder der Welt zu bewirken. Zum 30. April 2003 hatten IWF und Weltbank 26 HIPC-zugangsberechtigte Länder im Rahmen der erweiterten Initiative und ein Land (Côte d'Ivoire) im Rahmen der ursprünglichen Initiative an ihren Entscheidungszeitpunkt herangeführt. Davon hatten acht Länder ihren Abschlusszeitpunkt im Rahmen der erweiterten Initiative erreicht. (Siehe auch Kapitel 5.)

Der IWF leistet HIPC-Unterstützung in Form von Zuschüssen oder zinslosen Darlehen, die für einen Teil des Schuldendienstes des Mitgliedslandes gegenüber dem IWF verwendet werden. Ende April 2003 hatte der IWF Zuschüsse in Höhe von 1,6 Mrd. SZR an folgende zugangsberechtigte Länder zugesagt: Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras, Kamerun, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, Sao Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Tansania, Tschad und Uganda. Drei Mitglieder (Benin, Mali und Mauretanien) erreichten im Laufe des Geschäftsjahres 2003 ihren Abschlusszeitpunkt im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative. Im Rahmen der erweiterten Initiative kann ein Teil der zum Entscheidungszeitpunkt zugesagten Mittel ausgezahlt werden, bevor ein Land seinen Abschlusszeitpunkt erreicht. Diese Interimsunterstützung des IWF kann sich auf bis zu 20 Prozent jährlich und maximal 60 Prozent des insgesamt zugesagten HIPC-Unterstützungsbetrages belaufen. Unter außergewöhnlichen Umständen können der jährliche und der maximale Interimsunterstützungsbetrag auf bis zu 25 bzw. 75 Prozent erhöht werden. Ende April 2003 betrugen die Gesamtauszahlungen des IWF im Rahmen der HIPC-Initiative 1,0 Mrd. SZR (Tabelle 8.5).

Tabelle 8.5

Zusagen und Auszahlungen der Hilfe im Rahmen der HIPC-Initiative
(Millionen SZR, per 30. April 2003)

Mitglied	Betrag		Mitglied	Betrag	
	Zugesagt	Ausgezahlt ¹		Zugesagt	Ausgezahlt ¹
Äthiopien	26,9	8,2	Mali ²	45,5	49,3
Benin	18,4	20,1	Mauretanien	34,8	38,4
Bolivien ²	62,4	65,5	Mosambik ²	106,9	108,0
Burkina Faso ²	44,0	34,4	Nicaragua	63,0	1,9
Côte d'Ivoire ³	16,7	—	Niger	21,6	3,3
Gambia	1,8	0,1	Ruanda	33,8	10,0
Ghana	90,1	9,9	Sambia	468,8	351,6
Guinea	24,2	5,2	Sao Tomé und Príncipe ⁴	—	—
Guinea-Bissau	9,2	0,5	Senegal	33,8	8,2
Guyana ²	56,2	35,8	Sierra Leone	98,5	47,3
Honduras	22,7	4,5	Tansania	89,0	96,4
Kamerun	28,5	2,5	Tschad	14,3	4,3
Madagaskar	16,6	5,0	Uganda ²	119,6	121,7
Malawi	23,1	2,3			
27 Mitglieder, davon 26 unter der erweiterten HIPC-Initiative				1 570,3	1 034,3

¹Die Beträge können Zinsen auf zugesagte, aber in der Übergangszeit nicht ausgezahlte Hilfsleistungen enthalten.

²Im Rahmen der ursprünglichen und der erweiterten HIPC-Initiative.

³Côte d'Ivoire hat den Entscheidungszeitpunkt unter der ursprünglichen HIPC-Initiative erreicht.

⁴Zum Zeitpunkt des Entscheidungszeitpunkts waren keine Schulden gegenüber dem IWF anrechnungsfähig für Hilfe unter der HIPC-Initiative.

Finanzierung der HIPC-Initiative und der PRGF-Subventionen

Die Finanzierung der IWF-Beteiligung an der erweiterten HIPC-Initiative sowie der Subventionierungserfordernisse der PRGF erfolgt durch den PRGF-Treuhandfonds und durch den PRGF-HIPC-Treuhandfonds. Die für diese Zwecke erforderlichen Mittel werden auf Kassenbasis auf insgesamt 7,2 Mrd. SZR geschätzt, wovon für die HIPC-Initiative-Unterstützung rund 2,2 Mrd. SZR und für die Kosten der Subventionen für PRGF-Ausleihungen 5,0 Mrd. SZR veranschlagt werden.⁵ Es wird erwartet, dass der Mittelbedarf vollständig durch bilaterale Beiträge von Mitgliedsländern und seitens des IWF selbst gedeckt wird.

Die bilateralen Zusagen von Mitgliedsländern für den PRGF-Treuhandfonds und für den PRGF-HIPC-Treuhandfonds stammen von einem weiten Querschnitt der IWF-Mitgliedschaft, was die breite Unterstützung für die HIPC- und PRGF-Initiative zeigt. Insgesamt haben 94 Länder ihre Unterstützung zuge-

⁵Kreditauszahlungen aus dem PRGF-Treuhandfonds könnten bis 2009 fortgesetzt werden, und die letzte Tilgung würde 2019 erfolgen.

sagt: 27 fortgeschrittene Länder, 58 Entwicklungsländer sowie 9 Transformationsländer.⁶

Der eigene Beitrag des IWF beläuft sich auf 2,6 Mrd. SZR, wovon auf die Beiträge zum PRGF-HIPC-Treuhandfond 2,2 Mrd. SZR entfallen. Der Großteil dieses Beitrags – 1,8 Mrd. SZR – stammt aus Erträgen aus der Anlage der Nettoerlöse, die mit Verkäufen von 12,9 Mio. Feinunzen Gold außerhalb des Marktes verbunden sind. Die Verkäufe außerhalb des Marktes, die Nettoerlöse von 2,2 Mrd. SZR erbrachten, wurden im April 2000 abgeschlossen (siehe *Jahresbericht 2000*, S. 81). Diese Mittel wurden in das Konto für Sonderverwendungen (Special Disbursement Account – SDA) eingestellt und zugunsten der HIPC-Initiative angelegt.

Außerdem leistet der IWF einen Beitrag von ca. 0,4 Mrd. SZR durch einen einmaligen Übertrag vom SDA (welcher Anfang 1994 erfolgte) und durch Verzicht auf Vergütung aus dem PRGF-Reservekonto für Verwaltungskosten, die im Zusammenhang mit PRGF-Operationen in den Geschäftsjahren 1998 bis 2004 anfallen. Der entsprechende Betrag wird stattdessen auf den PRGF-HIPC-Treuhandfonds übertragen. Außerdem wurde ein Teil des Zinsaufschlages, der 1998 und 1999 auf im Rahmen der Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven erfolgte Finanzierungen erhoben wurde, auf den PRGF-HIPC-Treuhandfonds übertragen; diese Finanzierungen standen im Zusammenhang mit der Aktivierung der Neuen Kreditvereinbarungen. Die Beiträge der IWF-Mitgliedschaft und des IWF selbst werden durch auf diese Beiträge anfallende Erträge ergänzt.

Anlage von PRGF-, PRGF-HIPC- und SDA-Mitteln

Im März 2000 führte der IWF eine neue Anlagestrategie für die Mittel ein, mit denen die PRGF-Subventionen und die HIPC-Initiative unterstützt werden. Ziel ist es, im Zeitablauf die Anlageerträge zu steigern und gleichzeitig umsichtige Risikobegrenzungen einzuhalten. Zusätzliche Erträge werden verwendet, um die Finanzierung der PRGF-Subventionen und der HIPC-Initiative sicherzustellen.

Im Rahmen der neuen Strategie wurde die Laufzeit der Anlagen verlängert, indem der Großteil der Mittel, die früher in kurzfristigen SZR-denominierten Einlagen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) investiert waren, in Portfolios überführt wurde, die aus Anleihen und anderen mittelfristigen Instrumenten bestehen und die die Währungszusammensetzung des SZR-Korbes widerspiegeln. Es sollten ausreichende kurzfristige Einlagen gehalten werden, um

die Liquiditätserfordernisse zu erfüllen und gleichzeitig die mit bestimmten Gebern getroffenen Verwaltungsvereinbarungen einzuhalten.

Der Referenzwert für den Anlageerfolg des aus Anleihen und anderen mittelfristigen Instrumenten bestehenden Portfolios war anfangs ein speziell gebildeter Index, der Indizes ein- bis dreijähriger Regierungsanleihen für Deutschland, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten umfasste; dabei spiegelte das Gewicht jedes Marktes die Währungszusammensetzung des SZR-Korbes wider. Regelmäßige Anpassungen des Portfolios gewährleisten, dass die Währungszusammensetzung des Anlageportfolios soweit wie möglich der Währungszusammensetzung des SZR-Korbes entspricht. Im Gefolge einer Verkürzung der durchschnittlichen Laufzeit des Portfolios Mitte Januar 2002 wurde die Benchmark in einen speziell gebildeten Index umgewandelt, der auf Drei-Monats-Einlagenzinsen und auf null- bis einjährigen Regierungsanleihen beruht. Die Strategie wird im Auftrag des IWF von der BIZ, der Weltbank und drei privaten Anlageverwaltern umgesetzt.

In den ersten drei Jahren seit ihrer Einführung hat die neue Anlagestrategie – im Vergleich zum früheren Verfahren der Anlage in SZR-denominierten Einlagen – die Rendite um 135 Basispunkte (auf Jahresbasis, abzüglich Gebühren) erhöht und zusätzliche Erträge von 276 Mio. SZR zur Unterstützung der PRGF- und PRGF-HIPC-Operationen erzielt.

Nothilfe nach Konflikten

Der IWF gewährt Ländern, die einen Konflikt durchgemacht haben, Nothilfe in Form von Krediten, die dem Grundgebührensatz unterliegen. Am 4. Mai 2001 wurde ein Treuhandkonto eingerichtet, auf das Beiträge bilateraler Geber eingezahlt werden, die es dem IWF ermöglichen, eine derartige Unterstützung zu einem subventionierten Gebührensatz von 0,5 % pro Jahr für PRGF-berechtigte Mitglieder bereitzustellen.⁷ Zum 30. April 2003 belief sich der Gesamtbetrag der zugesagten Zuschussbeiträge von sieben Ländern auf 11,5 Mio. SZR, von denen 6,8 Mio. SZR bereits eingezahlt sind (siehe Tabelle 8.6). Insgesamt wurden bisher 1,4 Mio. SZR ausgezahlt, um den Gebührensatz für Nothilfe nach Konflikten für sieben Länder zu subventionieren (Albanien, Burundi, Guinea-Bissau, Republik Kongo, Ruanda, Sierra Leone und Tadschikistan).

⁶Bilaterale Beiträge zum PRGF- und zum PRGF-HIPC-Treuhandfonds sind in Anhang II, Tabelle II.9 auf Bedarfs- und nicht auf Kassen-Basis zusammengefasst.

⁷Wenn in einem Quartal das Kontoguthaben nicht ausreicht, um die Gebühr für alle Subventionsbegünstigten auf ein halbes Prozent auf Jahresbasis zu subventionieren, wird die Subvention für jeden Begünstigten so angepasst, dass der effektive subventionierte Gebührensatz für alle gleich möglichst nahe an 0,5 % heranreicht.

Ertragslage, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung

Wie andere Finanzinstitutionen erzielt der IWF Einkommen durch Zinseinkünfte und Gebühren auf seine Kredite und verwendet dieses Einkommen, um die Finanzierungskosten und die Verwaltungsausgaben zu bestreiten. Der Rückgriff des IWF auf Kapitalzeichnungen und intern erzielte Mittel verleiht eine gewisse Flexibilität bei der Festsetzung des Grundgebührensatzes. Andererseits muss der IWF aber auch sicherstellen, dass er seinen Kreditgebern einen konkurrenzfähigen Zinssatz für deren Forderungen gegenüber dem IWF bietet. Als eine zusätzliche Vorsichtsmaßnahme setzt das IWF-Übereinkommen am SZR-Zinssatz orientierte Grenzen für den maximalen Zinssatz, der an Kreditgeber gezahlt wird.

Der Grundgebührensatz für reguläre Ausleihungen wird zum Beginn des Geschäftsjahres als Prozentsatz des SZR-Zinssatzes so festgelegt, dass für das Geschäftsjahr ein vereinbartes Nettoeinkommensziel erreicht wird. Dieser abgeleitete Zinssatz soll die Refinanzierungskosten und die Verwaltungsausgaben abdecken und zusätzlich Einstellungen in die Rücklagen des IWF ermöglichen. Der spezifische Prozentsatz basiert auf Schätzungen des Einkommens und der Ausgaben im Geschäftsjahr. Er kann – im Lichte der tatsächlichen Nettoeinkommensentwicklung oder wenn die Einkommensentwicklung für das Gesamtjahr erheblich von den Annahmen abweicht – zur Mitte des Geschäftsjahres angepasst werden. Zum Jahresende wird der Einkommensteil, der über die Zielgröße hinausgeht, jenen Mitgliedern zurückerstattet, die während des Jahres Zinszahlungen geleistet haben; Fehlbeträge dagegen werden im folgenden Jahr ausgeglichen.

Der IWF wendet volumenabhängige Zinsaufschläge bei nach dem 28. November 2000 vergebenen Krediten an, um eine übermäßig hohe Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Kredittranchen und im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität zu verhindern. Der IWF erhebt außerdem Aufschläge auf kürzerfristige Kredite im Rahmen der SRF und der CCL, die in Abhängigkeit von der Zeitspanne variieren, die die Kredite ausstehen. Das aus den Aufschlägen erzielte Einkommen wird in die IWF-Rücklagen eingestellt und bei der Bestimmung des Einkommensziels für das Jahr nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus erzielt der IWF Einkommen von Kreditnehmern in Form von Bearbeitungs-, Bereitstellungs- und Sondergebühren. Eine einmalige Bearbeitungsgebühr in Höhe von 0,5 % wird auf jede Kreditauszahlung aus dem Allgemeinen Konto erhoben. Auf Kredite im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität und der Bereitschaftskredit-Vereinbarungen wird eine erstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Sie ist zu Beginn jeder Zwölfmonatsperiode auf die Beträge

Tabelle 8.6
Beiträge zur Subventionierung von Nothilfe nach Konflikten
(Millionen SZR, per 30. April 2003)

Beitrag leistendes Land	Zugesagter Beitrag	Erhaltener Beitrag	Ausgezahlte Subvention
Belgien	1,0	0,6	—
Kanada	1,6	0,4	—
Niederlande	1,5	1,5	—
Norwegen	3,0	1,0	—
Schweden	0,8	0,8	0,8
Schweiz	0,8	0,8	—
Vereinigtes Königreich	2,8	1,7	0,6
Insgesamt	11,5	6,8	1,4

zu entrichten, die in dieser Zeit gezogen werden können, einschließlich der im Rahmen der SRF oder CCL verfügbaren Beträge. Die Provision beträgt 0,25 % auf zugesagte Beträge bis zu 100 % der Quote und 0,10 % für Beträge, die 100 % der Quote überschreiten. Im Falle der Inanspruchnahme von Krediten wird die Bereitstellungsprovision proportional zu den gezogenen Beträgen zurückerstattet. Daneben erhebt der IWF Sondergebühren auf überfällige Kredittilgungen und Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Auf Basis des SZR-Zinssatzes zahlt der IWF seinen Kreditgebern Zinsen (Vergütung) auf ihre Forderungen gegenüber dem IWF (Reserveposition). Der Basisvergütungssatz ist derzeit auf 100 % des SZR-Zinssatzes (der nach dem IWF-Übereinkommen maximal zulässige Betrag) festgesetzt. Erlaubt ist jedoch eine niedrigere Festlegung bis auf 80 % des SZR-Zinssatzes (Untergrenze).

Seit 1986 unterliegen Gebühren- und Vergütungssatz einem Lastenteilungs-Mechanismus, der die Kosten überfälliger finanzieller Verpflichtungen zwischen Gläubiger- und Schuldnermitgliedern verteilt. Einkommensverluste, die aus nicht gezahlten Zinsverpflichtungen resultieren, die sechs Monate oder länger überfällig sind, werden durch eine Erhöhung des Grundgebührensatzes sowie eine Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die so vereinnahmten Beträge werden nach Begleichung der überfälligen Gebühren zurückerstattet. Zusätzlich werden Anpassungen des Grundgebühren- und Vergütungssatzes vorgenommen, um Mittel für ein Sonderkonto für Eventualfälle (Special Contingent Account – SCA-1) zu erzielen. Dieses Sonderkonto wurde speziell zu dem Zweck eingerichtet, den IWF vor Verlustrisiken zu schützen, die aus Zahlungsrückständen resultieren. Im Geschäftsjahr 2003 führten die Anpassungen für nicht gezahlte Zinsver-

pflichtungen und die Zuführungen zum SCA-1 zusammengekommen zu einer Anhebung des Grundgebührensatzes um 9 Basispunkte sowie zu einer Verringerung des Vergütungssatzes um 10 Basispunkte. Die angepassten durchschnittlichen Gebühren- und Vergütungssätze beliefen sich für das Geschäftsjahr auf 2,74 % bzw. 1,96 %.

Im April 2002 wurde der Grundgebührensatz für das Geschäftsjahr 2003 auf 128,0 % des SZR-Zinssatzes festgelegt, um das vereinbarte Einkommensziel zu erreichen. Das Nettoeinkommen des IWF, abzüglich der Rückerstattungen des das Einkommensziel überschreitenden Betrages, betrug im Berichtsjahr 646 Mio. SZR. Hierin enthalten sind das Nettoeinkommensziel in Höhe von 69 Mio. SZR und das Einkommen aus Aufschlägen in Höhe von 656 Mio. SZR, abzüglich der für Stabsmitarbeiter im Ruhestand gewährten Leistungen in Höhe von 79 Mio. SZR. Wie ursprünglich 1999 vereinbart, wurden dem IWF die Kosten für die Verwaltung des PRGF-Treuhandfonds im Geschäftsjahr 2003 nicht erstattet; stattdessen wurde ein entsprechender Betrag (64 Mio. SZR) vom PRGF-Treuhandfonds über das Konto für Sonderverwendungen an den PRGF-HIPC-Treuhandfonds übertragen. Wie zu Beginn des Geschäftsjahres vereinbart, wurde der über dem Einkommensziel liegende Betrag von 57 Mio. SZR am Ende des Geschäftsjahres 2003 jenen Mitgliedern zurückerstattet, die Gebühren gezahlt hatten. Dadurch wurde der Grundgebührensatz für das Geschäftsjahr 2003 rückwirkend auf 123,5 % des SZR-Zinssatzes abgesenkt. Zusätzlich wurden 94 Mio. SZR, die durch den oben beschriebenen Lastenteilungs-Mechanismus erwirtschaftet worden waren, in das SCA-1 eingestellt.

Nach der rückwirkenden Absenkung des Gebührensatzes wurde das Nettoeinkommensziel in Höhe von 69 Mio. SZR in die Spezielle Rücklage eingestellt und die für Mitarbeiter im Ruhestand gewährten Leistungen in Höhe von 79 Mio. SZR wurden auf diese Rücklage angerechnet. Außerdem wurde Einkommen aus Aufschlägen in Höhe von 656 Mio. SZR in die Allgemeine Rücklage eingestellt.

Im April 2003 beschloss das Direktorium die Fortführung des bestehenden finanziellen Mechanismus und legte den Grundgebührensatz für das Geschäftsjahr 2004 auf 132,0 % des SZR-Zinssatzes fest.

Risikorücklagen

Zur Sicherung seiner Finanzlage ist der IWF bestrebt, Risikorücklagen im Allgemeinen Konto anzusammeln. Diese Rücklagen bestehen aus den Reserven und dem SCA-1. Die Reserven gewähren dem IWF Schutz gegen finanzielle Risiken, darunter Einkommens- und Kapitalverluste. Das SCA-1 wurde als zusätzlicher Schutzwall gegen negative finanzielle Folgen von hartnäckigen Zahlungsrückständen eingerichtet.

Die bestehenden Risikorücklagen werden durch die Einbehaltung von Einkommen und den Lastenteilungs-Mechanismus finanziert. Zuführungen zu den Rücklagen erfolgen durch Einstellung des Nettoeinkommens, einschließlich des Einkommens aus Aufschlägen, in die Allgemeine und Spezielle Rücklage. Nach dem IWF-Übereinkommen kann der IWF die Mittel der Allgemeinen Rücklage entsprechend der Quotenanteile an die Mitglieder verteilen. Mit Ausnahme der Verteilung kann der IWF die Spezielle Rücklage für die gleichen Zwecke nutzen wie die Allgemeine Rücklage. Zum 30. April 2003 stiegen die gesamten Rücklagen von 3,6 Mrd. SZR im Vorjahr auf 4,3 Mrd. SZR an. Die Mittel im SCA-1 beliefen sich auf 1,4 Mrd. SZR; im Vergleich dazu betrug das überfällige ausstehende Kapital 0,7 Mrd. SZR. Die SCA-1-Mittel werden nach Begleichung aller Rückstände zurückerstattet. Durch Beschluss des IWF können sie aber auch früher zurückgezahlt werden.

Im November 2002 überprüfte das Direktorium die Angemessenheit der Risikorücklagen und entschied, diese Mittel weiter aufzustocken mit dem Ziel sie zu verdoppeln. Zudem beschloss das Direktorium, dass das gegenwärtige System der Ansammlung von Risikorücklagen angemessen ist. Es beabsichtigt, die Geschwindigkeit der Ansammlung sorgfältig zu überwachen.

Entwicklung bei Sonderziehungsrechten (SZR)

Das SZR ist ein Reserveaktivum, das 1969 vom IWF geschaffen wurde, um einen langfristigen globalen Bedarf zur Ergänzung der bestehenden Reserveaktiva zu befriedigen, und das den Mitgliedern im Verhältnis zu ihren IWF-Quoten zugeteilt wurde. Ein Mitglied kann SZR nutzen, um hierfür Devisen von anderen Mitgliedern zu erhalten oder um Zahlungen an den IWF zu leisten. Eine solche Nutzung stellt keinen Kredit dar. SZR werden den Mitgliedern ohne Bedingungen zugeteilt; sie können die SZR zur Zahlungsbilanzfinanzierung einsetzen, ohne dass sie wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen müssten oder zur Rückzahlung verpflichtet wären. Allerdings hat ein Mitglied, das netto Gebrauch von den ihm zugeteilten SZR macht, den SZR-Zinssatz zu entrichten, während ein Mitglied, das SZR über seine Zuteilung hinaus erwirbt, Zinsen zum SZR-Zinssatz erhält. Insgesamt wurden den Mitgliedern 21,4 Mrd. SZR zugeteilt – 9,3 Mrd. SZR in den Jahren 1970-72 und 12,1 Mrd. SZR im Zeitraum 1978-81. Der Wert des SZR basiert auf dem gewichteten Durchschnittswert eines Korbes mit den wichtigen internationalen Währungen. Der SZR-Zinssatz ist ein gewogener Durchschnitt von Zinssätzen kurzfristiger Schuldtitel auf den Märkten der Währungen, die im SZR-Bewertungskorb enthalten sind (siehe Kas-ten 8.6). Der SZR-Zinssatz bildet die Basis für die Berechnung von Zinszahlungen im Rahmen regulärer

IWF-Finanzierungen wie auch für die Zinszahlungen an Mitglieder, die Gläubiger des IWF sind. Das SZR dient außerdem als Rechnungseinheit für den IWF und eine Reihe anderer internationaler Organisationen.⁸

- **Allgemeine SZR-Zuteilungen.** Entscheidungen über allgemeine Zuteilungen werden alle fünf Jahre getroffen und erfordern die Feststellung, dass die Zuteilung einem langfristigen globalen Bedarf zur Ergänzung der bestehenden Reserveaktiva nachkommt. Die Entscheidung über eine SZR-Zuteilung erfordert eine 85-prozentige Mehrheit aller Stimmrechte.
- **Einmalige Sonderzuteilung.** Im September 1997 schlug der Gouverneursrat des IWF eine Änderung des IWF-Übereinkommens mit dem Ziel einer einmaligen SZR-Sonderzuteilung vor, um den Umstand zu korrigieren, dass mehr als ein Fünftel der IWF-Mitglieder dem IWF nach der letzten Allgemeinen Zuteilung beigetreten sind und niemals eine SZR-Zuteilung erhalten haben. Die SZR-Sonderzuteilung würde es allen IWF-Mitgliedern ermöglichen, auf gleicher Basis am SZR-System teilzunehmen. Damit würden die kumulierten SZR-Zuteilungen auf 42,9 Mrd. SZR verdoppelt. Der Vorschlag tritt in Kraft, wenn ihn drei Fünftel der IWF-Mitglieder (111 Mitgliedsländer), die zusammen über mindestens 85 % der gesamten Stimmrechte verfügen, akzeptieren. Zum 30. April 2003 hatten 125 Mitglieder, die zusammen 74,98 % der gesamten Stimmrechte auf sich vereinigen, zugestimmt. Damit war nur noch die Zustimmung der Vereinigten Staaten erforderlich, um den Vorschlag umzusetzen.

⁸Im März 2003 hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) das SZR als Rechnungseinheit eingeführt.

Kasten 8.6

SZR-Bewertung und -Zinssatz

Bewertung. Der Wert des SZR basiert auf dem gewichteten Durchschnittswert eines Korbes wichtiger internationaler Währungen. Die Bewertungsmethode wird in Fünfjahresintervallen überprüft. Nach Abschluss der letzten Überprüfung im Geschäftsjahr 2001 entschied das Exekutivdirektorium über eine Reihe von Änderungen, um die Einführung des Euro als gemeinsame Währung für eine Reihe europäischer Länder und die wachsende Rolle der internationalen Finanzmärkte zu berücksichtigen. Die im Bewertungskorb enthaltenen Währungen gehören zu den Währungen, die bei internationalen Transaktionen am häufigsten verwendet und die auf den wichtigsten Devisenmärkten breit gehandelt werden. Die in den SZR-Korb für den Zeitraum 2001-2005 aufgenommenen Währungen sind der US-Dollar, der Euro, der japanische Yen und das Pfund Sterling (siehe Tabelle).

Zinssatz. Der SZR-Zinssatz wird wöchentlich festgesetzt auf der Basis eines gewichteten Mittels der repräsentativen Zinssätze kurzfristiger Schuldtitel auf den Märkten der Währungen, die im SZR-Bewertungskorb enthalten sind. Als Teil der im Geschäftsjahr 2001 durchgeführten Überprüfung wurden die Finanzinstrumente, die zur Bestimmung des repräsentativen Zinssatzes des Euro und des japanischen Yen verwendet werden, geändert, um Finanzmarktentwicklungen Rechnung zu tragen. Während des Geschäftsjahres 2003 bewegte sich der SZR-Zinssatz in Übereinstimmung mit den Entwicklungen an den wichtigen Geldmärkten. Im Laufe des Jahres sank er allmählich bis auf 1,75 % im April 2003, während er im Verlauf des Geschäftsjahres 2003 im Schnitt bei 2,06 % lag (siehe Schaubild 8.2).

SZR-Bewertung, per 30. April 2003

Währung	Betrag an Währungseinheiten	Wechselkurs ¹	US-Dollar-Äquivalent
Euro	0,4260	1,11290	0,474095
Japanischer Yen	21,0000	119,48000	0,175762
Pfund Sterling	0,0984	1,59610	0,157056
US-Dollar	0,5770	1,00000	0,577000
			1,383913

Merkposten:

1 SZR = 1,383913 US-\$

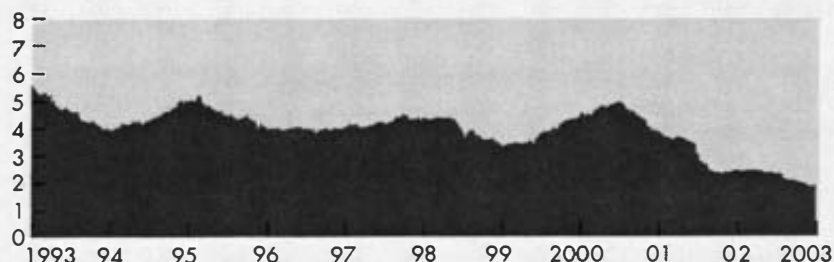
1 US-\$ = 0,722589 SZR

¹Der Wechselkurs lautet auf US-Dollar pro Währungseinheit, mit Ausnahme des japanischen Yen, der auf Währungseinheiten pro US-Dollar lautet.

Schaubild 8.2

SZR-Zinssatz, 1993–2003

(Prozent)



SZR-Operationen und -Transaktionen

Alle SZR-Transaktionen werden über die SZR-Abteilung (eine Finanz- und keine Organisationseinheit) abgewickelt. SZR werden größtenteils von Mitgliedsländern sowie von offiziellen Stellen gehalten, die vom IWF als SZR-Inhaber zugelassen wurden. Der Rest der zugeteilten SZR wird auf dem Allgemeinen Konto des IWF (GRA) gehalten. Zugelassene Inhaber erhalten keine SZR-Zuteilungen; sie können SZR jedoch erwerben und bei Operationen und Transaktionen mit IWF-Mitgliedern oder anderen zugelassenen Inhabern zu den gleichen Bedingungen nutzen wie IWF-Mitglieder.⁹ SZR-Transaktionen werden durch 13 freiwillige Vereinbarungen ermöglicht, in deren Rahmen die Beteiligten sich bereit erklärt haben, SZR gegen Währungen zu kaufen oder zu verkaufen, die für internationale Transaktionen frei verwendbar sind, sofern ihre SZR-Bestände innerhalb bestimmter Grenzen bleiben.¹⁰ Diese Vereinbarungen haben dazu beigetragen, die Liquidität des SZR-Systems zu gewährleisten.¹¹

Das Gesamtvolumen von SZR-Transfers stieg im Geschäftsjahr 2003 auf 15,6 Mrd. SZR, verglichen mit 14,0 Mrd. SZR im Vorjahr, lag aber immer noch weit unter dem Höchststand von 49,1 Mrd. SZR im Geschäftsjahr 1999, als das Volumen der SZR-Transaktionen durch die Zahlungen im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mitgliederquoten deutlich höher war (siehe Tabelle 8.7). Ende April 2003 waren die SZR-Eigenbestände des IWF, die im Zuge der Quoteneinzahlungen 1999 stark zugenommen hatten, von 1,5 Mrd. SZR im Vorjahr auf 1,0 Mrd. SZR gesunken. Damit bewegten sie sich an der unteren Grenze der Bandbreite von 1,0-1,5 Mrd. SZR, innerhalb derer der IWF seine SZR-Bestände zu halten trachtet. Die von zugelassenen Inhabern gehaltenen SZR beliefen sich auf 0,6 Mrd. SZR. Die SZR-Bestände der Teilnehmer stiegen von 19,6 Mrd. SZR im Geschäftsjahr 2002 auf

19,9 Mrd. SZR. Die SZR-Bestände der Industrie- und Nettogläubigerländer sanken gegenüber dem Vorjahr im Verhältnis zu ihrer kumulativen Nettozuteilung. Die SZR-Bestände der nicht-industrialisierten Länder beliefen sich auf 72 % ihrer kumulativen Nettozuteilung verglichen mit 56,9 % im Vorjahr.

Sicherungsbewertungen

Im Geschäftsjahr 2003 setzte der IWF seine Bemühungen zur Sicherung der GRA-, PRGF- und HIPC-Ressourcen durch Sicherungsbewertungen bei den Zentralbanken der kreditaufnehmenden Mitgliedsländer fort, da Zentralbanken als Fiskalagenten der Mitglieder normalerweise die Empfänger von IWF-Auszahlungen sind. Sicherungsbewertungen sollen dem IWF eine angemessene Gewähr bieten, dass das Berichts-, Prüfungs- und Kontrollsystem einer Zentralbank eine adäquate Verwaltung der Mittel, einschließlich der IWF-Auszahlungen ermöglicht (siehe Kasten 8.7).

Nach einer zweijährigen Erprobungsphase führte das Exekutivdirektorium im März 2002 Sicherungsbewertungen als ständige IWF-Politik ein. Die Sicherungspolitik, die vor dem Hintergrund mehrerer Fälle von fehlerhaft gemeldeten Daten und Vorwürfen über Missbrauch von IWF-Mitteln eingeführt wurde, zielt auf eine Ergänzung der Konditionalität, der technischen Hilfe und anderer Instrumente, die traditionell eine bestimmungsgemäße Verwendung der IWF-Kredite gewährleistet haben. Bei der Einführung der ständigen Politik stellte das Direktorium fest, dass Zentralbanken weitgehend die Ergebnisse der Sicherungsbewertungen akzeptiert haben und dass diese Politik den Ruf und die Glaubwürdigkeit des IWF als eines umsichtigen Kreditgebers erhöht hat, während sie gleichzeitig dazu beitrug, die Operationen und Rechnungslegungsverfahren der Zentralbanken zu verbessern.

Sicherungsbewertungen finden Anwendung auf alle Länder mit Vereinbarungen über die Inanspruchnahme von IWF-Mitteln, die nach dem 30. Juni 2000 genehmigt wurden, und werden bei jeder neuen Vereinbarung durchgeführt, die dem Direktorium zur Genehmigung vorgelegt wird. Obwohl Sicherungsbewertungen formal nicht bei Ländern mit einem stabsüberwachten Programm (staff monitored program – SMP) angewandt werden, werden diese Länder ermutigt, sich freiwillig einer Bewertung zu unterziehen, da diese Programme in vielen Fällen durch eine formale Vereinbarung mit dem IWF abgelöst werden. Im Geschäftsjahr 2003 wurden 24 Sicherungsbewertungen durchgeführt, so dass die Gesamtzahl der bis zum 30. April 2003 abgeschlossenen Bewertungen bei 75 lag. Diese Gesamtzahl schließt auch die 27 abgekürzten Bewertungen ein, die bei vor dem 30. Juni 2000 in Kraft getretenen Vereinbarungen durchgeführt worden sind und nur ein einziges Schlüsselement des Sicherungsrahmenwerkes beurteilen, und zwar ob die Zentral-

⁹Es gibt 16 zugelassene SZR-Inhaber: Afrikanische Entwicklungsbank, Afrikanischer Entwicklungsfonds, Arabischer Währungsfonds, Asiatische Entwicklungsbank, Bank der Zentralafrikanischen Staaten, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Europäische Zentralbank, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), Internationale Entwicklungsorganisation, Internationaler Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung, Islamische Entwicklungsbank, Lateinamerikanischer Reservefonds, Nordische Investitionsbank, Ostafrikanische Entwicklungsbank, Ostkaribische Zentralbank sowie Zentralbank der Westafrikanischen Staaten.

¹⁰Diese betreffen 12 IWF-Mitglieder und einen zugelassenen SZR-Inhaber. Darüber hinaus hat ein Mitglied eine eingleisige Vereinbarung (nur Verkauf) mit dem IWF getroffen.

¹¹Nach dem Designationsverfahren können Länder, deren Zahlungsbilanz- und Reserveposition als ausreichend solide angesehen wird, im Fall einer Designation durch den IWF verpflichtet werden, bis zu einem festgelegten Betrag frei verwendbare Währungen im Tausch gegen SZR bereitzustellen. Wegen der bestehenden freiwilligen Vereinbarung wurde das Designationsverfahren seit 1987 nicht mehr genutzt.

Tabelle 8.7
Übertragung von SZR
(Millionen SZR)

	Am 30. April abgelaufenes Geschäftsjahr								
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Übertragungen zwischen Teilnehmern und zugelassenen Inhabern									
Transaktionen im Einvernehmen ¹	8 987	8 931	7 411	8 567	13 817	6 639	5 046	3 669	2 858
Zugelassene Operationen ²	124	1 951	88	86	4 577	293	544	290	1 186
IWF-bezogene Operationen ³	301	704	606	901	756	684	922	866	1 794
Nettozinsen auf SZR	174	319	268	284	289	214	302	228	162
Insgesamt	9 586	11 905	8 372	9 839	19 439	7 831	6 814	5 054	6 000
Übertragungen von Teilnehmern an das Allgemeine Konto									
Rückkäufe	1 181	5 572	4 364	2 918	4 761	3 826	3 199	1 631	1 955
Gebühren	1 386	1 985	1 616	1 877	2 806	2 600	2 417	2 304	2 505
Quoteneinzahlungen	24	70	—	—	8 644	528	65	—	62
Auf Bestände des Allgemeinen Kontos eingegangene Zinsen	262	53	51	44	35	138	118	56	31
Umlagen	4	4	4	4	3	3	2	2	2
Insgesamt	2 857	7 683	6 035	4 844	16 249	7 094	5 800	3 993	4 555
Übertragungen vom Allgemeinen Konto an Teilnehmer und zugelassene Inhaber									
Käufe	5 970	6 460	4 060	4 243	9 522	3 592	3 166	2 361	2 215
Rückzahlungen von IWF-Mittelaufnahmen	862	—	—	—	1 429	—	—	—	—
Zinsen auf Mittelaufnahmen des IWF	97	—	—	—	46	18	—	—	—
Im Austausch gegen Währungen anderer Länder									
Erwerb zur Begleichung von Gebühren	99	49	224	20	545	1 577	1 107	1 130	1 598
Vergütung	815	1 092	1 055	1 220	1 826	1 747	1 783	1 361	1 175
Sonstiges—Rückerstattungen und Anpassungen	51	259	27	90	74	1 008	31	94	89
Insgesamt	7 894	7 859	5 366	5 574	13 442	7 942	6 087	4 945	5 077
Übertragungen insgesamt	20 336	27 448	19 773	20 256	49 130	22 867	18 702	13 991	15 632
Bestände des Allgemeinen Kontos zum Periodenende	1 001	825	1 494	764	3 572	2 724	2 437	1 485	963

¹Transaktionen im Einvernehmen sind Transaktionen, bei denen Teilnehmer der SZR-Abteilung (zurzeit alle Mitglieder) und zugelassene Inhaber freiwillig zum offiziellen, vom IWF festgelegten Kurs SZR gegen Währungen eintauschen. Diese Transaktionen werden gewöhnlich vom IWF arrangiert.

²Operationen unter Beteiligung zugelassener SZR-Inhaber. Ein zugelassener SZR-Inhaber ist ein Nichtteilnehmer in der SZR-Abteilung, der vom IWF als SZR-Inhaber zugelassen wurde.

³In SZR getätigte Operationen zwischen Mitgliedern und dem IWF, die durch einen zugelassenen Inhaber durchgeführt werden, werden „IWF-bezogene Operationen“ genannt. Der IWF hat eine Reihe von Beschlüssen verabschiedet, um SZR-Operationen im Rahmen des Treuhandfonds, der SFF-Subvention, der SAE, der ESAF, der PRGF und der HIPC-Initiative zuzulassen.

banken Jahresabschlüsse veröffentlichen, die von externen Prüfern in Übereinstimmung mit international akzeptierten Prüfungsstandards unabhängig geprüft werden.

Sicherungsbewertungen folgen einem festen Muster, um eine konsistente Anwendung zu gewährleisten. Alle Zentralbanken, die einer Bewertung unterliegen, stellen dem IWF-Stab einen Standardsatz von Dokumenten zur Verfügung. Der Stab überprüft die Informationen und setzt sich bei Bedarf mit Zentralbankvertretern und den externen Prüfern in Verbindung. Die Überprüfung kann durch einen Vor-Ort-Besuch bei der Zentralbank ergänzt werden, um Informationen zu erhalten oder Sachverhalte zu klären, die notwendig sind, um Schlüsse zu ziehen und Empfehlungen auszusprechen.

Diese Besuche werden von IWF-Mitarbeitern durchgeführt – gegebenenfalls unter Beteiligung von technischen Experten, die aus der IWF-Mitgliedschaft rekrutiert werden. Die Überprüfung berücksichtigt auch die Ergebnisse und den Zeitrahmen einer vorhergehenden Sicherungsbewertung, einschließlich der Ergebnisse einer eventuellen Folge-Überwachung.

Das Ergebnis einer Sicherungsbewertung ist ein vertraulicher Bericht, der weder dem Exekutivdirektorium noch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Er verweist auf Anfälligkeiten, nimmt Risikoeinstufungen vor und spricht Empfehlungen zur Reduzierung aufgezeigter Risiken aus. Von den nationalen Behörden, die Gelegenheit haben, zu allen Sicherungsbewertungsberichten Stellung zu nehmen, wird erwartet, dass sie die

Kasten 8.7

Politik der Sicherungsbewertungen: Eine Zusammenfassung

Ziel der Sicherungsbewertungen

- dem IWF eine angemessene Gewähr zu bieten, dass das angewandte Kontroll-, Rechnungslegungs-, Berichts- und Prüfungssystem einer Zentralbank zur Verwaltung der Mittel, einschließlich der IWF-Auszahlungen, adäquat ist, um die Integrität der Operationen sicherzustellen.

Anwendungsbereich von Sicherungsbewertungen

- Zentralbanken mit nach dem 30. Juni 2000 gebilligten Vereinbarungen über die Inanspruchnahme von IWF-Mitteln;
- abgekürzte Bewertungen, begrenzt auf externe Prüfungsverfahren bei Mitgliedern mit vor dem 30. Juni 2000 in Kraft getretenen Vereinbarungen;
- nicht anwendbar bei Nothilfe, Ziehungen in der ersten Kredittranche und separaten CFFs; sowie
- freiwillig für Mitglieder mit stabsüberwachten Programmen.

Umfang der Politik—ELRIC

- das externe Prüfungsverfahren;
- die rechtliche Struktur und Unabhängigkeit;
- das finanzielle Berichtswesen;
- das interne Prüfungsverfahren; sowie
- das interne Kontrollsystem.

Veröffentlichungshinweise

- die Stabspapiere und andere Hintergrundinformationen über die Sicherungspolitik, darunter ein Dokument von einem Gremium hochangesehener externer Fachleute, sind auf der IWF-Webseite verfügbar (www.imf.org).

Sicherungsempfehlungen umsetzen, möglicherweise im Rahmen der Programmkonditionalität. Die Schlussfolgerungen und vereinbarten Gegenmaßnahmen werden in zusammengefasster Form dem Direktorium zugeleitet, entweder bei Billigung einer Vereinbarung oder spätestens bis zur ersten im Rahmen der Vereinbarung durchzuführenden Überprüfung.

Die Umsetzung der Sicherungsempfehlungen wird regelmäßig vom IWF-Stab überwacht. Sicherungsüberwachungen beginnen, wenn der endgültige Bewertungsbericht den Behörden übergeben worden ist, und dauern so lange, wie der Kredit aussteht. Der Überwachungsprozess verfolgt die Empfehlungen weiter, die bei früheren Sicherungsbewertungen ausgesprochen worden sind, um sicherzustellen, dass (1) von den Behörden eingegangene Verpflichtungen erfüllt und (2) die Empfehlungen zufriedenstellend umgesetzt worden sind. Allgemein werden von den Behörden eingegangene Verpflichtungen zusammen mit der gesamten Programmkonditionalität überwacht. Der Schwerpunkt der Sicherungsüberwachung liegt daher auf der Wirksamkeit der Umsetzung. Zu diesem Zweck bittet der IWF-Stab um periodische Aktualisierungen des Implementierungsstandes und er kann eine Vor-Ort-Überwachungsüberprüfung durchführen. Im Überwachungsverfahren müssen die Länderbehörden dem IWF jährlich ihre geprüften Finanzausweise und alle Empfehlungen und Sonderberichte zur Verfügung stellen, die von

den externen Prüfern der Zentralbank erstellt worden sind.

Die Ergebnisse der bisherigen Sicherungsbewertungen haben gezeigt, dass in einzelnen Fällen bedeutende, aber vermeidbare Risiken für die IWF-Mittel bestanden haben könnten. Bewertungsempfehlungen werden mit dem Ziel formuliert, die IWF-Mittel zu sichern, indem diese Anfälligkeiten angesprochen und die Kontrollen sowie Operationen in einer Zentralbank dauerhaft verbessert werden. Die bisherige Überwachung hat gezeigt, dass die Zentralbanken zunehmend die vom IWF-Stab empfohlenen Maßnahmen umsetzen, um die identifizierten Anfälligkeiten zu reduzieren. Im Geschäftsjahr 2003 haben die Zentralbanken die Bewertungsempfehlungen weiterhin zu einem großen Teil umgesetzt (über 85 % im Bereich der wichtigsten Maßnahmen). Die wichtigsten Bereiche, in denen die Operationen und Kontrollen der Zentralbanken aufgrund der Umsetzung von Sicherungsmaßnahmen verbessert worden

sind, umfassen (1) die Einrichtung einer unabhängigen externen Prüfungspolitik im Einklang mit internationalen Standards, (2) die Abstimmung der dem IWF zum Zwecke der Programmüberwachung mitgeteilten Wirtschaftsdaten mit den zu Grunde liegenden Rechnungslegungs-Unterlagen der Zentralbank, (3) Verbesserung der Transparenz und Konsistenz des Finanzberichtswesens, einschließlich der Veröffentlichung der geprüften Bilanzen, (4) Verbesserung der Kontrollen über die Reservenverwaltung und (5) die Umsetzung unabhängiger, qualitativ anspruchsvoller interner Prüfungsfunktionen.

Im Geschäftsjahr 2003 setzte der IWF-Stab die Verbesserung der Kommunikation und der Verbreitung von Informationen über die Sicherungspolitik fort. Das IWF-Institut hat einen Kursus über Sicherungsbewertungen entwickelt, der im Januar 2003 am Ausbildungszentrum in Singapur und im März 2003 am Gemeinsamen Institut in Wien abgehalten wurde. Der IWF-Stab erstellte zudem für das Exekutivdirektorium zwei halbjährliche zusammenfassende Berichte über die Aktivitäten und Ergebnisse der Politik. Diese Berichte sind auf der IWF-Webseite unter <http://www.imf.org/external/fin.htm> verfügbar.

Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF

Die verstärkte kooperative Strategie bei Zahlungsrückständen gegenüber dem IWF besteht aus drei wesentli-

chen Elementen: Vorbeugung, intensivierte Zusammenarbeit und Gegenmaßnahmen.¹²

Die gesamten Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF gingen im Geschäftsjahr 2003 von 2,36 Mrd. SZR zu Beginn des Berichtsjahres auf 2,01 Mrd. SZR zurück (Tabelle 8.8). Dies spiegelt vor allem die Beseitigung der Zahlungsrückstände durch die Demokratische Republik Kongo im Juni 2002 und durch den Islamischen Staat Afghanistan (im Folgenden Afghanistan) im Februar 2003 wider. Allerdings stiegen die Zahlungsrückstände anderer Länder (mit Ausnahme des Sudan) weiterhin an – vor allem diejenigen Simbabwe, das den ersten neuen Fall erheblicher Zahlungsrückstände gegenüber dem Allgemeinen Konto seit 1993 und den ersten Fall von Zahlungsrückständen gegenüber dem PRGF-Treuhandfonds darstellt. Zum 30. April 2003 waren nahezu alle Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF hartnäckiger Natur (sechs Monate oder mehr überfällig), ungefähr gleichmäßig aufgeteilt zwischen überfälligem Kapital und überfälligen Gebühren und Zinsen. Mehr als vier Fünftel der Zahlungsrückstände bestanden gegenüber dem Allgemeinen Konto und der Rest gegenüber der SZR-Abteilung und dem PRGF-Treuhandfonds.

Die zwei Länder mit den höchsten hartnäckigen Zahlungsrückständen gegenüber dem IWF – der Sudan und Liberia – machen mehr als 79 % der überfälligen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem IWF aus, wobei auf Somalia und Simbabwe der größte Teil des Restes entfällt.¹³ Im Rahmen der verstärkten kooperativen Strategie des IWF gegen Zahlungsrückstände wurden Gegenmaßnahmen gegen Länder mit hartnäckigen Zahlungsrückständen gegenüber dem Fonds ergriffen.¹⁴ Während des Berichtsjahres wurden keine Änderungen an der verstärkten kooperativen Strategie des IWF bei Zahlungsrückständen vorgenommen.

Im Geschäftsjahr 2003 beseitigten zwei Länder ihre Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF – die Demokratische Republik Kongo und Afghanistan:

- Die Demokratische Republik Kongo beseitigte ihre Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF in Höhe von 404 Mio. SZR (522 Mio. \$) am 12. Juni 2002. Die Beseitigung der Zahlungsrückstände wurde durch Überbrückungskredite von vier Ländern – Belgien, Frankreich, Schweden und Südafrika – ermöglicht. Unmittelbar nach der Beseitigung der Zahlungsrückstände billigte das Exekutivdirektorium

eine PRGF-Vereinbarung mit der Demokratischen Republik Kongo in Höhe von 580 Mio. SZR (109 % der Quote des Landes). Ein Teil der ersten PRGF-Auszahlung über 420 Mio. SZR wurde zur vollständigen Ablösung der Überbrückungskredite verwendet. Die Demokratische Republik Kongo beseitigte anschließend ihre Zahlungsrückstände in Höhe von 254 Mio. SZR (338 Mio. \$) gegenüber der Weltbankgruppe. Die Zahlungsrückstände von 669 Mio. SZR (860 Mio. \$) gegenüber der Afrikanischen Entwicklungsbankgruppe wurden im Rahmen eines Mechanismus gehandhabt, der teils der Beseitigung und teils der Konsolidierung von Rückständen dient.

- Am 26. Februar 2003 beglich Afghanistan seine Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF in Höhe von insgesamt 8,1 Mio. SZR (rd. 11,1 Mio. \$). Die Begleichung der Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF war Teil eines koordinierten Planes, unter dem Afghanistan auch seine Zahlungsrückstände gegenüber der Asiatischen Entwicklungsbank und der Internationalen Entwicklungsagentur beseitigte. Die koordinierte Beseitigung der Zahlungsrückstände wurde durch Schenkungsbeiträge von Italien, Japan, Norwegen, Schweden, dem Vereinigten Königreich und dem Afghanischen Wiederaufbau-Treuhandfonds unterstützt.

Das Exekutivdirektorium führte während des Berichtsjahres mehrere Überprüfungen von überfälligen finanziellen Verpflichtungen von Mitgliedsländern gegenüber dem IWF durch:

- Das Direktorium erörterte zweimal die Beschwerde des Geschäftsführenden Direktors hinsichtlich der einstweiligen Aussetzung von Liberias Stimm- und anderen diesbezüglichen Rechten im IWF. Auf seiner Sitzung am 9. Oktober 2002 brachte das Direktorium sein Bedauern über Liberias zunehmende Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF zum Ausdruck und kritisierte, dass die Behörden nur begrenzte Anstrengungen unternommen haben, um die Umsetzung der Wirtschaftspolitik zu verbessern. Dennoch beschloss das Direktorium, eine Entscheidung über die Suspendierung der Stimm- und anderen diesbezüglichen Rechte im IWF um weitere sechs Monate zu verschieben und die Angelegenheit gleichzeitig mit der Artikel-IV-Konsultation 2002 mit Liberia zu überprüfen. Bei dieser zweiten Überprüfung, die am 5. März 2003 stattfand, stellte das Direktorium fest, dass Liberia seine Kooperation mit dem IWF nicht angemessen verbessert hat, und entschied, Liberias Stimm- und andere diesbezügliche Rechte im IWF zeitweilig auszusetzen.
- Das Direktorium überprüfte während des Geschäftsjahres 2003 die überfälligen Verpflichtungen des Sudan zweimal – am 19. Juni 2002 und am 18. Dezember 2002. Im Juni brachte das Direktorium sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Sudan

¹²Siehe *Jahresbericht 2001*, Seite 83 und 84, zum Hintergrund über die verstärkte kooperative Strategie des IWF zum Umgang mit Zahlungsrückständen.

¹³Der Rest von 2,6 % entfällt auf die überfälligen Netto-SZR-Gebühren und Umlagen des Irak.

¹⁴In zwei Fällen (Irak und Somalia) wurde die Anwendung von Gegenmaßnahmen aufgrund von Bürgerkriegen, des Fehlens einer arbeitsfähigen Regierung oder internationaler Sanktionen aufgeschoben oder zeitweilig ausgesetzt.

Tabelle 8.8

Zahlungsrückstände von sechs Monaten oder länger gegenüber dem IWF seitens der Länder,
nach Art und Dauer

(Millionen SZR, per 30. April 2003)

	Insgesamt	Nach Art				Nach Dauer	
		Allgemeine Abteilung (inkl. SAF)	SZR- Abteilung	Treuhand- fonds	PRGF	Weniger als 6 Monate	Mehr als 6 Monate
Irak	52,3	0,1	52,2	—	—	1,3	51,0
Liberia	499,6	446,0	23,5	30,1	—	3,3	496,3
Simbabwe	158,7	90,7	—	—	68,0	32,7	126,0
Somalia	217,4	199,6	9,9	7,9	—	1,7	215,7
Sudan	1 081,7	1 003,0	0,1	78,6	—	5,2	1 076,5
Insgesamt	2 009,7	1 739,4	85,7	1 16,6	68,0	44,2	1 965,5

seine zugesagten Zahlungen an den IWF während der letzten drei Monate des Jahres 2001 nicht geleistet hatte, begrüßte aber die Korrekturmaßnahmen, die im zweiten Halbjahr 2001 ergriffen worden waren. Es stellte die eingeschränkte Schuldendienstkapazität des Sudan fest und nahm dessen Absicht zur Kenntnis, ein monatliches Zahlungsniveau an den IWF in Höhe von 2 Mio. \$ beizubehalten. Anlässlich der Dezember-Überprüfung begrüßte das Direktorium die wirtschaftspolitische Leistung, die die sudanesischen Behörden im Rahmen des stabsüberwachten Programms für 2002 vorwiesen, und stellte fest, dass der Sudan 2002 seinen Absichten entsprechend Zahlungen an den IWF geleistet hatte.

- Vor dem Hintergrund steigender Zahlungsrückstände und einer nur wenig verbesserten Wirtschaftspolitik belegte das Direktorium Simbabwe während des Geschäftsjahres 2003 mit weiteren Gegenmaßnahmen. Am 13. Juni 2002 verabschiedete es eine Erklärung über mangelnde Kooperationsbereitschaft in Bezug auf Simbabwe und setzte jegliche technische Hilfe zeitweilig aus. Bei der folgenden Überprüfung der Zahlungsrückstände Simbabwes am 11. Septem-

ber 2002 beschloss das Direktorium, unverzüglich das Verfahren zur Suspendierung von Simbabwes Stimm- und anderen diesbezüglichen Rechten im IWF einzuleiten. Am 25. Oktober 2002 empfing das Direktorium die Beschwerde des Geschäftsführenden Direktors vom 17. Oktober 2002 hinsichtlich des Versäumnisses Simbabwes, seinen Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF nachzukommen. Dieser Beschwerde wird anlässlich der nächsten Überprüfung der Zahlungsrückstände Simbabwes gegenüber dem IWF nachgegangen. Dann wird das Direktorium erörtern, ob es Simbabwes Stimm- und andere diesbezügliche Rechte im IWF suspendiert.

Ende April 2003 waren Liberia, Simbabwe, Somalia und der Sudan nach Artikel XXVI, Abschnitt 2(a) nicht berechtigt, die allgemeinen Mittel des IWF in Anspruch zu nehmen. Zudem war Simbabwe von der Liste PRGF-berechtigter Länder gestrichen worden. Erklärungen über mangelnde Kooperationsbereitschaft – ein weiterer Schritt im Rahmen der verstärkten kooperativen Strategie gegen Zahlungsrückstände – galten für Liberia und Simbabwe und Liberias Stimm- und andere diesbezügliche Rechte im IWF waren ausgesetzt.

Organisation, Haushalt und Humanressourcen

Im Geschäftsjahr wurden eine Reihe institutioneller Änderungen vollzogen oder angekündigt. Anfang des Jahres 2003 strukturierte die Abteilung Technologie und allgemeine Dienste ihre organisatorischen Einheiten um, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, um deren Dienstleistungen effizienter zu gestalten. Ende des Jahres richtete der IWF die Abteilung Währungs- und Finanzsysteme ein, um der Ausweitung der Zuständigkeiten der ehemaligen Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik auf Gebieten wie dem Programm zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) und der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung Rechnung zu tragen. Im Zuge einer anderen organisatorischen Änderung wurde die englische Bezeichnung der Abteilung Finanzen von *Treasurer's Department* in *Finance Department* umbenannt.

Schließlich kündigte der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Eduardo Aninat seine Absicht an, im Juni 2003 sein Amt niederzulegen, und der Geschäftsführende Direktor gab bekannt, dass der Volkswirtschaftliche Berater und Leiter der Abteilung Forschung Kenneth Rogoff bei Ablauf seiner Beurlaubung im Herbst 2003 seine Professur an der Harvard-Universität wieder aufnehmen wird. Der Geschäftsführende Direktor gab bekannt, dass Agustín Carstens, Stellvertretender Finanzminister Mexikos, und Raghuram Rajan, von der Graduate School of Business der Universität von Chicago, die Nachfolge antreten werden.

Der Verwaltungshaushalt des IWF für das Geschäftsjahr genehmigte Gesamtausgaben von 794,3 Mio. \$ (das entspricht 746,4 Mio. \$ nach Abzug der Rückzahlungen). Die tatsächlichen Ausgaben beliefen sich auf 764,0 Mio. \$, d. h. 30,3 Mio. \$ oder 3,8 % weniger als im ursprünglichen Haushalt angesetzt. Die Minderausgaben betragen bei den Aufwendungen für Personal 10,7 Mio. \$ und bei den Ausgaben für Geschäftsreisen und andere Aktivitäten 19,7 Mio. \$. Unter Berücksichtigung eines Rückzahlungsausfalls in Höhe von 3,8 Mio. \$ beliefen sich die Netto-Verwaltungsausgaben auf 719,9 Mio. \$, etwa 26,5 Mio. \$ oder 3,6 % weniger als in der Budgetschätzung.

Das andauernde Engagement des IWF für Vielfalt wurde auch im Geschäftsjahr 2003 bekräftigt. Merkli-

che Fortschritte wurden bei der Einstellung und Beförderung von mehreren schwach vertretenen Mitarbeitergruppen verzeichnet: Der Anteil der Frauen in Führungspositionen erreichte 15 %, und der Anteil der Stabsmitarbeiter aus Entwicklungsländern in Führungspositionen erreichte über 30 %.

Organisation

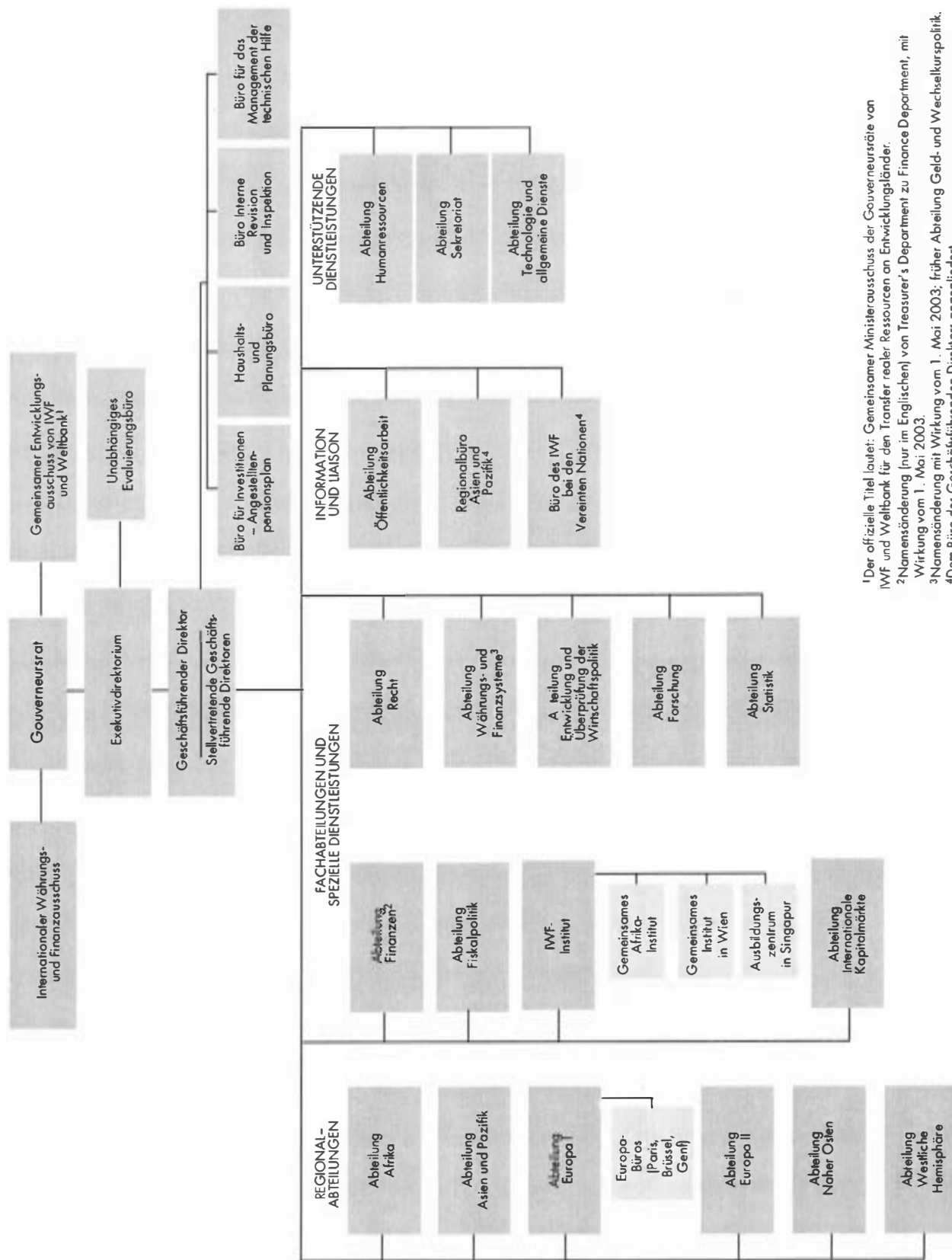
Der IWF wird von seinem Gouverneursrat geleitet und seine Geschäfte werden von einem Exekutivdirektorium, einem Geschäftsführenden Direktor, einem Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor, zwei weiteren Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktoren und einem aus internationalen Beamten bestehenden Mitarbeiterstab, der allein dem IWF verantwortlich ist, geführt. Das der Institution zugrunde liegende IWF-Übereinkommen verlangt, dass vom IWF eingestellte Mitarbeiter die höchsten Standards an Leistungsfähigkeit und Sachkunde aufweisen und die vielfältige Mitgliedschaft der Organisation widerspiegeln.

Exekutivdirektorium

Das aus 24 Mitgliedern bestehende Exekutivdirektorium des IWF führt als ständiges Entscheidungsgremium des IWF die Tagesgeschäfte der Institution. Im Kalenderjahr 2002 traf das Direktorium zu 126 formellen Sitzungen, 8 Seminaren und 77 informellen, Ausschuss- und anderen Sitzungen zusammen.

Das Exekutivdirektorium stützt seine Aussprachen hauptsächlich auf Studien, die von der IWF-Geschäftsleitung und dem Mitarbeiterstab angefertigt werden. Im Jahr 2002 widmete das Direktorium 67 % seiner Zeit länderbezogenen Angelegenheiten (insbesondere Konsultationen nach Artikel IV sowie Überprüfungen und Genehmigungen von IWF-Kreditvereinbarungen), 23 % seiner Zeit der multilateralen Überwachung und wirtschaftspolitischen Themen (wie z. B. den weltwirtschaftlichen Aussichten, den Berichten zur Stabilität des globalen Finanzsystems, den Finanzmitteln des IWF, der Stärkung des internationalen Finanzsystems, der Schuldensituation und Fragen im Zusammenhang mit den IWF-Kreditfazilitäten und der Programmge-

Schaubild 9.1
Organigramm des IWF
 (Stand vom 30. April 2003)



¹ Der offizielle Titel lautet: Gemeinsamer Ministerrat der Gouverneure von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer.

² Namensänderung (nur in Englischen) von Treasurer's Department zu Finance Department, mit Wirkung vom 1. Mai 2003.

³ Namensänderung mit Wirkung vom 1. Mai 2003; früher Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik.

⁴ Dem Büro des Geschäftsführenden Direktors angegliedert.

staltung) und seine übrige Zeit Verwaltungs- und anderen Angelegenheiten.

Abteilungen

Der IWF-Mitarbeiterstab gliedert sich in erster Linie in Abteilungen für länder- oder regionenbezogene Aufgaben, für funktionsbezogene Gebiete, für Information und Liaison sowie für unterstützende Dienstleistungen (Schaubild 9.1). Diese Abteilungen werden von Direktoren geleitet, die dem Geschäftsführenden Direktor unterstellt sind.

Länderabteilungen

Sechs Länderabteilungen – *Afrika, Asien und Pazifik, Europa I, Europa II, Naher Osten und Westliche Hemisphäre* – beraten die Geschäftsleitung und das Exekutivdirektorium hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Politikmaßnahmen in den Ländern ihrer Region. Ihre Mitarbeiter sind zudem dafür verantwortlich, die Kreditvereinbarungen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Reformprogramme der Mitglieder zu konzipieren und die Fortschritte unter diesen IWF-gestützten Anpassungsprogrammen zu überprüfen. Zusammen mit den zuständigen Fachabteilungen stellen sie den Mitgliedsländern wirtschaftspolitische Beratung und technische Hilfe zur Verfügung und stehen in ständigem Kontakt mit regionalen Organisationen und multilateralen Institutionen in ihren geografischen Gebieten. Mit Unterstützung von Stabsangehörigen aus den entsprechenden Fachabteilungen leisten die Länderabteilungen über direkte Kontakte mit den Mitgliedsländern einen Großteil der bilateralen Überwachungsarbeit des IWF. Außerdem sind 93 Stabsangehörige aus den Länderabteilungen Mitgliedsländern als örtliche Vertreter des IWF zugewiesen (siehe Kasten 9.1).

Fachabteilungen und Abteilungen für besondere Dienstleistungen

Die *Abteilung Fiskalpolitik* ist für Aktivitäten im Zusammenhang mit den öffentlichen Finanzen der Mitgliedsländer verantwortlich. Sie beteiligt sich an Missionen der Länderabteilungen zur Untersuchung fiskalischer Fragen, überprüft die fiskalischen Aspekte der wirtschaftspolitischen Empfehlungen des IWF sowie der fondsgestützten Anpassungsprogramme und leistet technische Hilfe auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen. Sie führt zudem wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Untersuchungen zu fiskalischen Frage-

Kasten 9.1 Örtliche Vertreter des IWF

Ende April 2003 hatte der IWF 93 Stellen für örtliche Vertreter, die 85 Mitgliedsländer in Afrika, Asien, Europa, im Nahen Osten und in der Westlichen Hemisphäre abdecken. Zudem gab es Pläne, einen neuen Posten in Guatemala zu eröffnen. Diese Stellen – die üblicherweise mit einem einzigen IWF-Stabsangehörigen besetzt werden, der von lokalen Kräften unterstützt wird – stärken die wirtschaftspolitische Beratung des IWF und werden oft im Zusammenhang mit einem Reformprogramm eingerichtet. Die Vertreter, die in der Regel guten Zugang zu wichtigen nationalen Regierungsvertretern haben, können die Qualität der Länderarbeit des IWF maßgeblich prägen. Die örtlichen Vertreter leisten vor allem einen Beitrag zur Formulierung der wirtschaftspolitischen Beratung des IWF, überwachen die Leistung – insbesondere im Rahmen eines IWF-ge-

stützten Programms – und koordinieren die technische Hilfe. Zudem machen sie den IWF und das Gastland frühzeitig auf mögliche Zielverfehlungen aufmerksam, unterstützen das Programm vor Ort und spielen eine aktive Rolle in der Kommunikationsarbeit des IWF in den Mitgliedsländern. Seit dem Beginn der erweiterten Initiativen für einkommensschwache Länder helfen die örtlichen Vertreter den Mitgliedsländern bei der Entwicklung ihrer Armutsbekämpfungsstrategien (siehe Kapitel 5), indem sie an den vom jeweiligen Land geführten Strategiediskussionen teilnehmen und die Sichtweise des IWF erläutern. Sie unterstützen außerdem die Überwachung der Programmumsetzung und den Aufbau von Institutionen, wobei sie mit verschiedenen Regierungsstellen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Gebern und anderen Beteiligten zusammenarbeiten.

stellungen sowie zu den Themen Einkommensverteilung und Armut, soziale Sicherungsnetze, staatliche Ausgabenpolitik und Umwelt durch.

Die *Abteilung Internationale Kapitalmärkte* (ICM) unterstützt das Exekutivdirektorium und die Geschäftsleitung bei der Überwachung des internationalen Währungs- und Finanzsystems und stärkt die Arbeit des IWF zur Vorbeugung und Bewältigung von Krisen. Als Teil der Überwachungstätigkeit erstellt die Abteilung einen halbjährlichen *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems*, der die Entwicklungen und systembezogenen Probleme auf den internationalen Kapitalmärkten bewertet. Die Abteilung steht in ständigem Kontakt mit privaten Kapitalmarktteilnehmern, den für das Finanzsystem zuständigen nationalen Behörden und offiziellen Gremien, die sich mit dem internationalen Finanzsystem befassen. Darüber hinaus spielt die Abteilung eine führende Rolle bei der konzeptionellen und politischen Arbeit des IWF in Bezug auf den Zugang zu internationalen Kapitalmärkten und sie berät Mitgliedsländer hinsichtlich des Zugangs zu den internationalen Märkten und über die Vorteile der Interaktion mit den Märkten sowie über Strategien zur Verwaltung von Auslandsschulden.

Das *IWF-Institut* bietet Ausbildung für Beamte der Mitgliedsländer – insbesondere aus Entwicklungsländern – auf Gebieten wie Finanzplanung und -politik, Außenwirtschaftspolitik, Zahlungsbilanzmethodik, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Haushaltsstatistik sowie öffentliche Finanzen. Das Institut veranstaltet

außerdem ein aktives Programm von Kursen und Seminaren für IWF-Volkswirte in den Bereichen Volkswirtschaft, Finanzen und Ökonometrie. (Siehe Kapitel 6.)

Die *Abteilung Recht* berät die Geschäftsleitung, das Exekutivdirektorium und den Mitarbeiterstab hinsichtlich der zu beachtenden rechtlichen Bestimmungen. Sie bereitet die meisten Entscheidungen und sonstigen Rechtsakte vor, die zur Erfüllung der Aufgaben des IWF notwendig sind. Die Abteilung dient dem IWF bei Rechtsstreitigkeiten und Schiedsgerichtsverfahren als Rechtsbeistand, leistet technische Hilfe bei Rechtsreformen, überprüft die Übereinstimmung von Gesetzen und Regulierungen mit ausgewählten internationalen Standards und Kodizes, beantwortet Anfragen nationaler Behörden sowie internationaler Organisationen zu den Rechtsvorschriften des IWF und formuliert Rechtsauslegungen, die die Zuständigkeit des IWF für Wechselkursmaßnahmen und Devisenbeschränkungen betreffen.

Die *Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik* wurde mit Wirkung vom 1. Mai 2003 in die *Abteilung Währungs- und Finanzsysteme* umbenannt. Der neue Name erfasst die erweiterten Zuständigkeiten der umorganisierten Abteilung, die unter anderem die Entwicklung des Programms zur Bewertung des Finanzsektors und die Überprüfung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betreffen. Die Abteilung gliedert sich in vier operationale Bereiche – Überwachung des Finanzsystems, Bankenaufsicht und Krisenlösung, Infrastruktur und Operationen im Bereich der Geld- und Wechselkurspolitik sowie technische Hilfe. Sie stellt den Mitgliedsländern und Länderabteilungen nach wie vor analytische, operationale und technische Unterstützung zur Verfügung, einschließlich der Entwicklung und Verbreitung bewährter wirtschaftspolitischer Maßnahmen und beispielhafter Verfahren. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, die Zusammenarbeit mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden und anderen internationalen Organisationen zu koordinieren.

Die *Abteilung Entwicklung und Überprüfung der Wirtschaftspolitik* (PDR) spielt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Implementierung der Finanzfazilitäten, der Überwachungstätigkeit und anderer Maßnahmen des IWF. Die Abteilung überprüft die Länderarbeit und Politikmaßnahmen und sorgt damit für eine konsistente Anwendung der IWF-Grundsätze innerhalb der gesamten Institution. Seit einigen Jahren nimmt sie eine führende Rolle ein bei der Arbeit des IWF im Zusammenhang mit der Stärkung des internationalen Finanzsystems, bei der Straffung und Fokussierung der Konditionalität sowie bei der Entwicklung der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität und der HIPC-Initiative. Gemeinsam mit Mitarbeitern aus den Länderabteilungen nehmen Volkswirte dieser Abteilung an Ländermissionen teil und helfen den Mitgliedsländern, die IWF-Mittel in Anspruch nehmen, weitere Finanzquellen zu erschließen.

Die *Abteilung Forschung* führt Politikanalysen und wissenschaftliche Studien auf Gebieten durch, die in Verbindung mit der Arbeit des IWF stehen. Die Abteilung spielt eine herausragende Rolle bei der Überwachungstätigkeit und bei der Entwicklung der IWF-Politik in Bezug auf das internationale Währungssystem und sie arbeitet bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Empfehlungen des IWF an die Mitgliedsländer mit anderen Abteilungen zusammen. Sie koordiniert die Arbeiten am halbjährlichen Bericht über die weltwirtschaftlichen Aussichten und erstellt Analysen für die überwachungsbezogenen Beratungen in der Siebenergruppe, der Zwanzigergruppe und in anderen regionalen Gruppierungen wie der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC). Sie ist außerdem zuständig für die Vorbereitung der Seminare des Exekutivdirektoriums über die Entwicklungen in der Weltwirtschaft und auf den Finanzmärkten. Die Abteilung unterhält zudem Beziehungen zum Hochschulbereich und zu anderen Forschungseinrichtungen.

Die *Abteilung Statistik* führt Datenbanken mit Wirtschafts- und Finanzstatistiken für Länder, Regionen und die Weltwirtschaft und überprüft Länderdaten zur Unterstützung der Überwachungstätigkeit des IWF. Sie ist außerdem für die Entwicklung statistischer Konzepte im Bereich der Zahlungsbilanz, der öffentlichen Finanzen, der monetären und der Finanzstatistik sowie für die Erarbeitung methodischer Handbücher zuständig. Die Abteilung leistet technische Hilfe und Ausbildung, um den Mitgliedern bei der Entwicklung ihrer statistischen Systeme zu helfen. Darüber hinaus gibt sie die statistischen Veröffentlichungen des IWF heraus. Außerdem ist sie für die Entwicklung und Aufrechterhaltung der Standards zur Veröffentlichung von Daten durch die Mitgliedsländer zuständig.

Die englische Bezeichnung der Abteilung Finanzen wurde am 1. Mai 2003 von *Treasurer's Department* in *Finance Department* umbenannt, um den Umfang der Zuständigkeiten genauer zu beschreiben. Ihre Aufgabe ist weiterhin, die Finanzmittel des IWF zu mobilisieren, zu verwalten und zu schützen um sicherzustellen, dass sie entsprechend dem übergeordneten Mandat des Fonds verwendet werden. Dies umfasst wichtige Zuständigkeiten für die Finanzpolitik der Institution und für die Durchführung, Verbuchung und Kontrolle aller Finanztransaktionen. Außerdem sichert die Abteilung die finanzielle Position des IWF durch die Bewertung der Angemessenheit der Kapitalbasis des Fonds (Quoten), der Nettoeinkommensziele, der Risikoversorge und der Gebühren- und Vergütungssätze. Andere Zuständigkeiten umfassen die Anlage von Mitteln zur Unterstützung von Ländern mit geringem Einkommen und Begutachtungen von Zentralbanken der Mitgliedsländer, die Kredite aufnehmen.

Information und Liaison

Die *Abteilung Öffentlichkeitsarbeit* hat die wichtige Aufgabe, in der Öffentlichkeit die Kenntnisse über und die Unterstützung für den IWF und seine Politik zu fördern. Sie ist bestrebt, die Politik des IWF verständlich zu machen durch Aktivitäten, die abzielen auf Transparenz, Kommunikation und Auseinandersetzung mit einem weiten Spektrum an interessierten Partnern. Sie erstellt, redigiert und veröffentlicht den größten Teil der IWF-Publikationen und anderes Material, fördert Kontakte mit der Presse und anderen externen Gruppen, wie Organisationen der Zivilgesellschaft und Parlamentariern, und betreut die IWF-Webseite (siehe auch Kapitel 7 und Anhang V).

Die *IWF-Büros in Asien, Europa und bei den Vereinten Nationen* halten enge Kontakte zu anderen internationalen und regionalen Institutionen (siehe Anhang IV). Das UN-Büro leistet einen wesentlichen Beitrag zum Prozess der Entwicklungsfinanzierung. Die Europa-Büros wurden im Jahr 2002 neu organisiert. Es wurde ein Büro in Brüssel eröffnet, um die EU-bezogenen Aktivitäten des IWF in den Bereichen Zusammenarbeit, Überwachung und Kommunikation zu stärken und die für die Büros in Paris, Genf und Brüssel zur Verfügung stehenden Mittel wurden gestrafft und konsolidiert um Effizienzgewinne zu erreichen.

Unterstützende Dienstleistungen

Die *Abteilung Humanressourcen* hilft sicherzustellen, dass der Mitarbeiterstab des IWF die richtige Mischung von Fähigkeiten, Erfahrungen und Vielfalt aufweist, um den sich ändernden Anforderungen an die Organisation zu genügen. Sie gewährleistet, dass die Humanressourcen betreut, organisiert und so eingesetzt werden, dass ihre Effektivität maximiert wird, die Kosten gemäßigt bleiben und die Arbeitsbelastung sowie der Stress auf einem annehmbaren Niveau gehalten werden. Die Abteilung entwickelt Grundsätze und Verfahren, die dem IWF helfen, seine Arbeitsziele zu erreichen. Sie steuert Gehaltszahlungen und Sozialleistungen, Einstellungen und Karriereplanungs-Programme und fördert die organisatorische Effektivität, indem sie andere Abteilungen bei der Verfolgung ihrer personalpolitischen Ziele unterstützt.

Die *Abteilung Sekretariat* organisiert und berichtet über die Arbeit der leitenden Gremien des IWF und stellt ihnen – und der Gruppe der 24 – Sekretariatsdienste zur Verfügung. Sie unterstützt die Geschäftsleitung bei der Vorbereitung und Koordinierung des Arbeitsprogramms des Exekutivdirektoriums und anderer offizieller Gremien. Dazu zählt auch die Termingestaltung und die Unterstützung bei der Durchführung der Direktoriumssitzungen. In Zusammenarbeit mit der Weltbank organisiert die Abteilung zudem die Jahrestagungen.

Die *Abteilung Technologie und allgemeine Dienste* stellt eine umfassende Palette von Leistungen zur Ver-

fügung, die für die Tätigkeit des IWF wesentlich sind. Hierzu gehören Informationsdienste (Informationstechnologie, Bibliotheksdienste, Multimediadienste, Datei- und Archivverwaltung und Telekommunikation), Gebäudedienste (Bauprojekte und Verwaltung der Dienstgebäude), Sprachendienste (Übersetzung, Dolmetschen und nicht-englischsprachige Veröffentlichungen) und eine weite Bandbreite von Dienstleistungen für Sicherheit und Geschäftskontinuität (dazu zählen die Sicherheitsdienste in der Zentrale und vor Ort sowie die Sicherheit der Informationstechnologie). Im Jahr 2003 strukturierte die Abteilung ihre Organisationseinheiten um, insbesondere in den Bereichen Informationstechnologie und Verwaltungsdienste, um die Arbeitseffizienz zu erhöhen.

Der IWF verfügt zudem über *Büros*, die für interne Revision und Überprüfung des Arbeitsablaufes, Haushaltsfragen, technische Hilfe und Investitionen im Rahmen des Angestelltenpensionsplans zuständig sind.

Unabhängiges Evaluierungsbüro

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office – IEO) sichert eine objektive und unabhängige Bewertung der Angelegenheiten, die den IWF betreffen. Das Büro arbeitet unabhängig von der IWF-Geschäftsleitung und ist rechtlich unabhängig vom Exekutivdirektorium des IWF. Das IEO stärkt die Lernkultur des IWF, fördert die Kenntnisse über die Arbeit des IWF und unterstützt das Direktorium bei seiner Lenkungs- und Aufsichtsfunktion. (Für nähere Informationen über das Arbeitsprogramm des IEO siehe Kapitel 7.)

Verwaltungs- und Kapitalhaushalte

Haushaltsreformen

Im Anschluss an die Durchführung einer externen Überprüfung im Jahr 2001 führt der IWF zurzeit eine grundlegende Reform des Haushaltsverfahrens durch. Die Reformen sollen das Haushaltsverfahren modernisieren und, soweit dies für eine internationale Finanzinstitution umsetzbar und angemessen ist, den ergebnisorientierten Budgetsystemen des öffentlichen Sektors folgen, die sich in den wichtigsten Industrieländern herausgebildet haben. Das überarbeitete System soll dem Fonds helfen, flexibel auf die zunehmende Nachfrage nach seinen Leistungen zu reagieren und gleichzeitig die derzeitige Größe der Institution im Wesentlichen beizubehalten.

Die spezifischen im Geschäftsjahr 2003 durchgeführten Reformen konzentrierten sich auf die Einführung einer Budgetbeschränkung für die Haushaltsplanung der Abteilungen, auf die Übernahme einer Gesamtbudgetierung mit Ausweisung der zugeteilten Beträge in Dollar, wobei gleichzeitig eine Obergrenze für Stabspositionen eingehalten wird, und auf die Einführung

von Geschäftsplänen für die Abteilungen. Die Struktur der Leistungskategorien wurde überarbeitet und die neue Struktur soll im Geschäftsjahr 2004 und in den darauf folgenden Haushalten eingesetzt werden. Darüber hinaus werden dem Exekutivdirektorium nun Informationen über die Kosten neuer und bestehender Politikmaßnahmen und Programme vorgelegt, wenn diese zur Diskussion oder Überprüfung anstehen. In Übereinstimmung mit der Transparenzpolitik des IWF hat das Direktorium zudem entschieden, das Haushaltsdokument für das Geschäftsjahr 2004 zu veröffentlichen.¹

Im kommenden Jahr sind drei weitere Reformen geplant, die dazu beitragen werden, die Grundlage für ein stärker ergebnisorientiertes Haushaltssystem zu schaffen: Verbesserungen bei der Messung der Kosten der erbrachten Leistungen, was wiederum bessere Angaben über die eingesetzte Arbeitszeit erfordert, Verbesserung des mittelfristigen Schätzrahmens sowie zusätzliche Informationen und Leistungsberichte.

Haushalte und tatsächliche Ausgaben im Geschäftsjahr 2003

Der *Verwaltungshaushalt* des IWF für das am 30. April 2003 abgelaufene Geschäftsjahr (Geschäftsjahr 2003) genehmigte Gesamtausgaben von 794,3 Mio. \$ (das entspricht 746,4 Mio. \$ nach Abzug von Rückzahlungen). Der *Kapitalhaushalt* des Geschäftsjahres 2003 stellte 215,0 Mio. \$ für Projekte zur Verfügung, die im Geschäftsjahr 2003 begannen, darunter 43,2 Mio. \$ für Gebäudeausstattung, 42,5 Mio. \$ für Informationstechnologie und 129,3 Mio. \$ für den Bau des zweiten Gebäudes der Zentrale (womit sich die Gesamtkosten dieses Projektes auf 149,3 Mio. \$ erhöht haben).

Das Ergebnis des *Verwaltungshaushaltes* für das Geschäftsjahr 2003 belief sich auf 764,0 Mio. \$, d. h. 30,3 Mio. \$ oder 3,8 % weniger als im ursprünglichen Budget veranschlagt. Die Minderausgaben betrugen bei den Aufwendungen für Personal 10,7 Mio. \$, bei den Ausgaben für Geschäftsreisen 11,3 Mio. \$ und bei anderen Aktivitäten und den Mitteln für unvorhergesehene Ausgaben 8,4 Mio. \$. Ein Teil der Minderausgaben hing mit der Aussetzung von Dienstreisen (ab Mitte Februar) in einige Länder des Nahen Ostens und Asiens als Reaktion auf die Sicherheitslage bzw. den Ausbruch von SARS zusammen. Unter Berücksichtigung eines Rückzahlungsausfalls in Höhe von 3,8 Mio. \$ lagen die Nettoverwaltungsausgaben bei 719,9 Mio. \$, etwa 26,5 Mio. \$ oder 3,6 % weniger als in der Budgetschätzung.

Informationen über die tatsächlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt für die Geschäftsjahre 2001 bis

2003 und über die angesetzten Ausgaben für die Geschäftsjahre 2003 und 2004 enthält Tabelle 9.1.

Haushalte für das Geschäftsjahr 2004

Im April 2003 billigte das Direktorium einen *Bruttoverwaltungshaushalt* in Höhe von 837,5 Mio. \$ (785,5 Mio. \$ nach Abzug von geschätzten Rückzahlungen), was einer Erhöhung um brutto 5,4 % (netto 5,2 %) gegenüber dem genehmigten Haushalt des Vorjahres entspricht.

Auf der Kostenseite sieht der vorgeschlagene Haushalt im Vergleich zum Vorjahresbudget einen Anstieg um 5 % bei den Personalausgaben, um 9,3 % für Dienstreisen und um 4,2 % für andere Ausgaben vor. Die Mittelbereitstellung für Reisekosten erfasst auch die zusätzlichen Kosten, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Jahrestagung 2003 in Dubai anfallen. Innerhalb dieser Ausgabengruppen gibt es deutliche Kostenreduzierungen durch die Einstellung von Tätigkeiten mit niedriger Priorität, durch effizienzbedingte Einsparungen (vor allem durch vermehrten EDV-Einsatz) sowie durch Straffung einiger unterstützender Dienstleistungen.

Zudem ist eine beträchtliche Umverteilung der Ressourcen zu verzeichnen, darunter eine Verlagerung von Personal und anderen Ressourcen von Abteilungen, die Vorleistungen erbringen und in der Führungs- und Verwaltungsstruktur tätig sind, zu solchen, die Primärleistungen erbringen – Politikentwicklung, Forschung und Rolle im internationalen Währungssystem; Standardsetzung und Bereitstellung von standardisierten Informationen; bilaterale und regionale Überwachung; Inanspruchnahme von Fondsmitteln sowie Kapazitätsaufbau. Der veranschlagte Anteil der einzelnen Primärleistungsgruppen an der Gesamtleistung, die aus dem Nettoverwaltungsbudget finanziert wird, wird in Schaubild 9.2 dargestellt. Obwohl sich die veranschlagte Aufgliederung im Geschäftsjahr 2004 nur unwesentlich von der früherer Jahre unterscheidet, verbleiben erhebliche Unsicherheiten – zum Beispiel über die Anzahl der IWF-unterstützten Programme. Dennoch sind einige wichtige Entwicklungen innerhalb der wichtigsten Leistungskategorien vorgesehen. Es werden insbesondere mehr Mittel zugeteilt für die Arbeiten in den Bereichen Anfälligkeit, Entwicklung einer neuen Sichtweise bezüglich der Überwachung sowie Handel und Kapitalbilanz. Es wird erwartet, dass die Mittel aus dem Nettoverwaltungshaushalt des Fonds, die für Stärkung der Kapazitäten vorgesehen sind, durch die Finanzierung externer Geber im Vergleich zum Vorjahresbudget um schätzungsweise 23 % aufgestockt werden.

Im Rahmen des revidierten Verfahrens für den Kapitalhaushalt des IWF wurde dem Direktorium ein mittelfristiger „Kapitalplan“ vorgelegt, der in den nächsten drei Jahren Gesamtausgaben von 115,1 Mio. \$ für neue Projekte vorsieht, darunter 45,6 Mio. \$ für Gebäudeeinrichtungen und 69,5 Mio. \$ für den Bereich

¹Die elektronische Fassung des Haushaltsdokuments kann eingesehen werden unter <http://www.imf.org/external/np/obp/budget/033103.htm>.

Tabelle 9.1
Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2001–2004¹
(Millionen US-Dollar)

	Am 30. April 2001 abgelaufenes Geschäftsjahr:	Am 30. April 2002 abgelaufenes Geschäftsjahr:	Am 30. April 2003 abgelaufenes Geschäftsjahr:	Am 30. April 2003 abgelaufenes Geschäftsjahr:	Am 30. April 2004 ablaufendes Geschäftsjahr:
	Tatsächliche Ausgaben	Tatsächliche Ausgaben	Haushalt	Tatsächliche Ausgaben	Haushalt
Verwaltungshaushalt					
I. Personalausgaben					
Gehälter	292,1	320,7	343,2	337,1	359,7
Haushalte und andere Personalausgaben	154,0	161,0	195,9	191,3	206,1
Zwischensumme	446,1	481,7	539,0	528,4	565,8
II. Sonstige Ausgaben					
Reisen	91,3	94,4	91,1	79,9	100,6
Sonstige Ausgaben	138,1	145,3	164,2 ²	155,7	171,1
Zwischensumme	229,4	239,6	255,3	235,6	271,7³
Gesamter Verwaltungshaushalt (brutto)	675,5	721,3	794,3	764,0	837,5
III. Rückvergütungen	(37,5)	(44,6)	(47,9)	(44,1)	(52,0)
Gesamter Verwaltungshaushalt (netto)	638,0	676,7	746,4	719,9	785,5

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹Verwaltungshaushalte, die vom Direktorium für das am 30. April 2003 abgelaufene und für das am 30. April 2004 ablaufende Geschäftsjahr gebilligt wurden, gegenüber tatsächlich entstandenen Ausgaben für die jeweils am 30. April abgelaufenen Geschäftsjahre 2001, 2002 und 2003.

²Einschließlich Rücklage für Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1 Mio. \$.

³Einschließlich Rücklage für Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 2 Mio. \$.

der Informationstechnologie. Darin sind keine Ausgaben für Projekte enthalten, die durch Ermächtigungen früherer Jahre gebilligt worden sind, einschließlich der Errichtung des zweiten Gebäudes der Zentrale.

Die vom Direktorium gebilligte Ausgabenermächtigung des *Kapitalhaushalts* für Projekte, die im Geschäftsjahr 2004 beginnen, beträgt 39,6 Mio. \$. Dies betrifft die bis zum Geschäftsjahr 2006 anfallenden Kosten von Projekten, die im Geschäftsjahr 2004 in Angriff genommen werden, und schließt 13,2 Mio. \$ für Gebäudeeinrichtungen und 26,4 Mio. \$ für den Bereich der Informationstechnologie ein.

Mittelfristiger Rahmen

Gemäß den neuen Haushaltsverfahren erstellt der IWF jedes Jahr einen mittelfristigen Schätzrahmen, der die veranschlagten Kosten der derzeitigen Politik darstellt, und zwar, beginnend mit dem laufenden Haushaltsjahr, für die beiden Folgejahre. Nach diesem Verfahren werden die Schätzungen, die das zweite Jahr des mittelfristigen Rahmens betreffen – bereinigt um Politik- und Kostenänderungen – als Grundlage für den *Verwaltungshaushalt* des folgenden Jahres übernommen. In Übereinstimmung mit der Auffassung der Geschäftsleitung, dass die Institution ihre derzeitige Größe weitgehend beibehalten sollte und dass die Übernahme neuer Aufgaben so weit wie möglich durch die Reduzierung von Arbeiten mit geringerer Priorität finanziert werden sollte, sieht der jüngste mittelfristige

Schätzrahmen einen Anstieg bei den Nettoverwaltungsausgaben (ohne Beiträge zum Angestelltenpensionsplan) von 3,8 % für das Geschäftsjahr 2005 und von 4,3 % für das Geschäftsjahr 2006 vor.

Humanressourcen

Der Geschäftsführende Direktor ernennt einen Mitarbeiterstab, der ausschließlich dem IWF verantwortlich ist und der, wie es im IWF-Übereinkommen heißt, einem „Höchstmaß“ an Leistungsfähigkeit und Sachkunde genügen muss. Die nationale Vielfalt des Mitarbeiterstabs spiegelt die Mitgliedschaft wider, und es ist „gebührend darauf zu achten, dass die Auswahl des Personals auf möglichst breiter geografischer Grundlage erfolgt“. Diesem Höchstmaß an Anforderungen entsprechend hat der IWF ein Offenlegungsverfahren für die Finanzen seiner Mitarbeiter eingeführt. Da die Erhaltung der Kontinuität und des institutionellen Gedächtnisses im Interesse der Mitgliedschaft ist, hat die Beschäftigungspolitik des IWF das Ziel, ein Korps internationaler Beamter zu rekrutieren und an sich zu binden, die daran interessiert sind, ihre berufliche Laufbahn oder einen wesentlichen Teil davon im IWF zu verbringen. Angesichts des sich ändernden Arbeitsmarktes und des Nutzens neuer Sichtweisen erkennt der IWF aber gleichzeitig die Vorteile an, die kürzerfristige Beschäftigungsverhältnisse und die Einstellung von Fachkräften mit mehrjähriger Berufserfahrung bieten. Bei einer Reihe von Fertigkeiten und Tätigkeiten, die haupt-

sächlich mit bestimmten Dienstleistungen und hochspezialisierten Wirtschafts- und Finanzkenntnissen zusammenhängen, ist es aus geschäftspolitischen Gründen sinnvoll, befristete Einstellungen vorzunehmen oder Stellen außerhalb des IWF mit den Arbeiten zu betrauen.

Am 31. Dezember 2002 beschäftigte der IWF einen Stab von 763 Assistenten und 1918 Fachkräften (etwa zwei Drittel davon Volkswirte). Zusätzlich zum Stab waren beim IWF 297 Angestellte mit befristetem Arbeitsvertrag tätig, zu denen Sachverständige für technische Hilfe, Berater und andere vorübergehende Angestellte zählen, die nicht unter das Stabskontingent fallen. Von den 184 Mitgliedsländern des IWF waren 141 im Mitarbeiterstab vertreten. (Siehe Tabelle 9.2 zur Entwicklung der Nationalitätenverteilung beim Fachpersonal des IWF seit 1980.)

Veränderungen in der Geschäftsleitung und in den Führungspositionen des Mitarbeiterstabes

Stellvertretender Geschäftsführender Direktor. Am 7. März 2003 wurde angekündigt, dass Eduardo Aninat im Juni 2003 sein Amt niederlegen wird, das er seit Dezember 1999 innehatte. Bei der Unterrichtung des Exekutivdirektoriums sagte der Geschäftsfüh-

rende Direktor Horst Köhler: „Eduardo Aninat hat während seiner Tätigkeit im IWF durch seine große Erfahrung in der Politikarbeit, seine politische Klugheit und seine diplomatischen Fähigkeiten einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Agenda des Fonds geleistet.“

Volkswirtschaftlicher Berater und Direktor der Abteilung Forschung. Am 29. April 2003 wurde angekündigt, dass Kenneth S. Rogoff, eine anerkannte Persönlichkeit auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der am 2. August 2001 die Nachfolge von Michael Mussa angetreten hatte, den IWF verlassen wird, um im Herbst 2003, wenn seine zweijährige Beurlaubung ausläuft, seine Professur an der Harvard-Universität wieder aufzunehmen.

Der Geschäftsführende Direktor gab bekannt, dass Agustín Carstens, Stellvertretender Finanzminister Mexikos, und Raghuram Rajan, von der Graduate School of Business der Universität von Chicago, die Nachfolge von Eduardo Aninat und Kenneth Rogoff antreten werden.

Einstellungen und Beschäftigungsdauer

Im Laufe des Jahres 2002 wurden 216 Personen neu in den Mitarbeiterstab des IWF aufgenommen. Die 110 Volkswirte, 54 Fach- und Führungskräfte in spezialisierten Laufbahnen und 52 Stabsassistenten stellen gegenüber den 231 Stabsmitarbeitern, die 2001 extern eingestellt wurden, einen Rückgang um 15 Stellen dar (und um 108 gegenüber insgesamt 324, die 2001 eingestellt wurden, wenn 93 Umwandlungen von befristeten Arbeitsverhältnissen in Stabsstellen mitgerechnet werden). Von den Einstellungen des Jahres 2002 hat-

Tabelle 9.2
Verteilung des Fachpersonals nach Nationalität¹
(Prozent)

Gebiet ²	1980	1990	2002
Afrika	3,8	5,8	5,4
Asien	12,3	12,7	15,6
Japan	1,4	1,9	1,6
Sonstige	10,9	10,8	14,0
Europa	39,5	35,1	34,5
Frankreich	6,9	5,5	4,5
Deutschland	3,7	4,3	5,2
Italien	1,7	1,4	2,7
Vereinigtes Königreich	8,2	8,0	5,4
Russland und Länder der ehemaligen Sowjetunion	2,2
Osteuropa und Baltische Staaten	1,9
Sonstige	19,0	15,9	12,6
Naher Osten	5,4	5,5	4,8
Westliche Hemisphäre	39,1	41,0	39,6
Kanada	2,6	2,8	3,8
Vereinigte Staaten	25,9	25,9	24,4
Sonstige	10,6	12,3	11,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

¹Erfasst die Gehaltsstufen A9-B5.

²Gebiete werden entsprechend der Verteilung der Länder auf die einzelnen Länderabteilungen des IWF definiert. Das Gebiet Europa enthält Länder aus den beiden Europa-Abteilungen des IWF (Europa I und Europa II). Das Gebiet Naher Osten enthält Länder in Nordafrika.

Schaubild 9.2
Veranschlagter Anteil der Mittel nach Leistungskategorie, GJ 2004
(Prozent des Verwaltungshaushalts, netto)

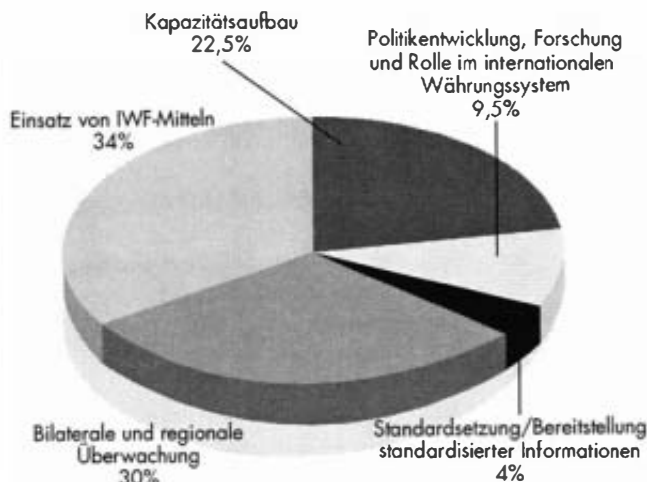


Tabelle 9.3

Gehaltsstruktur des IWF-Stabs

(US-Dollar, mit Wirkung vom 1. Mai 2003)

Gehaltsstufe	Bereich Minimum	Bereich Maximum	Stellenbezeichnung
A1	23 100	34 680	Nicht zutreffend (Tätigkeiten auf dieser Ebene werden extern beschafft)
A2	25 890	38 810	Fahrer
A3	28 960	43 460	Stabsassistent (Büro)
A4	32 450	48 710	Stabsassistent (Sekretariat, Anfangsgehalt)
A5	36 390	54 570	Stabsassistent (Sekretariat, Berufserfahrung)
A6	40 660	61 080	Leitender Sekretariatsassistent, sonstige Assistenten (z. B. Redaktion, Computer-Systeme, Humanressourcen)
A7	45 610	68 430	Forschungsassistent, Verwaltungsassistent
A8	51 080	76 660	Leitender Verwaltungsassistent (z. B. Buchführung, Humanressourcen)
A9	54 320	81 540	Bibliothekar, Übersetzer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bediensteter für Humanressourcen
A10	62 490	93 750	Finanzbuchhalter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Verwaltungsbediensteter
A11	71 770	107 690	Volkswirt (promoviert, Einstiegsebene), Rechtsanwalt, Fachkraft (z. B. Buchführung, Computer-Systeme, Humanressourcen)
A12	80 360	120 580	Volkswirt, Rechtsanwalt, Fachkraft (z. B. Buchführung, Computer-Systeme, Humanressourcen)
A13	90 040	135 040	Volkswirt, Rechtsanwalt, Fachkraft (z. B. Buchführung, Computer-Systeme, Humanressourcen)
A14	100 830	151 270	Stellvertretender Referatsleiter, Leitender Volkswirt
A15/B1	113 940	170 960	Referatsleiter, Stellvertretender Referatsleiter
B2	131 360	190 600	Referatsleiter, Berater
B3	156 100	203 120	Beigeordneter Abteilungsleiter, Berater
B4	181 910	227 390	Stellvertretender Abteilungsleiter, Leitender Berater
B5	214 210	257 150	Abteilungsleiter

Hinweis: Die obige Gehaltsstruktur für IWF-Bedienstete zielt darauf ab, international konkurrenzfähig zu sein, um es dem IWF zu ermöglichen, hochqualifizierte Mitarbeiter aus allen Mitgliedsländern anzuziehen. Die Gehälter werden jährlich durch das Exekutivdirektorium überprüft. Sie stehen im Einklang mit den Gehältern für vergleichbare Gehaltsstufen und Stellen in Finanz- und Industrieunternehmen des Privatsektors sowie in repräsentativen öffentlichen Institutionen, hauptsächlich in den Vereinigten Staaten. Da die IWF-Bediensteten, mit Ausnahme von US-Bürgern, normalerweise keine Einkommenssteuer auf ihre IWF-Vergütung bezahlen müssen, werden die Gehälter im Nettobetrag festgelegt, der im Allgemeinen dem Nettogehalt – nach Abzug der Steuern – der Beschäftigten der öffentlichen und privaten Unternehmen entspricht, von denen die IWF-Gehälter abgeleitet werden.

ten 55 Volkswirte mehrjährige Berufserfahrung und 50 begannen mit dem Einstiegsprogramm für Volkswirte. (Dabei handelt es sich um ein zweijähriges Programm, dessen Zweck darin besteht, die „Neueinsteiger“ unter den Volkswirten mit der Arbeit des IWF vertraut zu machen, indem sie zwei verschiedenen IWF-Abteilungen jeweils für zwölf Monate zugeordnet werden. Denjenigen, die sich bewähren, werden dann reguläre Stabspositionen angeboten.)

Im Jahr 2002 haben 168 Stabsangehörige die Organisation verlassen. Die Abgangsrate von Mitarbeitern in den Fach- und Leitungsstufen belief sich im Jahr 2002 auf 6,0 % (115 Mitarbeiter). Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber 5,5 % (101 Mitarbeiter) im Jahr 2001 und gegenüber 5,1 % (88 Mitarbeiter) im Jahr 2000.

Gehaltsstruktur

Um den erforderlichen Mitarbeiterstab anzuwerben und zu halten, hat der IWF ein Entlohnungs- und Sozialleistungssystem entwickelt, das wettbewerbsfähig ist, gute Leistungen belohnt und die besonderen Bedürfnisse eines multinationalen und überwiegend aus dem

Ausland stammenden Mitarbeiterstabs berücksichtigt. Die Gehaltsstruktur des IWF wird jährlich überprüft und, falls erforderlich, angepasst. Dies erfolgt auf der Basis eines Vergleichs mit den Gehältern ausgewählter privater Finanz- und Wirtschaftsunternehmen sowie von Organisationen des öffentlichen Sektors in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland. Nach Untersuchungen aktualisierter Vergleichsgehälter wurde die Gehaltsstruktur im Geschäftsjahr 2003 um 4,0 % angehoben; für das Geschäftsjahr 2004 hat das Direktorium eine Erhöhung um 4,0 % gebilligt (Tabelle 9.3).

Bezüge der Geschäftsleitung

Die Bezüge der Geschäftsleitung spiegeln die Verantwortung jeder Führungsposition sowie das Verhältnis zwischen den Gehaltsstrukturen in der Geschäftsleitung und im Stab wider. Sie beliefen sich zum 1. Juli 2002 auf:

Geschäftsführender Direktor 336.080 \$²

²Darüber hinaus wird eine Aufwandsentschädigung von 60.140 \$ gewährt.

Tabelle 9.4
Verteilung des Personals nach Geschlecht

Personal	1980		1990		2002 ¹	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Gesamtes Personal						
Insgesamt	1 444	100,0	1 774	100,0	2 681	100,0
Frauen	676	46,8	827	46,6	1 243	46,4
Männer	768	53,2	947	53,4	1 438	53,6
Unterstützungs-Personal²						
Insgesamt	613	100,0	642	100,0	763	100,0
Frauen	492	80,3	540	84,1	645	84,5
Männer	121	19,7	102	15,9	118	15,5
Fachpersonal³						
Insgesamt	646	100,0	897	100,0	1 562	100,0
Frauen	173	26,8	274	30,5	544	34,8
Männer	473	73,2	623	69,5	1 018	65,2
<i>Volkswirte</i>						
Insgesamt	362	100,0	529	100,0	967	100,0
Frauen	42	11,6	70	13,2	222	23,0
Männer	320	88,4	459	86,8	745	77,0
<i>Spezialisierte Laufbahnen</i>						
Insgesamt	284	100,0	368	100,0	595	100,0
Frauen	131	46,1	204	55,4	322	54,1
Männer	153	53,9	164	44,6	273	45,9
Führungskräfte⁴						
Insgesamt	185	100,0	235	100,0	356	100,0
Frauen	11	5,9	13	5,5	54	15,2
Männer	174	94,1	222	94,5	302	84,8
<i>Volkswirte</i>						
Insgesamt	99	100,0	184	100,0	287	100,0
Frauen	4	4,0	9	4,9	34	11,8
Männer	95	96,0	175	95,1	253	88,2
<i>Spezialisierte Laufbahnen</i>						
Insgesamt	86	100,0	51	100,0	69	100,0
Frauen	7	8,1	4	7,8	20	29,0
Männer	79	91,9	47	92,2	49	71,0

¹Personal im Dienst.

²Personal in den Gehaltsstufen A1–A8.

³Personal in den Gehaltsstufen A9–A15.

⁴Personal in den Gehaltsstufen B1–B5.

Erster Stellv. Geschäftsführender Direktor 290.780 \$

Stellv. Geschäftsführende Direktoren 276.930 \$

Die Bezüge der Geschäftsleitung unterliegen einer Kombination aus regelmäßigen strukturellen Überprüfungen durch das Exekutivdirektorium und jährlichen Überprüfungen. Sie werden unabhängig festgelegt und sind nicht formal an die Bezüge in anderen internationalen Organisationen gebunden.

Bezüge des Exekutivdirektoriums

Auf Empfehlung des Ausschusses des Gouverneursrats für die Bezüge der Exekutivdirektoren billigten die Gouverneure mit Wirkung vom 1. Juli 2002 eine Erhöhung der Bezüge der Exekutivdirektoren und ihrer

Stellvertreter um 3,8 %. Die Bezüge der Exekutivdirektoren belaufen sich auf 182.590 \$.³ Die Bezüge der Stellvertretenden Exekutivdirektoren betragen 157.940 \$.⁴

Diversity

Das Exekutivdirektorium unterstrich erneut, dass die Vielfalt im Mitarbeiterstab wichtig ist, um die Leistungsfähigkeit des IWF als internationale Institution zu verbessern. Ein bedeutender Fortschritt wurde bei der Einstellung und Beförderung von mehreren schwach vertretenen Mitarbeitergruppen erreicht, selbst wenn noch viel mehr getan werden muss, um eine ausgewogene regionale Verteilung zu erreichen. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen erreichte 15 % und der Anteil der Stabsmitarbeiter aus Entwicklungsländern in Führungspositionen 31 %. In beiden Kategorien gibt es noch Raum für Verbesserungen. Der Leitende Diversity-Berater des IWF, der dem Geschäftsführenden Direktor unterstellt ist, entwickelt Indikatoren, um die Nationalitäten- und Geschlechterzusammensetzung (Tabellen 9.2, 9.4 und 9.5) sowie das Diversity-Management innerhalb der Organisation zu überprüfen und zu stärken. Im Einklang mit der Diversity-Strategie des IWF konzentrierte sich die Abteilung Humanressourcen im Kalenderjahr 2002 darauf, „Vielfalt“ in ihre Personalverwaltungspolitik und -praxis zu integrieren; dazu zählen Führungsstandards sowie ein

Verhaltenskodex für Stabsmissionen und Förderprogramme für Führungskräfte. Zudem führte sie neue Politiken und Programme ein, um den Bedürfnissen eines vielfältigen Mitarbeiterstabes gerecht zu werden.

Der Berater arbeitet eng mit der Abteilung Humanressourcen und anderen Abteilungen zusammen, um Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Förderung

³Bei der Errechnung der Gehaltsangleichung der Exekutivdirektoren für das Jahr 2002 berücksichtigte der Ausschuss die prozentuale Änderung der Entlohnung der höchsten Beamten der Finanzministerien und Zentralbanken ausgewählter Mitgliedsländer und die Änderung des Verbraucherpreisindex in dem jeweiligen Land.

⁴Diese Angaben gelten nicht für den Exekutivdirektor und den Stellvertretenden Exekutivdirektor der USA, die den Gehaltsobergrenzen des US-Kongresses unterliegen.

der Vielfalt aufzuzeigen und die Diversity-Pläne der Abteilungen umzusetzen, die seit 1996 jedes Jahr erstellt und überwacht werden. Im Geschäftsjahr 2002 haben die Abteilungen diese Aktionspläne in umfassende Personalpläne aufgenommen, die einen noch geschäftsrelevanteren und systematischeren Rahmen für die Diversity-Bemühungen des IWF bieten. In der Regel umfassen die Diversity-Maßnahmen Initiativen in Bezug auf Einstellungen und Karriereentwicklung, Orientierungs- und Betreuungsprogramme für neue Mitarbeiter und Maßnahmen zur Verbesserung der auf spezielle Kompetenzen ausgerichteten Leistungsbewertung und zur Erhöhung der Transparenz und Nutzerfreundlichkeit der Vorgehensweisen, Verfahren und Statistik im Bereich der Humanressourcen. Zwei wichtige neue Maßnahmen waren das Pilotprogramm zur Betreuung von neuen Mitarbeitern mit mehrjähriger Berufserfahrung und das Eingliederungsprogramm für Mitarbeiter und deren Familien.

Aus den Beiträgen der Abteilungen an den Leitenden Diversity-Berater geht hervor, dass Anstrengungen unternommen werden, um das Bewusstsein für und die Fähigkeiten zum Umgang mit Diversity-Fragen zu steigern. Sie zeigen, dass systematischere und transparentere Vorgehensweisen angestrebt werden und dass dem Führungsverhalten allgemein mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Verwirklichung einer ausreichenden Vielfalt im Mitarbeiterstab ist für eine Institution, die Beschäftigungsverhältnisse über die gesamte berufliche Laufbahn anstrebt, ein ständiges Ziel, das aufeinander abgestimmte Anstrengungen erfordert. Der Fortschritt wird überwacht und über Probleme wird in transparenter Weise berichtet, unter anderem im *Diversity-Jahresbericht* auf der Webseite des IWF.

Neues Gebäude

Der Bau eines zweiten Gebäudes für die IWF-Zentrale, das an das bestehende Gebäude der Zentrale angrenzt, befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Im September 2002 wurde die von der Baubehörde des District of Columbia erteilte Baugenehmigung rechts-gültig. Im Oktober 2002 wurde der Abbruch des auf dem Baugrundstück stehenden alten Gebäudes abgeschlossen, und der Bau des neuen Gebäudes begann. Das neue Gebäude wird den IWF in die Lage versetzen, den gesamten Mitarbeiterstab der Zentrale in ei-

Tabelle 9.5
Verteilung des Personals nach Entwicklungs- und Industrieländern

Personal	1990		2002 ¹	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Gesamtes Personal				
Insgesamt	1 774	100,0	2 681	100,0
Entwicklungsländer	731	41,2	1 167	43,5
Industrieländer	1 043	58,8	1 514	56,5
Unterstützungs-Personal²				
Insgesamt	642	100,0	763	100,0
Entwicklungsländer	328	51,1	426	55,8
Industrieländer	314	48,9	337	44,2
Fachpersonal³				
Insgesamt	897	100,0	1 562	100,0
Entwicklungsländer	343	38,2	631	40,4
Industrieländer	554	61,8	931	59,6
<i>Volkswirte</i>				
Insgesamt	529	100,0	967	100,0
Entwicklungsländer	220	41,6	408	42,2
Industrieländer	309	58,4	559	57,8
<i>Spezialisierte Laufbahnen</i>				
Insgesamt	368	100,0	595	100,0
Entwicklungsländer	123	33,4	223	37,5
Industrieländer	245	66,6	372	62,5
Führungskräfte⁴				
Insgesamt	235	100,0	356	100,0
Entwicklungsländer	60	25,5	110	30,9
Industrieländer	175	74,5	246	69,1
<i>Volkswirte</i>				
Insgesamt	184	100,0	287	100,0
Entwicklungsländer	54	29,3	95	33,1
Industrieländer	130	70,7	192	66,9
<i>Spezialisierte Laufbahnen</i>				
Insgesamt	51	100,0	69	100,0
Entwicklungsländer	6	11,8	15	21,7
Industrieländer	45	88,2	54	78,3

¹Personal im Dienst.

²Personal in den Gehaltsstufen A1-A8.

³Personal in den Gehaltsstufen A9-A15.

⁴Personal in den Gehaltsstufen B1-B5.

nem einzigen Komplex unterzubringen. Dies wird zu Kosteneinsparungen führen, da künftig kein Büroraum mehr angemietet werden muss. Die Fertigstellung des Projekts ist für das Jahr 2006 vorgesehen.

Appendixes

2

0

0

3

Contents

Appendix I

International Reserves	97
Foreign Exchange Reserves	97
Holdings of IMF-Related Assets	97
Gold Reserves	97
Developments During the First Quarter of 2003	97
Currency Composition of Foreign Exchange Reserves	97
Tables in Appendix I	
I.1 Official Holdings of Reserve Assets	98
I.2 Share of National Currencies in Total Identified Official Holdings of Foreign Exchange, End of Year	99
I.3 Currency Composition of Official Holdings of Foreign Exchange, End of Year	100

Appendix II

Financial Operations and Transactions	102
Tables in Appendix II	
II.1 Arrangements Approved During Financial Years Ended April 30, 1953–2003	102
II.2 Arrangements in Effect at End of Financial Years 1991–2003	103
II.3 Stand-By and Extended Arrangements in Effect During Financial Year Ended April 30, 2003	104
II.4 Arrangements Under the Poverty Reduction and Growth Facility in Effect During Financial Year Ended April 30, 2003	105
II.5 Summary of Disbursements, Repurchases, and Repayments, Financial Years Ended April 30, 1948–2003	106
II.6 Purchases and Loans from the IMF, Financial Year Ended April 30, 2003	107
II.7 Repurchases and Repayments to the IMF, Financial Year Ended April 30, 2003	108
II.8 Outstanding IMF Credit by Facility and Policy, Financial Years Ended April 30, 1995–2003	110
II.9 Summary of Bilateral Contributions to the PRGF and PRGF-HIPC Trusts	111
II.10 Holdings of SDRs by All Participants and by Groups of Countries as Percentage of Their Cumulative Allocations of SDRs, at End of Financial Years Ended April 30, 1994–2003	113
II.11 Key IMF Rates, Financial Year Ended April 30, 2003	114
II.12 Members That Have Accepted the Obligations of Article VIII, Sections 2, 3, and 4, of the Articles of Agreement	115
II.13 De Facto Exchange Rate Arrangements and Anchors of Monetary Policy as of April 30, 2003	117

Appendix III

Principal Policy Decisions of the Executive Board	121
A. Disposition of Net Income for FY2003	121
B. Rate of Charge on Use of Fund Resources for FY2004	121
C. Burden Sharing—Implementation in FY2004	121
D. Surcharges on Purchases Under Supplemental Reserve Facility and Contingent Credit Lines, and in Credit Tranches and Under Extended Fund Facility—Disposition of Net Operating Income	122
E. Review of System of Special Charges	122
F. Framework Administered Account for Technical Assistance Activities—Pacific Financial Technical Assistance Center Subaccount	122

G. Framework Administered Account for Technical Assistance Activities— Africa Regional Technical Assistance Centers Subaccount	122
H. Implementation of Procedures for Surveillance: 2002 Review	122
I. Implementation of Procedures for Surveillance: 2002 Review	122
J. Biennial Review of Implementation of Fund Surveillance and of 1977 Surveillance Review— Changes in Article IV Consultation Cycles	123
K. Modalities for Surveillance over Euro-Area Policies in Context of Article IV Consultations with Member Countries	123
L. Eleventh General Review of Quotas—Period for Consent to Increases—Extension	123
M. Eleventh General Review of Quotas—Period for Consent to Increases—Extension	123
N. PRGF Trust and PRGF-HIPC Trust—Reserve Account—September 2002 Review	124
O. Establishment of a Trust for Special PRGF Operations for the Heavily Indebted Poor Countries and Interim PRGF Subsidy Operations	124
P. Access Policy in Capital Account Crises—Modifications to Supplemental Reserve Facility and Follow-Up Issues Related to Exceptional Access Policy	124
Q. PRGF Trust and PRGF-HIPC Trust—Reserve Account—Review	124
R. Joint Vienna Institute—Amendment of Agreement	125

Appendix IV

Relations with Other International Organizations	126
Regional Representation and Technical Assistance	126
Collaboration with the World Bank	126
Relations with the United Nations	127
Liaison with Other Intergovernmental Groups	128
Cooperation with Regional Development Banks	128
Role of IMF Management	128

Appendix V

External Communications	130
Public Statements and Publications	130
The Media	130
Outreach to Civil Society	130
Public Outreach	131
Table in Appendix V	
V.1 Publications Issued, Financial Year Ended April 30, 2003	131

Appendix VI

Press Communiqués of the International Monetary and Financial Committee and the Development Committee	133
International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund	
<i>Sixth Meeting, Washington, D.C., September 28, 2002</i>	<i>133</i>
<i>Seventh Meeting, Washington, D.C., April 12, 2003</i>	<i>136</i>
Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries (Development Committee)	
<i>Sixty-Sixth Meeting, Washington, D.C., September 28, 2002</i>	<i>139</i>
<i>Sixty-Seventh Meeting, Washington, D.C., April 13, 2003</i>	<i>141</i>

Appendix VII

Executive Directors and Voting Power on April 30, 2003	143
---	------------

Appendix VIII

Changes in Membership of the Executive Board	147
---	------------

Appendix IX

Financial Statements, April 30, 2003 149

Financial Statements of the International Monetary Fund

Auditor's Report 150

General Department

Balance Sheets 151*Income Statements* 152*Statements of Changes in Resources* 153*Statements of Cash Flows* 154*Notes to the Financial Statements* 155*Schedule 1—Quotas, IMF's Holdings of Currencies, Reserve Tranche Positions, and Members' Use of Resources* 162*Schedule 2—Financial Resources and Liquidity Position* 166*Schedule 3—Status of Arrangements* 167

Auditor's Report 168

SDR Department

Balance Sheets 169*Income Statements* 170*Statements of Cash Flows* 170*Notes to the Financial Statements* 171*Schedule 1—Statements of Changes in SDR Holdings* 173*Schedule 2—Allocations and Holdings of Participants* 175

Financial Statements of the Accounts Administered by the IMF

Auditor's Report 179

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Combined Balance Sheets 180*Combined Statements of Income and Changes in Resources* 180*Notes to the Combined Financial Statements* 181*Schedule 1—Schedule of Outstanding Loans* 185*Schedule 2—Contributions to and Resources of the Subsidy Account* 186*Schedule 3—Schedule of Borrowing Agreements* 187*Schedule 4—Status of Loan Arrangements* 188

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts

Balance Sheets 189*Statements of Income and Changes in Resources* 190*Notes to the Financial Statements* 191

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts

Combined Balance Sheets 194*Combined Statements of Income and Changes in Resources* 194*Notes to the Combined Financial Statements* 195*Schedule 1—Post-SCA-2 Administered Account—Holdings, Interest, and Transfers* 199*Schedule 2—PRGF-HIPC Trust Account—Contributions and Transfers* 200*Schedule 3—Umbrella Account for HIPC Operations—Grants, Interest, and Disbursements* 201*Schedule 4—PRGF-HIPC Trust Account—Cumulative Contributions and Transfers* 203

Other Administered Accounts

Balance Sheets 205*Statements of Income and Changes in Resources* 206*Notes to the Financial Statements* 207

International Reserves

Total international reserves, including gold, increased by 9 percent during 2002 and stood at SDR 2.1 trillion at the end of the year (Table I.1). Foreign exchange reserves, which constitute the largest component of official reserve holdings, grew by 8 percent, to SDR 1.8 trillion. IMF-related assets, which make up the rest of nongold reserves, increased by 12 percent, to SDR 86 billion. The market value of gold held by monetary authorities increased by 13 percent in 2002, to SDR 235 billion at year-end.¹

Foreign Exchange Reserves

Foreign exchange reserves represented 95 percent of nongold assets at the end of 2002. The developing countries, which held 63 percent of all foreign exchange reserves at the end of 2002, increased their holdings by 10 percent, to SDR 1.1 trillion, following comparable increases in the previous two years. During 2002, the foreign exchange holdings of industrial countries rose by 5 percent, to SDR 653 billion.

In 2002, the foreign exchange assets of the oil-exporting developing countries, which amount to about 10 percent of all developing countries' foreign exchange reserves, declined by 2 percent, to SDR 103 billion. Foreign exchange reserves of the net creditor developing country group rose by 11 percent, to SDR 222 billion, and those of net debtor countries grew by 10 percent, to SDR 889 billion at the end of 2002. Foreign exchange reserves of net debtors without debt-servicing problems increased by 13 percent, to SDR 753 billion, while those of countries with debt-servicing problems decreased by 4 percent, to SDR 136 billion.

Holdings of IMF-Related Assets

During 2002, total IMF-related assets (that is, reserve positions in the IMF and SDRs) increased by 12 percent, following an increase of 16 percent in the preceding year. Industrial countries hold a majority of IMF-related assets: 81 percent at the end of 2002. The increase in IMF-related assets was attributable mainly to a 16 percent growth in members' reserve positions in the IMF—which consist of members' reserve tranche and creditor positions—to SDR 66 billion. SDR holdings of IMF members have remained broadly constant at SDR 20 billion.

Gold Reserves

The market value of gold reserves increased by 13 percent, to SDR 235 billion, reflecting an increase of 14 percent in the SDR price of gold in 2002; the physical stock of official gold declined by 1 percent. The share of gold in officially held reserves declined gradually to 11 percent by the end of 2002, whereas in the early 1980s gold comprised about half of all officially held reserves. Most of the gold reserves (83 percent) are held by industrial countries: gold constituted 21 percent of these countries' total reserves at the end of 2002. Gold reserves accounted for 4 percent of the total reserves of the developing countries.

Developments During the First Quarter of 2003

During the first quarter of 2003, total reserve assets rose by SDR 43 billion, whereas foreign exchange reserves increased by SDR 50 billion over the same period. Reflecting a decline in the SDR price of gold since the end of 2002, the market value of gold reserves declined by SDR 9 billion during the first quarter of 2003, while the physical stock of official gold declined by SDR 4 billion. Holdings of IMF-related assets increased by SDR 2 billion.

Currency Composition of Foreign Exchange Reserves

The currency composition of foreign exchange reserves has changed gradually over the past decade, with the share of U.S. dollar holdings in foreign exchange reserves rising from 57 percent in 1993 to 68 percent in 1999 and staying at that level through the end of 2001 (Table I.2). In 2002, however, the share of U.S. dollar holdings declined slightly, to 65 percent, with euro holdings gaining share. The euro, which replaced 11 European currencies and the European currency unit (ECU) on January 1, 1999, accounted for 15 percent of total foreign exchange reserves in 2002, somewhat higher than its average since 1999. Given that, at the introduction of the euro, the Eurosystem's reserves previously denominated in euro legacy currencies² became domestic assets of the euro area, the share of the euro in 1999–2002 is not directly comparable with the previous years' combined share of the four euro legacy currencies identified in Table I.2: deutsche mark, French franc, Netherlands guilder, and private ECU. How-

¹Official monetary authorities comprise central banks and also currency boards, exchange stabilization funds, and treasuries, to the extent that they perform monetary authorities' functions.

²Those foreign exchange reserves that, up to December 31, 1998, were denominated in euro-area former national currencies and private ECUs.

Table I.1

Official Holdings of Reserve Assets¹
(In billions of SDRs)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	March 2003
All countries							
Total reserves excluding gold							
IMF-related assets							
Reserve positions in the IMF	47.1	60.6	54.8	47.4	56.9	66.1	67.6
SDRs	20.5	20.4	18.5	18.5	19.6	19.7	19.8
Subtotal, IMF-related assets	67.6	81.0	73.2	65.9	76.4	85.7	87.4
Foreign exchange	1,197.0	1,166.3	1,297.7	1,485.4	1,627.8	1,763.4	1,813.5
Total reserves excluding gold	1,264.7	1,247.3	1,371.0	1,551.3	1,704.2	1,849.1	1,900.9
Gold ²							
Quantity (<i>millions of ounces</i>)	888.5	968.3	967.0	952.1	942.7	930.6	926.5
Value at London market price	191.1	197.9	204.5	200.5	207.4	234.6	225.8
Total reserves including gold	1,455.7	1,445.2	1,575.4	1,751.8	1,911.6	2,083.7	2,126.7
Industrial countries							
Total reserves excluding gold							
IMF-related assets							
Reserve positions in the IMF	41.3	53.9	46.8	39.7	47.0	53.7	54.7
SDRs	15.5	15.8	14.7	14.4	16.0	15.8	15.1
Subtotal, IMF-related assets	56.8	69.8	61.5	54.1	62.9	69.5	69.8
Foreign exchange	520.9	475.8	526.1	596.2	620.4	653.0	656.6
Total reserves excluding gold	577.7	545.6	587.6	650.3	683.4	722.5	726.5
Gold ²							
Quantity (<i>millions of ounces</i>)	732.5	808.7	810.4	796.5	783.5	769.8	765.8
Value at London market price	157.5	165.3	171.4	167.8	172.4	194.1	186.6
Total reserves including gold	735.2	710.9	759.0	818.1	855.7	916.6	913.1
Developing countries							
Total reserves excluding gold							
IMF-related assets							
Reserve positions in the IMF	5.7	6.7	8.0	7.7	9.9	12.3	12.8
SDRs	5.0	4.5	3.7	4.1	3.6	3.9	4.7
Subtotal, IMF-related assets	10.8	11.2	11.7	11.8	13.5	16.2	17.6
Foreign exchange	676.2	690.5	771.6	889.2	1,007.3	1,110.3	1,156.8
Total reserves excluding gold	687.0	701.7	783.4	900.9	1,020.8	1,126.6	1,174.4
Gold ²							
Quantity (<i>millions of ounces</i>)	156.0	159.6	156.6	155.5	159.2	160.7	160.7
Value at London market price	33.5	32.6	33.1	32.8	35.0	40.5	39.2
Total reserves including gold	720.5	734.3	816.5	933.7	1,055.8	1,167.1	1,213.6
Net debtor developing countries							
Total reserves excluding gold							
IMF-related assets							
Reserve positions in the IMF	4.3	5.1	5.7	5.4	6.4	8.1	8.4
SDRs	3.9	3.3	3.1	3.3	2.7	2.9	3.8
Subtotal, IMF-related assets	8.1	8.4	8.8	8.7	9.2	11.0	12.2
Foreign exchange	538.1	550.0	609.3	705.7	806.7	888.9	919.0
Total reserves excluding gold	546.3	558.3	618.1	714.4	815.8	899.9	930.3
Gold ²							
Quantity (<i>millions of ounces</i>)	147.9	151.3	148.7	147.7	151.3	153.2	153.1
Value at London market price	31.8	30.9	31.4	31.1	33.3	38.6	37.3
Total reserves including gold	578.1	589.3	649.5	745.5	849.1	938.5	967.6
Net debtor developing countries without debt-servicing problems							
Total reserves excluding gold							
IMF-related assets							
Reserve positions in the IMF	3.8	4.6	4.9	4.6	5.7	7.3	7.6
SDRs	3.0	2.6	2.4	2.1	2.1	1.9	2.1
Subtotal, IMF-related assets	6.8	7.3	7.3	6.7	7.8	9.3	9.7
Foreign exchange	403.8	428.3	489.4	571.6	664.5	752.6	781.2
Total reserves excluding gold	410.6	435.6	496.6	578.3	672.3	761.9	790.4
Gold ²							
Quantity (<i>millions of ounces</i>)	102.8	105.7	103.5	102.8	106.4	108.1	107.9
Value at London market price	22.1	21.6	21.9	21.7	23.4	27.3	26.3
Total reserves including gold	432.7	457.2	518.5	600.0	695.7	789.2	816.7

Source: International Monetary Fund, *International Financial Statistics*.

Note: Components may not sum to totals because of rounding.

¹End of year figures for all years except 2003. "IMF-related assets" comprise reserve positions in the IMF and SDR holdings of all IMF members. The entries under "Foreign exchange" and "Gold" comprise official holdings of those IMF members for which data are available and certain countries or areas.²One troy ounce equals 31.103 grams. The market price is the afternoon price fixed in London on the last business day of each period.

Table I.2

Share of National Currencies in Total Identified Official Holdings of Foreign Exchange, End of Year¹

(In percent)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
All countries										
U.S. dollar	56.6	56.5	56.9	60.2	62.2	65.7	67.9	67.6	67.7	64.8
Japanese yen	7.7	7.9	6.8	6.0	5.2	5.4	5.5	5.2	4.9	4.5
Pound sterling	3.0	3.3	3.2	3.4	3.6	3.9	4.0	3.8	4.0	4.4
Swiss franc	1.1	0.9	0.8	0.8	0.7	0.7	0.7	0.7	0.6	0.7
Euro	—	—	—	—	—	—	12.6 ²	13.0 ²	13.2 ²	14.6 ²
Deutsche mark	13.7	14.2	13.7	13.0	12.8	12.2	—	—	—	—
French franc	2.3	2.4	2.3	1.9	1.4	1.6	—	—	—	—
Netherlands guilder	0.7	0.5	0.4	0.3	0.4	0.4	—	—	—	—
ECUs ³	8.2	7.7	6.8	5.9	5.0	0.8	—	—	—	—
Unspecified currencies ⁴	6.8	6.6	9.2	8.6	8.7	9.3	9.4	9.7	9.7	11.0
Industrial countries										
U.S. dollar	50.2	50.8	51.8	56.1	57.9	66.7	72.8	72.7	73.3	70.1
Japanese yen	7.8	8.2	6.6	5.6	5.8	6.6	6.6	6.3	5.6	4.8
Pound sterling	2.2	2.3	2.1	2.0	1.9	2.2	2.3	2.0	1.8	2.2
Swiss franc	0.3	0.2	0.1	0.1	0.1	0.2	0.1	0.2	0.3	0.6
Euro	—	—	—	—	—	—	10.6 ²	10.4 ²	9.7 ²	11.3 ²
Deutsche mark	16.4	16.3	16.4	15.6	15.9	13.4	—	—	—	—
French franc	2.6	2.4	2.3	1.7	0.9	1.3	—	—	—	—
Netherlands guilder	0.4	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	—	—	—	—
ECUs ³	15.2	14.6	13.4	12.0	10.9	1.9	—	—	—	—
Unspecified currencies ⁴	4.8	5.0	7.0	6.7	6.4	7.4	7.6	8.3	9.2	11.1
Developing countries										
U.S. dollar	64.1	62.9	62.0	64.0	65.8	64.9	64.2	63.8	63.8	61.3
Japanese yen	7.5	7.6	6.9	6.4	4.7	4.5	4.6	4.4	4.3	4.3
Pound sterling	4.0	4.4	4.3	4.8	5.1	5.1	5.3	5.2	5.5	5.8
Swiss franc	2.0	1.7	1.5	1.4	1.1	1.1	1.1	1.0	0.9	0.8
Euro	—	—	—	—	—	—	14.1	14.9	15.6	16.8
Deutsche mark	10.5	11.9	11.0	10.6	10.3	11.2	—	—	—	—
French franc	2.0	2.4	2.3	2.0	1.8	1.9	—	—	—	—
Netherlands guilder	1.0	0.8	0.6	0.5	0.6	0.5	—	—	—	—
ECUs ³	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unspecified currencies ⁵	9.1	8.3	11.4	10.3	10.6	10.8	10.7	10.7	9.9	10.9

Note: Components may not sum to total because of rounding.

¹Only IMF member countries that report their official holdings of foreign exchange are included in this table.²Not comparable with the combined share of euro legacy currencies in previous years because it excludes the euros received by euro-area members when their previous holdings of other euro-area members' legacy currencies were converted into euros on January 1, 1999.³In the calculation of currency shares, the ECU is treated as a separate currency. ECU reserves held by the monetary authorities existed in the form of claims on both the private sector and European Monetary Institute (EMI), which issued official ECUs to European Union central banks through revolving swaps against the contribution of 20 percent of their gross gold holdings and U.S. dollar reserves. On December 31, 1998, the official ECUs were unwound into gold and U.S. dollars; hence, the share of ECUs at the end of 1998 was sharply lower than a year earlier. The remaining ECU holdings reported for 1998 consisted of ECUs issued by the private sector, usually in the form of ECU deposits and bonds. On January 1, 1999, these holdings were automatically converted into euros.⁴The residual is equal to the difference between total foreign exchange reserves of IMF member countries and the sum of the reserves held in the currencies listed in the table.⁵The calculations here rely to a greater extent on IMF staff estimates than do those provided for the group of industrial countries.

ever, after adjusting the data to take into account only holdings of these currencies outside the euro area, their combined share in 1998 was virtually identical to the share of the euro in 1999.

The share of the Japanese yen in total foreign exchange reserves declined from 8 percent at end-1993 to 5 percent at the end of 1997 and stayed at about that level through 2002. During the past decade, the share of pound sterling has remained around 3 and 4 percent, and that of the Swiss franc approximately 1 percent. The share of unspecified currencies, which include currencies not identified in Table I.2, as well as

foreign exchange reserves for which no information on currency composition is available, rose to 11 percent in 2002.

For industrial countries, the share of U.S. dollar holdings increased throughout the 1990s to reach 73 percent in 2001 and declined to 70 percent at the end of 2002. The shares of the euro in those countries' foreign exchange reserves rose to 11 percent in 2002, whereas that of the Japanese yen declined by less than 1 percentage point. Shares of pound sterling and the Swiss franc have been practically unchanged over the past ten years, but the share of unspecified currencies rose to 11 percent in 2002.

Table I.3

Currency Composition of Official Holdings of Foreign Exchange, End of Year¹*(In millions of SDRs)*

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
U.S. dollar									
Change in holdings	32,570	73,551	121,245	87,828	18,418	103,998	120,295	87,185	29,895
Quantity change	57,314	78,573	103,269	45,172	48,561	85,745	74,526	51,852	112,651
Price change	-24,744	-5,023	17,976	42,656	-30,143	18,254	45,769	35,332	-82,756
Year-end value	423,269	496,819	618,064	705,892	724,310	828,308	948,603	1,035,788	1,065,682
Japanese yen									
Change in holdings	6,007	19	2,685	-3,197	981	7,256	6,306	1,221	-120
Quantity change	3,124	3,089	8,021	-56	-3,489	-1,983	11,054	8,655	-1,160
Price change	2,883	-3,070	-5,336	-3,141	4,470	9,238	-4,749	-7,434	1,040
Year-end value	59,030	59,048	61,733	58,536	59,517	66,772	73,078	74,300	74,180
Pound sterling									
Change in holdings	3,992	3,240	7,354	6,182	1,124	6,197	5,087	7,170	11,058
Quantity change	4,129	3,834	3,259	4,632	2,761	6,359	6,464	6,685	9,242
Price change	-136	-594	4,095	1,550	-1,637	-162	-1,377	485	1,816
Year-end value	24,612	27,852	35,206	41,388	42,512	48,709	53,796	60,966	72,024
Swiss franc									
Change in holdings	-932	210	881	-35	-54	241	1,745	131	2,206
Quantity change	-1,372	-541	1,811	75	-128	1,208	1,449	33	955
Price change	439	751	-930	-109	74	-966	296	98	1,252
Year-end value	6,689	6,899	7,780	7,745	7,691	7,933	9,678	9,809	12,015
Euro									
Change in holdings	—	—	—	—	—	6,958 ²	28,149	19,685	37,902
Quantity change	—	—	—	—	—	25,600	31,501	22,962	16,776
Price change	—	—	—	—	—	-18,642	-3,353	-3,277	21,126
Year-end value	—	—	—	—	—	154,026	182,174	201,859	239,761
Deutsche mark									
Change in holdings	11,862	13,296	14,050	11,896	-11,478	—	—	—	—
Quantity change	7,081	6,817	20,159	22,336	-15,364	—	—	—	—
Price change	4,781	6,478	-6,109	-10,440	3,886	—	—	—	—
Year-end value	106,414	119,709	133,759	145,655	134,176	—	—	—	—
French franc									
Change in holdings	1,912	1,974	-981	-3,388	2,224	—	—	—	—
Quantity change	1,262	668	-334	-2,037	1,860	—	—	—	—
Price change	650	1,307	-647	-1,352	364	—	—	—	—
Year-end value	18,081	20,055	19,074	15,686	17,910	—	—	—	—
Netherlands guilder									
Change in holdings	-512	-301	-330	1,138	-569	—	—	—	—
Quantity change	-731	-547	-152	1,443	-708	—	—	—	—
Price change	219	246	-178	-305	140	—	—	—	—
Year-end value	4,070	3,769	3,439	4,577	4,009	—	—	—	—
European currency unit									
Change in holdings	959	1,665	985	-3,240	-47,848	—	—	—	—
Quantity change	-1,035	-1,157	1,833	515	-49,304	—	—	—	—
Price change	1,994	2,822	-849	-3,755	1,456	—	—	—	—
Year-end value	57,613	59,278	60,262	57,022	9,174	—	—	—	—
Sum of the above³									
Change in holdings	55,859	93,653	145,888	97,183	-37,201	124,650	161,581	115,391	80,941
Quantity change	69,773	90,736	137,865	72,079	-15,812	116,929	124,995	90,187	138,463
Price change	-13,914	2,917	8,023	25,103	-21,389	7,721	36,586	25,204	-57,523
Year-end value	699,777	793,431	939,319	1,036,501	999,300	1,105,749	1,267,330	1,382,721	1,463,662
Total official holdings⁴									
Change in holdings	60,720	121,995	154,291	108,574	-30,765	131,431	187,685	142,355	135,608
Year-end value	812,188	934,182	1,088,473	1,197,047	1,166,282	1,297,713	1,485,398	1,627,753	1,763,361

Note: Components may not sum to totals because of rounding.

¹The currency composition of foreign exchange is based on the IMF's currency survey and on estimates derived mainly, but not solely, from official national reports. The numbers in this table should be regarded as estimates that are subject to adjustment as more information is received. Quantity changes are derived by multiplying the changes in official holdings of each currency from the end of one quarter to the next by the average of the two SDR prices of that currency prevailing at the corresponding dates. This procedure converts the change in the quantity of national currency from own units to SDR units of account. Subtracting the SDR value of the quantity change so derived from the quarterly change in the SDR value of foreign exchange held at the end of two successive quarters and cumulating these differences yields the effect of price changes over the years shown.

²Represents the change from end-1998 holdings of euro legacy currencies by official institutions outside the euro area.

³Each item represents the sum of the currencies above.

⁴Includes a residual whose currency composition could not be ascertained, as well as holdings of currencies other than those shown.

The share of the U.S. dollar in developing countries' foreign exchange reserves declined to 61 percent in 2002, at the lower end of historical values over the past decade. Holdings of the euro rose to 17 percent of those countries' foreign exchange reserves, 1 percentage point higher than its share in 2001. During the past decade, the share of the Japanese yen has gradually decreased by about 3 percentage points, to 4 percent at the end of 2002, while the share of pound sterling has increased by about 2 percentage points, to 6 percent. The share of the Swiss franc has remained virtually unchanged at 1 percent since 1997. Unspecified currencies accounted for 11 percent of developing countries' foreign exchange reserves in 2002.

Changes in the SDR value of foreign exchange reserves can be decomposed into quantity and valuation (price) changes (Table I.3). Official reserves held in U.S. dollars increased by SDR 30 billion in 2002, as an increase of SDR 113 billion in the quantity of U.S. dollar holdings was offset by a valuation decline of SDR 83 billion. Euro holdings increased by SDR 38 billion, reflecting a quantity increase of SDR 17 billion and a valuation increase of SDR 21 billion. Japanese yen holdings remained unchanged, as a quantity decline offset a valuation increase. Pound sterling and Swiss franc holdings increased by SDR 11 billion and SDR 2 billion, respectively, reflecting increases in both quantity and valuation.

APPENDIX II

Financial Operations and Transactions

The tables in this appendix supplement the information given in Chapter 8 on the IMF's financial operations and policies. Components may not sum to total because of rounding.

Table II.1

Arrangements Approved During Financial Years Ended April 30, 1953–2003

Financial Year	Number of Arrangements					Amounts Committed Under Arrangements ¹ (In millions of SDRs)				
	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total
1953	2	—	—	—	2	55	—	—	—	55
1954	2	—	—	—	2	63	—	—	—	63
1955	2	—	—	—	2	40	—	—	—	40
1956	2	—	—	—	2	48	—	—	—	48
1957	9	—	—	—	9	1,162	—	—	—	1,162
1958	11	—	—	—	11	1,044	—	—	—	1,044
1959	15	—	—	—	15	1,057	—	—	—	1,057
1960	14	—	—	—	14	364	—	—	—	364
1961	15	—	—	—	15	460	—	—	—	460
1962	24	—	—	—	24	1,633	—	—	—	1,633
1963	19	—	—	—	19	1,531	—	—	—	1,531
1964	19	—	—	—	19	2,160	—	—	—	2,160
1965	24	—	—	—	24	2,159	—	—	—	2,159
1966	24	—	—	—	24	575	—	—	—	575
1967	25	—	—	—	25	591	—	—	—	591
1968	32	—	—	—	32	2,352	—	—	—	2,352
1969	26	—	—	—	26	541	—	—	—	541
1970	23	—	—	—	23	2,381	—	—	—	2,381
1971	18	—	—	—	18	502	—	—	—	502
1972	13	—	—	—	13	314	—	—	—	314
1973	13	—	—	—	13	322	—	—	—	322
1974	15	—	—	—	15	1,394	—	—	—	1,394
1975	14	—	—	—	14	390	—	—	—	390
1976	18	2	—	—	20	1,188	284	—	—	1,472
1977	19	1	—	—	20	4,680	518	—	—	5,198
1978	18	—	—	—	18	1,285	—	—	—	1,285
1979	14	4	—	—	18	508	1,093	—	—	1,600
1980	24	4	—	—	28	2,479	797	—	—	3,277
1981	21	11	—	—	32	5,198	5,221	—	—	10,419
1982	19	5	—	—	24	3,106	7,908	—	—	11,014
1983	27	4	—	—	31	5,450	8,671	—	—	14,121
1984	25	2	—	—	27	4,287	95	—	—	4,382
1985	24	—	—	—	24	3,218	—	—	—	3,218
1986	18	1	—	—	19	2,123	825	—	—	2,948
1987	22	—	10	—	32	4,118	—	358	—	4,476
1988	14	1	15	—	30	1,702	245	670	—	2,617
1989	12	1	4	7	24	2,956	207	427	955	4,545
1990	16	3	3	4	26	3,249	7,627	37	415	11,328
1991	13	2	2	3	20	2,786	2,338	15	454	5,593
1992	21	2	1	5	29	5,587	2,493	2	743	8,826

Table II.1 (concluded)

Financial Year	Number of Arrangements					Amounts Committed Under Arrangements ¹ (In millions of SDRs)				
	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total
1993	11	3	1	8	23	1,971	1,242	49	527	3,789
1994	18	2	1	7	28	1,381	779	27	1,170	3,357
1995	17	3	—	11	31	13,055	2,335	—	1,197	16,587
1996	19	4	1	8	32	9,645	8,381	182	1,476	19,684
1997	11	5	—	12	28	3,183	1,193	—	911	5,287
1998	9	4	—	8	21	27,336	3,078	—	1,738	32,152
1999	5	4	—	10	19	14,325	14,090	—	998	29,413
2000	11	4	—	10	25	15,706	6,582	—	641	22,929
2001	11	1	—	14	26	13,093	—9	—	1,249	14,333
2002	9	—	—	9	18	39,439	—	—	1,848	41,287
2003	10	2	—	10	22	28,597	794	—	1,180	30,571

¹Includes augmentations less approved reductions of committed amounts.Table II.2
Arrangements in Effect at End of Financial Years 1991–2003¹

Financial Year	Number of Arrangements as of April 30					Amounts Committed Under Arrangements as of April 30 (In millions of SDRs)				
	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total	Stand-By	EFF	SAF	PRGF	Total
1991	14	5	12	14	45	2,703	9,597	539	1,813	14,652
1992	22	7	8	16	53	4,833	12,159	101	2,111	19,203
1993	15	6	4	20	45	4,490	8,569	83	2,137	15,279
1994	16	6	3	22	47	1,131	4,504	80	2,713	8,428
1995	19	9	1	27	56	13,190	6,840	49	3,306	23,385
1996	21	7	1	28	57	14,963	9,390	182	3,383	27,918
1997	14	11	—	35	60	3,764	10,184	—	4,048	17,996
1998	14	13	—	33	60	28,323	12,336	—	4,410	45,069
1999	9	12	—	35	56	32,747	11,401	—	4,186	48,334
2000	16	11	—	31	58	45,606	9,798	—	3,516	58,920
2001	17	8	—	37	62	34,906	8,697	—	3,298	46,901
2002	13	4	—	35	52	44,095	7,643	—	4,201	55,939
2003	15	3	—	36	54	42,807	4,432	—	4,450	51,689

¹Certain figures have been restated to exclude expired arrangements.

Table II.3

Stand-By and Extended Arrangements in Effect During Financial Year Ended April 30, 2003

(In millions of SDRs)

Member	Arrangement Dates		Amounts Approved		Undrawn Balance	
	Effective date	Expiration date	Prior to FY2003	In FY2003	At date of termination	As of April 30, 2003
Argentina	3/10/2000	1/24/2003	16,937	—	7,180	—
Argentina	1/24/2003	8/31/2003	—	2,175	—	1,201
Bolivia	4/2/2003	4/1/2004	—	86	—	43
Bosnia and Herzegovina	8/2/2002	11/1/2003	—	68	—	36
Brazil	9/14/2001	9/6/2002	12,144	—	759	—
Brazil	9/6/2002	12/31/2003	—	22,821	—	15,215
Bulgaria	2/27/2002	2/26/2004	240	—	—	104
Colombia	1/15/2003	1/14/2005	—	1,548	—	1,548
Croatia	3/19/2001	5/18/2002	200	—	200	—
Croatia	2/3/2003	4/2/2004	—	106	—	106
Dominica	8/28/2002	8/27/2003	—	3	—	1
Ecuador	3/21/2003	4/20/2004	—	151	—	121
Guatemala	4/1/2002	3/31/2003	84	—	84	—
Jordan	7/3/2002	7/2/2004	—	85	—	75
Latvia	4/20/2001	12/19/2002	33	—	33	—
Lithuania	8/30/2001	3/29/2003	87	—	87	—
Macedonia, FYR	4/30/2003	6/15/2004	—	20	—	20
Peru	2/1/2002	2/29/2004	255	—	—	255
Romania	10/31/2001	10/15/2003	300	—	—	110
Serbia and Montenegro ¹	6/11/2001	5/13/2002	200	—	—	—
Sri Lanka	4/20/2001	9/19/2002	200	—	—	—
Turkey	2/4/2002	12/31/2004	12,821	—	—	2,381
Uruguay	4/1/2002	3/31/2005	594	1,534	—	798
<i>Total for Stand-By Arrangements</i>			44,095	28,597	8,343	22,014
Colombia	12/20/1999	12/19/2002	1,957	—	1,957	—
Indonesia	2/4/2000	12/31/2003	3,638	—	—	1,032
Jordan	4/15/1999	5/31/2002	128	—	—	—
Serbia and Montenegro ¹	5/14/2002	5/13/2005	—	650	—	450
Sri Lanka	4/18/2003	4/17/2006	—	144	—	124
Ukraine	9/4/1998	9/3/2002	1,920	—	727	—
<i>Total for Extended Arrangements</i>			7,643	794	2,684	1,606
Total			51,738	29,391	11,027	23,620

¹Effective February 4, 2003, the Federal Republic of Yugoslavia changed its name to Serbia and Montenegro.

Table II.4

Arrangements Under the Poverty Reduction and Growth Facility in Effect During Financial Year Ended April 30, 2003
(In millions of SDRs)

Member	Arrangement Dates		Amounts Approved		Undrawn Balance	
	Effective date	Expiration date	Prior to FY2003	In FY2003	At date of termination	As of April 30, 2003
Albania	6/21/2002	6/20/2005	—	28	—	20
Armenia	5/23/2001	5/22/2004	69	—	—	29
Azerbaijan	7/6/2001	7/5/2004	80	—	—	64
Benin ¹	7/17/2000	3/31/2004	27	—	—	4
Bolivia ²	9/18/1998	6/7/2002	101	—	37	—
Burkina Faso ³	9/10/1999	12/9/2002	39	—	—	—
Cambodia ⁴	10/22/1999	2/28/2003	59	—	—	—
Cameroon	12/21/2000	12/20/2003	111	—	—	48
Cape Verde	4/10/2002	4/9/2005	9	—	—	6
Chad ⁵	1/7/2000	12/6/2003	48	—	—	10
Congo, Dem. Rep. of	6/12/2002	6/11/2005	—	580	—	133
Côte d'Ivoire	3/29/2002	3/28/2005	293	—	—	234
Djibouti ⁶	10/18/1999	1/17/2003	19	—	5	—
Ethiopia	3/22/2001	3/21/2004	100	—	—	31
Gambia, The	7/18/2002	7/17/2005	—	20	—	17
Georgia	1/12/2001	1/11/2004	108	—	—	59
Ghana ⁷	5/3/1999	11/30/2002	229	—	53	—
Guinea	5/2/2001	5/1/2004	64	—	—	39
Guinea-Bissau	12/15/2000	12/14/2003	14	—	—	9
Guyana	9/20/2002	9/19/2005	—	55	—	49
Honduras ⁸	3/26/1999	12/31/2002	157	—	48	—
Kenya ⁹	8/4/2000	8/3/2003	190	—	—	156
Kyrgyz Republic	12/6/2001	12/5/2004	73	—	—	38
Lao People's Dem. Rep.	4/25/2001	4/24/2004	32	—	—	18
Lesotho	3/9/2001	3/8/2004	25	—	—	11
Madagascar ¹⁰	3/1/2001	11/30/2004	79	—	—	45
Malawi	12/21/2000	12/20/2003	45	—	—	39
Mali ¹¹	8/6/1999	8/5/2003	51	—	—	6
Mauritania ¹²	7/21/1999	12/20/2002	42	—	—	—
Moldova	12/21/2000	12/20/2003	111	—	—	83
Mongolia	9/28/2001	9/27/2004	28	—	—	24
Mozambique ¹³	6/28/1999	6/27/2003	87	—	—	17
Nicaragua	12/13/2002	12/12/2005	—	98	—	91
Niger	12/22/2000	12/21/2003	59	—	—	25
Pakistan	12/6/2001	12/5/2004	1,034	—	—	603
Rwanda	8/12/2002	8/11/2005	—	4	—	3
São Tomé and Príncipe	4/28/2000	4/27/2003	7	—	5	—
Senegal	4/28/2003	4/27/2006	—	24	—	24
Sierra Leone	9/26/2001	9/25/2004	131	—	—	56
Sri Lanka	4/18/2003	4/17/2006	—	269	—	231
Tajikistan	12/11/2002	12/10/2005	—	65	—	57
Tanzania ¹⁴	4/4/2000	6/30/2003	135	—	—	15
Uganda	9/13/2002	9/12/2005	—	14	—	12
Vietnam	4/13/2001	4/12/2004	290	—	—	166
Zambia ¹⁵	3/25/1999	3/28/2003	254	24	41	—
Total			4,201	1,180	189	2,474

¹Extended from 7/16/03.²Extended from 9/17/01.³Extended from 9/9/02.⁴Extended from 10/21/02.⁵Extended from 1/6/03.⁶Extended from 10/17/02.⁷Extended from 5/2/02.⁸Extended from 3/25/02.⁹Became inoperative on 1/13/03.¹⁰Extended from 2/29/04.¹¹Extended from 8/05/02.¹²Extended from 7/20/02.¹³Extended from 6/27/02.¹⁴Extended from 4/3/03.¹⁵Augmented by SDR 24.45 million on 5/29/02. Extended from 3/24/02.

Table II.5

Summary of Disbursements, Repurchases, and Repayments, Financial Years Ended April 30, 1948–2003

(In millions of SDRs)

Financial Year	Disbursements					Repurchases and Repayments				Total Fund Credit Outstanding ²
	Purchases ¹	Trust Fund loans	SAF loans	PRGF loans	Total	Repurchases	Trust Fund repayments	SAF/PRGF repayments	Total	
1948	606	—	—	—	606	—	—	—	—	133
1949	119	—	—	—	119	—	—	—	—	193
1950	52	—	—	—	52	24	—	—	24	204
1951	28	—	—	—	28	19	—	—	19	176
1952	46	—	—	—	46	37	—	—	37	214
1953	66	—	—	—	66	185	—	—	185	178
1954	231	—	—	—	231	145	—	—	145	132
1955	49	—	—	—	49	276	—	—	276	55
1956	39	—	—	—	39	272	—	—	276	72
1957	1,114	—	—	—	1,114	75	—	—	75	611
1958	666	—	—	—	666	87	—	—	87	1,027
1959	264	—	—	—	264	537	—	—	537	898
1960	166	—	—	—	166	522	—	—	522	330
1961	577	—	—	—	577	659	—	—	659	552
1962	2,243	—	—	—	2,243	1,260	—	—	1,260	1,023
1963	580	—	—	—	580	807	—	—	807	1,059
1964	626	—	—	—	626	380	—	—	380	952
1965	1,897	—	—	—	1,897	517	—	—	517	1,480
1966	2,817	—	—	—	2,817	406	—	—	406	3,039
1967	1,061	—	—	—	1,061	340	—	—	340	2,945
1968	1,348	—	—	—	1,348	1,116	—	—	1,116	2,463
1969	2,839	—	—	—	2,839	1,542	—	—	1,542	3,299
1970	2,996	—	—	—	2,996	1,671	—	—	1,671	4,020
1971	1,167	—	—	—	1,167	1,657	—	—	1,657	2,556
1972	2,028	—	—	—	2,028	3,122	—	—	3,122	840
1973	1,175	—	—	—	1,175	540	—	—	540	998
1974	1,058	—	—	—	1,058	672	—	—	672	1,085
1975	5,102	—	—	—	5,102	518	—	—	518	4,869
1976	6,591	—	—	—	6,591	960	—	—	960	9,760
1977	4,910	32	—	—	4,942	868	—	—	868	13,687
1978	2,503	268	—	—	2,771	4,485	—	—	4,485	12,366
1979	3,720	670	—	—	4,390	4,859	—	—	4,859	9,843
1980	2,433	962	—	—	3,395	3,776	—	—	3,776	9,967
1981	4,860	1,060	—	—	5,920	2,853	—	—	2,853	12,536
1982	8,041	—	—	—	8,041	2,010	—	—	2,010	17,793
1983	11,392	—	—	—	11,392	1,555	18	—	1,574	26,563
1984	11,518	—	—	—	11,518	2,018	111	—	2,129	34,603
1985	6,289	—	—	—	6,289	2,730	212	—	2,943	37,622
1986	4,101	—	—	—	4,101	4,289	413	—	4,702	36,877
1987	3,685	—	139	—	3,824	6,169	579	—	6,749	33,443
1988	4,153	—	445	—	4,597	7,935	528	—	8,463	29,543
1989	2,541	—	290	264	3,095	6,258	447	—	6,705	25,520
1990	4,503	—	419	408	5,329	6,042	356	—	6,398	24,388
1991	6,955	—	84	491	7,530	5,440	168	—	5,608	25,603
1992	5,308	—	125	483	5,916	4,768	—	—	4,770	26,736
1993	8,465	—	20	573	9,058	4,083	—	36	4,119	28,496
1994	5,325	—	50	612	5,987	4,348	52	112	4,513	29,889
1995	10,615	—	14	573	11,175	3,984	4	244	4,231	36,837
1996	10,870	—	182	1,295	12,347	6,698	7	395	7,100	42,040
1997	4,939	—	—	705	5,644	6,668	5	524	7,196	40,488
1998	20,000	—	—	973	20,973	3,789	—	595	4,385	56,026
1999	24,071	—	—	826	24,897	10,465	—	627	11,092	67,175
2000	6,377	—	—	513	6,890	22,993	—	634	23,627	50,370
2001	9,599	—	—	630	10,229	11,243	—	588	11,831	48,691
2002	29,194	—	—	952	30,146	19,207	—	769	19,976	58,699
2003	21,784	—	—	1,218	23,002	7,784	—	928	8,712	72,879

¹Includes reserve tranche purchases.²Excludes reserve tranche purchases; includes outstanding associated loans from the Saudi Fund for Development.

Table II.6

Purchases and Loans from the IMF, Financial Year Ended April 30, 2003

(In millions of SDRs)

Member	Reserve Tranche	Stand-By/ Credit Tranche	Extended Fund Facility	SRF	Total Purchases	PRGF Loans	Total Purchases and Loans ¹
Afghanistan	4	—	—	—	4	—	4
Albania	—	—	—	—	—	8	8
Argentina	—	973	—	—	973	—	973
Armenia	—	—	—	—	—	30	30
Benin	—	—	—	—	—	8	8
Bolivia	—	43	—	—	43	—	43
Bosnia and Herzegovina	—	32	—	—	32	—	32
Brazil	—	4,879	—	10,437	15,316	—	15,316
Bulgaria	—	104	—	—	104	—	104
Burkina Faso	—	—	—	—	—	6	6
Burundi	—	10	—	—	10	—	10
Cambodia	—	—	—	—	—	17	17
Cameroon	—	—	—	—	—	16	16
Cape Verde	—	—	—	—	—	1	1
Chad	—	—	—	—	—	5	5
Congo, Dem. Rep. of	61	—	—	—	61	447	507
Djibouti	—	—	—	—	—	5	5
Dominica	—	2	—	—	2	—	2
Ecuador	—	30	—	—	30	—	30
Ethiopia	—	—	—	—	—	10	10
Gambia, The	—	—	—	—	—	3	3
Georgia	—	—	—	—	—	23	23
Grenada	—	3	—	—	3	—	3
Guinea	—	—	—	—	—	13	13
Guyana	—	—	—	—	—	6	6
Indonesia	—	—	1,170	—	1,170	—	1,170
Jordan	—	11	61	—	72	—	72
Kyrgyz Republic	—	—	—	—	—	23	23
Lao, PDR	—	—	—	—	—	5	5
Lesotho	—	—	—	—	—	4	4
Madagascar	—	—	—	—	—	11	11
Malawi	—	17	—	—	17	—	17
Mali	—	—	—	—	—	14	14
Mauritania	—	—	—	—	—	12	12
Moldova	—	—	—	—	—	9	9
Mozambique	—	—	—	—	—	8	8
Nicaragua	—	—	—	—	—	7	7
Niger	—	—	—	—	—	8	8
Pakistan	—	—	—	—	—	258	258
Romania	—	138	—	—	138	—	138
Rwanda	—	—	—	—	—	1	1
Serbia and Montenegro ¹	—	50	200	—	250	—	250
Sierra Leone	—	—	—	—	—	19	19
Sri Lanka	—	48	21	—	69	38	107
Tajikistan	—	—	—	—	—	8	8
Tanzania	—	—	—	—	—	20	20
Timor-Leste	2	—	—	—	2	—	2
Turkey	—	2,246	—	—	2,246	—	2,246
Uganda	—	—	—	—	—	2	2
Uruguay	36	1,079	—	129	1,243	—	1,243
Vietnam	—	—	—	—	—	41	41
Zambia	—	—	—	—	—	133	133
Total	102	9,664	1,451	10,566	21,784	1,218	23,002

¹Effective February 4, 2003, the Federal Republic of Yugoslavia changed its name to Serbia and Montenegro.

Table II.7

Repurchases and Repayments to the IMF, Financial Year Ended April 30, 2003

(In millions of SDRs)

Member	Stand-By/ Credit Tranche	Extended Fund Facility	Others ¹	Total Repurchases	SAF/PRGF and Trust Fund Repayments	Total Repurchases and Repayments
Albania	3	—	—	3	6	10
Algeria	—	188	84	272	—	272
Argentina	781	434	—	1,215	—	1,215
Armenia	—	—	6	6	8	14
Azerbaijan	—	6	38	44	6	50
Bangladesh	61	—	—	61	14	76
Belarus	—	—	23	23	—	23
Benin	—	—	—	—	12	12
Bolivia	—	—	—	—	21	21
Bosnia and Herzegovina	25	—	—	25	—	25
Brazil	373	—	—	373	—	373
Bulgaria	114	4	19	137	—	137
Burkina Faso	—	—	—	—	12	12
Burundi	—	—	—	—	2	2
Cambodia	—	—	1	1	8	9
Cameroon	—	—	—	—	3	3
Chad	—	—	—	—	5	5
Congo, Dem. Rep. of	127	8	23	157	143	300
Congo, Republic of	4	—	—	4	3	6
Côte d'Ivoire	—	—	—	—	67	67
Croatia	—	24	60	84	—	84
Djibouti	2	—	—	2	—	2
Dominican Republic	20	—	—	20	—	20
Equatorial Guinea	—	—	—	—	1	1
Estonia	—	—	9	9	—	9
Ethiopia	—	—	—	—	12	12
Gabon	—	10	—	10	—	10
Georgia	—	—	9	9	19	29
Ghana	—	—	—	—	11	11
Guinea	—	—	—	—	11	11
Guinea-Bissau	1	—	—	1	1	2
Guyana	—	—	—	—	13	13
Haiti	8	—	—	8	3	11
Honduras	24	—	—	24	6	30
Indonesia	1,559	118	—	1,678	—	1,678
Jamaica	—	14	—	14	—	14
Jordan	—	54	17	71	—	71
Kenya	—	—	—	—	14	14
Kyrgyz Republic	—	—	8	8	14	22
Lao People's Dem. Rep.	—	—	—	—	8	8
Latvia	—	—	8	8	—	8
Lesotho	—	—	—	—	2	2
Lithuania	—	58	9	66	—	66
Macedonia, FYR	—	—	8	8	2	9
Madagascar	—	—	—	—	4	4
Malawi	—	—	—	—	6	6
Mali	—	—	—	—	20	20
Mauritania	—	—	—	—	13	13
Moldova	—	6	8	14	—	14
Mongolia	—	—	—	—	6	6
Mozambique	—	—	—	—	18	18
Nepal	—	—	—	—	3	3
Nicaragua	—	—	—	—	4	4
Niger	—	—	—	—	5	5
Pakistan	19	30	176	225	40	266

Table II.7 (concluded)

Member	Stand-By/ Credit Tranche	Extended Fund Facility	Others ¹	Total Repurchases	SAF/PRGF and Trust Fund Repayments	Total Repurchases and Repayments
Panama	—	4	—	4	—	4
Peru	—	134	—	134	—	134
Philippines	253	132	—	385	—	385
Romania	28	—	31	60	—	60
Russian Federation	177	745	359	1,281	—	1,281
Rwanda	2	—	—	2	—	2
Senegal	—	—	—	—	24	24
Sierra Leone	—	—	—	—	24	24
Sri Lanka	—	—	—	—	34	34
St. Kitts and Nevis	1	—	—	1	—	1
Sudan	7	15	1	22	—	22
Tajikistan	7	—	—	7	25	32
Tanzania	—	—	—	—	17	17
Thailand	913	—	—	913	—	913
Togo	—	—	—	—	8	8
Turkey	174	—	—	174	—	174
Uganda	—	—	—	—	32	32
Ukraine	36	20	83	140	—	140
Uruguay	57	—	—	57	—	57
Uzbekistan	—	—	17	17	—	17
Vietnam	—	—	4	4	48	52
Yemen, Republic of	2	2	—	4	—	4
Zambia	—	—	—	—	169	169
Zimbabwe	—	1	—	1	1	2
Total	4,776	2,008	1,000	7,784	928	8,712

¹Includes Compensatory and Contingency Financing Facility and Systemic Transformation Facility.

Table II.8

Outstanding IMF Credit by Facility and Policy, Financial Years Ended April 30, 1995–2003

(In millions of SDRs and percent of total)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<i>Millions of SDRs</i>									
Stand-By Arrangements ¹	15,117	20,700	18,064	25,526	25,213	21,410	17,101	28,612	34,241
Extended Arrangements	10,155	9,982	11,155	12,521	16,574	16,808	16,108	15,538	14,981
Supplemental Reserve Facility	—	—	—	7,100	12,655	—	4,085	5,875	15,700
Compensatory and Contingency Financing Facility	3,021	1,602	1,336	685	2,845	3,032	2,992	745	413
Systemic Transformation Facility	3,848	3,984	3,984	3,869	3,364	2,718	1,933	1,311	644
Subtotal (GRA)	32,140	36,268	34,539	49,701	60,651	43,968	42,219	52,081	65,978
SAF Arrangements	1,277	1,208	954	730	565	456	432	341	137
PRGF Arrangements ²	3,318	4,469	4,904	5,505	5,870	5,857	5,951	6,188	6,676
Trust Fund	102	95	90	90	89	89	89	89	89
Total	36,837	42,040	40,488	56,026	67,175	50,370	48,691	58,699	72,879
<i>Percent of total</i>									
Stand-By Arrangements ¹	41	49	45	46	38	43	35	49	47
Extended Arrangements	28	24	28	22	25	33	33	26	21
Supplemental Reserve Facility	—	—	—	13	19	—	9	10	22
Compensatory and Contingency Financing Facility	8	4	3	1	4	6	6	1	1
Systemic Transformation Facility	10	9	10	7	5	5	4	2	1
Subtotal (GRA)	87	86	85	89	90	87	87	88	91
SAF Arrangements	3	3	2	1	1	1	1	1	— ³
PRGF Arrangements ²	9	11	12	10	9	12	12	11	9
Trust Fund	— ³	— ³	— ³	— ³	— ³	— ³	— ³	— ³	— ³
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹Includes outstanding credit tranche and emergency purchases.²Includes outstanding associated loans from the Saudi Fund for Development.³Less than ½ of 1 percent of total.

Table II.9

Summary of Bilateral Contributions to the PRGF and PRGF-HIPC Trusts*(In millions of SDRs; as of April 30, 2003)*

	PRGF Trust		PRGF-HIPC Trust
	Subsidy contributions "as needed" ¹	Loan commitments ²	Subsidies and HIPC grant contributions "as needed" ³
Total	3,490.2	15,722.7	1,561.6
Major industrial countries	2,294.0	12,864.8	880.5
Canada	204.3	700.0	48.8
France	474.4	2,900.0	82.2
Germany	197.7	2,750.0	127.2
Italy	157.8	1,380.0	63.6
Japan	723.1	5,134.8	144.0
United Kingdom	358.9	—	82.2
United States	177.7	—	332.6
Other advanced countries	980.8	2,452.8	299.7
Australia	14.8	—	24.8
Austria	62.8	—	14.3
Belgium	120.8	350.0	35.3
Denmark	66.9	100.0	18.5
Finland	42.1	—	8.0
Greece	39.6	—	6.3
Iceland	4.6	—	0.9
Ireland	8.1	—	5.9
Israel	—	—	1.8
Korea	60.0	92.7	15.9
Luxembourg	14.1	—	0.7
Netherlands	141.6	450.0	45.4
New Zealand	—	—	1.7
Norway	45.5	150.0	18.5
Portugal	5.3	—	6.6
San Marino	—	—	0.05
Singapore	32.7	—	16.5
Spain	26.2	708.4	23.3
Sweden	186.3	—	18.3
Switzerland	109.5	601.7	37.0
Fuel-exporting countries	17.2	49.5	93.1
Algeria	—	—	5.5
Brunei Darussalam	—	—	0.1
Gabon ⁴	—	—	2.5
Iran, Islamic Republic of	2.0	—	2.2
Kuwait	—	—	3.1
Libya	—	—	7.3
Nigeria	—	—	13.9
Oman	—	—	0.8
Qatar	—	—	0.5
Saudi Arabia	15.1	49.5	53.5
United Arab Emirates	—	—	3.8
Other developing countries	184.9	355.6	221.1
Argentina ⁵	35.1	—	16.2
Bangladesh	0.9	—	1.7
Barbados	—	—	0.4
Belize	—	—	0.3
Botswana	2.3	—	5.7
Brazil	—	—	15.0
Cambodia	—	—	0.04
Chile	4.0	—	4.4
China	14.9	200.0	19.7
Colombia	—	—	0.9
Cyprus	—	—	0.8
Egypt	13.3	155.6	1.3
Ghana	—	—	0.5
India	13.2	—	22.9
Indonesia	6.1	—	8.2
Jamaica	—	—	2.7

Table II.9 (concluded)

	PRGF Trust		PRGF-HIPC Trust
	Subsidy contributions "as needed" ¹	Loan commitments ²	Subsidies and HIPC grant contributions "as needed" ³
Malaysia	46.0	—	12.7
Malta	2.1	—	1.1
Mauritius	—	—	0.1
Mexico	—	—	54.5
Micronesia, F. S.	—	—	0.00 ⁶
Morocco	9.7	—	1.6
Pakistan	4.0	—	3.4
Paraguay	—	—	0.1
Peru	—	—	2.5
Philippines	—	—	6.7
Samoa	—	—	0.00 ⁶
South Africa	—	—	28.6
Sri Lanka	—	—	0.6
St. Lucia	—	—	0.1
St. Vincent and the Grenadines	—	—	0.1
Swaziland	—	—	0.01
Thailand	17.2	—	4.5
Tunisia	1.8	—	1.5
Turkey	11.6	—	—
Uruguay	2.6	—	2.2
Vietnam	—	—	0.4
Countries in transition	13.4	—	42.9
Croatia	—	—	0.4
Czech Republic	13.4	—	4.1
Estonia	—	—	0.5
Hungary	—	—	6.0
Latvia	—	—	1.0
Poland	—	—	12.0
Russian Federation	—	—	14.6
Slovak Republic	—	—	4.0
Slovenia	—	—	0.4
Pending contributions to the PRGF- HIPC Trust ("as needed")³			24.1
Bahrain	—	—	0.9
Dominican Republic	—	—	0.5
Fiji	—	—	0.1
Grenada	—	—	0.1
Lebanon	—	—	0.4
Maldives	—	—	0.01
Venezuela	—	—	20.4
Tonga	—	—	0.02
Trinidad and Tobago	—	—	1.6
Vanuatu	—	—	0.1

¹The calculations are based on actual interest rates through end-June 2002 and an assumed SDR interest rate of 5 percent per annum thereafter.

²Excludes a loan commitment from the OPEC Fund for International Development of US\$50 million (equivalent to SDR 37 million).

³The term "as needed" refers to the nominal undiscounted sum of the projected delivery of HIPC assistance plus the profile of projected subsidy needs associated with PRGF lending during 2002–05.

⁴Contribution to the PRGF-HIPC Trust includes a pending balance of SDR 1.9 million "as needed."

⁵Contribution to the PRGF-HIPC Trust includes a pending balance of SDR 6.4 million "as needed."

⁶Less than SDR 5,000.

Table II.10

Holdings of SDRs by All Participants and by Groups of Countries as Percentage of Their Cumulative Allocations of SDRs, at End of Financial Years Ended April 30, 1994–2003

	All Participants ¹	Industrial Countries ²	Nonindustrial Countries ²			
			All nonindustrial countries	Net creditor countries	Net debtor countries	
					All net debtor countries	Heavily indebted poor countries
1994	71.0	77.9	56.3	222.5	47.7	12.5
1995	90.9	105.1	60.4	263.9	49.8	14.1
1996	91.4	102.4	67.9	285.5	56.6	17.4
1997	87.2	99.8	60.5	303.6	47.8	17.3
1998	95.0	107.0	69.4	323.7	56.1	24.1
1999	81.1	94.6	52.5	170.7	46.3	26.3
2000	84.6	95.0	62.5	174.1	56.6	20.6
2001	86.6	101.6	54.6	204.2	46.5	12.4
2002	91.5	107.7	56.9	227.9	44.7	14.6
2003	93.0	102.4	72.0	173.7	57.7	17.1

¹Consists of member countries that are participants in the SDR Department. At the end of FY2003, of the total SDRs allocated to participants in the SDR Department (SDR 21.4 billion), SDR 1.5 billion was not held by participants, but instead by the IMF and prescribed holders.

²Based on *IFS* classification (International Monetary Fund, *International Financial Statistics*, various years).

Table II.11
Key IMF Rates, Financial Year Ended April 30, 2003
(In percent)

Period Beginning	SDR Interest Rate and Unadjusted Rate of Remuneration ¹	Basic Rate of Charge ¹	Period Beginning	SDR Interest Rate and Unadjusted Rate of Remuneration ¹	Basic Rate of Charge ¹
2002					
May 1	2.28	2.82	November 4	2.10	2.59
May 6	2.30	2.84	November 11	1.98	2.45
May 13	2.30	2.84	November 18	1.99	2.46
May 20	2.33	2.88	November 25	1.97	2.43
May 27	2.31	2.85			
			December 2	1.96	2.42
June 3	2.32	2.87	December 9	1.92	2.37
June 10	2.32	2.87	December 16	1.92	2.37
June 17	2.31	2.85	December 23	1.94	2.40
June 24	2.32	2.87	December 30	1.91	2.36
July 1	2.30	2.84	2003		
July 8	2.33	2.88	January 6	1.91	2.36
July 15	2.28	2.82	January 13	1.90	2.35
July 22	2.29	2.83	January 20	1.89	2.33
July 29	2.25	2.78	January 27	1.88	2.32
August 5	2.22	2.74	February 3	1.86	2.30
August 12	2.21	2.73	February 10	1.84	2.27
August 19	2.21	2.73	February 17	1.82	2.25
August 26	2.23	2.75	February 24	1.81	2.24
September 2	2.25	2.78	March 3	1.76	2.17
September 9	2.22	2.74	March 10	1.73	2.14
September 16	2.24	2.77	March 17	1.76	2.17
September 23	2.22	2.74	March 24	1.75	2.16
September 30	2.19	2.70	March 31	1.74	2.15
October 7	2.19	2.70	April 7	1.72	2.12
October 14	2.18	2.69	April 14	1.74	2.15
October 21	2.23	2.75	April 21	1.77	2.19
October 28	2.20	2.72	April 28	1.75	2.16

¹Under the FY2003 decision on burden sharing, the rate of remuneration was adjusted downward and the rate of charge was adjusted upward to share the burden of protecting the IMF's income from overdue charges and of contributing to the IMF's precautionary balances. The amounts generated from burden sharing in FY2003 are refundable when overdue charges are paid and when overdue obligations cease to be a problem. The basic rate of charge presented is the effective rate following the retroactive reduction that was implemented after the end of the financial year. The basic rate of charge, which was set at 128.0 percent of the SDR interest rate, was reduced to 123.5 percent of the SDR interest rate as a result of the retroactive reduction.

Table II.12

Members That Have Accepted the Obligations of Article VIII, Sections 2, 3, and 4, of the Articles of Agreement

Member	Effective Date of Acceptance	Member	Effective Date of Acceptance
Algeria	September 15, 1997	Guinea-Bissau	January 1, 1997
Antigua and Barbuda	November 22, 1983	Guyana	December 27, 1966
Argentina	May 14, 1968	Haiti	December 22, 1953
Armenia	May 29, 1997	Honduras	July 1, 1950
Australia	July 1, 1965	Hungary	January 1, 1996
Austria	August 1, 1962	Iceland	September 19, 1983
Bahamas, The	December 5, 1973	India	August 20, 1994
Bahrain	March 20, 1973	Indonesia	May 7, 1988
Bangladesh	April 11, 1994	Ireland	February 15, 1961
Barbados	November 3, 1993	Israel	September 21, 1993
Belarus	November 5, 2001	Italy	February 15, 1961
Belgium	February 15, 1961	Jamaica	February 22, 1963
Belize	June 14, 1983	Japan	April 1, 1964
Benin	June 1, 1996	Jordan	February 20, 1995
Bolivia	June 5, 1967	Kazakhstan	July 16, 1996
Botswana	November 17, 1995	Kenya	June 30, 1994
Brazil	November 30, 1999	Kiribati	August 22, 1986
Brunei Darussalam	October 10, 1995	Korea	November 1, 1988
Bulgaria	September 24, 1998	Kuwait	April 5, 1963
Burkina Faso	June 1, 1996	Kyrgyz Republic	March 29, 1995
Cambodia	January 1, 2002	Latvia	June 10, 1994
Cameroon	June 1, 1996	Lebanon	July 1, 1993
Canada	March 25, 1952	Lesotho	March 5, 1997
Central African Republic	June 1, 1996	Lithuania	May 3, 1994
Chad	June 1, 1996	Luxembourg	February 15, 1961
Chile	July 27, 1977	Macedonia, FYR	June 19, 1998
China	December 1, 1996	Madagascar	September 18, 1996
Comoros	June 1, 1996	Malawi	December 7, 1995
Congo, Democratic Republic of	February 10, 2003	Malaysia	November 11, 1968
Congo, Republic of	June 1, 1996	Mali	June 1, 1996
Costa Rica	February 1, 1965	Malta	November 30, 1994
Côte d'Ivoire	June 1, 1996	Marshall Islands	May 21, 1992
Croatia	May 29, 1995	Mauritania	July 19, 1999
Cyprus	January 9, 1991	Mauritius	September 29, 1993
Czech Republic	October 1, 1995	Mexico	November 12, 1946
Denmark	May 1, 1967	Micronesia, Federated States of	June 24, 1993
Djibouti	September 19, 1980	Moldova	June 30, 1995
Dominica	December 13, 1979	Mongolia	February 1, 1996
Dominican Republic	August 1, 1953	Morocco	January 21, 1993
Ecuador	August 31, 1970	Namibia	September 20, 1996
El Salvador	November 6, 1946	Nepal	May 30, 1994
Equatorial Guinea	June 1, 1996	Netherlands	February 15, 1961
Estonia	August 15, 1994	New Zealand	August 5, 1982
Fiji	August 4, 1972	Nicaragua	July 20, 1964
Finland	September 25, 1979	Niger	June 1, 1996
France	February 15, 1961	Norway	May 11, 1967
Gabon	June 1, 1996	Oman	June 19, 1974
Gambia, The	January 21, 1993	Pakistan	July 1, 1994
Georgia	December 20, 1996	Palau	December 16, 1997
Germany	February 15, 1961	Panama	November 26, 1946
Ghana	February 21, 1994	Papua New Guinea	December 4, 1975
Greece	July 7, 1992	Paraguay	August 22, 1994
Grenada	January 24, 1994	Peru	February 15, 1961
Guatemala	January 27, 1947	Philippines	September 8, 1995
Guinea	November 17, 1995	Poland	June 1, 1995

Table II.12 (*concluded*)

Member	Effective Date of Acceptance	Member	Effective Date of Acceptance
Portugal	September 12, 1988	Switzerland	May 29, 1992
Qatar	June 4, 1973	Tanzania	July 15, 1996
Romania	March 25, 1998	Thailand	May 4, 1990
Russian Federation	June 1, 1996	Timor-Leste	July 23, 2002
Rwanda	December 10, 1998	Togo	June 1, 1996
St. Kitts and Nevis	December 3, 1984	Tonga	March 22, 1991
St. Lucia	May 30, 1980	Trinidad and Tobago	December 13, 1993
St. Vincent and the Grenadines	August 24, 1981	Tunisia	January 6, 1993
Samoa	October 6, 1994	Turkey	March 22, 1990
San Marino	September 23, 1992	Uganda	April 5, 1994
Saudi Arabia	March 22, 1961	Ukraine	September 24, 1996
Senegal	June 1, 1996	United Arab Emirates	February 13, 1974
Serbia and Montenegro ¹	May 15, 2002	United Kingdom	February 15, 1961
Seychelles	January 3, 1978	United States	December 10, 1946
Sierra Leone	December 14, 1995	Uruguay	May 2, 1980
Singapore	November 9, 1968	Vanuatu	December 1, 1982
Slovak Republic	October 1, 1995	Venezuela	July 1, 1976
Slovenia	September 1, 1995	Yemen, Republic of	December 10, 1996
Solomon Islands	July 24, 1979	Zambia	April 19, 2002
South Africa	September 15, 1973	Zimbabwe	February 3, 1995
Spain	July 15, 1986		
Sri Lanka	March 15, 1994		
Suriname	June 29, 1978		
Swaziland	December 11, 1989		
Sweden	February 15, 1961		

¹Effective February 4, 2003, the Federal Republic of Yugoslavia changed its name to Serbia and Montenegro.

Table II.13

De Facto Exchange Rate Arrangements and Anchors of Monetary Policy as of April 30, 2003**Classification of De Facto Exchange Rate Regimes and Monetary Policy Frameworks**

This classification system is based on members' actual, de facto regimes, which may differ from their officially announced arrangements. The scheme ranks exchange rate regimes on the basis of the degree of flexibility of the arrangement or a formal or informal commitment to a given exchange rate path. It distinguishes between the more rigid forms of pegged regimes, such as currency board arrangements; other conventional fixed-peg regimes against a single currency or a basket of currencies; exchange rate bands around a fixed peg; crawling-peg arrangements; and exchange rate bands around crawling pegs, in order to help assess the implications of the choice of exchange rate regime for the degree of independence of monetary policy. This includes a category to distinguish the exchange arrangements of those countries that have no separate legal tender. The system presents members' exchange rate regimes against alternative monetary policy frameworks with the intention of using both criteria as a way of providing greater transparency in the classification scheme and to illustrate that different forms of exchange rate regimes could be consistent with similar monetary frameworks. The following explains the categories.

Exchange Rate Regimes*Exchange Arrangements with No Separate Legal Tender*

The currency of another country circulates as the sole legal tender (formal dollarization), or the member belongs to a monetary or currency union in which the same legal tender is shared by the members of the union. Adopting such regimes is a form of surrendering the monetary authorities' independent control over domestic monetary policy.

Currency Board Arrangements

A monetary regime based on an explicit legislative commitment to exchange domestic currency for a specified foreign currency at a fixed exchange rate, combined with restrictions on the issuing authority to ensure the fulfillment of its legal obligation. This implies that domestic currency be issued only against foreign exchange and that it remain fully backed by foreign assets, eliminating traditional central bank functions, such as monetary control and lender of last resort, and leaving little scope for discretionary monetary policy; some flexibility may still be afforded, depending on how strict the rules of the boards are.

Other Conventional Fixed Peg Arrangements

The country (formally or de facto) pegs its currency at a fixed rate to another currency or a basket of currencies, where the basket is formed from the currencies of major trading or financial partners and weights reflect the geographical distribution of trade, services, or capital flows. The currency composites can also be standardized, such as those of the SDR. There is no commitment to keep the parity irrevocably. The exchange rate may fluctuate within a narrow margin of less than ± 1 percent around a central rate or the maximum and minimum value of the exchange rate may remain within a narrow margin of 2 percent for at least three months. The monetary authority stands ready to keep the fixed parity through direct intervention (i.e., via sale/purchase of foreign exchange in the market) or indirect intervention (e.g., via aggressive use of interest rate policy, imposition of foreign exchange regulations or exercise of moral suasion that constrains foreign exchange activity, or through intervention by other public institutions). Flexibility of monetary policy, though limited, is greater than in hard pegs, because traditional central banking functions are still possible, and the monetary authority can adjust the level of the exchange rate, although relatively infrequently.

Pegged Exchange Rates within Horizontal Bands

The value of the currency is maintained within certain margins of fluctuation of at least ± 1 percent around a formal or a de facto fixed central rate. It also includes the arrangements of the countries in the exchange rate mechanism (ERM) of the European Monetary System (EMS), which was replaced with the ERM II on January 1, 1999.

There is a limited degree of monetary policy discretion, with the degree of discretion depending on the band width.

Crawling Pegs

The currency is adjusted periodically in small amounts at a fixed rate or in response to changes in selective quantitative indicators, such as past inflation differentials vis-à-vis major trading partners, differentials between the target inflation and expected inflation in major trading partners, and so forth. The rate of crawl can be set to generate inflation-adjusted changes in the currency (backward looking), or set at a preannounced fixed rate and/or below the projected inflation differentials (forward looking). Maintaining a credible crawling peg imposes constraints on monetary policy in a similar manner as a fixed-peg system.

Exchange Rates within Crawling Bands

The currency is maintained within certain fluctuation margins of at least ± 1 percent around a central rate, which is adjusted periodically at a fixed rate or in response to changes in selective quantitative indicators. The degree of flexibility of the exchange rate is a function of the width of the band, with bands chosen to be either symmetric around a crawling central parity or to widen gradually with an asymmetric choice of the crawl of upper and lower bands (in the latter case, there may not be a preannounced central rate). The commitment to maintain the exchange rate within the band continues to impose constraints on monetary policy, with the degree of policy independence being a function of the band width.

Managed Floating with No Predetermined Path for the Exchange Rate

The monetary authority influences exchange rate movements through active intervention to counter the long-term trend of the exchange rate without specifying a predetermined exchange rate path or without having a specific exchange rate target. Indicators for managing the rate are broadly judgmental—e.g., balance of payments position, international reserves, parallel market developments—and adjustments may not be automatic. Intervention may be direct or indirect. A distinction is made between "tightly managed floating"—where intervention takes the form of very tight monitoring that generally results in a stable exchange rate without having a clear exchange rate path, with the aim of permitting authorities an extra degree of flexibility in deciding the tactics to achieve a desired path—and "other managed floating," where the exchange rate is influenced in a more ad hoc fashion.

Independently Floating

The exchange rate is market determined, with any foreign exchange intervention aimed at moderating the rate of change and preventing undue fluctuations in the exchange rate, rather than at establishing a level for it. In these regimes, monetary policy is, in principle, independent of exchange rate policy.

Monetary Policy Frameworks

The exchange rate regime is presented against alternative monetary policy frameworks in order to present the role of the exchange rate in broad economic policy and help identify potential sources of inconsistency in the monetary-exchange rate policy mix.

Exchange Rate Anchor

The monetary authority stands ready to buy/sell foreign exchange at given quoted rates to maintain the exchange rate at its preannounced level or range; the exchange rate serves as the nominal anchor or intermediate target of monetary policy. This type of regime covers exchange rate regimes with no separate legal tender; CBAs; fixed pegs with and without bands; and crawling pegs with and without bands, where the rate of crawl is set in a forward-looking manner.

Monetary Aggregate Anchor

The monetary authority uses its instruments to achieve a target growth rate for a monetary aggregate, such as reserve money, M1, and M2, and the targeted aggregate becomes the nominal anchor or intermediate target of monetary policy.

Table II.13 (continued)

Inflation-Targeting Framework

This involves the public announcement of medium-term numerical targets for inflation with an institutional commitment by the monetary authority to achieve these targets. Additional key features include increased communication with the public and the markets about the plans and objectives of monetary policymakers and increased accountability of the central bank for obtaining its inflation objectives. Monetary policy decisions are guided by the deviation of forecasts of future inflation from the announced inflation target, with the inflation forecast acting (implicitly or explicitly) as the intermediate target of monetary policy.

Fund-Supported or Other Monetary Program

This involves implementation of monetary and exchange rate policies within the confines of a framework that establishes floors for international reserves and ceilings for net domestic assets of the central bank. Because the ceiling on net domestic assets limits increases in reserve money through central bank operations, indicative targets for reserve money may be appended to this system.

Other

The country has no explicitly stated nominal anchor but rather monitors various indicators in conducting monetary policy, or there is no relevant information available for the country.

Monetary Policy Framework¹

Exchange Rate Regime (number of countries)	Exchange rate anchor				Monetary aggregate target	Inflation-targeting framework	IMF-supported or other monetary program	Other
Exchange arrangements with no separate legal tender (41)	<i>Another currency as legal tender</i>	<i>ECCUP</i>	<i>CFA franc zone</i>					<i>Euro area³</i>
			<i>WAEMU</i>	<i>CAEMC</i>				
	Ecuador	Antigua and Barbuda	Benin*	Cameroon*				Austria
	El Salvador ⁴	Barbuda	Burkina Faso	Central African Rep.				Belgium
	Kiribati	Dominica*	Côte d'Ivoire*					Finland
	Marshall Islands	Grenada	Guinea-Bissau*	Chad ⁵				France
	Micronesia	St. Kitts and Nevis	Mali*	Congo, Rep. of				Germany
	Palau	St. Lucia	Niger*	Equatorial Guinea				Greece
	Panama	St. Vincent and the Grenadines	Senegal	Gabon				Ireland
	San Marino		Togo					Italy
	Timor-Leste							Luxembourg
								Netherlands
								Portugal
								Spain
Currency board arrangements (7)	Bosnia and Herzegovina*							
	Brunei Darussalam							
	Bulgaria*							
	China—Hong Kong, SAR							
	Djibouti							
	Estonia							
	Lithuania							
Other conventional fixed peg arrangements (42)	<i>Against a single currency (33)</i>	<i>Against a composite (9)</i>			China ⁶			
	Aruba			Botswana ⁵				
	Bahamas, The ⁵			Fiji				
	Bahrain			Latvia				
	Bangladesh			Libya				
	Barbados			Malta				
	Belize			Morocco				
	Bhutan			Samoa				
	Cape Verde*			Seychelles				
	China ⁶			Vanuatu				
	Comoros ⁷							
	Eritrea							
	Guinea ⁶							
	Jordan ⁶							
	Kuwait ⁶							
	Lebanon ⁶							
	Lesotho*							
	Macedonia, FYR ⁶							
	Malaysia							
	Maldives ⁶							
	Namibia							
	Nepal							
	Netherlands Antilles							
	Oman							
	Qatar							
	Saudi Arabia							
	Suriname ^{5, 6}							
	Swaziland							
	Syrian Arab Republic ⁶							
	Turkmenistan ⁶							
	Ukraine ⁶							
	United Arab Emirates							
	Venezuela							
	Zimbabwe ⁶							

Table II.13 (continued)

Table 11.13 (continued)	Monetary Policy Framework ¹					
Exchange Rate Regime (number of countries)	Exchange rate anchor		Monetary aggregate target	Inflation-targeting framework	IMF-supported or other monetary program	Other
Pegged exchange rates within horizontal bands (5) ⁸	Within a cooperative arrangement ERM II (1) Denmark	Other band arrangements(4) Cyprus Hungary† Sudan ⁶ Tonga	Sudan ⁶	Hungary†		
Crawling pegs (5)	Bolivia Costa Rica ⁶ Nicaragua* Solomon Islands ⁶ Tunisia		Tunisia			
Exchange rates within crawling bands (5) ⁹	Belarus Honduras Israel† Romania ⁶ Slovenia ¹⁶		Slovenia ¹⁶	Israel†		
Managed floating with no pre-announced path for the exchange rate (46)			Cambodia ⁵ Egypt ⁵ Gambia, The* Ghana Guyana* Indonesia* Iran, I.R. of Jamaica ⁶ Mauritius São Tomé and Príncipe Zambia	Czech Rep. Thailand	Argentina Azerbaijan Croatia Ethiopia Kenya Kyrgyz Republic Lao PDR ⁵ Moldova ⁶ Mongolia Pakistan Rwanda Serbia and Montenegro ¹¹ Tajikistan Vietnam	Afghanistan Algeria ³ Angola ³ Burundi ³ Dominican Rep. ^{3, 5} Guatemala ³ Haiti ^{3, 6} India ³ Iraq ¹⁰ Kazakhstan ³ Mauritania Myanmar ^{3, 5, 6} Nigeria Paraguay ³ Russian Federation Singapore ³ Slovak Rep. ³ Trinidad and Tobago Uzbekistan ^{3, 5}
Independently floating (36)			Malawi* Sierra Leone* Sri Lanka Uruguay Yemen, Rep. of	Australia Brazil* Canada Chile ⁵ Colombia Iceland Korea Mexico New Zealand Norway Peru*† Philippines Poland South Africa Sweden Turkey* United Kingdom	Albania Armenia Congo, Dem. Rep. of Georgia Madagascar Mozambique Tanzania Uganda	Japan ³ Liberia ³ Papua New Guinea ³ Somalia ^{5, 10} Switzerland ³ United States ³

Sources: IMF Country Reports; and *International Financial Statistics*.

¹An asterisk (*) indicates that the country has an IMF-supported or other monetary program. A dagger (†) indicates that the country adopts more than one nominal anchor in conducting monetary policy (it should be noted, however, that it would not be possible, for practical reasons, to infer from this table which nominal anchor plays the principal role in conducting monetary policy).

²These countries have a currency board arrangement.

³The country has no explicitly stated nominal anchor, but rather monitors various indicators in conducting monetary policy.

Table II.13 (*concluded*)

⁴For El Salvador, the printing of new colones, the domestic currency, is prohibited, but the existing stock of colones will continue to circulate, along with the U.S. dollar as legal tender until all colón notes wear out physically.

⁵The member maintains an exchange arrangement involving more than one market. The arrangement shown is that maintained in the major market.

⁶The regime operating de facto in the country is different from its de jure regime.

⁷Comoros has the same arrangement with the French Treasury as the CFA franc zone countries do.

⁸The band widths for these countries are Cyprus ($\pm 15\%$), Denmark ($\pm 2.25\%$), Hungary ($\pm 15\%$), Sudan ($\pm 2\%$), and Tonga ($\pm 5\%$).

⁹The band widths for these countries are Belarus ($\pm 5\%$), Honduras ($\pm 7\%$), Israel ($\pm 22\%$), and Romania and Slovenia (unannounced).

¹⁰Insufficient information on the country is available for classification.

¹¹Effective February 4, 2003, the Federal Republic of Yugoslavia changed its name to Serbia and Montenegro.

Principal Policy Decisions of the Executive Board

A. Disposition of Net Income for FY2003

1. SDR 69 million of the Fund's net income for FY2003 derived from the application of paragraph 2 of Decision No. 12730-(02/43),¹ adopted April 26, 2002, shall be placed to the Fund's Special Reserve after the end of the financial year.

2. The expense derived from the application of International Accounting Standard 19—Employee Benefits during FY2003 shall be charged against the Fund's Special Reserve and shall be recorded separately in the financial records of the Fund (EBS/03/43, 4/7/03).

Decision No. 12987-(03/36)

April 21, 2003

B. Rate of Charge on Use of Fund Resources for FY2004

1. Notwithstanding Rule I-6(4)(a), effective May 1, 2003, the proportion of the rate of charge referred to in Rule I-6(4) to the SDR interest rate under Rule T-1 shall be 132 percent.

2. The net income target for FY2004 shall be SDR 108 million. Any net income for financial year 2004 in excess of SDR 108 million shall be used to reduce retroactively the proportion of the rate of charge for financial year 2004. If net income for financial year 2004 is below SDR 108 million, the amount of projected net income for financial year 2005 shall be increased by the equivalent of that shortfall. For the purpose of this provision, net income shall be calculated without taking into account net operational income generated by the surcharges on purchases under the Supplemental Reserve Facility and Contingent Credit Lines, the surcharge on purchases in the credit tranches and under the Extended Fund Facility or the effect on income of the implementation of International Accounting Standard 19—Employee Benefits (EBS/03/43, 4/7/03).

Decision No. 12988-(03/36)

April 21, 2003

C. Burden Sharing—Implementation in FY2004

Section I. Principles of Burden Sharing

1. The financial consequences for the Fund that stem from the existence of overdue financial obligations shall be shared between debtor and creditor member countries.

2. The sharing shall be applied in a simultaneous and symmetrical fashion.

Section II. Determination of the Rate of Charge

The rate of charge referred to in Rule I-6(4) shall be adjusted in accordance with the provisions of Section IV of this decision and Section IV of Executive Board Decision No. 12189-(00/45),² adopted April 28, 2000.

Section III. Adjustment for Deferred Charges

Notwithstanding paragraph 1(a) of Section IV of Executive Board Decision No. 12189-(00/45), adopted April 28, 2000, the rate of charge and the rate of remuneration determined under that Section shall be rounded to two decimal places.

Section IV. Amount for Special Contingent Account-1

1. An amount of SDR 94 million shall be generated during financial year 2004 in accordance with the provisions of this Section and shall be placed to the Special Contingent Account-1 referred to in Decision No. 9471-(90/98), adopted June 20, 1990.

2. (a) In order to generate the amount to be placed to the Special Contingent Account-1 in accordance with paragraph 1 of this Section, notwithstanding Rule I-6(4)(a) and (b) and Rule I-10, the rate of charge referred to in Rule I-6(4) and, subject to the limitation in (b), the rate of remuneration prescribed in Rule I-10 shall be adjusted in accordance with the provisions of this paragraph.

(b) Notwithstanding paragraph 1 above, adjustments to the rate of charge and the rate of remuneration under this paragraph shall be rounded to two decimal places. No adjustment in the rate of remuneration under this paragraph shall be carried to the point where the average remuneration coefficient would be reduced below 85 percent for an adjustment period.

(c) The adjustments under this paragraph shall be made as of May 1, 2003, August 1, 2003, November 1, 2003, and February 1, 2004; shortly after July 31 for the period May 1 to July 31; shortly after October 31 for the period from August 1 to October 31; shortly after January 31 for the period from November 1 to January 31; shortly after April 30 for the period from February 1 to April 30.

3. (a) Subject to paragraph 3 of Decision No. 8780-(88/12), adopted January 29, 1988, the balances held in the Special Contingent Account-1 shall be distributed in accordance with the provisions of this paragraph to members that have paid additional charges or have received reduced remuneration as a result of the adjustment when there are no outstanding

¹See *Selected Decisions*, Twenty-Seventh Issue (December 31, 2002), page 386.

²*Ibid.*, page 378.

overdue charges and repurchases, or at such earlier time as the Fund may decide.

(b) Distributions under (a) shall be made in proportion to the amounts that have been paid or have not been received by each member because of the respective adjustments.

(c) If a member that is entitled to a payment under this paragraph has any overdue obligation to the Fund in the General Department at the time of payment, the member's claim under this paragraph shall be set off against the Fund's claim in accordance with Decision No. 8271-(86/74),³ adopted April 30, 1986, or any subsequent decision of the Fund.

(d) Subject to paragraph 4 of Decision No. 8780-(88/12), adopted January 29, 1988, if any loss is charged against the Special Contingent Account-1, it shall be recorded in accordance with the principles of proportionality set forth in (b).

Section V. Review

The operation of this decision shall be reviewed when the adjustment in the rate of remuneration reduces the remuneration coefficient to the limit set forth in paragraph 2(b) of Section IV of this decision and Section IV of Executive Board Decision No. 12189-(00/45),⁴ adopted April 28, 2000 (EBS/03/43, 4/7/03).

Decision No. 12989-(03/36)
April 21, 2003

D. Surcharges on Purchases Under Supplemental Reserve Facility and Contingent Credit Lines, and in Credit Tranches and Under Extended Fund Facility — Disposition of Net Operating Income

For financial year 2004, after meeting the cost of administering the PRGF Trust, any remaining net operational income generated by the surcharges on purchases under the Supplemental Reserve Facility and the Contingent Credit Lines and the surcharges on purchases in the credit tranches and under the Extended Fund Facility shall be placed, after the end of that financial year, to the General Reserve (EBS/03/43, 4/7/03).

Decision No. 12990-(03/36) SRF/CCL
April 21, 2003

E. Review of System of Special Charges

The Fund has reviewed the system of special charges applicable to overdue obligations to the General Resources Account, the Structural Adjustment Facility, and the Trust Fund (EBS/03/43, 4/7/03).

Decision No. 12991-(03/36) G/SAF/TR
April 21, 2003

F. Framework Administered Account for Technical Assistance Activities—Pacific Financial Technical Assistance Center Subaccount

In accordance with the terms and conditions of the Instrument establishing the Framework Administered Account for Technical Assistance Activities (Decision No. 10942-

(95/33)),⁵ as amended, the Fund hereby approves the establishment of the "Pacific Financial Technical Assistance Center Subaccount," which shall be used by the Fund to administer resources to be contributed by the Government of Australia, and any subsequent Contributors, as described in EBS/02/84, 5/15/02.

Decision No. 12751-(02/52)
May 22, 2002

G. Framework Administered Account for Technical Assistance Activities—Africa Regional Technical Assistance Centers Subaccount

In accordance with the terms and conditions of the Instrument establishing the Framework Administered Account for Technical Assistance Activities (Decision No. 10942-(95/33)),⁶ as amended, the Fund hereby approves the establishment of the Africa Regional Technical Assistance Centers Subaccount, which shall be used by the Fund to administer resources to be contributed by the Governments of France, the Federal Republic of Germany, Italy, the Netherlands, Norway/Ministry of Foreign Affairs, Sweden, and the United Kingdom, and any subsequent Contributors, as described in EBS/02/135 (7/26/02).

Decision No. 12832-(02/88)
August 9, 2002

H. Implementation of Procedures for Surveillance: 2002 Review

The Executive Board has reviewed the general implementation of the Fund's surveillance over members' exchange rate policies, as required by paragraph VI of Procedures for Surveillance contained in the document entitled "Surveillance over Exchange Rate Policies" attached to Decision No. 5392-(77/63),⁷ adopted April 29, 1977, as amended. The next review shall be conducted no later than August 10, 2002.

The Executive Board has reviewed the document entitled "Surveillance over Exchange Rate Policies" attached to Decision No. 5392-(77/63), adopted April 29, 1977, as amended, as required by paragraph 2 of that decision. The next review of the document shall be conducted no later than August 10, 2002.

Decision No. 12178-(00/41)
April 10, 2000,
as amended by Decision Nos. 12713-(02/38), April 5, 2002,
and 12792-(02/75),
July 10, 2002

I. Implementation of Procedures for Surveillance: 2002 Review

The Executive Board has reviewed the general implementation of the Fund's surveillance over members' exchange rate policies, as required by paragraph VI of Procedures for Surveillance contained in the document entitled "Surveillance over Exchange Rate Policies" attached to Decision No. 5392-(77/63), adopted April 29, 1977, as amended. The next review shall be conducted no later than July 15, 2004.

³Ibid., page 372.

⁴Ibid., page 378.

⁵Ibid., page 150.

⁶Ibid., page 150.

⁷Ibid., page 10.

The Executive Board has reviewed the document entitled "Surveillance over Exchange Rate Policies" attached to Decision No. 5392-(77/63), adopted April 29, 1977, as amended, as required by paragraph 2 of that decision. The next review of the document shall be conducted no later than July 15, 2004 (SM/02/184, Sup. 1, 6/18/02).

Decision No. 12793-(02/76)

July 15, 2002

J. Biennial Review of Implementation of Fund Surveillance and of 1977 Surveillance Review—Changes in Article IV Consultation Cycles

1. Each member presently receiving financial assistance under a Fund arrangement shall immediately be placed on the 24-month consultation cycle and, in future, whenever a Fund arrangement is approved for a member, that member shall automatically be placed on the 24-month consultation cycle. Article IV consultations with such members shall be conducted in accordance with the procedures specified below.

2. Article IV consultations with a member receiving financial assistance under a Fund arrangement will be expected to be completed within 24 months of the date of completion of the previous Article IV consultation with that member, except that the consultation cycle will be shortened under the following circumstances:

(a) where the most recent Article IV consultation with the member was completed 6 months or more before the date of approval of the relevant arrangement, the next Article IV consultation with that member will be expected to be completed by the later of (i) 6 months after the date of approval of the arrangement, and (ii) 12 months, plus a grace period of three months, after the date of completion of the previous Article IV consultation; and

(b) where, with respect to a member whose circumstances do not fall within paragraph 2(a), a program review under an arrangement for that member is not completed by the date for completion specified in the arrangement, the next Article IV consultation with that member will be expected to be completed by the later of (i) 6 months after the date specified in the arrangement for completion of the review, and (ii) 12 months, plus a grace period of 3 months, after the date of completion of the previous Article IV consultation, provided, however, that, where the relevant program review is completed before the later of the dates specified in (i) and (ii) above, the next Article IV consultation will be expected to be completed within 24 months of the date of completion of the previous Article IV consultation with that member.

Upon the expiration or cancellation of an arrangement for a member, that member shall automatically be placed on the standard 12-month consultation cycle and the next Article IV consultation with that member will be expected to be completed by the later of (i) 6 months after such expiration or cancellation, and (ii) 12 months, plus a grace period of 3 months, after the date of completion of the previous Article IV consultation, but in no event later than 24 months after the completion of the previous Article IV consultation (SM/02/184, Sup. 1, 6/18/02, Sup. 3, 9/5/02).

Decision No. 12794-(02/76), July 15, 2002,

as amended by Decision No. 12854-(02/96),

September 12, 2002

K. Modalities for Surveillance over Euro-Area Policies in Context of Article IV Consultations with Member Countries

The current frequency of Article IV consultations with individual euro-area countries, which are generally on the standard 12-month cycle, will be maintained.

There will be twice-yearly staff discussions with EU institutions responsible for common policies in the euro area. These discussions will be held separately from the discussions with individual euro-area countries, but are considered an integral part of the Article IV process for each member. The discussions with individual euro-area countries will be clustered, to the extent possible, around the discussions with the relevant EU institutions.

There will be an annual staff report and Board discussion on Euro-Area Policies in the Context of the Article IV Consultations with Member Countries, which will be considered part of the Article IV consultation process with individual members. In addition to monetary and exchange rate policies, the staff report will also cover from a regional perspective other economic policies relevant for Fund surveillance. Staff will report informally to the Board on the second round of discussions with EU institutions to provide adequate context for bilateral consultations with euro-area countries that do not coincide broadly with the annual Board discussion on the euro area.

There will be a summing up of the conclusion of the Board's annual discussion on Euro-Area Policies in the Context of the Article IV Consultations with Member Countries. It will be cross-referenced in the summings up for the Article IV consultations with euro-area countries at the conclusion of the Article IV process for each country. To the extent that the summing up for the euro area covers economic policies that apply to all EU member countries and that are considered relevant for Fund surveillance, the pertinent parts of the summing up for the euro area could also be referred to in the bilateral Article IV consultations with EU member countries that are not part of the euro area (SM/02/359, 11/21/02).

Decision No. 12899-(02/119)

December 4, 2002

L. Eleventh General Review of Quotas—Period for Consent to Increases—Extension

Pursuant to Paragraph 4 of the Resolution of the Board of Governors No. 53-2,⁸ "Increase in Quotas of Fund Members—Eleventh General Review," the Executive Board decides that notices of consent from members to increases in their quotas must be received in the Fund by 6:00 p.m., Washington time, on January 31, 2003.

Decision No. 12802-(02/78)

July 19, 2002

M. Eleventh General Review of Quotas—Period for Consent to Increases—Extension

Pursuant to Paragraph 4 of the Resolution of the Board of Governors No. 53-2, "Increase in Quotas of Fund Members—Eleventh General Review," the Executive Board

⁸Ibid., pages 680–84.

decides that notices of consent from members to increases in their quotas must be received in the Fund by 6:00 p.m., Washington time, on July 31, 2003 (EBD/03/3, 1/15/03).

Decision No. 12930-(03/3)

January 23, 2003

N. PRGF Trust and PRGF-HIPC Trust—Reserve Account—September 2002 Review

Pursuant to Decision No. 10286-(93/23)⁹ ESAF, the Fund has reviewed the adequacy of the Reserve Account of the PRGF Trust, and determines that amounts held in the account are sufficient to meet all obligations which could give rise to a payment from the Reserve Account to lenders to the Loan Account of the PRGF Trust in the six months from April 1, 2002, to September 30, 2002 (SM/02/273, 8/21/02).

Decision No. 12847-(02/94) PRGF

September 6, 2002

O. Establishment of a Trust for Special PRGF Operations for the Heavily Indebted Poor Countries and Interim PRGF Subsidy Operations

1. The Fund adopts the Instrument to Establish a Trust for Special PRGF Operations for the Heavily Indebted Poor Countries and Interim PRGF Subsidy Operations, which is annexed to this decision.

2. The Fund shall conduct semiannual reviews of the financing of the Trust for Special PRGF Operations for the Heavily Indebted Poor Countries and Interim PRGF Subsidy Operations.

Decision No. 11436-(97/10)

February 4, 1997,

as amended by Decision Nos. 11492-(97/45), April 24, 1997,

11861-(98/131) ESAF, December 18, 1998,

12087-(99/118) PRGF, October 21, 1999,

effective November 2, 1999,

12132-(00/9) PRGF, January 27, 2000,

12349-(00/118), December 1, 2000,

12561-(01/85) PRGF, August 23, 2001,

effective September 19, 2001,

12680-(02/17) PRGF, February 20, 2002

12696-(02/27) PRGF, March 15, 2002, and

12777-(02/65), June 20, 2002,

and 12874-(02/110),

October 25, 2002

P. Access Policy in Capital Account Crises—Modifications to Supplemental Reserve Facility and Follow-Up Issues Related to Exceptional Access Policy

Decision No. 11627-(97/123),¹⁰ adopted December 17, 1997, on the Supplemental Reserve Facility and Contingent Credit Lines shall be amended as follows:

1. In Section I on the Supplemental Reserve Facility, paragraphs 6(a) and (b) shall read:

“6 (a) A member making purchases under this section shall repurchase the outstanding amounts of its currency resulting from such purchases within two and a half to three years from the date of each purchase in two equal installments; the first installment shall become due two and a half years and the second installment shall become due three years from the date of each purchase.

(b) The member will be expected to repurchase those amounts six months before they become due, provided that the Fund may, upon request by the member, decide to extend one or more such repurchase expectations by six months. If a member fails to make a repurchase as expected, the Fund may require the member to make the repurchase in question within a specified period not to exceed the repurchase schedule under (a) above.”

2. In Section II on Contingent Credit Lines,

(i) a new paragraph 18 bis shall be added:

“18 bis

(a) A member making purchases under this section shall repurchase the outstanding amounts of its currency resulting from such purchases within two to two and a half years from the date of each purchase in two equal semi-annual installments; the first installment shall become due two years and the second installment two and a half years from the date of each purchase.

(b) The member will be expected to repurchase those amounts one year before they become due, provided that the Fund may, upon request by the member, decide to extend each such repurchase expectation by up to one year. If a member fails to make a repurchase as expected, the Fund may require the member to make the repurchase in question within a specified period not to exceed the repurchase schedule under (a) above.

(c) The Fund shall not approve, and the Managing Director shall not recommend for approval, a request for the use of the general resources of the Fund by a member that is failing to meet a repurchase expectation under (b) above. Provision shall be made in each stand-by and extended arrangement for the suspension of further purchases under the arrangement whenever a member fails to meet a repurchase expectation under (b) above.”

(ii) in paragraph 19, the reference to “paragraph 6” shall be deleted.

3. The changes made by this decision to the Supplemental Reserve Facility shall apply only to purchases made after the date of this decision.

Decision No. 12943-(03/15)

February 21, 2003

Q. PRGF Trust and PRGF-HIPC Trust—Reserve Account—Review

Pursuant to Decision No. 10286-(93/23) ESAF,¹¹ adopted on February 22, 1993, as amended, the Fund has reviewed

⁹Ibid., page 413.

¹⁰Ibid., pages 325 and 627.

¹¹Ibid., page 413.

the adequacy of balances in the Reserve Account of the PRGF Trust, and determines that they are sufficient to meet all obligations that could give rise to payments from the Account to lenders to the Loan Account of the PRGF Trust in the six months from April 1, 2003, to September 30, 2003 (SM/03/100, 3/21/03).

Decision No. 12979-(03/31) PRGF
March 31, 2003

R. Joint Vienna Institute—Amendment of Agreement

The Managing Director is authorized to consent to the First Amendment to the Agreement for the Establishment of the Joint Vienna Institute pursuant to Article XI of that Agreement (EBAP/03/16, 2/11/03).

Decision No. 12941-(03/13)
February 19, 2003

Relations with Other International Organizations

In the face of uneven global economic recovery and heightened geopolitical tensions, close cooperation between the IMF and other international organizations continued to be of critical importance over FY2003. In an increasingly integrated financial system, identifying risks and generating sustained and widespread momentum for economic growth require a high level of collaboration among the Fund, the World Bank, the United Nations (UN) and its specialized agencies, the World Trade Organization (WTO), the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD), the Bank for International Settlements (BIS), regional development banks, and intergovernmental groups.

Regional Representation and Technical Assistance

The IMF's offices in Europe and the Regional Office for Asia and the Pacific maintain close ties with other international organizations. In FY2003, the Fund's offices in Europe were reorganized to establish a new presence in Brussels and to streamline the staffing and management of the three European offices (Paris, Geneva, and Brussels). The new Brussels Office was created to enhance cooperation with European Union institutions, strengthen IMF surveillance activities in the area, and mount more effective outreach with a range of Brussels-based agencies.

The Paris Office remains the center of the IMF's European representation, liaising with regional and international institutions located in Europe and contributing to the Fund's European operations focusing on multilateral and regional surveillance. Paris Office staff regularly represent the Fund at donor and surveillance committees of the OECD in Paris, and one member of the Paris Office staff serves on the Secretariat of the Group of Ten (G-10). Additionally, they keep close contact with the BIS in Basel, and attend, on an ad hoc basis, meetings of organizations such as the Financial Action Task Force (FATF), the European Parliament, and the Council of Europe.

The Geneva Office monitors, analyzes, and reports on activities of Geneva-based socioeconomic agencies with particular emphasis on the multilateral trading system, along with trade-related developments in the European Union. These institutions include the WTO, the International Labor Organization (ILO), the UN Conference on Trade and Development (UNCTAD), the UN High Commissioner for Refugees (UNHCR), the UN Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), the World Health Organization (WHO), the UN Economic Commission for Europe (ECE), and the Inter-Parliamentary Union.

The IMF's Regional Office for Asia and the Pacific, located in Tokyo, is responsible for enhancing surveillance and promoting the IMF's initiatives in the Asia region. The Office works closely with regional groupings, such as the Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), the Association of South East Asian Nations (ASEAN), the South Pacific Forum (FORUM), the South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC), the South East Asian Central Banks (SEACEN), and the Executives' Meeting of East Asia and Pacific Central Banks (EMEAP). In addition to providing the Secretariat for the Manila Framework Group, the Office also maintains close contact with two regional organizations, the Asian Development Bank (AsDB) and the United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (ESCAP), and with the World Bank's Office in Japan. It also facilitates the IMF's participation in the Consultative Group meetings of donor nations held in the Asia and Pacific region.

The Africa Regional Technical Assistance Center (AFRITAC) in East Africa was opened in Dar es Salaam, Tanzania, on October 24, 2002, to strengthen locally based technical assistance and training, and thus to further efforts by the IMF and World Bank, in cooperation with donor parties, to build country ownership of poverty reduction efforts. Five such AFRITACs are planned for sub-Saharan Africa; the next to open will strengthen capacity building in West Africa. Originally planned to be based in Abidjan, it has temporarily been relocated to Bamako, Mali, because of civil unrest in Côte d'Ivoire. The IMF provides similar technical assistance to assist its members in improving their economic and fiscal management practices in the Asia-Pacific region through the Pacific Financial Technical Assistance Center (PFTAC) and in the Caribbean through the Caribbean Regional Technical Assistance Center (CARTAC). The IMF also provides policy-related training to public sector officials and private sector managers through its support of the Joint Africa Institute, the Joint Vienna Institute, and the Singapore Regional Training Institute. Each of these facilities offers courses and seminars on topics of relevance to regional capacity building.

Collaboration with the World Bank

The collegial relationship between the IMF and the World Bank has existed since their founding at the Bretton Woods Conference of 1944. As mandated in their respective Articles of Agreements and in the joint 1989 Concordat, each plays an important, complementary role in ensuring the world's economic growth and stability. Both institutions conduct regular consultations of their senior staff, participate together on

missions, attend joint meetings, and share documents. Collaboration at the staff level, both in policy advice and on operational matters, is also guided by the ongoing dialogue between IMF and Bank management.

As the missions of the two institutions have evolved, it has been necessary periodically to redefine the rules of engagement and division of labor between the two organizations, with a view toward enhancing their overall effectiveness. Building upon the momentum of the previous year to strengthen the framework for Bank-Fund collaboration, the two institutions continued in FY2003 to consider ways to streamline and focus conditionality so as to strengthen country ownership of policy reform programs, thereby making them more effective. In August 2002, the Executive Boards of the IMF and the Bank reviewed the experience gained to date in implementing the Guidance Note on Operationalizing Bank-Fund Collaboration in Country Programs and Conditionality, issued in spring 2002. The Guidance Note forms the basis for collaboration on country programs and conditionality between the area departments of the Fund and the regional departments at the Bank. This review indicated broad support for the approach taken in the Guidance Note (see Chapter 4), and recommended that a further review should be undertaken in two years' time.

The Fund and Bank also cooperate closely in monitoring financial system stability, especially through the Financial Sector Assessment Program (FSAP), which aims to increase the effectiveness of efforts to promote the soundness of financial systems in member countries. Detailed Financial System Stability Assessments (FSSAs) of observance of relevant financial sector standards and codes are a key component of the FSAP and in turn give rise to Reports on Observance of Standards and Codes (ROSCs) as a by-product. The value added from the program derives importantly from its collaborative nature.

On March 14 and 18, 2003, the IMF's Executive Board reviewed experience to date with the FSAP. Ninety-five countries have already participated or agreed to participate in an FSAP assessment, including a significant number of systemically or regionally important countries and economies. Given the increasing number of countries now participating in the FSAP, the Fund and Bank will continue to work closely together over the coming year on developing ways to further streamline, focus, and prioritize the program.

Given synergies with assessments of prudential supervisory standards, the FSAP provides a suitable context to undertake assessments of countries' efforts in respect of anti-money-laundering (AML) and combating the financing of terrorism (CFT). In its communiqué of September 28, 2002, the International Monetary and Financial Committee endorsed the earlier conditional agreement by the Boards of the Fund and Bank to add the Financial Action Task Force (FATF) 40 + 8 Recommendations to the list of standards for which ROSCs are prepared. In October 2002, the FATF Plenary endorsed the common AML/CFT methodology document developed by the Fund and Bank over FY2002, and agreed that it would be used in both Fund-Bank-led ROSCs and those led by the FATF and FATF-style regional bodies (FSRBs). Following this endorsement, on October 15, 2002 the Fund and Bank initiated a 12-month pilot program of AML/CFT assessments using the common methodology. It is expected that between 45 and 56 assessments will be completed over this

period, including at least 36 led by IMF/Bank staff. Planning and executing the pilot program has involved extensive coordination and cooperation among the Fund, Bank, the FATF, FSRBs, and their members.

The Joint Financial Sector Liaison Committee (FSLC) provides another mechanism for close Fund-Bank cooperation in identifying financial system weakness. Established in 1998, the FSLC helps to integrate into a coherent joint work program the various financial sector tasks assigned to the two institutions, and to facilitate coordination with the work of other institutions, especially in relation to reform of the financial sector. In September 2002, the FSLC reported to the Boards of the Fund and the Bank, focusing particularly on its ongoing work to improve the coordination of financial technical assistance between the two institutions, as well as with other donor organizations.

One of the most important areas of IMF and World Bank cooperation is their work toward the common objective of stimulating economic growth through the reduction of poverty and through debt relief. Launched by the Bank and Fund in 1996, the HIPC Initiative is a comprehensive approach to debt reduction for poor countries that entails coordinated action by the international financial community, including multilateral institutions. The HIPC Initiative is based on the country's continued effort toward macroeconomic adjustment and structural and social policy reforms, while also providing financing for social sector programs—primarily basic health and education. All countries requesting HIPC Initiative assistance must have adopted a Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) through a broad-based participatory process. Fund and Bank staff work closely together in evaluating PRSPs and Interim Poverty Reduction Strategy Papers (I-PRSPs). The staffs of both institutions work together to prepare Joint Staff Assessments (JSAs) of the PRSPs, for referral to the Executive Boards of both institutions for decision. Over FY2003, 28 JSAs were completed by Fund and Bank staff.

Relations with the United Nations

The IMF works closely with the United Nations, through the IMF Special Representative to the UN and through other extensive institutional contacts. The mandate of the Special Representative, operating out of the Office at the United Nations in New York, is to foster communications and cooperation between the IMF and the UN. The most prominent functions of the UN Office include making the IMF's views known, providing input for the deliberations at the UN on IMF-related issues, keeping the IMF informed of major developments within the UN system, and facilitating cooperation between the institutions.

During FY2003, collaboration between the IMF and the UN continued to focus on the challenges of financing development around the world. Following the commitments made at the UN International Conference on Financing for Development (FfD) in Monterrey, Mexico, in 2001 (the "Monterrey Consensus"), attention has increasingly focused on translating broad concepts for reducing poverty into a program for implementation. In his remarks to the annual High-Level Meeting of the UN Economic and Social Council (ECOSOC) held in New York on July 1, 2002, Managing Director Horst Köhler noted the need for concrete actions

for addressing the “foremost challenge” of poverty and achieving measurable progress toward the Millennium Development Goals (MDGs). On July 11–13, 2002, IMF officials met with ministers and representatives of several other international organizations, including the UN, World Bank, OECD, the Asian and African Development Banks, and the European Commission in Rosendal, Norway, for informal discussions on maintaining a dynamic process for progressing the agreements reached at Doha and Monterrey.

Those objectives, and the importance of reducing poverty, were subsequently reaffirmed by Heads of State at the World Summit on Sustainable Development held in Johannesburg, South Africa, during August 29–September 5, 2002. The summit confirmed the primacy of macroeconomic stability and growth as the foundation of sustainable development, and recognized the Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) approach, suitably extended to encompass environmental concerns, as the basis of national sustainable development programs, where applicable. The Plan of Implementation agreed at the summit also confirms the commitments toward reducing poverty in the areas of trade and finance, globalization, institutional arrangements, and governance, all of which are directly relevant to the Fund’s mandate and work. The IMF, World Bank, and United Nations Environment Program (UNEP) presented a joint paper on “Financing for Sustainable Development” at the summit, and IMF staff participated in several panel discussions.

At the following High-Level Meeting of the ECOSOC held on April 14, 2003, Deputy Managing Director Eduardo Aninat reiterated the Fund’s strong commitment to poverty reduction in the context of its mandate, and cochaired a roundtable discussion on the domestic policies required to help achieve the MDGs. The continuing dialogue among the UN’s ECOSOC, the Bretton Woods institutions, and the WTO is an important means of enhancing policy coherence at national, regional, and international levels, since it brings together the different cultures of finance, trade, development, and foreign affairs.

Liaison with Other Intergovernmental Groups

As a member of the Financial Stability Forum (FSF), the IMF takes the lead on developing, organizing, and carrying out a process for assessing Offshore Financial Centers’ adherence to international standards. IMF staff attended the eighth meeting of the FSF held on September 3–4, 2002, in Toronto, Canada, at which progress on development of a methodology for Reports on Standards and Codes was noted. IMF staff also attended the FSF’s second regional meeting with financial stability authorities from the Asia-Pacific region in Beijing on October 11–12, 2002, and the ninth meeting of the FSF in Berlin on March 24–25, 2003. The Chairman of the FSF participated as an observer at the October 2002 and April 2003 meetings of the International Monetary and Financial Committee.

Collaboration between the IMF and World Trade Organization (WTO) takes place formally as well as informally, as outlined in their Cooperation Agreement signed in December 1996. Under the agreement, the IMF has observer status in WTO meetings and regularly attends formal meetings of most WTO bodies. In particular, IMF staff participate in the WTO-led Integrated Framework for Trade-Related Technical Assistance (a joint effort by six agencies, including the World

Bank), contributes to the work of the WTO Working Group on Trade, Debt and Finance, and is a regular member of the Committee on Balance of Payments Restrictions. On August 9, 2002, First Deputy Managing Director Anne Krueger met with the outgoing Director-General of the WTO (Mr. Michael Moore) to explore avenues for cooperation in research. The Managing Director subsequently met with the incoming Director-General, Dr. Supachai Pantichpakdi, on October 13, 2002, to discuss areas where the Fund’s cooperation with the WTO may be particularly effective in the support of the Doha Development Agenda.

Throughout FY2003, the IMF continued to participate actively in the meetings and activities of other major intergovernmental groups, including the Group of Seven (G-7), Group of Ten (G-10), Group of Twenty (G-20), and Group of Twenty-Four (G-24). First Deputy Managing Director Anne Krueger attended the Annual Meeting of the G-20 Finance Ministers and Central Bank Governors on November 22–23, 2002. The Managing Director attended the meeting of G-7 Ministers and Central Bank Governors in Paris on February 22, 2003.

Cooperation with Regional Development Banks

Whether working to prevent crises, alleviate poverty, combat financial abuse, or strengthen the global economic system, the IMF works closely with the world’s multilateral and regional development banks. This collaboration includes formulation and implementation of policies in the economic and financial areas, release of information, and exchange of staff visits. In FY2003, the IMF worked with the Islamic Development Bank to facilitate establishment of the Islamic Financial Services Board; with the Inter-American Development Bank (IDB) to address the crisis in Uruguay; and with the African Development Bank (AfDB) to launch the AFRITACs. The Fund also participated with the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), Asian Development Bank (AsDB), World Bank, and other donor organizations in cosponsoring the third Forum on Poverty Reduction Strategies for the Commonwealth of Independent States (CIS-7), held in Almaty, Kazakhstan, on December 11–13, 2002. Deputy Managing Director Shigemitsu Sugisaki opened the follow-up high-level CIS-7 conference in Lucerne, Switzerland, in January 2003, which focused on “The Low-Income Countries of the CIS: Progress and Challenges in Transition” (see Box 5.2 in Chapter 5).

Role of IMF Management

In a globalized world, close cooperation among financial, trade, and development organizations is essential. Efforts to prevent crises and to promote growth depend upon the coordinated actions of many international institutions. This is especially true in times of economic uncertainty. IMF management plays an important role in promoting this multilateral collaboration in many international forums.

During April 28–May 3, 2002, Managing Director Horst Köhler conducted his third tour of the African continent since assuming office. He visited Dar es Salaam, Kinshasa, Abidjan, Ouagadougou, and Accra, where he attended meetings with heads of state, participated in a series of workshops, and held discussions with a broad cross section of society on a range of topics of importance to Africa. At the High-Level Meeting of the ECOSOC in New York on July 1, 2002, he reaffirmed the

IMF's commitment to the implementation of the Monterrey consensus. The Managing Director addressed the Treasury Select Committee of the House of Commons in London on July 4, 2002, and discussed the IMF's work program and the fundamental changes it had undertaken in the areas of transparency, surveillance, conditionality, standards and codes, and other areas of the IMF's core business. At the Symposium to Commemorate the 50th Anniversary of Japan's membership in the IMF and World Bank, held in Tokyo on September 10, 2002, he spoke of the importance of strong leadership by the advanced economies to bolster investor confidence and sustain global economic recovery, and the specific need for Japan to undertake decisive reforms of the banking and corporate sectors and pursue antideflationary macroeconomic policies. The Managing Director traveled to Latin America during December 6–12, 2002, in order to meet with the presidents of Brazil, Colombia, and Chile—his second visit to Latin America since taking office. On March 11, 2003, he spoke at the Bank of Spain on the prospects for economic recovery in Latin America, noting that Mexico and Chile had been bright spots in an area facing particularly difficult economic circumstances, and that better policies in several countries, including Brazil and Colombia, had enabled them to withstand these pressures reasonably well.

The IMF's Deputy Managing Directors also attended many conferences, meetings, and seminars throughout the year. On July 17, 2002, First Deputy Managing Director Anne Krueger addressed a National Bureau for Economic Research (NBER) conference on the lessons to be learned from the crisis in Argentina and how these could be used to raise the effectiveness of IMF efforts to prevent and resolve financial crises. Ms. Krueger participated in a panel discussion on "A World Without Globalization" at the World Economic Forum meeting held in Davos, Switzerland, on January 23–28, 2003. Deputy Managing Director Shigemitsu Sugisaki presented remarks on international perspectives on achieving financial stability at the first annual forum of the APEC Finance and Development Program in Beijing on May 26, 2002. Deputy Managing Director Eduardo Aninat delivered the keynote address at the opening of the AFRITAC in East Africa on October 24, 2002, and spoke of the importance of capacity building in Africa to develop strong and independent domestic institutions that are both a precondition to economic development and an insurance policy against external shocks. Mr. Aninat also traveled to Latin America in January 2003, and outlined a "self-help" agenda at conferences at the University of Viña del Mar in Chile and the Central Bank in Lima, Peru.

External Communications

In FY2003, the IMF continued to develop its ongoing efforts to improve understanding of and support for the Fund and its activities. Particular importance was placed on two-way communication with people through nonofficial channels, as the Fund continues to engage in self-assessment and reform and seeks to learn from its interlocutors. (For an account of developments in the IMF's initiative to become more transparent and open to outside input, see Chapter 7.) Some activities in the main areas of external communications are described in this Appendix.

Public Statements and Publications

In accordance with the IMF's transparency policy, a further large volume of *policy and country papers*, and summaries of Board discussions, was released during FY2003. The Fund's external website (www.imf.org) continued to be the primary vehicle for dissemination. During the year, an average of 120 items a month were added to the *What's New* section of the website.

Enhancements were made to the site's search feature and navigation. New sections continued to be added, especially for Resident Representatives.

Inviting comments from the public on IMF policy proposals via the external website and in specially convened meetings and conferences has become commonplace. Recent examples include the Poverty Reduction Strategy Paper and Poverty Reduction and Growth Facility reviews, the review of IMF conditionality, and the establishment and work program of the Independent Evaluation Office.

Speeches and other public appearances by management and senior staff conveyed the IMF's views on broad policy and economic issues ranging from IMF reform to the outlook for the world economy, and on specific country and regional issues. The IMF posted most speeches on the website within hours of delivery.

Publication of economic and financial research and policy analysis papers included two issues of the *World Economic Outlook*; four issues of the *Global Financial Stability Report*; the quarterly magazine *Finance & Development*; and a wide array of books, manuals and guides, Occasional Papers, Working Papers, Policy Discussion Papers, pamphlets, and leaflets (see Table V.1).

To make the IMF's technical and analytical work more accessible, the IMF published new titles in its *Economic Issues*, *Issues Briefs*, and *Fact sheets* series. *Economic Issues* are brief, simplified summaries of policy-related economic research findings. *Issues Briefs* discuss key issues facing the IMF and the global economy, while *Fact sheets* explain in plain language how the IMF works.

The Media

Press briefings covering the IMF by the Director of the External Relations Department were held at headquarters for Washington-based journalists roughly every two weeks. Transcripts and videos of the briefings were posted on the IMF's website shortly afterwards.

Press Releases on decisions taken by the Executive Board, and *News Briefs* expressing the views of management and senior staff on topical matters, were posted on the website and also distributed directly by fax to journalists and others. Over the course of the financial year, roughly 350 press releases and other communications to the press were prepared and distributed. From December 31, 2002, the *News Brief* series was consolidated into the *Press Release* series.

Press conferences with management and senior staff, held on such occasions as the Spring and Annual Meetings, and on release of major reports such as the *World Economic Outlook* and the *Global Financial Stability Report*, were also made widely available to the public as transcripts and videos posted on the website.

To reach wider audiences in a variety of countries and languages, the IMF has begun more frequently to prepare *media articles*—"op-eds," which appear opposite a newspaper's editorials—on country-specific issues. In particular, opportunities are being sought to place op-eds at important junctures, for instance, at the conclusion of an Article IV consultation or approval of a Fund arrangement.

Outreach to Civil Society

In December 2002, the IMF undertook a *survey of outreach activities* in its member countries. The survey confirmed that extensive outreach was being conducted by Fund staff, but revealed considerable variation across countries and regions. In general, the IMF's dialogue with civil society, parliaments, and the media appears well-established in Africa and in the transition countries of Asia and Europe.

Following the Executive Board's review of the IMF's external communications strategy, the Fund initiated an examination of its *relations with civil society organizations* (CSOs). To ensure that the process was independent and reflected a balanced spectrum of views from civil society, the IMF approached an outside expert to facilitate the discussion within the Fund and seek ideas from a variety of CSOs. One intended output of this study is a guide to good practices for IMF staff relations with CSOs.

The IMF also developed the *Civil Society Newsletter* into a quarterly electronic format, to disseminate information about

Fund activities and policies of particular concern to civil society.

Public Outreach

IMF staff expanded efforts to *engage students, academics, and the policy research community*, and participated in discussions and delivered presentations on the IMF's work, including governance, globalization, trade, and regional and country matters. In FY2003, some 170 separate briefings were given, along with the launching of biannual briefings to Washington-area "think tanks" to provide background on key issues surrounding upcoming Spring and Annual Meetings.

The IMF Center hosted close to 13,000 visitors in 2003. Well-established educational segments such as the "IMF in Action" and "Money Matters" were supplemented by new website educational offerings, such as interactive money and trading games for younger students, "Where in the World and What in the World is Money?" and "Trading Around the

World." Special events hosted by the Center in 2003 included the Carolyn Ball Award ceremony honoring retired IMF economist Margaret de Vries; the Global Ethics Exhibit, highlighting the role of religion and ethics in promoting peace and understanding; and the Peace Pole award presented to the IMF for its role in promoting international monetary and exchange rate cooperation. The Center also served as a polling station for the Foggy Bottom community during the mayoral election.

Through the *IMF Civic Program*, over \$665,000 was donated to charities working to reduce poverty in the Washington, D.C., metropolitan region and in low-income countries. Close coordination between IMF staff and families and their World Bank and Inter-American Development Bank counterparts played an important part in strengthening these initiatives. In addition, goods—such as used computers and furniture—were donated to charitable and educational organizations.

Table V.1

Publications Issued, Financial Year Ended April 30, 2003

* Available in English and selected other languages in full text on the IMF's website (www.imf.org).

Reports and Other Documents

*Annual Report of the Executive Board for the Financial Year Ended April 30, 2002**
(Chinese, English, French, German, and Spanish). Free.

Annual Report on Exchange Arrangements and Exchange Restrictions, 2002
\$110; \$55 to full-time university faculty members and students.

Summary Proceedings of the Fifty-Sixth Meeting of the Board of Governors (2001). * Free.

The IMF Committee on Balance of Payments Statistics, Annual Report, 2002. * Free.

Selected Decisions and Selected Documents of the International Monetary Fund, 27th edition. Free.

IMF Financial Statements, Quarters ended April 30, 2002; October 31, 2002; January 31, 2003. Free.

Periodic Publications

Balance of Payments Statistics Yearbook
Vol. 53, 2002. A two-part yearbook. \$98 a year.

Direction of Trade Statistics
Quarterly, with yearbook. \$155 a year; \$129 to full-time university faculty members and students. \$70 for yearbook only.

*Finance and Development**
Quarterly (Arabic, Chinese, English, French, and Spanish). Free by subscription. Airspeed delivery, \$20. Individual copies, \$10.

Government Finance Statistics Yearbook
Vol. 26, 2002 (Introduction and titles of lines in English, French, and Spanish). \$80.

International Financial Statistics
Monthly, with yearbook. \$495 a year; \$247 to full-time university faculty members and students. \$95 for yearbook only; \$65 for monthly issues. *International Financial Statistics* is also available on CD-ROM and on the Internet at www.imf.statistics.org; price information is available on request.

IMF Staff Papers*

Three times a year. \$72 a year; \$46 to full-time university faculty members and students.

IMF Staff Papers: Special Issue of the Proceedings of the Second Annual Research Conference (Vol. 49, 2002). \$18.

*IMF Research Bulletin**
Quarterly. Free.

IMF Survey*

Twice monthly, once in December (English, French, and Spanish). Private firms and individuals are charged an annual rate of \$109. Vol. 32–2002 (English), Vol. 32–2002 (French), and Vol. 32–2002 (Spanish).

Occasional Papers

No. 214. *Advanced Country Experiences with Capital Account Liberalization*, by Age Bakker and Bryan Chapple. 2002.

No. 216. *Is the PRGF Living Up to Expectations?—An Assessment of Program Design*, by Sanjeev Gupta, Mark Plant, Benedict Clements, Thomas Dorsey, Emanuele Baldacci, Gabriela Inchauste, Shamsuddin Tareq, and Nita Thacker. 2002.

No. 217. *Managing Financial Crises: Recent Experience and Lessons for Latin America*, edited by Charles Collyns and G. Russell Kincaid. 2003.

No. 218. *Fiscal Vulnerability and Financial Crises in Emerging Market Economies*, by Richard Hemming, Michael Kell, and Axel Schimmelpfennig. 2003.

Recent Occasional Papers are available for \$25 each, with a price of \$22 each to full-time university faculty members and students.

World Economic and Financial Surveys

World Economic Outlook*

A Survey by the Staff of the International Monetary Fund. Twice a year (April and September) (Arabic, English, French, and Spanish).

\$49; \$46 to full-time university faculty members and students.

Table V.1 (concluded)

Global Financial Stability Report, June, September, December 2002, March 2003.

\$49; \$46 to full-time university faculty members and students.

Exchange Arrangements and Foreign Exchange Markets: Developments and Issues, March 2003.

\$42; \$35 to full-time university faculty members and students.

Books and Seminar Volumes

Building Strong Banks Through Surveillance and Resolution, edited by Charles A. Enoch, David Marston and Michael W. Taylor. \$38.

China: Competing in the Global Economy, edited by Wanda Tseng and Markus Rodlauer. \$26.

Governance, Corruption, and Economic Performance, edited by George T. Abed and Sanjeev Gupta. \$37.50.

Guyana: Experience with Macroeconomic Stabilization and Structural Adjustment and Poverty Reduction, by Philippe Egoume-Bossogo, Ebrima Faal, Raj Nallari, and Ethan Weisman. \$18.

Into the EU: Policy Frameworks in Central Europe, prepared by a staff team led by Robert Feldman and C. Maxwell Watson. \$26.

Japan's Lost Decade: Policies for Economic Revival, edited by Timothy Callen and Jonathan D. Ostry. \$28.

Korean Crisis and Recovery, edited by David T. Coc and Se-Jik Kim. \$32.

Statistical Implications of Inflation Targeting: Getting the Right Numbers and Getting the Numbers Right, by Carol S. Carson, Charles A. Enoch and Claudia H. Dziobek. \$42.50.

Sweden's Welfare State: Can the Bumblebee Keep Flying? by Subhash M. Thakur, Michael J. Keen, Balázs Horváth, and Valerie Cerra. \$23.50.

The West Bank and Gaza: Economic Performance, Prospects, and Policies—Achieving Prosperity and Confronting Demographic Challenges, by Rosa A. Valdivieso, Ulric Erickson von Allmen, Geoffrey J. Bannister, Hamid R. Davoodi, Felix Fischer, Eva Jenkner, and Mona Said (Arabic). \$25.

Manuals and Guides

Coordinated Portfolio Investment Survey Guide (Second Edition), by the Statistics Department (English, French, and Spanish). \$26.

Government Finance Statistics Manual 2001, by the Statistics Department (Spanish, Chinese). \$50.

International Reserves and Foreign Currency Liquidity for a Data Template, by Anne Y. Kester (French and Russian). \$23.

Manual of Statistics of International Trade in Services, by staffs of the UN, EU, IMF, OECD, UNCTAD, and WTO (English). \$30.

Manual on Fiscal Transparency, prepared by the Fiscal Affairs Department (Russian). \$19.50.

Measuring the Non-Observed Economy: A Handbook, by staffs of the OECD, IMF, ILO, and Interstate Statistical Committee of the CIS (English). \$50.

Monetary and Financial Statistics Manual, by the Statistics Department (Arabic). \$40.

Quarterly National Accounts Manual: Concepts, Data Sources, and Compilation, by Adriaan M. Bloem, Robert J. Dippelsman, and Nils Ø. Mæle (Russian). \$40.

Economic Issues Series*

No. 26. *Rural Poverty In Developing Countries: Implications for Public Policy*, by Vito Tanzi and Howell Zee (Arabic). Free.

No. 28. *Moral Hazard: Does IMF Financing Encourage Imprudence by Borrowers and Lenders?* Timothy Lane and Steven Phillips (English, French, Spanish, Chinese, and Russian). Free.

No. 29. *The Pension Puzzle: Prerequisites and Policy Choices in Pension Design*, by Nicholas Barr (French, Spanish, Chinese, and Russian). Free.

No. 30. *Hiding in the Shadows: The Growth of the Underground Economy*, by Friedrich Schneider with Dominik Enste (French, Spanish, and Russian). Free.

No. 31. *Corporate Sector Restructuring: The Role of Government in Times of Crisis*, by Mark R. Stone (English). Free.

Pamphlet Series*

No. 45. *Financial Organization and Operations of the IMF*, Sixth Edition, by the Treasurer's Department (French, Spanish, and Russian). Free.

No. 53. *Governance of the International Monetary Fund: Decision Making, Institutional Oversight, Transparency, and Accountability*, by Leo Van Houtven. Free.

No. 54. *Fiscal Dimensions of Sustainable Development*, by Sanjeev Gupta, Michael J. Keen, Benedict J. Clements, Kevin T. Fletcher, Luiz R. De Mello, Jr., and Muthukumara Mani (English, French, and Spanish). Free.

Guide to the IMF Series*

What Is the International Monetary Fund? (Arabic.) Free.

Independent Evaluation Office Reports

Evaluation of Prolonged Use of IMF Resources, by the Independent Evaluation Office. \$25

Working Papers and Policy Discussion Papers*

IMF Working Papers and *Policy Discussion Papers* are designed to make IMF staff research available to a wider audience. They represent work in progress and reflect the views of the individual authors rather than those of the IMF.

Working Papers 02/78–02/240 and 03/1–91 were issued in FY2003. \$15 each; \$375 for annual subscription.

Policy Discussion Papers 02/7–02/13 and 03/1–03/2 were issued in FY2003. \$10 each; annual subscription is included as part of the subscription to Working Papers.

Country Reports*

IMF Country Reports provide comprehensive material on economic developments and trends in member countries, including key statistics.

Country Reports 02/92–02/270 and 03/1–03/120 were issued in FY2003. \$15 each.

Copies of IMF publications and videos may be obtained from Publication Services, International Monetary Fund, 700 19th Street, N.W., Washington, D.C. 20431, U.S.A.

Telephone: (202) 623-7430

Telefax: (202) 623-7201

E-mail: publications@imf.org

Internet: <http://www.imf.org>

Additional information about the IMF and its publications and videos—including the current *Publications Catalog*, a searchable IMF Publications Database, and ordering information and forms—is available on the World Wide Web (www.imf.org).

Press Communiqués of the International Monetary and Financial Committee and the Development Committee

International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors
of the International Monetary Fund

P R E S S C O M M U N I Q U É S

**Sixth Meeting, Washington D.C.,
September 28, 2002**

1. The International Monetary and Financial Committee held its sixth meeting in Washington, D.C., on September 28, 2002, under the Chairmanship of Mr. Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer of the United Kingdom.

The Global Economy and Financial Markets

2. The Committee observes that the global economic recovery is proceeding, although at a slower pace than expected earlier this year. Growth is expected to strengthen in the near term, supported by a strong policy response across the international community. However, there remain downside risks and uncertainties, as well as medium-term challenges associated with persistent imbalances, underscoring the need for vigilance. IMF members should continue to be ready to adapt policies as necessary in order to foster broad and sustained growth, to strengthen policy and regulatory frameworks, and to support durable poverty reduction. The Committee underscores the importance of stability in oil markets at prices reasonable for consumers and producers.

3. In the advanced economies, growth generally is expected to strengthen. However, monetary policymakers should remain ready to respond to developments where necessary and to ease policy further if the risk of economic weakness intensifies and inflation prospects remain subdued. In Japan, monetary easing should help end deflation. In many countries, there is scope for automatic stabilizers to operate, but fiscal policy needs to be attentive to the medium-term challenge of consolidation in order to ensure sustainable debt levels, improve the scope to respond flexibly to future economic shocks, and help address challenges such as those associated with population aging. Structural reforms should also be pursued vigorously to further improve growth prospects and strengthen resilience:

- In the United States, the actions under way to strengthen corporate governance, accounting, and auditing are important to underpin confidence;

- In Europe, further reforms, particularly in labor and product markets, are needed;
- In Japan, banking and corporate restructuring should be vigorously pursued, in particular addressing the issue of nonperforming loans.

4. Performance in emerging markets has been mixed, reflecting both global developments and domestic circumstances. While growth in Asia has picked up strongly, several economies in Latin America in particular are facing a deterioration in conditions due to external developments, country-specific vulnerabilities, and policy uncertainties. In countries that have room to maneuver, the policy stance should generally remain accommodative, but countries facing external financing difficulties will need to continue to give priority to restoring market confidence. The Committee welcomes Brazil's commitment to sound policies. It acknowledges the positive steps taken in recent months by Argentina to address its difficult economic situation, and urges the authorities, in cooperation with the Fund, to move quickly to reach agreement on a sustainable economic program that could receive the support of the international financial institutions and provide the basis for the reestablishment of stability and growth.

5. Many of the developing countries have also been affected by global developments and adverse movements in commodity prices, as well as domestic circumstances. The Committee reiterates the need for sustained international efforts to fight poverty. The Global Development Compact embodied in the Monterrey Consensus and the Doha Development Agenda—based on mutual accountability, country ownership, sound domestic policies and institutions, good governance, increased and more effective international support, and commitment to an open multilateral trading system—was reaffirmed at the World Summit in Johannesburg. The Committee looks forward to the effective implementation, with international assistance, of the New Partnership for Africa's Development (NEPAD) to strengthen institutional foundations, governance, and infrastructure. Stressing the critical importance of technical assistance to

support this effort, the Committee looks forward to the important contribution that the AFRITACs will play. It also calls for urgent international assistance to address the human and economic toll exacted by the drought in southern Africa. It also stresses the positive role of the CIS-7 initiative in improving prospects for enhanced growth and reduced poverty.

6. The Committee underscores the vital importance for global growth and effective development of achieving substantial trade liberalization in the Doha round of multilateral trade negotiations, which will benefit both developed and developing countries. Urgent progress is essential in enlarging market access for developing countries and phasing out trade-distorting subsidies in developed countries. Developing countries should also further liberalize their trade regimes to maximize growth and development opportunities. Trade-related technical assistance is also important to support developing countries' capacity building.

Strengthening Crisis Prevention and Resolution

7. The Committee welcomes the Managing Director's report on the IMF in a Process of Change, which sets out the reforms under way to make the Fund more effective in promoting greater financial stability and stronger global growth, the progress which is being made, and the agenda for the period ahead.

8. The Committee supports the steps taken by the Fund to improve the quality and effectiveness of its policy advice, and to help countries strengthen policy frameworks and prevent crises. These are the key priorities for surveillance. In particular, the Committee:

- stresses that rigorous vulnerability assessments will be key to the Fund's crisis prevention efforts, and, in this regard, welcomes the progress in improving the framework for assessing debt sustainability and looks forward to its application to all members;
- welcomes in this context the increased focus on the interactions between external shocks and domestic vulnerabilities, the strengthened focus on global capital markets in the Fund's multilateral surveillance, and the recent steps to further improve data provision by members to the Fund;
- emphasizes the importance of surveillance of systemically important countries and their impact on the global economy;
- supports the Fund's ongoing work to ensure that surveillance in program countries reassesses economic developments and strategy from a fresh perspective; and
- underlines the need for high-quality and persuasive surveillance of all member countries to help them act promptly to minimize emerging vulnerabilities and avoid policies that might have negative regional or global effects.

The Committee will review, at its next meeting, ways of further enhancing the effectiveness of Fund surveillance. It looks forward to further progress in the voluntary publication of country staff reports, building on the positive role that improved transparency and data dissemination by the Fund and its membership are playing in informing the public and supporting financial market assessments.

9. The Committee notes the substantial progress on the Financial Sector Assessment Program and the standards and codes initiative, including their increasing integration into Fund surveillance. It looks forward to the forthcoming reviews of these initiatives, and calls on the Fund to consider ways to build on this progress, together with the World Bank and relevant standard-setting bodies, to address gaps, strengthen technical assistance, and promote broader participation. The Committee notes the importance of enhanced standards and principles on corporate governance, accounting, and auditing, and of stronger national practice. It also underscores the role that precautionary access to Fund financing can play in safeguarding sound policy frameworks in the face of uncertainty in international capital markets. The Committee looks forward to the forthcoming review of the Contingent Credit Lines.

10. The Committee endorses the Fund's continuing work on private sector involvement and a stronger framework for crisis resolution to provide members and markets with greater clarity and predictability, including about the decisions the Fund will take in crisis management. In particular, the Committee welcomes the work under way to strengthen the policy on exceptional access to Fund resources. This involves more clearly defined criteria to justify exceptional access, and strengthened procedures for early consultation and decision making. The priority now is to finalize and implement the new framework, and the Committee calls for a progress report by the Spring meetings.

11. The Committee strongly welcomes the progress made with the contractual and statutory approaches to restructuring unsustainable sovereign debts. It welcomes the ongoing dialogue on collective action clauses in the G-10 and other fora with private creditors and emerging market sovereign issuers. Going forward, the Committee encourages the official community, the private sector, and sovereign debt issuers to continue working together to develop collective action clauses, and to promote their early inclusion in international sovereign bond issues; in that regard, it welcomes the recent decision by many countries to include collective action clauses. The Committee also calls on the Fund to consider the issues further and to develop, for consideration at its next meeting, a concrete proposal for a statutory sovereign debt restructuring mechanism to be considered by the membership.

The Fund's Role in Low-Income Countries

12. The Committee supports the Fund's continuing role in helping poor countries address the challenge of meeting the Millennium Development Goals by supporting economic reforms aimed at accelerating growth and reducing poverty. It welcomes the increased momentum in countries' efforts to develop and implement their PRSPs, and the Fund's and donors' efforts to align their support more closely with PRSPs. It recognizes that there may be a need to consider mobilizing new PRGF resources if high demand for PRGF financing continues. The Committee stresses the importance of: sound macroeconomic frameworks that can respond flexibly to changes in the external environment; identifying ways to encourage higher and sustainable growth; good governance; improving public expenditure and financial management systems; and using poverty and social impact analysis more systematically, and building country capacity

in this area. The Committee encourages the Fund and Bank to continue their collaboration on these issues and looks forward to reviewing progress. Furthermore, it looks forward to considering the results of the Fund's work to better meet the diverse needs of its low-income members, including those stemming from disruptive exogenous shocks and emergence from conflict.

13. The Committee welcomes the progress made on the HIPC Initiative, allowing countries to benefit from lower debt servicing and higher social spending. It recognizes that significant challenges remain to ensure that countries achieve a lasting exit from unsustainable debt. The Committee reaffirms the commitment to implement the initiative and finance it fully to help countries overcome the burden of unsustainable debt, and underscores that the HIPC Initiative has the flexibility to provide additional debt relief at the completion point to help countries that have suffered a fundamental change in their economic circumstances due to exceptional exogenous shocks. These elements, together with sustained commitment to sound economic policies—including efforts to improve resilience to external shocks, to manage debt prudently, and to reinforce good governance—and new financing on appropriately concessional terms, should provide a basis for long-term sustainability. The Committee notes that the financing shortfall in the HIPC Trust Fund could be up to \$1 billion, and welcomes the recent pledges of support. It calls on other governments to make firm pledges and contributions as a matter of urgency. Furthermore, it urges all official and commercial creditors that have not yet done so to fully participate in the HIPC Initiative. The Committee acknowledges that the issues of HIPC-to-HIPC debt relief and creditor litigation raise serious issues that should be addressed.

Combating Money Laundering and the Financing of Terrorism

14. The Committee welcomes the actions taken by many countries to combat money laundering and the financing of terrorism, in response to the action plan agreed in Ottawa last year, and urges countries that have not fully responded to do so urgently. It also urges rapid progress on the exchange of information between authorities. The Committee commends the substantial progress made by the Fund, in close collaboration with the Bank, in advancing the action plan. It endorses the conditional addition of the Financial Action Task Force (FATF) recommendations to the list of standards and codes for which Reports on the Observance of Standards and Codes (ROSCs) are prepared, and looks forward to the final adoption of the methodology and an early start of the 12-month pilot program of assessments and accompanying ROSCs. The Committee encourages countries to make available additional experts and resources for the IMF/World Bank pilot program, welcomes the pledges made so far, and urges the IMF and World Bank to coordinate closely with the strong international and bilateral efforts to provide critically important technical assistance. The Committee looks forward to an interim report at its next meeting and a full report at the conclusion of the pilot program.

Other Issues

15. The Committee welcomes the adoption by the Fund's Executive Board of new guidelines on conditionality, thus bringing to a successful conclusion the review of conditionality initiated by the Managing Director two years ago. The consistent implementation of these guidelines will help enhance the effectiveness of Fund-supported programs by fostering national ownership and streamlining conditionality, focusing it on elements critical to the success of members' economic programs. The Committee stresses that strengthened collaboration with the World Bank is an integral part of these efforts to enable both institutions to provide complementary and effective support.

16. The Committee stresses the importance of the Fund having adequate resources to fulfill its financial responsibilities. Quotas should reflect developments in the international economy. The Committee notes that the Executive Board is continuing its consideration of the Twelfth General Review of Quotas and will present its report to the Board of Governors by January 2003. It recommends an early implementation of the Fourth Amendment.

17. The Committee welcomes the first report of the Independent Evaluation Office on "Prolonged Use of Fund Resources" to the Executive Board. It welcomes the establishment by Fund Management of an internal task force to propose steps to carry forward the report's recommendations, as appropriate.

18. The next meeting of the IMFC will be held in Washington, D.C., on April 12, 2003.

Annex: International Monetary And Financial Committee Attendance September 28, 2002

Chairman

Gordon Brown

Managing Director

Horst Köhler

Members or Alternates

Ibrahim A. Al-Assaf, Minister of Finance and National Economy, Saudi Arabia

Julio Marcelino V. Bessa, Minister of Finance, Angola

Sir Edward George, Governor, Bank of England, United Kingdom

(Alternate for Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer, United Kingdom)

Tobias Nóbrega, Minister of Finance, República Bolivariana de Venezuela

(Alternate for Diego L. Castellanos, Governor, Banco Central de Venezuela)

Peter Costello, Treasurer of the Commonwealth of Australia

Dai Xianglong, Governor, People's Bank of China

Ernst Welteke, President, Deutsche Bundesbank, Germany

(Alternate for Hans Eichel, Minister of Finance, Germany)

Nicolás Eyzaguirre, Minister of Finance, Chile

Geir Hilmar Haarde, Minister of Finance, Iceland

Hans Hoogervorst, Minister of Finance, The Netherlands

Mohammed K. Khirbash, Minister of State for Finance and Industry, United Arab Emirates

Aleksei Kudrin, Deputy Chairman of the Government and Minister of Finance, Russian Federation

Mohammed Laksaci, Governor, Banque d'Algérie
 Pedro Sampaio Malan, Minister of Finance, Brazil
 John Manley, Minister of Finance, Canada
 Francis Mer, Minister of Economy, Finance and Industry,
 France

Paul H. O'Neill, Secretary of the Treasury, United States
 Didier Reynders, Minister of Finance, Belgium
 Syahril Sabirin, Governor, Bank Indonesia
 Masaru Hayami, Governor, Bank of Japan
 (Alternate for Masajuro Shiokawa, Minister of Finance,
 Japan)

Jaswant Singh, Minister of Finance and Company Affairs,
 India

Paul Toungui, Minister of State, Minister of Finance,
 Economy, Budget and Privatization, Gabon
 Giulio Tremonti, Minister of Economy and Finance, Italy
 Kaspar Villiger, President of the Swiss Confederation and
 Minister of Finance, Switzerland

Observers

Yilmaz Akyuz, Director, Division for Globalization and
 Development Strategies, United Nations Conference on
 Trade and Development (UNCTAD)

Andrew D. Crockett, Chairman, Financial Stability Forum
 (FSF)

Willem F. Duisenberg, President, European Central Bank
 (ECB)

André Icard, Deputy General Manager, Bank for Interna-
 tional Settlements (BIS)

Donald J. Johnston, Secretary-General, Organization for
 Economic Cooperation and Development (OECD)

Ian Kinniburgh, Director, Development Policy Analysis,
 Department of Economic and Social Affairs, United
 Nations (UN)

Eddy Lee, Director, International Policy Group Department,
 International Labor Organization (ILO)

Trevor A. Manuel, Chairman, Joint Development Committee

Pedro Solbes Mira, Commissioner for Economic and Mone-
 tary Affairs, European Commission

Supachai Panitchpakdi, Director-General, World Trade
 Organization (WTO)

James D. Wolfensohn, President, World Bank

Seventh Meeting, Washington D.C., April 12, 2003

1. The International Monetary and Financial Committee held its seventh meeting in Washington, D.C., on April 12, 2003, under the Chairmanship of Mr. Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer of the United Kingdom.

Global Economic Outlook

2. Meeting at a time of economic uncertainty, the Committee reaffirms its commitment to close international cooperation to strengthen confidence and support the global recovery. It underscores the importance of continued vigilance. But with readiness to adjust policies as necessary and determined further action on the structural front, the world economy has the prospect of strengthening growth and renewed prosperity. Substantial and concrete progress with multilateral trade liberalization is a key priority for the coming months and has the full political commitment of Ministers.

3. In the advanced economies, sound fundamentals and policies should deliver stronger growth in the second half of the year. With inflationary pressures well contained, monetary policies should remain accommodative, and in many countries there is room to ease monetary policy further if needed. On the fiscal side, the automatic stabilizers should be generally allowed to operate, though in many countries action is needed to address medium-term fiscal pressures, including those arising from aging populations. The advanced economies have a shared responsibility to go further in implementing structural reforms—to enhance prospects for a sustained broad-based world recovery that helps correct global imbalances. In the United States, policies consistent with a sound medium-term fiscal position remain important. In Europe, labor and product market reforms need to be accelerated. In Japan, further steps are needed to strengthen the banking and corporate sectors and end deflation, accompanied by a start toward strengthening the medium-term fiscal position.

4. Emerging market countries will need to continue to strengthen their policies for macroeconomic stability and structural reforms and therefore their resilience to adverse global developments. In countries facing external financing constraints, efforts to sustain macroeconomic stability will continue to be key to restoring confidence. For all countries, the continued implementation of reforms to strengthen banking and corporate sectors and underpin growth remains a priority. The IMF has a key role to play in supporting these efforts.

5. Prospects for stronger growth in low-income countries should be supported by improved economic policies, stronger institutions, progress in resolving regional conflicts, and increased donor resources, including through debt relief under the HIPC Initiative. Sustained implementation of sound policies, supported by strong ownership and the Monterrey Consensus, will remain key to reducing poverty and meeting the Millennium Development Goals (MDGs). African countries need to continue to press ahead with the wide-ranging reforms embedded in the New Partnership for Africa's Development (NEPAD)—in particular to improve the quality of their institutions and ensure peace and security. The Committee reiterates the importance of technical assistance, including the contribution of AFRITACs and other regional technical assistance centers. It calls on the international community to urgently mobilize additional assistance to address the serious food shortage in Africa.

6. The Committee notes that the present situation in Iraq poses significant challenges, with an urgent need to restore security, relieve human suffering, and promote economic growth and poverty reduction. We support a further UN Security Council resolution. We further note that engagement by the international community, including the Bretton Woods institutions, would be essential for sustained economic, social, and political development in Iraq, recognizing that the Iraqi people have the responsibility to implement the right policies and build their own future. The IMF and the World Bank stand ready to play their normal role in Iraq's redevelopment at the appropriate time. They will also monitor closely the impact of the conflict on all their members and stand ready to help and support those adversely affected. It is important to address the debt issue, and we look forward to early engagement of the Paris Club.

7. The Committee—having greatly benefited from the views of Dr. Supachai Panitchpakdi, Director-General of the World Trade Organization—underscores the urgency of concrete progress toward multilateral trade liberalization under the Doha Round through the continued commitment of the international community. This will be critical in supporting higher economic growth and poverty reduction, and enabling developing countries to participate more fully in the benefits of globalization. The Committee accordingly calls on industrial, emerging, and developing countries to play their part in renewed efforts to address obstacles to further progress in advance of the ministerial meeting of the World Trade Organization in Cancún next September. Urgent progress is needed in a number of areas, including agriculture, where better market access and lower trade distorting subsidies are particularly important for developing countries. The IMF, in collaboration with other international institutions, stands ready to support members' closer regional cooperation in the context of deeper integration into world markets.

Strengthening Crisis Prevention

8. The Committee reiterates the importance it attaches to strengthening the IMF's crisis prevention capacity and welcomes the steps in many countries to improve economic resilience and financial stability. However, there is still room for further improvement. Going forward, sustained implementation of a strengthened framework of bilateral, regional, and multilateral surveillance will be essential to provide more robust assessments of crisis vulnerabilities, debt sustainability, currency mismatches and other balance sheet and capital account developments, as well as further progress in strengthening data provision to the IMF and data dissemination to the public.

9. The Committee welcomes progress with the standards and codes process and the Financial Sector Assessment Program (FSAP) and the role these play in enhancing IMF surveillance. It calls on the IMF to continue to move forward with these initiatives to strengthen members' institutions, policy frameworks, and financial sectors, including through technical assistance. It stresses the importance of further enhancing the quality and effectiveness of standards and codes assessments, and calls on the IMF to implement quickly agreed measures to strengthen prioritization, technical assistance, and follow up of FSAP and ROSC assessments. In this context, the Committee looks forward to the further work of the Financial Stability Forum and standard-setting bodies on strengthening the content and coverage of standards in accounting, auditing, and corporate governance, and on improving transparency and financial disclosure.

10. The Committee supports the IMF's continued efforts to make surveillance more comprehensive and accountable, including through strengthening the IMF's policy advice on reducing vulnerabilities; greater attention to the spillovers from policies in countries of systemic or regional importance; more effective use of the IMF's cross-country experience; enhanced awareness of political economy factors; and bringing to bear a fresh perspective in surveillance of program countries. The Committee looks forward to the IMF's further work on surveillance and other crisis prevention issues and a report on progress for this year's Annual Meetings.

11. The Committee welcomes the increase in voluntary publication of country staff reports, but notes that the rate of

publication across countries and regions remains uneven. It looks forward to further progress through the forthcoming review of the IMF's transparency policy, and stresses that the candor of the IMF's analysis and advice should be preserved.

12. The Committee emphasizes support for ways to achieve the objectives of the Contingent Credit Lines (CCL) in encouraging policies to reduce vulnerabilities and providing a means of support for members with strong policies in dealing with global financial developments. It looks forward to a report on how best to promote these objectives following the conclusion of the review of the facility.

Improving the Capacity to Resolve Financial Crises

13. Effective crisis resolution mechanisms, by promoting sound policies and better functioning capital markets, contribute to crisis prevention. The Committee welcomes the strengthened framework on access to IMF resources. This includes: the substantive criteria for exceptional access in capital account crises; and strengthened procedures, such as early involvement of the Executive Board in the process and a separate report evaluating the case for exceptional access. Consistent implementation of the framework will provide members and markets with clarity and predictability about IMF decisions in crises.

14. The Committee welcomes the inclusion of collective action clauses (CACs) by several countries, most recently Mexico, in international sovereign bond issues. It also welcomes the announcement that, by June of this year, those EU countries issuing bonds under foreign jurisdictions will include CACs. The Committee welcomes the work of the G-10, emerging markets, and the private sector in contributing to the development of CACs. It looks forward to the inclusion of CACs in international bond issues becoming standard market practice, and calls on the IMF to promote the voluntary inclusion of CACs in the context of its surveillance. The Committee welcomes recent initiatives to formulate a voluntary code of conduct for debtors and their creditors, which will improve the restructuring process, and encourages the IMF to contribute to this work.

15. The Committee welcomes the work of the IMF in developing a concrete proposal for a statutory sovereign debt restructuring mechanism (SDRM) and expresses its appreciation for the IMF management and staff's efforts. The extensive analysis and consultation undertaken in developing the proposal have served to promote better understanding of the issues to be addressed in bringing about orderly resolution of crises. The Managing Director's report sets out the current position. The Committee, while recognizing that it is not feasible now to move forward to establish the SDRM, agrees that work should continue on issues raised in its development that are of general relevance to the orderly resolution of financial crises. These issues include intercreditor equity considerations, enhancing transparency and disclosure, and aggregation issues. The IMF will report on progress at the Committee's next meeting.

Implementing Initiatives to Support Low-Income Countries

16. The Committee recognizes the urgent need to address the challenge of meeting the Millennium Development Goals, and reiterates that the IMF continues to have an important role to play in assisting low-income countries'

progress toward them. This will require enhanced efforts by developing and developed countries working in partnership. The Committee stresses the importance of sound macroeconomic policies and strong public expenditure and financial management systems. The Committee recognizes the urgent need to enhance market access and to increase the level and effectiveness of donor resources for developing countries. Proposals to achieve this, including facilities, are being considered, and the Committee looks forward to progress in the coming months. Building on countries' Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs), the Committee encourages the IMF to work with low-income countries to strengthen further the alignment of the PRGF, domestic budgets, and the PRSP approach. This will be facilitated through more realistic economic projections, systematic analysis of the sources of growth, effective Bank-Fund collaboration, and flexibility in program design, including to accommodate higher aid inflows. The Committee encourages donors to coordinate and harmonize their assistance in line with PRSP priorities, and to provide technical assistance to help members build the needed capacity to design and operationalize PRSP strategies and to improve public expenditure management. It endorses further work on the linkages between growth and poverty reduction, including the role of the private sector. The Committee also looks forward to the review of the role of the IMF in low-income countries over the medium term, and its paper on helping low-income countries to deal with shocks.

17. The Committee welcomes the further progress made in implementing the HIPC Initiative, but notes that some countries have experienced delays in reaching the completion point, and that other eligible countries are facing obstacles to participation in the Initiative. It looks forward to a review of these issues at its next meeting. The Committee reaffirms its commitment to the full financing of the Initiative. It urges all creditors to participate fully, and encourages further Bank-Fund efforts to help creditor and debtor countries address HIPC-to-HIPC debt relief and creditor litigation issues. It emphasizes the need to ensure lasting debt sustainability, which will require both the full implementation and financing of the Initiative, and continued sound economic policies, good governance, and prudent debt management. In this context, the Committee welcomes the efforts by some countries to provide additional debt relief beyond HIPC terms. The Committee supports joint Bank-Fund work to improve its assessments of longer-term debt sustainability for heavily indebted poor countries, and looks forward to a progress report at the next meeting.

Other Issues

18. The Committee welcomes the further actions by members to combat money laundering and the financing of terrorism, and notes with satisfaction the progress with the 12-month pilot program of AML/CFT assessments. It underscores the importance of continued close cooperation between the IMF, the World Bank, the FATF, and regional bodies to complete the pilot successfully, and of further enhancing the delivery of critically needed technical assistance. The Committee encourages all members to adopt AML/CFT laws and practices consistent with the agreed international standards, and looks forward to a full report at the conclusion of the pilot program.

19. The Committee considers it important that, as pointed out in the Monterrey Consensus, all members should have an adequate voice and representation in the institution. It welcomes recent administrative steps to strengthen the capacity of the African constituencies. The Committee notes that the Twelfth General Review of Quotas has been concluded and that the IMF is well positioned to meet the projected needs of its members. The Committee looks forward to receiving a status report by the 2003 Annual Meetings on the adequacy of IMF resources, the distribution of quotas, and measures to strengthen IMF governance, consistent with the resolution of the Board of Governors, in the context of the Thirteenth General Review of Quotas. The Committee recommends completion of the ratification of the Fourth Amendment.

20. The Committee welcomes the thorough follow-up being given to the first report of the Independent Evaluation Office on prolonged use of IMF resources. It looks forward to future IEO reports as a way of enhancing the listening and learning culture within the IMF.

21. The Committee expresses its appreciation of the work of Eduardo Aninat as Deputy Managing Director.

22. The next meeting of the IMFC will be held in Dubai, on September 21, 2003.

Annex: International Monetary and Financial Committee Attendance April 12, 2003

Chairman

Gordon Brown

Managing Director

Horst Köhler

Members or Alternates

Hamad Al-Sayari, Governor, Saudi Arabian Monetary Agency
(Alternate for Ibrahim A. Al-Assaf, Minister of Finance
and National Economy, Saudi Arabia)

Sir Edward George, Governor, Bank of England, United Kingdom
(Alternate for Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer, United Kingdom)

Felipe Pérez Martí, Minister of Planning and Development,
República Bolivariana de Venezuela
(Alternate for Diego L. Castellanos, Governor, Banco
Central de Venezuela)

Ian Campbell, Parliamentary Secretary to the Treasurer,
Australia
(Alternate for Peter Costello, Treasurer of the Commonwealth of Australia)

Job Graca, Deputy Minister of Finance, Angola
(Alternate for José Pedro de Morais, Jr., Minister of
Finance, Angola)

Hans Eichel, Minister of Finance, Germany
Geir Hilmar Haarde, Minister of Finance, Iceland
A.H.E.M. Wellink, President, De Nederlandsche Bank N.V.
(Alternate for Hans Hoogervorst, Minister of Finance,
The Netherlands)

Jamaludin Mohd Jarjis, Finance Minister II, Malaysia

Mohammed K. Khirbash, Minister of State for Finance and Industry, United Arab Emirates
 Aleksei Kudrin, Deputy Chairman of the Government and Minister of Finance, Russian Federation
 Mohammed Laksaci, Governor, Banque d'Algérie
 Roberto Lavagna, Minister of Economy, Argentina
 John Manley, Minister of Finance, Canada
 Francis Mer, Minister of Economy, Finance and Industry, France
 Antonio Palocci, Minister of Finance, Brazil
 Guy Quaden, Governor, Banque Nationale de Belgique (Alternate for Didier Reynders, Minister of Finance, Belgium)
 Masajuro Shiokawa, Minister of Finance, Japan
 Bimal Jalan, Governor, Reserve Bank of India (Alternate for Jaswant Singh, Minister of Finance and Company Affairs, India)
 John W. Snow, Secretary of the Treasury, United States
 Paul Toungui, Minister of State, Minister of Finance, Economy, Budget and Privatization, Gabon
 Giulio Tremonti, Minister of Economy and Finance, Italy
 Kaspar Villiger, Minister of Finance, Switzerland
 Li Ruogu, Assistant Governor, People's Bank of China (Alternate for Zhou Xiaochuan, Governor, People's Bank of China)

Observers

Oscar de Rojas, Acting Head, Financing for Development Office, Department of Economic and Social Affairs, United Nations (UN)
 Willem F. Duisenberg, President, European Central Bank (ECB)
 Heiner Flassbeck, Chief, Macroeconomic and Development Policies Branch, United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)
 Donald J. Johnston, Secretary-General, Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)
 Malcolm D. Knight, General Manager, Bank for International Settlements (BIS)
 Caio Koch-Weser, Interim Chairman, Financial Stability Forum (FSF)
 Eddy Lee, Economic Adviser and Director, International Policy Group Department, International Labor Organization (ILO)
 Trevor A. Manuel, Chairman, Joint Development Committee
 Pedro Solbes, Commissioner for Economic and Monetary Affairs, European Commission
 Supachai Panitchpakdi, Director-General, World Trade Organization (WTO)
 James D. Wolfensohn, President, World Bank

Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries (Development Committee)

PRESS COMMUNIQUE

Sixty-Sixth Meeting, Washington D.C., September 28, 2002

1. We met today to discuss implementation of the strategies and decisions agreed in Monterrey and Johannesburg and achieving debt sustainability for heavily indebted poor countries.

2. At our meeting last April, we welcomed the very important progress achieved in Monterrey laying out a new partnership between developed and developing countries, based on mutual responsibility and accountability, to achieve measurable improvements in sustainable growth and poverty reduction. We welcomed the announcements by a number of donors of significant increases in their ODA. Earlier this month, the WSSD concluded in Johannesburg with a number of decisions that provide additional direction to our task of eradicating poverty and achieving sustainable development. A series of important commitments were made in the areas of water and sanitation, energy, health, agriculture, biodiversity, and ecosystem management, accompanied by the launch of implementation initiatives. Today we committed ourselves with a new vigor and determination to implement the agreed strategies and partnerships and to use our future meetings regularly to review progress through clear and measurable indicators. Building on the outcomes of Monterrey and Johannesburg, we also intend to have further discussions on global public goods.

3. The global community must now convert the ideas and the shared approaches agreed in Doha, Monterrey, and Johannesburg into concrete action and measure ongoing progress. Experience has repeatedly shown that progress will only be made through implementation of sound and sustainable country-driven strategies. To make existing and new aid commitments more effective, these strategies must also be supported by better coordination and cooperation among development partners and by effective alignment of donor support with country strategies. We underline our commitment to work together and with civil society and the private sector, under the leadership of the government concerned, in a coherent way to achieve concrete results.

4. We reaffirmed the crucial importance of trade as a source of growth and poverty reduction. We recognized that it is essential for developed countries to do more to open their markets and eliminate trade-distorting subsidies for products that represent major potential exports for developing countries, such as agriculture, textiles, and clothing. At the same time, we recognized the importance of continued efforts towards trade liberalization in developing countries as part of an overall development strategy, in conjunction with the necessary policies and capacities that facilitate an appropriate supply response and minimize the adjustment burdens on the poor. We therefore welcomed the increased attention to trade issues in the work of the World Bank and International

Monetary Fund in support of a successful Doha Development Agenda. We urged intensified efforts to mainstream trade in the development dialogue with the Bank's members, with an enhanced operational focus on building both institutional and physical capacity to help developing countries take advantage of new trade opportunities.

5. Last April, we endorsed a World Bank plan to help make primary education a reality for all children by 2015 and gender equality in primary and secondary education by 2005. Today we reviewed implementation of the Fast Track Initiative and requested a progress report on results achieved for our next meeting. In addition, we considered the challenges of scaling up activities in two additional areas—HIV/AIDS/Communicable Diseases and water and sanitation. We urged the World Bank to pursue its work in these areas.

6. We endorsed the overall approach set out for discussion today for making results central to the management of development programs in both developing countries and in development agencies. We urged the Bank to expedite implementation of the action plan for increasing its results orientation and to intensify its work with multilateral and bilateral partners to share information on planned and ongoing country development activities, including diagnostic work and operational support, as a basis for enhanced alignment of donor support for national development strategies. We also urged increased use of joint evaluations of donor programs, especially for country and sector program support, to complement assessments of individual agencies' performance, including as development partners. We highlighted the need for increased and coordinated donor support for capacity building, including for results-oriented monitoring and evaluation and statistics. We asked the Bank to report on these efforts at our next meeting.

7. We recognized the need for intensified efforts to harmonize operational policies and procedures of bilateral and multilateral agencies at the institutional and country levels so as to enhance aid effectiveness and efficiency and promote greater ownership by developing countries. We committed to further action in streamlining such policies, procedures, and requirements over the period leading to the high-level forum scheduled in Rome in February 2003 and beyond.

8. Recognizing the special challenges faced by Africa in meeting the Millennium Development Goals, we urge the Bank and the IMF to scale up assistance to these countries and to build on the NEPAD initiative as a unique opportunity to make significant and quick progress building on African leadership.

9. Our discussions have reinforced our conviction that major progress on achieving the Millennium Development Goals is possible. What is needed now is determined implementation of agreed strategies and partnerships on the part of both developed and developing countries, as well as multilateral agencies, and the setting out of a clear framework identifying responsibilities and accountabilities by which progress can be regularly measured. The Development Committee intends to contribute to moving this implementation agenda forward through regular monitoring and review of the policies, actions, and outcomes needed to achieve these goals. We request the Bank and the Fund to present proposals at our next meeting for taking this forward, while recognizing the role of the United Nations in monitoring the MDGs.

10. The Monterrey Summit also stressed the importance of greater coherence, coordination, and cooperation among multilateral organizations and the need to broaden and strengthen participation of developing countries and countries with economies in transition in international decision making and norm setting. The Summit encouraged the World Bank and the IMF to find pragmatic and innovative ways to further enhance participation of these countries and thereby to strengthen the international dialogue and work of these institutions. We requested the Bank and the Fund to prepare a background document to facilitate consideration of these important issues at our next meeting.

11. We welcomed the continued progress made on the HIPC Initiative and reconfirmed our commitment to its implementation and full financing. We fully support the objective of helping our poorest, most heavily indebted members achieve an enduring exit from unsustainable debt but we recognize that considerable challenges remain. Success will require: a sustained commitment by HIPC countries to improvements in domestic policies and economic management; capacity building for the management of financial assets and liabilities; full participation and delivery of relief by all affected creditors; and adequate and sufficiently concessional financing by international financial institutions and the donor community. We call upon all official and commercial creditors that have not yet done so to fully participate in the HIPC Initiative. We have asked the Bank and the Fund to undertake an early review of the difficult issues of HIPC-to-HIPC debt relief and creditor litigation. We stressed the urgency of meeting the financing shortfall of the HIPC Trust Fund, which could be up to \$1 billion. We welcome the recent announcements of support and call upon other donor countries to make firm pledges and contributions as early as possible. At the same time, we reaffirm our commitment to ensuring that the cost of debt relief to IDA is not permitted to compromise IDA's resources, and we note the arrangements in place to accomplish this objective.

12. We reviewed further experience with PRSPs, which confirmed the broad findings of the joint Bank/Fund review earlier this year. The Committee is encouraged by the increased momentum in countries' efforts to develop and implement their PRSPs. We call on the Fund and Bank together with all donors to align their support with country PRSPs and to collaborate with each other to: strengthen their analysis of the sources of growth; streamline conditionality; help countries improve their public expenditure management systems; facilitate an environment conducive to private sector development; and intensify efforts to help countries undertake poverty and social impact analyses on a more systematic basis.

13. Finally, we reviewed the role being played by the Bank and Fund, in collaboration with other international institutions, in combating money laundering and the financing of terrorism (AML/CFT). We endorse the conditional addition of the FATF 40+8 Recommendations to the list of international standards and codes useful to the operational work of the Bank and the Fund, and the conditional beginning of the 12-month pilot program of comprehensive AML/CFT assessments and accompanying ROSCs, in accordance with the voluntary, cooperative, and uniform approach. We encourage the Bank and the Fund to continue to integrate these issues into their diagnostic and surveillance work

in line with their respective mandates and to enhance their technical and capacity-building efforts.

14. We express our deep condolences to the family of the late Mr. Bernard Chidzero, former Minister of Finance of Zimbabwe. Minister Chidzero served with great skill and distinction as Chairman of the Development Committee from 1986 to 1990.

15. The next meeting of the Development Committee will be held in Washington, D.C. on April 13, 2003.

Sixty-Seventh Meeting, Washington D.C., April 13, 2003

1. We met today to review progress in the work of implementing the strategies, partnerships, and actions agreed in Monterrey and Johannesburg to achieve the Millennium Development Goals¹ and to consider ways to enhance the voice and participation of developing and transition countries in our institutions.

2. Since our meeting last fall, the global environment has become more uncertain. Slower economic growth, the war in Iraq, and failure to make more substantive progress on the Doha Development Agenda add to the challenge of implementing the global development agenda. We therefore strongly reaffirmed our commitment to the global effort needed to reduce poverty in developing and transition countries and achieve the MDGs.

3. To accelerate progress toward these and related goals, we emphasized the need for policies by both developed and developing countries in partnership to generate stronger economic growth complemented by actions to enhance the capabilities of poor people to participate in growth and access key social services. For developing countries, three interrelated areas in particular require strengthened efforts: improving the environment for investment and private sector activity, including macroeconomic stability and supporting infrastructure; strengthening governance, including public financial management, and capacity in the private and public sector; and increasing human capital through broader and more effective delivery of basic and social services to the poor. Such stronger reform efforts by developing countries would lay the foundations for enhanced growth and private financing. As agreed at Monterrey, these efforts need to be matched with stronger support from developed countries, in particular through increased market access for developing country exports, debt relief, and increases in the volume, predictability and effectiveness of aid. Proposals to achieve this, including facilities, are being considered, and we look forward to progress in the coming months. We are pleased that on April 8, IDA's Thirteenth Replenishment became effective. We also reaffirmed our commitment to increased assistance to the sub-Saharan African and other countries that face special challenges in meeting the MDGs.

4. On improving aid quality, including its delivery and management aspects, we called for swift progress in implementing the results agenda and the agreements in the Rome Declaration on Harmonization. We underlined the central importance of anchoring strengthened efforts in country-

owned strategies, as set out for low-income countries in PRSPs, linked to national budget processes and providing the country context within which donors and international agencies can align support.

5. We welcomed the progress on developing a global monitoring framework to allow the Committee to regularly assess progress and to reinforce accountabilities among developing and developed countries, as well as institutional partners, for the policies and actions for achieving the MDGs and related outcomes. We urged the Bank and the Fund to continue to work closely with partner agencies—UN, regional development banks, OECD/DAC, and WTO—using institutional mandates to guide the division of responsibilities for monitoring work. We called upon both multilateral agencies and bilateral donors to take the necessary steps to refine and harmonize their instruments of analysis and measurement. In this context, we urged the Bank, working in a participatory manner, to continue to improve the Country Policy and Institutional Assessment (CPIA) methodology and the transparency of its application. The urgency of the work on statistical capacity building, especially for those countries most at risk of not meeting the MDGs, was underlined. We look forward to the next global monitoring report.

6. Continuing progress on the Fast Track Initiative on Education for All was welcomed, although we recognized that more needs to be done to follow up on the commitment to adequately fund the initial seven countries and to provide the required support to other countries that meet the eligibility criteria. Furthermore, extra efforts are needed to achieve the 2005 MDG on gender parity in access to primary and secondary education. We asked, before our next meeting, to be informed on progress. We reviewed progress on water and sanitation and underlined the important contribution that these make to the other development goals. We welcomed the Bank's recent strategy to enhance support to the water sector and look forward to its implementation. We noted the recent report of the Panel on Financing Water Infrastructure, and asked the Bank to consider, before our next meeting, how it can implement relevant recommendations of the Panel report. We also considered progress in health and HIV/AIDS and encouraged the Bank to strengthen further its cooperation with other partners and to intensify its efforts at the country level. While each service sector will have to find its own approach to accelerating progress, we underlined the importance of anchoring the efforts to achieve MDG goals in country-owned strategies such as in PRSPs for low-income countries. We stressed that sound policies and efforts by developing countries should be supported by adequate and appropriate financing and we asked the Bank to report on progress in this regard at our next meeting.

7. We emphasized the critical role of investment in infrastructure for economic growth, and its linkages with the provision of social services and the attainment of the MDGs. We welcomed the Bank's renewed commitment to increase its support to such investment and asked the Bank to report on its further efforts at our next meeting.

8. Trade remains of crucial importance to growth and poverty reduction. At a time of global uncertainty, it is even more important to demonstrate that multilateral cooperation can succeed in meeting the ambitious targets set for the Doha Development Agenda. We urge countries to come to an

¹From the UN Millennium Declaration, endorsed by Heads of State and Government in the UN General Assembly on September 8, 2000.

agreement quickly in those areas where Doha deadlines have already been missed. It is essential for developed countries to do more to liberalize their markets and eliminate trade-distorting subsidies, including in the areas of agriculture, textiles, and clothing, which are of particular importance for developing countries. At the same time, we emphasize the importance of trade facilitation and liberalization efforts in developing countries. These efforts must be integrated into an overall development strategy, in conjunction with the necessary policies, infrastructure, and institutional capacities that strengthen their ability to participate in international trade. We call on the Bank and the Fund to continue to step up their efforts to support trade. We urge that future Country Assistance Strategies include trade-enhancing lending operations and capacity building for member countries where such trade-related support is a clear country priority.

9. Enhancing the voice and effective participation of developing and transition countries in the work and decision making of the Bretton Woods Institutions can contribute importantly to strengthening the international dialogue and the effectiveness of these institutions. We welcomed the recent capacity-enhancing decisions by the Executive Boards of the Bank and the Fund and we urge them to consider additional steps that might be taken. These decisions will help to ensure that a more effective capacity exists to articulate the views and concerns of all members. We encourage potential donors to actively pursue the idea of creating a financing mechanism that could support independent research and advice in key policy areas. Broader and more far-reaching ideas have also been advanced to help achieve enhanced participation in the institutions. We note that a status report by the Fund Executive Board to the IMFC on the adequacy of IMF resources, the distribution of quotas and the strengthening of Fund governance is to be prepared for its next meeting. We requested the Boards of the Bank and Fund to consider and elaborate upon options with a potential for broad support, taking account of shareholder and institutional implications. On this basis, we will pursue our discussions of these matters and requested a progress report for our next meeting.

10. We welcomed the progress made on the HIPC Initiative and reconfirmed our commitment to its implementation and full financing. We recalled that achievement of long-term debt sustainability will require actions on the part of HIPC countries as well as development partners to complement debt relief under the enhanced HIPC Initiative. We also recalled that within existing guidelines, additional relief can be provided at the completion point, on a case-by-case basis. We welcomed the donor community pledges to close the financing gap in the HIPC Trust Fund and urged donors to translate these into concrete contributions in the coming months. We welcomed the recent paper by the Bank and the Fund that reviewed the difficult issues of creditor participation, including HIPC-to-HIPC debt relief and creditor litigation, and welcomed the decision by the Bank to explore options to assist with HIPC-to-HIPC debt. We once again reiterated the request that all official bilateral and commercial creditors that have not yet done so participate in the HIPC Initiative. We look forward to reviewing implementation, including any difficulties encountered in reaching decision and completion points, at our next meeting.

11. We noted that the present situation in Iraq poses significant challenges, with an urgent need to restore security, relieve human suffering, and promote economic growth and poverty reduction. We support a further UN Security Council resolution. We further note that engagement by the international community, including the Bretton Woods institutions, would be essential for sustained economic, social, and political development in Iraq, recognizing that the Iraqi people have the responsibility to implement the right policies and build their own future. The World Bank and the IMF stand ready to play their normal role in Iraq's redevelopment at the appropriate time. They will also monitor closely the impact of the conflict on all their members and stand ready to help and support those adversely affected. It is important to address the debt issue, and we look forward to early engagement of the Paris Club.

12. The next meeting of the Development Committee will be held in Dubai, United Arab Emirates, on September 22, 2003.

APPENDIX VII

Executive Directors and Voting Power on April 30, 2003

Director Alternate	Casting Votes of	Votes by Country	Total Votes ¹	Percent of IMF Total ²
Appointed				
Nancy P. Jacklin <i>Meg Lundsager</i>	United States	371,743	371,743	17.11
Ken Yagi <i>Haruyuki Toyama</i>	Japan	133,378	133,378	6.14
Karlheinz Bischofberger <i>Ruediger von Kleist</i>	Germany	130,332	130,332	6.00
Pierre Duquesne <i>Sébastien Boitreau</i>	France	107,635	107,635	4.95
Tom Scholar <i>Martin A. Brooke</i>	United Kingdom	107,635	107,635	4.95
Elected				
Willy Kickens (Belgium) <i>Johann Prader</i> (Austria)	Austria	18,973		
	Belarus	4,114		
	Belgium	46,302		
	Czech Republic	8,443		
	Hungary	10,634		
	Kazakhstan	3,907		
	Luxembourg	3,041		
	Slovak Republic	3,825		
	Slovenia	2,567		
	Turkey	9,890	111,696	5.14
Jeroen Kremers (Netherlands) <i>Yuriy G. Yakushev</i> (Ukraine)	Armenia	1,170		
	Bosnia and Herzegovina	1,941		
	Bulgaria	6,652		
	Croatia	3,901		
	Cyprus	1,646		
	Georgia	1,753		
	Israel	9,532		
	Macedonia, former Yugoslav Republic of	939		
	Moldova	1,482		
	Netherlands	51,874		
	Romania	10,552		
	Ukraine	13,970	105,412	4.85
Hernán Oyarzábal (República Bolivariana de Venezuela) <i>Mario Beauregard</i> (Mexico)	Costa Rica	1,891		
	El Salvador	1,963		
	Guatemala	2,352		
	Honduras	1,545		
	Mexico	26,108		
	Nicaragua	1,550		
	Spain	30,739		
	Venezuela, República Bolivariana de	26,841	92,989	4.28
Pier Carlo Padoa-Schioppa (Italy) <i>Harilaos Vrettos</i> (Greece)	Albania	737		
	Greece	8,480		
	Italy	70,805		
	Malta	1,270		
	Portugal	8,924		
	San Marino	420		
	Timor-Leste	332	90,968	4.19

Director <i>Alternate</i>	Casting Votes of	Votes by Country	Total Votes ¹	Percent of IMF Total ²
Elected (continued)				
Ian E. Bennett (Canada)	Antigua and Barbuda	385		
<i>Níodás A. O'Murchú</i> (Ireland)	Bahamas, The	1,553		
	Barbados	925		
	Belize	438		
	Canada	63,942		
	Dominica	332		
	Grenada	367		
	Ireland	8,634		
	Jamaica	2,985		
	St. Kitts and Nevis	339		
	St. Lucia	403		
	St. Vincent and the Grenadines	333	80,636	3.71
Vilhjálmur Egilsson (Iceland)	Denmark	16,678		
<i>Benny Andersen</i> (Denmark)	Estonia	902		
	Finland	12,888		
	Iceland	1,426		
	Latvia	1,518		
	Lithuania	1,692		
	Norway	16,967		
	Sweden	24,205	76,276	3.51
Michael J. Callaghan (Australia)	Australia	32,614		
<i>Michael H. Reddell</i> (New Zealand)	Kiribati	306		
	Korea	16,586		
	Marshall Islands	285		
	Micronesia, Federated States of	301		
	Mongolia	761		
	New Zealand	9,196		
	Palau	281		
	Papua New Guinea	1,566		
	Philippines	9,049		
	Samoa	366		
	Seychelles	338		
	Solomon Islands	354		
	Vanuatu	420	72,423	3.33
Sulaiman M. Al-Turki (Saudi Arabia)	Saudi Arabia	70,105	70,105	3.23
<i>Abdallah S. Alazzaz</i> (Saudi Arabia)				
Sri Mulyani Indrawati (Indonesia)	Brunei Darussalam	2,402		
<i>Ismail Alowi</i> (Malaysia)	Cambodia	1,125		
	Fiji	953		
	Indonesia	21,043		
	Lao People's Democratic Republic	779		
	Malaysia	15,116		
	Myanmar	2,834		
	Nepal	963		
	Singapore	8,875		
	Thailand	11,069		
	Tonga	319		
	Vietnam	3,541	69,019	3.18
Ismaila Usman (Nigeria)	Angola	3,113		
<i>Peter J. Ngumbullu</i> (Tanzania)	Botswana	880		
	Burundi	1,020		
	Eritrea	409		
	Ethiopia	1,587		
	Gambia, The	561		
	Kenya	2,964		
	Lesotho	599		
	Malawi	944		
	Mozambique	1,386		
	Namibia	1,615		
	Nigeria	17,782		
	Sierra Leone	1,287		

EXECUTIVE DIRECTORS AND VOTING POWER

Director Alternate	Casting Votes of	Votes by Country	Total Votes ¹	Percent of IMF Total ²
Elected (continued)				
	South Africa	18,935		
	Sudan	1,947		
	Swaziland	757		
	Tanzania	2,239		
	Uganda	2,055		
	Zambia	5,141		
	Zimbabwe	3,784	69,005	3.18
A. Shakour Shaalan (Egypt)	Bahrain	1,600		
Ousama T. Kanaan (Jordan)	Egypt	9,687		
	Iraq	5,290		
	Jordan	1,955		
	Kuwait	14,061		
	Lebanon	2,280		
	Libya	11,487		
	Maldives	332		
	Oman	2,190		
	Qatar	2,888		
	Syrian Arab Republic	3,186		
	United Arab Emirates	6,367		
	Yemen, Republic of	2,685	64,008	2.95
WEI Benhua (China)	China	63,942	63,942	2.94
WANG Xiaoyi (China)				
Fritz Zurbrugg (Switzerland)	Azerbaijan	1,859		
Wieslaw Szczuka (Poland)	Kyrgyz Republic	1,138		
	Poland	13,940		
	Serbia and Montenegro	4,927		
	Switzerland	34,835		
	Tajikistan	1,120		
	Turkmenistan	1,002		
	Uzbekistan	3,006	61,827	2.85
Aleksei V. Mozhin (Russia)	Russia	59,704	59,704	2.75
Andrei Lushin (Russia)				
Murilo Portugal (Brazil)	Brazil	30,611		
Roberto Steiner (Colombia)	Colombia	7,990		
	Dominican Republic	2,439		
	Ecuador	3,273		
	Guyana	1,159		
	Haiti	857		
	Panama	2,316		
	Suriname	1,171		
	Trinidad and Tobago	3,606	53,422	2.46
Abbas Mirakhor (Islamic Republic of Iran)	Afghanistan	1,454		
Mohammed Daïri (Morocco)	Algeria	12,797		
	Ghana	3,940		
	Iran, Islamic Republic of	15,222		
	Morocco	6,132		
	Pakistan	10,587		
	Tunisia	3,115	53,247	2.45
Yaga V. Reddy (India)	Bangladesh	5,583		
R.A. Jayasissa (Sri Lanka)	Bhutan	313		
	India	41,832		
	Sri Lanka	4,384	52,112	2.40
Guillermo Le Fort (Chile)	Argentina	21,421		
A. Guillermo Zoccali (Argentina)	Bolivia	1,965		
	Chile	8,811		
	Paraguay	1,249		
	Peru	6,634		
	Uruguay	3,315	43,395	2.00

Director Alternate	Casting Votes of	Votes by Country	Total Votes ¹	Percent of IMF Total ²
Elected (continued)				
Damian Ondo Mañe (Equatorial Guinea)	Benin	869		
	Burkina Faso	852		
Laurean W. Rutayisire (Rwanda)	Cameroon	2,107		
	Cape Verde	346		
	Central African Republic	807		
	Chad	810		
	Comoros	339		
	Congo, Democratic Republic of	5,580		
	Congo, Republic of	1,096		
	Côte d'Ivoire	3,502		
	Djibouti	409		
	Equatorial Guinea	576		
	Gabon	1,793		
	Guinea	1,321		
	Guinea-Bissau	392		
	Madagascar	1,472		
	Mali	1,183		
	Mauritania	894		
	Mauritius	1,266		
	Niger	908		
	Rwanda	1,051		
	São Tomé and Príncipe	324		
	Senegal	1,868		
	Togo	984		
			<u>30,749</u>	<u>1.41</u>
			2,171,658 ^{3,4}	99.92 ⁵

¹Voting power varies on certain matters pertaining to the General Department with use of the IMF's resources in that Department.

²Percentages of total votes of 2,173,313 in the General Department and the Special Drawing Rights Department.

³This total does not include the votes of Somalia, which did not participate in the 2000 and 2002 Regular Election of Executive Directors. The total votes of this member are 692—0.03 percent of those in the General Department and Special Drawing Rights Department.

⁴This total does not include the votes of Liberia, which was suspended effective March 5, 2003, pursuant to Article XXVI, Section 2(b) of the Articles of Agreement. The total votes of this member are 963—0.04 percent of those in the General Department and Special Drawing Rights Department.

⁵This figure may differ from the sum of the percentages shown for individual Directors because of rounding.

Changes in Membership of the Executive Board

Changes in the membership of the Executive Board between May 1, 2002, and April 30, 2003, were as follows:

Fernando Varela (Spain) relinquished his duties as Executive Director for Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Spain, and Venezuela, effective June 30, 2002.

Hernán Oyarzábal (Venezuela), formerly Alternate Executive Director to Fernando Varela (Spain), was elected Executive Director by Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Spain, and Venezuela, effective July 1, 2002.

Fernando Varela (Spain) was appointed Alternate Executive Director to Hernán Oyarzábal (Venezuela), effective July 1, 2002.

Vijay L. Kelkar (India) relinquished his duties as Executive Director for Bangladesh, Bhutan, India, and Sri Lanka, effective July 31, 2002.

Roberto Junguito (Colombia) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Murilo Portugal (Brazil), effective July 31, 2002.

Yaga V. Reddy (India) was elected Executive Director by Bangladesh, Bhutan, India, and Sri Lanka on August 1, 2002.

Roberto Steiner (Colombia) was appointed Alternate Executive Director to Murilo Portugal (Brazil), effective August 26, 2002.

Ahmed Saleh Alosaimi (Saudi Arabia) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Sulaiman Al-Turki (Saudi Arabia), effective September 12, 2002.

Abdallah S. Alazzaz (Saudi Arabia) was appointed Alternate Executive Director to Sulaiman Al-Turki (Saudi Arabia), effective September 13, 2002.

Alexandre Barro Chambrier (Gabon) completed his term of service as Executive Director for Benin, Burkina Faso, Cameroon, Cape Verde, Central African Republic, Chad, Comoros, Democratic Republic of the Congo, Republic of Congo, Côte d'Ivoire, Djibouti, Equatorial Guinea, Gabon, Guinea, Guinea-Bissau, Madagascar, Mali, Mauritania, Mauritius, Niger, Rwanda, São Tomé and Príncipe, Senegal, and Togo, effective October 31, 2002.

Mohamad B. Chatah (Lebanon) relinquished his duties as Alternate Executive Director to A. Shakour Shaalan (Egypt), effective October 31, 2002.

Roberto Cippà (Switzerland) completed his term of service as Executive Director for Azerbaijan, Kyrgyz Republic, Poland, Serbia and Montenegro, Switzerland, Tajikistan, Turkmenistan, and Uzbekistan, effective October 31, 2002.

Dono Iskander Djojosubroto (Indonesia) completed his term of service as Executive Director for Brunei Darussalam, Cambodia, Fiji, Indonesia, Lao People's Democratic Republic, Malaysia, Myanmar, Nepal, Singapore, Thailand, Tonga, and Vietnam, effective October 31, 2002.

Kwok Mun Low (Singapore) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Dono Iskander Djojosubroto (Indonesia), effective October 31, 2002.

Cyrus Rustomjee (South Africa) completed his term of service as Executive Director for Angola, Botswana, Burundi, Eritrea, Ethiopia, The Gambia, Kenya, Lesotho, Liberia, Malawi, Mozambique, Namibia, Nigeria, Sierra Leone, South Africa, Sudan, Swaziland, Tanzania, Uganda, Zambia, and Zimbabwe, effective October 31, 2002.

Fernando Varela (Spain) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Hernán Oyarzábal (Venezuela), effective October 31, 2002.

A. Guillermo Zoccali (Argentina) completed his term of service as Executive Director for Argentina, Bolivia, Chile, Paraguay, Peru, and Uruguay, effective October 31, 2002.

Sulaiman Al-Turki (Saudi Arabia) was reelected Executive Director by Saudi Arabia, effective November 1, 2002.

Ian E. Bennett (Canada) was reelected Executive Director by Antigua and Barbuda, The Bahamas, Barbados, Belize, Canada, Dominica, Grenada, Ireland, Jamaica, St. Kitts and St. Nevis, St. Lucia, and St. Vincent and the Grenadines, effective November 1, 2002.

Mario Beauregard (Mexico) was appointed Alternate Executive Director to Hernán Oyarzábal (Venezuela), effective November 1, 2002.

Michael J. Callaghan (Australia) was reelected Executive Director by Australia, Kiribati, Korea, Marshall Islands, Federated States of Micronesia, Mongolia, New Zealand, Palau, Papua New Guinea, Philippines, Samoa, Seychelles, Solomon Islands, and Vanuatu, effective November 1, 2002.

Willy Kiekens (Belgium) was reelected Executive Director by Austria, Belarus, Belgium, Czech Republic, Hungary, Kazakhstan, Luxembourg, Slovak Republic, Slovenia, and Turkey, effective November 1, 2002.

Ólafur Ísleifsson (Iceland) was reelected Executive Director by Denmark, Estonia, Finland, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, and Sweden, effective November 1, 2002.

Sri Mulyani Indrawati (Indonesia) was elected Executive Director by Brunei Darussalam, Cambodia, Fiji, Indonesia, Lao People's Democratic Republic, Malaysia, Myanmar, Nepal, Singapore, Thailand, Tonga, and Vietnam, effective November 1, 2002.

Ismail Alowi (Malaysia) was appointed Alternate Executive Director to Sri Mulyani Indrawati (Indonesia), effective November 1, 2002.

Guillermo Le Fort (Chile), formerly Alternate Executive Director to A. Guillermo Zoccali (Argentina), was elected Executive Director by Argentina, Bolivia, Chile, Paraguay, Peru, and Uruguay, effective November 1, 2002.

Abbas Mirakhor (Islamic Republic of Iran) was reelected Executive Director by Algeria, Ghana, Islamic Republic of Iran, Morocco, Pakistan, and Tunisia, effective November 1, 2002.

Aleksei V. Mozhin (Russia) was reelected Executive Director by Russia, effective November 1, 2002.

Damian Ondo Mañe (Equatorial Guinea), formerly Alternate Executive Director to Alexandre Barro Chambrier (Gabon), was elected Executive Director by Benin, Burkina Faso, Cameroon, Cape Verde, Central African Republic, Chad, Comoros, Democratic Republic of the Congo, Republic of Congo, Côte d'Ivoire, Djibouti, Equatorial Guinea, Gabon, Guinea, Guinea-Bissau, Madagascar, Mali, Mauritania, Mauritius, Niger, Rwanda, São Tomé and Príncipe, Senegal, and Togo, effective November 1, 2002.

Hernán Oyarzábal (Venezuela) was elected Executive Director by Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Spain, and Venezuela, effective November 1, 2002.

Pier Carlo Padoan (Italy) was reelected Executive Director by Albania, Greece, Italy, Malta, Portugal, San Marino, and Timor-Leste, effective November 1, 2002.

Murilo Portugal (Brazil) was reelected Executive Director by Brazil, Colombia, Dominican Republic, Ecuador, Guyana, Haiti, Panama, Suriname, and Trinidad and Tobago, effective November 1, 2002.

Yaga V. Reddy (India) was reelected Executive Director by Bangladesh, Bhutan, India, and Sri Lanka, effective November 1, 2002.

Laurean Rutayisire (Rwanda) was appointed Alternate Executive Director to Damian Ondo Mañe (Equatorial Guinea), effective November 1, 2002.

A. Shakour Shaalan (Egypt) was reelected Executive Director by Bahrain, Egypt, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Maldives, Oman, Qatar, Syrian Arab Republic, United Arab Emirates, and Yemen, effective November 1, 2002.

Ismaila Usman (Nigeria), formerly Alternate Executive Director to Cyrus Rustomjee (South Africa), was elected

Executive Director by Angola, Botswana, Burundi, Eritrea, Ethiopia, The Gambia, Kenya, Lesotho, Liberia, Malawi, Mozambique, Namibia, Nigeria, Sierra Leone, South Africa, Sudan, Swaziland, Tanzania, Uganda, Zambia, and Zimbabwe, effective November 1, 2002.

WEI Benhua (China) was reelected Executive Director by China, effective November 1, 2002.

J. de Beaufort Wijnholds (Netherlands) was reelected Executive Director by Armenia, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Georgia, Israel, former Yugoslav Republic of Macedonia, Moldova, Netherlands, Romania, and Ukraine, effective November 1, 2002.

Fritz Zurbrugg (Switzerland) was elected Executive Director by Azerbaijan, Kyrgyz Republic, Poland, Serbia and Montenegro, Switzerland, Tajikistan, Turkmenistan, and Uzbekistan, effective November 1, 2002.

A. Guillermo Zoccali (Argentina) was appointed Alternate Executive Director to Guillermo Le Fort (Chile), effective November 1, 2002.

Peter J. Ngumbullu (Tanzania) was appointed Alternate Executive Director to Ismaila Usman (Nigeria), effective November 4, 2002.

Nancy P. Jacklin (United States) was appointed Executive Director by the United States on December 4, 2002.

Oussama T. Kanaan (Jordan) was appointed Alternate Executive Director to A. Shakour Shaalan, effective January 7, 2003.

J. de Beaufort Wijnholds (Netherlands) relinquished his duties as Executive Director for Armenia, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Georgia, Israel, former Yugoslav Republic of Macedonia, Moldova, Netherlands, Romania, and Ukraine, effective January 14, 2003.

Jeroen Kremers (Netherlands) was elected Executive Director by Armenia, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Georgia, Israel, former Yugoslav Republic of Macedonia, Moldova, Netherlands, Romania, and Ukraine, effective January 15, 2003.

Ólafur Ísleifsson (Iceland) relinquished his duties as Executive Director for Denmark, Estonia, Finland, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, and Sweden, effective January 15, 2003.

Vilhjálmur Egilsson (Iceland) was elected Executive Director by Denmark, Estonia, Finland, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, and Sweden, effective January 16, 2003.

Diwa Guinigundo (Philippines) relinquished his duties as Alternate Executive Director to Michael J. Callaghan (Australia), effective March 2, 2003.

Michael H. Reddell (New Zealand) was appointed Alternate Executive Director to Michael J. Callaghan (Australia), effective March 3, 2003.

Hernán Oyarzábal (Venezuela) relinquished his duties as Executive Director for Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Spain, and Venezuela, effective April 30, 2003.

APPENDIX IX

Financial Statements

April 30, 2003



PricewaterhouseCoopers LLP
 Suite 800W
 1301 K Street NW
 Washington DC 20005
 Telephone (202) 414 1000
 Facsimile (202) 414 1301

Report of the Independent Accountants

To the Board of Governors of the International Monetary Fund:

In our opinion, the accompanying balance sheets and the related statements of income, changes in resources and cash flows give a true and fair view of the financial condition of the General Department of the International Monetary Fund (the "IMF") as at April 30, 2003 and 2002, and its results of operations and cash flows for the years then ended in conformity with International Accounting Standards. These financial statements are the responsibility of the IMF's management; our responsibility is to express an opinion on these financial statements based on our audits. We conducted our audits of these statements in accordance with International Standards on Auditing, which require that we plan and perform the audits to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, and evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audits provide a reasonable basis for our opinion.

Our audits were conducted for the purpose of forming an opinion on the basic financial statements taken as a whole. The supplementary information on pages 162 to 167 is presented for purposes of additional analysis and is not a required part of the basic financial statements. The supplementary information has been subjected to the auditing procedures applied in the audits of the financial statements and, in our opinion, is fairly stated, in all material respects, in relation to the financial statements taken as a whole.

June 16, 2003

	2003	2002	2003	2002
Assets			Liabilities and Resources	
Credit outstanding	65,977,977	52,080,697	Liabilities:	
Usable currencies	97,028,740	102,460,003	Remuneration payable	244,544
Other currencies	47,692,348	54,625,246	Other liabilities	140,347
Total currencies (Notes 3 and 4)	<u>210,699,065</u>	<u>209,165,946</u>	Special Contingent Account (Note 10)	1,401,019
			Total Liabilities	<u>1,785,910</u>
SSDR holdings	962,641	1,484,927		<u>1,699,956</u>
Gold holdings (Note 5)	5,851,771	5,851,771	Members' Resources:	
Receivables (Note 6)	576,570	500,670	Quotas, represented by:	
			Reserve tranche positions (Notes 2 and 4)	68,008,951
Other assets (Notes 7 and 14)	714,092	752,987	Subscription payments: Usable	97,028,740
			Other	47,693,609
Investments held in the Special Disbursement Account (Note 8)	2,590,349	2,537,301	Total quotas	<u>212,731,300</u>
Structural Adjustment Facility (rans (Note 3)	136,816	341,692	Reserves of the General Resources Account	4,286,929
Total Assets	<u>221,531,304</u>	<u>220,635,294</u>	Accumulated resources of the Special Disbursement Account	<u>2,727,165</u>
			Total Liabilities and Resources	<u>221,531,304</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Eduard Brau
Director, Finance Department

/s/ Horst Köhler
Managing Director

General Department
Income Statements
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002
(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Operational Income		
Interest and charges (Note 6)	2,295,250	1,985,921
Interest on SDR holdings	28,038	41,284
Investment income of the Special Disbursement Account	61,431	132,503
Other charges and income (Note 6)	131,629	157,496
	<u>2,516,348</u>	<u>2,317,204</u>
Operational Expenses		
Remuneration (Note 9)	1,201,347	1,293,961
Administrative Expenses (Note 13)	607,086	530,794
	<u>1,808,433</u>	<u>1,824,755</u>
Total Net Income	<u>707,915</u>	<u>492,449</u>
Net Income of the General Department comprises:		
Net Income of the General Resources Account	646,484	359,946
Income of the Special Disbursement Account	61,431	132,503
	<u>707,915</u>	<u>492,449</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

General Department
Statements of Changes in Resources
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	General Resources Account			Total Reserves	Special Disbursement Account Accumulated Resources
	Quotas	Special Reserve	General Reserve		
Balance at April 30, 2001	<u>212,414,900</u>	<u>2,344,982</u>	<u>935,517</u>	<u>3,280,499</u>	<u>2,838,454</u>
Quota subscriptions	1,000	—	—	—	—
Net income	—	46,242	313,704	359,946	132,503
Transfers from the Trust Fund	—	—	—	—	191
Transfers from the Supplementary Financing					
Facility Subsidy Account	—	—	—	—	103
Transfers to the PRGF Trust	—	—	—	—	(30,658)
Transfers to the PRGF-HIPC Trust	—	—	—	—	(61,600)
Balance at April 30, 2002	<u>212,415,900</u>	<u>2,391,224</u>	<u>1,249,221</u>	<u>3,640,445</u>	<u>2,878,993</u>
Quota subscriptions	315,400	—	—	—	—
Net (loss)/income	—	(9,770)	656,254	646,484	61,431
Transfers to the PRGF Trust	—	—	—	—	(149,259)
Transfers to the PRGF-HIPC Trust	—	—	—	—	(64,000)
Balance at April 30, 2003	<u>212,731,300</u>	<u>2,381,454</u>	<u>1,905,475</u>	<u>4,286,929</u>	<u>2,727,165</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

General Department
Statements of Cash Flows
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Usable currencies and SDRs from operating activities		
Net income	707,915	492,449
Adjustments to reconcile net income to usable resources generated by operations:		
Changes in receivables and other assets	(37,005)	3,948
Changes in remuneration payable and other liabilities	(8,046)	(149,227)
Increase in the Special Contingent Account	94,000	94,000
Unrealized losses on investments	—	24,415
Usable currencies and SDRs from credit to members:		
Purchases in currencies and SDRs, including reserve tranche purchases	(21,783,516)	(29,194,497)
Repurchases in currencies and SDRs	7,783,894	19,207,036
Repayments of Structural Adjustment Facility loans	204,876	90,834
Net usable currencies and SDRs used in operating activities	(13,037,882)	(9,431,042)
Usable currencies and SDRs from investment activities		
Net acquisition of investments by the Special Disbursement Account	(53,048)	(155,788)
Net usable currencies and SDRs used by investment activities	(53,048)	(155,788)
Usable currencies and SDRs from financing activities		
Subscription payments in SDRs and usable currencies	78,850	250
Changes in composition of usable currencies	7,271,790	1,532,302
Transfers to the PRGF Trust, PRGF-HIPC Trust, and other accounts	(213,259)	(91,964)
Net usable currencies and SDRs provided by financing activities	7,137,381	1,440,588
Net decrease in usable currencies and SDRs	(5,953,549)	(8,146,242)
Usable currencies and SDRs, beginning of period	103,944,930	112,091,172
Usable currencies and SDRs, end of period	97,991,381	103,944,930

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

General Department

Notes to the Financial Statements as at April 30, 2003 and 2002

1. Purpose and Organization

The IMF is an international organization of 184 member countries. It was established to promote international monetary cooperation and exchange stability and to maintain orderly exchange arrangements among members; to facilitate the expansion and balanced growth of international trade, and contribute thereby to the promotion and maintenance of high levels of employment; and to provide temporary financial assistance to member countries under adequate safeguards to help ease balance of payments adjustment. The IMF conducts its operations and transactions through the General Department and the Special Drawing Rights Department (the SDR Department). The General Department consists of the General Resources Account (GRA), the Special Disbursement Account (SDA), and the Investment Account. The latter has not been activated. The IMF also administers trusts and accounts established to perform financial and technical services and financial operations consistent with the purposes of the IMF. The resources of these trusts and accounts are contributed by members or the IMF through the SDA. The financial statements of the SDR Department and these trusts and accounts are presented separately.

General Resources Account

The GRA holds the general resources of the IMF. Its resources reflect the receipt of quota subscriptions, use and repayment of IMF credit, collection of charges on the use of credit, payment of remuneration on creditor positions, borrowings, and payment of interest and repayment of borrowings.

Special Disbursement Account

The assets and resources of the SDA are held separately from other accounts of the General Department. Resources of the SDA include transfers received from the Trust Fund, an account administered by the IMF, and part of the proceeds from the sales of the IMF's gold in the past (there were no gold sales in financial year 2003 or 2002). Income from the investment of gold profits in the SDA is to be transferred, as needed, to the Poverty Reduction and Growth Facility-Heavily Indebted Poor Countries Trust (PRGF-HIPC Trust), in accordance with decisions of the IMF. The SDA also holds outstanding loans extended under the Structural Adjustment Facility (SAF), which was established in March 1986 to provide balance of payments assistance on concessional terms to qualifying low-income developing country members.

Assets that exceed the financing needs of the SDA, excluding investments arising from the sales of gold undertaken pursuant to the 1999 decision on gold sales by the IMF, are transferred to the Reserve Account of the Poverty Reduction and Growth Facility Trust (PRGF Trust), which is administered separately by the IMF as trustee.

2. Summary of Significant Accounting Policies

Basis of Presentation

The financial statements of the IMF are prepared in accordance with International Accounting Standards (IAS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below. The preparation of financial statements in conformity with IAS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Revenue and Expense Recognition

The financial statements are prepared on the accrual basis; accordingly, income is recognized as it is earned, and expenses are recorded as they are incurred.

Unit of Account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000, and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2003 and 2002 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.426
Japanese yen	21.0
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.577

As of April 30, 2003, one SDR was equal to 1.38391 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.26771 U.S. dollars as of April 30, 2002).

Credit Outstanding

The IMF provides balance of payments assistance in accordance with established policies by selling to members, in exchange for their own currencies, SDRs or currencies of other members. When members make purchases, they incur obligations to repurchase the IMF's holdings of their currencies arising from the purchases within specified periods by payments in SDRs or other currencies, as determined by the IMF. Fund credit is subject to specific repayment schedules over periods which vary depending on the type of facility used. Repayment schedules comprise two elements: (i) repurchase expectations, aimed at securing early repayment from members in a position to do so, in keeping with a long-standing principle of the IMF that its resources should be used only as long as there is a balance of payments need, and (ii) repurchase obligations. Repayments on the *expectation* schedules can be extended by a period of up to one year for credit

tranche and Supplemental Reserve Facility (SRF) purchases or three years for Extended Fund Facility (EFF) purchases (up to six months for SRF and one year for Contingent Credit Lines (CCL) purchases after February 21, 2003), upon a member's request if its external position is not sufficiently strong.

In financial year 2003, the IMF approved requests from Argentina to extend by one year repurchase expectations amounting to SDR 5.8 billion (one repurchase from Argentina in financial year 2002 for an amount of SDR 741 million was extended by one year). The financial year 2003 extensions include scheduled repurchase expectations in the period from May to August 2003 amounting to SDR 390 million. The IMF also approved requests from Ecuador, Sri Lanka and Uruguay to extend by one year repurchase expectations amounting to SDR 14 million, SDR 52 million and SDR 129 million arising during financial years 2004, 2004 and 2003, respectively.

A member is considered overdue after failure to make payment on a repurchase obligation. Failure to obtain an extension from the IMF for payment according to the repurchase expectations schedule date would result, *inter alia*, in a suspension of the right to make further purchases, including prospective purchases under an existing arrangement. The IMF's policies on the use of its general resources are intended to ensure that their use is temporary and will be reversed within agreed-upon repurchase periods.

A member is entitled to repurchase, at any time, the IMF's holdings of its currency on which charges are levied and is expected to make repurchases as and when its balance of payments and reserve position improve.

Overdue Obligations and the First Special Contingent Account

It is the policy of the IMF to exclude from current income, charges due by members that are six months or more overdue in meeting payments to the IMF, unless these members are current in the payment of charges.

Debtor and creditor members share equally the financial consequences of overdue obligations under a mechanism referred to as burden sharing. The IMF recovers amounts equal to unpaid and deferred charges, excluding special charges, by adjusting the rates of charge and remuneration. Members that have borne the financial consequences of overdue charges will receive refunds only to the extent that overdue charges that had given rise to burden sharing adjustments are settled, and these adjustments are therefore not presented as liabilities. In view of the risk resulting from overdue credit, the IMF also accumulates balances in the first Special Contingent Account (SCA-1). In assessing the risk of impairment, the IMF considers balances in the SCA-1. Allocations to the SCA-1 are financed by further adjustments to the rates of charge and remuneration (see Note 10).

Currencies

Currencies consist of members' currencies and securities held by the IMF. Each member has the option to substitute non-negotiable and non-interest-bearing securities for the IMF's holdings of its currency that exceed $\frac{1}{4}$ of 1 percent of the member's quota. These securities are encashable by the IMF on demand.

Each member is required to pay to the IMF its initial quota and subsequent quota increases partly in its own currency, with the remainder to be paid in usable currencies prescribed by the IMF, or SDRs. One exception was the quota increase of 1978, which was paid entirely in members' own currencies.

Usable Currencies

Usable currencies consist of currencies of members considered by the IMF to have strong balance of payment and reserve positions. These currencies are included in the IMF's financial transactions plan to finance purchases and other transfers of the IMF. Participation in the financial transactions plan is reviewed on a quarterly basis. The IMF considers cash and cash equivalents to be usable currencies and SDR holdings. The changes in non-usable currency result from the IMF's transactions (purchases and repurchases) where a member's currency is exchanged for another member's currency, or from the inclusion/exclusion of a member's currency in the IMF's transaction plan.

Valuation of Currencies

Currencies, including securities, are valued in terms of the SDR on the basis of the currency/SDR exchange rate determined for each currency. Securities are not marketable, but can be converted into cash on demand. Each member is obligated to maintain, in terms of the SDR, the SDR value of the balances of its currency held by the IMF in the GRA. This requirement is referred to as the maintenance-of-value obligation. Whenever the IMF revalues its holdings of a member's currency, a receivable or a payable is established for the amount required to maintain the SDR value of the IMF's holdings of that currency. The currency balances in the balance sheet include these receivables and payables. All currencies were revalued in terms of the SDR on April 30, 2003 and 2002.

SDR Holdings

Although SDRs are not allocated to the IMF, the IMF may acquire, hold, and dispose of SDRs through the GRA. The IMF receives SDRs from members in the settlement of their financial obligations to the IMF and uses SDRs in transactions and operations with members. The IMF earns interest on its SDR holdings at the same rate as all other holders of SDRs.

SDR Interest Rate

The SDR interest rate is determined weekly by reference to a combined market interest rate, which is a weighted average of yields on short-term instruments in the capital markets of the euro area, Japan, the United Kingdom, and the United States.

Gold Holdings

The Articles of Agreement limit the use of gold in the IMF's operations and transactions. Any use provided for in the Articles requires a decision supported by an 85 percent majority of the total voting power. In accordance with the provisions of the Articles, whenever the IMF sells gold held on the date of the Second Amendment of the IMF's Articles of Agreement (April 1, 1978), the portion of the proceeds equivalent at the time of sale to one SDR per 0.888671 gram of fine gold, which is equal to SDR 35 per fine troy ounce, must be

placed in the GRA. Any excess over this value will be held in the SDA or transferred to the Investment Account. The IMF may also sell gold held on the date of the Second Amendment to those members that were members on August 31, 1975, in proportion to their quotas on that date, in exchange for their own currencies, at a price equivalent at the time of sale to one SDR per 0.888671 gram of fine gold.

The IMF values its gold holdings at historical cost using the specific identification method (see Note 5).

SAF Loans in the Special Disbursement Account

SAF loans in the SDA are held at historical cost. Allowances for loan losses would be established if and when the IMF expected to incur a loss; no losses have been incurred in the past, and it is the current expectation that no losses will be incurred in the future. Repayments of all SAF loans are transferred to the PRGF Trust Reserve Account when received.

Investments in the Special Disbursement Account

The resources of the SDA are invested pending their use. Investments are made in debt securities and fixed-term deposits, either directly or by participation in an investment pool. Debt securities comprise securities issued by international financial organizations and domestic government bonds in the euro area, Japan, the United Kingdom and the United States. Investments are marked to market on the last business day of the accounting period. The carrying amounts of investments approximate their fair value. Purchases are valued and reflected on the trade date basis and sales are based on the actual settlement date valuations. Investment income comprises interest earned on investments, realized and unrealized gains and losses on investments, and currency valuation differences arising from exchange rate movements against the SDR.

Interest rate risk is managed by limiting the investment portfolio to a weighted average effective duration that does not exceed three years. Currency risk is minimized by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies of the SDR valuation basket. Risk is further minimized by ensuring that the currency composition of the investment portfolio matches, as closely as possible, the currency composition of the SDR valuation basket.

Fixed Assets

Fixed assets with a cost in excess of a threshold amount are capitalized at cost. Buildings and equipment are depreciated using the straight-line method over the estimated useful lives of the assets, which range from 3 years for equipment to 30 years for buildings.

Quotas

Each member is assigned a quota that forms the basis of its financial and organizational relationship with the IMF. A member's quota is related to, but not strictly determined by, economic factors such as national income, the value of external trade and payments, and the level of official reserves. Quotas determine members' subscriptions to the IMF, their relative voting power, access to financing, and their share in SDR allocations. Should a member withdraw from the Fund, quotas are repayable to the extent they are

not needed to settle other net obligations of the member to the Fund.

Reserve Tranche Position

A member has a reserve tranche in the IMF when the IMF's holdings of its currency, excluding holdings that reflect the member's use of IMF credit, are less than the member's quota. A member's reserve tranche is considered a part of the member's external reserves and the member may draw on the reserve tranche at any time when it represents that it has a balance of payments need. Reserve tranche purchases are not subject to repurchase obligations or charges.

Reserves

The IMF determines annually what part of its net income will be retained and placed to the General Reserve or the Special Reserve, and what part, if any, will be distributed. The Articles of Agreement permit the IMF to use the Special Reserve for any purpose for which it may use the General Reserve, except distribution. After meeting the cost of administering the PRGF Trust, net operational income generated from the surcharges on purchases under the SRF, the credit tranches, and the EFF, has been transferred to the General Reserve. All other income has been transferred to the Special Reserve.

Charges

The IMF levies periodic charges on members' use of IMF credit. The rate of charge is set as a proportion of the SDR interest rate. For financial year 2003, the basic rate of charge after the retroactive reduction in charges was 123.5 percent (116.4 percent during financial year ended April 30, 2002) of the SDR interest rate. The basic rate of charge is increased to offset the effect on the IMF's income of the deferral of unpaid charges and to finance the additions to the SCA-1. The average adjusted rate of charge before applicable surcharges for financial year 2003 was 2.74 percent (for financial year 2002 the average rate was 3.44 percent). A surcharge progressing from 150 to 500 basis points above the rate of charge applies to use of credit under the SRF and the CCL. In addition, credit outstanding in excess of 200 percent of quota, resulting from purchases after November 28, 2000 in the credit tranches and under the EFF (other than those under the SRF and CCL), is subject to a surcharge of 100–200 basis points. Special charges are levied on members' currency holdings that are not repurchased when due and on overdue charges. Special charges do not apply to members that are six months or more overdue to the IMF. A service charge is levied by the IMF on all purchases, except reserve tranche purchases. A refundable commitment fee is charged on Stand-By and Extended Arrangements. At the expiration or cancellation of an arrangement, the unrefunded portion of the commitment fee is taken into income.

Remuneration

The IMF pays interest, referred to as remuneration, on a member's reserve tranche position. The rate of remuneration is equal to the SDR interest rate, adjusted downward to finance a share of the nonpayment of charges and additions to the SCA-1. The average adjusted rate of remuneration for the financial year ended April 30, 2003 was 1.96 percent (2.65

percent for the financial year 2002). A portion of the reserve tranche is unremunerated and is equal to 25 percent of the member's quota on April 1, 1978—that part of the quota that was paid in gold prior to the Second Amendment of the Fund's Articles. For a member that joined the Fund after that date, the unremunerated reserve tranche is the same percentage of its initial quota as the average unremunerated reserve tranche was as a percentage of the quotas of all other members when the new member joined the Fund. The unremunerated reserve tranche remains fixed for each member in nominal terms, but because of subsequent quota increases, it is now significantly lower when expressed as a percentage of quota. The average is equal to 3.8 percent of quota at April 30, 2003 and 2002, but the actual percentage is different for each member.

Pension and Other Post-Retirement Obligations

The IMF operates two defined-benefit pension plans and provides post-retirement benefits to retired staff.

The pension plans are funded by payments from the staff and the IMF, taking into account the recommendations of independent actuaries. Assets of the plans are held in separate trustee-managed funds and are measured at fair value as of the balance sheet date. Pension obligations are measured using the Projected Unit Credit Method, which measures the present value of the estimated future cash outflows, using interest rates of government securities that have maturities approximating the terms of the pension liabilities.

The assets set aside for the provision of post-retirement benefits are held in an investment account administered by the IMF. This account is funded by contributions from the IMF. The expected costs of the post-retirement medical and life insurance benefits are accrued over the period of employment using the Projected Unit Credit Method. Valuations of these obligations are carried out by independent actuaries.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

During the current year, the presentation in the income statement of amounts collected for the SCA-1 has been changed. Since these amounts are refundable once arrears to the IMF are cleared, or earlier if the IMF so decides, the amounts are more properly reflected as adjustments to charges collected and remuneration paid. They are therefore no longer included in the income statement. Accordingly, comparative figures in the income statement for the year ended April 30, 2002 have been reclassified as follows: periodic charges have been decreased by SDR 47 million, remuneration has been increased by SDR 47 million and the allocation to the SCA-1 has been decreased by SDR 94 million. These reclassifications do not have any impact on the net income of the IMF for the year ended April 30, 2002.

Further, the operating results of the General Department have been amended to reflect a total revenues presentation for the income of the Special Disbursement Account and the General Resources Account with one single net income for the General Department.

3. Credit Outstanding

Changes in the outstanding use of IMF credit under the various facilities of the GRA during the years ended April 30, 2003 and 2002 were as follows:

	April 30, 2001	Purchases	Repur- chases	April 30, 2002	Purchases	Repur- chases	April 30, 2003
<i>In millions of SDRs</i>							
Credit tranches	16,706	17,219	(5,698)	28,227	9,664	(3,993)	33,898
Extended Fund Facility	15,957	959	(1,425)	15,491	1,451	(2,000)	14,942
Supplemental Reserve Facility	4,085	10,891	(9,101)	5,875	10,566	(741)	15,700
Systemic Transformation Facility	1,933	—	(622)	1,311	—	(667)	644
Enlarged Access	430	—	(109)	321	—	(42)	279
Contingency Financing Facility	2,992	—	(2,246)	746	—	(332)	414
Supplementary Financing Facility	116	—	(6)	110	—	(9)	101
Total credit outstanding	<u>32,219</u>	<u>29,069</u>	<u>(19,207)</u>	<u>52,081</u>	<u>21,681</u>	<u>(7,784)</u>	<u>65,978</u>

As of April 30, 2003 and 2002, SDA loans and interest receivable computed at 0.5 percent a year, consisted of the following:

	2003	2002
<i>In millions of SDRs</i>		
Structural Adjustment Facility loans	137	341
Interest accrued	1	8
Less: interest deferred	(1)	(8)
	<u>137</u>	<u>341</u>

Scheduled repurchases in the GRA and repayments of SAF loans in the SDA are summarized below:

Financial Year Ending April 30	General Resources Account	Special Disbursement Account
<i>In millions of SDRs</i>		
2004	22,837	51
2005	17,476	40
2006	14,478	37
2007	5,656	—
2008	2,464	—
2009 and beyond	2,330	—
Overdue	737	9
Total	<u>65,978</u>	<u>137</u>

As of April 30, 2003 and 2002, use of credit in the GRA by the largest users was as follows:

	2003		2002	
	<i>In millions of SDRs and as a percent of total GRA credit outstanding</i>			
Largest user of credit	18,192	27.6%	14,510	27.9%
Three largest users of credit	45,382	68.8%	32,337	62.1%
Five largest users of credit	56,127	85.1%	41,143	79.0%

The five largest users of credit as of April 30, 2003 were Brazil, Turkey, Argentina, Indonesia, and the Russian Federation. Outstanding credit, by member, is provided in Schedule 1. The concentration of GRA outstanding credit by regional geographical area as of April 30, 2003 and 2002 was as follows:

	2003		2002	
	<i>In millions of SDRs and as a percent of total GRA credit outstanding</i>			
Africa	1,751	2.6%	2,195	4.2%
Asia and Pacific	8,742	13.3%	10,769	20.7%
Europe	7,704	11.7%	9,129	17.5%
Latin America and the Caribbean	30,824	46.7%	15,100	29.0%
Middle East and Turkey	16,957	25.7%	14,888	28.6%
Total	65,978	100%	52,081	100%

Overdue Obligations

At April 30, 2003, six members (as of April 30, 2002, seven members) were six months or more overdue in settling their financial obligations to the IMF. Four (five members as of April 30, 2002) of these members were overdue to the General Department.

GRA repurchases, GRA charges, SAF loan repayments, and SAF interest that are six or more months overdue in the General Department were as follows:

	Repurchases and SAF Loans		Charges and SAF Interest	
	2003	2002	2003	2002
	<i>In millions of SDRs</i>			
Total overdue	746	1,033	993	1,055
Overdue for six months or more	726	1,010	982	1,039
Overdue for three years or more	663	977	900	930

The type and duration of the overdue amounts in the General Department as of April 30, 2003, were as follows:

	Repurchases and SAF Loans	Charges and SAF Interest	Total Obligation	Longest Overdue Obligation
	<i>In millions of SDRs</i>			
Liberia	201	245	446	May 1985
Somalia	105	94	199	July 1987
Sudan	357	646	1,003	July 1985
Zimbabwe	83	8	91	February 2001
Total	746	993	1,739	

4. Currencies

Changes in the IMF's holdings of members' currencies for the years ended April 30, 2003 and 2002 were as follows:

	April 30, 2001	Net Change	April 30, 2002	Net Change	April 30, 2003
	<i>In millions of SDRs</i>				
Members' quotas	212,415	1	212,416	315	212,731
Members' outstanding use of IMF credit in the GRA	42,219	9,862	52,081	13,897	65,978
Members' reserve tranche positions in the GRA	(46,733)	(8,594)	(55,327)	(12,682)	(68,009)
Administrative currency balances	3	(7)	(4)	3	(1)
Total currencies	207,904	1,262	209,166	1,533	210,699

Receivables and payables arising from valuation adjustments at April 30, 2003, when all holdings of currencies of members were last revalued, amounted to SDR 20,947 million and SDR 4,985 million, respectively (SDR 17,953 million and SDR 3,648 million, respectively, at April 30, 2002). Settlements of these receivables or payables are required to be made promptly after the end of each financial year.

Other currency holdings, other than those resulting from the use of credit or usable currencies, amounted to SDR 47,692 million (SDR 54,625 million as of April 30, 2002); of this amount SDR 28,335 million (SDR 28,996 million as of April 30, 2002) represents currencies of members that use IMF credit.

5. Gold Holdings

At April 30, 2003 and 2002, the IMF held 3,217,341 kilograms of gold, equal to 103,439,916 fine ounces of gold, at designated depositories. As of April 30, 2003, the value of the IMF's holdings of gold calculated at the market price was SDR 25.2 billion (SDR 25.1 billion at April 30, 2002).

6. Interest and Charges

As of April 30, 2003, the total holdings on which the IMF levies charges amounted to SDR 65,978 million (SDR 52,081 million as of April 30, 2002). Charges and other receivables due to the IMF as of April 30, 2003 and 2002 were as follows:

	2003	2002
	<i>In millions of SDRs</i>	
Periodic charges	1,568	1,546
Less: deferred income	(996)	(1,053)
	572	493
Other receivables	5	8
Receivables	577	501

Periodic charges for the years ended April 30, 2003 and 2002 consisted of the following:

	2003	2002
	<i>In millions of SDRs</i>	
Periodic charges	2,267	2,002
Adjustments for deferred charges, net of refunds	(28)	17
Settlements of deferred charges above/(below) income deferred	56	(33)
Total periodic charges	2,295	1,986

Interest earned on SAF loans for the years ended April 30, 2003 and 2002 amounted to SDR 8.4 million and SDR 1.1 million, respectively.

Special charges, service charges and the unrefunded commitment fees are included in *Other Charges and Income* which amounted to SDR 132 million (SDR 157 million for the year ended April 30, 2002).

7. Fixed Assets

Other assets include fixed assets, which at both April 30, 2003 and 2002 amounted to SDR 238 million, and consisted of:

	2003	2002
	<i>In millions of SDRs</i>	
Land and buildings	326	314
Equipment	39	45
Total fixed assets	365	359
Less: accumulated depreciation	(127)	(121)
Net fixed assets	<u>238</u>	<u>238</u>

8. Investments

As at April 30, 2003 the investments in the SDA consisted of fixed-term deposits with maturity of less than one year and amounted to SDR 2,590 million (SDR 2,537 million as at April 30, 2002). Fixed-term deposits include cash equivalents amounting to SDR 21 million (SDR 2,166 million as at April 30, 2002) comprising short-term deposits with maturities of less than ninety days.

Investment income for the years ended April 30 included the following:

	2003	2002
	<i>In millions of SDRs</i>	
Interest income	53	96
Realized gains	—	60
Unrealized losses	—	(25)
Total income	<u>53</u>	<u>131</u>

9. Remuneration

At April 30, 2003, total creditor positions on which the IMF paid remuneration amounted to SDR 61,428 million (SDR 48,817 million at April 30, 2002). Remuneration for the years ended April 30, 2003 and 2002 consisted of the following:

	2003	2002
	<i>In millions of SDRs</i>	
Remuneration	1,173	1,311
Adjustments for deferred charges net of refunds	28	(17)
	<u>1,201</u>	<u>1,294</u>

10. Deferred Income and the First Special Contingent Account

The SCA-1 is financed by quarterly adjustments to the rate of charge and the rate of remuneration. Balances in the SCA-1 are to be distributed to the members that shared the cost of its financing when there are no outstanding overdue repurchases and charges, or at such earlier time as the IMF may decide. At April 30, 2003, the balances held in the SCA-1 amounted to SDR 1,401 million (SDR 1,307 million at April 30, 2002).

Cumulative charges, net of settlements, that have been deferred since May 1, 1986 and have resulted in adjustments to charges and remuneration amounted to SDR 810 million at April 30, 2003 (SDR 865 million at April 30, 2002). The cumulative refunds for the same period, resulting from the settlements of deferred charges for which burden sharing adjustments have been made, amounted to SDR 1,072 million (SDR 994 million at April 30, 2002).

11. Borrowings

Under the General Arrangements to Borrow (GAB), the IMF may borrow up to SDR 18.5 billion when supplementary

resources are needed, in particular, to forestall or to cope with an impairment of the international monetary system. The GAB became effective on October 24, 1962, and has been renewed through December 25, 2008. Interest on borrowings under the GAB is calculated at a rate equal to the SDR interest rate.

Under the New Arrangements to Borrow (NAB), the IMF may borrow up to SDR 34 billion of supplementary resources. The NAB is the facility of first and principal recourse, but it does not replace the GAB, which will remain in force. Outstanding drawings and commitments under these two borrowing arrangements are limited to a combined total of SDR 34 billion. The NAB became effective for a five-year period on November 17, 1998 and was activated on December 2, 1998. In November 2002, the NAB was renewed through November 16, 2008. Interest on borrowings under the NAB is payable to the participants at the SDR interest rate or any such higher rate as may be agreed between the IMF and participants representing 80 percent of the total credit arrangement.

12. Arrangements and Commitments in the General Department

An arrangement is a decision of the IMF that gives a member the assurance that the IMF stands ready to provide SDRs or usable currencies during a specified period and up to a specified amount, in accordance with the terms of the arrangement. Credit under these arrangements is subject to interest and charges that are uniform to all members and that reflect the cost to the IMF of financing such credit, plus a margin. In addition, certain surcharges may apply. At April 30, 2003, the undrawn balances under the 18 arrangements that were in effect in the GRA amounted to SDR 23,620 million (SDR 26,908 million under 17 arrangements at April 30, 2002).

The IMF has committed to lease commercial office space through 2005. Expenditures totaling SDR 15 million will be incurred over this period.

13. Administrative Expenses

The administrative expenses for the years ended April 30, 2003 and 2002 were as follows:

	2003	2002
	<i>In millions of SDRs</i>	
Personnel	370	338
Pension and other related expenses	79	5
Travel	72	73
Other	88	117
Less: reimbursements for the administration of the SDR Department	(2)	(2)
Total administrative expenses, net of reimbursements	<u>607</u>	<u>531</u>

The majority of these expenses are incurred in U.S. dollars; exchange gains and losses incurred in the normal course of business are reflected in administrative expenses and are not significant.

The GRA is reimbursed for the cost of administering the SDR Department.

The GRA is to be reimbursed annually for expenses incurred in administering the SDA and the PRGF Trust. Following the establishment of the SRF and CCL and the consequent increase in net operational income, the Executive Board decided to forgo reimbursement of the expenses incurred in administering the PRGF Trust for financial years 2003 and 2002 and to transfer the amounts that would otherwise have been reimbursed to the GRA from the PRGF Trust Reserve Account, through the SDA, to the PRGF-HIPC Trust. These transfers amounted to SDR 64.0 million for financial year 2003 (SDR 61.6 million for financial year 2002) and have been included under transfers to the PRGF-HIPC Trust in the statement of income and changes in resources.

14. Pension and Other Post-Retirement Benefits

The IMF has a defined-benefit Staff Retirement Plan (SRP) that covers substantially all eligible staff and a Supplemental Retirement Benefits Plan (SRBP) for selected participants of the SRP. Participants contribute a fixed percentage of their pensionable remuneration. The IMF contributes the remainder of the cost of funding the plans and pays certain administrative costs of the plans. In addition, the IMF provides other employment and post-retirement benefits, including medical, life insurance and other long-term benefits. In 1995, the IMF established a separate account, the Retired Staff Benefits Investment Account (RSBIA), to hold and invest resources set aside to fund the cost of these other benefits.

In December 2002, a plan amendment was adopted to allow certain periods of past employment to qualify for determination of participants' benefits in the SRP and the SRBP. This plan amendment will become operational in financial year 2004 and the estimated liability resulting from the amendment has been recognized in the actuarial valuation (SDR 32 million).

The obligations of the SRP, SRBP, and RSBIA are valued by independent actuaries every year using the Projected Unit Credit Method. The latest actuarial valuations were carried out as at April 30, 2003. The key assumptions used are as shown below. The present value of the defined-benefit obligation and current service cost was calculated using the Projected Unit Credit Method.

Amounts recognized in the balance sheet are as follows:

	2003				2002
	SRP	SRBP	RSBIA	Total	Total
<i>In millions of SDRs</i>					
Fair value of plan assets	2,478	—	269	2,747	3,099
Present value of the defined benefit obligation	(1,934)	(99)	(421)	(2,454)	(2,884)
Unrecognized actuarial gains/(losses)	216	(41)	(76)	99	242
Unrecognized prior service cost	14	18	11	43	13
Net balance sheet asset/(liability)	<u>774</u>	<u>(122)</u>	<u>(217)</u>	<u>435</u>	<u>470</u>

Movement in the net balance sheet asset:

	2003				2002
	SRP	SRBP	RSBIA	Total	Total
<i>In millions of SDRs</i>					
Net balance sheet asset/(liability), beginning of year	778	(108)	(200)	470	431
Income/(expense) recognized in income statement	(21)	(18)	(40)	(79)	(5)
Contributions paid	17	4	23	44	44
Net balance sheet asset/(liability), end of year	<u>774</u>	<u>(122)</u>	<u>(217)</u>	<u>435</u>	<u>470</u>

The expense recognized in the income statement includes SDR 40 million which represents the effect of a change in the actuarial cost resulting from a revision in some participants' data. This expense relates for the most part to the present value of the defined benefit obligation as originally estimated when IAS 19 was introduced in financial year 2000. The amounts recognized in the income statements are as follows:

	2003				2002
	SRP	SRBP	RSBIA	Total	Total
<i>In millions of SDRs</i>					
Current service cost	69	12	25	106	116
Interest cost	158	8	37	203	186
Expected loss on assets	(248)	—	(26)	(274)	(295)
Amortization of actuarial loss/(gain)	—	—	2	2	(2)
Prior service cost	42	(2)	2	42	—
Total (income)/expense recognized in income statement	<u>21</u>	<u>18</u>	<u>40</u>	<u>79</u>	<u>5</u>
Actual (loss)/return on assets	<u>(175)</u>	<u>0</u>	<u>3</u>	<u>(172)</u>	<u>(179)</u>

Principal actuarial assumptions used:

	2003	2002
	<i>In per cent</i>	
Discount rate	6.5	7.5
Expected return on plan assets	8.3	9.3
Future salary increases	4.0–6.75	6.4–10.8
Ultimate health care costs growth rates	4.0	5.5

Schedule 1

General Department
Quotas, IMF's Holdings of Currencies, Reserve Tranche Positions,
and Members' Use of Resources
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

Member	General Resources Account				Credit Outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³	PRGF Trust ⁴	Total ⁵	
		Total	Percent of quota		Amount	Percent ²				
										(A)
Afghanistan, Islamic State of	120,400	119,688	99.4	728	—	—	—	—	—	
Albania	48,700	45,350	93.1	3,355	—	—	—	61,229	61,229	
Algeria	1,254,700	2,056,781	163.9	85,082	887,161	1.34	—	—	887,161	
Angola	286,300	286,445	100.1	—	—	—	—	—	—	
Antigua and Barbuda	13,500	13,499	100.0	6	—	—	—	—	—	
Argentina	2,117,100	12,724,723	601.0	25	10,607,635	16.08	—	—	10,607,635	
Armenia, Republic of	92,000	104,661	113.8	—	12,656	0.02	—	135,850	148,506	
Australia	3,236,400	1,793,188	55.4	1,443,222	—	—	—	—	—	
Austria	1,872,300	1,124,310	60.0	748,015	—	—	—	—	—	
Azerbaijan	160,900	250,811	155.9	10	89,911	0.14	—	91,856	181,767	
Bahamas, The	130,300	124,063	95.2	6,239	—	—	—	—	—	
Bahrain, Kingdom of	135,000	66,099	49.0	68,932	—	—	—	—	—	
Bangladesh	533,300	557,650	104.6	186	24,531	0.04	—	—	24,531	
Barbados	67,500	62,594	92.7	4,916	—	—	—	—	—	
Belarus, Republic of	386,400	415,608	107.6	20	29,208	0.04	—	—	29,208	
Belgium	4,605,200	2,759,904	59.9	1,845,300	—	—	—	—	—	
Belize	18,800	14,562	77.5	4,239	—	—	—	—	—	
Benin	61,900	59,721	96.5	2,188	—	—	350	53,290	53,640	
Bhutan	6,300	5,280	83.8	1,020	—	—	—	—	—	
Bolivia	171,500	205,518	119.8	8,875	42,880	0.06	—	140,300	183,180	
Bosnia and Herzegovina	169,100	261,009	154.4	—	91,904	0.14	—	—	91,904	
Botswana	63,000	37,399	59.4	25,601	—	—	—	—	—	
Brazil	3,036,100	21,228,575	699.2	—	18,191,872	27.57	—	—	18,191,872	
Brunei Darussalam	215,200	157,127	73.0	58,288	—	—	—	—	—	
Bulgaria	640,200	1,401,612	218.9	32,778	794,170	1.20	—	—	794,170	
Burkina Faso	60,200	52,937	87.9	7,264	—	—	3,476	85,590	89,066	
Burundi	77,000	86,266	112.0	360	9,625	0.01	—	—	9,625	
Cambodia	87,500	88,021	100.6	—	521	—	—	75,300	75,821	
Cameroon	185,700	185,125	99.7	613	—	—	—	223,098	223,098	
Canada	6,369,200	3,663,916	57.5	2,705,292	—	—	—	—	—	
Cape Verde	9,600	9,596	100.0	5	—	—	—	2,460	2,460	
Central African Republic	55,700	55,569	99.8	134	—	—	—	24,480	24,480	
Chad	56,000	55,719	99.5	282	—	—	—	77,281	77,281	
Chile	856,100	474,057	55.4	382,045	—	—	—	—	—	
China	6,369,200	3,625,683	56.9	2,743,564	—	—	—	—	—	
Colombia	774,000	488,202	63.1	285,803	—	—	—	—	—	
Comoros	8,900	8,362	94.0	540	—	—	270	—	270	
Congo, Democratic Republic of	533,000	533,000	100.0	—	—	—	—	446,667	446,667	
Congo, Republic of	84,600	95,558	113.0	536	11,480	0.02	—	9,727	21,207	
Costa Rica	164,100	144,113	87.8	20,000	—	—	—	—	—	
Côte d'Ivoire	325,200	324,721	99.9	482	—	—	—	355,099	355,099	
Croatia, Republic of	365,100	364,943	100.0	159	—	—	—	—	—	
Cyprus	139,600	90,492	64.8	49,115	—	—	—	—	—	
Czech Republic	819,300	619,941	75.7	199,364	—	—	—	—	—	
Denmark	1,642,800	928,518	56.5	714,288	—	—	—	—	—	
Djibouti	15,900	15,699	98.7	1,100	899	—	—	13,630	14,529	
Dominica	8,200	10,242	124.9	9	2,050	—	—	—	2,050	
Dominican Republic	218,900	233,786	106.8	3	14,888	0.02	—	—	14,888	
Ecuador	302,300	542,079	179.3	17,153	256,930	0.39	—	—	256,930	
Egypt	943,700	943,716	100.0	—	—	—	—	—	—	

Schedule 1 (continued)

Member	General Resources Account				Credit Outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³ + (B)	PRGF Trust ⁴ (C)	Total ⁵ (D)	
		Total	Percent of quota		Amount	Percent ²				
El Salvador	171,300	171,303	100.0	—	—	—	—	—	—	
Equatorial Guinea	32,600	32,609	100.0	—	—	—	443	109	552	
Eritrea	15,900	15,900	100.0	5	—	—	—	—	—	
Estonia, Republic of	65,200	65,195	100.0	6	—	—	—	—	—	
Ethiopia	133,700	126,520	94.6	7,188	—	—	7,766	94,056	101,822	
Fiji	70,300	55,209	78.5	15,126	—	—	—	—	—	
Finland	1,263,800	757,025	59.9	506,862	—	—	—	—	—	
France	10,738,500	6,388,793	59.5	4,349,862	—	—	—	—	—	
Gabon	154,300	203,658	132.0	179	49,531	0.08	—	—	49,531	
Gambia, The	31,100	29,618	95.2	1,485	—	—	—	23,500	23,500	
Georgia	150,300	171,113	113.8	10	20,813	0.03	—	193,800	214,613	
Germany	13,008,200	7,758,331	59.6	5,249,939	—	—	—	—	—	
Ghana	369,000	369,004	100.0	— ⁶	—	—	—	264,545	264,545	
Greece	823,000	500,550	60.8	322,451	—	—	—	—	—	
Grenada	11,700	14,631	125.1	—	2,930	—	—	—	2,930	
Guatemala	210,200	210,206	100.0	—	—	—	—	—	—	
Guinea	107,100	107,026	99.9	75	—	—	—	99,000	99,000	
Guinea-Bissau	14,200	17,040	120.0	— ⁶	2,840	—	—	13,349	16,189	
Guyana	90,900	90,902	100.0	—	—	—	492	65,768	66,260	
Haiti	60,700	66,323	109.3	68	5,691	0.01	—	12,140	17,831	
Honduras	129,500	138,687	107.1	8,627	17,813	0.03	—	119,148	136,961	
Hungary	1,038,400	574,794	55.4	463,607	—	—	—	—	—	
Iceland	117,600	99,016	84.2	18,585	—	—	—	—	—	
India	4,158,200	3,669,344	88.2	488,881	—	—	—	—	—	
Indonesia	2,079,300	8,402,605	404.1	145,500	6,468,801	9.80	—	—	6,468,801	
Iran, Islamic Republic of	1,497,200	1,497,204	100.0	—	—	—	—	—	—	
Iraq	504,000	504,013	100.0	—	—	—	—	—	—	
Ireland	838,400	492,535	58.7	345,870	—	—	—	—	—	
Israel	928,200	596,198	64.2	332,009	—	—	—	—	—	
Italy	7,055,500	4,073,766	57.7	2,981,734	—	—	—	—	—	
Jamaica	273,500	288,092	105.3	—	14,542	0.02	—	—	14,542	
Japan	13,312,800	7,769,164	58.4	5,544,900	—	—	—	—	—	
Jordan	170,500	500,747	293.7	52	330,297	0.50	—	—	330,297	
Kazakhstan, Republic of	365,700	365,700	100.0	5	—	—	—	—	—	
Kenya	271,400	258,795	95.4	12,612	—	—	—	64,616	64,616	
Kiribati	5,600	5,601	100.0	5	—	—	—	—	—	
Korea	1,633,600	1,222,627	74.8	411,069	—	—	—	—	—	
Kuwait	1,381,100	815,983	59.1	565,125	—	—	—	—	—	
Kyrgyz Republic	88,800	88,800	100.0	5	—	—	—	138,351	138,351	
Lao People's Democratic Republic	52,900	52,900	100.0	—	—	—	—	30,011	30,011	
Latvia, Republic of	126,800	136,296	107.5	55	9,531	0.01	—	—	9,531	
Lebanon	203,000	184,168	90.7	18,833	—	—	—	—	—	
Lesotho	34,900	31,361	89.9	3,543	—	—	—	15,133	15,133	
Liberia	71,300	272,062	381.6	28	200,781	0.30	—	—	223,671	
Libya	1,123,700	728,206	64.8	395,505	—	—	—	—	—	
Lithuania, Republic of	144,200	186,018	129.0	16	41,831	0.06	—	—	41,831	
Luxembourg	279,100	166,762	59.7	112,348	—	—	—	—	—	
Macedonia, former Yugoslav Republic of	68,900	87,619	127.2	—	18,717	0.03	—	27,185	45,902	
Madagascar	122,200	122,174	100.0	27	—	—	—	108,653	108,653	
Malawi	69,400	84,462	121.7	2,290	17,350	0.03	—	50,117	67,467	
Malaysia	1,486,600	877,957	59.1	608,649	—	—	—	—	—	
Maldives	8,200	6,646	81.0	1,554	—	—	—	—	—	
Mali	93,300	84,457	90.5	8,846	—	—	508	121,069	121,577	
Malta	102,000	61,741	60.5	40,261	—	—	—	—	—	
Marshall Islands	3,500	3,500	100.0	1	—	—	—	—	—	

Schedule 1 (*continued*)

Member	General Resources Account				Credit Outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³ +	PRGF Trust ⁴ +	Total ⁵ (D)	
		Total	Percent of quota		Amount (A)	Percent ²				
Mauritania	64,400	64,406	100.0	--	--	--	77,500	77,500		
Mauritius	101,600	87,125	85.8	14,476	--	--	--	--		
Mexico	2,585,800	2,279,346	88.1	306,529	--	--	--	--		
Micronesia, Federated States of	5,100	5,100	100.0	1	--	--	--	--		
Moldova, Republic of	123,200	203,200	164.9	5	80,000	0.12	--	27,720	107,720	
Mongolia	51,100	51,017	99.8	85	--	--	--	29,298	29,298	
Morocco	588,200	517,760	88.0	70,441	--	--	--	--	--	
Mozambique	113,600	113,600	100.0	7	--	--	--	144,375	144,375	
Myanmar	258,400	258,402	100.0	--	--	--	--	--	--	
Namibia	136,500	136,458	100.0	45	--	--	--	--	--	
Nepal	71,300	65,557	91.9	5,746	--	--	--	1,679	1,679	
Netherlands	5,162,400	3,018,010	58.5	2,144,401	--	--	--	--	--	
New Zealand	894,600	530,258	59.3	364,357	--	--	--	--	--	
Nicaragua	130,000	130,010	100.0	--	--	--	--	128,291	128,291	
Niger	65,800	57,240	87.0	8,561	--	--	--	76,344	76,344	
Nigeria	1,753,200	1,753,121	100.0	143	--	--	--	--	--	
Norway	1,671,700	945,469	56.6	726,247	--	--	--	--	--	
Oman	194,000	114,968	59.3	79,090	--	--	--	--	--	
Pakistan	1,033,700	1,744,395	168.8	118	710,812	1.08	--	737,640	1,448,452	
Palau	3,100	3,100	100.0	1	--	--	--	--	--	
Panama	206,600	230,585	111.6	11,860	35,833	0.05	--	--	35,833	
Papua New Guinea	131,600	216,778	164.7	368	85,540	0.13	--	--	85,540	
Paraguay	99,900	78,428	78.5	21,475	--	--	--	--	--	
Peru	638,400	745,433	116.8	--	107,000	0.16	--	--	107,000	
Philippines	879,900	1,881,914	213.9	87,276	1,089,282	1.65	--	--	1,089,282	
Poland, Republic of	1,369,000	855,136	62.5	513,864	--	--	--	--	--	
Portugal	867,400	514,358	59.3	353,082	--	--	--	--	--	
Qatar	263,800	155,709	59.0	108,092	--	--	--	--	--	
Romania	1,030,200	1,393,613	135.3	--	363,408	0.55	--	--	363,408	
Russian Federation	5,945,400	10,220,142	171.9	1,184	4,275,896	6.48	--	--	4,275,896	
Rwanda	80,100	80,113	100.0	--	--	--	--	62,454	62,454	
St. Kitts and Nevis	8,900	9,429	105.9	82	609	--	--	--	609	
St. Lucia	15,300	15,295	100.0	7	--	--	--	--	--	
St. Vincent and the Grenadines	8,300	7,800	94.0	500	--	--	--	--	--	
Samoa	11,600	10,918	94.1	693	--	--	--	--	--	
San Marino, Republic of	17,000	12,900	75.9	4,101	--	--	--	--	--	
São Tomé and Príncipe	7,400	7,403	100.0	-- ⁶	--	--	--	1,902	1,902	
Saudi Arabia	6,985,500	4,230,520	60.6	2,754,983	--	--	--	--	--	
Senegal	161,800	160,345	99.1	1,457	--	--	--	178,158	178,158	
Serbia and Montenegro	467,700	984,639	210.5	--	516,925	0.78	--	--	516,925	
Seychelles	8,800	8,799	100.0	1	--	--	--	--	--	
Sierra Leone	103,700	103,685	100.0	24	--	--	5,404	109,069	114,473	
Singapore	862,500	496,791	57.6	365,867	--	--	--	--	--	
Slovak Republic	357,500	357,505	100.0	--	--	--	--	--	--	
Slovenia, Republic of	231,700	136,124	58.8	95,587	--	--	--	--	--	
Solomon Islands	10,400	9,852	94.7	550	--	--	--	--	--	
Somalia	44,200	140,907	318.8	--	96,701	0.15	8,840	--	112,004	
South Africa	1,868,500	1,868,077	100.0	425	--	--	--	--	--	
Spain	3,048,900	1,840,214	60.4	1,208,691	--	--	--	--	--	
Sri Lanka	413,400	586,277	141.8	47,818	220,670	0.34	--	55,190	275,860	
Sudan	169,700	526,647	310.3	11	356,927	0.54	--	--	416,155	
Suriname	92,100	85,976	93.4	6,125	--	--	--	--	--	
Swaziland	50,700	44,154	87.1	6,552	--	--	--	--	--	
Sweden	2,395,500	1,362,919	56.9	1,032,588	--	--	--	--	--	
Switzerland	3,458,500	1,983,225	57.3	1,475,292	--	--	--	--	--	

Schedule 1 (concluded)

Member	General Resources Account				Credit Outstanding					
	Quota	IMF's holdings of currencies ¹		Reserve tranche position	GRA		SDA ³	PRGF		Total ⁵
		Total	Percent of quota		Amount	Percent ²		Trust ⁴	Total ⁵	
Syrian Arab Republic	293,600	293,603	100.0	5	—	—	—	—	—	—
Tajikistan, Republic of	87,000	87,000	100.0	2	—	—	—	60,960	60,960	60,960
Tanzania	198,900	188,903	95.0	9,999	—	—	—	293,878	293,878	293,878
Thailand	1,081,900	1,219,383	112.7	20	137,500	0.21	—	—	—	137,500
Timor-Leste, The Democratic Republic of	8,200	8,200	100.0	1	—	—	—	—	—	—
Togo	73,400	73,095	99.6	305	—	—	—	35,838	35,838	35,838
Tonga	6,900	5,195	75.3	1,712	—	—	—	—	—	—
Trinidad and Tobago	335,600	249,238	74.3	86,366	—	—	—	—	—	—
Tunisia	286,500	266,335	93.0	20,167	—	—	—	—	—	—
Turkey	964,000	17,433,968	1,808.5	112,775	16,582,740	25.13	—	—	—	16,582,740
Turkmenistan, Republic of	75,200	75,200	100.0	5	—	—	—	—	—	—
Uganda	180,500	180,506	100.0	— ⁶	—	—	—	183,571	183,571	183,571
Ukraine	1,372,000	2,689,977	196.1	3	1,317,977	2.00	—	—	—	1,317,977
United Arab Emirates	611,700	359,134	58.7	252,567	—	—	—	—	—	—
United Kingdom	10,738,500	6,218,175	57.9	4,520,352	—	—	—	—	—	—
United States	37,149,300	20,713,655	55.8	16,430,162	—	—	—	—	—	—
Uruguay	306,500	1,829,532	596.9	—	1,523,025	2.31	—	—	—	1,523,025
Uzbekistan, Republic of	275,600	317,163	115.1	5	41,563	0.06	—	—	—	41,563
Vanuatu	17,000	14,506	85.3	2,496	—	—	—	—	—	—
Venezuela, República Bolivariana de	2,659,100	2,337,199	87.9	321,902	—	—	—	—	—	—
Vietnam	329,100	333,127	101.2	5	4,027	0.01	—	263,120	267,147	267,147
Yemen, Republic of	243,500	287,739	118.2	13	44,250	0.07	—	238,750	283,000	283,000
Zambia	489,100	489,101	100.0	18	—	—	109,050	636,529	745,579	745,579
Zimbabwe	353,400	470,579	133.2	328	117,505	0.18	—	88,623	206,128	206,128
Total	212,731,300	210,699,065		68,008,951	65,977,977	100.00	136,599	6,667,296	72,870,452	72,870,452

¹ Includes nonnegotiable, non-interest-bearing notes that members are entitled to issue in substitution for currencies, and outstanding currency valuation adjustments.

² Represents the percentage used by each member of total use of GRA resources (column A).

³ The Special Disbursement Account (SDA) of the General Department had financed loans under Structural Adjustment Facility (SAF) and Poverty Reduction Growth Facility (PRGF) arrangements.

⁴ For information purposes only. The PRGF Trust provides financing under PRGF arrangements and is not a part of the General Department.

⁵ Includes outstanding Trust Fund loans to Liberia (SDR 23 million), Somalia (SDR 6 million), and Sudan (SDR 59 million).

⁶ Less than SDR 500.

Schedule 2

General Department
Financial Resources and Liquidity Position
in the General Resources Account
as at April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Total Resources		
Currencies	210,699,065	209,165,946
SDR holdings	962,641	1,484,927
Gold holdings	5,851,771	5,851,771
Other assets ¹	905,771	860,720
Total resources	218,419,248	217,363,364
Less: Non-Usable Resources²	120,427,867	113,418,434
of which: Credit outstanding	65,977,977	52,080,697
Equals: Usable Resources³	97,991,381	103,944,930
Less: Undrawn balances under GRA arrangements⁴	23,620,403	26,695,937
Equals: Uncommitted usable resources	74,370,978	77,248,993
Plus: Repurchases one year forward⁵	19,066,175	12,511,585
Less: Prudential balance⁶	32,612,340	30,932,860
Equals: One year forward commitment capacity (FCC)⁷	60,824,813	58,827,718
Memorandum items:		
Resources available under borrowing arrangements	34,000,000	34,000,000
Quotas of members that finance IMF transactions	163,061,700	154,664,300
Net uncommitted usable resources ⁸	60,589,269	64,748,491
Liquid liabilities ⁹	68,008,951	55,327,139
Liquidity ratio ¹⁰	89.1%	117.0%

¹Other assets reflect current assets (charges, interest, and other receivables) and other assets (which include capital assets such as land, buildings, and equipment), net of other liabilities including remuneration payable.

²Resources regarded as non-usable in the financing of the IMF's ongoing operations and transactions are (1) gold holdings, (2) currencies of members that are using IMF credit, (3) currencies of other members with relatively weak external positions, and (4) other assets.

³Usable resources consist of (1) holdings of currencies of members considered by the IMF as having balance of payments and reserve positions sufficiently strong for their currencies to be used in transfers, (2) SDR holdings, and (3) any unused amounts under credit lines that have been activated.

⁴Amounts committed under arrangements but not yet disbursed. This includes arrangements considered precautionary and Contingent Credit Lines.

⁵Repurchases by member countries during the coming one-year period. It is assumed that repurchases would be made on an expectation basis for SRF and CCL, and on an obligation basis under all other facilities.

⁶Prudential balance is set at 20 percent of quotas of members that issue the currencies that are used in the financing of IMF transactions and any amounts activated under borrowing arrangements.

⁷FCC is a measure of the resources available for new financial commitments in the coming year. It is equal to uncommitted usable resources plus repurchases one-year forward minus the prudential balance.

⁸Net uncommitted usable resources are defined as usable resources less resources committed under arrangements (adjusted to exclude inoperative arrangements, one-half of the amounts committed under precautionary arrangements) and minimum working balances (set at 10 percent of the quotas of members deemed sufficiently strong for their currencies to be used in operations and transactions).

⁹Liquid liabilities consist of (1) members' reserve tranche positions, and (2) the amount of any outstanding borrowing by the IMF under the GAB or NAB. Both reserve tranche positions and outstanding lending under the GAB and NAB (together called members' reserve positions in the IMF) are part of members' international reserves. A member may draw on its reserve position when it represents that it has a need, and the IMF must therefore at all times be in a position to meet such requests.

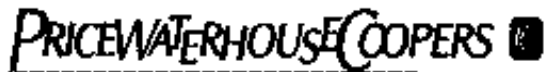
¹⁰The liquidity ratio is a measure of the IMF's liquidity position, represented by the ratio of its net uncommitted usable resources to its liquid liabilities.

General Department

Status of Arrangements
as at April 30, 2003*(In thousands of SDRs)*

Member	Date of Arrangement	Expiration	Total Amount Agreed	Undrawn Balance
General Resources Account				
Stand-By Arrangements				
Argentina	January 24, 2003	August 31, 2003	2,174,500	1,201,300
Bolivia	April 2, 2003	April 1, 2004	85,750	42,870
Bosnia and Herzegovina	August 2, 2002	November 1, 2003	67,600	36,000
Brazil	September 6, 2002	December 31, 2003	22,821,120 ¹	15,215,070
Bulgaria	February 27, 2002	February 26, 2004	240,000	104,000
Colombia	January 15, 2003	January 14, 2005	1,548,000	1,548,000
Croatia, Republic of	February 3, 2003	April 2, 2004	105,880	105,880
Dominica	August 28, 2002	August 27, 2003	3,280	1,230
Ecuador	March 21, 2003	April 20, 2004	151,000	120,800
Jordan	July 3, 2002	July 2, 2004	85,280	74,620
Macedonia, former Yugoslav Republic of	April 30, 2003	June 15, 2004	20,000	20,000
Peru	February 1, 2002	February 29, 2004	255,000	255,000
Romania	October 31, 2001	October 15, 2003	300,000	110,223
Turkey	February 4, 2002	December 31, 2004	12,821,200	2,381,400
Uruguay	April 1, 2002	March 31, 2005	2,128,300 ²	798,100
Total Stand-By Arrangements			<u>42,806,910</u>	<u>22,014,493</u>
Extended Arrangements				
Indonesia	February 4, 2000	December 31, 2003	3,638,000	1,032,180
Serbia and Montenegro	May 14, 2002	May 13, 2005	650,000	450,000
Sri Lanka	April 18, 2003	April 17, 2006	144,400	123,730
Total Extended Arrangements			<u>4,432,400</u>	<u>1,605,910</u>
Total General Resources Account			<u>47,239,310</u>	<u>23,620,403</u>

¹Includes SDR 7.61 billion available until September 5, 2003 under the Supplemental Reserve Facility, of which SDR 3.8 billion was drawn.²Includes SDR 128 million available under the Supplemental Reserve Facility which has been fully drawn.



PricewaterhouseCoopers LLP
 Suite 800W
 1301 K Street NW
 Washington DC 20005
 Telephone (202) 414 1000
 Facsimile (202) 414 1301

Report of the Independent Accountants

To the Board of Governors of the International Monetary Fund:

In our opinion, the accompanying balance sheets and the related statements of income and cash flows give a true and fair view of the financial condition of the SDR Department of the International Monetary Fund (the "IMF") as at April 30, 2003 and 2002, and its results of operations and cash flows for the years then ended in conformity with International Accounting Standards. These financial statements are the responsibility of the IMF's management; our responsibility is to express an opinion on these financial statements based on our audits. We conducted our audits of these statements in accordance with International Standards on Auditing, which require that we plan and perform the audits to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements, assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, and evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audits provide a reasonable basis for our opinion.

Our audits were conducted for the purpose of forming an opinion on the basic financial statements taken as a whole. The supplementary information on pages 173 to 178 is presented for purposes of additional analysis and is not a required part of the basic financial statements. The supplementary information has been subjected to the auditing procedures applied in the audits of the financial statements and, in our opinion, is fairly stated, in all material respects, in relation to the financial statements taken as a whole.

June 16, 2003

SDR Department
Balance Sheets
as at April 30, 2003 and 2002
(In thousands of SDRs)

	2003	2002	2003	2002
Assets				
Charges receivable	93,221	119,954		
Overdue assessments and charges (Note 3)	85,849	108,863	93,562	120,458
Participants with holdings below allocations (Note 2)				
Allocations	11,967,946	12,484,980		
Less: SDR holdings	3,953,068	3,847,668	15,971,257	15,778,796
Allocations in excess of holdings	8,014,878	8,637,312	9,465,384	8,948,350
			6,505,873	6,830,446
Liabilities				
Interest payable			962,641	1,484,927
Participants with holdings above allocations (Note 2)			631,872	430,298
SDR holdings				
Less: allocations				
Holdings in excess of allocations			8,193,948	8,866,129
Holdings by the General Resources Account				
Holdings of SDRs by prescribed holders				
Total Assets	<u>8,193,948</u>	<u>8,866,129</u>		

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Eduard Brau
Director, Finance Department

/s/ Horst Köhler
Managing Director

SDR Department
Income Statements
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002
(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Revenue		
Net charges from participants with holdings below allocations	173,884	240,177
Assessments on SDR allocations	1,600	2,409
	<u>175,484</u>	<u>242,586</u>
Expenses		
Interest on SDR holdings		
Net interest to participants with holdings above allocations	134,405	186,618
General Resources Account	28,038	41,283
Prescribed holders	11,441	12,276
	<u>173,884</u>	<u>240,177</u>
Administrative expenses	1,600	2,409
	<u>175,484</u>	<u>242,586</u>
Net Income	<u>—</u>	<u>—</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

SDR Department
Statements of Cash Flows
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002
(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Cash flows from operating activities		
Receipts of SDRs		
Transfers among participants and prescribed holders	6,000,803	5,053,550
Transfers from participants to the General Resources Account	4,554,703	3,992,991
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders	5,076,989	4,944,808
Total Receipts of SDRs	<u>15,632,495</u>	<u>13,991,349</u>
Uses of SDRs		
Transfers among participants and prescribed holders	5,838,527	4,825,971
Transfers from participants to the General Resources Account	4,524,125	3,937,218
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders	5,076,989	4,944,808
Charges paid in the SDR Department	215,704	272,764
Other	(22,850)	10,588
Total Uses of SDRs	<u>15,632,495</u>	<u>13,991,349</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

SDR Department

Notes to the Financial Statements as at April 30, 2003 and 2002

1. Nature of Operations

The SDR is an international interest-bearing reserve asset created by the IMF following the First Amendment of the Articles of Agreement in 1969. All transactions and operations involving SDRs are conducted through the SDR Department. The SDR was created as a supplement to existing reserve assets and is allocated by the IMF to members participating in the SDR Department. Its value as a reserve asset derives, essentially, from the commitments of participants to hold and accept SDRs and to honor various obligations connected with its proper functioning as a reserve asset.

At April 30, 2003, all members of the IMF were participants in the SDR Department. SDRs have been allocated by the IMF to members that are participants in the SDR Department at the time of the allocation in proportion to their quotas in the IMF. Six allocations have been made (in 1970, 1971, 1972, 1979, 1980, and 1981) for a total of SDR 21.4 billion. A proposed amendment of the IMF's Articles of Agreement was approved by the Executive Board in January 1998 to allow for a special one-time allocation of SDRs equal to 21.4 billion. The amendment will enter into force after three-fifths of the members, having 85 percent of the total voting power, have accepted it. Upon termination of participation or liquidation of the SDR Department, the IMF will provide to holders the currencies received from the participants in settlement of their obligations. The IMF is empowered to prescribe certain official entities as holders of SDRs; at April 30, 2003 and 2002, 16 institutions were prescribed as holders. Prescribed holders do not receive allocations.

The SDR is also used by a number of international and regional organizations as a unit of account or as the basis for their units of account. Several international conventions also use the SDR as a unit of account, notably those expressing liability limits for the international transport of goods and services.

Uses of SDRs

Participants and prescribed holders can use and receive SDRs in transactions and operations by agreement among themselves. Participants can also use SDRs in operations and transactions involving the General Resources Account, such as the payment of charges and repurchases. The IMF ensures, by designating participants to provide freely usable currency in exchange for SDRs, that a participant can use its SDRs to obtain an equivalent amount of currency if it has a need because of its balance of payments, its reserve position, or developments in its reserves.

General Allocations and Cancellations of SDRs

The IMF has the authority to provide unconditional liquidity through general allocations of SDRs to participants in the SDR Department in proportion to their quotas in the IMF. The IMF cannot allocate SDRs to itself or to other

holders it prescribes. The Articles also provide for the cancellation of SDRs, although to date there have been no cancellations. In its decisions on general allocations of SDRs, the IMF, as prescribed under its Articles, has sought to meet the long-term global need to supplement existing reserve assets in such a manner as will promote the attainment of the IMF's purposes and avoid economic stagnation and deflation, as well as excess demand and inflation.

2. Summary of Significant Accounting Policies

Basis of Presentation

The financial statements of the IMF are prepared in accordance with International Accounting Standards (IAS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below. The preparation of financial statements in conformity with IAS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates.

Unit of Account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2003 and 2002 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.426
Japanese yen	21.0
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.577

As of April 30, 2003, one SDR was equal to 1.38391 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.26771 U.S. dollars as of April 30, 2002).

Allocations and Holdings

At April 30, 2003 and 2002, IMF net cumulative allocations to participants totaled SDR 21.4 billion. Participants with holdings in excess of their allocations have established a net claim on the SDR Department, which is represented on the balance sheet as a liability. Participants with holdings below their allocations have used part of their allocations, which results in a net obligation to the SDR Department and is presented as an asset of the SDR Department. Participants' net SDR positions as of April 30, 2003 and 2002 were as follows:

	2003			2002		
	Total	Below Allocations	Above Allocations	Total	Below Allocations	Above Allocations
<i>In millions of SDRs</i>						
Cumulative allocations	21,433.3	11,967.9	9,465.4	21,433.3	12,485.0	8,948.3
Holdings of SDRs by participants	19,924.4	3,953.1	15,971.3	19,626.4	3,847.7	15,778.7
Net SDR positions	1,508.9	8,014.8	16,505.9	1,806.9	8,637.3	16,830.4

A summary of SDR holdings is provided below:

	2003	2002
<i>In millions of SDRs</i>		
Participants	19,924.4	19,626.5
General Resources Account	962.6	1,484.9
Prescribed holders	631.8	430.3
	21,518.8	21,541.7
Less: Overdue charges receivable	85.5	108.4
Total holdings	21,433.3	21,433.3

Administrative Expenses

The expenses of conducting the business of the SDR Department are paid by the IMF from the General Resources Account, which is reimbursed in SDRs by the SDR Department at the end of each financial year. For this purpose, the SDR Department levies an assessment on all participants in proportion to their net cumulative allocations.

Interest and Charges

Interest is paid on holdings of SDRs. Charges are levied on each participant's cumulative allocations plus any allocations in excess of holdings of the participant and unpaid charges. Interest on SDR holdings is paid quarterly. Charges on net cumulative allocations are also collected quarterly. Interest and charges are levied at the same rate and are settled by crediting and debiting individual holdings accounts on the first day of the subsequent quarter. The SDR Department is required to pay interest to each holder, whether or not sufficient SDRs are received to meet the payment of interest. If sufficient SDRs are not received because charges are overdue, additional SDRs are temporarily created.

The rate of interest on the SDR is determined by reference to a combined market interest rate, which is a weighted

average of yields or rates on short-term instruments in the capital markets of the euro area, Japan, the United Kingdom, and the United States. The combined market interest rate used to determine the SDR interest rate is calculated each Friday, using the yields or rates of that day. The SDR interest rate, which is set equal to the combined market interest rate, enters into effect on the following Monday and applies through the following Sunday. The average SDR interest rate was 2.07 percent for the year ended April 30, 2003 (2.79 percent for the year ended April 30, 2002).

Overdue Obligations

An allowance for losses resulting from overdue SDR obligations would be created if and when the IMF were to expect a loss to be incurred; no losses have been incurred in the past, and it is the current expectation that no losses will be incurred in the future, and consequently no allowance account has been established.

3. Overdue Assessments and Charges

At April 30, 2003, assessments and charges amounting to SDR 85.8 million were overdue to the SDR Department (SDR 108.9 million at April 30, 2002). At April 30, 2003, four members were six months or more overdue in meeting their financial obligations to the SDR Department (six members at April 30, 2002).

Assessments and charges due from members that are six months or more overdue to the SDR Department were as follows as of April 30:

	2003	2002
<i>In millions of SDRs</i>		
Total	85.8	108.9
Overdue for six months or more	83.9	104.2
Overdue for three years or more	68.1	74.2

The amount and duration of arrears as of April 30, 2003 were as follows:

	Total	Longest Overdue Obligation
<i>In millions of SDRs</i>		
Iraq	52.3	November 1990
Liberia	23.5	April 1986
Somalia	9.9	February 1991
Sudan	0.1	April 1991
Total	85.8	

SDR Department
Statements of Changes in SDR Holdings
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	Participants	General Resources Account	Prescribed Holders	Total	
				2003	2002
Total holdings, beginning of the year	19,626,464	1,484,927	430,298	21,541,689	21,531,101
Receipts of SDRs					
Transfers among participants and prescribed holders					
Transactions by agreement	2,759,085	—	99,331	2,858,416	3,669,075
Operations					
Loans	464,746	—	—	464,746	250
Settlement of financial obligations	546,849	—	174,770	721,619	290,246
IMF-related operations					
SAF and PRGF loans	771,606	—	—	771,606	267,991
SAF repayments and interest	—	—	159,282	159,282	17,136
Special charges on SAF, PRGF, Trust Fund	—	—	95	95	2
PRGF contributions and payments	84,359	—	414,479	498,838	180,839
PRGF repayments and interest	—	—	334,263	334,263	330,349
HIPC payments	2,830	—	—	2,830	6,726
PRGF-HIPC contributions	1,037	—	25,137	26,174	61,402
SCA-2 refunds	—	—	—	—	1,182
Post-conflict subsidy payments	658	—	—	658	773
Net interest on SDRs	151,111	—	11,165	162,276	227,579
Transfers from participants to the General Resources Account					
Repurchases	—	1,954,711	—	1,954,711	1,630,640
Charges	—	2,505,183	—	2,505,183	2,303,949
Quota payments	—	62,468	—	62,468	250
Interest on SDRs	—	30,578	—	30,578	55,773
Assessment on SDR allocation (Note 2)	—	1,763	—	1,763	2,379
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders					
Purchases	2,215,089	—	—	2,215,089	2,360,765
In exchange for currencies of other members					
Acquisitions to pay charges	1,597,594	—	—	1,597,594	1,129,701
Remuneration	1,175,248	—	—	1,175,248	1,360,694
Other					
Refunds and adjustments	89,058	—	—	89,058	93,648
Total receipts	9,859,270	4,554,703	1,218,522	15,632,495	13,991,349

Schedule 1 (*concluded*)

	Participants	General Resources Account	Prescribed Holders	Total	
				2003	2002
Uses of SDRs					
Transfers among participants and prescribed holders					
Transactions by agreement	2,795,095	—	63,321	2,858,416	3,669,075
Operations					
Loans	464,746	—	—	464,746	250
Settlement of financial obligations	639,516	—	82,103	721,619	290,246
IMF-related operations					
SAF and PRGF loans	—	—	771,606	771,606	267,991
SAF repayments and interest	159,282	—	—	159,282	17,136
Special charges on SAF, PRGF, Trust Fund	95	—	—	95	2
PRGF contributions and payments	414,479	—	84,359	498,838	180,839
PRGF repayments and interest	334,263	—	—	334,263	330,349
HIPC payments	—	—	2,830	2,830	6,726
PRGF-HIPC contributions	14,103	—	12,071	26,174	61,402
SCA-2 refunds	—	—	—	—	1,182
Post-conflict subsidy payments	—	—	658	658	773
Transfers from participants to the General Resources Account					
Repurchases	1,954,711	—	—	1,954,711	1,630,640
Charges	2,505,183	—	—	2,505,183	2,303,949
Quota payments	62,468	—	—	62,468	250
Assessment on SDR allocation (Note 2)	1,763	—	—	1,763	2,379
Transfers from the General Resources Account to participants and prescribed holders					
Purchases	—	2,215,089	—	2,215,089	2,360,765
In exchange for currencies of other members					
Acquisitions to pay charges	—	1,597,594	—	1,597,594	1,129,701
Remuneration	—	1,175,248	—	1,175,248	1,360,694
Other					
Refunds and adjustments	—	89,058	—	89,058	93,648
Charges paid in the SDR department					
Net charges due	192,854	—	—	192,854	283,352
Total uses	9,538,558	5,076,989	1,016,948	15,632,495	13,991,349
Charges not paid when due	5,873	—	—	5,873	12,177
Settlement of unpaid charges	(28,723)	—	—	(28,723)	(1,589)
Total holdings, end of the year	19,924,326	962,641	631,872	21,518,839	21,541,689

**SDR Department
Allocations and Holdings of Participants
as at April 30, 2003**

(In thousands of SDRs)

Participant	Net Cumulative Allocations	Holdings		
		Total	Percent of Cumulative Allocations	Above (Below) Allocations
Afghanistan, Islamic State of	26,703	—	—	(26,703)
Albania	—	60,922	—	60,922
Algeria	128,640	94,006	73.1	(34,634)
Angola	—	142	—	142
Antigua and Barbuda	—	6	—	6
Argentina	318,370	736,309	231.3	417,939
Armenia, Republic of	—	17,385	—	17,385
Australia	470,545	104,049	22.1	(366,496)
Austria	179,045	127,824	71.4	(51,221)
Azerbaijan	—	3,177	—	3,177
Bahamas, The	10,230	121	1.2	(10,109)
Bahrain, Kingdom of	6,200	747	12.0	(5,453)
Bangladesh	47,120	2,701	5.7	(44,419)
Barbados	8,039	36	0.4	(8,003)
Belarus, Republic of	—	203	—	203
Belgium	485,246	415,100	85.5	(70,146)
Belize	—	1,500	—	1,500
Benin	9,409	241	2.6	(9,168)
Bhutan	—	240	—	240
Bolivia	26,703	27,027	101.2	324
Bosnia and Herzegovina	20,481	1,258	6.1	(19,223)
Botswana	4,359	32,874	754.2	28,515
Brazil	358,670	206,204	57.5	(152,466)
Brunei Darussalam	—	7,205	—	7,205
Bulgaria	—	52,503	—	52,503
Burkina Faso	9,409	274	2.9	(9,135)
Burundi	13,697	133	1.0	(13,564)
Cambodia	15,417	2,001	13.0	(13,416)
Cameroon	24,463	748	3.1	(23,715)
Canada	779,290	538,136	69.1	(241,154)
Cape Verde	620	4	0.6	(616)
Central African Republic	9,325	54	0.6	(9,271)
Chad	9,409	56	0.6	(9,353)
Chile	121,924	27,859	22.8	(94,065)
China	236,800	706,890	298.5	470,090
Colombia	114,271	112,353	98.3	(1,918)
Comoros	716	18	2.5	(698)
Congo, Democratic Republic of	86,309	5,720	6.6	(80,589)
Congo, Republic of	9,719	165	1.7	(9,554)
Costa Rica	23,726	77	0.3	(23,649)
Côte d'Ivoire	37,828	679	1.8	(37,149)
Croatia, Republic of	44,205	516	1.2	(43,689)
Cyprus	19,438	1,636	8.4	(17,802)
Czech Republic	—	4,026	—	4,026
Denmark	178,864	87,356	48.8	(91,508)
Djibouti	1,178	457	38.8	(721)
Dominica	592	17	2.9	(575)
Dominican Republic	31,585	326	1.0	(31,259)
Ecuador	32,929	1,833	5.6	(31,096)
Egypt	135,924	38,483	28.3	(97,441)

Schedule 2 (continued)

SDR Department
Allocations and Holdings of Participants
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

Participant	Net Cumulative Allocations	Holdings		
		Total	Percent of Cumulative Allocations	Above (Below) Allocations
El Salvador	24,985	24,983	100.0	(2)
Equatorial Guinea	5,812	266	4.6	(5,546)
Eritrea	—	—	—	—
Estonia, Republic of	—	50	—	50
Ethiopia	11,160	54	0.5	(11,106)
Fiji	6,958	5,070	72.9	(1,888)
Finland	142,690	147,733	103.5	5,043
France	1,079,870	472,597	43.8	(607,273)
Gabon	14,091	369	2.6	(13,722)
Gambia, The	5,121	33	0.6	(5,088)
Georgia	—	376	—	376
Germany	1,210,760	1,283,682	106.0	72,922
Ghana	62,983	2,207	3.5	(60,776)
Greece	103,544	12,041	11.6	(91,503)
Grenada	930	25	2.7	(905)
Guatemala	27,678	5,951	21.5	(21,727)
Guinea	17,604	170	1.0	(17,434)
Guinea-Bissau	1,212	684	56.4	(528)
Guyana	14,530	1,405	9.7	(13,125)
Haiti	13,697	1,838	13.4	(11,859)
Honduras	19,057	293	1.5	(18,764)
Hungary	—	25,970	—	25,970
Iceland	16,409	84	0.5	(16,325)
India	681,170	2,835	0.4	(678,335)
Indonesia	238,956	40,392	16.9	(198,564)
Iran, Islamic Republic of	244,056	268,062	109.8	24,006
Iraq	68,464	—	—	(68,464)
Ireland	87,263	49,861	57.1	(37,402)
Israel	106,360	4,115	3.9	(102,245)
Italy	702,400	82,695	11.8	(619,705)
Jamaica	40,613	330	0.8	(40,283)
Japan	891,690	1,800,779	202.0	909,089
Jordan	16,887	5,202	30.8	(11,685)
Kazakhstan, Republic of	—	766	—	766
Kenya	36,990	7,634	20.6	(29,356)
Kiribati	—	10	—	10
Korea	72,911	10,064	13.8	(62,847)
Kuwait	26,744	100,482	375.7	73,738
Kyrgyz Republic	—	5,046	—	5,046
Lao People's Democratic Republic	9,409	7,187	76.4	(2,222)
Latvia, Republic of	—	125	—	125
Lebanon	4,393	20,251	461.0	15,858
Lesotho	3,739	435	11.6	(3,304)
Liberia	21,007	—	—	(21,007)
Libya	58,771	452,609	770.1	393,838
Lithuania, Republic of	—	286	—	286
Luxembourg	16,955	7,140	42.1	(9,815)
Macedonia, former Yugoslav Republic of	8,379	4,132	49.3	(4,247)
Madagascar	19,270	107	0.6	(19,163)
Malawi	10,975	314	2.9	(10,661)

Schedule 2 (continued)

SDR Department
Allocations and Holdings of Participants
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

Participant	Net Cumulative Allocations	Total	Holdings	
			Percent of Cumulative Allocations	Above (Below) Allocations
Malaysia	139,048	113,704	81.8	(25,344)
Maldives	282	285	101.1	3
Mali	15,912	262	1.6	(15,650)
Malta	11,288	29,191	258.6	17,903
Marshall Islands	—	—	—	—
Mauritania	9,719	105	1.1	(9,614)
Mauritius	15,744	17,083	108.5	1,339
Mexico	290,020	288,483	99.5	(1,537)
Micronesia, Federated States of	—	1,182	—	1,182
Moldova, Republic of	—	615	—	615
Mongolia	—	26	—	26
Morocco	85,689	82,325	96.1	(3,364)
Mozambique	—	53	—	53
Myanmar	43,474	345	0.8	(43,129)
Namibia	—	17	—	17
Nepal	8,105	44	0.5	(8,061)
Netherlands	530,340	536,233	101.1	5,893
New Zealand	141,322	16,613	11.8	(124,709)
Nicaragua	19,483	118	0.6	(19,365)
Niger	9,409	1,567	16.7	(7,842)
Nigeria	157,155	771	0.5	(156,384)
Norway	167,770	231,168	137.8	63,398
Oman	6,262	6,863	109.6	601
Pakistan	169,989	91,954	54.1	(78,035)
Palau	—	—	—	—
Panama	26,322	587	2.2	(25,735)
Papua New Guinea	9,300	3,878	41.7	(5,422)
Paraguay	13,697	83,675	610.9	69,978
Peru	91,319	1,293	1.4	(90,026)
Philippines	116,595	11,519	9.9	(105,076)
Poland, Republic of	—	31,155	—	31,155
Portugal	53,320	57,255	107.4	3,935
Qatar	12,822	20,463	159.6	7,641
Romania	75,950	3,940	5.2	(72,010)
Russian Federation	—	27,079	—	27,079
Rwanda	13,697	21,452	156.6	7,755
St. Kitts and Nevis	—	6	—	6
St. Lucia	742	1,481	199.7	739
St. Vincent and the Grenadines	354	17	4.9	(337)
Samoa	1,142	2,383	208.7	1,241
San Marino, Republic of	—	444	—	444
São Tomé and Príncipe	620	19	3.0	(601)
Saudi Arabia	195,527	256,216	131.0	60,689
Senegal	24,462	1,497	6.1	(22,965)
Serbia and Montenegro	56,665	4,403	7.8	(52,262)
Seychelles	406	8	1.9	(398)
Sierra Leone	17,455	17,357	99.4	(98)
Singapore	16,475	132,341	803.3	115,866
Slovak Republic	—	853	—	853
Slovenia, Republic of	25,431	5,413	21.3	(20,018)

Schedule 2 (concluded)

SDR Department
Allocations and Holdings of Participants
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

Participant	Net Cumulative Allocations	Holdings		
		Total	Percent of Cumulative Allocations	Above (Below) Allocations
Solomon Islands	654	3	0.5	(651)
Somalia	13,697	—	—	(13,697)
South Africa	220,360	222,766	101.1	2,406
Spain	298,805	264,997	88.7	(33,808)
Sri Lanka	70,868	2,776	3.9	(68,092)
Sudan	52,192	265	0.5	(51,927)
Suriname	7,750	1,393	18.0	(6,357)
Swaziland	6,432	2,463	38.3	(3,969)
Sweden	246,525	135,278	54.9	(111,247)
Switzerland	—	12,573	—	12,573
Syrian Arab Republic	36,564	172	0.5	(36,392)
Tajikistan, Republic of	—	187	—	187
Tanzania	31,372	321	1.0	(31,051)
Thailand	84,652	2,349	2.8	(82,303)
Timor-Leste, The Democratic Republic of	—	—	—	—
Togo	10,975	134	1.2	(10,841)
Tonga	—	197	—	197
Trinidad and Tobago	46,231	345	0.7	(45,886)
Tunisia	34,243	5,657	16.5	(28,586)
Turkey	112,307	185,391	165.1	73,084
Turkmenistan, Republic of	—	—	—	—
Uganda	29,396	7,176	24.4	(22,220)
Ukraine	—	11,899	—	11,899
United Arab Emirates	38,737	946	2.4	(37,791)
United Kingdom	1,913,070	275,903	14.4	(1,637,167)
United States	4,899,530	8,292,339	169.2	3,392,809
Uruguay	49,977	19,681	39.4	(30,296)
Uzbekistan, Republic of	—	480	—	480
Vanuatu	—	857	—	857
Venezuela, República Bolivariana de	316,890	7,988	2.5	(308,902)
Vietnam	47,658	5,541	11.6	(42,117)
Yemen, Republic of	28,743	30,416	105.8	1,673
Zambia	68,298	51,707	75.7	(16,591)
Zimbabwe	10,200	49	0.5	(10,151)
Above allocations	9,465,384	15,971,257	168.7	6,505,873
Below allocations	11,967,946	3,953,068	33.0	(8,014,878)
Total Participants	21,433,330	19,924,326		
General Resources Account		962,641		
Prescribed holders		631,872		
Overdue charges	85,509			
	<u>21,518,839</u>	<u>21,518,839</u>		



PricewaterhouseCoopers LLP
Suite 800W
1301 K Street, NW
Washington DC 20005
Telephone (202) 414 1000
Facsimile (202) 414 1301

Report of the Independent Accountants

To the Board of Governors of the International Monetary Fund:

We have audited the accompanying combined balance sheets as at April 30, 2003 and 2002, and the related combined statements of income and changes in resources for the years then ended of the following entities:

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Poverty Reduction and Growth Facility—Heavily Indebted Poor Countries Trust and Related Accounts

We have also audited the accompanying balance sheets at April 30, 2003 and 2002, and the related statements of income and changes in resources for the years then ended of the following entities:

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts

- Austria
- Belgium
- Botswana
- Greece
- Indonesia
- Islamic Republic of Iran
- Portugal

Other Administered Accounts

- Administered Account Japan
- Administered Account for Selected Fund Activities—Japan
- Framework Administered Account for Technical Assistance Activities
- Administered Account—Spain
- Supplementary Financing Facility Subsidy Account
- Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account

These financial statements are the responsibility of the management of the International Monetary Fund, as trustee or administrator of the trusts and accounts listed above. Our responsibility is to express an opinion on these financial statements based on our audits.

We conducted our audits in accordance with International Standards on Auditing. Those standards require that we plan and perform the audits to obtain reasonable assurance about whether the financial statements are free of material misstatement. An audit includes examining, on a test basis, evidence supporting the amounts and disclosures in the financial statements. An audit also includes assessing the accounting principles used and significant estimates made by management, as well as evaluating the overall financial statement presentation. We believe that our audits provide a reasonable basis for our opinion.

In our opinion, the financial statements referred to above give a true and fair view of the financial position of the trusts and accounts listed above as at April 30, 2003 and 2002, and the results of their operations for the years then ended in conformity with International Accounting Standards.

Our audits were conducted for the purpose of forming an opinion on the basic financial statements taken as a whole. The supplementary information on pages 185 to 188 and 199 to 204 is presented for purposes of additional analysis and is not a required part of the basic financial statements. The supplementary information has been subjected to the auditing procedures applied in the audits of the respective financial statements and, in our opinion, is fairly stated, in all material respects, in relation to the financial statements taken as a whole.

June 16, 2003

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Combined Balance Sheets
as at April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Assets		
Cash and cash equivalents	2,481,040	2,684,641
Investments (Note 3)	3,205,052	2,629,285
Loans receivable (Note 4)	6,667,296	6,172,848
Interest receivable	18,979	15,993
Total Assets	12,372,367	11,502,767
Liabilities and Resources		
Borrowings (Note 5)	7,431,854	6,764,434
Interest payable	39,333	42,412
Other liabilities	2,930	76
Total Liabilities	7,474,117	6,806,922
Resources	4,898,250	4,695,845
Total Liabilities and Resources	12,372,367	11,502,767

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Eduard Brau
Director, Finance Department/s/ Horst Köhler
Managing Director

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Combined Statements of Income and Changes in Resources
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Balance, beginning of the year	4,695,845	4,518,775
Investment income (Note 3)	118,480	232,344
Interest on loans	31,058	30,292
Interest expense	(138,104)	(174,670)
Other expenses	(1,575)	(1,650)
Operational income	9,859	86,316
Contributions (Note 6)	43,287	60,096
	53,146	146,412
Transfers from the Special Disbursement Account (Note 8)	213,259	92,258
Transfers through the Special Disbursement Account to the PRGF-HIPC Trust (Note 8)	(64,000)	(61,600)
Net changes in resources	202,405	177,070
Balance, end of the year	4,898,250	4,695,845

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Notes to the Combined Financial Statements as at April 30, 2003 and 2002

1. Nature of Operations

The Poverty Reduction and Growth Facility Trust (PRGF Trust), for which the IMF is Trustee, was established in December 1987 and was extended and enlarged in February 1994 to provide loans on concessional terms to qualifying low-income developing country members. The resources of the Trust are held separately from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

The operations of the Trust are conducted through a Loan Account, a Reserve Account, and a Subsidy Account. Combining balance sheets and statements of income and changes in resources for each of these accounts are provided in Note 9 to these financial statements.

Loan Account

The resources of the Loan Account consist of the proceeds from borrowings, repayments of principal, and interest payments on loans extended by the Trust. At April 30, 2003, loans totaling SDR 6,667.3 million were outstanding (SDR 6,172.8 million at April 30, 2002). At April 30, 2003, the resources of the Loan Account included an advance from the Reserve Account of SDR 65.5 million resulting from the non-payment of principal by Zimbabwe (SDR 41.5 million at April 30, 2002).

Reserve Account

The resources of the Reserve Account consist of amounts transferred by the IMF from the Special Disbursement Account and net earnings from investment of resources held in the Reserve Account and in the Loan Account.

The resources held in the Reserve Account are to be used by the Trustee, in the event that borrowers' principal repayments and interest payments, together with the authorized interest subsidy, are insufficient to repay loan principal and interest on borrowings of the Loan Account.

Subsidy Account

The resources held in the Subsidy Account consist of contributions to the Trust, including transfers of net earnings from PRGF Administered Accounts, SDR 400 million transferred by the IMF from the Special Disbursement Account, net earnings on loans made to the Trust for the Subsidy Account, and the net earnings from investment of Subsidy Account resources.

The resources available in the Subsidy Account are drawn by the Trustee to pay the difference, with respect to each interest period, between the interest due from the borrowers under the Trust and the interest due on Loan Account borrowings.

2. Summary of Significant Accounting Policies

Basis of Presentation

The financial statements of the PRGF Trust are prepared in accordance with International Accounting Standards (IAS). Specific accounting principles and disclosure practices are

explained further below. The preparation of financial statements in conformity with IAS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates. The financial statements do not include a cash flow statement because the statement of income and changes in resources includes the PRGF Trust's main cash flows.

Revenue and Expense Recognition

The financial statements of the Trust are maintained on the accrual basis; accordingly, income is recognized as it is earned, and expenses are recorded as they are incurred.

Unit of Account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2003 and 2002 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.426
Japanese yen	21.0
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.577

As of April 30, 2003, one SDR was equal to 1.38391 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.26771 dollars as of April 30, 2002).

Cash and Cash Equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are denominated in SDRs or other currencies and are carried at cost, not exceeding market value. Interest on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Investments

The resources of the Trust are invested pending their use. The Trust invests in debt securities and fixed-term deposits, either directly or by participation in an investment pool. Investments are marked to market on the last business day of the accounting period. The carrying amounts of investments approximate their fair value. Purchases are valued and reflected on the trade date basis and sales are based on the actual settlement date valuations. Investment income comprises interest income, realized and unrealized gains and losses on investments, and currency valuation differences arising from exchange rate movements against the SDR.

Interest rate risk is managed by limiting the investment portfolio to a weighted-average effective duration that does not exceed three years. Currency risk is minimized by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies of the SDR basket. Risk is further minimized by ensuring that the currency composition of the investment portfolio matches, as closely as possible, the currency composition of the SDR basket.

Loans

Loans in the Trust are valued at historical cost. Allowances for loan losses would be established if and when the Trust expects to incur a loss; no losses have been incurred in the past, and it is the current expectation that no losses will be incurred in the future.

Overdue Obligations

Interest on loans that are six months or more overdue is excluded from income.

Contributions

Bilateral contributions are reflected as increases in resources after the achievement of specified conditions and are subject to bilateral agreements stipulating how the resources are to be used.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Foreign Currency Translation

Foreign currency transactions are recorded at the rate of exchange on the date of the transaction. At the balance sheet date, monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are reported using the closing exchange rates. Exchange differences arising on the settlement of transactions at rates different from those at the originating date of the transaction and unrealized foreign exchange differences on unsettled foreign currency monetary assets and liabilities are included in the determination of net income.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

3. Investments

The maturities of the investments are as follows:

Maturity as at April 30	2003	2002
<i>In thousands of SDRs</i>		
Less than 1 year	2,612,829	1,794,460
1-3 years	566,905	724,909
3-5 years	4,982	91,997
Over 5 years	20,336	17,919
Total	<u>3,205,052</u>	<u>2,629,285</u>

At April 30, investments consisted of the following:

	2003	2002
<i>In thousands of SDRs</i>		
Debt securities	2,923,255	2,271,428
Fixed-term deposits	<u>281,797</u>	<u>357,857</u>
Total	<u>3,205,052</u>	<u>2,629,285</u>

At April 30, investment income comprised:

	2003	2002
<i>In thousands of SDRs</i>		
Interest income	143,367	207,462
Realized losses, net	(52,803)	(26,318)
Unrealized gains, net	29,686	52,705
Exchange rate losses, net	<u>(1,770)</u>	<u>(1,505)</u>
Total	<u>118,480</u>	<u>232,344</u>

4. Loans Receivable

Resources of the Loan Account are committed to qualifying members for a three-year period, upon approval by the Trustee of three-year arrangements in support of the members' macroeconomic and structural adjustment programs. Interest on the outstanding loan balances is currently set at the rate of ½ of 1 percent per annum. Scheduled repayments of loans by borrowers are summarized below:

Period of Repayment, Financial Year Ending April 30	<i>In thousands of SDRs</i>
2004	835,429
2005	876,190
2006	854,789
2007	726,485
2008	817,790
2009 and beyond	2,491,070
Overdue	65,543
Total	<u>6,667,296</u>

The above includes one member that is overdue at the end of financial year 2003 for more than six months in the amount of SDR 65.5 million (SDR 41.5 million as at April 30, 2002).

As of April 30, use of credit in the Trust by the largest users was as follows:

	2003		2002
<i>In millions of SDRs and percent of total PRGF credit</i>			
Largest user of credit	737.6	11.1%	636.2 10.3%
Three largest users of credit	1,820.8	27.3%	1,571.6 25.5%
Five largest users of credit	2,469.8	37.0%	2,138.3 34.6%

5. Borrowings

The following summarizes the borrowing agreements concluded as of April 30:

	Amount Undrawn	
	2003	2002
<i>In thousands of SDRs</i>		
Loan Account	5,718,318	6,613,837
Subsidy Account	3,330	3,997

The Trustee has agreed to hold and invest, on behalf of a lender, principal repayments of Trust borrowing in a suspense account within the Loan Account. Principal repayments will be accumulated until the final maturity of the borrowing, when the full proceeds are to be transferred to the lender. Amounts deposited in this account are

invested by the Trustee, and payments of interest to the lender are to be made exclusively from the earnings on the amounts invested.

The Trust borrows on such terms and conditions as agreed between the Trustee and the lenders. Interest rates on borrowings at April 30, 2003 and April 30, 2002 varied between 0.5 percent and 6.9 percent a year. The principal amounts of the borrowings are repayable in one installment at maturity dates.

Scheduled repayments of borrowings are summarized below:

Period of Repayment, Financial Year Ending April 30	
	<i>In thousands of SDRs</i>
2004	704,176
2005	953,566
2006	1,504,589
2007	982,706
2008	822,951
2009 and beyond	2,463,866
Total	<u>7,431,854</u>

Borrowings and repayments during the financial year ended April 30, 2003 amounted to SDR 1,194 million and SDR 714 million, respectively (SDR 925 million and SDR 685 million, respectively, for the financial year ended April 30, 2002).

6. Contributions

The Trustee accepts contributions for the Subsidy Account on such terms and conditions as agreed between the Trustee and the contributors. At April 30, 2003, cumulative contributions received, including transfers from the Special Disbursement Account, amounted to SDR 2,395.8 million (SDR 2,352.5 million at April 30, 2002).

7. Commitments Under Loan Arrangements

An arrangement is a decision of the IMF that gives a member the assurance that the institution stands ready to provide foreign exchange or SDRs during a specified period and up to a specified amount in accordance with the terms of the decision. At April 30, 2003, undrawn balances under 36 loan arrangements amounted to SDR 2,473.8 million (SDR 2,700.6 million under 35 arrangements at April 30, 2002).

8. Transfers Through the Special Disbursement Account

The expenses of conducting the business of the Trust are paid by the General Resources Account of the IMF and reimbursed by the Reserve Account of the Trust through the Special Disbursement Account; corresponding transfers are made from the Reserve Account to the Special Disbursement Account when and to the extent needed. For financial years 2003 and 2002, the Executive Board of the IMF decided to forgo such reimbursement to the General Resources Account and to transfer an equivalent amount from the Reserve Account, through the Special Disbursement Account, to the PRGF-HIPC Trust. The amounts transferred for financial years 2003 and 2002 were SDR 64.0 million and SDR 61.6 million respectively.

Resources of up to SDR 250 million may be transferred, as needed, from the Reserve Account through the Special Disbursement Account to the PRGF-HIPC Trust to be used to provide grants or loans to eligible members under the HIPC initiative. At April 30, 2003 and 2002, SDR 43.5 million had been transferred for this purpose.

9. Combining Balance Sheets, Statements of Income and Changes in Resources

The balance sheets, statements of income and changes in resources for each of the accounts in the PRGF Trust are presented below:

Note 9

Combining Balance Sheets as at April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	Loan Account		Reserve Account		Subsidy Account		Combined	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Assets								
Cash and cash equivalents	453,718	341,378	1,102,840	1,263,561	924,482	1,079,702	2,481,040	2,684,641
Investments (Note 3)	281,797	204,657	1,959,143	1,591,760	964,112	832,868	3,205,052	2,629,285
Loans receivable (Note 4)	6,667,296	6,172,848	—	—	—	—	6,667,296	6,172,848
Accrued account transfers	19,270	14,221	3,208	13,068	(22,478)	(27,289)	—	—
Interest receivable	17,338	14,363	1,329	1,402	312	228	18,979	15,993
Total Assets	<u>7,439,419</u>	<u>6,747,467</u>	<u>3,066,520</u>	<u>2,869,791</u>	<u>1,866,428</u>	<u>1,885,509</u>	<u>12,372,367</u>	<u>11,502,767</u>
Liabilities and Resources								
Borrowings (Note 5)	7,333,068	6,664,950	—	—	98,786	99,484	7,431,854	6,764,434
Interest payable	37,878	40,947	—	—	1,455	1,465	39,333	42,412
Other liabilities	2,930	76	—	—	—	—	2,930	76
Total Liabilities	<u>7,373,876</u>	<u>6,705,973</u>	—	—	<u>100,241</u>	<u>100,949</u>	<u>7,474,117</u>	<u>6,806,922</u>
Resources	<u>65,543</u>	<u>41,494</u>	<u>3,066,520</u>	<u>2,869,791</u>	<u>1,766,187</u>	<u>1,784,560</u>	<u>4,898,250</u>	<u>4,695,845</u>
Total Liabilities and Resources	<u>7,439,419</u>	<u>6,747,467</u>	<u>3,066,520</u>	<u>2,869,791</u>	<u>1,866,428</u>	<u>1,885,509</u>	<u>12,372,367</u>	<u>11,502,767</u>

Note 9 (concluded)

**Combining Statements of Income and Changes in Resources
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002**

(In thousands of SDRs)

	Loan Account		Reserve Account		Subsidy Account		Combined	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Balance, beginning of the year	41,494	—	2,869,791	2,743,494	1,784,560	1,775,281	4,695,845	4,518,775
Investment income (Note 3)	486	191	74,918	138,942	43,076	93,211	118,480	232,344
Interest on loans	31,058	30,292	—	—	—	—	31,058	30,292
Interest expense	(136,437)	(172,875)	—	—	(1,667)	(1,795)	(138,104)	(174,670)
Other expenses	—	(76)	(1,575)	(1,574)	—	—	(1,575)	(1,650)
Operational (loss) income	(104,893)	(142,468)	73,343	137,368	41,409	91,416	9,859	86,316
Contributions (Note 6)	—	—	—	—	43,287	60,096	43,287	60,096
	(104,893)	(142,468)	73,343	137,368	84,696	151,512	53,146	146,412
Transfers from the Special Disbursement Account (Note 8)	—	—	213,259	92,258	—	—	213,259	92,258
Transfers through the Special Disbursement Account to the PRGF-HIPC Trust (Note 8)	—	—	(64,000)	(61,600)	—	—	(64,000)	(61,600)
Transfers between:								
Reserve and Subsidy Accounts	—	—	—	(52)	—	52	—	—
Loan and Reserve Accounts	25,873	41,677	(25,873)	(41,677)	—	—	—	—
Loan and Subsidy Accounts	103,069	142,285	—	—	(103,069)	(142,285)	—	—
Net changes in resources	24,049	41,494	196,729	126,297	(18,373)	9,279	202,405	177,070
Balance, end of the year	65,543	41,494	3,066,520	2,869,791	1,766,187	1,784,560	4,898,250	4,695,845

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Schedule of Outstanding Loans
as at April 30, 2003*(In thousands of SDRs)*

Member	PRGF Loan Account		Structural Adjustment Facility ¹	
	Balance	Percent	Balance	Percent
Albania	61,229	0.92	—	—
Armenia, Republic of	135,850	2.04	—	—
Azerbaijan	91,856	1.38	—	—
Benin	53,290	0.80	350	0.26
Bolivia	140,300	2.10	—	—
Burkina Faso	85,590	1.28	3,476	2.54
Cambodia	75,300	1.13	—	—
Cameroon	223,098	3.35	—	—
Cape Verde	2,460	0.04	—	—
Central African Republic	24,480	0.37	—	—
Chad	77,281	1.16	—	—
Comoros	—	—	270	0.20
Congo, Democratic Republic of	446,667	6.70	—	—
Congo, Republic of	9,727	0.15	—	—
Côte d'Ivoire	355,099	5.33	—	—
Djibouti	13,630	0.20	—	—
Equatorial Guinea	109	—	443	0.32
Ethiopia	94,056	1.41	7,766	5.69
Gambia, The	23,500	0.35	—	—
Georgia	193,800	2.91	—	—
Ghana	264,545	3.95	—	—
Guinea	99,000	1.48	—	—
Guinea-Bissau	13,349	0.20	—	—
Guyana	65,768	0.99	492	0.36
Haiti	12,140	0.18	—	—
Honduras	119,148	1.79	—	—
Kenya	64,616	0.97	—	—
Kyrgyz Republic	138,351	2.08	—	—
Lao People's Democratic Republic	30,011	0.45	—	—
Lesotho	15,133	0.23	—	—
Macedonia, former Yugoslav Republic of	27,185	0.41	—	—
Madagascar	108,653	1.63	—	—
Malawi	50,117	0.72	—	—
Mali	121,069	1.82	508	0.37
Mauritania	77,500	1.16	—	—
Moldova, Republic of	27,720	0.42	—	—
Mongolia	29,298	0.44	—	—
Mozambique	144,375	2.17	—	—
Nepal	1,679	0.03	—	—
Nicaragua	128,291	1.92	—	—
Niger	76,344	1.15	—	—
Pakistan	737,640	11.06	—	—
Rwanda	62,454	0.94	—	—
São Tomé and Príncipe	1,902	0.03	—	—
Senegal	178,158	2.67	—	—
Sierra Leone	109,069	1.64	5,404	3.96
Somalia	—	—	8,840	6.47
Sri Lanka	55,190	0.83	—	—
Tajikistan, Republic of	60,960	0.91	—	—
Tanzania	293,878	4.41	—	—
Togo	35,838	0.54	—	—
Uganda	183,571	2.75	—	—
Vietnam	263,120	3.95	—	—
Yemen, Republic of	238,750	3.58	—	—
Zambia	636,529	9.55	109,050	79.83
Zimbabwe	88,623	1.33	—	—
Total loans outstanding	6,667,296	100.00	136,599	100.00

¹Since Structural Adjustment Facility (SAF) loans have been disbursed in connection with PRGF arrangements, the above list includes these loans, as well as loans disbursed to members under SAF arrangements. These loans are held by the Special Disbursement Account and reflected in the financial statements of the General Department. Repayments of all SAF loans are transferred to the PRGF Reserve Account when received.

Schedule 2

Poverty Reduction and Growth Facility Trust
Contributions to and Resources of the Subsidy Account
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

Contributor ¹	Amount
Direct contributions to the Subsidy Account	
Argentina	18,133
Australia	5,592
Bangladesh	437
Canada	182,198
China	7,800
Czech Republic	9,000
Denmark	38,299
Egypt	9,000
Finland	22,684
Germany	132,832
Iceland	3,200
India	6,486
Ireland	4,223
Italy	146,059
Japan	506,997
Korea	31,663
Luxembourg	8,256
Morocco	6,580
Netherlands	89,753
Norway	28,074
Sweden	110,887
Switzerland	32,960
Turkey	5,000
United Kingdom	307,281
United States	126,079
Total direct contributions to the Subsidy Account	<u>1,839,473</u>
Net income transferred from PRGF Administered Accounts	
Austria	40,156
Belgium	76,902
Botswana	1,482
Chile	2,910
Greece	25,886
Indonesia	4,482
Iran, Islamic Republic of	1,312
Portugal	3,154
Total net income transferred from Administered Accounts	<u>156,284</u>
Total contributions received	1,995,757
Transfers from Special Disbursement Account	<u>400,000</u>
Total contributions received and transfers from Special Disbursement Account	2,395,757
Cumulative net income of the Subsidy Account	837,881
Resources disbursed to subsidize Trust lending	(1,467,451)
Total resources of the Subsidy Account	<u>1,766,187</u>

¹In addition to direct contributions, a number of members also make loans available to the Loan Account on concessional terms. See Schedule 3.

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Schedule of Borrowing Agreements
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

Member	Interest Rate (in percent)	Amount of Agreement	Amount Drawn	Outstanding Balance
Loan Account				
Prior to enlargement of PRGF				
Canada	Fixed ¹	300,000	300,000	115,161
France	0.50 ²	800,000	800,000	196,986
Germany	Variable ³	700,000	700,000	234,705
Italy	Variable ³	370,000	370,000	130,637
Japan	Variable ³	2,200,000	2,200,000	855,791
Korea	Variable ³	65,000	65,000	13,210
Norway	Variable ³	90,000	90,000	24,762
Spain	Variable ³	220,000	216,429 ⁴	5,062
Total prior to enlargement of PRGF		4,745,000	4,741,429	1,576,314
For enlargement of PRGF				
Belgium	Variable ³	350,000	198,041	198,041
Canada	Variable ³	400,000	316,913	312,403
China	Variable ³	200,000	143,522	141,730
Denmark	Variable ³	100,000	71,995	71,995
Egypt	Variable ³	155,600	100,000	97,231
France	Variable ²	2,100,000	741,819	736,167
Germany	Variable ³	2,050,000	757,784	756,308
Italy	Variable ³	1,010,000	529,916	529,916
Japan	Variable ³	2,934,800	1,689,533	1,685,665
Korea	Variable ³	27,700	27,700	27,700
Netherlands	Variable ³	450,000	105,179	105,179
Norway	Variable ³	60,000	60,000	58,680
OPEC Fund for International Development	Variable ³	36,129 ⁵	36,990	36,990
Spain—Government of Spain (ICO)	Fixed	67,000	67,000	67,000
Spain—Bank of Spain	Variable	425,000	41,410	41,410
Switzerland	Variable ³	401,700	161,810	154,824
Total for enlargement of PRGF		10,767,929	5,049,612	5,021,239
Resources held pending repayment	6	—	—	735,515 ⁶
Total—Loan Account		15,512,929	9,791,041	7,333,068
Subsidy Account				
Malaysia (1994 loans)	2.00	40,000	40,000	40,000
Malta	0.50	2,730	2,730	1,365
Pakistan	0.50	10,000	6,670	6,670
Singapore	2.00	80,000	80,000	40,000
Tunisia	0.50	3,551	3,551	3,551
Uruguay	Variable ⁷	7,200	7,200	7,200
Total—Subsidy Account		143,481	140,151	98,786

¹ The loans under this agreement are made at market-related rates of interest fixed at the time the loan was disbursed.² The agreement with France made before the enlargement of PRGF (SDR 800 million) provides that the interest rate shall be 0.5 percent on the first SDR 700 million drawn, and for variable, market-related rates of interest thereafter. The agreement with France made for the enlargement of the PRGF (SDR 2.1 billion) provides that the interest rate shall be 0.5 percent until the cumulative implicit interest subsidy reaches SDR 250 million, and at variable, market-related rates of interest thereafter.³ The loans under these agreements are made at variable, market-related rates of interest.⁴ The agreement expired with an undrawn balance of SDR 3.6 million.⁵ The agreement with the OPEC Fund for International Development is for an amount of \$50 million.⁶ This amount represents principal repayments held and invested on behalf of a lender.⁷ The interest rate payable on the borrowing from Uruguay is equal to the rate on SDR-denominated deposits less 2.6 percent a year.

Poverty Reduction and Growth Facility Trust

Status of Loan Arrangements
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

Member	Date of Arrangement	Expiration Date	Amount Agreed	Undrawn Balance
Albania	Jun. 21, 2002	Jun. 20, 2005	28,000	20,000
Armenia, Republic of	May 23, 2001	May 22, 2004	69,000	29,000
Azerbaijan	Jul. 6, 2001	Jul. 5, 2004	80,450	64,350
Benin	Jul. 17, 2000	Mar. 31, 2004	27,000	4,040
Cameroon	Dec. 21, 2000	Dec. 20, 2003	111,420	47,740
Cape Verde	Apr. 10, 2002	Apr. 9, 2005	8,640	6,180
Chad	Jan. 7, 2000	Dec. 6, 2003	47,600	10,400
Congo, Democratic Republic of	Jun. 12, 2002	Jun. 11, 2005	580,000	133,333
Côte d'Ivoire	Mar. 29, 2002	Mar. 28, 2005	292,680	234,140
Ethiopia	Mar. 22, 2001	Mar. 21, 2004	100,277	31,287
Gambia, The	Jul. 18, 2002	Jul. 17, 2005	20,220	17,330
Georgia	Jan. 12, 2001	Jan. 11, 2004	108,000	58,500
Guinea	May 2, 2001	May 1, 2004	64,260	38,556
Guinea-Bissau	Dec. 15, 2000	Dec. 14, 2003	14,200	9,120
Guyana	Sep. 20, 2002	Sep. 19, 2005	54,550	49,000
Kenya	Aug. 4, 2000	Aug. 3, 2003	190,000	156,400
Kyrgyz Republic	Dec. 6, 2001	Dec. 5, 2004	73,400	38,240
Lao People's Democratic Republic	Apr. 25, 2001	Apr. 24, 2004	31,700	18,110
Lesotho	Mar. 9, 2001	Mar. 8, 2004	24,500	10,500
Madagascar	Mar. 1, 2001	Nov. 30, 2004	79,430	45,389
Malawi	Dec. 21, 2000	Dec. 20, 2003	45,110	38,670
Mali	Aug. 6, 1999	Aug. 5, 2003	51,315	6,150
Moldova, Republic of	Dec. 21, 2000	Dec. 20, 2003	110,880	83,160
Mongolia	Sep. 28, 2001	Sep. 27, 2004	28,490	24,420
Mozambique	Jun. 28, 1999	Jun. 27, 2003	87,200	16,800
Nicaragua	Dec. 13, 2002	Dec. 12, 2005	97,500	90,535
Niger	Dec. 22, 2000	Dec. 21, 2003	59,200	25,360
Pakistan	Dec. 6, 2001	Dec. 5, 2004	1,033,700	602,980
Rwanda	Aug. 12, 2002	Aug. 11, 2005	4,000	3,426
Senegal	Apr. 28, 2003	Apr. 27, 2006	24,270	24,270
Sierra Leone	Sep. 26, 2001	Sep. 25, 2004	130,840	56,003
Sri Lanka	Apr. 18, 2003	Apr. 17, 2006	269,000	230,610
Tajikistan, Republic of	Dec. 11, 2002	Dec. 10, 2005	65,000	57,000
Tanzania	Apr. 4, 2000	Jun. 30, 2003	135,000	15,000
Uganda	Sep. 13, 2002	Sep. 12, 2005	13,500	12,000
Vietnam	Apr. 13, 2001	Apr. 12, 2004	290,000	165,800
			<u>4,450,332</u>	<u>2,473,799</u>

¹ The Saudi Fund for Development may also provide resources to support arrangements under the PRGF through loans to qualifying members in association with loans under the PRGF. As at April 30, 2003, SDR 49.5 million of such associated loans had been disbursed.

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts

Balance Sheets
as at April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	Austria		Belgium		Botswana			
	2003	2002	2003	2002	2003	2002		
Assets								
Cash and cash equivalents	—	—	80,000	..	—	—		
Investments (Note 3)	25,000	35,000	—	80,000	6,894	6,894		
Advance payments to the PRGF Trust Subsidy Account	102	160	—		116	116		
Interest receivable	—	—	225	20	—	—		
Total Assets	<u>25,102</u>	<u>35,160</u>	<u>80,225</u>	<u>80,020</u>	<u>7,010</u>	<u>7,010</u>		
Liabilities and Resources								
Deposits (Note 4)	25,000	35,000	80,000	80,000	6,894	6,894		
Interest payable	102	160	2	2	116	116		
Total liabilities	<u>25,102</u>	<u>35,160</u>	<u>80,002</u>	<u>80,002</u>	<u>7,010</u>	<u>7,010</u>		
Resources	—	—	223	18	—	—		
Total Liabilities and Resources	<u>25,102</u>	<u>35,160</u>	<u>80,225</u>	<u>80,020</u>	<u>7,010</u>	<u>7,010</u>		
	Greece		Indonesia		Iran, I. R. of		Portugal	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Assets								
Cash and cash equivalents	—	—	25,000	—	—	—	—	—
Investments (Note 3)	7,000	14,000	—	25,000	5,000	5,000	10,517	11,831
Advance payments to the PRGF Trust Subsidy Account	15	15	—	—	23	23	50	57
Interest receivable	—	—	70	214	—	—	—	—
Total Assets	<u>7,015</u>	<u>14,015</u>	<u>25,070</u>	<u>25,214</u>	<u>5,023</u>	<u>5,023</u>	<u>10,567</u>	<u>11,888</u>
Liabilities and Resources								
Deposits (Note 4)	7,000	14,000	25,000	25,000	5,000	5,000	10,517	11,831
Interest payable	15	15	17	118	23	23	50	57
Total liabilities	<u>7,015</u>	<u>14,015</u>	<u>25,017</u>	<u>25,118</u>	<u>5,023</u>	<u>5,023</u>	<u>10,567</u>	<u>11,888</u>
Resources	—	—	53	96	—	—	—	—
Total Liabilities and Resources	<u>7,015</u>	<u>14,015</u>	<u>25,070</u>	<u>25,214</u>	<u>5,023</u>	<u>5,023</u>	<u>10,567</u>	<u>11,888</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

/s/ Eduard Brau
Director, Finance Department/s/ Horst Köhler
Managing Director

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts

Statements of Income and Changes in Resources
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	Austria		Belgium		Botswana			
	2003	2002	2003	2002	2003	2002		
Balance, beginning of the year	—	—	18	10	—	—		
Investment income	801	2,134	1,630	2,420	178	358		
Other expenses	(20)	(27)	—	—	(4)	(5)		
Interest expense on deposits	(130)	(201)	(400)	(400)	(138)	(138)		
Net income	651	1,906	1,230	2,020	36	215		
Transfers to the:								
PRGF Trust Subsidy Account	(651)	(1,906)	(1,025)	(2,012)	(36)	(215)		
Net changes in resources	—	—	205	8	—	—		
Balance, end of the year	—	—	223	18	—	—		

	Greece		Indonesia		Iran, I. R. of		Portugal	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Balance, beginning of the year	—	—	96	—	—	—	—	—
Investment income	325	1,052	508	635	130	259	274	616
Other expenses	(8)	(12)	—	—	(3)	(3)	(7)	(8)
Interest expense on deposits	(61)	(96)	(62)	(240)	(25)	(25)	(53)	(59)
Net income	256	944	446	395	102	231	214	549
Transfers to the:								
PRGF Trust Subsidy Account	(256)	(944)	(489)	(299)	(102)	(231)	(214)	(549)
Net changes in resources	—	—	(43)	96	—	—	—	—
Balance, end of the year	—	—	53	96	—	—	—	—

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts

Notes to the Financial Statements as at April 30, 2003 and 2002

1. Nature of Operations

At the request of certain member countries, the IMF established the Poverty Reduction and Growth Facility Administered Accounts ("PRGF Administered Accounts" or "Administered Accounts") for the benefit of the Subsidy Account of the PRGF Trust. The Administered Accounts comprise deposits made by contributors. The difference between interest earned by the Administered Accounts and the interest payable on deposits is transferred to the Subsidy Account of the PRGF Trust.

The Saudi Fund for Development (SFD) Special Account was established at the request of the SFD to provide supplementary financing in association with loans under the Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF). IMF acts as the agent of the SFD. Disbursements from the SFD Special Account are made simultaneously with PRGF disbursements. Payments of interest and principal due to the SFD under associated loans are to be transferred to the SFD.

The resources of each administered account are held separately from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

2. Summary of Significant Accounting Policies

Basis of Presentation

The financial statements of the PRGF Administered Accounts are prepared in accordance with International Accounting Standards (IAS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below. The preparation of financial statements in conformity with IAS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates. The financial statements do not include a cash flow statement because the statement of income and changes in resources includes the PRGF Administered Accounts' main cash flows.

Revenue and Expense Recognition

The financial statements are maintained on the accrual basis; accordingly, income is recognized as it is earned and expenses are recorded as they are incurred.

Unit of Account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the new composition of the SDR valuation basket became effective on January 1, 2001. The currencies in the

basket as of April 30, 2003 and 2002 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.426
Japanese yen	21.0
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.577

As of April 30, 2003, one SDR was equal to 1.38391 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.26771 U.S. dollars as of April 30, 2002).

Cash and Cash Equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are denominated in SDRs or other currencies and are carried at cost, not exceeding market value. Interest received on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Investments

The resources of the Administered Accounts are invested pending their use. Investments are made in debt securities and fixed-term deposits, either directly or by participation in an investment pool. Investments are marked to market value on the last business day of the accounting period. The carrying amounts of investments approximate their fair value. Purchases are valued and reflected on the trade date basis and sales are based on the actual settlement date valuations. Investment income comprises interest income, realized and unrealized gains and losses and currency valuation differences arising from exchange rate movements against the SDR.

Interest rate risk is managed by limiting the investment portfolio to a weighted-average effective duration that does not exceed three years. Currency risk is minimized by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies of the SDR basket. Risk is further minimized by ensuring that the currency composition of the investment portfolio matches, as closely as possible, the currency composition of the SDR basket.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Foreign Currency Translation

Foreign currency transactions are recorded at the rate of exchange on the date of the transaction. At the balance sheet date, monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are reported using the closing exchange rates. Exchange differences arising from the settlement of transactions at rates different from those at the originating date of the transaction, and unrealized foreign exchange differences on unsettled foreign currency monetary assets and liabilities are included in the determination of net income.

Transfers to PRGF Trust Subsidy Account

The difference between the income earned by the PRGF Administered Accounts on the amount invested and the interest payable on the deposits of the Administered Accounts, net of any cost, is to be transferred to the Subsidy Account of the PRGF Trust.

Administrative Costs

The expenses of conducting the activities of the Administered Accounts are incurred and borne by the General Department of the IMF.

3. Investments

The maturities of the investments are as follows:

Maturity as at April 30	2003	2002
	<i>In thousands of SDRs</i>	
Less than 1 year	50,374	165,674
1-3 years	3,950	12,051
3-5 years	87	—
Total	<u>54,411</u>	<u>177,725</u>

At April 30, investments consisted of the following:

	2003	2002
	<i>In thousands of SDRs</i>	
Debt securities	54,411	72,725
Fixed-term deposits	—	105,000
Total	<u>54,411</u>	<u>177,725</u>

At April 30, investment income comprised:

	2003	2002
	<i>In thousands of SDRs</i>	
Interest income	4,313	6,990
Realized (losses)/gains, net	(560)	1,802
Unrealized gains/(losses), net	93	(1,318)
Total	<u>3,846</u>	<u>7,474</u>

4. Deposits*Austria*

The Administered Account Austria was established on December 27, 1988 for the administration of resources deposited in the account by the Austrian National Bank. Two deposits (one of SDR 60.0 million made on December 30, 1988 and one of SDR 50.0 million made on August 10, 1995) are to be repaid in ten equal semiannual installments beginning five and a half years after the date of each deposit and ending at the end of the tenth year after the date of each deposit. The deposits bear interest at a rate of ½ of 1 percent a year. The first deposit from Austria had been repaid in full.

Belgium

The Administered Account Belgium was established on July 27, 1988 for the administration of resources deposited in the account by the National Bank of Belgium. Four deposits (SDR 30.0 million made on July 29, 1988; SDR 35.0 mil-

lion made on December 30, 1988; SDR 35.0 million made on June 30, 1989; and SDR 80.0 million made on April 29, 1994) have an initial maturity of six months and are renewable by the IMF on the same basis. The final maturity of each deposit, including renewals, will be ten years from the initial dates of the individual deposits. The deposits bear interest at a rate of ½ of 1 percent a year. In accordance with an addendum to the account, effective on July 24, 1998, the maturities of the first three deposits will be extended by the National Bank of Belgium, for further periods of six months, provided that the total maturity period of each deposit does not exceed five years. The deposits are invested by the IMF as administrator, and the IMF as administrator pays the National Bank of Belgium interest on each deposit at an annual rate of ½ of 1 percent. The difference between the interest paid to the National Bank of Belgium and the interest earned on the deposits (net of any cost to the IMF) was retained in the account and invested. As of January 31, 2001, the Ministry of Finance of Belgium authorized a transfer of SDR 8.2 million in net earnings to the PRGF-HIPC Trust. The first three deposits, totaling SDR 100 million, were paid in full in January 2001.

Botswana

The Administered Account Botswana was established on July 1, 1994 for the administration of resources deposited in the account by the Bank of Botswana. The deposit, totaling SDR 6.9 million, is to be repaid in one installment ten years after the date of deposit. The deposit bears interest at a rate of 2 percent a year.

Greece

The Administered Account Greece was established on November 30, 1988 for the administration of resources deposited in the account by the Bank of Greece. Two deposits of SDR 35.0 million each (December 15, 1988 and April 29, 1994) are to be repaid in ten equal semiannual installments beginning five and a half years after the date of deposit and will be completed at the end of the tenth year after the date of the deposits. The deposits bear interest at a rate of ½ of 1 percent a year. The first deposit from Greece has been repaid in full.

Indonesia

The Administered Account Indonesia was established on June 30, 1994 for the administration of resources deposited in the account by the Bank Indonesia. The deposit, totaling SDR 25.0 million, is to be repaid in one installment ten years after the date the deposit was made. The interest payable on the deposit is equivalent to that obtained for the investment of the deposit less 2 percent a year.

Islamic Republic of Iran

The Administered Account Islamic Republic of Iran was established on June 6, 1994 for the administration of resources deposited in the account by the Central Bank of the Islamic Republic of Iran (CBIRI). The CBIRI has made five annual deposits, each of SDR 1.0 million. All of the deposits will be repaid at the end of ten years after the date of the first deposit. Each deposit bears interest at a rate of ½ of 1 percent a year.

Portugal

The Administered Account Portugal was established on May 16, 1994 for the administration of resources deposited in the account by the Banco de Portugal (BdP). The BdP has made six annual deposits, each of SDR 2.2 million. Each deposit is to be repaid in five equal annual installments beginning six years after the date of the deposit and will be completed at the end of the tenth year after the date of the deposit. Each deposit bears interest at a rate of $\frac{1}{2}$ of 1 percent a year.

5. Associated Loans under the SFD Special Account

The SFD has provided additional resources to support arrangements under the PRGF. Funds become available under an associated loan after a bilateral agreement between the SFD and the recipient country has been effected. Amounts denominated in SDRs, for disbursement to a recipient country under an associated loan, are placed by the SFD in the Saudi Fund for Development Special Account for disbursement by the IMF simultaneously with disbursements under a PRGF arrangement. These loans are repayable in ten equal semiannual installments commencing not later than the

end of the first six months of the sixth year, and are to be completed at the end of the tenth year after the date of disbursement. Interest on the outstanding balance is currently set at a rate of $\frac{1}{2}$ of 1 percent a year.

The receipts and uses of resources for the Saudi Fund for Development Special Account as of April 30 were as follows:

	2003	2002
	<i>In thousands of SDRs</i>	
Receipts of Resources		
Cumulative transfers from the		
Saudi Fund for Development	49,500	49,500
Cumulative repayments of associated loans	40,500	34,300
Cumulative receipts of interest on associated loans	1,858	1,783
Accrued interest on associated loans	18	28
	<u>91,876</u>	<u>85,611</u>
Uses of Resources		
Associated loans	49,500	49,500
Cumulative repayments to the		
Saudi Fund for Development	40,500	34,300
Cumulative payments of interest on transfers	1,858	1,783
Accrued interest on transfers	18	28
	<u>91,876</u>	<u>85,611</u>

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts

Combined Balance Sheets
as at April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Assets		
Cash and cash equivalents	999,948	965,867
Investments (Note 3)	316,929	438,524
Interest receivable	4,180	2,236
Total Assets	<u>1,321,057</u>	<u>1,406,627</u>
Liabilities and Resources		
Borrowings (Note 5)	601,125	541,787
Interest payable	1,298	1,085
Total Liabilities	<u>602,423</u>	<u>542,872</u>
Resources	<u>718,634</u>	<u>863,755</u>
Total Liabilities and Resources	<u>1,321,057</u>	<u>1,406,627</u>

The accompanying notes are an integral part of these combined financial statements.

/s/ Eduard Brau
Director, Finance Department/s/ Horst Köhler
Managing Director

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts

Combined Statements of Income and Changes in Resources
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	2003	2002
Balance, beginning of the year	<u>863,755</u>	<u>975,533</u>
Investment income (Note 3)	31,821	51,266
Interest expense	(1,938)	(1,925)
Other expenses	(265)	(173)
Operational income	29,618	49,168
Contributions received	35,425	73,697
Disbursements	(263,130)	(251,532)
Transfers	(198,087)	(128,667)
Net changes in resources	<u>52,966</u>	<u>16,889</u>
Balance, end of the year	<u>(145,121)</u>	<u>(111,778)</u>
	<u>718,634</u>	<u>863,755</u>

The accompanying notes are an integral part of these combined financial statements.

PRGF-HIPC Trust and Related Accounts

Notes to the Combined Financial Statements
as at April 30, 2003 and 2002

1. Nature of Operations

The Trust for Special PRGF Operations for the Heavily Indebted Poor Countries and for Interim PRGF Subsidy Operations (the PRGF-HIPC Trust) and Related Accounts comprise the PRGF-HIPC Trust Account, the Umbrella Account for HIPC Operations, and the Post-SCA-2 Administered Account. The PRGF-HIPC Trust Account comprises three subaccounts: the PRGF-HIPC, PRGF, and HIPC subaccounts. Combining balance sheets and income statements and changes in resources for each of these accounts are provided in Note 6. Transactions between the above accounts are eliminated on combination in the combined balance sheets and combined income statements and changes in resources.

PRGF-HIPC Trust

The PRGF-HIPC Trust, for which the IMF is trustee, was established on February 4, 1997 to provide balance of payments assistance to low-income developing members by making grants or loans to eligible members for the purpose of reducing their external debt burden and for interim PRGF subsidy purposes. The resources of the PRGF-HIPC Trust are held separately from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

The operations of the PRGF-HIPC Trust are conducted through the PRGF-HIPC Trust Account and the Umbrella Account for HIPC Operations.

PRGF-HIPC Trust Account

The resources of the PRGF-HIPC Trust Account consist of grant contributions, borrowings, and other types of investments made by contributors; amounts transferred by the IMF from the Special Disbursement Account and the General Resources Account; and net earnings from investment of resources held in the PRGF-HIPC Trust Account.

The PRGF-HIPC subaccount holds resources that can finance either HIPC operations or interim PRGF subsidy operations; the PRGF subaccount holds resources earmarked for interim PRGF subsidy operations, while the HIPC subaccount holds resources earmarked for HIPC operations. PRGF-HIPC subaccount resources used to finance HIPC operations through the HIPC subaccount are repayable to the PRGF-HIPC subaccount and bear interest at a rate equal to the average return on investments in the Special Disbursement Account.

The resources held in the PRGF-HIPC Trust Account are to be used by the trustee to make grants or loans to eligible members that qualify for assistance under the HIPC Initiative and for subsidizing the interest rate on interim PRGF operations to PRGF-eligible members.

Umbrella Account for HIPC Operations

The Umbrella Account for HIPC Operations (the Umbrella Account) receives and administers the proceeds of grants or loans made to eligible members that qualify for assistance under the terms of the PRGF-HIPC Trust. Within the Umbrella Account, resources received are administered through the establishment of subaccounts for each eligible member upon the approval of disbursements under the PRGF-HIPC Trust.

The resources of a subaccount of the Umbrella Account consist of (1) amounts disbursed from the PRGF-HIPC Trust Account as grants or loans for the benefit of a member, and (2) net earnings from investment of the resources held in the subaccount.

The resources held in a subaccount of the Umbrella Account are to be used to meet the member's debt obligations to the IMF, or accounts administered by it, in accordance with the schedule agreed upon by the trustee and the member for the use of the proceeds of the PRGF-HIPC Trust disbursements.

Post-SCA-2 Administered Account

The Post-SCA-2 Administered Account, which is administered by the IMF on behalf of members, was established on December 8, 1999 for the temporary administration of resources transferred by members following the termination of the second Special Contingent Account (SCA-2), prior to the final disposition of those resources.

Resources received from a member's cumulative SCA-2 contributions, together with the member's pro rata share of investment returns, shall be transferred to the PRGF-HIPC Trust or to the member, in accordance with the member's instructions. The assets held in the Post-SCA-2 Administered Account are held separately from the assets and property of all other accounts of, or administered by, the IMF and may not be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

2. Summary of Significant Accounting Policies

Basis of Presentation

The financial statements of the IMF are prepared in accordance with International Accounting Standards (IAS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below. The preparation of financial statements in conformity with IAS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates. The financial statements do not include a cash flow statement because the statement of income and changes in resources includes the PRGF-HIPC Trust and Related Accounts' main cash flows.

Revenue and Expense Recognition

The financial statements are prepared on the accrual basis; accordingly, income is recognized as it is earned, and expenses are recorded as they are incurred.

Unit of Account

The financial statements are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the SDR valuation basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the new composi-

tion of the SDR valuation basket became effective from January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2003 and 2002 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.426
Japanese yen	21.0
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.577

As of April 30, 2003, one SDR was equal to 1.38391 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.26771 U.S. dollars as of April 30, 2002).

Cash and Cash Equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are denominated in SDRs or other currencies and are carried at cost not exceeding market value. Interest received on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Investments

The resources of the Trust are invested pending their use. The Trust invests in debt securities and fixed-term deposits, either directly or by participation in an investment pool. Investments are marked to market on the last business day of the accounting period. The carrying amounts of investments approximate their fair value. Purchases are valued and reflected on the trade date basis and sales are based on the actual settlement date valuations.

Investment income comprises interest earned on investments, realized and unrealized gains and losses on investments, and currency valuation differences arising from exchange rate movements against the SDR.

Interest rate risk is managed by limiting the investment portfolio to a weighted-average effective duration that does not exceed three years. Currency risk is minimized by investing in securities denominated in SDRs or in the constituent currencies of the SDR basket. Regular portfolio rebalancing to ensure that the currency composition of the investment portfolio matches, as closely as possible, the currency composition of the SDR basket further minimizes risk.

Contributions

Bilateral contributions are reflected as increases in resources after the achievement of specified conditions and are subject to bilateral agreements stipulating how the resources are to be used.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Foreign Currency Translation

Foreign currency transactions are recorded at the rate of exchange on the date of the transaction. At the balance sheet date, monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are reported using the closing exchange rates. Exchange differences arising from the settlement of transactions at rates different from those at the originating date of the transaction and unrealized foreign exchange differences on unsettled foreign currency monetary assets and liabilities are included in the determination of net income.

Administrative Costs

The expenses of conducting activities of the Trust and related accounts are incurred and borne by the General Department of the IMF.

3. Investments

The maturities of the investments are as follows:

Maturity as at April 30	2003	2002
<i>In thousands of SDRs</i>		
Less than 1 year	287,084	376,817
1-3 years	29,205	61,707
3-5 years	640	—
Total	<u>316,929</u>	<u>438,524</u>

At April 30, investments consisted of the following:

	2003	2002
<i>In thousands of SDRs</i>		
Debt securities	316,929	225,352
Fixed-term deposits	—	213,172
Total	<u>316,929</u>	<u>438,524</u>

At April 30, investment income is comprised of:

	2003	2002
<i>In thousands of SDRs</i>		
Interest income	34,682	49,714
Realized (losses)/gains, net	(2,711)	4,677
Unrealized losses, net	(130)	(3,152)
Exchange rate (losses)/gains, net	(20)	27
Total	<u>31,821</u>	<u>51,266</u>

4. Transfers Receivable and Payable

At April 30, 2003, the HIPC subaccount had transfers payable to the PRGF-HIPC subaccount arising from past disbursements to the Umbrella Account under the HIPC Initiative in the amount of SDR 796.7 million, including interest (SDR 437.0 million at April 30, 2002). Interest payable between subaccounts is eliminated on combination.

5. Borrowings

The Trust borrows on such terms and conditions as agreed between the Trust and the lenders. Interest rates on borrowings at April 30, 2003 and 2002 varied between 0 percent and 2 percent a year. The principal amounts of the borrowings are repayable in one installment at their maturity dates. Scheduled repayments of borrowings are summarized below:

Financial Year Ending April 30	<i>In thousands of SDRs</i>
2004	—
2005	15,000
2006	—
2007	—
2008	19,066
2009 and beyond	<u>567,059</u>
Total	<u>601,125</u>

Borrowings during the financial year ended April 30, 2003 amounted to SDR 31 million (SDR 150 million for the financial year ended April 30, 2002). There were no repayments in the year ended April 30, 2003 (SDR 15 million for the year ended April 30, 2002). Borrowings include foreign currency amounts.

6. Combining Balance Sheets and Statements of Income and Changes in Resources

Combining Balance Sheets as at April 30, 2003 and 2002

(In thousands of \$'s)

	2003				2002						
	PRGF-HIPC Trust Account subaccount				Umbrella Account for HIPC Operations	Post-SCA-2 Administered Account	Combined Total	PRGF-HIPC Trust Account	Umbrella Account for HIPC Operations	Post-SCA-2 Administered Account	Combined Total
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	Combined							
Assets											
Cash and cash equivalents	535,457	3,862	—	539,319	420,606	40,023	585,756	330,115	49,996	965,867	
Investments	302,544	14,385	—	316,929	—	—	438,524	—	—	438,524	
Transfers to and from subaccounts	797,010	—	(797,010)	—	—	—	—	—	—	—	
Interest receivable	3,303	—	—	3,303	703	174	944	1,013	279	2,236	
Total Assets	1,638,314	18,247	(797,010)	859,551	421,309	40,197	1,025,224	331,128	50,275	1,406,627	
Liabilities and Resources											
Borrowings	601,125	—	—	601,125	—	—	541,787	—	—	541,787	
Interest payable	1,298	—	—	1,298	—	—	1,085	—	—	1,085	
Total Liabilities	602,423	—	—	602,423	—	—	542,872	—	—	542,872	
Accumulated resources	1,035,891	18,247	(797,010)	257,128	421,309	40,197	482,352	331,128	50,275	863,755	
Total Liabilities and Resources	1,638,314	18,247	(797,010)	859,551	421,309	40,197	1,025,224	331,128	50,275	1,406,627	

Note 6 (concluded)

Combining Statements of Income and Changes in Resources
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	2003					2002				
	PRGF-HIPC Trust Account subaccount					Umbrella Account for HIPC Operations				
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	Combined		PRGF-HIPC Trust Account	Post-SCA-2 Administered Account	Umbrella Account for HIPC Operations	Post-SCA-2 Administered Account	Combined Total
Balance, beginning of the year	904,762	14,591	(437,001)	482,352		331,128	50,275	343,410	93,318	975,533
Investment income	37,141	422	—	23,107 ¹		7,758	956	9,688	1,668	51,266
Interest expense	(1,938)	—	(14,456)	(1,938) ¹		—	—	—	—	(1,925)
Other expenses	(255)	(10)	—	(265)		—	—	—	—	(173)
Operational income/(loss)	34,948	412	(14,456)	20,904		7,758	956	9,688	1,668	49,168
Contributions received	32,181	3,244	—	35,425		—	—	—	—	73,697
Grants	—	—	(345,553)	(345,553)		345,553	—	229,562	—	—
Disbursements	—	—	—	—		(263,130)	—	(251,532)	—	(251,532)
Transfers	67,129	3,656	(360,009)	(289,224)		90,181	956	(12,282)	1,668	(128,667)
Net changes in resources	131,129	3,656	(360,009)	(225,224)		90,181	(11,034)	—	(44,711)	16,889
Balance, end of the year	1,035,891	18,247	(797,010)	257,128		421,309	40,197	331,128	(43,043)	863,755

¹Interest payable between subaccounts amounting to SDR 14.5 million (SDR 17.5 million at April 30, 2002) has been eliminated in the combined totals.

Schedule 1

Post-SCA-2 Administered Account**Holdings, Interest, and Transfers
for the Year Ended April 30, 2003***(In thousands of SDRs)*

Member	Balance Beginning of the Year	Interest Earned	Transfers to PRGF-HIPC Trust	Balance End of the Year
Argentina	5,316	111		5,427
Brazil	10,898	135	(11,033)	—
Dominican Republic	984	20	—	1,004
Estonia, Republic of	1	—	(1)	—
Fiji	212	4	—	216
Jordan	1,117	24	—	1,141
Tonga	28	1	—	29
Trinidad and Tobago	2,400	50	—	2,450
Vanuatu	48	1	—	49
Venezuela, República Bolivariana de	29,271	610	—	29,881
Total	50,275	956	(11,034)	40,197

Schedule 2

PRGF-HIPC Trust Account
Contributions and Transfers
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	Subaccount			
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	Combined
<i>Year ended April 30, 2002</i>				
Algeria	412	—	—	412
Australia	—	—	3,920	3,920
Belgium	2,621	—	—	2,621
Belize	20	—	—	20
Brunei Darussalam	4	—	—	4
Colombia	13	—	—	13
Croatia, Republic of	31	—	—	31
Denmark	2,386	—	—	2,386
Estonia, Republic of	372	—	—	372
Finland	322	—	—	322
Gabon	458	—	—	458
Iceland	184	—	—	184
Japan	15,441	—	—	15,441
Latvia, Republic of	157	—	—	157
Malaysia	478	—	—	478
Mexico	7,982	—	—	7,982
Netherlands	—	—	16,347 ¹	16,347
Nigeria	4,314	—	—	4,314
Norway	2,302	—	—	2,302
Oman	73	—	—	73
Poland, Republic of	1,234	—	—	1,234
St. Vincent and the Grenadines	22	—	—	22
Saudi Arabia	978	—	—	978
Singapore	249	—	—	249
South Africa	4,000	—	—	4,000
Sweden	5,322	—	—	5,322
Switzerland	3,216	—	—	3,216
Thailand	350	—	—	350
Tunisia	136	—	—	136
United Arab Emirates	353	—	—	353
	<u>53,430</u>	<u>—</u>	<u>20,267</u>	<u>73,697</u>
Transfers from SDA	<u>61,600</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>61,600</u>
	<u>115,030</u>	<u>—</u>	<u>20,267</u>	<u>135,297</u>
<i>Year ended April 30, 2003</i>				
Belgium	3,625	—	—	3,625
Belize	20	—	—	20
Brazil	11,033	—	—	11,033
Denmark	2,188	—	—	2,188
Estonia, Republic of	1	—	—	1
Latvia, Republic of	142	—	—	142
Mexico	7,961	—	—	7,961
Netherlands	—	3,244	—	3,244
St. Vincent and the Grenadines	11	—	—	11
South Africa	4,000	—	—	4,000
Switzerland	3,200	—	—	3,200
	<u>32,181</u>	<u>3,244</u>	<u>—</u>	<u>35,425</u>
Transfers from SDA	<u>64,000</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>64,000</u>
	<u>96,181</u>	<u>3,244</u>	<u>—</u>	<u>99,425</u>

¹Includes an additional grant contribution by the Netherlands to Zambia in the context of the HIPC Initiative.

Umbrella Account for HIPC Operations

Grants, Interest, and Disbursements
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	Balance Beginning of the Year	Grants from PRGF-HIPC Trust Account	Interest Earned	Disbursements	Balance End of the Year
<i>Year ended April 30, 2002</i>					
Benin	802	3,680	50	3,839	693
Bolivia	2,584	44,234	1,090	8,851	39,057
Burkina Faso	14,696	15,240	456	4,644	25,748
Cameroon	431	290	15	—	736
Chad	—	2,850	57	2,067	840
Ethiopia	—	4,036	33	2,212	1,857
Gambia, The	72	—	2	9	65
Ghana	—	9,913	36	—	9,949
Guinea	2,235	—	30	2,238	27
Guinea-Bissau	391	—	7	393	5
Guyana	18,640	—	465	6,857	12,248
Honduras	—	4,500	46	2,250	2,296
Madagascar	6	1,446	13	—	1,465
Malawi	1,144	—	22	1,143	23
Mali	10,238	5,746	358	6,999	9,343
Mauritania	5,009	6,960	117	7,640	4,446
Mozambique	63,732	12,519	1,864	17,339	60,776
Niger	437	1,079	15	430	1,101
Rwanda	3,708	2,367	79	5,845	309
Senegal	3,115	3,387	44	3,132	3,414
Sierra Leone	—	23,640	37	9,818	13,859
Tanzania	13,420	69,715	809	13,332	70,612
Uganda	83,374	1,585	2,287	18,607	68,639
Zambia	119,376	16,375 ¹	1,756	133,887	3,620
	<u>343,410</u>	<u>229,562</u>	<u>9,688</u>	<u>251,532</u>	<u>331,128</u>

Schedule 3 (concluded)

Umbrella Account for HIPC Operations

Grants, Interest, and Disbursements
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

(In thousands of SDRs)

	Balance Beginning of the Year	Grants from PRGF-HIPC Trust Account	Interest Earned	Disbursements	Balance End of the Year
<i>Year ended April 30, 2003</i>					
Benin	693	12,680	49	3,735	9,687
Bolivia	39,057	—	735	7,746	32,046
Burkina Faso	25,748	1,342	513	6,967	20,636
Cameroon	736	—	11	325	422
Chad	840	1,475	29	2,327	17
Ethiopia	1,857	4,129	34	3,904	2,116
Gambia, The	65	—	1	26	40
Ghana	9,949	—	95	9,874	170
Guinea	27	2,746	31	1,888	916
Guinea-Bissau	5	—	—	—	5
Guyana	12,248	4,133	253	6,728	9,906
Honduras	2,296	—	13	2,278	31
Madagascar	1,465	2,887	28	2,182	2,198
Malawi	23	—	1	—	24
Mali	9,343	32,038	239	7,645	33,975
Mauritania	4,446	21,545	366	9,474	16,883
Mozambique	60,776	—	1,087	14,352	47,511
Nicaragua	—	1,888	9	665	1,232
Niger	1,101	1,812	9	1,098	1,824
Rwanda	309	838	8	1,068	87
Senegal	3,414	—	26	3,413	27
Sierra Leone	13,859	23,640	156	23,560	14,095
Tanzania	70,612	—	1,235	16,159	55,688
Uganda	68,639	—	1,224	16,917	52,946
Zambia	3,620	234,400 ¹	1,606	120,799	118,827
	<u>331,128</u>	<u>345,553</u>	<u>7,758</u>	<u>263,130</u>	<u>421,309</u>

¹Includes an additional grant contribution by the Netherlands to Zambia in the context of the HIPC Initiative.

PRGF-HIPC Trust Account
Cumulative Contributions and Transfers
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

	Subaccount			Combined
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	
Algeria	412	—	—	412
Australia	—	—	17,019	17,019
Austria	—	—	9,981	9,981
Bangladesh	1,163	—	—	1,163
Barbados	250	—	—	250
Belgium	18,454	—	—	18,454
Belize	100	—	—	100
Brazil	11,033	—	—	11,033
Brunei Darussalam	4	—	—	4
Cambodia	27	—	—	27
Canada	32,929	—	—	32,929
China	13,132	—	—	13,132
Colombia	13	—	—	13
Croatia, Republic of	31	—	—	31
Cyprus	544	—	—	544
Denmark	13,068	—	—	13,068
Egypt	37	—	—	37
Estonia, Republic of	372	—	—	372
Finland	2,583	—	—	2,583
France	55,892	—	—	55,892
Gabon	458	—	—	458
Greece	2,200	—	—	2,200
Iceland	643	—	—	643
India	390	—	—	390
Indonesia	124	—	—	124
Ireland	3,937	—	—	3,937
Israel	1,189	—	—	1,189
Italy	43,309	—	—	43,309
Jamaica	1,800	—	—	1,800
Japan	98,355	—	—	98,355
Korea	10,625	—	—	10,625
Kuwait	108	—	—	108
Latvia, Republic of	568	—	—	568
Luxembourg	488	—	—	488
Malaysia	478	—	—	478
Malta	706	—	—	706
Mauritius	40	—	—	40
Mexico	23,943	—	—	23,943
Morocco	49	—	—	49
Netherlands	—	16,336	16,347 ¹	32,683
New Zealand	1,158	—	—	1,158
Nigeria	5,416	—	—	5,416
Norway	10,698	—	—	10,698
Oman	73	—	—	73
Pakistan	105	—	—	105

Schedule 4 (concluded)

PRGF-HIPC Trust Account
Cumulative Contributions and Transfers
as at April 30, 2003

(In thousands of SDRs)

	Subaccount			Combined
	PRGF-HIPC	PRGF	HIPC	
Philippines	4,500	—	—	4,500
Poland, Republic of	2,112	—	—	2,112
Portugal	4,430	—	—	4,430
Russian Federation	10,200	—	—	10,200
St. Vincent and the Grenadines	33	—	—	33
Samoa	3	—	—	3
San Marino, Republic of	32	—	—	32
Saudi Arabia	978	—	—	978
Singapore	249	—	—	249
Slovak Republic	2,669	—	—	2,669
Slovenia, Republic of	311	—	—	311
South Africa	12,895	—	—	12,895
Spain	16,550	—	—	16,550
Sri Lanka	12	—	—	12
Swaziland	20	—	—	20
Sweden	5,322	—	—	5,322
Switzerland	9,600	—	—	9,600
Thailand	350	—	—	350
Tunisia	136	—	—	136
United Arab Emirates	353	—	—	353
United Kingdom	23,551	—	33,837	57,388
United States	—	—	221,932	221,932
Vietnam	10	—	—	10
	<u>451,220</u>	<u>16,336</u>	<u>299,116</u>	<u>766,672</u>
Transfers from SDA	351,997	—	—	351,997
Transfers from GRA	72,456	—	—	72,456
	<u>424,453</u>	—	—	<u>424,453</u>
	<u>875,673</u>	<u>16,336</u>	<u>299,116</u>	<u>1,191,125</u>

¹ Includes an additional grant contribution by the Netherlands to Zambia in the context of the HIPC Initiative.

Other Administered Accounts

Balance Sheets
as at April 30, 2003 and 2002

	Administered Account Japan		Administered Account for Selected Fund Activities—Japan		Framework Administered Account for Technical Assistance Activities		Administered Account—Spain		Supplementary Financing Facility Subsidy Account		The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account ¹	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
	<i>(In thousands of U.S. dollars)</i>											
Assets												
Cash and cash equivalents	119,037	117,277	25,031	20,459	14,659	8,484	—	—	2,341	2,290	5,441	587
Interest receivable	—	—	—	—	—	—	—	—	10	13	—	—
Total Assets	<u>119,037</u>	<u>117,277</u>	<u>25,031</u>	<u>20,459</u>	<u>14,659</u>	<u>8,484</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>2,351</u>	<u>2,303</u>	<u>5,441</u>	<u>587</u>
Resources												
Total Resources	<u>119,037</u>	<u>117,277</u>	<u>25,031</u>	<u>20,459</u>	<u>14,659</u>	<u>8,484</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>2,351</u>	<u>2,303</u>	<u>5,441</u>	<u>587</u>

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

¹The Post-Conflict Emergency Assistance Account for PRGF-eligible members was established on May 4, 2001.

/s/ Eduard Brau
Director, Finance Department

/s/ Horst Köhler
Managing Director

Other Administered Accounts
Statements of Income and Changes in Resources
for the Years Ended April 30, 2003 and 2002

	Administered Account Japan		Administered Account for Selected Activities—Japan		Administered Account for Technical Assistance Activities		Administered Account—Spain		Supplementary Financing Facility Subsidy Account		The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account ¹	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
	(In thousands of U.S. dollars)											
Balance, beginning of the year	117,277	114,184	20,459	14,580	8,484	4,539	—	—	2,303	2,343	587	—
Income earned on investments	1,760	3,093	227	298	142	129	—	33	48	63	103	—
Contributions received	—	—	25,508	24,965	14,834	8,411	40	329,154	—	—	5,409	1,360
Payments to and on behalf of beneficiaries	—	—	(21,163)	(19,384)	(8,801)	(4,595)	(40)	(329,187)	—	—	(658)	(773)
Net income	1,760	3,093	4,572	5,879	6,175	3,945	—	—	48	63	4,854	587
Transfers to the Special Disbursement Account (Note 4)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(103)	—	—
Net changes in resources	1,760	3,093	4,572	5,879	6,175	3,945	—	—	48	(40)	4,854	587
Balance, end of the year	119,037	117,277	25,031	20,459	14,659	8,484	—	—	2,351	2,303	5,441	587

The accompanying notes are an integral part of these financial statements.

¹ The Post-Conflict Emergency Assistance Account for PRGF-eligible members was established on May 4, 2001.

Other Administered Accounts

Notes to the Financial Statements as at April 30, 2003 and 2002

1. Nature of Operations

At the request of members, the IMF has established special purpose accounts to administer contributed resources and to perform financial and technical services consistent with the purposes of the IMF. The assets of each account and each subaccount are separate from the assets of all other accounts of, or administered by, the IMF and are not to be used to discharge liabilities or to meet losses incurred in the administration of other accounts.

Administered Account Japan

At the request of Japan, the IMF established an account on March 3, 1989 to administer resources, made available by Japan or other countries with Japan's concurrence, that are to be used to assist certain members with overdue obligations to the IMF. The resources of the account are to be disbursed in amounts specified by Japan and to members designated by Japan.

Administered Account for Selected Fund Activities—Japan

At the request of Japan, the IMF established the Administered Technical Assistance Account—Japan on March 19, 1990 to administer resources contributed by Japan to finance technical assistance to member countries. On July 21, 1997, the account was renamed the Administered Account for Selected Fund Activities—Japan and amended to include the administration of resources contributed by Japan in support of the IMF's Regional Office for Asia and the Pacific (OAP). The resources of the account designated for technical assistance activities are used with the approval of Japan and include the provision of scholarships. The resources designated for the OAP are used as agreed between Japan and the IMF for certain activities of the IMF with respect to Asia and the Pacific through the OAP. Disbursements can also be made from the account to the General Resources Account to reimburse the IMF for qualifying technical assistance projects and OAP expenses.

Framework Administered Account for Technical Assistance Activities

The Framework Administered Account for Technical Assistance Activities ("the Framework Account") was established by the IMF on April 3, 1995 to receive and administer contributed resources that are to be used to finance technical assistance consistent with the purposes of the IMF. The financing of technical assistance activities is implemented through the establishment and operation of subaccounts within the Framework Account.

Resources are to be used in accordance with the written understandings between the contributor and the Managing Director. Disbursements can also be made from the Framework Account to the General Resources Account to reimburse the IMF for its costs incurred on behalf of technical assistance activities financed by resources from the Framework Account.

Subaccount for Japan Advanced Scholarship Program

At the request of Japan, this subaccount was established on June 6, 1995 to finance the cost of studies and training of nationals of member countries in macroeconomics and related subjects at selected universities and institutions. The scholarship program focuses primarily on the training of nationals of Asian member countries, including Japan.

Rwanda—Macroeconomic Management Capacity Subaccount

At the request of Rwanda, this subaccount was established on December 20, 1995 to finance technical assistance to rehabilitate and strengthen Rwanda's macroeconomic management capacity.

Australia—IMF Scholarship Program for Asia Subaccount

At the request of Australia, this subaccount was established on June 5, 1996 to finance the cost of studies and training of government and central bank officials in macroeconomic management so as to enable them to contribute to their countries' achievement of sustainable economic growth and development. The program focuses primarily on the training of nationals of Asian countries.

Switzerland Technical Assistance Subaccount

At the request of Switzerland, this subaccount was established on August 27, 1996 to finance the costs of technical assistance activities of the IMF that consist of policy advice and training in macroeconomic management.

French Technical Assistance Subaccount

At the request of France, this subaccount was established on September 30, 1996 to cofinance the costs of training in economic fields for nationals of certain member countries.

Denmark Technical Assistance Subaccount

At the request of Denmark, this subaccount was established on August 25, 1998 to finance the costs of technical assistance activities of the IMF that consist of advising on policy and administrative reforms in the fiscal, monetary, and related statistical fields.

Australia Technical Assistance Subaccount

At the request of Australia, this subaccount was established on March 7, 2000 to finance the costs of technical assistance activities of the IMF that consist of advising on the design of policy and administrative reforms in the fiscal, monetary and related statistical fields, as well as to provide training in the formulation and implementation of macroeconomic and financial policies.

The Netherlands Technical Assistance Subaccount

At the request of the Netherlands, this subaccount was established on July 27, 2000 to finance projects that seek to enhance the capacity of the members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

The United Kingdom Department for International Development (DFID) Technical Assistance Subaccount

At the request of the United Kingdom, this subaccount was established on June 22, 2001 to finance projects that seek to enhance the capacity of the members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Italy Technical Assistance Subaccount

At the request of Italy, this subaccount was established on November 16, 2001 to finance projects that seek to enhance the capacity of certain members to formulate and implement policies related to fiscal, financial, and statistical standards and codes, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Pacific Financial Technical Assistance Centre Subaccount

At the request of Australia and New Zealand, this subaccount was established on May 22, 2002 to finance activities of the Pacific Financial Technical Assistance Centre that seek to enhance the capacity of Pacific island countries and territories to formulate and implement policies related to macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and statistical fields, including training and activities that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Africa Regional Technical Assistance Centers Subaccount

At the request of France, the Federal Republic of Germany, Italy, the Netherlands, Norway, Sweden, and the United Kingdom, this subaccount was established on August 9, 2002 to finance activities of the Africa Regional Technical Assistance Centers that seek to support the Poverty Reduction Strategy Paper process in sub-Saharan African countries through fostering the capacity for sound macroeconomic management, strong fiscal institutions and financial systems, and timely and accurate collection and dissemination of economic data, including training and activities that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

The resources of this subaccount are contributed by the above governments and other governments or official agencies, including the Russian Federation, Luxembourg, and China, that reached an understanding with the IMF subsequent to the establishment.

Sweden Technical Assistance Subaccount

At the request of Sweden, this subaccount was established on November 25, 2002 to finance projects that seek to enhance the capacity of members to formulate and implement policies in the macroeconomic, fiscal, monetary, financial, and related statistical fields, including training programs and projects that strengthen the legal and administrative framework in these core areas.

Administered Account—Spain

At the request of Spain, the IMF established an account on March 20, 2001 to receive and disburse resources up to \$1 billion contributed by Spain for Argentina. The resources of this account are to be used to assist Argentina in the implementation of the adjustment program supported by the IMF under the Stand-By Arrangement for Argentina approved on March 10, 2000 and augmented on January 12, 2001.

Supplementary Financing Facility Subsidy Account

The Supplementary Financing Facility Subsidy Account administered by the IMF was established in December 1980 to assist low-income developing country members to meet the costs of using resources made available through the IMF's Supplementary Financing Facility and under the policy on exceptional use. All repurchases due under these policies were scheduled for completion by January 31, 1991, and the final subsidy payments were approved in July 1991. However, two members (Liberia and Sudan), overdue in the payment of charges, remain eligible to receive previously approved subsidy payments of SDR 2.2 million when their overdue charges are settled. Accordingly, the Account remains in operation and has retained amounts for payment to these members after the overdue charges are paid.

The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account

The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account for PRGF-Eligible Members was established in May 2001 to administer contributed resources for the purpose of providing assistance to PRGF-eligible members in support of their adjustment efforts. Contributions to the account will be used to provide grants to PRGF-eligible members that have made post-conflict emergency assistance purchases under the IMF General Resources Account, effectively subsidizing the basic rate of charge on these purchases to 0.5 percent per annum. The subsidy to each eligible member would be prorated if resources are insufficient to reduce the basic rate of charge to 0.5 percent.

Trust Fund

In addition to the aforementioned accounts, the IMF is also the trustee of the Trust Fund, which is in liquidation. The Trust Fund was established in 1976 to provide balance of payments assistance on concessional terms to eligible members that qualify for assistance.

In 1980, the IMF, as trustee, decided that, upon the completion of the final loan disbursements, the Trust Fund would be terminated as of April 30, 1981, and after that date, the activities of the Trust Fund have been confined to the conclusion of its affairs. As of April 30, 2003 and 2002, the Trust Fund had no assets other than loans receivable of SDR 88.6 million. Resources exist in the Trust Fund to the full amount of the loans and are available to absorb any losses should this occur. All interest is deferred. Cash receipts on these loans are to be transferred to the Special Disbursement Account.

Overdue loans, interest and charges at April 30, 2003 were as follows:

Member	Loans	Interest and Special Charges	Total	Longest Overdue Obligation
<i>In millions of SDRs</i>				
Liberia	22.9	7.2	30.1	June 1985
Somalia	6.5	1.4	7.9	July 1987
Sudan	59.2	19.3	78.5	June 1985
Total	88.6	27.9	116.5	

2. Summary of Significant Accounting Policies

Basis of Presentation

The financial statements of the Other Administered Accounts are prepared in accordance with International Accounting Standards (IAS). Specific accounting principles and disclosure practices are explained further below.

The preparation of financial statements in conformity with IAS requires management to make estimates and assumptions that affect the reported amounts of assets and liabilities and disclosure of contingent assets and liabilities at the date of the financial statements and the reported amounts of revenue and expenses during the reporting period. Actual results could differ from those estimates. The financial statements do not include a cash flow statement because the statement of income and changes in resources includes the Other Administered Accounts' main cash flows.

Unit of Account

Administered Account Japan, Administered Account for Selected Fund Activities—Japan, and Framework Administered Account for Technical Assistance Activities, and Administered Account—Spain

These accounts are expressed in U.S. dollars. All transactions and operations of these accounts, including the transfers to and from the accounts, are denominated in U.S. dollars, except for transactions and operations in respect of the OAP, which are denominated in Japanese yen, or transactions in other currencies as agreed between Japan and the IMF. Contributions denominated in other currencies are converted into U.S. dollars upon receipt of the funds.

The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account, Trust Fund, and Supplementary Financing Facility Subsidy Account

These accounts are expressed in terms of SDRs. The value of the SDR is determined by the IMF each day by summing the values in U.S. dollars, based on market exchange rates, of the currencies in the basket. The IMF reviews the SDR valuation basket every five years. The latest review was completed in October 2000 and the composition of the SDR valuation basket became effective from January 1, 2001. The currencies in the basket as of April 30, 2003 and 2002 and their amounts were as follows:

Currency	Amount
Euro	0.426
Japanese yen	21.0
Pound sterling	0.0984
U.S. dollar	0.577

As of April 30, 2003, one SDR was equal to 1.38391 U.S. dollars (one SDR was equal to 1.26771 U.S. dollars as of April 30, 2002).

Transactions and operations of the accounts are denominated in SDRs. Contributions denominated in other currencies are converted into SDRs upon receipt of the funds.

Revenue and Expense Recognition

The accounts are maintained on the accrual basis; accordingly, income is recognized as it is earned and expenses are recorded as they are incurred.

Cash and Cash Equivalents

Cash and cash equivalents include short-term deposits with a maturity of less than ninety days. These deposits are denominated in SDRs or other currencies and are carried at cost not exceeding market value. Interest on these instruments varies and is based on prevailing market rates.

Contributions

Bilateral contributions are reflected as increases in resources after the achievement of specified conditions and are subject to bilateral agreements stipulating how the resources are to be used.

Payments to and on Behalf of Beneficiaries

Payments to and on behalf of beneficiaries are recognized when the specified conditions in the respective agreements are achieved.

Transfers

Internal transfers of resources within the IMF are accounted for under the accrual method of accounting.

Foreign Currency Translation

Foreign currency transactions are recorded at the rate of exchange on the date of the transaction. At the balance sheet date, monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are reported using the closing exchange rates. Exchange differences arising from the settlement of transaction at rates different from those at the date of the transaction and unrealized foreign exchange differences on unsettled foreign currency monetary assets and liabilities are included in the determination of net income.

Administrative Expenses

The expenses of conducting the activities of the Other Administered Accounts and the Trust Fund are incurred and borne by the General Department of the IMF. To help defray the expenses incurred by the IMF in the administration of the Administered Account for Selected Fund Activities—Japan and the Framework Administered Account for Technical Assistance Activities, reimbursement equal to 13 percent of the expenses financed from the accounts is paid to the IMF from these accounts. The Administered Account—Spain pays the IMF an annual fee of \$40,000 for administrative costs incurred. As at April 30, 2003 the administrative costs for the Administered Account for Selected Fund Activities—Japan amounted to \$2.1 million (\$2.1 million at April 30, 2002), and for the Framework Administered Account for Technical Assistance Activities \$1.0 million (\$0.5 million at April 30, 2002). These amounts are included in payments to and on behalf of beneficiaries on the income statements and changes in resources.

Comparatives

When necessary, comparative figures have been reclassified to conform with changes in the presentation of the current year.

3. Cumulative Contributions and Disbursements

The cumulative contributions to and disbursements from these administered accounts are as follows:

Account	April 30, 2003		April 30, 2002	
	Cumulative Contributions	Cumulative Disbursements ¹	Cumulative Contributions	Cumulative Disbursements ¹
<i>In millions of U.S. dollars</i>				
<i>Administered Account—Japan</i>	135.2	72.5	135.2	72.5
<i>Administered Account for Selected Fund Activities—Japan</i>				
Technical Assistance	204.1	186.3	178.5	165.1
Scholarships	184.4	169.8	162.8	150.5
Office of Asia and Pacific	13.0	11.2	10.3	9.3
	6.7	5.3	5.4	5.3
<i>Framework Administered Account for Technical Assistance Activities</i>	42.1	28.7	27.3	20.0
Subaccount for Japan				
Advanced Scholarship Program	10.2	8.8	8.7	7.2
Rwanda—Macroeconomic Management Capacity Subaccount	1.5	1.6	1.5	1.6
Australia—IMF Scholarship Program for Asia Subaccount	2.2	2.2	2.0	1.9
Switzerland Technical Assistance Subaccount	9.5	8.1	8.3	6.6
French Technical Assistance Subaccount	0.8	0.5	0.7	0.5
Denmark Technical Assistance Subaccount	2.7	1.1	0.5	0.5
Australia Technical Assistance Subaccount	0.3	—	0.3	—
The Netherlands Technical Assistance Subaccount	2.6	2.0	1.8	1.1
The United Kingdom DFID Technical Assistance Subaccount	3.4	2.9	1.7	0.6
Italy Technical Assistance Subaccount	1.8	0.1	1.8	—
Pacific Financial Technical Assistance Centre Subaccount	1.1	0.8	—	—
Africa Regional Technical Assistance Centers Subaccount	4.9	0.6	—	—
Sweden Technical Assistance Subaccount	1.1	—	—	—
<i>Administered Account—Spain</i>	835.5	835.6	835.5	835.6
<i>In millions of SDRs</i>				
<i>The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account</i>	6.8	1.4	1.4	0.8

¹Disbursements had been made from resources contributed to these accounts as well as from interest earned on these resources.

4. Transfer of Resources

Resources of the Supplementary Financing Facility Subsidy Account in excess of the remaining subsidy payments are to be transferred to the Special Disbursement Account. At April 30, 2003 and 2002, subsidy payments totaling SDR 2.2 million had not been made to Liberia and Sudan and were being held pending the payment of overdue charges by these members.

5. Accounts Termination

Administered Account Japan

The account can be terminated by the IMF or by Japan. Any remaining resources in the account at termination are to be returned to Japan.

Administered Account for Selected Fund Activities—Japan

The account can be terminated by the IMF or by Japan. Any resources that may remain in the account at termination, net of accrued liabilities under technical assistance projects or in respect of the OAP, are to be returned to Japan.

Framework Administered Account for Technical Assistance Activities

The Framework Account or any subaccount thereof may be terminated by the IMF at any time. The termination of the Framework Account shall terminate each subaccount thereof. A subaccount may also be terminated by the contributor of the resources to the subaccount. Termination shall be effective on the date that the IMF or the contributor, as the case may be, receives notice of termination. Any balances, net of the continuing liabilities and commitments under the activities financed, that may remain in a subaccount upon its termination are to be returned to the contributor.

Administered Account—Spain

The account will be terminated when Argentina repays all the resources that were distributed, or at an earlier time as agreed between Spain and the IMF. Any remaining resources in the account at termination are to be returned to Spain.

The Post-Conflict Emergency Assistance Subsidy Account

The account can be terminated by the IMF at any time. Any remaining balances after discharge of all obligations of the account upon the account's termination are to be returned to the contributors in proportion to their contributions.

Abkürzungsverzeichnis

ADI	Ausländische Direktinvestitionen	GUS-7	Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kirgisische Republik, Moldau, Tadschikistan und Usbekistan
AFRITAC	Reg. Zentrum für technische Hilfe in Afrika	HIPC	Hochverschuldetes armes Land
AKV	Allgemeine Kreditvereinbarungen	IAO	Internationale Arbeitsorganisation
AML/	Bekämpfung der Geldwäsche und der	IDA	Internationale Entwicklungsorganisation
CFT	Terrorismusfinanzierung	IDB	Interamerikanische Entwicklungsbank
APEC	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit	IEO	Unabhängiges Evaluierungsbüro (des IWF)
ASEAN	Verband Südostasiatischer Staaten	IFC	Internationale Finanz-Corporation
AWF	Arabischer Währungsfonds	IMFC	Internationaler Währungs- und Finanzausschuss
BCEAO	Zentralbank der Westafrikanischen Staaten	I-PRSP	Vorläufiges Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
BIP	Bruttoinlandsprodukt	LOI	Absichtserklärung
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	NEPAD	Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
CAC	Umschuldungsklausel	NGW	Nettogegenwartswert
CAEMC	Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft	NKV	Neue Kreditvereinbarungen
CARTAC	Regionales Zentrum für technische Hilfe im karibischen Raum	OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CCL	Vorbeugende Kreditlinie	OPEC	Organisation der erdölausführenden Länder
CFF	Fazilität zur kompensierenden Finanzierung	PFTAC	Pazifisches Zentrum für technische Hilfe im Finanzbereich
DSBB	Informationstafel zu Datenveröffentlichungs-Standards	PIN	Öffentliche Informationsmitteilung
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	PRGF	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität
ECOWAS	Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten	PRSP	Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
ECU	Europäische Währungseinheit	ROSC	Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes
EFF	Erweiterte Fondsfazilität	S&P	Standard and Poor's
ESAF	Erweiterte Strukturanpassungsfazilität	SAF	Strukturanpassungsfazilität
EU	Europäische Union	SARS	Schweres Akutes Atemwegssyndrom
EWS	Europäisches Währungssystem	SCA-1	Sonderkonto für Eventualfälle
WWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	SDDS	Spezieller Datenveröffentlichungs-Standard
EZB	Europäische Zentralbank	SDRM	Verfahren zur Umstrukturierung von Staatschulden
FATF	Aktionsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche	SMP	Stabsüberwachtes Programm
FCC	Künftige Kreditzusagekapazität	SRF	Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven
FSAP	Programm zur Bewertung des Finanzsektors	STF	Systemtransformationsfazilität
FSF	Forum für Finanzstabilität	SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt (der EU)
FSLC	Verbindungsausschuss für den Finanzsektor	SZR	Sonderziehungsrecht
FSRB	FATF-ähnliches regionales Gremium	UN	Vereinte Nationen
FSSA	Bewertung der Stabilität des Finanzsystems	UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik (der EU)	WAEMU	Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion
GDSD	Allgemeines Datenveröffentlichungs-System	WKM	Wechselkursmechanismus (des EWS)
GFSR	<i>Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems</i>	WTO	Welthandelsorganisation
GRA	Allgemeines Konto		
GUS	Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten		

ISSN 0250-7528
ISBN 1-58906-249-3

Englische Fassung:
Referat Redaktion und Verlag, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Design und Produktion: Referat Multimedia-Dienste,
Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Fotos auf dem Einband (von oben nach unten):
Peter Yates/Corbis, Owen Franken/Corbis, Tom Stewart/Corbis,
Charles O'Rear/Corbis, Peter Beck/Corbis

Deutsche Ausgabe:
Sprachendienst des IWF, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Der englische Text ist die einzige amtliche Fassung.



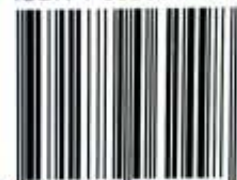
Internationaler Währungsfonds
700 19th Street, N.W.
Washington, D.C. 20431, U.S.A.

Internet: www.imf.org

Publikationen sind erhältlich unter:
E-Mail: publications@imf.org
Telefon: (202) 623-7430
Telefax: (202) 623-7201

Annual Report 2003 (German)

ISBN 1-58906-249-3



9 781589 062498